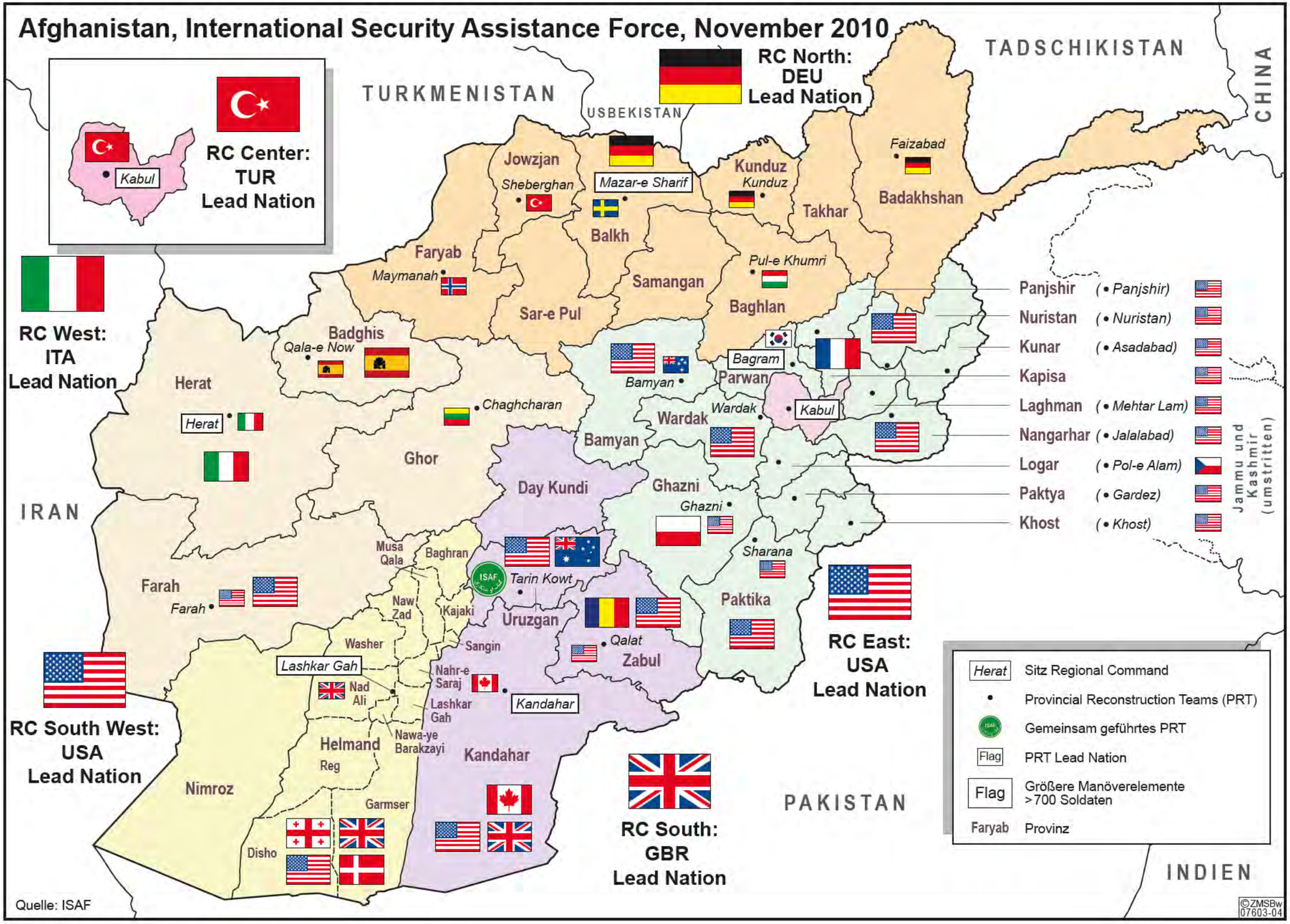
Afghanistan, International Security Assistance Force, November 2010



Philipp Münch

Die Bundeswehr in Afghanistan

Neueste Militärgeschichte
Analysen und Studien

Begründet vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Herausgegeben vom
Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Band 5

Philipp Münch

Die Bundeswehr in Afghanistan

Militärische Handlungslogik in internationalen Interventionen

rombach verlag

Umschlagabbildung: Bundeswehrsoldaten auf Patrouille im Chahar-Dara-Distrikt von Kunduz, August 2011.
(picture alliance/dpa/Maurizio Gambarini)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Zugl.: Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Philosophische Fakultät, Diss. 2014 (D 6)

Erste Auflage
© 2015 Rombach Verlag KG, Freiburg i.Br./Berlin/Wien

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Redaktion: ZMSBw, Potsdam, Fachbereich Publikationen (0798-01)
Koordination, Bildrechte: Michael Thomae
Lektorat: Cordula Hubert (Olching/Oberbayern)
Texterfassung, Satz: Christine Mauersberger, Carola Klinke
Bildteil, Cover: Carola Klinke
Grafiken: Daniela Heinicke, Yvonn Mechtel, Bernd Nogli

Gesamtherstellung: Rombach Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, Freiburg i.Br.

Printed in Germany
ISBN 978-3-7930-9827-0

Inhalt

IX Vorwort
XI Danksagung

1 I. Einleitung

1 1. Problemaufriss, Fragestellung und Relevanz
5 2. Forschungsüberblick
7 a) Wissenschaftliche Perspektiven auf staatliche Praxis
13 b) Militärsoziologische Perspektiven auf militärische Praxis
15 c) Forschung über internationale Militärinterventionen
20 3. Vorgehensweise
24 4. Quellen

27 II. Theoretische Ansätze zwischen Subjektivismus und Objektivismus

29 1. Theoretische Prämissen und Begriffe Max Webers
30 2. Norbert Elias' Figurationssoziologie
31 3. Pierre Bourdieus Theorie der Praxis
34 4. Anwendung der Ansätze
35 a) Militär, Staat und bürokratische Legitimität
41 b) Militärische Praxis zwischen Bürokratie und Gewalt
46 c) Militär als Teil außenpolitischer Praxis
51 5. Methode

57 III. Bürokraten und Krieger: Die allgemeine Praxislogik der Bundeswehr

59 1. Historische Entwicklung bis zum Ende des Kalten Kriegs
60 a) Habitusprägung zwischen Bürokrat und Krieger
65 b) Habitualisierte Vorstellungen von Kriegführung
70 c) Das Feld der Positionen im ministeriellen Bereich
75 d) Praxisstrukturen in der Spitzengliederung der Bundeswehr
78 2. Die Praxis der Bundeswehr seit Ende des Kalten Kriegs
79 a) Fortleben des Kriegerideals im Habitus
85 b) Habitualisiertes Kriegsbild und Ausbildung
89 c) Kämpfe um die machtvollsten Positionen ab 1990
93 d) Das Feld der Positionen und deren Inhaber im Bereich Einsatzführung
97 e) Allgemeine Praxis der Spitzengliederung

101 3. Das außenpolitische Feld und die Einsätze der Bundeswehr
101 a) Der deutsche außenpolitische Habitus
107 b) Das Feld der außenpolitischen Positionen der Bundesrepublik Deutschland
109 c) Die außenpolitische Logik der Auslandseinsätze der Bundeswehr

115 IV. Herrschaft und Krieg in Afghanistan

117 1. Theoretisierung von Herrschaft und Krieg
123 2. Herrschaft und Krieg in der neuesten afghanischen Geschichte
123 a) Afghanische Staatsbildung und ihre Widersprüche
127 b) Krise, Konflikt und Krieg
133 c) Herrschaft und interner Krieg der Mudschaheddin
137 d) Der Aufstieg der Taliban
142 e) Internationale Intervention und Herrschaft
145 f) Soziale Transformation und Konflikt

153 V. Operationen ohne Strategie: Die allgemeine Praxislogik von ISAF und Bundeswehr in Afghanistan

155 1. Logik der politischen Praxis des Afghanistan-Engagements
155 a) Politische Logik des internationalen Afghanistan-Engagements
164 b) Strukturen der deutschen politischen Praxis des Afghanistan-Engagements
171 c) Praxis auf entscheidenden Feldern des deutschen Afghanistan-Engagements
177 2. Allgemeine Praxislogik der ISAF
177 a) Grundlagen der ISAF-Praxis
180 b) Logik der strategischen ISAF-Planungen
186 c) Counterinsurgency als strategischer Neuanfang?
191 d) Logik der operativen ISAF-Planungen
196 e) Strukturen der ISAF-Truppenpraxis
202 3. Die deutschen ISAF-Einsatzkontingente
202 a) Objektive Bedingungen des deutschen ISAF-Einsatzes
208 b) Habitusstrukturen der deutschen Soldaten
213 c) Praxis der deutschen Einsatzkontingente

219 VI. Das deutsche Auslandsnachrichtenwesen und der ISAF-Einsatz

220 1. Historische Entwicklung des deutschen Auslandsnachrichtenwesens
220 a) Entwicklung bis zum Ende des Kalten Kriegs
222 b) Umwälzungen im Auslandsnachrichtenwesen nach 1989
225 2. Das Auslandsnachrichtenwesen im ISAF-Einsatz
225 a) Gewinnen von Informationen durch Bundeswehr und BND
231 b) Auswerten von Informationen durch Bundeswehr und BND

235 VII. Legalistisches Ideal versus Selbstschutz: Die Zusammenarbeit mit lokalen Machthabern

237 1. Deutungsmuster von politischer Herrschaft in Afghanistan
240 2. Ministerielle Praxis im Umgang mit afghanischen Machthabern
246 3. Die Praxis der Truppe im Umgang mit afghanischen Machthabern
246 a) Grundsätzliche Arrangements des »Key Leader Engagements«
249 b) Kommandeure bewaffneter Gruppen in Kunduz
254 c) Kommandeure bewaffneter Gruppen in Badakhshan
258 d) Nicht-militärische afghanische Amtsträger
262 e) Polizeichefs der Provinzen
263 f) Nicht im Fokus stehende Machthaber

267 VIII. Zwischen Zurückhaltung, Bündnissolidarität und Eskalation: Die Gewaltpraxis der Bundeswehr

269 1. Logik der Gewaltpraxis der Bundeswehr von 2001 bis 2006
269 a) Logik der ministeriellen und politischen Entscheidungen
275 b) Gewaltpraxis der Truppe
280 2. Logik der Gewaltpraxis der Bundeswehr von 2006 bis 2012
283 a) Gelockerte Regeln der Gewalt und zusätzliche Gewaltmittel
286 b) Forderungen nach Ausweitung der Gewalt
292 c) Reaktion des BMVg
296 d) Offensivoperationen gegen Aufständische
301 e) Eskalation der Gewalt
307 f) Beginn einer Gewaltspirale
313 g) Abflauen der Gewalt

317 IX. Die Bundeswehr in Afghanistan und die Bürokratisierung der Welt

317 1. Das Ende des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr und die Resolute Support Mission
319 2. Ergebnisse der Arbeit
322 3. Die Handlungslogik der Bundeswehr in Afghanistan
324 4. Interventionen als bürokratische Praxis
328 5. Interventionen als Herrschaft
330 6. Implikationen für die internationalen Beziehungen

Anhang

333 Bildteil
349 Abkürzungen

353 Quellen und Literatur
353 1. Primärquellen
353 a) Dokumente der Bundesregierung und Parteien
354 b) Dokumente der Bundeswehr
357 c) Drucksachen des Deutschen Bundestags
359 d) Dokumente weiterer Bundesbehörden
360 e) Dokumente der NATO und ISAF
361 f) Dokumente von staatlichen US-Institutionen
363 g) Sonstige Dokumente
364 h) Erfahrungsberichte von Beteiligten
373 i) Presseberichte, Pressemitteilungen und Öffentlichkeitsarbeit
389 j) Interviews
391 2. Sekundärliteratur

431 Personenregister

Vorwort

Zum Abschluss des Jahres 2014 ging mit der deutschen Beteiligung an der International Security Assistance Force (ISAF) der bisher längste und intensivste Einsatz der Bundeswehr zu Ende. Der in einer neuen Mission fortgeführte deutsche Afghanistan-Einsatz wurde in der Öffentlichkeit immer wieder erhitzt debattiert. Nicht zuletzt das Schicksal der Gefallenen und Versehrten sowie die hohen Kosten fordern eine umfassende Auswertung des deutschen ISAF-Anteils, die über die auf operativ-taktische Fragen ausgerichtete militärische Einsatzauswertung hinausgeht und dabei den Standards kritischer Wissenschaft genügt.

Seinem Auftrag als Ressortforschungseinrichtung und der aktuellen Forschungsweisung getreu, leistet das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) wie bereits seine Vorgängerorganisationen, das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) und das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI), ebensolche grundlegenden Beiträge zur Erforschung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Ich bin daher sehr dankbar, dass ich die Arbeit von Philipp Münch in eine unserer Schriftenreihen aufnehmen und damit einer breiteren Leserschaft zugänglich machen kann. Indem sie geschichts- und politikwissenschaftliche sowie soziologische Ansätze vereint, zeigt sie, wie sich der interdisziplinäre Forschungsauftrag des ZMSBw in einer kohärenten Monografie umsetzen lässt. Das Buch macht zudem sowohl die überwiegend vom ZMSBw und seinen Vorgängerorganisationen erbrachten Grundlagenforschungen zur Geschichte der Bundeswehr sowie zu den gegenwärtigen Einstellungen ihrer Angehörigen für eine überzeugende Analyse der Auslandseinsätze fruchtbar.

Im Ergebnis wirft der Verfasser viele auch unbequeme Fragen über die politisch-strategische Planung – und Planbarkeit – sowie die praktische Durchführung des ISAF-Einsatzes auf. Diese Fragen und die Antworten darauf werden sowohl dazu beitragen, die wissenschaftliche Erforschung von Intervention und Krieg in unserem Zeitalter voranzubringen, als auch manchen Verantwortlichen Einsichten für Verbesserungen in der Praxis bieten.

In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass das Buch eine weite Verbreitung und eine interessierte Leserschaft findet.

Dr. Hans-Hubertus Mack
Oberst und Kommandeur
des Zentrums für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Meinen Eltern

Danksagung

Dieses Buch beruht auf Forschungsergebnissen, von denen ich einige bereits zuvor einer breiteren Öffentlichkeit zur Diskussion stellen konnte. Im Jahr 2014 wurde es als Dissertation an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommen. Ich möchte zunächst denjenigen danken, die Teil der hier untersuchten Praxis waren und mir Rückmeldungen zu meinen Thesen lieferten. Naturgemäß teilten sie nicht immer meine wissenschaftliche Interpretation ihrer Handlungen. Ein völliger Gleichklang von wissenschaftlicher Perspektive und Selbstsicht der Akteure sollte auch stutzig machen. Gleichwohl stimmten interessanterweise tendenziell die auf der sogenannten Arbeitsebene tätigen Akteure eher mit mir überein als diejenigen, die sich in größerer Näher zur Politik befanden. Hierdurch bestätigten sie freilich ungewollt und unbewusst die hier aufgestellten Thesen. Nach diesen Erfahrungen hoffe ich, dass die Akteure, deren Praxis ich in dieser Arbeit untersuche, meine Ergebnisse nicht als persönliche Kritik auffassen und bereits im Vorfeld ablehnen, sondern sich auf die wissenschaftliche Analyse ihrer Handlungslogiken zumindest einlassen.

Ich danke zuvorderst den Betreuern meines Promotionsvorhabens: Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis erklärte sich ohne Umschweife dazu bereit, als Erstgutachter zu fungieren Er stand mir als »Doktorvater« im wahrsten Sinn des Wortes stets mit seinem Rat zur Seite. Gleiches gilt für Prof. Dr. Klaus Schlichte, dessen wissenschaftliche Betreuung weit über das normale Maß eines Zweitgutachters hinausging und dem ich entscheidende Denkansätze verdanke. Danken möchte ich des Weiteren Prof. Dr. Markus Lederer, der – ohne mich zu kennen – umgehend zusagte, ein Drittgutachten in kürzester Zeit zu erstellen. Ebenso bin ich Prof. Dr. Friso Wielenga dafür dankbar, dass er sich in gleicher Weise bereit erklärte, als mündlicher Prüfer für das Nebenfach zu fungieren. Danken möchte ich außerdem der stets hilfsbereiten Frau Christine Eglseder vom Prüfungsamt.

Neben einer geistigen benötigt jede Dissertation auch eine ökonomische Grundlage. Ich danke daher der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) für das mir gewährte Promotionsstipendium sowie die Möglichkeit, ihre Infrastruktur, Kontakte und die Expertise ihrer Mitarbeiter zu nutzen. In diesem Zusammenhang danke ich insbesondere Dr. Peter Rudolf, der sich für mich als Stipendiaten einsetzte. Mein Dank gilt außerdem dem Forum Ebenhausen e.V. und der Dr. Egon und Hildegard Diener-Stiftung für die mir gewährten Anschlussstipendien. Während alle anderen möglichen Geber bereits von vornherein verzagten, gewährte mir außerdem der Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds ohne langes Zögern und vollkommen unbürokratisch ein Stipendium für meinen zweiten Feldforschungsaufenthalt. Hierfür möchte ich mich besonders bedanken. Schließlich danke ich herzlich dem DialogForum Sicherheitspolitik für das großzügige, mit dem »Aquila ascendens – Nachwuchspreis für Sicherheitspolitik« verbundene Preisgeld sowie die damit einhergehende Ehrung.

Den zahlreichen auskunftsbereiten Menschen, ohne die diese Arbeit nur ein unvollständiges Quellenfundament hätte, gebührt ebenso großer Dank. Dies gilt insbesondere angesichts der schwierigen Umstände in Afghanistan. Ich danke

zuvorderst dem damaligen Leiter des American Institute for Afghanistan Studies (AIAS) in Kabul, Mohammad Omar Sharifi, dessen Hilfe nicht Teil der in diesem Buch beschriebenen Ökonomie der Intervention war, sondern aus persönlicher Verbundenheit erfolgte. Gleiches gilt für den leider viel zu früh ums Leben gekommenen Dr. Mohammad Saeed Niazi. Ebenso danke ich Taeb Shir Dil, Murtaza Pasarly, Haroon Zareef und seiner Familie sowie Malaiz Daud. Leider müssen die zahlreichen anderen Afghanen, denen ich Dank für ihre Informationen schulde, ungenannt bleiben. Dies trifft auch auf die vielen deutschen Vertreter der Bundeswehr, des Auswärtigen Amts und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit zu. Ich danke ihnen vielmals dafür, dass sie bereit waren, ihre Erfahrungen mit mir zu teilen.

Unter all den Kolleginnen und Kollegen sowie Freunden, mit denen ich mich in meinem Arbeitsgebiet austauschte, die ich aber unmöglich alle nennen kann, danke ich besonders Florian Broschk, Marcel Häßler und Nils Wörmer. Vielmals danke ich außerdem Thomas Ruttig – dem wohl unprätentiösesten Afghanistan-Experten, der zudem diesen Begriff auch wirklich verdient – dafür, dass er mich stets unterstützte. Von den vielen Angehörigen der SWP, die mir bei den Forschungen für meine Dissertation unter die Arme griffen, gilt mein Dank insbesondere den Angehörigen des Bereichs Wissens- und Informationsmanagement Judith Köhler, Torsten Schütz, Simona Beckemeier und Gesche Weiland, aber auch ganz besonders Inder Kumar Popat und Anja Lorenz.

Ich danke zudem den Teilnehmern an den Sitzungen des Arbeitskreises Gewaltordnungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, der Magdeburg Research School on Conflict and Development und des Doktorandenkolloquiums der SWP, denen ich meine Forschungsergebnisse vortragen durfte. Dies gilt auch für meine wissenschaftliche Heimat, die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg, mit deren Kern ich das erste Exposé meines Promotionsvorhabens diskutierte. Für ihre Hingabe, mir das Dari-Persisch beizubringen, danke ich ganz herzlich Dr. Haschmat Hossaini, Monika Matzke, PD Dr. Lutz Rzehak und Bidollah Aswar.

Ich danke vielmals dem Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Oberst Dr. Hans-Hubertus Mack, und dem Leiter Abteilung Forschung, Prof. Dr. Michael Epkenhans, sowie den beiden Gutachtern dafür, dass sie befürworteten, meine Arbeit in eine der Schriftenreihen des Hauses aufzunehmen. Sie belegen damit erneut, dass eine kritische Auseinandersetzung auch mit der jüngsten Zeitgeschichte im Rahmen der Ressortforschung durchaus möglich ist. Herrn Dr. Martin Rink und Oberst Dr. Rudolf J. Schlaffer verdanke ich wertvolle Anmerkungen zur Bundeswehr-Geschichte. Für die professionelle Bearbeitung des Manuskripts und die gute Zusammenarbeit danke ich Herrn Mag. phil. Michael Thomae, Christine Mauersberger und Carola Klinke. Ebenso bedanke ich mich für das äußerst gründliche und gewissenhafte Lektorat von Frau Cordula Hubert (Olching).

Philipp Münch

I. Einleitung

1. Problemaufriss, Fragestellung und Relevanz

Am 18. Juni 2013 läutete der afghanische Präsident Hamed Karzai feierlich den letzten Schritt des »Transitionsprozesses« ein, in dem die staatlichen Sicherheitskräfte die »Sicherheitsverantwortung« von der International Security Assistance Force (ISAF) für ganz Afghanistan übernehmen würden. Die internationale Mission könnte dementsprechend wie geplant bis Ende 2014 beendet werden[1]. Seit 2001 im Land, sollte die ISAF die afghanische Regierung dabei unterstützen, ihre Herrschaft über das gesamte Land auszuweiten. Sie sollte dies insbesondere dadurch erreichen, dass sie die Afghan National Security Forces (ANSF) unterstützte sowie zunehmend auch selbst Aufständische bekämpfte.

Zwar konnten sich die Vertreter der seit 2001 in Afghanistan intervenierenden Staaten nie auf ein konkretes Ziel und einen dafür zu beschreitenden Weg im Rahmen einer gemeinsamen Strategie einigen. Doch lässt sich aus den Absichtserklärungen als kleinster gemeinsamer Nenner das Ziel herauslesen, dass sie eine deutlich weniger von organisierter physischer Gewalt geprägte Situation und den Aufbau eines afghanischen Staates anstrebten. Im Widerspruch zur feierlich erklärten »Transition« halten die meisten mit Afghanistan befassten Wissenschaftler und sogar Praktiker, die vor Ort in Schlüsselstellungen tätig waren, gleichwohl das selbst gesteckte Ziel der Intervention mehr als zehn Jahre nach ihrem Beginn nicht für erreicht[2].

Gleiches zeigen die bereits vorliegenden wissenschaftlichen Detailstudien über die Auswirkungen des Engagements in mehreren Provinzen. Während allein der in kürzester Zeit nach 2001 dramatisch angestiegene Fluss an internationalen Hilfen den Wohlstand der Menschen in Afghanistan auf niedrigem Niveau deutlich anhob, veränderten sich die lokalen politischen Machtstrukturen kaum, sodass der angestrebte Staatsaufbau eindeutig nicht umfassend gelang. Ebenso waren die 2002 aus ihrer zentralen Machtstellung vertriebenen Taliban und andere bewaffnete Gruppen, die gegen die mit dem Bonner Abkommen vom Dezember 2001 eingesetzte Zentralregierung kämpften, weiterhin in der Lage, signifikant organisierte Gewalt auszuüben[3].

---

1 Department of Defense, Report on Progress, July 2013, S. 28 f.

2 Vgl. allgemein aus wissenschaftlicher Perspektive Goodhand/Sedra, Rethinking Liberal Peacebuilding, S. 239, sowie den Beitrag des ehemaligen US-Botschafters und Kommandeurs der US-Streitkräfte in dem Land Eikenberry, The Limits, als Wertung eines beteiligten Akteurs. Vgl. auch den Beitrag von Lieutenant-Colonel Davis, Dereliction of Duty II, S. 4 f. und S. 83, der während seiner Einsätze den Großteil des ISAF-Einsatzgebiets bereiste und über 250 Soldaten befragte.

3 Vgl. Giustozzi/Farrell, The Taliban at War, S. 23; Münch, Local Afghan Power Structures, S. 64–68, sowie ferner die von der niederländischen Regierung finanzierte Studie über ihr eigenes Engagement: The Dutch Engagement in Uruzgan, S. 55. Auch eine vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich nur ein geringer Einfluss der investierten Mittel nachweisen lässt. Koehler/Zürcher, Assessing the Impact, S. 5.

Ein ähnliches Bild ergibt sich sogar aus den quantifizierten Daten, die westliche Organisationen vor Ort erhoben. Demnach würden die als »Korruption« bezeichneten Praktiken weiterhin das Handeln der afghanischen Staatsvertreter prägen. Dies gilt insbesondere für den als entscheidend betrachteten Bereich der Justiz[4]. Ebenso reduzierten sich die als »Sicherheitsvorfälle« quantifizierten Angriffe von Aufständischen gegen Regierungskräfte und internationale Truppen nicht spürbar[5]. Da sie diese Entwicklung wohl aufgrund der seit spätestens Mitte der 2000er Jahre wenig zuversichtlichen internen Berichte erahnten, reduzierten die westlichen Entscheidungsträger ihre Ansprüche insbesondere im Bereich des Staatsaufbaus auf »Afghan good enough«[6].

Doch warum konnte das internationale Engagement seit 2001 die selbst gesetzten Ziele nicht erfüllen? Woher stammen die vielfach wahrgenommenen Probleme? Aufgrund der zahlreichen beteiligten internationalen und afghanischen Akteure und ebenso vielfältigen denkbaren Ursachen kann diese Arbeit die Frage unmöglich vollständig beantworten, sondern nur einen Beitrag zu ihrer Beantwortung liefern. Daher erscheint es sinnvoll, die Untersuchung auf einen der maßgeblichen Akteure zu beschränken. Von diesen erhielt mit schätzungsweise 85 Prozent der internationalen Mittel das Militär die meisten Ressourcen[7]. Zudem bildeten Soldaten eindeutig die Mehrheit der Intervenienten. Auf dem Höhepunkt des Engagements gehörten die allermeisten von ihnen – 132 000 – der ISAF an, die dementsprechend auch die meisten Mittel erhielt[8]. Es soll daher diese Mission näher untersucht werden.

Um den Blick weiter zu schärfen, bietet es sich an, ein bestimmtes Kontingent der ISAF zu untersuchen. Hierbei fällt die Wahl auf das der Bundeswehr. Denn diese stellte durchgehend den drittgrößten Anteil der internationalen Schutztruppe und sogar zwei ISAF-Kommandeure – darunter den ersten nach der Kommandoübernahme durch die NATO im Jahr 2003. Ab 2005 übernahmen Vertreter der Bundeswehr mit der Regional Area bzw. ab 2006 dem Regional Command North die Verantwortung für die außerhalb Kabuls am weitesten »entwickelten« Landesteile Afghanistans und führten auch Verbände anderer Nationen. Selbst wenn die deutsche Bundesregierung eindeutig weniger den Verlauf des allgemeinen Engagements bestimmte als die USA, so nahm sie doch Einfluss auf einige wichtige Entscheidungen wie etwa die in Bonn 2001 abgehaltene Schlüsselkonferenz zeigte.

Aus einer rein phänomenologisch-beschreibenden Untersuchung der militärischen Praxis in Afghanistan werden kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein. Entscheidend ist daher, auch die Ursachen für die Handlungen des Militärs zu verstehen. Konkret soll dieses Buch daher am Fall der Bundeswehr als Teil der ISAF die Frage beantworten, welcher Handlungslogik Militär in internationalen Interventionen folgt. Als Definition von Intervention dienen hierbei nicht die von den Praktikern insbesondere im Kontext von Missionen der Vereinten Nationen

---

4 Bundesregierung, Fortschrittsbericht Afghanistan, November 2012, S. 10 f. und S. 23 f.
5 Department of Defense, Report on Progress, July 2013, S. 23.
6 Vgl. am Fall der deutschen Afghanistan-Konzepte Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, S. 146–148.
7 Poole, Afghanistan, S. 2.
8 International Security Assistance Force, Key Facts and Figures, June 2011, S. 1.

(VN) verwendeten Bezeichnungen des *peace making, peace enforcement, peace building* usw. Denn diese sind normativ aufgeladen und werden in der Praxis inkonsistent verwendet[9]. Stattdessen wird hier unter Intervention eine größere Unternehmung von mehrheitlich militärischen Akteuren in einem ihnen fremden Staat verstanden. Anders als bei zwischenstaatlichen Kriegen verfolgen sie dabei nicht das Ziel, einen anderen staatlich organisierten Gegner zu besiegen. Stattdessen versuchen sie, mit der Legitimation von Vertretern des Gaststaates, weitergehende politisch-militärische Ziele zu verwirklichen.

Die im Forschungsüberblick näher diskutierte Literatur zum Thema Militär und Politik zeigt, dass militärische Akteure wie Angehörige des zivilen Verwaltungsstabs selten die Anweisungen der politischen Führung bloß ausführen, ohne selbst die Politik erheblich mitzugestalten. Dies gilt insbesondere im Falle der meisten internationalen Interventionen, in denen aufgrund der multinationalen Abstimmung oftmals gar keine klaren Aufträge für das Militär existieren. Wie ebenfalls unten näher ausgeführt, sind die in der Politikwissenschaft bisher dominierenden Ansätze kaum in der Lage, das komplexe Zusammenspiel von politischen und militärischen Akteuren analytisch zu bewältigen. Aus diesem Grund werden hier die aufeinander aufbauenden, im nächsten Kapitel näher diskutierten soziologischen Ansätze von Max Weber, Norbert Elias und Pierre Bourdieu verwendet. Insbesondere Weber zeigte dabei früh die entscheidende Bedeutung des Verhältnisses zwischen politischem »Herrn« und dem von ihm zur Ausführung seiner Herrschaft beauftragten »Verwaltungsstab« auf. Die Prämissen seiner »verstehenden Soziologie« teilend, gehen – verkürzt dargestellt – alle drei Ansätze davon aus, dass menschliche Praxis zum einen Ergebnis der subjektiven Wahrnehmung der Akteure ist, zum anderen aber eben jener Wahrnehmung objektive Verhältnisse zugrunde liegen, die erst die beobachtbaren Strukturen sozialen Handelns erzeugen.

Um die Frage nach der Handlungslogik der Bundeswehr zu beantworten, ist daher zum einen nach der subjektiven Wahrnehmung der Soldaten zu fragen und danach, auf welchen Vorprägungen diese beruhten. Zum anderen müssen stets die objektiven Praxisbedingungen ihres Handelns und ihrer Wahrnehmung betrachtet werden. Der Untersuchungszeitraum fängt mit dem Beginn des deutschen Engagements im Jahr 2001 an und endet im Jahr 2012. Exemplarisch sind dabei diejenigen Handlungsfelder zu untersuchen, von denen auszugehen ist, dass sie die größte Relevanz für die Verhältnisse im Einsatzland hatten. Weiter unten werden die genaue Vorgehensweise und die einzelnen Ergebnisse ausgeführt.

Aus den oben skizzierten theoretischen Überlegungen und den von der Arbeit erbrachten empirischen Forschungsergebnissen ergibt sich folgende Hauptthese: Das Engagement der Bundeswehr in Afghanistan, wie das der weiteren am Projekt beteiligten internationalen Akteure, war geprägt durch einen weitgehend selbstreferenziellen Charakter. Nur so lassen sich die im Laufe dieser Arbeit herausgestellten vielfach widersprüchlichen Handlungen verstehen. Denn sofern die Verantwortlichen überhaupt Ziele formulierten, taten sie dies in einer Weise, dass diese sich in die bestehenden Interessen und Fähigkeiten sowie

---

9 Bellamy/Williams/Griffin, Understanding Peacekeeping, S. 14–18.

die bürokratische Arbeitsweise der Apparate einfügen ließen. Die Ergebnisse der Einzelfragestellungen belegen unter anderem, dass Selbstschutz vor dem Ziel der aktiven Staatsbildung rangierte und die Akteure die lokalen Verhältnisse auch im Allgemeinen nach ihren eigenen Maßstäben bewerteten. Sogar das Fehlen einer gemeinsamen Strategie war für sie kein Problem, da sie ihr Handeln einfach an ihren operativen Mitteln und Interessen ausrichteten. Lediglich als Legitimation fungierten die hierauf zugeschnittenen operativ-taktischen Konzepte der Zeit wie der »Vernetzte Ansatz« oder »Counterinsurgency«. Ohne auf die Verhältnisse in der Interventionsgesellschaft einzugehen, sind bereits aus dieser inneren Logik Kernprobleme des *statebuilding* verständlich.

Mit ihren Ergebnissen leistet diese Arbeit einen wichtigen Beitrag, um die Praxis von Militär in internationalen Interventionen zu verstehen. Denn hierbei handelt es sich, wie im Forschungsüberblick genauer gezeigt, um ein wissenschaftlich noch wenig erforschtes Feld. So mussten erste kritische Studien überhaupt erst aufzeigen, dass derartige Interventionen nicht in dem rationalen Sinne ablaufen, der von ihren Verantwortlichen postuliert wird. Die Erforschung der konkreten hierbei ablaufenden Handlungen steht aber noch am Anfang. Dasselbe gilt für die wissenschaftliche Durchdringung militärischer Praxis. So befassen sich mit diesem Feld zwar seit einiger Zeit insbesondere Militärsoziologen, doch begreifen diese ihren Forschungsgegenstand selten als politischen Akteur in Interventionen, sondern betrachten ihn eher aus einer militärischen Binnensicht.

Dagegen bietet diese Arbeit eine neue Perspektive: Sie setzt erstmals umfassend die interne Logik der Praxis des Militärs in Beziehung zu seinem Handeln im Kontext einer Intervention. Bis hinunter zu den Handlungen einzelner Soldaten zeigt sie damit die politische Relevanz des ausführenden Verwaltungsstabs auf und verengt somit Politik nicht bloß in idealtypischer Weise auf Entscheidungen einiger weniger offiziell politisch Verantwortlicher. Hierzu werden in ungekanntem Detailgrad die Strukturen militärischer Praxis untersucht, erleichtert durch die persönlichen Erfahrungen des Verfassers in der Bundeswehr und seine Einblicke in einem von der Regierung finanzierten außenpolitikberatenden Institut. Gleichzeitig analysiert diese Arbeit kaum weniger quellenreich, gestützt auf mehrere Feldforschungsaufenthalte und Kenntnisse der am stärksten verbreiteten Verkehrssprache Afghanistans, die für das Handeln des Militärs relevanten Verhältnisse in der von der Intervention betroffenen Gesellschaft. Erst auf diese Weise lässt sich der Einfluss dieser Gegebenheiten auf militärisches Handeln ermessen.

Neben den allgemeinen Erkenntnissen über Militär und Interventionen hilft diese Untersuchung, die ISAF-Mission besser zu verstehen. Bei dieser handelte es sich nicht nur um die größte Mission der NATO, sondern auch insgesamt um das wohl umfangreichste Vorhaben seiner Art seit Ende des Kalten Kriegs. Dies gilt insbesondere für die deutsche Bundeswehr, die hierbei den bis dato intensivsten Einsatz ihrer Geschichte erlebte. Zudem war auch das Ziel der Intervention – das international als Problem wahrgenommene Afghanistan – seit den 1990er Jahren das Paradebeispiel eines vermeintlichen *failed state*. So mögen sich auch für Praktiker in internationalen Interventionen sowie sonstige Verantwortliche in den beteiligten Institutionen aus den Ergebnissen dieser Arbeit Erkenntnisse

darüber ergeben, wie sich Fehler aus der Vergangenheit in Zukunft vermeiden lassen. Hilfreich dürfte hierbei sein, dass diese Studie im Gegensatz zu explizit *policy*-orientierten Arbeiten versucht, die Praxisprämissen nicht einfach zu übernehmen, sondern zu hinterfragen.

2. Forschungsüberblick

Der folgende Überblick über den Forschungsstand hat nicht nur die Aufgabe, eine »Forschungslücke« aufzuzeigen, die von dieser Arbeit zu füllen ist. Er soll gleichzeitig demonstrieren, weshalb sich die Forschung am jetzigen Punkt befindet, und dadurch unhinterfragte Vorannahmen – die im Folgenden jeweils aufzudecken sind – offenbaren und damit überwinden helfen. Dabei werden zunächst die groben Linien der Forschung und die jeweils damit verbundene Problematik nachgezeichnet. Erst in den einzelnen Kapiteln wird dann detaillierter auf die Literatur eingegangen. Da jede Theorie auf empirischen Erkenntnissen beruht und das Gewinnen von Empirie stets (unbewusst) theoriegeleitet ist, werden in den einzelnen Abschnitten sowohl die theoretischen als auch empirischen Aspekte der Literatur diskutiert.

Es lässt sich schon jetzt allgemein sagen, dass die Defizite der meisten Arbeiten zum hier behandelten Thema ihre Ursache in drei übergreifenden Eigenschaften der Wissenschaften über den Menschen haben. Zum Ersten ist dies die Tatsache, dass sich alle Wissenschaftszweige im Laufe ihrer Entwicklung in immer mehr Disziplinen aufteilten und dadurch immer kleinteiliger wurden. Die Ursache hierfür liegt wiederum zum einen in der Vermehrung des Wissens über den Menschen, das daher offenbar immer schwerer in seiner Gesamtheit zu bewältigen ist und damit zu einer kontingenten Betrachtung verleitet. Vereinfacht dargestellt, führte dieser Prozess dazu, dass sich schließlich nur noch Psychologen mit dem individuellen Menschen beschäftigen, während Soziologen soziales Handeln betrachten und sich Politikwissenschaftler auf größere politische Verbände als Analysegegenstand beschränken, hierüber jedoch insbesondere deren sozialen Charakter meist aus den Augen verlieren[10].

Zum anderen sind es in erster Linie Geschichtswissenschaftler und Ethnologen, die überhaupt einen größeren Aufwand betreiben, um über die von ihnen verwendeten Quellen und die Rolle des Forschers selbst zu reflektieren, wodurch sie allerdings tendenziell den strukturellen Charakter ihres Untersuchungsgegenstands übersehen[11]. Zur Zementierung dieser Aufteilung tragen die jeweils entstandenen Interessen der wissenschaftlichen Akteure bei, die durch ihre hochspezialisierte Expertise an ihre Disziplin gebunden sind und unter dem jeweiligen Label um Forschungsmittel und Positionen konkurrieren bzw. sogar

---

10 Dies wurde schon von Auguste Comte als Problem erkannt und dann von Elias, Was ist Soziologie?, S. 48–50 aufgegriffen.

11 Siegelberg, Staat und internationales System, S. 11; Elias, Die höfische Gesellschaft, S. 16–18.

immer neue Bereiche schaffen, um sich wissenschaftsintern zu profilieren[12]. Auch die in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Rufe nach »Interdisziplinarität« haben hieran bisher nicht viel ändern können, vielmehr stehen auch bei derart ausgerichteten Forschungsverbünden die Ergebnisse zumeist unvermittelt nebeneinander[13].

Als zweites übergreifendes Problem stellt sich der in den meisten Wissenschaften über den Menschen immer noch nicht bewältigte vermeintliche Gegensatz von objektiver Praxis und subjektiver Wahrnehmung dar. Obwohl in der Soziologie bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einer Reihe von bekannt gewordenen Methodenstreits ausgetragen, lebt dieser in den angrenzenden Wissenschaften fort[14]. Eine insbesondere in der Politikwissenschaft verbreitete Form ist die des angeblichen Antagonismus von »quantitativer« und »qualitativer« Forschung, in der Geschichtswissenschaft der von »historischer Sozialforschung« versus die klassische »Geschichte großer Männer«, aber auch die darauffolgenden kulturgeschichtlichen »Turns«. Gewissermaßen zwischen beiden steht zudem die im Grunde philosophische Weltbetrachtung, anhand derer gesellschaftliche Verhältnisse nach einer übergreifenden Logik geordnet werden, ohne dabei ausreichend die meist zuwiderlaufende subjektive Wahrnehmung und damit Eigenlogik der objektiven sozialen Praxis zu berücksichtigen[15]. Neben den oben bereits genannten wissenschaftssoziologischen Gründen liegen die Ursachen für die Verbreitung dieser Ansätze im Forschungspragmatismus. So erspart die hier als »philosophisch« charakterisierte logische Weltbetrachtung dem Forscher die Empirie fast vollkommen. Ansätze, die sich auf die subjektiven Wertungen der Akteure beschränken, können dafür die tatsächliche Praxis weitgehend vernachlässigen. Forscher, die Letztere in den Fokus rücken, verzichten hingegen oft auf die Hermeneutik.

Schließlich ist als dritte Problematik auf den deutlichen Einfluss der Praxis hinzuweisen, dem gerade die mit aktuellen Fragen befassten Sozialwissenschaftler häufig unterliegen. So versuchen vor allem diejenigen, mit deren Handeln sich die Sozialwissenschaften befassen, eine positive Wertung ihrer Rolle zu erreichen. Die stärksten Einflussmöglichkeiten bieten ihnen dabei Arbeiten, deren Finanzierung sie mitbestimmen können oder die sie sogar in Auftrag geben. Eher unbewusst trägt zudem der mittlerweile häufige Austausch von Personal zwischen Wissenschaft und Praxis dazu bei, dass sich wissenschaftliches und Alltagswissen zunehmend vermengen und die Vorannahmen der Akteure sel-

---

12 Anders sind die zahlreichen neu begründeten sozial- und geisteswissenschaftlichen Ansätze, die inhaltlich – wie weiter unten gezeigt – keine grundlegenden Neuerungen bringen, nicht zu verstehen. Vgl. zu diesem Zwang der Wissenschaftler, sich im Laufe ihrer Karriere immer wieder neu als innovativ positionieren zu müssen, Angermüller, How to Become a Philosopher, S. 264.

13 Baumgart/Eichener, Norbert Elias zur Einführung, S. 13.

14 Jung, The Political Sociology of World Society, S. 446–448 und S. 468; Friedrichs/Kratochwil, On Acting and Knowing, S. 702; Pouliot, »Sobjectivism«, S. 362–364 und S. 367 f.; Schlichte, Der Staat in der Weltgesellschaft, S. 30–32.

15 Siegelberg, Kapitalismus und Krieg, S. 27.

tener hinterfragt werden[16]. Ermöglicht wird dies zum einen durch die häufig wissenschaftliche Ausbildung der »Praktiker«, die – allerdings auch ohne diese formale Qualifikation – nicht selten Lehrveranstaltungen oder Vorträge mit wissenschaftlichem Anspruch an akademischen Einrichtungen halten oder entsprechende Beiträge verfassen. Doch auch von politischen Akteuren geschaffene Begriffe finden mittlerweile bruchlos Eingang in die Wissenschaft, ohne dass die von diesen geprägte Aufladung grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Zum anderen sah sich die »reine Wissenschaft« seit jeher unter dem Druck, die für sie aufgewendeten Mittel zu rechtfertigen. In den Sozialwissenschaften äußert sich dies regelmäßig in dem Anspruch, unmittelbar »praxisrelevante« Forschung zu betreiben[17]. Da dies bedeutet, dass deren Relevanz für die »Praktiker« unmittelbar ersichtlich ist, können deren Vorannahmen von wissenschaftlicher Seite meist nicht hinterfragt, sondern müssen vielmehr übernommen werden. Dementsprechend häufig finden normativ-abstrakte politische Begriffe wie »Sicherheit«, »Stabilität« und »Entwicklung«, aber auch ganze Konzepte wie das des »Vernetzten Ansatzes«, die ihren Ursprung in der Praxiswelt haben, als quasi-wissenschaftliche Theorien ihren Eingang in wissenschaftliche Arbeiten, ohne dass ihr analytischer Wert hinterfragt wird.

Der folgende Abschnitt charakterisiert die Literatur der für das hier zu behandelnde Thema relevanten Forschungsfelder. Dabei wird deutlich, dass sie die genannten Tendenzen der disziplinären Binnensicht, der forschungspragmatischen Beschränkung auf subjektive Wertungen oder objektive Praxis und des Einflusses der Praxis auf die Wissenschaft prägt. Das Ergebnis der Literaturdiskussion weist zugleich den Weg für die weitere Untersuchung, indem es die Forschungslücken aufzeigt und die gängigen inhaltlichen Defizite der meisten bisherigen Arbeiten benennt.

a) Wissenschaftliche Perspektiven auf staatliche Praxis

Da im zu untersuchenden Fall das Militär als staatlicher Akteur und Instrument von Außenpolitik im Mittelpunkt steht, ist zunächst die in der Wissenschaft vorherrschende Vorstellung vom Staat zu betrachten[18]. So lässt sich konstatieren, dass die politikwissenschaftliche Disziplin der Internationalen Beziehungen, in deren Themenbereich in der Regel außenpolitisches Handeln des Staats fällt, größtenteils über keine von der juristischen Staatsdefinition abweichende Konzeption verfügt. Im Rahmen dieser Arbeiten ist »der Staat« bisher vor allem als handelndes Subjekt – ganz wie im alltäglichen Sprachgebrauch verwendet – und gemessen an dem historisch innerhalb der »OECD-Welt« gewachsenen Ideal von einer kohärenten, territorialen, kontrollierenden Organisation mit einem umfassenden Gewaltmonopol begriffen worden. Als einheitlicher Akteur habe »der

---

16 Vgl. zur Disziplin der »Internationalen Beziehungen« Gibson, The Perfect War; Schlichte, Der Staat in der Weltgesellschaft, S. 26 f. Vgl. für weitere Beispiele die Entwicklungen in der US-amerikanischen Politikwissenschaft weiter unten.

17 Schlichte/Veit, Coupled Arenas, S. 15.

18 Lake, The State and International Relations, S. 41 f.

Staat« somit eigene, lediglich national spezifische Interessen[19]. Die Konzeption des Staats als *black box* impliziert zudem einen quasi-rationalen Ablauf von der politischen Entscheidung bis zur Ausführung durch die Exekutive, zu der auch das Militär zählt.

Eine derartige Sicht auf staatliche Praxis hat vor allem zwei Ursachen. Zum einen ist hier auf die insbesondere von Pierre Bourdieu betonte entscheidende Rolle der Juristen[20] hinzuweisen, die ihnen im Zuge der westlichen Staatsbildung zufiel. So war es diese Berufsgruppe, welche die Legitimationsgrundlagen dafür lieferte, sukzessive den patriarchalen Herrschern ihre Befugnisse in der Rechtsprechung zu entziehen und diese beim Territorialherrn zu konzentrieren. Gleichzeitig entwickelten die Juristen durch ihre Position ein objektives Interesse am Staat und damit an dessen Ausdehnung. Seitdem sind es eben jene von Juristen erzeugten staatlichen Deutungskategorien, die *unbewusst* in zunehmendem Maße die Wahrnehmung und damit auch Praxis der Menschen bestimmen und sie in ihren Augen als natürlich erscheinen lassen[21]. Staatliche Vorgaben legen dabei nicht nur fest, was als »recht-« oder »unrechtmäßig« zu gelten hat, sondern sie determinieren ebenso die wissenschaftlichen Kategorien. Anschaulichstes Beispiel hierfür ist die dominierende Betrachtung von Gesellschaften anhand ihrer völkerrechtlich definierten nationalstaatlichen Grenzen[22], aber auch die – analog zur ministeriellen Ressortaufteilung erfolgte – wissenschaftliche Kategorisierung etwa nach »Kultur-« oder »Sozialwissenschaften«, obwohl eine Differenzierung zwischen diesen beiden Kategorien wissenschaftlich keineswegs überzeugend ist[23].

Der personelle Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis verstärkt im Fall der Politologie, wie erwähnt, den Einfluss staatlicher Deutungskategorien. Die staatliche Praxis prägen wiederum seit Beginn des formal institutionalisierten Staates maßgeblich Juristen[24]. So werden auch in politikwissenschaftlichen Arbeiten häufig die juristischen Kategorien der Praxis als tatsächlich feststehende Ist-Zustände und nicht im Sinne einer rechtssoziologischen Analyse in dem sozialen Kontext ihrer Entstehung und den dahinter stehenden Interessen der Akteure betrachtet. Dementsprechend leitet sich die vorherrschende politikwissenschaftliche Konzeption des Staats als geschlossener Akteur aus der juristischen her, die ihn in den internationalen Beziehungen als Völkerrechts*subjekt* definiert[25].

---

19 So z.B. ebd. Kritisch dazu Migdal/Schlichte, Rethinking the State, S. 2–14; Schlichte, Der Staat in der Weltgesellschaft, S. 22–24.

20 Vgl. dazu bereits, wenn auch weniger ausführlich, Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 816 f.

21 Bourdieu, Staatsgeist, S. 109–122.

22 Schlichte, Der Staat in der Weltgesellschaft, S. 39.

23 Vgl. Wallerstein, Unthinking Social Science, S. 271; Daniel, »Kultur« und »Gesellschaft«.

24 Bourdieu, Staatsgeist, S. 110. Auch die wohl einflussreichste Person beim Aufbau des ersten gesamtdeutschen modernen Staats, Otto von Bismarck, war Jurist. Ebenso sah bekanntlich Max Weber aufgrund der sachlichen Erfordernisse der Praxis die juristische als die ideale Berufsausbildung des Politikers. Weber, Wissenschaft als Beruf, S. 51–53.

25 Schlichte, Der Staat in der Weltgesellschaft, S. 92 f. Als Beispiel dafür, wie natürlich die juristische Ordnung vielen Politikwissenschaftlern erscheint, mag der Beitrag von Lake, The State and International Relations dienen. Dieser wägt zwar zahlreiche Gründe gegen-

Zum anderen ist als Erklärung erneut die Ausdifferenzierung der Wissenschaft, in deren Zuge sich die Disziplin der Internationalen Beziehungen herausbildete, anzuführen. So bezeichnete noch der sowohl juristisch als auch soziologisch gebildete Max Weber den Ausgang des Kampfes zwischen »Herr« und »Verwaltungsstab« als »[e]ntscheidend für fast die ganze Kulturentwicklung«[26]. Bis in die 1970er Jahre hinein finden sich außerdem Arbeiten, in denen die Bedeutung des Militärs und anderer ausführender Organe bei der Gestaltung von Außenpolitik unter dem Begriff »Bureaucratic Politics« betont wurde[27]. In dieser Zeit differenzierten sich allerdings auch die Theorien der internationalen Beziehungen weiter aus, bis sie schließlich unter die üblichen »Großtheorien« des Realismus und Idealismus/Liberalismus gefasst werden konnten. Diese Theorien sind gleichwohl zu spezialisiert auf internationale Handlungen, um auch noch den Einfluss des Verwaltungsstabs erfassen zu können, sodass diese allein »*den* Staat« als Akteur konzipieren[28]. Zudem erweist sich gerade der liberale Institutionalismus als Paradebeispiel für die Internalisierung juristischer Deutungskategorien durch die Wissenschaft, da hier formale Abkommen und Rechtspersonen – ganz wie im juristischen Sprachgebrauch – zu Akteuren werden[29].

Doch auch bei den Ansätzen, die das Verhältnis zwischen Regierung und ausführender Verwaltung in den Blick nehmen, ist eine Tendenz zum Denken in größeren Einheiten, denen daraufhin Subjektqualität zugeschrieben wird, unverkennbar. Hierzu zählen die institutionalistischen Ansätze, die zwar nicht »den Staat«, dafür aber den jeweiligen Verwaltungsapparat als eigenständigen Akteur auffassen. Über eine Konzipierung von Regierung und Verwaltung als »Prinzipal« und »Agent« gehen diese wissenschaftlichen Arbeiten selten hinaus. Verstärkt wird diese Tendenz dadurch, dass es vor allem die Wirtschaftswissenschaften sind, die sich mit dem Handeln formaler Organisationen beschäftigen, um hiermit Aussagen über moderne Unternehmen treffen zu können. In dieser Wissenschaft, die von jeher dazu neigte, das (ökonomisch) »Rationale« menschlichen Handelns herauszustellen, dominieren hier wiederum ebenfalls Ansätze, die Unternehmen zumeist als geschlossene, nach bestimmten Maximen handelnde Akteure auffassen[30]. Offenbar sind diese Theoretisierungen verbreiteter, da sie an den politikwissenschaftlichen Mainstream anschlussfähiger sind als die mikro-orga-

---

einander ab, weshalb der Staat als Akteur zu konzeptualisieren sei, lässt aber die juristische Geschichte des Begriffs völlig außer Acht.

26 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 154.

27 Vgl. Bureaucratic Politics; Bennett/Perlmutter, The Political Influence of the Military, S. 27 f.; Vagts, Defense and Diplomacy, S. 8 f., sowie für die Bundesrepublik etwa den schon 1978 erschienenen Sammelband Verwaltete Außenpolitik. Die Betrachtung der beim Streitkräfteeinsatz beteiligten Organisationen erfolgte in US-amerikanischen Arbeiten schon mit dem Scheitern in Vietnam. Vgl. Komer, Bureaucracy does its Thing. Gleiches gilt für die ebenfalls krisenhaft wahrgenommenen Einsätze seit 2001. Vgl. Etwa Giordano, The U.S. Army and Nontraditional Missions; Rothstein, Afghanistan and the Troubled Future. Eine Ausnahme aus der deutschen Literatur ist z.B. Jäger/Oppermann, Bürokratie- und organisationstheoretische Analysen.

28 Lake, The State and International Relations.

29 So z.B. bei Stein, Neoliberal Institutionalism, S. 203 f.

30 Vgl. die Aufteilung der Forschung bei Preisendörfer, Organisationssoziologie, S. 17–25.

nisationssoziologisch orientierten. Das entscheidende Defizit des »Bureaucratic Politics«-Ansatzes schließlich bestand darin, dass er zwar einerseits den Einfluss der Verwaltung auf politische Entscheidungen erfassen konnte. Andererseits ließ sich mit ihm jedoch nicht verstehen, wie die Grundlagen entstehen, auf denen politische Entscheidungsträger und Verwaltungsstab einvernehmlich handeln[31].

Zwar ist mittlerweile weitgehend anerkannt, dass Organisationswissenschaftler Max Webers Werk oftmals falsch rezipierten und daher formale Struktur und tatsächliche Praxis von bürokratischen Organisationen gleichsetzten[32], obwohl dies nicht der Realität entspricht und daher auch keine theoretische Vorannahme bilden sollte[33]. Doch zeichnen sich auch die dominierenden organisationstheoretischen Ansätze, die nicht den Blick von der Relevanz informellen Handelns abwenden, durch entscheidende Erklärungsdefizite aus. Diese lassen sich in zwei Gruppen aufteilen: zum einen Ansätze, die davon ausgehen, dass die Akteure im Rahmen von »rational choice« relativ unabhängig eine sehr große Bandbreite von Entscheidungen treffen können. Die Vertreter dieser Richtung werden jedoch regelmäßig mit aus den Augen des Wissenschaftlers »irrationalem«, nicht erklärbarem Verhalten der Praktiker konfrontiert[34].

Noch verbreiteter sind, zum anderen, Ansätze, die geradezu naturwissenschaftliche »Gesetze« menschlichen Handelns voraussetzen. Übertragen auf formale Organisationen, werden beobachtbare Verhaltensweisen ihrer Mitglieder als Charakteristika *der* Organisation schlechthin betrachtet. Hierzu zählt etwa das Streben nach mehr Kompetenzen und Personal oder die gleichartige Behandlung unterschiedlicher Probleme[35]. Auf dieser Grundlage lassen sich allerdings einerseits keine Erklärungen für diese bloß phänomenologisch erfassten Handlungen finden, andererseits werden hier ebenfalls gegensätzliche Praktiken in der Realität und subjektive Entscheidungsmöglichkeiten außer Acht gelassen.

Eine Erweiterung der oft rationalistischen Perspektive der Organisationswissenschaft stellt der Blick auf »Organisationskulturen« in jüngerer Zeit dar. Hiermit bezeichnen die Vertreter dieser Forschungsrichtung die den Organisationsalltag prägenden historisch tradierten Verhaltensweisen und Normen, die sich meist nicht in den formalen Satzungen finden[36]. Allerdings betrachten sie diese Praktiken überwiegend als einen »Faktor«, der das *eigentliche*, »rationale« Organisationshandeln bloß beeinflusse. Hierdurch stehen allerdings mehrere Methoden und Theorien nebeneinander, ohne dass diese in einem umfassenden Ansatz vereint werden. Außer Acht gerät zudem, dass auch die formalen

---

31 Vgl. die treffende Kritik von Freedman, Logic, Politics and Foreign Policy, S. 439 f.

32 Das Missverständnis in der Rezeption von Webers Gedanken über Bürokratie besteht in der Annahme vieler Organisationssoziologen, dass er hiermit Aussagen über die Funktionsweise bürokratischer Apparate treffen wollte. Beigetragen hat hierzu Weber selbst, indem er sich zur Behauptung hinreißen ließ, dass es sich bei der bürokratischen Organisationsform um die effektivste handele. Tatsächlich ging es ihm jedoch um die Bildung von Idealtypen zur Charakterisierung von »legaler Herrschaft« im Rahmen seiner Herrschaftssoziologie. Mayntz, Max Webers Idealtypus der Bürokratie, S. 28 f.

33 Preisendörfer, Organisationssoziologie, S. 64.

34 Emirbayer/Johnson, Bourdieu and Organizational Analysis, S. 18 f.

35 So z.B. bei Rothstein, Afghanistan and the Troubled Future, S. 46 f.; Payan, Cops, Soldiers, and Diplomats, S. 1–42.

36 Vgl. z.B. Hagen/Tomforde, Militärische Organisationskultur.

Satzungen und vermeintlich »rationalen Zwecke« Ergebnis historisch vermittelter Deutungsmuster sind.

Nicht zuletzt wird die bestehende Forschungstendenz durch die vorhandenen Quellen determiniert und verstetigt. Da militärische Dokumente und solche zur Außenpolitik in der Regel der Geheimhaltung unterliegen, sind diese meist nicht offen verfügbar und nur durch größeren Aufwand und gute soziale Vernetzung für den Wissenschaftler erhältlich. Beides sind auch die Voraussetzungen für ergiebige Interviews mit relevanten Praktikern. Allgemein ist zudem eine genaue Kenntnis der verwendeten Fachsprache und innerorganisatorischen Abläufe nötig, um die gesammelten Daten überhaupt verstehen und auswerten zu können. Offensichtlich um sich den Aufwand zu ersparen, aber auch aufgrund der mangelnden objektiven Voraussetzungen, beschränken sich daher viele Wissenschaftler darauf, veröffentlichte Dokumente wie »Sicherheitsstrategien« oder in einigen Fällen auch Dienstvorschriften[37] als empirische Grundlage zu nutzen[38].

Aus dem Blick gerät hierbei, dass insbesondere publizierte »Sicherheitsstrategien« oder das deutsche »Weißbuch« zur Sicherheitspolitik das Ergebnis von innerministeriellen Abstimmungsprozessen sind, bei denen die Akteure darauf achten, ihre Kompetenzen zu wahren. Aufgrund der hierbei einzugehenden Kompromisse haben sie meist einen vagen Charakter und sind kaum als Handlungsanweisung geeignet[39]. Vielmehr sind sie als Legitimation für die tatsächliche, vom Wortlaut regelmäßig abweichende Praxis zu verstehen[40]. Regierungen begegnen mit ihnen zudem den regelmäßig zu hörenden Forderungen der politischen Opposition nach einem »kohärenten Konzept« für einen Militäreinsatz[41].

Ebenso wenig überzeugend ist es, unveröffentlichte Dienstvorschriften als Beleg für eine bestimmte Praxis zu werten, da hiermit die schon in der jüngeren Organisationsforschung überwundene Diskrepanz von formeller Struktur und tatsächlichem, informellen Handeln missachtet wird[42]. Selbst wenn dies nicht im gleichen Maß wie für veröffentlichte »Sicherheitsstrategien« gilt, so sind also auch Dienstvorschriften vor dem Hintergrund ihrer legitimatorischen Funktion zu betrachten. Aus mangelnder quellenkritischer Schulung oder um die empirische Grundlage der eigenen Arbeit nicht zu disqualifizieren, erfolgt die kritische Reflexion über deren Aussagewert jedoch meist nicht[43]. In der Konsequenz führt

---

37 Vgl. z.B. Hippler, Counterinsurgency and Political Control.

38 Vgl. z.B. Meiers, Von der Scheckbuchdiplomatie.

39 Neumann, »A Speech That the Entire Ministry May Stand for«, S. 191–195. So auch der ehemalige US-Secretary of Defense Gates, Duty, S. 144, über seine eigene Praxiserfahrung.

40 Vgl. die allerdings etwas umständliche Herleitung bei Lipson, Peacekeeping, S. 7–10 und S. 14–18.

41 Ebd., S. 15 f.

42 Vgl. etwa die daraufhin als »Neoinstitutionalismus« bezeichnete, jedoch weiterhin phänomenologisch ausgerichtete Forschungsrichtung: Meyer/Rowan, Institutionalized Organizations.

43 Eine eingehende quellenkritische Betrachtung von militärischen Dienstvorschriften erfolgt, der genannten disziplinären Aufspaltung gemäß, bisher nur in der auf die Kritik ihrer Quellen spezialisierten Geschichtswissenschaft. Vgl. etwa Raths, Vom Massensturm zur Stoßtrupptaktik, S. 15 f.

dies dazu, dass die Vorannahmen der außenpolitischen Praxis – wie etwa solche über die größten »Sicherheitsbedrohungen« – übernommen werden[44]. Zudem erschöpfen sich viele dieser Arbeiten weitgehend darin, bloß eine Diskrepanz zwischen den offiziell proklamierten Zielen und der tatsächlichen Praxis zu konstatieren.

Aufgrund der unbewussten Internalisierung juristischer Kategorien, des Einflusses von Praktikern auf die Politikwissenschaft und der mangelnden Quellenkritik ist die Selbstbeschreibung moderner Außenpolitik daher häufig fast identisch mit ihrer wissenschaftlichen Betrachtung. Am deutlichsten wird dies an der oben thematisierten Konzipierung des Staats im »internationalen System« als geschlossenen Akteurs mit eigenen Interessen. Ganz offensichtlich hat diese Konzeption ihren Ursprung in den Vorstellungswelten von Territorialherrschern seit Beginn des Westfälischen Systems[45]. Diese Idee, ebenso wie andere Vorannahmen, zu denen die »Anarchie« des internationalen Systems zählt, verwissenschaftlichte schließlich die aufkommende Politologie. Insbesondere in den in dieser Disziplin tonangebenden USA prägte nach 1945 das Wechselspiel zwischen Politik und Wissenschaft die Forschung. Akteure wie George F. Kennan oder Henry Kissinger konnten somit als außenpolitische Entscheidungsträger und Wissenschaftler ihre Vorstellungen aus der Praxiswelt verwissenschaftlichen bzw. ihre wissenschaftlichen Konzepte umsetzen[46].

Nicht unerwähnt bleiben sollen die zahlreichen Ansätze, die von der hier hauptsächlich dargestellten Forschung abweichen. So betonen Vertreter des Konstruktivismus[47] die Bedeutung von Subjektivität sowie Gesellschaftlichkeit und solche der »Security Culture«[48] insbesondere die Historizität der Akteure. Hiermit machen sie einen entscheidenden Schritt, um sich von den juristischen Mystifikationen der außenpolitischen Praxis zu lösen. Jedoch geht meistens mit der empirischen Praxis – wenn nicht bereits mit der theoretischen Konzeption[49] – einher, dass sie mit ihrem Fokus auf Diskursen oftmals die objektiven Realitäten ausblenden[50]. Zudem behandeln auch sie nicht den Einfluss der Verwaltung auf Außenpolitik.

Schließlich verwenden die meisten Vertreter von Großtheorien ihre Ansätze im Sinne eines methodischen Nebeneinanders, was etwa am beliebten »Testen« von Theorien deutlich wird. Hierbei wenden die Verfasser meist die prominentesten »Großtheorien« auf einen Gegenstand an und diskutieren am Ende der Untersuchung, welche ihn am besten erklärt. Eine andere häufig gewählte Möglichkeit besteht darin, aus den Ansätzen verschiedene »Faktoren« oder »Variablen« abzuleiten, um Verhalten in der Außenpolitik zu erklären, wie etwa

---

44 Schlichte, Neue Kriege oder alte Thesen?, S 122.

45 Wohl am nachdrücklichsten explizit gemacht hat sie der erste deutsche Reichskanzler, Bismarck, indem er vom »Spiel mit den fünf Kugeln« – den europäischen Großmächten – sprach.

46 Krippendorff, Die Erfindung der Außenpolitik, S. 73; Gibson, The Perfect War, S. 13–20. Vgl. auch Schlichte, Der Staat in der Weltgesellschaft, S. 24–28.

47 Vgl. den Überblick bei Adler, Constructivism and International Relations, S. 100–103.

48 Vgl. als Literaturüberblick Poore, »Strategic Culture«, S. 51–62.

49 Vgl. z.B. Hurd, Constructivism, S. 300 f., 304 und S. 306–308.

50 Vgl. z.B. Mirow, Strategic Culture Matters; Malici, Germans as Venutians, S. 44.

»historische Ursachen«. Da hiermit keine übergreifende Theorie der Praxis verbunden ist, bleibt jedoch unklar, Teil welcher – um die mathematische Terminologie zu verwenden – »Gleichung« die »Faktoren« und »Variablen« sind. Insgesamt vereinen diese Vorgehensweisen nicht in interdisziplinärer Weise die unterschiedlichen Perspektiven der Ansätze, sondern es bleibt bei einem Nebeneinander.

Zugleich werden gerade die sich selbst als kritisch bezeichnenden Ansätze ebenfalls von einer Praxisnähe geprägt, die sich in einer Konvergenz von praktischen und wissenschaftlichen Begriffen ausdrückt und das Forschungsergebnis weniger werturteilsfrei machen. So zeigt sich, dass in vielen dieser Arbeiten »Kritik« (unbewusst) im Sinne der politisch links stehenden Bewegungen verstanden wird und nicht im Sinne einer kritischen Reflexion sowohl des Gegenstands als auch der Perspektive des Forschers, wie sie etwa Max Weber und Pierre Bourdieu verstanden[51]. Daher werden beispielsweise Praxis-Konzepte wie »Sicherheit« oft durchaus wissenschaftlich gewinnbringend kritisiert und deren interessengeleitete Aufladungen offenbart, jedoch letztlich im Sinne einer Parteinahme etwa für die »Entwicklungs«-Seite, deren Begriff und Interesse wiederum nicht hinterfragt wird. So bewerten etwa viele Wissenschaftler militärische Aufbauprojekte in Interventionen als negative »Militarisierung« der eigentlich positiven Entwicklungshilfe, die dadurch militärischen Zwecken unterworfen werde[52]. Unbeachtet bleiben hierbei regelmäßig nicht nur die generellen Widersprüche der vorherrschenden entwicklungspolitischen Fachdiskurse, die von einem vergegenständlichten Bild von gesellschaftlicher »Entwicklung« als Anzahl der Straßen, Kraftwerke usw. ausgeht, sondern auch die Interessen, die bei Entwicklungsagenturen ebenso wie beim Militär zu finden sind.

b) Militärsoziologische Perspektiven auf militärische Praxis

Eine für ihre wissenschaftliche Qualität verhängnisvolle Geschichte hat auch die sozialwissenschaftliche Spezialdisziplin, deren Hauptgegenstand moderne Streitkräfte sind: die Militärsoziologie. Als eigene »Bindestrich«-Disziplin vom US-Militär im Zweiten Weltkrieg geschaffen um den Einsatz von Soldaten zu optimieren, war ihr die Nähe zur Praxis historisch bereits eingeschrieben. Offenbar da hierdurch unliebsame Fragen aufgeworfen werden könnten, war von Seiten des »Bedarfsträgers« eine Ausweitung ihres Forschungsfelds auf den Krieg an sich unerwünscht. Auch wegen der eingangs thematisierten wissenschaftlichen Segmentierung ist die Militärsoziologie daher bis heute überwiegend eine »binnenorientierte« Organisationswissenschaft geblieben[53] – auch wenn sich die Vertreter der Disziplin um eine Ausweitung bemühen[54].

---

51 Dies ist teilweise sogar das Postulat dieser Arbeiten. Vgl. etwa Booth, Beyond Critical Security Studies.

52 Vgl. z.B. Baumann/Kößler, Von Kundus nach Camelot, S. 169–171.

53 Kernic, Sozialwissenschaften und Militär, S. 15–18; Warburg, Das Militär und seine Subjekte, S. 29–31; Leonhard/Werkner, Einleitung, S. 29 f. Siehe auch die quantitative Auswertung von Rowley/Weitz/Werkner, Militärsoziologische Forschung, S. 498 und S. 512.

54 Leonhard/Werkner, Einleitung, S. 31.

Im bundesdeutschen Fall institutionalisierte sich die militärsoziologische Forschung von 1974 bis 2012 im Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI). Aufgrund der Delegitimierung des Kriegs in Deutschland nach 1945 entwickelte sie sich allerdings zu einer Wissenschaft über das Militär fast ohne die Gewaltausübung zu betrachten. Während das US-Militär also folgerichtig seit dem Zweiten Weltkrieg Studien erarbeiten lässt, die zu einer Optimierung des Kampf- und Durchhaltewillens sowie der Tötungsbereitschaft der eigenen Soldaten beitragen sollen, existiert keine veröffentlichte Arbeit des SOWI, die sich explizit mit diesen Gegenständen befasst[55]. Erst in jüngster Zeit ist ein leichter Wandel angesichts der Kämpfe in Afghanistan zu erkennen[56]. Stattdessen finden sich Studien, die zu einer Erhöhung der »Einsatzmotivation« im Sinne eines besseren »Betriebsklimas« beitragen sollen. Da sich auffallend viele Arbeiten mit »weichen« Themen wie Frauen oder Moslems in der Bundeswehr oder Trennung von Lebenspartnern durch den Einsatz befassten, scheint das SOWI eher eine nach außen gerichtete Legitimationsfunktion erfüllt zu haben, indem hierdurch belegt wurde, dass sich die Bundeswehr auch um diese Themen kümmere[57].

In Deutschland nur unzureichend, in den USA dafür seit den 1950er Jahren umso stärker, konnte sich neben der zuvorderst utilitaristischen Militärsoziologie noch eine universitäre, tendenziell kritische etablieren. Die Kritik bestand allerdings vor allem in den Anfangstagen der Disziplin in erster Linie darin, vor einer mangelnden politischen Kontrolle des Militärs zu warnen. Dieser normativ-pädagogische Charakter schmälert daher mitunter genauso wie der Utilitarismus den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn dieser Studien. Daneben bemühen sich die Verfasser der kritischen Richtung – angesichts der immer stärkeren Delegitimierung von Gewalt in der zivilisierten Gesellschaft –, immer neue Facetten der Gewaltaffinität des Militärs »aufzudecken«[58]. So lässt sich sagen, dass die meisten der als wegweisend betrachteten Arbeiten auf dem Gebiet der Militärsoziologie im Grunde nur diese Tendenzen wiedergeben. Lediglich die jeweils beobachteten Phänomene, die zumeist dichotomisch synthetisiert werden, wandeln sich dabei: sei es das Verhältnis von militärischer Professionalität und politischer Führung[59], der Grad von Abweichung oder Annäherung zur »Zivilgesellschaft«[60], der Soldatenberuf als kriegerische »Berufung« versus zivi-

---

55 Vgl. Publikationsverzeichnis des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, S. 10, 36. Die einzigen zwei Einzelpublikationen zu dem Thema befassen sich nicht mit der Gewalt im Krieg, sondern als generelles soziales Phänomen.

56 Vgl. Seiffert, »Generation Einsatz«. Allerdings ist die diesem Beitrag zugrunde liegende Studie, die sich u.a. mit der Gewaltanwendung deutscher Soldaten befasst, nicht öffentlich zugänglich.

57 So publizierte das SOWI allein in den 2000er Jahren vier Monografien und Sammelbände zum Thema Frauen in der Bundeswehr. Publikationsverzeichnis des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, S. 9−11.

58 Vgl. über den Widerspruch der berufsspezifischen, v.a. kriegerisch-heldischen Dispositionen des militärischen Habitus zum zivilen Erwerbsdenken Kapitel II.4. Vgl. als Literaturüberblick Nuciari, Models and Explanations for Military Organization, S. 69−71 und S. 78−80.

59 Huntington, The Soldier and the State.

60 Janowitz, The Professional Soldier.

lem Erwerbsberuf[61] oder die vielen von diesen Hauptwerken der Disziplin abgeleiteten Arbeiten[62].

In der militärsoziologischen Forschung nicht behandelt wurden hingegen mehrere für diese Arbeit relevante Fragestellungen. Dies betrifft zum einen die Bedingungen der Entscheidungsfindung des Militärs in gegenwärtigen Interventionen, lässt doch dessen Ausbildung und Ausrichtung auf konventionelle Kriegführung an dieser Stelle Friktionen erwarten. Auch ist die Machtverteilung innerhalb der militärischen Organisation kaum empirisch dicht untersucht worden. Welche Gruppen erlangen hier aus welchen Gründen eine beherrschende Stellung? Schließlich ist der Widerspruch zwischen der Gewaltorientierung des Soldaten im Gegensatz zur Tabuisierung von Gewalt außerhalb des Militärs zwar vielfach konstatiert worden, jedoch gibt es fast keine Arbeiten, die näher darauf eingehen, wie dieser Widerspruch bewältigt wird[63]. Die für andere Fragestellungen erhobenen Daten und die grundlegenden Studien der Militärsoziologie erweisen sich dennoch als äußerst wertvoll für diese Arbeit.

c) Forschung über internationale Militärinterventionen

Um die Bedeutung der in der Praxis entstandenen Vorannahmen für die Tendenzen der vorhandenen Literatur zum hier behandelten Thema verstehen zu können, muss zunächst näher auf den Begriff der »Sicherheitspolitik« eingegangen werden. Denn hierunter firmieren die meisten Arbeiten über den Streitkräfteeinsatz, einschließlich der VN, deren militärische Handlungen als Ausübung »kollektiver Sicherheit« gelten[64]. Etymologisch setzt sich »Sicherheit« aus den lateinischen Wörtern »sine cura« zusammen und bedeutet nicht mehr als »ohne Sorge«. Seit der Antike wurde er meist als affirmatives, »normatives Abstraktum« verwendet[65]. Ohne Bezug auf einen zu »sichernden« Wert – materiell, ideell oder sonst welcher Natur – bleibt der Begriff also eine »Leerformel«[66]. Wäre er jedoch nicht auf einen Wert bezogen worden, so wäre er als alleinstehendes Wort ohne weitere Erläuterungen auch nicht in den alltäglichen wie wissenschaftlichen Sprachgebrauch eingegangen.

Im Laufe der Zeit erlangte der Sicherheitspolitikbegriff in unterschiedlichen Kontexten an Bedeutung. Entscheidend war hierbei, dass ihn in der Frühen Neuzeit die Herrscher territorial definierter Gebiete immer häufiger in völkerrechtlichen Verträgen verwendeten, um den Anspruch, ihre Herrschaft und Machtmittel zu bewahren, moralisch verbrämt auf den Begriff zu bringen. Daneben nutzten ihn mit dem Aufstieg des Bürgertums aber auch immer breitere Schichten, um ihre Ansprüche – wie etwa den nach »sozialer Sicherheit« – zu

---

61 Moskos, From Institution to Occupation.

62 Vgl. zu deren Inhalt Caforio, Some Historical Notes, S. 17 f. und S. 22 f.; Nuciari, Models and Explanations, S. 71.

63 Eine Ausnahme ist Warburg, Das Militär und seine Subjekte, S. 326–330, der diese Frage kurz behandelt.

64 Art. 1 Satzung der VN (SVN).

65 Conze, Sicherheit, Schutz, S. 831 f.

66 Frei/Gaupp, Das Konzept »Sicherheit«, S. 3 f.

formulieren[67]. Im Ergebnis wird bis in die Gegenwart der Sicherheitsbegriff neben dessen ursprünglichen Inhalten von den verschiedensten Akteuren in immer neuen Kontexten mit immer weiteren Bedeutungen aufgeladen[68], was diejenigen verwirrt, die »Sicherheit« als objektive Zustandsbeschreibung verstehen.

Vergleichsweise jungen Datums ist das Begriffspaar »Sicherheitspolitik«, das in Deutschland ungefähr seit den 1960er Jahren allmählich in Fachkreisen und erst ab Mitte der 1970er Jahre darüber hinaus breitere Verwendung fand[69]. Er ersetzte zunächst immer häufiger die nach dem Zweiten Weltkrieg und zur Zeit der »Entspannungspolitik« zunehmend delegitimierten Begriffe der »Kriegs-«, »Wehr-«, aber schließlich auch »Verteidigungspolitik«. Mit dem Ende des Kalten Kriegs setzte sich der Sicherheitspolitikbegriff in der Öffentlichkeit gegen letztere Begriffe nahezu vollständig durch[70]. Als reines Substitut erhielt er jedoch während der Ost-West-Konfrontation insbesondere in der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung bald wieder seine eher konservative, Gewalt bejahende Konnotation[71]. Nach 1990 verschwanden diese politischen Frontstellungen, sodass diese Aufladung an Schärfe verlor. Aufgrund der meist mangelnden Trennung zwischen wissenschaftlicher und von den Akteuren selbst gewählter Terminologie verwenden ihn seitdem Politik und Wissenschaft analog für unterschiedlichste Politikfelder[72]. Jedoch hat er seine ursprüngliche staatszentrierte, auf einem »westfälischen« außenpolitischen Weltbild beruhende Konnotation nicht vollkommen verloren. Ebenso gilt er weiterhin als spezifische Positionierung des eher als »konservativ« bezeichneten politischen Spektrums[73].

---

67 Conze, Sicherheit, Schutz, S. 838–848 und S. 858.

68 Buzan/Wæver/Wilde, Security, sprechen daher von »Securitization«.

69 1977 wurde der Begriff in Meyers enzyklopädisches Lexikon in 25 Bänden aufgenommen, erst 1993 auch in die Brockhaus-Enzyklopädie in 24 Bänden. Selbst in Fachhandbüchern für Diplomaten und Politikwissenschaftler war der Begriff mitunter noch Mitte der 1970er Jahre nicht zu finden. Vgl. etwa Kluge, Politisches Wortgut der Gegenwart; Haensch, Wörterbuch der internationalen Beziehungen.

70 Es lässt sich geradezu minutiös nachvollziehen, wie der Sicherheits- den Wehrbegriff immer schneller substituierte. Beispiele für Umbenennungen sind die des Bundesverteidigungsrats in Bundessicherheitsrat, der Zeitschrift »Europäische Wehrkunde« in »Europäische Sicherheit«, die »Wehrkundetagung« in »Münchener Sicherheitskonferenz«, die Zeitschrift »Wehrpolitik« in »Politik und Sicherheit«. Das gleiche gilt offenbar außerhalb Deutschlands: Nach Befragungen von Baldwin, The Concept of Security, S. 9, Anm. 22, wäre es den meisten amerikanischen Politikwissenschaftlern aus dem Bereich der »Security Studies« gleichgültig, »whether the field is called security studies, military studies, or war studies. Security studies, however, is widely used; and it seems to make the subject more acceptable in academia.«

71 In Deutschland wurde die Friedensforschung v.a. von der SPD gefördert – offenbar mit dem Zweck, die »Entspannungspolitik« Willy Brandts zu legitimieren. Als im Wissenschaftsbereich institutionalisierte Beispiele politischer Einflussnahme lassen sich das CDU-nahe ehemalige Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel auf der einen und das SPD-nahe, den Begriff nur noch an zweiter Stelle führende, 1971 gegründete Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg anführen.

72 Im »Brockhaus« findet sich die weite Definition des Sicherheitspolitik-Begriffs seit der Auflage von 2006. Brockhaus. Enzyklopädie in 30 Bänden.

73 Der Bezug von politischen Akteuren auf »Sicherheitspolitik« gestaltet sich damit als »Versicherheitlichung« fast beliebiger Politikgegenstände, denen durch dieses Label eine höhere Priorität im ständigen Kampf um Ressourcen verschafft werden soll. Buzan/Wæver/Wilde, Security. Die immer weiter verbreitete Erkenntnis jüngster Arbeiten zum Begriff der

Mittlerweile existieren zahlreiche Arbeiten über internationale Militärinterventionen, die vor allem VN-geführte Missionen betrachten. Allerdings sind die meisten dieser Studien explizit *policy*-orientiert. Um von den Praktikern gehört zu werden, übernehmen die Verfasser daher zwangsläufig deren Vorannahmen und Terminologie und verwenden in erster Linie deren selbst verfasste Konzepte als empirische Grundlage[74]. Dementsprechend erscheinen Interventionen aus dieser Sicht meist als ein rationaler, eher technischer Vorgang, weitgehend frei von zuwiderlaufenden Eigeninteressen der beteiligten Akteure[75]. Als »unabhängige Variablen«, wie es in den meist positivistisch ausgerichteten Forschungsvorhaben heißt, dienten häufig bloß die Finanzierung, heimatliche Unterstützung oder Umsetzung, insbesondere im Sinne einer Sequenzierung der vorhandenen Konzepte der Intervenienten[76]. Misserfolge lasten sie überwiegend nicht kooperierenden lokalen Akteuren an[77].

Neben dem diskutierten Strang der Literatur existiert ein weiterer, dessen Arbeiten meist als »kritisch« charakterisiert werden. Sie bilden allerdings noch eher die Minderheit, brachten aber einige grundsätzliche Forschungsergebnisse hervor. So musste durch einige Studien zunächst überhaupt erst die These aufgestellt und untermauert werden, dass Intervenienten eigene Interessen verfolgen[78]. In diesem Sinne stellten sie etwa heraus, dass Intervenienten dazu tendieren, zur Vermeidung von Konflikten de-facto-Abkommen mit lokalen Herrschern zu schließen. Damit können sie den Missionszweck unterlaufen, da sie hierfür auch auf die Machtinteressen der Akteure eingehen müssen[79]. Häufig argumentieren diese Verfasser jedoch aus einer im Grunde ideengeschichtlichen bzw. philosophischen Perspektive. Auf diese Weise zeigen sie gewinnbringend die inneren Widersprüche und Denktraditionen der Konzepte von Intervenienten auf, doch bieten sie wenig empirische Details über die Praxis[80].

Daneben rückten diese Arbeiten die zumeist bürokratische Handlungsweise der Intervenienten in den Vordergrund. Die Verfasser zeigten damit zum einen die Widersprüche auf, die sich daraus ergeben, dass die Akteure

---

»Sicherheitspolitik«, dass sich deren Bedeutung nach der je unterschiedlichen Zuschreibung der politischen Akteure richtet, bedeutet letztlich nichts anderes als die (späte) Einsicht, dass es sich hierbei nicht um einen wissenschaftlichen Begriff handelt. Vgl. etwa Siedschlag, Einführung, S. 12. In der in dieser Hinsicht kritischeren Soziologie kam es daher schon früher zu dieser Erkenntnis. So bei Luhmann, Vertrauen, S. 134.

74 Vgl. zu diesen Aspekten der Literatur auch Veit, Intervention as Indirect Rule, S. 42–44; vgl. zu den als »problem-solving« bezeichneten Studien Bures, Wanted, S. 424 f.; Bonacker/Distler, Das Militär im Statebuilding, S. 161 f.

75 Vgl. z.B. die Arbeiten von Paris, At War's End, S. 114.

76 Vgl. hierzu Daxner [u.a.], Einleitung, S. 7 f.; Bonacker/Distler, Das Militär im Statebuilding, S. 158–162.

77 Vgl. zur Kritik daran Schlichte/Veit, Coupled Arenas, S. 8 und S. 21.

78 Vgl. Chandler, Empire in Denial; Duffield, Development, Security and Unending War, S. 4. Vgl. zur Literatur auch Bonacker/Distler, Das Militär im Statebuilding, S. 165 f., und Bliesemann de Guevara, Introduction, S. 114–116.

79 Veit, Intervention as Indirect Rule, S. 16–19, 209–211 und S. 252–256; Barnett/Zürcher, The Peacebuilder's Contract, S. 24.

80 Zu den ergiebigsten Arbeiten dieses Ansatzes zählen die von Chandler, Statebuilding, S. 43–63. Ihrer ideengeschichtlichen bzw. philosophischen Perspektive entsprechend fußen sie empirisch aber fast ausschließlich auf akademischen Werken.

Standardlösungen für unterschiedliche Probleme suchen. Zum anderen zeigten sie, dass die Intervenienten oft ihre Aufgaben so wählten, dass sie sich mit ihren bereits vorhandenen Instrumenten bewältigen ließen[81]. Insbesondere die »kritischen« Studien bringen somit wertvolle Erkenntnisse für diese Arbeit. Allerdings beziehen sie sich in erster Linie auf VN-geführte Interventionen und lassen aufgrund ihres noch meist explorativen Charakters empirische Tiefe vermissen[82]. Zudem beschränken sie sich eher auf eine mikrosoziologische Perspektive und beantworten nicht darüber hinausgehende Fragestellungen[83].

Ein Blick in die Literatur zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zeigt wie kaum ein anderes Themenfeld, dass je weniger ein Gegenstand sozialwissenschaftlich durchdrungen und je problematischer die empirische Arbeit dazu ist, sich dessen Betrachtung umso mehr an den juristischen Kategorien der Praxis orientiert. Beinahe jeder allgemeine Beitrag zum Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr richtet sich aus diesem Grunde nach dem immer gleichen Schema, die einzelnen Beschlüsse des VN-Sicherheitsrates zu den relevanten Konflikten sowie die Bundesverfassungsgerichtentscheidung von 1994 über die Zulässigkeit von auswärtigen deutschen Militäreinsätzen zu diskutieren und diese mit dem sonstigen Völker- und dem nationalen deutschen Recht abzuwägen. Aufgrund der mangelnden Quellen haben die politischen Entscheidungsprozesse in Deutschland und der eigentliche Ablauf der Einsätze dagegen weit geringeres Gewicht. Wie in der herkömmlichen Literatur zu VN-Interventionen erscheinen diese somit als weitgehend rationaler, bruchlos ablaufender Vorgang im Sinne einer geradezu idealtypischen Ausführung eines Verwaltungsakts[84].

Erst in jüngster Zeit provozierten die immer stärker in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommenen Probleme des eigenen Afghanistan-Engagements detailliertere Arbeiten zu vorher vernachlässigten Aspekten. Viele der Verfasser dieser Studien wurden darauf aufmerksam, dass – anders als von den Verantwortlichen behauptet – ein Strategiedefizit den Einsatz prägte. Gleiches

---

81 Barnett/Finnemore, Rules for the World; Autesserre, The Trouble with the Congo; Pouligny, Peace Operations Seen from below.

82 Die Arbeit von Veit, Intervention as Indirect Rule, S. 16–19, 209–211 und S. 252–256, bringt bahnbrechende Ergebnisse zur Frage, wie internationale Interventionen lokale Machtstrukturen beeinflussen. Auch zeigt er die zahlreichen Widersprüche der Mission auf, schreibt allerdings, dass er diese aufgrund seines empirischen Fokus nicht näher erklären kann.

83 So die überzeugende Kritik an dieser Literatur von Free, Wege zu einer Soziologie moderner Friedenseinsätze, S. 59 f.

84 Vgl. z.B. Gießmann/Wagner, Die Bundeswehr im Auslandseinsatz, S. 16–23. Auf die Spitze getrieben wird dies von Bundeswehr, S. 58, in ihrem Beitrag zur Bundeswehr, in dem sie fast ausschließlich die einschlägigen Normen des Grundgesetzes sowie das Soldatengesetz wiedergeben. Letztlich prägt jedoch fast alle übergreifenden Darstellungen ein Defizit an Empirie, sodass sie sich größtenteils auf die Wiedergabe von veröffentlichten Konzepten oder grobe historische Abrisse beschränken. Vgl. Das internationale Engagement in Afghanistan; Armee im Einsatz oder Wegweiser zur Geschichte. Auslandseinsätze. Eben dies trifft auch auf die wenigen Monografien zum Thema zu: Wölfle, Die Auslandseinsätze der Bundeswehr; Rauch, Auslandseinsätze der Bundeswehr. Eine dichtere empirische Grundlage weisen vereinzelte Aufsätze in militärsoziologischen Sammelbänden auf, allerdings sind diese wiederum durch die übliche Binnenperspektive beschränkt: Streitkräfte im Einsatz; Auslandseinsätze der Bundeswehr.

galt für Konzepte wie das des »Vernetzten Ansatzes« bzw. der »Vernetzten Sicherheit«. Empirisch stellten diese Arbeiten einen großen Fortschritt dar, da sie zunehmend auf Interviews und internen Dokumenten beruhten[85]. Da es sich bei ihnen allerdings überwiegend um *policy*-orientierte Arbeiten handelte, mussten sie die meisten grundsätzlichen Vorannahmen der Praktiker übernehmen und bemängelten zuvorderst deren mangelhafte Umsetzung. Dies wurde insbesondere beim Thema Provincial Reconstruction Teams (PRT) deutlich. Hiermit befasste Autoren diskutierten die organisatorische Aufgabenverteilung und zivil-militärische Stärkeungleichgewichte der PRTs, stellten jedoch kaum das grundsätzliche Modell in Frage[86].

Daneben findet sich diese Tendenz insbesondere in der seit Ende der 2000er Jahre geführten Counterinsurgency (COIN)-Debatte. Hierbei kritisierten *policy*-orientierte Verfasser, dass die Bundeswehr den damaligen US-amerikanischen COIN-Gedanken zu zögerlich umsetze, da sie nicht genug Gewalt anwende oder diese nicht mit zivilen Maßnahmen flankiere[87]. Diese Arbeiten waren daher gleichzeitig eine »sicherheitspolitische« Positionierung, während sich eher »friedenspolitisch« positionierende Wissenschaftler etwa die zu enge Zusammenarbeit der »Aufbaumission« ISAF mit der »Terroristenjagd« Operation Enduring Freedom (OEF) verurteilten[88]. In einer anderen Debatte kritisierten Wissenschaftler die fehlende Umsetzung des Konzepts des »Vernetzten Ansatzes« bzw. der »Vernetzten Sicherheit«. Jedoch sahen auch sie, wie viele Praktiker, die Ursache hierfür vor allem als eher »technisches« Problem, das einem Mangel an Abstimmung zwischen den handelnden Ressorts geschuldet sei, und forderten daher in nahezu allen Fällen ein neues Koordinationsgremium als Lösung[89]. Mitunter außer Acht gerieten dabei die Interessen der Ressortvertreter und die Frage, ob diese vielleicht gar nicht kooperieren *wollten*. Gleiches gilt für die Frage, ob bürokratische, auf standardisierten Regeln beruhende Organisationen überhaupt geeignet sind, derart komplexe Aufgaben zu erledigen.

Insgesamt zeigt sich, dass nur wenige aussagekräftige Werke über die Politik des Militärs in internationalen Interventionen im Allgemeinen und die Praxis der Bundeswehr in Afghanistan im Besonderen existieren. Die meisten Arbeiten betrachten den Staat als geschlossenen Akteur und machen somit kaum Aussagen über das Handeln einzelner staatlicher Agenturen bzw. deren Verhältnis zueinander. Zurückzuführen ist dies auf die vorherrschenden politikwissenschaftlichen Theorien, für die es zu komplex ist, nicht nur zwischen einzelnen Nationalstaaten, sondern auch noch innerhalb dieser zu differenzieren. Doch auch die anderen

---

85 Vgl. Naumann, Einsatz ohne Ziel?; Naumann, Der blinde Spiegel; Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit; Noetzel/Zapfe, Aufstandsbekämpfung als Auftrag; Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr; Sangar, Historical Experience.

86 Hett, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan; Buddenbohm, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan; Gauster, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan [2006].

87 Noetzel/Zapfe, Aufstandsbekämpfung als Auftrag; Heidenkamp, Transformation Under Fire; Noetzel/Schreer, Counter-what?

88 Maaß, Eskalation in Afghanistan, S. 2 f.

89 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 229 f.; Naumann, Der blinde Spiegel, S. 156–158 und S. 166.

einschlägigen Theorien führen ein disziplinäres Einsiedlerdasein. Allgemein und für die Spezialliteratur zur Bundeswehr im Besonderen gilt, dass die meisten Arbeiten Kernprämissen sowie Begrifflichkeiten der politischen Akteure nur geringfügig kritisch reflektieren und stattdessen einfach übernehmen. Neben der generellen Praxisnähe der politikwissenschaftlichen Ansätze ist dies auch darauf zurückzuführen, dass nur eine schmale empirische Grundlage existiert. Für diese Arbeit müssen daher grundsätzlich die Kernannahmen der Akteure hinterfragt und, soweit möglich, eine eigene bzw. wissenschaftliche Terminologie verwendet werden. Schließlich sind theoretische Ansätze auszuwählen, mit denen sich die aus Entscheidungen von Politikern *und* Verwaltungsstab resultierende Komplexität staatlicher Praxis analytisch bewältigen lässt.

3. Vorgehensweise

Um die eingangs aufgeworfene Fragestellung nach der Handlungslogik von Militär in internationalen Interventionen am Fall der Bundeswehr in Afghanistan zu beantworten, sind mehrere Einzeluntersuchungen anzustellen. Im Ergebnis führen diese zur genannten Hauptthese von der Selbstreferenzialität der Praxis. Als Überblick und Leitfaden durch die Arbeit sind im Folgenden die einzelnen Untersuchungsgänge und deren jeweilige Ergebnisse zu skizzieren.

Vor Beginn der Untersuchung wird in einem theoretisch-methodischen Kapitel (II) ein Ansatz ausgewählt, der es erlaubt, staatliche Praxis jenseits der juristischen, auf einen einheitlichen Akteur orientierten Konzeption zu betrachten. Dieser muss in der Lage sein, die Bedingungen menschlicher Handlungen umfassend zu analysieren und diese in Beziehung zueinander zu setzen. Die Wahl fällt daher auf die aufeinander aufbauenden Ansätze von Max Weber, Norbert Elias und Pierre Bourdieu. Sie zeichnet aus, dass sie mit ihrer »verstehenden« Perspektive sowohl die subjektive Perspektive der Akteure als auch ihre zu beobachtende objektive Logik erfassen und vereinen können. Als Ausgangspunkt nehmen sie zudem die stets relationalen sozialen Beziehungen zwischen den Handelnden und überwinden somit vergegenständlichte Darstellungen. Mit dem Habitus-Konzept können sie schließlich sowohl die Relevanz von Geschichte eindeutig bestimmen als auch die meist nicht bewältigte Trennung zwischen Struktur und Akteur überwinden. Im Ergebnis gelingt es ihnen, menschliche Praxis nicht bloß als Addition letztlich unbestimmter »Faktoren« mystischer Herkunft zu verstehen, sondern umfassend zu erklären.

In einem ersten empirischen Kapitel (III) ist zunächst die allgemeine Handlungslogik der Bundeswehr außerhalb des ISAF-Einsatzes herauszustellen, da nur hierdurch die Vorprägungen aus der Heimat und die Logik der Praxis der weiterhin dort befindlichen höchsten politischen und militärischen Führung zu ergründen sind. Diese Untersuchung zeigt, inwieweit die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der Akteure durch historische Vorstellungen von konventioneller Kriegführung, aber auch einer zunehmend technokratischeren und unpolitischeren Auffassung ihres Berufs geprägt waren. Daneben zeigt sich der

Widerspruch zwischen Resten eines weiterhin tradierten Kriegerethos und einer Praxis des Spitzenpersonals, das mit Blick auf Karrierechancen immer stärker darauf bedacht war, keine Fehler zu begehen.

Schließlich wird deutlich, wie sich einerseits die politische Führung gerade in den 2000er Jahren weitgehend auf den Verwaltungsstab der Bundeswehr abstützte und somit nicht in dessen Spartenkämpfe eingriff. Ebenso scheuten aber andererseits die Spitzen der Bundeswehr, mit der Politik in Konflikt zu geraten und unerwünschte fachliche Ratschläge zu erteilen. Das Handeln der Außenpolitiker war gleichwohl durch tradierte Prämissen geprägt, nach denen durch Beteiligung an internationalen Interventionen und hohe Hilfszahlungen Einfluss und Ansehen zu gewinnen sei, sowie starke »Sparten-« und »Ressortegoismen«. Im Ergebnis richteten sich die Entscheidungsträger weitgehend an den Bedingungen aus, auf die ihre historisch eingeschliffene Praxis ausgerichtet war.

In dem darauffolgenden Kapitel IV werden als Hintergrund für das internationale Engagement die afghanischen Verhältnisse und ihre historische Entwicklung skizziert. Da die Intervention versuchte, ein Ende der Kämpfe herbeizuführen und Staatlichkeit zu errichten, liegt der Schwerpunkt hierbei auf Krieg und Herrschaft. Auf diese Weise wird erst verständlich, warum sich die Praxis der Bundeswehr dergestalt in Afghanistan entfaltete und ob sie in selbstreferenzieller Weise die afghanischen Verhältnisse ignorierte. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan seit 1979 und die unabgeschlossene Staatsbildung lassen sich auf die Widersprüche als gemeinsamen Nenner zurückführen, die aus dem rasanten sozialen Wandlungsprozess der afghanischen Gesellschaft erwuchsen. In dessen Zuge wurden traditionale Bindungen zunehmend zerstört, ohne jedoch durch eine versachlichte, rationale Ordnung ersetzt zu werden. Dementsprechend waren es weiterhin unmittelbare Beziehungen zwischen Vertretern der Zentralregierungen und lokalen Machthabern sowie zwischen Führern und Angehörigen bewaffneter Gruppen, die deren Praxislogik bestimmten.

Hiernach folgen die Kapitel, die sich mit den konkreten Handlungen der Bundeswehr in Afghanistan von 2001 bis 2012 befassen. Dafür sind zunächst in einem vorgelagerten Kapitel (V) die allgemeinen Handlungsbedingungen des deutschen Engagements sowie die Praxis der Verbündeten und der politischen Führung in diesem Zeitraum darzustellen. Dies soll die Handlungsspielräume der deutschen militärischen Akteure kenntlich machen, da auch denkbar ist, dass sie bloß die Weisungen der multinationalen NATO-Kommandos ausführten, ohne selbst gestalten zu können. Das Kapitel zeigt, dass die in Afghanistan engagierten Akteure zum einen mit Blick auf ihr »nationales Interesse« miteinander konkurrierten und sich somit auf keine gemeinsame Strategie einigen konnten. Zum anderen war aber auch nicht klar, wie die äußerst weitgehenden Ziele hätten verwirklicht werden können. Es dominierten somit im Kern »operative« Zielsetzungen, die sich leicht mit den vorhandenen Mitteln bewältigen ließen und den habitualisierten technischen Prämissen entsprachen.

Aufgrund ihrer technokratischen Dispositionen blendeten die internationalen Akteure die Bedeutung direkter sozialer Beziehungen zwischen den afghanischen politischen Verantwortlichen aus und nahmen stattdessen vor allem eher technische Aspekte wie unzureichende Verwaltungskapazitäten als problematisch

wahr. In gleicher Weise vergegenständlichten sie das von ihnen wahrgenommene Entwicklungsdefizit, das sie durch eine Verbesserung von Infrastruktur lösen wollten. Auch die Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen verkürzten sie auf einen Mangel an Ressourcen bei den Aufständischen und ihren Unterstützern. Folgerichtig wollten die Verantwortlichen das Problem durch einen Gabentausch lösen, bei dem die Gewaltakteure Güter erhalten und daraufhin von ihrem Tun ablassen sollten. Die Praxis der Vertreter der Bundesregierung prägte während der gesamten Zeit das Spannungsverhältnis zwischen dem Versuch, einerseits an der ISAF-Mission an prominenter Stelle mitzuwirken, andererseits aber der Bevölkerung keinen zu kriegerischen Einsatz zumuten zu wollen.

Nach diesem Teil können in den folgenden Kapiteln die Handlungsbereiche der Bundeswehr untersucht werden, von denen die größten Auswirkungen auf organisierte Gewalt und Staatsbildung in Afghanistan zu erwarten sind. Diese sind jeweils vor dem Hintergrund zu untersuchen, welche Prämissen und Interessen die Praxis der deutschen Akteure leiteten. Da der Wahrnehmung der Verhältnisse in Afghanistan durch die Akteure entscheidende Bedeutung zukommt, wird zunächst untersucht, welches Wissen das deutsche Auslandsnachrichtenwesen überhaupt generieren konnte. Dabei ist zugleich die Praxislogik der hiermit beauftragten Akteure zu untersuchen. Das Kapitel (VI) zeigt, dass die Nachrichtengewinnung entscheidend geprägt wurde von den habitualisierten Prämissen konventioneller Kriegführung. Die Entscheidungsträger tendierten daher insbesondere dazu, die Aufständischen im Sinne feindlicher Streitkräfte zu vergegenständlichen und nicht die sie konstituierenden sozialen Beziehungen zu rekonstruieren. Sie richteten zudem die Fähigkeiten ihres Bereichs nicht auf die Verhältnisse in den Auslandseinsätzen nach 1990 aus, da die jeweils Verantwortlichen darum kämpften, möglichst keine Mittel und Kompetenzen zu verlieren.

Am eindeutigsten sind Auswirkungen auf Herrschaft und Staatsbildung beim gezielten Umgang mit lokalen Herrschern zu erwarten, da eines der Ergebnisse der bisherigen Forschung war, dass Intervenienten oftmals Übereinkommen mit diesen eingehen. Im folgenden Kapitel VII ist daher zu untersuchen, ob die Akteure der Bundeswehr überhaupt versuchten, die Stellung von nicht-staatlichen Machthabern zu schwächen, oder sich mit diesen verbündeten, und wie sie dies taten. Im Ergebnis zeigt sich, dass zunächst die fehlende Strategie jeden planvollen Umgang mit lokalen Herrschern erschwerte. Hinzu kam, dass sich aufgrund des Informationsdefizits kaum die Machtstrukturen erfassen ließen. Die Verantwortlichen hatten ein positives Bild von Staatlichkeit internalisiert und versuchten, dies mit den afghanischen Verhältnissen in Einklang zu bringen. Da sie gleichzeitig Angriffe auf deutsche Soldaten verhindern wollten, sahen sie sich jedoch gezwungen, immer enger mit mächtigen, aber nicht oder kaum offiziell legitimierten Akteuren zusammenzuarbeiten. Bei diesen Beziehungen hatten sie tendenziell die schwächere Stellung inne.

Schließlich ist in einem letzten empirischen Kapitel (VIII) die Gewaltandrohung und -anwendung durch die Bundeswehr zu analysieren. Denn im Rahmen der ISAF sollte sie dazu beitragen, ein »sicheres Umfeld« für den Staatsaufbau zu schaffen. Gleichzeitig ist Gewaltanwendung besonders legitimationsbedürftig.

Somit stellt sich die Frage, wie sich der konkrete Einsatz der Gewalt gestaltete und gegen wen sie sich wendete. Das Kapitel zeigt, wie die politische und militärische Führung während der gesamten Zeit versuchte, das Ausmaß der Gewaltanwendung mit Blick auf ihr Skandalisierungspotenzial zu minimieren. Diese Anstrengungen erzeugten Widersprüche bei den vor allem in der Kampftruppe zu findenden Soldaten, die ein positives Kriegerbild habitualisiert hatten. Den strikten Einsatzregeln entsprechend, gestaltete sich die Gewaltpraxis der Bundeswehr sehr zurückhaltend. Erst nachdem Aufständische sie immer häufiger angriffen, wendete sie auch weniger restriktiv Gewalt an. Hierbei entfalteten sich auch die Kriegerdispositionen der beteiligten Soldaten, sodass mitunter sogar Ansätze einer Spirale aus Gewalt und Gegengewalt sichtbar wurden. Aufgrund der fehlenden Strategie trieben taktische Ereignisse die operativen militärischen Planungen in reaktiver Weise voran. Die Planer orientierten sich zudem an den vorhandenen Instrumenten und daran, die beteiligten Akteure in die Vorhaben zu integrieren.

Die Ergebnisse der einzelnen Kapitel sind am Ende in einem abschließenden Kapitel (IX) zusammenzuführen. Dort soll die übergreifende Frage beantwortet werden, welche Handlungslogik die Bundeswehr in Afghanistan prägte. Waren die auf den einzelnen Feldern untersuchten Handlungen also insgesamt auf das Ziel, Staatlichkeit zu fördern, gerichtet? Hieran anschließend sind die Forschungsergebnisse mit denen anderer Studien zu vergleichen und zu fragen, inwieweit sie sich verallgemeinern lassen. Dabei ist klar, dass der hier untersuchte Fall statistisch nicht signifikant ist. Dies ist freilich auch dann nicht möglich – wie oftmals unterstellt – wenn drei, vier oder fünf Fälle untersucht werden. Dafür ist es auf die hier angewendete Weise jedoch möglich, tiefer in das Forschungsfeld einzudringen. Daneben sind die Ergebnisse in die allgemeine Forschung zu internationalen Interventionen einzuordnen und herauszustellen, inwieweit sie ein besseres Verständnis derselben ermöglichen.

Die Ergebnisse dieser Arbeit fügen sich im Allgemeinen dergestalt in die bisherige Forschung ein, dass sie die im Grunde philosophische bzw. ideengeschichtliche Interpretation widerlegen, wonach es alleine die politischen Konzepte und Alltagsvorstellungen der Praktiker sind, die ihr Handeln bestimmen. Stattdessen wird hier auf die Bedeutung der eigenen praktischen Interessen der ausführenden Akteure verweisen. Damit lassen sich die bereits seit Längerem erkannten widersprüchlichen bürokratischen Handlungsrationalitäten erklären. Die Arbeit stärkt die Interpretation einer zunehmenden Entpolitisierung der internationalen Beziehungen in dem Sinne, dass die Bedeutung der politischen Entscheidungsträger zugunsten der Verwaltungsstäbe abnimmt. Denn unter den Bedingungen zunehmender Komplexität und funktionaler Interdependenz werden die ausführenden Praktiker relevanter und schaffen Realitäten, mit denen Politiker umgehen müssen.

4. Quellen

Während im folgenden Kapitel der Umgang mit den Quellen diskutiert wird, sind diese hier zunächst nur aufzuführen. Verwendung finden zum einen amtliche Dokumente wie die regelmäßig publizierten »Weißbücher« des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg)[90] und Drucksachen des Deutschen Bundestags, zu denen insbesondere Antworten des betreffenden Ressorts – also hier in der Regel des BMVg – auf Anfragen des Parlaments zählen. Zu den relevanten Drucksachen des Bundestags zählen insbesondere die Berichte des Wehrbeauftragten, der als parlamentarischer Ansprechpartner für alle Soldaten dient, und die Abschlussberichte der beiden mit dem Afghanistan-Einsatz befassten Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Letztere fußen auf Dokumenten der höchsten Geheimhaltungsstufe, die im Fall des Berichts zur Bombardierung von Tanklastern in Kunduz sogar teilweise im Anhang zu finden sind[91]. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlichte zudem fast alle »Unterrichtungen des Parlaments« durch das BMVg aus den Jahren 2005 bis 2012 im Internet[92].

Daneben stehen Erfahrungsberichte von Soldaten und Sonstigen, die meist privat in militärischen bzw. »sicherheitspolitischen« Fachzeitschriften oder als Erinnerungswerke veröffentlicht wurden, und solche von vor allem journalistischen Beobachtern ihrer Handlungen. Beiträge von Historikern des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaft (ZMSBw) über die beiden deutschen Provincial Reconstruction Teams (PRT), die auf von diesen einsehbaren eingestuften Erfahrungsberichten beruhen, ergänzen und bestätigen die hier mittels offen verfügbarer Quellen erbrachten Ergebnisse[93]. Hinzu kommt ein mittlerweile beachtlicher Bestand an geschichtswissenschaftlichen Werken über die historische Entwicklung der Bundeswehr. Wie in dieser Disziplin üblich, werden jedoch fast nur die Bereiche der neueren Geschichte erforscht, über die Akten zugänglich sind. Aufgrund der in Deutschland üblichen Sperrfrist von 30 Jahren haben die meisten Arbeiten daher einen entsprechenden zeitlichen Abstand zur Gegenwart.

In einigen Fällen kann auf (unfreiwillig) freigegebene Dokumente US-amerikanischer Herkunft zurückgegriffen werden. Hierzu zählen zum einen die von ehemaligen US-amerikanischen Politikern deklassifizierten Aktenstücke aus ihrer Amtszeit[94]. Zum anderen gehören hierzu die 76 607 Einträge von »Significant

---

90 Das Bundesministerium für Verteidigung wurde zum 30.12.1961 in Bundesministerium der Verteidigung umbenannt. Lange Zeit lautete die Abkürzung für beide BMVtdg. Hier wird der Einfachheit halber nur die neuere verwendet (BMVg). Bundesministerium der Verteidigung Org 1, Geschäftsordnung, S. A2/2 (Stand: 23.8.2002).

91 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss], S. 166 f.; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 303.

92 <http://afghanistan.derwesten-recherche.org/> (letzter Aufruf 7.4.2015).

93 Chiari, A New Model Army; Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«.

94 Vgl. die »Rumsfeld Papers« des ehemaligen Secretary of Defense Donald Rumsfeld und seines Under Secretary of Defense Douglas J. Feith <www.papers.rumsfeld.com/> (letzter Aufruf 7.4.2015); <www.waranddecision.com/documents_and_articles/> (letzter Aufruf 4.7.2012).

Acitivities« durch die US-amerikanischen Streitkräfte und ihre Verbündeten in Afghanistan aus den Jahren 2004 bis 2010[95] und die 251 287 geheimen diplomatischen Depeschen der US-amerikanischen Botschaften aus dem Zeitraum 1966 bis 2010[96], die beide der Internet-Dienst WikiLeaks veröffentlichte. Durch diesen und weitere Dienste wurden auch noch andere Einzeldokumente zugänglich gemacht[97].

Neben den erwähnten Schriftquellen sind auch von den Akteuren geschaffene oder genutzte Artefakte wie Abzeichen von Bundeswehr-Truppenteilen oder Zeichen der Herrschaftsrepräsentation zu nutzen. Zahlreiche bis zu anderthalbstündige Interviews mit (ehemaligen) Angehörigen der Bundeswehr, des Auswärtigen Amts und der Entwicklungszusammenarbeit dienen dazu, die Lücken in der Überlieferung zu schließen.

Speziell für den auf die afghanischen Verhältnisse bezogenen Teil sind neben den schon genannten Quellen und der wissenschaftlichen Literatur die Berichte der im Land tätigen internationalen Organisationen wichtig. In drei jeweils drei- bis vierwöchigen Feldforschungsaufenthalten im März und April sowie September und Oktober 2011 sowie November und Dezember 2012 konnten zudem zahlreiche afghanische Akteure befragt werden. Die Feldforschungsaufenthalte wurden eigenständig organisiert und durchgeführt, sodass die Bewegungsfreiheit kaum eingeschränkt war. Die meisten Sicherheitswarnungen an internationales Personal wurden allerdings befolgt und die gefährlichsten Orte nicht betreten. Während der Aufenthalte konnte ein Eindruck von den geografischen Gegebenheiten, der Infrastruktur und den Einrichtungen des Einsatzgebiets der Bundeswehr in Badakhshan, Kabul, Kunduz, Mazar-e Sharif und teilweise Baghlan gewonnen werden. Dabei wurden auch die Liegenschaften der PRTs Faizabad und Kunduz, der Foward Support Base Masar-e Sharif und das ISAF-Hauptquartier in Kabul betreten und besichtigt.

---

95 <http://wikileaks.org/afg/> (letzter Aufruf 7.4.2015). Vgl. auch Noah Shachtman, Exclusive: Inside Darpa's Secret Afghan Spy Machine. In: Wired.com, 21.7.2011.

96 <http://wikileaks.org/cablegate> (letzter Aufruf 7.4.2015).

97 Vgl. <http://publicintelligence.net> (letzter Aufruf 4.6.2015).

II. Theoretische Ansätze zwischen Subjektivismus und Objektivismus

Bevor die hier verwendeten Theorien in der Reihenfolge ihrer Entstehung näher ausgeführt werden, sind zunächst drei grundsätzliche theoretische Prämissen dieser Arbeit zu erläutern. Ein Hauptergebnis des Forschungsüberblicks bestand darin, dass weite Teile der bisherigen theoretischen Literatur strukturell darunter leiden, dass sie sich tendenziell entweder auf die subjektive Wahrnehmung der Akteure *oder* deren objektive Praxis beschränken, disziplinär zersplittert sind und durch ihren Fokus auf kollektive Akteure die tatsächlich vorhandenen Teilrationalitäten nicht bewältigen können. Auch andere Politikwissenschaftler erkannten bereits diese Problematik ihrer Disziplin und versuchten daraufhin, in der Regel ohne einen tieferen Blick über die disziplinären Grenzen zu riskieren, ihre bestehenden Ansätze noch weiter auszudifferenzieren[1]. Ebenso begannen Linguisten und danach vor allem Ethnologen zwischen »emischer« und »etischer« Perspektive – der Sicht des Untersuchungsobjekts und der des äußeren Betrachters – als Antwort auf den auch von ihnen ausgemachten Gegensatz von objektiver Praxis versus subjektiver Wahrnehmung zu unterscheiden[2]. Es scheint also, als würde jede mit menschlicher Praxis befasste Wissenschaft in erster Linie innerhalb ihrer eigenen Disziplin grundlegende Erkenntnisschritte vollziehen.

Wie bereits mehrfach geschehen[3], ist es dagegen vielversprechender, auf die Soziologie als übergreifende »Menschenwissenschaft« (Norbert Elias) zurückzugreifen. Denn zum einen überwanden Vertreter dieser Disziplin bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts den vermeintlichen Gegensatz zwischen objektiver Praxis und subjektiver Wahrnehmung. Zum anderen lässt sich argumentieren – und dies bildet die erste theoretische Prämisse dieser Arbeit –, dass jegliches Handeln des Menschen sozial ist. Denn im Gegensatz zu vielen Tierarten kommt der Mensch schon aufgrund seiner langen Aufwuchsphase und physischen Schwäche in der Realität nie allein vor. Dementsprechend ist seine Sprache – deren Begriffe das abstecken, was sich für ihn denken lässt – auch nicht wie bei Tieren eine durch Instinkt ererbte, sondern eine sozial erworbene. In ihr sind daher die Wertungen und Lebensumstände vorhergegangener Generationen gespeichert[4]. Somit erübrigen sich die üblichen Dichotomisierungen von individuellem, politischem oder ökonomischem Handeln im Gegensatz zu sozialem. Ob menschliche Praxis auf dem Feld der Politik, des Militärs oder der Modeindustrie stattfindet, ändert nichts an ihrer grundsätzlichen Funktionsweise, sodass auch keine gesonderten Ansätze erforderlich sind. »Politikwissenschaft« wird daher hier als menschenwissenschaftliches *Themen*feld verstanden und nicht als Disziplin, die eigene theoretische Zugänge erfordert.

---

1 Katzenstein/Sil, Eclectic Theorizing.
2 Pike, Language in Relation to a Unified Theory.
3 Jung, The Political Sociology of World Society; Schlichte, Der Staat in der Weltgesellschaft.
4 Elias, Wandlungen der Wir-Ich-Balance, S. 209–218 und S. 228–230; Berger/Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 38 f.

Diese Arbeit geht von der ontologischen Prämisse aus, dass es eine objektive Realität gibt – auch wenn der Mensch diese nie vollständig erfassen und abbilden kann, sondern jede Darstellung von seiner eigenen Subjektivität gefärbt bleibt. Es lässt sich sogar argumentieren, dass ohne diese Prämisse Wissenschaft nicht möglich ist, da sonst keinerlei geteilte Wissensbestände existieren würden, auf denen Forschung aufbauen kann, und sich buchstäblich kein Argument falsifizieren ließe[5]. Durch objektive Bedingungen wie eine gemeinsame Sprache oder gleiche Lebensumstände – und damit vergleichbare Einstellungen – wird das Handeln der Menschen jedoch nicht zu einer mechanischen Praxis. Vielmehr verfügt der Mensch weiterhin über Subjektivität, wobei diese auf objektiven gesellschaftlichen Gegebenheiten beruht. Wie bereits Karl Marx nachwies, findet menschliches Handeln und Denken – anders als es die rein philosophische Weltbetrachtung nahe legte – also nicht in einem gesellschaftslosen Raum, allein den Regeln der Logik unterworfen, statt[6]. Die zweite theoretische Prämisse dieser Arbeit lautet daher, dass subjektive und objektive menschliche Praxis zwei Seiten einer Medaille und daher nicht getrennt zu denken sind.

Max Webers »verstehende Soziologie« stellte einen überzeugenden Versuch dar, die hier skizzierten zwei Seiten menschlicher Praxis analytisch zu bewältigen, indem er das Wechselverhältnis zwischen dem »gemeinten Sinn«, den die Akteure ihren Handlungen zuschreiben, auf der einen Seite und dessen objektiver Logik auf der anderen Seite herausstellte[7]. Als Fortentwicklungen dieses Ansatzes lassen sich die Werke von Norbert Elias und Pierre Bourdieu sehen[8]. Die Arbeiten der drei Verfasser zeichnen sich also durch eine gemeinsame Perspektive auf menschliches Handeln aus und sind miteinander vereinbar. Gleichwohl unterscheidet die Ansätze von Weber, Elias und Bourdieu, dass sie teilweise verschiedene Bereiche menschlicher Praxis betrachteten und unterschiedlich weitgehende Erklärungen suchten. Im Folgenden werden kurz die Grundzüge der drei Ansätze vorgestellt und – abhängig von ihrer Bedeutung für diese Arbeit – entsprechend näher ausgeführt.

Die dritte theoretische Prämisse dieser Arbeit besagt, dass sich die Gesellschaft objektiv seit dem Mittelalter zunehmend arbeitsteilig bis hin zur Weltgesellschaft ausdifferenziert und die sie konstituierenden sozialen Beziehungen derart komplex werden, dass die Menschen sie subjektiv vergegenständlichen, um ihre Komplexität bewältigen zu können. Der von Marx beschriebene globale Entwicklungsprozess des Kapitalismus – von Weber und Elias breit rezipiert[9] –, die von Weber konstatierte Rationalisierung und der Zivilisationsprozess bei Elias gelten hier als drei in ihren Schwerpunkten und Ausdifferenzierungen verschiedene Perspektiven auf diese allgemeine soziale Entwicklung[10]. Dieser Prozess hat zur Folge, dass die Menschen ihre Beziehungen zunehmend versachlichen und rational distanziert betrachten und behandeln können. Eine Form ist der von Marx insbesondere an der wirtschaftswissenschaftlichen Politischen Ökonomie

---

5 Vgl. Jung, The Political Sociology of World Society, S. 448.
6 Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 7 f.
7 Heins, Max Weber zur Einführung, S. 26 f.; Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 1−11.
8 Schlichte, Den Monismus reanimieren!, S. 5.
9 Treibel, Die Soziologie von Norbert Elias, S. 32 f.
10 Jung, The Political Sociology of World Society, S. 448−458.

beobachtete »Warenfetischismus«. In diesem Sinne werden soziale Beziehungen als reine Marktbeziehungen gedacht bzw. in Zahlen gefasst oder auf andere Weise vergegenständlicht und versachlicht[11].

1. Theoretische Prämissen und Begriffe Max Webers

Wie oben bereits ausgeführt, vereinte Weber erstmals die objektive Praxis der Akteure und ihre eigene subjektive Bewertung. Da Elias und Bourdieu diesen Ansatz weiterentwickelten und insbesondere den schon von Weber so genannten »Habitus« weiter ausdifferenzierten und damit Akteur und Struktur verbanden, muss er jedoch hier nicht weiter ausgeführt werden. Weiterhin von Interesse ist dagegen seine mit der Methode der Idealtypenbildung verknüpfte Terminologie. Um soziale Phänomene voneinander trennen zu können, steigerte er einzelne als strukturell erkannte Erscheinungen maximal. Im Bewusstsein, dass es sich dabei bloß um gedankliche Idealtypen handelte, die in dieser »Reinform« in der Realität nie auftauchten, benannte er sie daraufhin. Der hierbei von Weber entwickelte Begriffsapparat erweist sich weiterhin als nützlich, um soziale Erscheinungen zu beschreiben[12].

Von besonderer Bedeutung ist hierbei zum einen der Begriff der Vergemeinschaftung, den Weber als soziale Beziehung definierte, die »auf subjektiv gefühlter (affektueller oder traditionaler) Zusammengehörigkeit der Beteiligten beruht«. Dieser steht bei Weber die Vergesellschaftung gegenüber, unter der er eine soziale Beziehung verstand, die auf »Interessenausgleich oder auf ebenso motivierter Interessenverbindung der Beteiligten beruht«. Vergesellschaftung bezeichnet damit den zweckgerichteten und Vergemeinschaftung den emotionalen Teil einer sozialen Beziehung, wobei eine solche in der Realität stets Aspekte beider aufweist[13].

Weiterhin nützlich für diese Arbeit sind Webers mit den genannten theoretischen und methodischen Ansätzen gewonnene Erkenntnisse. Hierzu zählt insbesondere der von ihm beobachtete Rationalisierungsprozess, auf den er die spezifische Entwicklung der westlichen Welt zurückführte. So hätten vor allem römisches Recht, antimagische Tendenzen bei Christen und Juden sowie insbesondere der Protestantismus in Europa günstigere Ausgangsbedingungen dafür geschaffen, dass traditionale Überzeugungen »entzaubert« werden konnten. An ihre Stelle sei ein stärker rationales Denken getreten, das schließlich in den Prozess der »Bürokratisierung der Welt« gemündet sei – wobei diese Erscheinungen stets als Idealtypen zu verstehen sind. Wie erwähnt, wird Rationalisierung hier als eine stärkere *bewusste* Orientierung der Menschen an den Zwecken ihres Handelns, bei der traditionale soziale Bindungen stärker in den Hintergrund geraten, verstanden. Es ist dabei sinnvoll, zwischen »materialer« und »formaler Rationalisierung« zu unterscheiden. Mit Ersterer bezeichnete Weber nach der

---

11 Marx, Das Kapital, S. 52 f. und S. 87 f.
12 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 3 und S. 9 f.
13 Ebd., S. 21 f.

Interpretation von Klaus Schlichte die inhaltliche zweckorientierte Reflexion eines Gegenstandes wie z.B. die Wirtschaftswissenschaft als rationalisierte Betrachtung ökonomischen Handelns. Letztere meint demnach dagegen deren konkrete Umsetzung, d.h. etwa das Controlling in Wirtschaftsunternehmen[14]. Obwohl von Elias mikrosoziologisch näher ausgeführt und erklärt, bleiben diese makrosoziologischen Erkenntnisse Webers leitend für die Untersuchung[15]. Dies gilt insbesondere für Webers Herrschaftssoziologie, die daher unten näher erläutert wird.

2. Norbert Elias' Figurationssoziologie

Elias' Arbeiten sind besonders wertvoll für diese Untersuchung, da er sie mit einer interdisziplinären Forschungsprogrammatik verband. Ausgehend von der Prämisse, dass alles menschliche Handeln sozial sei, vereinte er unter der Klammer der Soziologie auch Ansätze, die ansonsten der Psychologie oder Anthropologie zugerechnet werden. Zugleich nutzte er die quellenkundlichen Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft[16]. Elias theoretisierte menschliche Praxis somit am grundlegendsten. So sah er im Trieb den Ausgangspunkt menschlichen Handelns, der jedoch in seinen Auswirkungen durch das stets vorhandene soziale Zusammenleben gehemmt und kanalisiert wird. Elias blieb somit eindeutig soziologisch orientiert.

Die auch von Marx am Beispiel des Kapitalismus beschriebene soziale Arbeitsteilung analysierte Elias als zunehmende Interdependenzen, denen jeder Mensch unterworfen sei. Objektiv stärker angewiesen auf andere, disziplinieren sie ihn daher. Im Sinne der Arbeiten Sigmund Freuds geschieht dies als Selbstzwang in Form von verinnerlichten Scham- und Peinlichkeitsgefühlen sowie Rücksichtnahmen. Diese aus historischer Sicht zunehmende Selbsthemmung bezeichnete Elias als »Zivilisationsprozess«[17].

Elias nannte die Interdependenzgeflechte Figurationen. Treiberin der historisch betrachtet zunehmenden Interdependenzen und damit Selbstzwänge ist bei Elias die stärkere funktionale Differenzierung der Gesellschaft, die bedingt, dass mehr Menschen aufeinander angewiesen sind. Anders als es Kritiker oftmals behaupten, handelt es sich also beim Zivilisationsprozess nicht um eine teleologische Vorstellung. Vielmehr ist der Prozess an objektive gesellschaftliche Bedingungen gebunden, die – wie im Fall des Römischen Reichs besonders plausibel – durchaus revidierbar sind. Unter diesen Bedingungen vielfacher Angewiesenheit ist es erforderlich, eine »Langsicht«, also rationales Denken zu entwickeln und sich von den eigenen Empfindungen zu distanzieren[18]. Elias eröffnet somit ein umfassendes Verständnis für die auch von Weber erkannte zunehmende Disziplinierung im Laufe des gesellschaftlichen Rationalisierungsprozesses.

---

14 Schlichte, Cubicle Land II, S. 12 f.
15 Heins, Max Weber zur Einführung, S. 33, 35 und S. 41–43.
16 Elias, Die höfische Gesellschaft, S. 16.
17 Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bd 1, S. LXII–LXIV und S. 73 f.
18 Ebd., S. 102 und S. 106.

Zudem bezeichnete er den Habitus als ebenfalls von Weber genannten, aber nicht näher theoretisierten Ort der persönlichen Einstellungen, an dem sich die gesellschaftlichen Strukturen – etwa in Form von Schamgefühlen – in jedem Menschen niederschlagen[19]. Elias vereinte somit erstmals erfolgreich die soziale Makro- und Mikroebene[20]. Da die den Habitus konstituierenden Eigenschaften erst im Laufe der Zeit durch Sozialisation erworben werden, ist dieser stets eher auf die Vergangenheit ausgerichtet – ein Phänomen, das Elias daher als »Nachhinkeffekt« bezeichnete[21]. Elias entwickelte seine Zivilisationstheorie insbesondere anhand der veränderten Herrschaftsformen im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa. Er brachte somit auch eine Herrschaftssoziologie hervor, die bis in das 20. Jahrhundert reichte. Weiter unten werden diese Teile seines Werks daher näher behandelt.

3. Pierre Bourdieus Theorie der Praxis

Da Bourdieus Ansatz den für die Frage nach der Logik menschlicher Praxis am weitesten ausdifferenzierten darstellt, wird er hier am ausführlichsten vorgestellt. Mit einem Ensemble theoretischer und methodischer Instrumente entwickelte er vor allem das Konzept des Habitus und die von ihm als »Felder« bezeichneten Figurationen von Elias weiter, wobei allerdings die Dynamik funktionaler Differenzierung keine Rolle spielte. Letztlich entwickelte er jedoch eine überzeugende Theorie der Praxis[22]. Wie bereits bei Elias, nahm somit auch für Bourdieu das Konzept des Habitus eine entscheidende Bedeutung ein. Er ist als Bündelung aller Dispositionen eines Menschen die Schnittstelle zwischen Akteur und Struktur. Denn da die subjektiven Dispositionen, also persönlichen Einstellungen, durch Sozialisation erworben werden, stellen sie bloß ein Abbild der objektiven Struktur der Gesellschaft dar. Als Matrix für den Entwurf von Handlungen des Menschen reproduzieren sie wiederum die sozialen Strukturen. Der Habitus ist somit »strukturierte Struktur«. Die beobachtbaren Strukturen der Gesellschaft ergeben sich zum einen dadurch, dass gleiche soziale Bedingungen auch den gleichen Habitus hervorbringen und dieser wiederum die sozialen Bedingungen reproduziert. Zum anderen stimmen die Akteure unbewusst ihre Handlungen aufeinander ab und internalisieren somit die Dispositionen der Habitus[23] eines Feldes im Sinne einer »stillen Pädagogik«[24].

---

19 Elias, Was ist Soziologie?, S. 139–145; Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bd 1, S. X, XX, LXVII, LXIX, LXXIV und S. 262 f.

20 Baumgart/Eichener, Norbert Elias zur Einführung, S. 105–109.

21 Elias, Wandlungen der Wir-Ich-Balance, S. 281 f.

22 Schwingel, Pierre Bourdieu zur Einführung, S. 19 und S. 49 f.; Wacquant/Bourdieu, Auf dem Wege zu einer Sozialpraxeologie, S. 24–30.

23 In Einklang mit dem überwiegenden Teil der Fachliteratur, darunter die vor allem im Suhrkamp-Verlag erschienenen Übersetzungen der Werke Bourdieus, wird »Habitus« hier als Plural- und Singularform verwendet.

24 Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis, S. 164 f., 172, 178, 200 und S. 229; Bourdieu, Sozialer Sinn, S. 98 f. und S. 108; Bourdieu, Die feinen Unterschiede, S. 279–281; Wacquant/Bourdieu, Die Ziele der reflexiven Soziologie, S. 160 f. Diese »Dualität von Struktur«

Bourdieu identifizierte mehrere für die Praxis entscheidende Eigenschaften des Habitus. So stellte er dessen Geschichtlichkeit heraus, die darauf beruht, dass er das Ergebnis von Sozialisation ist. In ihm sedimentieren sich somit die eigenen und Praxiserfahrungen vorhergegangener Generationen[25]. Hierdurch kommt es zu einem Phänomen, das bereits von Elias eingängig als »Nachhinkeffekt« bezeichnete wurde und das Bourdieu »Hysteresis« nannte[26]: Dadurch, dass stets Primärerfahrungen die Wahrnehmungs- und Bewertungsstrukturen für alle weiteren bilden, sind menschliche Handlungen eher vergangenen als gegenwärtigen objektiven Handlungsbedingungen angepasst[27]. Hieraus resultiert die Beharrungskraft des Habitus, die auf dem Vorhandensein sogenannter Doxa[28] gründet – also im Laufe der Zeit nicht mehr hinterfragter Überzeugungen. Verstärkt wird dieser Effekt durch die Neigung des Habitus, sich vor kritischer Befragung zu schützen und sich eine entsprechende Umgebung zu schaffen[29]. Somit konstatierte Bourdieu einen Gleichklang von subjektiver Erwartung und objektiven Möglichkeiten. Dieser Prozess verläuft »hinter dem Rücken der Akteure«, also unbewusst, und sorgt etwa dafür, dass die Lebensstile der Menschen bloß ihre objektive soziale Lage wiedergeben. Ebenso sind auch die vermeintlich unabhängig von »*der* Gesellschaft« ersonnenen Ideen von Intellektuellen bloß ein Spiegelbild ihrer Lebensverhältnisse. Wandlungen der objektiven Struktur werden daher von den Menschen subjektiv als persönliche »Erweckungserlebnisse« wahrgenommen, entstehen aber tatsächlich durch die verzögerte Anpassung von Habitus und Struktur[30].

Ohne die ihn umgebende Struktur ist der Habitus nicht denkbar. Diese definierte Bourdieu als eine Vielzahl von »Feldern«, die wiederum durch die Relationen der objektiven Machtpositionen der auf ihnen handelnden Akteure konstituiert werden[31]. Er sah damit jede soziale Interaktion als Machtbeziehung, die sich um den Zugang zu letztlich unbegrenzten »Kapitalsorten« dreht. Die Kapitalsorten lassen sich unter den Oberbegriffen ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital aufteilen. Ersteres bezeichnet schlicht materielle Vorteile, während mit kulturellem Kapital zum einen erworbenes Wissen, also Bildung, Fachqualifikation oder etwa gute Umgangsformen gemeint sind. Zum anderen kann dieses auch materiell als objektiviertes kulturelles Kapital in Form

---

wird in den meisten neueren soziologischen Ansätzen hervorgehoben (vgl. Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bd 1, S. XVIII f.; Giddens, Die Konstitution der Gesellschaft, S. 77 f.). Allerdings findet sich im Grunde schon bei Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 21, die Erkenntnis, dass »die Umstände ebensosehr die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen«.

25 Bourdieu, Der Tote packt den Lebenden, S. 28–30 und S. 38 f.; Bourdieu, Sozialer Sinn, S. 101 f. Wie Bourdieu selbst zugab, verfügte er über keine Theorie der Sozialisation, sondern konnte nur konstatieren, dass der Mensch die objektive soziale Umwelt internalisiert, nicht jedoch genau darlegen, wie dies geschieht. Bourdieu, Für einen anderen Begriff von Ökonomie, S. 93. Vgl. auch Fuchs-Heinritz/König, Pierre Bourdieu, S. 136–138.

26 Elias, Wandlungen der Wir-Ich-Balance, S. 281 f.; Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis, S. 168 f.

27 Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis, S. 168 und S. 188.

28 Ebd., S. 324 f.; Bourdieu, Der Tote packt den Lebenden, S. 56 f.

29 Bourdieu, Sozialer Sinn, S. 114.

30 Ebd., S. 106, 122 und S. 255.

31 Wacquant/Bourdieu, Die Ziele der reflexiven Soziologie, S. 126 f.

von Büchern, Gemälden usw. erworben werden. Soziales Kapital sind die persönlichen Verbindungen wie Seilschaften und Netzwerke eines Menschen. Nur in Verbindung mit anderen Kapitalsorten ist schließlich das symbolische Kapital wirksam, indem es diesen zum Beispiel als angesehene Marke, altehrwürdiger Familienname oder staatliches Gütesiegel einen höheren Wert verleiht[32]. Gleichwohl sind die Positionen der Akteure auf dem »Feld« unterschiedlich und damit auch ihre Zugriffsmöglichkeit auf die für jedes Feld spezifischen, angestrebten Kapitalien. Stets lässt sich somit ein »Feld der Macht« identifizieren, auf dem die Mächtigsten den Wert der einzelnen Kapitalsorten benachbarter Felder bestimmen können[33].

Bourdieu bezeichnete die Machtkämpfe auf den einzelnen Feldern als »Spiele« mit eigenen, diese überhaupt erst konstituierenden »Regeln«, auf die sich die Akteure einlassen. Anders als bei einem tatsächlichen Spiel, sind die Regeln jedoch überwiegend implizit und nicht gleichbleibend, sondern stets umkämpft und von den Mächtigsten veränderbar. Für das Handeln auf den »Feldern« werden von den Akteuren unbewusst bestimmte »Strategien« angewendet. Je nachdem, wie gut der »soziale Sinn«, also die Kenntnis der jeweils gültigen Regeln und der bestehenden Kapitalverteilung ist, ermöglicht dieser auch ein erfolgreiches Handeln. Im Rahmen der Konkurrenz um Kapitalien ist meist eine Differenzierung der Strategien in solche der Erhaltung, die von den Herrschenden, und solche der »Häresie«, die von den Anwärtern auf die Herrschaft angestrebt werden, zu beobachten[34]. Es gibt laut Bourdieu jedoch keinen freien Entschluss des Individuums zur Teilnahme an einem »Spiel« und somit am Kampf um die verschiedenen Kapitalsorten. Vielmehr wird dieses »Interesse« an der Teilhabe am Spiel bzw. die »Illusio« über dessen Wert durch die im Laufe des Lebens durch Sozialisation erworbenen Dispositionen in erheblicher Weise vorherbestimmt. Die Bereitschaft, sogar für den Wert des Spiels zu sterben, bezeichnet Bourdieu als »libido«[35].

Mit dem Habitus-Konzept stellte Bourdieu die Verbindung her zwischen den objektiven sozialen Bedingungen des »Feldes« und der jeweils subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der darauf handelnden Menschen. Die Subjektivität individuellen Handelns besteht demnach in einer sehr eingeschränkten Wahl von Praktiken. Allerdings ist dies keine freie Wahl, sondern vielmehr erscheinen nur jene Praktiken den Akteuren als sinnvoll, die von den Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata des Habitus derart klassifiziert worden sind. Gleichzeitig können nur jene ausgeführt werden, für die auch die erforderlichen Kapitalsorten zur Verfügung stehen[36]. Durch die Inkorporierung der objektiven Gesellschaftsstrukturen in den eigenen Habitus wird die menschliche Handlungsfreiheit also zwar stark eingeschränkt, nicht jedoch vollkommen ausgeschaltet. Die große subjektive Leistung von auf den »Feldern« agierenden Menschen liegt also darin, die jeweils besten unter den sinnvoll erscheinenden

---

32 Bourdieu, Ökonomisches Kapital.
33 Bourdieu, Praktische Vernunft, S. 51.
34 Wacquant/Bourdieu, Die Ziele der reflexiven Soziologie, S. 129 f. und S. 162.
35 Bourdieu, Praktische Vernunft, S. 140–143; Wacquant/Bourdieu, Die Ziele der reflexiven Soziologie, S. 127 f. und S. 148; Bourdieu, Sozialer Sinn, S. 122 f.
36 Bourdieu, Sozialer Sinn, S. 99 f.; Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis, S. 166.

Praktiken und »Strategien« zu wählen. Innovationen entstehen demnach durch immer neue Kombinationen vorhandener Praxisentwürfe[37]. Mit Ausnahme von sich über Jahrtausende kaum verändernden Jäger- und Sammlergesellschaften ergibt sich ein sozialer Wandel durch die stets ablaufende Ausdifferenzierung von Gesellschaften, die den Habitus mit neuen objektiven Bedingungen konfrontiert und somit dessen – wenn auch verzögerte – Anpassung nach sich zieht[38]. Insgesamt ergibt sich die »Logik der Praxis« bei Bourdieu also aus einem Zusammenspiel der Elemente Habitus und Feld bei der Konkurrenz um Kapitalien, die je feldspezifischen Spielregeln folgt.

4. Anwendung der Ansätze

Anhand der militärsoziologischen und geschichtswissenschaftlichen Literatur sind im Folgenden die für diese Untersuchung relevanten militärischen Praxisformen herauszustellen, die sich als strukturell erwiesen haben. Um diese Strukturen der Praxis zu theoretisieren, werden die drei vorgestellten Ansätze herangezogen und damit auf dieser Ebene zusammengeführt. Besonders hilfreich ist hierbei die jüngst erschienene Arbeit Ulrich vom Hagens, der bereits Webers und Bourdieus theoretische Konzeptionen nutzte, um eine umfassende Theorie des Militärs zu entwerfen[39]. Die Schwierigkeit bei einer strukturierten Darstellung liegt darin, dass insbesondere die Elemente der Theorie Bourdieus – dessen Ansatz hauptsächlich Verwendung findet – wie Habitus, Feld und Kapitalien nicht sinnvoll allein zu denken sind[40]. Aus diesem Grund werden als Ausgangspunkt die Strukturen der Praxis der Akteure genommen und diese jeweils mit den theoretischen Bestandteilen erklärt. Die allgemeine soziologische und geschichtswissenschaftliche sowie die militärsoziologische Literatur dienen dazu, die strukturellen Praktiken zu identifizieren. Danach werden die jeweils einschlägigen, zuvor dargelegten theoretischen Prämissen auf diese angewendet, um sie zu verstehen.

Zwei Eigenschaften, aus denen sich alle weiteren Merkmale ableiten, machen das Besondere des Militärischen aus. Erstens ist dies die Bindung an den abendländischen Staat, dessen Voraussetzung und Resultat das Militär in seiner heutigen Form gleichermaßen ist[41]. Es handelt sich also um die ursprünglichste staatliche Organisation. Aus seiner Aufgabe im Staatsbildungs- und Konsolidierungsprozess geht die zweite Besonderheit hervor: die Gewaltsamkeit des Militärs. Am Ende des historischen Prozesses der Monopolisierung von Herrschaft bei einem »Herrn« wurde dieser Organisation als einzigem »Waffen-

---

37 Bourdieu, Sozialer Sinn, S. 103 f.
38 Ebd., S. 117 f.; Wacquant/Bourdieu, Die Ziele der reflexiven Soziologie, S. 168–170.
39 Hagen, Homo Militaris.
40 Emirbayer/Johnson, Bourdieu and Organizational Analysis, S. 2.
41 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 590, 822 und S. 824 f.; Elias, Die höfische Gesellschaft, S. 234 f.

träger« die legitime Ausübung von Gewalt übertragen[42]. Militär ist damit eine staatliche Organisation zur Produktion von Gewalt[43]. Die folgenden Abschnitte behandeln die aus den genannten beiden Elementen resultierenden besonderen Praxisformen. Da der Einsatz des Militärs außerhalb des eigenen Staats der außenpolitischen Logik unterworfen und dessen Praxis mit dieser verwoben ist, ist auch dieses Feld hier näher zu theoretisieren.

a) Militär, Staat und bürokratische Legitimität

Aufgrund der untrennbaren Verbindung von Militär und Staat muss auch Letzterer und das beiderseitige Verhältnis näher theoretisiert werden. Den Ansätzen von Weber, Elias und Bourdieu ist gemein, dass sie den Staat als Herrschaftsform sehen, die auf einer umfassenden Monopolisierung von Macht beruht. Am stärksten differenzierte Bourdieu diese Vorstellung als das bereits oben genannte »bürokratische Feld« aus, auf dem die größte Akkumulation von Kapitalien stattfand[44]. Bereits Weber stellte heraus, dass es zur Verstetigung von Herrschaft stets erforderlich war, dass die Beherrschten an deren Legitimität glaubten. Im Falle moderner staatlicher Herrschaft sei dies der Glauben an die Legitimität bürokratischer Satzungen[45]. In der Sprache Bourdieus ist diese Legitimität des Staats eine nur aus staatlichen Positionen zugängliche Form des symbolischen Kapitals, das es ermöglicht, andere Kapitalsorten aufzuwerten. So streben letztlich fast alle Akteure nach diesem Kapital in Form von staatlicher Anerkennung etwa als »eingetragener Verein«, Gütesiegel, Sonderbeauftragter, anerkannten Bildungsabschlüssen usw. Das bürokratische Feld ist damit ein oder gar das zentrale »Feld der Macht« in modernen Gesellschaften, von dem aus sich der Wert der Kapitalsorten auf anderen Feldern beeinflussen lässt. Wie bereits in Kapitel I.2.a) ausgeführt, legitimierten Juristen spätestens seit der Frühen Neuzeit die Ausweitung staatlicher Herrschaft mittels rechtlicher Mystifikationen. Dies führte dazu, dass die Menschen eben jene juristischen Kategorien im Lauf der Zeit internalisierten, den Staat an sich als natürlich wahrnahmen und nicht mehr infrage stellten[46].

Die Inhaber der Machtpositionen auf dem bürokratischen Feld nutzen daher diese Legitimität (unbewusst) dazu, um ihre Interessen zu offizialisieren, also als im Allgemeininteresse stehend darzustellen[47]. Auch Weber bezeichnete mit dem Beamtenethos der Uneigennützigkeit offenbar eher den Idealtyp oder die subjektive Selbsteinschätzung der Staatsdiener. Für deren Praxis kon-

---

42 Elias, Zivilisation und Gewalt, S. 227–229. Auch die Polizei ging aus dem Militär hervor, was anfangs noch an der Gestaltung der Uniformen zu erkennen war.
43 Hagen, Homo Militaris, S. 27.
44 Bourdieu, Staatsgeist.
45 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 122–124. Auch wenn Weber hierbei nicht eindeutig und oft implizit blieb, meinte er also mit der Effektivität der Bürokratie weniger Effektivität bei der Erledigung sachlicher Erfordernisse – die er überhaupt nicht untersuchte – als bei der Durchsetzung von Herrschaft.
46 Bourdieu, Staatsgeist, S. 97–113.
47 Ebd., S. 122–124.

zedierte er dagegen die »material utilitarische« Interpretation der unscharfen »Staatsräson« durch den Beamten und den ewigen Machtkampf zwischen Herrn und Verwaltungsstab um Einfluss auf die Politik[48]. Wie Bourdieu betont, ist die Offizialisierungsrhetorik des Staatsdieners allerdings nicht reiner Schein. Vielmehr werden die Akteure des bürokratischen Feldes durch diesen Anspruch auch tatsächlich dazu gezwungen, ihr Handeln zumindest am allgemeinen Interesse zu orientieren[49].

Für das Militär bedingt die Machtstellung und Praxislogik des bürokratischen Felds eine Homologie der Habitus- und Praxisformen zwischen diesem und dem militärischen Feld, die auch in anderen staatlichen Organisationen zu beobachten ist[50]. So rekrutierte sich die Führungsschicht des Militärs, das Offizierkorps, in der Frühen Neuzeit weit überwiegend aus dem Adel, dessen Angehörige im Zuge ihrer politischen Entmachtung an den Hof des Zentralherrschers, von dem sie ökonomisch abhängig waren, gebunden wurden. Mit dem Aufstieg des Bürgertums ab Mitte des 19. Jahrhunderts gelangten vor allem die Söhne von höheren Beamten und Offizieren – also der »staatstragenden« Schichten der Moderne – in die Führung des Militärs, wobei sich die Dominanz des Adels erst langsam im 20. Jahrhundert »herauswuchs«. Seitdem stieg auch der Anteil der sozialen »Aufsteiger« aus den unteren Schichten des Bürgertums an, die das heutige Offizierkorps dominieren. Letztere, wie auch die vormodernen »staatstragenden« Schichten, stammen zudem aus Milieus, in denen eine konservative, »Ordnung« und Sicherheit anstrebende Einstellung verbreitet ist[51].

Ihre materiellen Interessen sind zudem über den regelmäßig gezahlten Sold und die Versorgungsansprüche mit denen des Staats in seiner bestehenden Form verknüpft, was eine Abstimmung von objektiven Verhältnissen und subjektiver Wahrnehmung erleichtert. Sie weisen damit die für den Staatsdienst im Allgemeinen und für das Militär im Besonderen passenden Dispositionen auf. Durch die dementsprechende Klassifizierung der im Habitus eingesenkten Bewertungsschemata erscheint demnach diesen Akteuren der Offizierberuf als erstrebenswert, ebenso wie die Verantwortlichen für Personalentscheidungen aufgrund der Homologie der Habitusformen vorzugsweise jene auswählen, die über ähnliche Dispositionen verfügen wie sie selbst[52].

Ebenfalls in der Homologie zum bürokratischen Feld begründet ist die satzungsmäßige Ausgestaltung des Militärs, die zum einen dazu dient, nach außen seine Legalität und damit Legitimität zu belegen[53]. Das Legitimierungsbedürfnis ist dabei insbesondere dann groß, wenn die im Zuge des Zivilisationsprozesses immer stärker delegitimierte Gewalt angewendet werden soll. Zum anderen dienen bürokratische Mittel dazu, nach innen die Herrschaft über die eigenen Untergebenen mittels objektivierter hierarchischer Vorgesetztenverhältnisse und

---

48 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 565.
49 Bourdieu, Staatsgeist, S. 124 f.
50 Hagen, Homo Militaris, S. 182.
51 Caforio, Military Officer Education, S. 271 und S. 276 f.; Hagen, Homo Militaris, S. 80, 129 f. und S. 170 f.; Leonhard/Biehl, Beruf: Soldat, S. 408–411.
52 Hagen, Homo Militaris, S. 205 f.
53 Ebd., S. 50 f.

Zuständigkeiten zu sichern[54]. Da, wie weiter unten dargelegt, die bürokratische Herrschaft insbesondere im Militär in einem Spannungsverhältnis zur charismatischen steht, ist sie mitunter besonders legitimierungsbedürftig. Im Ergebnis findet sich häufig ein Formalismus im Militär, der allerdings auch dazu dient, Unsicherheit über die Gestalt des kommenden Kriegs zu überdecken und die Professionalität der Verantwortlichen im Umgang mit Satzungen zu belegen[55]. Nicht nur nach außen gegenüber der politischen Führung, sondern auch nach innen gegenüber den Vorgesetzten, haben bürokratische Regeln zudem die Funktion, eigenes (Nicht-)Handeln abzusichern. In dieser Funktion dienen sie als Beleg dafür, selbst für einen bestimmten Vorgang nicht verantwortlich zu sein.

Als eine anderen Vergemeinschaftungen gegenüber besonders abgegrenzte Art sozialer Verbände sah Weber den Stand. Dessen Angehörige grenzen sich durch eine eigene Lebensführung ab, die als ständische Ehre empfunden wird[56]. Neben dem eine Vergesellschaftung darstellenden vergüteten Arbeitsverhältnis trägt auch das moderne Militär und insbesondere das Offizierkorps Züge von Gemeinschaft und Stand[57]. Dies wird insbesondere daran deutlich, dass der freiwillige Militärdienst gerade im Fall der gut ausgebildeten Offiziere angesichts von Todesrisiko, alltäglichen Unannehmlichkeiten, häufigen Versetzungen und der oft besseren Verdienstmöglichkeiten in der zivilen Wirtschaft als ökonomisch irrational erscheint. Aufgrund der größeren funktionalen Differenzierung des Militärs, in deren Zuge im 20. Jahrhundert schließlich alle *formalen* Standesschranken des Offizierkorps wegfielen, und der oben thematisierten Dominanz von sozialen Aufsteigern in den Reihen der Offiziere, nahm der ständische Charakter des Militärs als Ganzen jedoch bis in die Gegenwart hinein deutlich ab[58]. Es ist anzunehmen, dass Soldaten umso stärker vergemeinschaftet sein müssen, je näher ihre spezifischen Aufgaben sie der Gewaltausübung und Todesgefahr bringen.

Entsprechend der funktionalen Differenzierung des Militärs und seiner völlig unterschiedlichen »Betriebszustände« in Krieg und Frieden, teilen sich die Formen der Standesehre in eine alltägliche und eine außeralltägliche. Die oben genannte Homologie des militärischen zum bürokratischen Feld bringt auch eine gemeinsame alltägliche Standesehre mit sich. Wie der Beamte empfinden auch militärische Akteure es als Ehre, ohne Eigeninteresse als reine Staatsdiener zu handeln. Der Verdacht, eigene, insbesondere materielle Interessen zu verfolgen, weisen sie daher empört zurück. Dies wird durch die Abgrenzung zum Söldner deutlich, obwohl auch der Soldat für seine Gewaltbereitschaft bzw. -anwendung vergütet wird. Ein Selbstverständnis als interessenloser »Vaterlandsverteidiger« zählt damit zur ständischen Ehre wohl jedes Offizierkorps. Ebenso verbreitet ist das Professionalitätsideal als ständische Ehre[59]. Eine derartige Anerkennung findet derjenige, der belegen kann, dass er seine Aufgabe fachlich beherrscht. Damit verwandt ist der gerade beim Führungspersonal zu findende Formalismus, der

54 Gareis/Haltiner/Klein, Strukturprinzipien, S. 14.
55 Hagen, Homo Militaris, S. 51 f. und S. 227 f.
56 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 534 f.
57 Hagen, Homo Militaris, S. 80−87.
58 Leonhard/Biehl, Beruf: Soldat, S. 408 f.
59 Hagen, Homo Militaris, S. 167 f., 181 f. und S. 195.

wie oben beschrieben seine Ursachen in der Homologie zum bürokratischen Feld hat. Eine möglichst vorschriftentreue Ausführung der eigenen Tätigkeiten, aber auch überhaupt eine genaue Kenntnis derselben zählt damit ebenfalls zur Standesehre.

Einen außeralltäglichen Charakter erlangt die auf den »Ernstfall« von Gewaltanwendung und Todesgefahr ausgerichtete ständische Ehre in dem Ideal des tapferen Kriegers und Helden. Sie steht in starkem Widerspruch zu den Verhaltensidealen des bürokratischen Alltags[60]. Entsprechend der Funktionsteilung findet sich das Kriegerideal vor allem unter den Angehörigen der hiermit unmittelbar konfrontierten Kampftruppe, die demnach auch am stärksten vergemeinschaftet sein dürfte. Für die Offiziere und Unteroffiziere steht im Zusammenhang mit diesem Ideal das des mitreißenden charismatischen Führers. Dieser ist, wie der Held, eine außeralltägliche Gestalt, die schwer zu vereinbaren ist mit dem veralltäglichten, sachlichen Charakter bürokratischer Regeln oder gar Formalismus, auf dem die Vorgesetztenverhältnisse und Kompetenzzuweisungen im modernen Militär beruhen[61].

Objektiviert und weitergegeben wird das Ideal des Kriegers in zahlreichen Verhaltensvorschriften, vor allem aber in der Traditionspflege, da sich vor allem das seit Längerem Vergangene mythologisieren lässt[62]. Die »Heldentaten« und Opferbereitschaft der Vorgänger werden somit gespeichert. Unmittelbare Bedeutung kommt daher der Militär- oder Kriegsgeschichte zu, wobei die Akteure diese nicht wissenschaftlich betreiben, sondern zur Mythologisierung nutzen[63]. Wie Weber am Beispiel der politischen Gemeinschaft zeigte, prägt diese Objektivierung von Tugenden ein »spezifische[s] Pathos«, erzeugt vom »Ernst des Todes, den eventuell für die Gemeinschaftsinteressen zu bestehen, dem Einzelnen zugemutet wird«[64]. Die Verbreitung der Traditionspflege in den unterschiedlichen Bereichen des Militärs zeigt daher auch die Reichweite dieser Form ständischer Ehre an. Sie ist am höchsten in den Truppenteilen, die im »Ernstfall« am unmittelbarsten mit der Gewaltausübung befasst sind[65]. Dauerhaft zugeschrieben wird die außeralltägliche Form ständischer Ehre also am ehesten denjenigen, die sich die meist historischen Verhaltens- und Ausdrucksformen sowie Kleidungsweisen am besten aneignen[66].

Bourdieu beobachtete neben der »stillen Pädagogik«, anhand derer die Akteure die Dispositionen der auf ihrem Feld wirksamen Habitus aufnehmen, auch eine *bewusste* Habitusformung. Diese ist insbesondere in rigiden Organisationen wie dem Militär verbreitet und bedient sich hierfür insbesondere Initiationsritualen, öffentlichen Auszeichnungen sowie dem detaillierten Achtgeben

---

60 Ebd., S. 43.

61 Keller, Führung und Führer im Militär, S. 487 f.; Hagen, Homo Militaris, S. 141; Caforio, Military Officer Education, S. 270 und S. 276 f.

62 Hagen, Homo Militaris, S. 63–68.

63 Vgl. die vielen populärwissenschaftlichen historischen Darstellungen des Zweiten Weltkriegs, die – wie an den Anzeigen der einschlägigen Verlage in privaten Verbandszeitschriften von Soldaten deutlich – sich großer Beliebtheit im Militär erfreuen.

64 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 515.

65 Biehl/Leonhard, Militär und Tradition, S. 328 f.; Hagen, Homo Militaris, S. 162 und S. 221.

66 Hagen, Homo Militaris, S. 154 f. und S. 211.

auf die persönliche »Haltung« und den Sprachgebrauch[67]. Verstärkt wird diese den Habitus außergewöhnlich stark prägende Praxis noch dadurch, dass der Militärdienst vor allem bei den meist jungen Offizieranwärtern in der Regel die erste berufliche Beschäftigung darstellt. Die rigide Sozialisation hat somit oft die Qualität einer Primärerfahrung, die alle weiteren Erfahrungen strukturiert und die Herausbildung nicht hinterfragter Doxa begünstigt[68].

Bereits in der allgemeinen militärsoziologischen Forschung ist bemerkt worden, dass das Militär eine »konservative« Organisation ist[69]. In dieser Erkenntnis spiegelt sich nichts weiter als die von Bourdieu als Hysteresis-Effekt bezeichnete Beharrungskraft des Habitus wider. Der Grund für diese im Vergleich zu anderen Feldern außerordentlich große Beharrung liegt darin, dass es dem neuzeitlichen Militär erleichtert wurde und wird, die sozialen Bedingungen, auf die dessen Habitus ursprünglich abgestimmt war, immer wieder erneut zu reproduzieren. Denn den »Realitätstest« bringen letztlich nur kriegerische Auseinandersetzungen[70]. Anders als etwa im Mittelalter, als sich im Grunde ständig Territorialherren gegenseitig befehdeten, waren Kriege in der von einer Verstaatlichung der abendländischen Gesellschaften geprägten Neuzeit auf rechtlich klar definierte, vom »Frieden« abgegrenzte Phasen beschränkt, die schon aufgrund ihrer hohen Kosten zeitlich überschaubar waren[71]. Außerhalb dieser vergleichsweise kurzen Zeiträume konnten jedoch weiterhin die alten Dispositionen sinnstiftend wirken, was die Entstehung von Doxa erleichterte. Auf die Zukunft gerichtete Kriegsbilder spiegeln daher eher die objektive Position und die daraus hervorgehenden Interessen ihrer Verfechter als die tatsächlich wahrscheinlichste Entwicklung wider[72].

Je länger die Friedenszeit und umso größer die danach durch den Krieg bewirkten Umstürze, desto stärker riefen mangelnde Übereinstimmung von Habitus und Feld jedoch Krisen hervor, die zu einem Wandel der Dispositionen führten[73]. Wie in anderen formalen Organisationen auch, trägt zudem die Angst der Akteure vor der Entwertung ihres – je ausdifferenzierteren desto spezifischeren – kulturellen Kapitals dazu bei, dass sie sich gegen Neuerungen zur Wehr setzen[74]. Die konservative Praxis des Militärs wird zudem durch die oben thematisierten

---

67 Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis, S. 200.

68 Hagen, Homo Militaris, S. 169 f.

69 Elbe/Richter, Militär, S. 247.

70 Gareis/Haltiner/Klein, Strukturprinzipien, S. 19 f.; Geser, Organisationsprobleme des Militärs, S. 145; Roghmann/Ziegler, Militärsoziologie, S. 157.

71 Siegelberg, Kriegerische Gewalt, S. 26.

72 Roghmann/Ziegler, Militärsoziologie, S. 157; Geser, Organisationsprobleme des Militärs, S. 147 f.

73 Am deutlichsten wird dies in der jüngeren Geschichte wohl am europäischen Militär kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs: Nach einer relativ langen Friedenszeit, die nur von leicht zu gewinnenden Kolonialkriegen oder zeitlich sehr begrenzten Auseinandersetzungen unterbrochen wurde, trat das Militär mit taktisch veralteten Konzepten und einer noch in Ansätzen ständischen Gliederung in den Krieg ein. Die Habitusformen entsprachen dementsprechend eher denen des 19. als des 20. Jahrhunderts. Am Ende des bis dahin beispiellos intensiven Kriegs hatte sich das Militär dementsprechend beispiellos gewandelt.

74 Bourdieu, The Social Structures of the Economy, S. 113.

ebenfalls mehrheitlich konservativen Dispositionen seines Führungspersonals erleichtert[75].

Wie sehr gerade im Militär die Primärerfahrungen durch die Bildung der Klassifizierungsschemata alle weiteren Erfahrungen strukturieren, verdeutlicht ein Blick auf dessen Entstehung. So kann die immer noch dominierende Vorstellung von militärischer »Haltung« als nach außen diszipliniert-geordnetes, »zackiges« und einheitliches Auftreten recht eindeutig auf die Entstehungsgeschichte des modernen Militärs im 17. und 18. Jahrhundert zurückgeführt werden. Die damals entwickelte, unter den Bedingungen der Waffen- und Kommunikationstechnik der Zeit militärisch erfolgreiche Lineartaktik machte es erforderlich, die Soldaten im Sinne einer großen, gleichartig marschierenden und feuernden »Maschine« abzustimmen[76]. Zudem diente ein einheitliches und diszipliniertes Auftreten der Herrschaftsrepräsentation der in dieser Epoche nach und nach die politische Gewalt auf sich vereinigenden Fürsten und Könige[77]. Diese Form der Disziplinierung hatte also ursprünglich einen militärtechnisch und die Herrschaft sichernden funktionalen Charakter, während sie heute bloß als »Haltungsdisziplin«[78], aber auch als Ideal raumzentrierter militärischer Operationen fortlebt.

Wie in staatlichen Organisationen üblich, verlaufen im Militär Beförderungen größtenteils planmäßig nach dem Anciennitätsprinzip entlang einer formal festgelegten Laufbahn. Da nur wenige an der Spitze stehen können, gilt dies gleichwohl nicht für die höchsten Positionen. Obwohl dies im Widerspruch zum Ideal der Interessenlosigkeit steht und dementsprechend bestritten wird, verfolgt das Spitzenpersonal ganz offensichtlich das Ziel, eine möglichst weit nach oben führende Karriere zu machen[79]. Wie auch in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, ist dies also offenbar ein entscheidendes Motiv in dieser Gruppe. Grund hierfür dürfte nur zum Teil die höhere Besoldung sein. Wichtiger ist das – gerade bei den sozialen Aufsteigern – mit dem Erreichen neuer Positionen zu gewinnende Ansehen sowie die Abwechslung der neuen Aufgaben und eine größerer Gestaltungsmöglichkeit[80]. Insgesamt versehen die anhand der Laufbahnpositionen deutlichen Karriereziele den tendenziell gleichförmigen Alltag in bürokratischen Organisationen mit einem nicht zu unterschätzenden Sinnhorizont.

Entscheidend für das Durchlaufen einer Karriere sind für jeden Soldaten die Vorgesetzten, die sie beurteilen und über ihren Aufstieg entscheiden. Wie in anderen Organisationen, so zeigt sich auch hier, dass (unbewusst) besonders jene positiv bewertet werden, die über die gleichen Dispositionen verfügen wie die Bewertenden[81]. Eine derartige Homologie der Dispositionen der Mächtigen und

---

75 Caforio, Military Officer Education, S. 271 f. und S. 275; Hagen, Homo Militaris, S. 175 und 232.

76 Stein, Symbole und Zeremoniell, S. 130–133; Warburg, Das Militär und seine Subjekte, S. 130 f.

77 Luh, Kriegskunst in Europa, S. 180 und S. 195–208.

78 Warburg, Das Militär und seine Subjekte, S. 195 f.

79 Hagen, Homo Militaris, S. 204 f. und S. 242.

80 Mayntz, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, S. 169 f.

81 Hagen, Homo Militaris, S. 205 f.

der Anwärter auf ihre Positionen hat den Zweck, die herrschende Gruppe zu erhalten[82]. Die Zeit, die erforderlich ist, um die für eine ideale Laufbahn notwendigen Voraussetzungen zu erwerben, hält die Anwärter auf die Herrschaft gleichzeitig auf Distanz[83]. Somit werden gerade die Positionen von Vorteil sein, auf denen sich das entscheidende soziale Kapital sammeln lässt[84], was im Militär insbesondere auf die häufig beliebten Verwendungen als Adjutant zutrifft. Daneben ist für die Bewertung entscheidend, dass die Anwärter bewusste Idealvorstellungen der Bewertenden erfüllen. Hierzu zählt die oben ausgeführte eher technisch-bürokratische Professionalität, aber ebenso das Krieger- und charismatische Führer-Ideal[85]. Die Erfüllung der genannten Kriterien stellt sich somit als »Regel des Spiels« dar. Ein geschickter Spieler vollführt demnach die entsprechenden Stellungnahmen, um die erforderlichen Kapitalien zu erwerben.

Als Karriereziel und -mittel zugleich erscheint die Akkumulation möglichst vieler Kompetenzen, Mittel und einer großen Anzahl von Personal durch Leiter von Organisationsbereichen. Diese Praxis in Großorganisationen wurde bisher vor allem phänomenologisch von der Mainstream-Organisationsforschung erfasst und als »Spartenegoismen«, »bürokratische Eigeninteressen« oder quasi naturgesetzliches Streben »der« Organisation nach mehr Ressourcen- und Kompetenzzuweisung charakterisiert[86]. Aus soziologischer Perspektive erscheint diese Praxis dagegen zum einen als Ergebnis der habitualisierten Ziele des Führungspersonals, das einen höheren Status in der Ämterhierarchie anstrebt. Zum anderen betrachtet es eine besonders große Fülle von Kompetenzen und Mitteln offenbar als Garant dafür, unentbehrlich zu werden und somit weiter im »Spiel« zu bleiben. Hierdurch soll die Karriere – auf die, anders als bei planmäßigen Beförderungen, kein Rechtsanspruch besteht – durch eigene Initiative abgesichert werden[87]. Somit sind die Verhaltensweisen besser mit Blick auf eben dieses Ziel verständlich, da in einigen Fällen auch der Verzicht auf Kompetenzen des eigenen Organisationsapparats in diesem Sinne rational sein kann. Dies betrifft Bereiche, in denen ein Scheitern – und damit eine Schädigung der Karriere – wahrscheinlich ist[88].

b) Militärische Praxis zwischen Bürokratie und Gewalt

Von allen anderen staatlichen Organisationen unterscheidet sich das Militär durch die Aufgabe der legitimen physischen Gewaltausübung. Für seine Vertreter

---

82 Bourdieu, Homo academicus, S. 110 f.
83 Ebd., S. 153 f.
84 Bourdieu, The Social Structures of the Economy, S. 116.
85 Hagen, Homo Militaris, S. 242 f. und S. 272.
86 Vgl. z.B. Bea/Göbel, Organisation, S. 337.
87 Historisch lassen sich hierbei Parallelen zur Praxis der von adligen Machthabern zur Herrschaftsausübung eingesetzten Beamten erkennen. Da Letztere über keinen Rechtsanspruch auf ihre Stellung verfügten, konnten sie ihre Position nur durch eine möglichst umfangreiche Appropriation von Pfründen sichern. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 154 f.
88 So lässt sich häufig beobachten, dass hohe Vertreter des Militärs immer wieder gegen den Einsatz militärischer Mittel sind, da hierdurch Organisationsprobleme offenbart würden. Lindemann/Martin, The Military and the Use of Force, S. 100 f.

bringt dieser Auftrag einige spezifische Herausforderungen mit sich, die sich denen anderer formaler Institutionen nicht stellen und die aus dem spezifischen Charakter physischer Gewalt resultieren. So ist Gewalt eine der oder sogar die am stärksten einschneidende sinnliche, existenzielle Erfahrung, die auch nach der unmittelbaren Ausübung oder ihrem Erleiden in Form von Traumata nachwirken kann. In diesem Sinne prägt sie mitunter sogar die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster von Erfahrungsgemeinschaften über Generationen hinweg, wie zahlreiche Nationalmythen zeigen[89].

Menschen nehmen dabei Gewalt in erster Linie negativ wahr und konnten sie im Westen in ihrer direkten Form weitgehend aus dem Alltag verdrängen. Elias zeigte überzeugend, dass dies ein inkrementeller historischer Prozess war, der mit der funktionellen Ausdifferenzierung der Gesellschaft einherging und in dessen Zuge die zunehmende Triebeinhegung die Menschen zur Zurückhaltung insbesondere bei der Gewalt zwang[90]. Dementsprechend sehen sich die Vertreter des modernen Militärs oder Politiker, die Streitkräfte einsetzen wollen, einem Legitimitätsdefizit ihrer Profession gegenüber. Sie begegnen diesem Problem unter anderem mit einer euphemistischen Sprache, aus der die Gewalt weitgehend verschwindet, wie oben bereits an der Genese des Sicherheitspolitik-Begriffs gezeigt[91].

Die Forschung zeigte zudem, dass sich Gewalt nur begrenzt instrumentalisieren lässt, wie es Organisationen wie das Militär vorsehen. Vielmehr folgt sie in der Realität aufgrund ihres zutiefst sinnlichen Charakters bald einer eigenen Logik, die sich von den ursprünglichen Zwecken emanzipiert und etwa in ungeplanten Gewaltspiralen von Gewalt und Gegengewalt mündet[92]. Elias konnte dies etwa am Beispiel französischer Ritter, die ohne Befehl auf den Feind lospreschten, überzeugend als ungenügende Triebeinhegung erklären, die bei stärker disziplinierten Verbänden seltener vorkam[93]. Soldaten während des Kampfs noch lenken

---

89 Trotha, Zur Soziologie der Gewalt, S. 26; Schlichte, In the Shadow of Violence, S. 58 f.

90 Elias, Zivilisation und Gewalt, S. 229 f. Maleševic, Forms of Brutality, S. 274–286, widerspricht Elias' These, dass Gewalt zwischen Menschen abgenommen hätte, und behauptet, dass diese stets sehr gering gewesen sei. Hierfür bezieht sie sich u.a. auf Kriminalitätsstatistiken vom Mittelalter bis in die Moderne. Außer Acht bleibt dabei, mit welcher allgemeinen Validität sich in vormodernen Zeiten statistische Daten erheben ließen und ob tatsächlich alle später erfassten Gewalttaten – etwa gegen Frauen oder Sklaven – überhaupt Eingang fanden. Sie diskutiert nicht – um nur zwei Bereiche zu nennen –, warum unmittelbare physische Gewalt im Westen aus der formalen wie elterlichen Erziehung und selbst dem Justizwesen weitgehend verschwanden bzw. radikal abnahmen und weshalb keine öffentlichen Folterungen und Hinrichtungen mit interessierten Zuschauern mehr stattfanden. Außerdem verweist Maleševic auf die zu allen Zeiten und in allen Kulturen existierenden Regeln gegen Gewaltanwendung. Dabei übersieht sie, dass Regeln nicht mit Praxis gleichzusetzen sind, sondern im Gegenteil eine Regel nur dann erforderlich ist, wenn eine signifikante gegenläufige Praxis existiert.

91 Vgl. so auch zur allgemeinen Tendenz staatlicher Sprache über Gewalt Koloma Beck/Schlichte, Theorien der Gewalt zur Einführung, S. 122.

92 Trotha, Zur Soziologie der Gewalt, S. 25 und S. 27 f.; Ziemann, »Vergesellschaftung der Gewalt«, S. 745; Baberowski, Gewalt verstehen, S. 9.

93 Trotha, Zur Soziologie der Gewalt, S. 15 f., Baberowski, Gewalt verstehen, S. 3 f., und Ziemann, Eine »neue Geschichte der Menschheit«?, S. 52 f., kritisieren diese Vorstellung, konstatieren am Ende jedoch im Ergebnis ebenfalls eine nicht-rationale, emotionale Seite der Gewalt. Im Gegensatz zu Elias können sie diese jedoch nicht auf einen konsistent ver-

zu können, stellte somit seit jeher eine der hauptsächlichen Herausforderungen für militärische Führer dar. Auch Weber sah daher im Militär den »Mutterschoß der Disziplin überhaupt«, da Letztere erstmals im militärischen Kontext institutionalisiert wurde, bevor sie in den übrigen Teilen der Gesellschaft Anwendung fand[94].

Moderne Streitkräfte sind zwar derart weitgehend funktionsteilig ausdifferenziert, dass nur noch eine Minderheit der Soldaten für unmittelbare Kampfaufgaben vorgesehen ist[95]. Gleichwohl müssen insbesondere die Angehörigen der Kampftruppe bereit sein, Gewalt anzuwenden und diese dementsprechend auch positiv sehen. Viele internalisieren daher ein Idealbild des Kriegers und Helden. Als Idealtyp verstanden, findet sich der Kriegerhabitus in seiner reinsten Form bei den Angehörigen der Truppengattungen, die am unmittelbarsten Gewalt anwenden, wie den oftmals auch für den Nahkampf ausgebildeten Kommandosoldaten und Fallschirmjägern. Je technischer und wenig auf Gewaltanwendung bezogen, desto geringer erscheint er hingegen ausgeprägt. Das Idealbild des Kriegers steht der für alle Formen der Organisation von Gewalt erforderlichen sachlichen Disziplin widersprüchlich gegenüber[96]. Nicht immer erfolgreich sind somit die Versuche der politischen und militärischen Führung, anhand von bürokratischen Regeln die Gewaltanwendung auf ihren sachlichen Zweck zu begrenzen und damit die im Kampf aufsteigenden Gefühle von Hass und Vergeltung zu verhindern[97].

Laut Elias ergibt sich gerade in den am höchsten »zivilisierten« – also aufgrund ihres hohen Maßes an sozialer Interdependenz die menschlichen Triebe am stärksten hemmenden – Gesellschaften der schärfste Widerspruch zwischen Habitualisierung von Gewaltverzicht auf der einen und geforderter Gewaltausübung im Militär auf der anderen Seite[98]. Hieraus resultiert das in der Militärsoziologie vielfach konstatierte innere Spannungsverhältnis des Soldaten zwischen eher triebhaftem, auf das Sich-Beweisen ausgerichtetem Krieger- und Heldentum auf der einen und der möglichst gewaltlosen modernen Gesellschaft auf der anderen Seite[99]. Zwei Aspekte erleichtern es Soldaten in modernen Streitkräften, Gewalt dennoch anzuwenden. Erstens ist dies die Arbeitsteilung der Gewalt, die das persönliche Schuldempfinden minimiert. Zweitens ist der immer technischere Charakter des Kriegs zu nennen – nicht nur bezogen auf die verwendeten Waffensysteme, sondern gerade auch die dafür eingeübten Einsatzroutinen, die es erfordern, nicht über die einzelnen Handlungen zu re-

---

wendeten und in eine umfassende Praxistheorie integrierten Begriff bringen. Trotha und Baberowski bieten stattdessen nur eine im Widerspruch zu ihren sonstigen Theoretisierungsversuchen stehende rein phänomenologische Beschreibung an.

94 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 686.

95 Roghmann/Ziegler, Militärsoziologie, S. 159.

96 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 682; Hagen, Homo Militaris, S. 43.

97 Warburg, Das Militär und seine Subjekte, S. 326–330.

98 Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bd 1, S. 264 f.; Elias, Zivilisation und Gewalt, S. 227–232.

99 Hagen, Homo Militaris, S. 43. Wie im Forschungsüberblick thematisiert, behandeln die meisten Arbeiten der nicht-utilitaristischen Militärsoziologie vor allem die Resultate dieses Widerspruchs.

flektieren[100]. Drittens belegten zudem zahlreiche Studien, dass es leichter fällt, Menschen zu töten, die einer sozial, biologisch oder sonst wie andersartig erscheinenden Gruppe angehören[101].

Im Gegensatz zur Gewaltanwendung nicht militärspezifisch sind dagegen einige Aspekte der Praxis in formalen staatlichen Großorganisationen, die jedoch aufgrund der gleichen bürokratischen Prinzipien auch in Streitkräften zu finden sind. »Bürokratie« wird hierbei im weberschen Sinne verstanden als eine Form der Herrschaft mittels als legitim geltender formal gesatzter Regeln und einem hierauf ausgerichteten und geschulten hierarchischen Verwaltungsapparat[102]. Grundsätzlichstes Praxismerkmal dieser Organisationen ist die Erledigung von Aufgaben durch funktionale Differenzierung, die den Organisationsmitgliedern anhand objektivierter Regeln, also Vorschriften, Weisungen usw., vermittelt wird. Die Praxis auf derart geprägten Feldern erfordert einen hierauf abgestimmten Habitus, der hier in seiner idealtypischen Reinform als bürokratischer bezeichnet wird. Er lässt die Akteure Regelhaftigkeit und Sicherheit anstreben und erscheint damit als Gegenpol zum Kriegerhabitus. In der reinsten Form ist er dementsprechend vor allem bei den Soldaten zu finden, die im Grunde zivile Aufgaben wahrnehmen.

Die moderne Arbeitsteilung hat sich zwar als effektiv erwiesen, bewirkt jedoch gleichzeitig – wie auch am Wissenschaftsbetrieb gezeigt –, dass die Akteure dazu tendieren, Probleme nur aus der Sicht ihres jeweiligen Bereichs zu sehen, und diesen daher als den wichtigsten wahrnehmen[103]. Wie im vorhergegangenen Abschnitt beschrieben, findet diese Bereichssicht ihre objektive Grundlage zudem in den damit verbundenen Karrierechancen, was zu ihrer Verstetigung beiträgt. Neben der horizontalen Funktionsteilung sind staatliche Organisationen im Allgemeinen und das Militär im Besonderen zudem vertikal streng hierarchisch auf eine Zentralisierung der Entscheidungsfindung ausgerichtet[104]. Im Militär treffen entsprechend ausgebildete Offiziere in den Stäben die Entscheidungen, die von der »Truppe« ausgeführt werden[105].

Um den Einfluss von Bürokratie auf die Praxis ermessen zu können, darf jedoch nicht – wie in der älteren Organisationswissenschaft geschehen – davon ausgegangen werden, dass Letztere mechanisch entlang der formalen Regeln abläuft[106]. Vielmehr lassen sich diese bürokratischen Regeln als Teil der bourdieuschen »Spielregeln« begreifen, wobei dies nicht auf alle Bestandteile des formalen Regelwerks zutrifft. Tatsächliche »Spielregeln« im Sinne Bourdieus sind somit vor allem jene formalen Regeln, deren Einhaltung die Mächtigen durchsetzen, während andere im Dienstalltag schlicht übergangen werden oder den Akteuren sogar unbekannt sind. Als militärisches Spezifikum kann hierbei das

---

100 Ziemann, »Vergesellschaftung der Gewalt«, S. 752.
101 Bourke, The Experience of Killing, S. 299; Maleševic, Forms of Brutality, S. 278.
102 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 124–130.
103 Mayntz, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, S. 71 f.
104 Geser, Organisationsprobleme des Militärs, S. 146 f.
105 Keller, Führung und Führer im Militär, S. 481 f.; Roghmann/Ziegler, Militärsoziologie, S. 161 f.
106 Meyer/Rowan, Institutionalized Organizations.

Machtmittel der militärischen Disziplin gelten, die stärkere Sanktionen ermöglicht als im zivilen Bereich[107].

Allgemein gilt nach wie vor das schon von Max Weber Gesagte über das Verhältnis von formaler Regel und Praxis, nämlich, dass die Durchsetzung einer Regel nur so stark ist wie das Interesse an ihrer Einhaltung. Gleichwohl ist zu beachten, dass grundsätzlich ein Interesse am regelkonformen Handeln besteht, da hierdurch Legitimität erworben wird. Im Idealfall setzen die Akteure also ihre eigenen Interessen durch und legitimieren diese mit dem Verweis auf eine gleichlautende Regel[108]. Im modernen legal-rationalen Staat erfolgt dies mittels einer offizialisierenden Amtsrhetorik, die aufgrund seiner oben skizzierten Entstehungsgeschichte juristischer Natur ist. Gleiches gilt für die zu konstruierenden formalen Anerkennungsketten aus Befehl/Verwaltungsakt, Satzung/Verordnung, Gesetz und Verfassung, an deren Ende die mysteriöse »Staatsräson«, der »Geist des Grundgesetzes« oder Ähnliches steht. Dementsprechend haben vor allem die hierin geschulten Juristen, die sich leichter rechtswissenschaftlicher – von Bourdieu aufgrund ihrer mangelnden Empirie treffend als *fictio juris* bezeichneter – »Theorien« zur Begründung von Machtansprüchen bedienen können, eine starke Stellung[109]. Deutlich wird dies insbesondere in Deutschland am »Juristenmonopol« in der öffentlichen Verwaltung[110].

In der Praxis kann der hohe Stellenwert objektivierter Regeln zu Formalismus führen, sodass etwa ein Problem bereits als beseitigt gilt, sofern dies aus den formalen Dokumenten hervorgeht. Zudem trägt ihr tendenziell gleichbleibender Charakter dazu bei, dass unzweckmäßige Arbeitsteilungen, aber auch institutionelle Besitzstände über Generationen hinaus erhalten werden, da die jeweiligen Amtsinhaber in der Regel die formalen Kompetenzen ihrer Vorgänger übernehmen. Schließlich begünstigt die Bedeutung der objektivierten Regeln diejenigen, die länger dieselben Positionen in einer Organisation innehaben, da sie im Laufe der Zeit das umfangreichste Wissen über formale Abläufe, aber auch soziales Kapital anhäufen können[111].

Für jede soziale Institution, also nicht nur formal objektivierte, gilt, dass sich diese »ihrer Bewohner bemächtigen«. Denn durch die Einnahme der entsprechenden Position unterliegt der Akteur auch den mit dieser objektiven Struktur verbundenen Zwängen, da ebenso alle übrigen Spieler in entsprechender Weise auf sie eingestellt sind. Mit Marx nennt Bourdieu dabei das Beispiel des Erstgeborenen, der später nicht nur Besitzer des Bodens wird, sondern auch selbst zum Besitz des Bodens[112]. Somit erklärt sich das häufig im Alltag mit Verwunderung bemerkte Phänomen, dass Menschen mit scheinbar ganz unterschiedlichem Charakter nach Einnahme derselben Position auf dieselbe Weise handeln. Am besten wurde dies in Deutschland deutlich, als die Vertreter der »1968er-Generation« die Regierungsverantwortung übernahmen – bzw. von ihr übernommen wurden.

---

107 Hagen, Homo Militaris, S. 49.
108 Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis, S. 216 f.
109 Bourdieu, Staatsgeist, S. 110 und S. 122.
110 Mayntz, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, S. 150.
111 Bourdieu, The Social Structures of the Economy, S. 117.
112 Bourdieu, Sozialer Sinn, S. 105–107.

Um die Praxis in Großorganisationen zu verstehen, hilft zudem ein Blick auf die von Elias herausgestellte Bedeutung sozialer Interdependenzen bei funktionaler Differenzierung. Als Paradebeispiel dieses »Zivilisationsprozesses« diente Elias die höfische Gesellschaft der Frühen Neuzeit, in der die am Hof lebenden Adligen in wechselnden Koalitionen um die Gunst des Alleinherrschers konkurrierten. Da keine klare Verhältnisse schaffende Gewalt angewendet werden konnte und ungewiss war, ob der Verbündete von heute nicht der Gegner von morgen sein könnte, ging damit eine Habitualisierung der sprichwörtlichen Höflichkeit einher[113].

In ähnlicher Weise stellt sich die Praxis in Großorganisationen dar. Auch hier sind die Akteure aufgrund der hohen funktionalen Differenzierung und der schwer absehbaren Machtkonstellationen stark aufeinander angewiesen, was eine bloße Orientierung an der Amtshierarchie nicht mehr zulässt und eine entsprechende Habitus-Prägung nach sich zieht. Im Militär hat die Arbeitsteilung daher ebenfalls ein Auseinandertreten von Amts- und Sachautorität bewirkt, die einen völlig autoritären Führungsstil nicht mehr zulässt[114]. Die Angst der Akteure vor »Fehltritten« oder davor, sich in einer Frage zu weit aus dem Fenster zu lehnen oder andere zu verprellen, hat daher oft eine Tendenz zur Absicherung gegenüber höheren Hierarchieebenen hervorgebracht. Dementsprechend finden in formalen Organisationen konsensorientierte Arbeits- und Entscheidungsverfahren Anwendung. Im Militär steht diese Praxis nicht nur dem Ideal des heldischen Wagemuts widersprüchlich gegenüber[115]. Die gerade im Frieden tendenziell wachsenden bürokratischen Apparate verzögern auch die Entscheidungsfindung[116].

c) Militär als Teil außenpolitischer Praxis

Westlichen Akteuren gilt der Einsatz des Militärs meist als Teil der Außenpolitik eines Staates. Daher muss auch die Logik dieses Feldes theoretisch erfasst werden. Wie im Literaturüberblick gezeigt, wird zwar mittlerweile neben der objektiven auch die subjektive und historische Seite der Praxis im Bereich der Außenpolitik theoretisiert. Allerdings geschieht dies nur innerhalb voneinander abgegrenzter Ansätze, die nicht miteinander vereinbar sind. Es erscheint somit plausibler, auch hierbei auf die Soziologie zurückzugreifen. Mehrfach fand daher die Theorie Bourdieus Anwendung, um die unterschiedlichen außenpolitischen Praxisformen, in einem Ansatz vereint, verstehen zu können[117]. Insbesondere zum Verständnis der Formen formal institutionalisierter internationaler Kooperation wurden zudem die Arbeiten von Elias herangezogen[118].

---

113 Elias, Die höfische Gesellschaft, S. 97–99, 107–110 und S. 181–184.
114 Warburg, Das Militär und seine Subjekte, S. 288 f.
115 Hagen, Homo Militaris, S. 145.
116 Geser, Organisationsprobleme des Militärs, S. 148–151.
117 Vgl. Schlichte, La Françafrique, S. 320 f., sowie mit weiteren Beispielen Pouliot, The Logic of Practicality, S. 261.
118 Adler, Europe as a Civilizational Community, S. 73.

Vor dem Hintergrund der genannten Ansätze lässt sich der Habitus als der Ort identifizieren, an dem sich die historischen Erfahrungen des Feldes der Außenpolitik sedimentiert haben[119]. Er bietet damit eine Erklärung dafür, weshalb sich bei außenpolitischen Akteuren über die Jahrhunderte hinweg erstaunlich konstante Prämissen erhalten haben. Zu diesen relativ resistenten Arrangements von Vorannahmen zählte die aus der Person des Alleinherrschers hervorgegangene Vorstellung von »Staatsräson« als Ziel, die Existenz »*des* Staates« zu erhalten und seine Macht zu erweitern. Letzteres wurde dabei in Europa bis in die Zeit der Weltkriege meist als territoriale Erweiterung verstanden[120]. Voraussetzung hierfür war, die Welt als Karte mit klar abgegrenzten Territorien zu betrachten[121]. Als positive Machterweiterung wurden aber auch Handelsvorteile sowie der Zugriff auf wertvolle Ressourcen und später auf Absatzmärkte gesehen[122]. In Verbindung mit dieser Weltsicht stand die Vorstellung von einem ausbalancierten Gleichgewicht zwischen den als »souverän« und daher gleichrangig anerkannten Staaten, welches garantieren sollte, dass keiner von ihnen als Hegemonialmacht aufsteigen konnte[123]. Teil dessen war auch die spezifische »›Verwaltung‹ dieses Staatensystems durch Diplomatie, Konferenzen und Kongresse«[124]. Die hierbei praktizierte »Physik«[125] bzw. »Geometrie der Staaten«[126] sollte in den Augen der Akteure »Machtvakuen« und sonstige »Ungleichgewichte« verhindern.

Die objektiven Grundlagen der habitualisierten außenpolitischen Prämissen werden häufig nicht explizit von den tendenziell konstruktivistisch orientierten Vertretern dieser Interpretation benannt. Die offensichtlichste war die Praxis selbst, da etwa durch die Annahme, das Machtgleichgewicht sei verletzt, Kriege begonnen oder zum Zweck der Machtausweitung »herrenlose« Landstriche besetzt wurden[127]. Wie von Elias beschrieben, befanden sich die einzelnen Gebietsherrscher also in Figurationen, in denen sie sich dazu gezwungen sahen, einen Machtzuwachs des Nachbarn zu verhindern. Denn der einzelne Herrscher fürchtete, dass gestärkte Konkurrenten zum Angriff übergehen könnten, was sie wiederum dazu veranlasste, ihnen zuvorzukommen[128].

Zudem fungierte nicht nur das Militär, sondern auch der diplomatische Dienst als objektive »Sozialisationsinstanz«, die die genannten außenpolitischen Prämissen vermittelte[129]. So dienten die Außenministerien, wie die Streitkräfte, seit dem 19. Jahrhundert als »Fluchtburg« der Aristokratie, die ihre Vorstellungen mitschleppte und aufgrund der auf diesem Feld stets äußerst geringen demokra-

---

119 Pouliot, The Logic of Practicality, S. 272; Schlichte, La Françafrique, S. 319 f.
120 Vgl. zur historischen Genese dieser Prämissen Foucault, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, S. 414–418.
121 Krippendorff, Die Erfindung der Außenpolitik, S. 63.
122 Siegelberg, Staat und internationales System, S. 33 f.; Foucault, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, S. 423.
123 Foucault, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, S. 429–434; Krippendorff, Die Erfindung der Außenpolitik, S. 65–69; Siegelberg, Staat und internationales System, S. 18.
124 Siegelberg, Staat und internationales System, S. 32.
125 Foucault, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, S. 437.
126 Krippendorff, Die Erfindung der Außenpolitik, S. 68.
127 Foucault, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, S. 424 f. und S. 435.
128 Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bd 2, S. 31 f.
129 Siegelberg, Kriegerische Gewalt, S. 59.

tischen Kontrolle erhalten konnte. Doch auch mit der »Verbürgerlichung« des Staats erhielten sich die alten Dispositionen des Adels, da sie von den neuen Machthabern übernommen wurden[130]. Hinzu kamen die konkreten Interessen von mächtigen Entscheidungsträgern auf dem Feld der Außenpolitik, die für eine entsprechend gerichtete Interpretation der Staatsräson sorgten[131]. Im Sinne von Bourdieu darf dies aber nicht als bewusste, explizite Strategie verstanden werden, sondern als »stille Komplizenschaft« zwischen Habitus und Struktur. Detailstudien der diplomatischen Praxis zeigen, wie sehr sie auch heute noch eingeschliffen ist und wie wenig sie von den Akteuren selbst hinterfragt wird[132]. Als Begründung erscheint hierbei neben der Trägheit des Habitus – im Falle der Diplomatie verstärkt durch ihre soziale Kontinuität – die relative Unabhängigkeit des außenpolitischen Felds von öffentlicher Kontrolle, aber auch öffentlichem Interesse. Somit konnte der Habitus erfolgreich die Bedingungen, unter denen er wirksam wurde, erhalten.

Auch die Politik nach dem Zweiten Weltkrieg, in der bereits die durch kapitalistischen Warentausch erzeugten Interdependenzen zwischen den Staaten offensichtlich waren und dementsprechend internationale Organisationen eine bis dahin beispiellos einflussreiche Rolle erhielten, war weiter von den alten außenpolitischen Vorannahmen geprägt. Grund hierfür war insbesondere die Trägheit des Habitus. So stellte Elias Ende des 20. Jahrhunderts fest, dass der »Nachhinkeffekt« des Habitus dafür sorge, dass trotz der auch global gewachsenen Interdependenzen und der infolgedessen gegründeten formalen Institutionen weiterhin die nationale Perspektive der Akteure dominierte[133]. Die Bewertungsschemata des Habitus sorgten somit dafür, dass auch die Praxis unter veränderten Umständen weiterhin der alten Grammatik folgte. So war immer noch zu erkennen, dass sich die Akteure an einer Interpretation der Staatsräson, die seitdem meist »nationales Interesse« genannt wird, orientierten[134]. Dementsprechend versuchten sie selbst im Kontext internationaler Organisationen, diese Interessen durchzusetzen[135].

Ebenfalls erhielten sich vergleichbare Vorstellungen von Mächtegleichgewicht und »Staatengeometrie«, die nun einfach auf internationale Organisationen übertragen bzw. um diese erweitert wurden[136]. Wie bereits im Fall der Staatenpolitik

---

130 Siegelberg, Staat und internationales System, S. 39.

131 Neumann, »A Speech That the Entire Ministry May Stand for«, S. 188–195, zeigt dies anhand der Konsensbildung innerhalb des diplomatischen Dienstes, bei der alle Vertreter darauf achten, dass ihrem Bereich keine geringere Rolle zugewiesen wird. Schlichte, La Françafrique, S. 324, nennt Klientelnetzwerke innerhalb der französischen Afrika-Politik. Sehr viel allgemeiner zeigt dies Siegelberg, Staat und internationales System, mit einem strukturgeschichtlichen Vergleich von innerstaatlichen Herrschaftsverhältnissen und Außenpolitik auf.

132 Pouliot, The Logic of Practicality, S. 272, 276 und S. 279–283; Neumann, »A Speech That the Entire Ministry May Stand for«, S. 196 f. Vgl. auch Krippendorff, Die Erfindung der Außenpolitik, S. 62 f.

133 Elias, Wandlungen der Wir-Ich-Balance, S. 218–225, 281 f. und S. 291–296.

134 Krippendorff, Die Erfindung der Außenpolitik, S. 64.

135 Pouliot, The Logic of Practicality, S. 262.

136 Krippendorff, Die Erfindung der Außenpolitik, S. 72. Siegelberg, Staat und internationales System, S. 51, weist treffend darauf hin, dass die »Pentarchie« des alten Gleichgewichtssystems sich in der Institution der fünf ständigen VN-Sicherheitsratsmitglieder wiederfindet.

wurde jedoch auch die geometrisch-physikalische Vorstellung von internationalen Organisationen als geschlossenen »Kugeln« von der Politikwissenschaft vielfach übernommen und damit verwissenschaftlicht. Als Hauptursache der Persistenz der außenpolitischen Praxis erscheint dabei – neben den von ihr selbst erzeugten Figurationen – die weiterhin starke Abgeschlossenheit der Außenpolitik gegenüber der Öffentlichkeit[137] sowie die soziale Kontinuität des Verwaltungsstabs.

Mit den bis in die Gegenwart sich immer stärker verdichtenden Interdependenzen erlebte die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einen Schub an neuen internationalen Organisationen, die auf den ersten Blick die Außenpolitik deutlich zu verändern schienen. Auch der Einsatz des Militärs erfolgte fast ausschließlich im Rahmen dieser Organisationen, wie die Friedensmissionen der VN, aber auch die hier im Fokus stehende, schließlich NATO-geführte ISAF zeigen. Dementsprechend muss hier die Praxis internationaler Organisationen näher theoretisiert werden, um zu verstehen, wie sie die des Militärs mitbestimmte.

Um sich dem Phänomen anzunähern, ist es, anders als im Alltagssprachgebrauch und in vielen wissenschaftlichen Arbeiten praktiziert, wenig sinnvoll, von internationalen Organisationen als reinen Arenen oder als kollektiven politischen Akteuren, die im Sinne eines *agent* den Willen der Nationalstaaten verzugslos ausführen, auszugehen[138]. Schon überzeugender ist die Theoretisierung als abgeschlossene Bürokratie, die nach eigenen standardisierten Regeln und Verhaltensweisen Probleme behandelt[139]. Während jedoch in ersterer Perspektive die kaum zu leugnende Eigenlogik internationaler Organisationen aus dem Blick gerät, blendet letztere aus, dass sich die Auseinandersetzung um Politik in internationalen Organisationen weiterhin entlang der nationalen Prämissen strukturiert. Um diese theoretischen Defizite zu beheben, erscheint auch hier der bereits verfolgte soziologische Ansatz vielversprechend.

So zeigt ein nüchterner Blick auf das Personal internationaler Organisationen, dass dieses nur zum Teil einen eigenen festen Verwaltungsstab bildet. Ein Großteil der Angehörigen sind dagegen für begrenzte Zeit entsandte Vertreter der Mitgliedsstaaten[140]. Die nationalen außenpolitischen Felder haben also weiterhin entscheidenden Einfluss auf die Praxis ihrer Vertreter, da die hierauf tätigen Akteure ihnen Weisungen erteilen und über ihre Versetzung und Beförderung entscheiden. Dementsprechend dominieren auch weiterhin die Habitus, deren Bewertungsschemata dem »nationalen Interesse« einen ausschlaggebenden

---

137 Elias, Wandlungen der Wir-Ich-Balance, S. 307.

138 Vgl. den konzisen Literaturüberlick bei Dingwerth/Kerwer/Nölke, Die Organisierte Welt, S. 13 f. und S. 16 f.

139 Ebd., S. 17 f.; Barnett/Finnemore, Rules for the World, S. 9, 18 und S. 24.

140 Barnett/Finnemore, Rules for the World, kamen offenbar zu ihren Auffassungen über den Charakter von internationalen Organisationen, indem sie in erster Linie die VN betrachteten. Die VN besitzen aber einen außergewöhnlich geschlossenen, gut bezahlten Verwaltungsstab mit diplomatenrechtlichen Privilegien, der sie von anderen internationalen Organisationen unterscheidet. Vgl. dazu Gareis/Varwick, Die Vereinten Nationen, S. 63.

Wert zuweisen[141]. Die internationalen Organisationen boten nun bloß ein neues Forum, um nationale Interessen durchzusetzen[142].

Die Persistenz des alten Souveränitätsgedankens spiegelt sich zudem in der formalen Regel wider, dass – mit Ausnahme des VN-Sicherheitsrats und der Europäischen Union – jeder Staat als gleichrangig betrachtet wird und über das gleiche Stimmengewicht verfügt. Entscheidungen müssen dementsprechend zumeist einstimmig fallen. Die meist von einem Generalsekretär gebildete Spitze des Verwaltungsstabs kann somit formal keine bedeutenden Entscheidungen treffen, die nicht von allen Mitgliedsstaaten geteilt werden[143]. Gleichwohl spiegelt sich die faktische Macht der Staaten außerhalb der internationalen Organisationen auch innerhalb dieser wider. Denn Vertreter von Staaten, die als mächtiger gelten, üben in der Praxis Druck auf andere aus, sich ihren Entscheidungen anzuschließen. Zudem verfügen sie oftmals über größere Delegationen, die daher besser vorbereitet in die gemeinsamen Abstimmungsrunden gehen, und tragen einen größeren Anteil des Gesamtbudgets, was ihnen ein weiteres Druckmittel verschafft[144].

Wie bereits erwähnt, existiert freilich stets auch ein festes Stammpersonal in internationalen Organisationen, das somit oft weitgehend unabhängig von nationalen Weisungen und Personalentscheidungen ist. Es ist daher davon auszugehen, dass die Praxis dieser Akteure so weit der Logik des Feldes der jeweiligen Organisation gehorcht, wie ihr keine Beschlüsse der Mitgliedsstaaten entgegenstehen. In besonderer Weise dürfte dies für die höchsten Spitzenpositionen gelten, deren Inhaber schon aufgrund ihres der Laufbahnhöhe entsprechend hohen Alters oftmals mit diesem Amt das letzte herausragende in ihrem Leben bekleiden. Selbst wenn diese entsandt sind, werden sich deren Inhaber also eher durch diese Position und damit die zugehörige internationale Organisation distinguieren wollen. Zudem stellen die Organisationen historisch gewachsene Felder dar, auf denen sich die Akteure – wie auf allen Feldern – die vorherrschenden Dispositionen aneignen. Die Regeln des Spiels finden sich zudem teilweise objektiviert in den bürokratischen Regeln der Organisation wieder. Zudem ist davon auszugehen, dass sich die Akteure dieses Felds in der alltäglichen Arbeit zumindest teilweise vergemeinschaften und damit die Praxis auch durch affektuelles Handeln geprägt ist[145].

Obwohl die Angehörigen des Verwaltungsstabs formal keine nicht vorher von den Vertretern der Mitgliedsstaaten abgesegneten Entscheidungen fällen dürfen, können sie schließlich doch die Politik durch ihre Geschäftsführung wie das Setzen von Tagesordnungspunkten beeinflussen. Den größten Einfluss gewinnt der Verwaltungsstab allerdings an den zahlreichen Gelegenheiten, an denen sich die Vertreter der Mitgliedsstaaten nur auf den »kleinsten gemeinsamen Nenner« einigen können. Die hieraus entstehenden Handlungsspielräume und

---

141 Krippendorff, Die Erfindung der Außenpolitik, S. 64.
142 Pouliot, The Logic of Practicality, S. 262.
143 Vgl. am Beispiel der VN Gareis/Varwick, Die Vereinten Nationen, S. 63 f.
144 Vgl. am Beispiel der NATO Theiler, Deutschland und die NATO, S. 300.
145 Vgl. am Beispiel der NATO Moelker/Soeters, Sympathy, Stereotypes and the Contact Hypothesis, S. 39 f.

Interpretationsmöglichkeiten müssen daher von den Angehörigen der internationalen Organisation gefüllt werden[146].

Allgemein bewegt sich die Praxis in internationalen Organisationen also zwischen den beiden Polen, der Orientierung am »nationalen Interesse« der dorthin entsandten Akteure auf der einen und den Interessen des festen Verwaltungsstabs auf der anderen Seite. Der Grund, weshalb nationale Außenpolitiker überhaupt für die Beteiligung an internationalen Organisationen eintreten, liegt darin, dass diese aufgrund der gewachsenen Interdependenzen davon ausgehen, dass es für sie von Nachteil sein könnte, sich solcher Kooperationsformen zu entziehen[147]. Wie erwähnt, dominiert aufgrund des »Nachhinkeffekts« des Habitus dennoch die nationale Perspektive der Akteure. Die bürokratische Form internationaler Organisationen ergibt sich dabei aus der Legitimität, die entsprechend begründete Entscheidungen in der funktional differenzierten modernen Welt erzielen. Wie bereits im innerstaatlichen Bereich wirken auch hier Juristen mit, indem sie die notwendigen Begründungen und Anerkennungsverhältnisse konstruieren[148]. Ihr objektives Interesse ergibt sich dabei aus den im Rahmen dieser Organisationen geschaffenen Anstellungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie – im Falle der Völkerrechtslehre – den damit begründeten wissenschaftlichen Disziplinen und Arbeitsbereichen.

5. Methode

In Einklang mit der im Forschungsüberblick herausgestellten Tendenz der meisten Arbeiten, entweder die objektivistische Praxis oder die subjektivistischen Bewertungen der Akteure in den Blick zu nehmen, tendieren die Verfasser dazu, entweder positivistische oder hermeneutische Ansätze zu verwenden. Aus der hier eingenommenen Perspektive ist dies jedoch nicht ausreichend. Denn zum einen genügt es nicht, bloß die subjektive Wahrnehmung der Akteure zu interpretieren, ohne deren objektive Grundlagen zu betrachten. Zum anderen scheinen positivistische Ansätze zwar auf den ersten Blick durch ihre an den Naturwissenschaften orientierten Methoden objektive Ergebnisse zu erbringen, jedoch blenden sie dabei die menschliche Subjektivität aus. Auch täuschen die von Vertretern dieser Forschungsrichtung oftmals verwendeten quantitativen Methoden darüber hinweg, dass vor Beginn der Auswertung den »harten« Zahlen

146 Barnett/Finnemore, Rules for the World, S. 22.

147 Vgl. mit Bezug auf Elias Adler, Europe as a Civilizational Community, S. 73.

148 Bereits die von den Juristen konzipierten »Rechtsquellen« des Völkerrechts stellen eine eindeutige fictio juris dar. Hierzu zählt das »zwingende Recht« (jus cogens), das mystischer Herkunft ist. Eine geradezu idealtypische Verwissenschaftlichung von Interessen und Prämissen der Praktiker stellt daneben die »Staatenpraxis« als Rechtsquelle dar. Demnach würden die Staaten durch das, was sie dauerhaft tun, bereits »Gewohnheitsrecht« setzen, wobei unklar ist, wie viele von ihnen dies über welchen Zeitraum praktizieren müssen. Im Sinne der Verwissenschaftlichung von Praktiken prägt ein oftmals zirkuläres methodisches Vorgehen die Völkerrechtslehre. Um zu ergründen, wie weit die Kompetenzen des VN-Sicherheitsrats reichen, werden so z.B. dessen eigene Resolutionen herangezogen. Vgl. z.B. Hobe/Kimminich, Einführung in das Völkerrecht.

soziale Ereignisse zugeordnet wurden. Ohne dies umfassend zu reflektieren und explizit zu machen, interpretieren also auch zuvorderst quantitativ vorgehende Wissenschaftler ihr empirisches Material zunächst auf qualitative Weise. Da sie diesen Vorgang jedoch selten reflektieren und die dafür entwickelten hermeneutischen Methoden meist außer Acht lassen, ist ihre Analyse oft defizitär.

In der hier zu verwendenden Methodik müssen sich also subjektive und objektive Perspektive vereinen. Dies gelingt, indem sowohl die objektiven Positionen der Akteure einbezogen werden als auch deren Wahrnehmung und Bewertung. Von den hier angeführten Autoren differenzierte Bourdieu am stärksten sein methodisches Vorgehen aus[149]. Hierauf aufbauend, ist zuerst die Geschichte des jeweiligen Untersuchungsgegenstands darzustellen. Auf diese Weise lassen sich sowohl die historisch sedimentierten Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata der relevanten Habitus konstruieren als auch die Ursachen für die Positions-Konstellationen auf dem Feld bzw. in der Figuration verstehen. Danach können die objektiven Machtpositionen, von denen aus die Akteure im Untersuchungszeitraum handelten, ausgemacht werden. Als Ansatzpunkt hierfür können im Falle der hier betrachteten staatlichen Organisationen deren formale Aufgaben- und Kompetenzzuweisungen dienen.

Allerdings zeigt sich erst nach einer tieferen Beschäftigung mit dem Handeln der Akteure, welches tatsächlich die entscheidenden Machtpositionen waren. Denn deren Stärke ergibt sich wiederum durch die Menge der begehrten Kapitalien, auf die sie einen Zugang eröffnen. Welche Kapitalsorten die Akteure anstreben, ist aus der Logik des Felds erkennbar, die sich an der Praxis der Akteure ablesen lässt. Dafür müssen deren »Stellungnahmen«, »verstanden als ein strukturiertes System der Praktiken und Äußerungen der Akteure«, zu ihren Positionen ins Verhältnis gesetzt werden[150]. Die Art und Weise, wie sich die Akteure gegenseitig positionieren, zeigt die genaue Gestalt der Felder bzw. Figurationen, die durch ihre Beziehungen konstituiert werden. Es ist also ein »hermeneutischer Zirkel« erforderlich, um Gestalt und Logik der Felder zu erkennen[151]. Dem Verfasser helfen seine eigene praktische Erfahrung auf dem Feld der Bundeswehr und die jahrelange wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Gegenstand dabei, den jeweiligen »Sinn des Spiels« zu erkennen.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Habitusformen zu, die vor allem Ergebnis der historischen Analyse sind. Wie dargelegt, ist der Habitus sowohl Erzeugungsmittel der Praxis als auch ihr Produkt. Seine Analyse muss daher von der Praxis ausgehen, deren Strukturen mithilfe der vorhandenen Literatur und der gesammelten Empirie auszumachen sind. Um die strukturellen Praktiken zu erkennen, werden möglichst vielfältige Quellenarten von Besetzungsentscheidungen über Umfragen bis hin zu von den Akteuren ausgewählten Symbolen trianguliert[152]. Den Habitus kennzeichnet insbesondere sein oben ausgeführter, eher auf die vergangene als die gegenwärtige Praxis gerichteter Charakter. Um ihn zu rekonstruieren, ist dementsprechend eben

---

149 Wacquant/Bourdieu, Die Ziele der reflexiven Soziologie, S. 136–140.
150 Ebd., S. 136.
151 Ebd., S. 139.
152 Vgl. zu dieser Methode Biehl/Tomforde, Quantitative und qualitative Methoden, S. 314–320.

jene strukturelle Praxis zu identifizieren, die sich nicht unmittelbar aus den objektiven Gegebenheiten, also der Verteilung der Kapitalien und allgemein der Machtverhältnisse zwischen den Akteuren auf dem Feld ergibt, sondern die sich nur durch den besonderen »nachhinkenden« Charakter des Habitus erklären lässt. Elias gibt hierbei das Beispiel des Europas des ausgehenden 20. Jahrhunderts, das bereits derart interdependent und vollkommen befriedet ist, dass es fast allen Akteuren rational erscheinen müsste, sich zu einer vollkommenen politischen Einheit zusammenzuschließen. Stattdessen überwogen im europäischen Integrationsprozess die nationalen und daher objektiv betrachtet irrationalen Befindlichkeiten, die sich gut mit den aus früheren Zeiten stammenden habitualisierten nationalen Dispositionen erklären lassen. Weitere Beispiele sind die in dieser Arbeit genannten Situationen der Bundeswehr im Auslandseinsatz, die aus einer distanzierten Betrachtung heraus andere Lösungen zweckmäßiger erscheinen lassen als die von den Verantwortlichen gefundenen. Vor dem Hintergrund klassischer militärischer Dispositionen erweisen sich diese Entscheidungen jedoch als folgerichtig.

Bourdieus Ansatz wurde mitunter dafür kritisiert, dass dafür eine zu große Menge empirischen Materials notwendig sei[153]. Die Kritik überzeugt allerdings nicht, da demnach Ansätze, die sich dem Untersuchungsgegenstand rein deduktiv annähern und von vornherein etwa darauf verzichten, die relationalen Verhältnisse und die Historizität der Akteure abzubilden, ein größeres Verständnis der Realität eröffneten, nur weil hierfür weniger Quellen notwendig sind. Tatsächlich bleibt in allen sozialwissenschaftlichen Arbeiten das empirische Material stets hinter den Erfordernissen der Theorie zurück[154]. Auch ist nie eindeutig klar, wann das Quellenmaterial eine wirklich strukturelle Praxis belegt. Dementsprechend erkennt diese Arbeit im Vorhinein an, dass den verwendeten Theoriemodellen empirisch nie vollständig Genüge getan werden kann. Gleichwohl gibt es unterschiedliche Grade, zu denen dies möglich ist. So erlauben das Quellenmaterial und der vorhandene Platz oftmals nur, grob die Figurationen und Habitusformen zu skizzieren, während in anderen Fällen detailliertere Aussagen möglich und nötig sind. In jedem Fall bleiben die herausgestellten theoretischen Prämissen über Relationalität und Historizität der Akteure leitend.

Im Forschungsüberblick wurde bereits kritisiert, dass die Masse der politikwissenschaftlichen Arbeiten kaum Quellenkritik anwendet. Dies ist in erster Linie auf die oben thematisierte Differenzierung der Wissenschaftspraxis zurückzuführen. Im Ergebnis obliegt es seit ihren Anfängen vor allem der Geschichtswissenschaft, eine umfangreiche Quellenkritik zu betreiben, während etwa sozialwissenschaftliche Arbeiten hierauf oft verzichten. Die Arbeitsteilung ist also historischer Natur und resultiert nicht daraus, dass Quellenkritik für nicht-geschichtswissenschaftliche Arbeiten nicht erforderlich wäre. Dementsprechend ist sie auch hier anzuwenden.

Das Ziel dieser Arbeit ist daher, anhand des Quellenmaterials sowohl die objektive Praxis als auch die subjektiven Dispositionen der Akteure – die sich aller-

---

153 Vgl. z.B. Vaughan, Bourdieu and Organizations, S. 68 f.
154 Friedrichs/Kratochwil, On Acting and Knowing, S. 702–706.

dings erst in der Praxis manifestieren – rekonstruieren zu können. Um dies zu erreichen, kommt es zusammengefasst bei einem quellenkritischen Vorgehen darauf an, Entstehungskontext sowie Dispositionen, Interessen und Absichten des Verfassers einer Quelle zu analysieren, um auf diese Weise ihren Aussagewert ermessen zu können[155]. Zugleich ist das Verfassen jeder denkbaren Quelle selbst eine Praxis, die im jeweiligen Kontext zu betrachten ist. Es lässt sich dabei unterscheiden zwischen Traditionsquellen, mit denen der Verfasser etwa in Form einer Autobiografie oder eines Redemanuskripts *bewusst* etwas mitteilen wollte, und Überrestquellen, wie einem Einkaufsbeleg oder einer archäologischen Fundstelle, die dem Betrachter etwas über den Urheber sagen, das er selbst nicht intendierte[156].

Im Folgenden sind kurz die quellenkritischen Implikationen der wichtigsten verwendeten Quellengattungen zu besprechen. Aus den im Forschungsüberblick erläuterten Gründen sind normative Regierungsdokumente wie die oft abstrakt gehaltenen »Sicherheitsstrategien«, aber auch Dienstvorschriften, nicht unbedingt als handlungsleitend zu betrachten. Im Sinne einer Überrestquelle sind sie jedoch ein guter Beleg für die Machtverhältnisse in den Organisationen, deren Vertreter sie verfassten. Im Sinne von Traditionsquellen können sie zudem als Stellungnahmen gelesen werden. Ebenso sind die Antworten der Bundesregierung auf Anfragen des Bundestags auch als Stellungnahmen im Kontext der parlamentarischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zu sehen, bei der Erstere sich positiv darstellen wollte. Grobe Unwahrheiten bei *nachprüfbaren* Angelegenheiten sind hier nicht zu erwarten, da dies im Falle ihrer Aufdeckung zu politischen Skandalen geführt hätte. So werden die Verfasser auch hier im Zweifelsfall eher zum Mittel des Weglassens von Informationen sowie formalen Winkelzügen gegriffen haben. Insgesamt gilt, dass die Anfragen offensichtlich nach Aktenlage beantwortet wurden. Vorgänge, die sich nicht in diesen Dokumenten niedergeschlagen hatten, wurden somit von den Verfassern der Antworten nicht berücksichtigt.

Den größten Quellenwert haben unter den Bundestagsdrucksachen die mehrere hundert Seiten starken Abschlussberichte der beiden mit dem Afghanistan-Einsatz befassten parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Für sie wurden fast alle relevanten Akten durchgesehen und die Hauptbeteiligten vernommen. In beiden Fällen beklagten jedoch Angehörige der jeweiligen Opposition vereinzelt einen mangelnden Aktenzugang, sodass auch hier das Weglassen von Informationen das größte Defizit darstellt[157]. Bei den Berichten des Wehrbeauftragten ist einschränkend zu bemerken, dass sich hierin vor allem die negativen Erfahrungen aus der Bundeswehr niedergeschlagen haben und sie daher nicht als Gesamtbild gesehen werden dürfen. Einen hohen Wert als Überrestquellen

---

155 Vgl. Rüsen, Historische Methode, S. 140–143.

156 Bernheim, Einleitung in die Geschichtswissenschaft, S. 83–110. Gleichwohl kann jede Quelle auch als Überrestquelle gelesen werden, da sie auch Nicht-Intendiertes über den Verfasser aussagt wie etwa die Häufung bestimmter Wörter in einem Redemanuskript.

157 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss], S. 166 f.; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 303.

haben die an die Öffentlichkeit gelangten überwiegend US-amerikanischen Regierungsdokumente, da sie nicht zur Veröffentlichung vorgesehen waren.

Bei den zur Rekonstruktion der Praxis herangezogenen Berichten ist vor allem zu unterscheiden, ob sie von den Praktikern selbst oder von journalistischen und wissenschaftlichen Beobachtern verfasst wurden. Dementsprechend werden die Quellen, in denen die hier interessierenden Akteure selbst über ihre Praxis berichten, in den Fußnoten gekennzeichnet. Bei den journalistischen Quellen sind die je unterschiedlichen Einblicke zu beachten, die deren Verfasser – insbesondere wenn sie in Afghanistan auf die Unterstützung der Bundeswehr angewiesen waren – erreichen konnten. Allgemein muss zudem beachtet werden, dass sich die Presse am Leserinteresse orientierte und gerade im Fall der Bundeswehr häufig versuchte, dieses durch Skandalisierung erst zu wecken.

Bei der Verwendung der Erinnerungsliteratur als »Traditionsquelle« muss beachtet werden, dass sich offenbar die meisten Verfasser mit deren Veröffentlichung positiv darstellen wollten[158]. Als Adressaten sind im Fall der eher technischen Berichte die eigenen Vorgesetzten im Hinblick auf die eigenen Karrierechancen und bei den Werken, die eher Abenteuer- und Heldengeschichten ähneln, die militärische Gemeinschaft mitzudenken. In der Regel wurden allerdings häufig beide Gruppen gleichzeitig mit unterschiedlichen Akzenten angesprochen. Zu ersterer Gruppe zählen auch die vor allem von den Leitern militärischer Organisationsbereiche verfassten und meist in »sicherheitspolitischen« Zeitschriften veröffentlichten Aufsätze, mit denen diese ihre angeblich stets unverzichtbare Bedeutung und die Leistungsfähigkeit des eigenen Aufgabenbereichs darstellen wollten[159].

Gleichwohl verlören all diese Werke an Plausibilität – oder würden sogar disziplinare bzw. rechtliche Schritte nach sich ziehen –, wenn die darin geschilderte Praxis völlig frei erfunden wäre. Bewusste Verfälschungen sind daher eher in der Weise zu erwarten, dass Aspekte weggelassen oder kaum überprüfbare Details erdichtet wurden. Unzweifelhaft hoch ist der Wert dieser Quellen jedoch, wenn sie als »Überrestquellen« betrachtet werden. Als solche sind sie ein recht eindeutiger Beleg für die (unbewusste) Positionierung des Verfassers auf dem militärischen Feld. Die von den Akteuren geschaffenen Symbole, wie Abzeichen von Truppenteilen, lassen sich als Objektivierung der subjektiven Dispositionen der Akteure sehen und können dementsprechend entschlüsselt werden[160].

Die meisten geschichtswissenschaftlichen Studien zur Bundeswehr verfassten Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamts (MGFA), im Jahr 2013 zusammengefasst im ZMSBw, was zunächst eine eingeschränkte wissenschaftliche Qualität seiner Studien erwarten lässt. Aufgrund der Personalbesetzungen an seiner Spitze, aber auch der politischen Vorbehalte gegen die utilitarische »Kriegs-« und »Wehrgeschichtsforschung« der deutschen Vorgängerarmeen, entwickelte

---

158 Einige – durchgehend bereits aus der Bundeswehr entlassene – Verfasser zielen dagegen offenbar in erster Linie darauf ab, Aufmerksamkeit zu erhalten. Bestes Beispiel ist hierfür das Buch einer Soldatin, die immer wieder betonte, traumatisiert zu sein, über ihren Einsatz auf dem Balkan. Das Werk ist voller Ungereimtheiten und offensichtlicher Fehler. Vgl. Chiari, Krieg als Reise?, S. 36.

159 Dementsprechend lauten die Titel der meisten dieser Werke »Der Beitrag von X zur ...«

160 Vgl. methodisch Winkle, Der Dank des Vaterlandes, S. 19–21.

sich das MGFA jedoch eher zu einer akademischen Einrichtung als zu einer der reinen Ressortforschung. Auch wenn sie tatsächlich nie die Bundeswehr grundsätzlich infrage stellten und wohl eher eine zu positive als zu negative Sicht zeigten, so orientierten sich die hier arbeitenden Historiker doch an den Standards der kritischen akademischen Forschung[161]. Hierzu dürfte beigetragen haben, dass Angehörige des MGFA oftmals nach Eintritt für den Rest ihrer Dienstzeit dort verblieben und der Amtschef nur den Rang eines Oberst innehatte. Das MGFA bot damit deutlich weniger Anreize für militärinterne Karriereziele als für eine Profilierung in der zivilen Wissenschaft durch die eigene Forschung.

Die für diese Arbeit geführten Interviews wurden nicht auf Tonträgern aufgezeichnet, sondern mitgeschrieben, um Ängsten bei den Interviewten entgegenzutreten, später für den Inhalt der Gespräche verantwortlich gemacht zu werden. Dies galt insbesondere für die afghanischen Interviewpartner[162]. Bei Bundeswehr-Angehörigen kam in den meisten Fällen der Kontakt durch eine den Interviewten länger bekannte Person zustande bzw. in vielen Fällen waren diese sogar mit dem Verfasser persönlich seit über zehn Jahren bekannt. Insgesamt herrschte daher in der Mehrzahl dieser Fälle während des Interviews eine vertrauensvolle Atmosphäre, die dem Eindruck nach positiv auf den Informationsfluss wirkte. Der Ablauf der Interviews wurde weitgehend offen gestaltet, d.h. es wurden im Vorfeld zur Orientierung einige Leitfragen formuliert, jedoch konnten die im Gespräch entwickelten Schwerpunkte auch deutlich davon abweichen. Um die Identität der befragten Bundeswehr-Angehörigen zu schützen, wurden deren Namen anonymisiert sowie Angaben, die zu deren Identifizierung führen könnten, weggelassen. Gleichzeitig diente dies dazu, den Anreiz einzuschränken, sich vor allem nach außen hin positiv darzustellen.

---

161 So die im Ganzen durchaus kritische Stellungnahme des Wissenschaftsrats: Stellungnahme zum Militärgeschichtlichen Forschungsamt, S. 7 f. und S. 45 f.

162 Ethnologen machten außerdem die Erfahrung, dass durch Tonträgeraufzeichnungen in Afghanistan meist nur eine offizialisierte Darstellung hervorgebracht wird. Baldauf, Von Menschen und Maschinen, S. 52 f. und S. 58.

III. Bürokraten und Krieger: Die allgemeine Praxislogik der Bundeswehr

Bevor in den einzelnen Kapiteln die Handlungen der Bundeswehr auf ausgewählten Feldern untersucht werden, sind hier zunächst die relevanten Aspekte der allgemeinen Logik ihrer Praxis herauszustellen. Andernfalls lässt sich nicht erkennen, welche Praktiken allein aus den Verhältnissen in Afghanistan resultieren. Hierfür müssen die Strukturen der verbreiteten Habitusformen ebenso wie die Gestalt der Felder und die aus ihrem Zusammenspiel resultierende Praxis ausgemacht werden. Wie im theoretischen Teil herausgestellt, ist jegliche menschliche Praxis »gegenwärtige Vergangenheit«. Unausweichlich ist es daher, zunächst die historische Genese der relevanten Habitusformen und Felder darzustellen. Aufgrund der deutlichen Unterschiede in den Praxislogiken wird dabei unterschieden zwischen der »Truppe« und der »Spitzengliederung« der Bundeswehr. Die Akteure, die zu Letzterer zählen, stehen gemäß der formalen Hierarchie über den Angehörigen der Truppe und erteilen ihnen Weisungen. Hierunter werden leitende Personen im Ministerium, in den Kommandobehörden und den höchsten Stäben der Truppe verstanden. Allgemein liegt der Schwerpunkt hierbei auf Dispositionen und Praxis der Offiziere, da sie für die Organisation entscheidend waren.

An Quellen stehen für die historischen Aspekte dieses Kapitels, insbesondere der sogenannten Aufbauphase der Bundeswehr bis 1964, zahlreiche geschichtswissenschaftliche Arbeiten des MGFA/ZMSBw zur Verfügung. Diese beruhen auf einer meist sehr dichten Quellenbasis und analysieren ihren Untersuchungsgegenstand durchaus kritisch. Einige dieser Studien behandeln auch die 1970er Jahre, ansonsten dienen für die Periode ab dieser Zeit die seitdem verfassten militärsoziologischen Arbeiten sowie einzelne, meist politikwissenschaftliche Studien. Letztere fußen in der Regel auf einer weniger dichten Überlieferung. Für diese Zeit müssen daher auch zahlreiche Primärquellen in Form von veröffentlichten Dokumenten der Bundeswehr, Selbstzeugnissen ihrer Soldaten, Symbolen, Bundestagsdrucksachen, Presseartikeln sowie eigenen Interviews herangezogen und entsprechend quellenkritisch analysiert werden. Hilfreich, um die Quellen zu deuten und die Praxislogik zu erkennen, ist die eigene Erfahrung des Verfassers auf dem Feld der Bundeswehr. Dennoch hat gerade die Analyse der jüngsten Ereignisse aufgrund der weniger dichten Quellenlage noch explorativen Charakter. Gleichwohl wurden hier in beispiellos dichter Weise unterschiedlichste Quellen zum Thema zusammengetragen.

Im Ergebnis zeigt dieses Kapitel zunächst die historische Genese der auch noch zur Zeit des deutschen ISAF-Einsatzes dominierenden Habitusformen und Positionen auf dem Feld der Bundeswehr. Die Strukturen der Habitusvarianten lassen sich, wie im Theorieteil erörtert, zwischen den beiden idealtypischen Polen Krieger und Bürokrat verorten. Sowohl das Kriegerideal als auch das überwiegend von den Offizieren der Spitzengliederung habitualisierte spezifische, auf mechanisierte Operationsführung fokussierte Kriegsbild resultier-

ten aus der personellen Kontinuität von der Wehrmacht zur Bundeswehr. Gleiches galt für die im Widerspruch zum vor allem in der Truppe dominierenden Kriegerideal stehenden Dispositionen, die eher auf die Praxis bürokratischer Felder abgestimmt waren und eine vergegenständlicht-technische Sicht auf soziale Beziehungen erzeugten. Ein derartiges Verständnis war gerade deshalb in der militärischen Führung verbreitet, da es vor allem die bereits in der Zwischenkriegszeit in die Armee eingetretenen ehemaligen Generalstabsoffiziere waren, die die Spitzengliederung der Bundeswehr dominierten. In der Regel bereits in der Reichswehr Soldat geworden, hatten diese sich zudem einen »Sinn für die Praxis« der Politiker angeeignet und dementsprechend gelernt, sich wechselnden politischen Machthabern anzupassen. Dementsprechend prägte ihr Handeln auch eine vorsichtige Absicherungspraxis.

Ebenso den Dispositionen der Wehrmacht entstammten die groben Züge der organisatorischen Aufteilung der Bundeswehr. In deren Rahmen nahmen die Spitzenoffiziere wieder die in ihren damaligen Positionen begründeten alten Konkurrenzverhältnisse ein, die auf der »illusio« des Spiels gründeten, möglichst viel Kompetenzen, Personal und Mittel akkumulieren zu müssen. Dementsprechende »Spartenegoismen« prägten von Anfang an die Praxis in der Spitzengliederung der Bundeswehr. Anders als in der Wehrmacht, hatten aufgrund des historischen Ursprungs als nicht-militärische Behörde (»Amt Blank«) zivile Beamte die machtvollsten Positionen inne. Dementsprechend folgte auch die Praxis in der Spitzengliederung einer überwiegend bürokratischen Betriebslogik. Nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Skandale dominierten die Inhaber der Position des Bundesministers der Verteidigung nicht vollkommen das Feld der Bundeswehr, sondern sahen sich stark auf ihren militärischen und zivilen Verwaltungsstab angewiesen. Sie versuchten daher, zu starke Eingriffe zu vermeiden, und konnten somit das etwa in den »Spartenegoismen« sowie im übermäßigen Anwachsen hochdotierter Dienstposten deutliche Appropriationsstreben ihrer Untergebenen kaum bremsen.

Auch für die Zeit nach 1990 galt, dass das historisch meist auf die Wehrmacht bezogene Kriegerideal und mechanisierte Kriegsbild weiterhin die Praxis der Akteure strukturierte. Allerdings fanden die technisch-vergegenständlichten Vorstellungen von Kriegführung noch größeren Anklang als zuvor. Auch die spätestens in den 1980er Jahren deutliche Praxis der militärischen Spitzen, sich gedanklich auf die operative Ebene zurückzuziehen, ohne die strategisch-politischen Umstände ausreichend zu betrachten, ist in den seit den 1990er Jahren praktizierten Auslandseinsätzen der Bundeswehr deutlich. Die in Folge des raschen Aufbaus der Streitkräfte unausgeglichene Altersstruktur beeinträchtigte spätestens seit den 1970er Jahren die Karrierechancen. Mit den enormen Mittelkürzungen ab 1990 und der Halbierung der Truppe bis in die 2000er Jahre sanken diese noch weiter. Dementsprechend verstärkte sich auch die Konkurrenz zwischen den Offizieren in der Spitzengliederung der Bundeswehr und deren Spartenegoismen. Um keine Karrierefehltritte zu machen, häufte sich außerdem die Absicherungspraxis. Diese Machtkämpfe und das am Spitzenstellenwachstum deutliche, weiterhin ungebremste Appropriationsstreben des Verwaltungsstabs

verhinderte sowohl eine geeinte Führung als auch die für Interventionen nötige Streitkräftestruktur.

Gerade in den 2000er Jahren war es für die Bundesminister der Verteidigung schwierig, den Interessen ihrer Untergebenen etwas entgegenzusetzen, da sie besonders häufig das Amt wechselten, während den zivilen und militärischen Verwaltungsstab in dieser Zeit eine außergewöhnlich starke Kontinuität prägte. Die Praxis beider Seiten glich jedoch einem gegenseitigen Stillhalteabkommen, bei dem die Minister eher selten in die Interessen ihrer Untergebenen eingriffen, während diese gewissermaßen im Gegenzug mit ihrem Sinn für die politische Praxis gerade im Zuge der Auslandseinsätze keine politisch ungewollten Stellungnahmen vollzogen und dazu beitrugen, das Engagement nicht zu kriegerisch erscheinen zu lassen. Denn die außenpolitischen Entscheidungsträger fürchteten in der Tat am meisten, dass diese Einsätze in der Bevölkerung mit Krieg gleichgesetzt werden könnten. Mit Ausnahme der Gewaltzurückhaltung folgte ihre Praxis auf diesem Feld den hergebrachten Prämissen der Außenpolitik. In diesem Sinne versuchten sie unter anderem, durch die Beteiligung an multinationalen Missionen stärkere internationale Mitsprache zu erlangen. Ihre Praxis war dabei zum einen von der Konkurrenz zu den Vertretern der anderen außenpolitischen Ressorts geprägt. Zum anderen handelten sie gemäß ihrer jeweiligen Position und sprachen sich dementsprechend für bestimmte Einsätze aus, sofern sich daraus ein Einflussgewinn absehen ließ.

1. Historische Entwicklung bis zum Ende des Kalten Kriegs

Bereits fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs begannen Vertreter der noch jungen Bundesregierung, den Aufbau deutscher Streitkräfte zu planen. Antriebskraft hierfür war zum einen der Druck der USA, einen Beitrag zu den alliierten Verteidigungsanstrengungen im Rahmen des »Kalten Kriegs« zu leisten. Zum anderen entsprach es aber auch der Vorstellungswelt der deutschen politischen Entscheidungsträger, dass die Bundesrepublik durch den Aufbau eigener Streitkräfte wieder »gleichberechtigt« neben den anderen Staaten stehen würde[1]. Als größtes Problem neben den materiellen und organisatorischen Herausforderungen, eine Armee aus dem Nichts aufzubauen, wurde dabei schon bald der Legitimitätsverlust wahrgenommen, den das deutsche Militär im Zuge der »Katastrophe« des Zweiten Weltkriegs erlitten hätte. Die zivilen Beamten, aber auch die sich als Reformer betrachtenden ehemaligen Offiziere im hiermit beauftragten »Amt Blank«, aus dem später das bis 1961 so genannte Bundesministerium für Verteidigung hervorging, versuchten daher zum einen, eine reine »Sach-Armee« zu schaffen. Ohne jedes für das abendländische Militär typische Zeremoniell und Gepränge sowie ohne die eigene Tätigkeit emotional zu überhöhen – also ohne das Pathos militärischer Vergemeinschaftung – sollte

[1] Thoß, Bündnisintegration, S. 13. Siehe auch unten.

es allein seinem sachlichen Zweck der Verteidigung der Bundesrepublik und seiner Verbündeten dienen[2].

Prägend für das Feld der Bundeswehr war aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte von Anfang an, dass machtvolle Positionen in den Händen von Berufsbeamten waren. Als Legitimation diente hierfür das nach dem Krieg erstarkte negative Interpretament des historischen »Sonderwegs« der deutschen Nation, dessen herausragendes Merkmal unter anderem ein »Militarismus« gewesen sei, der daher überwunden werden müsse. So wurde die militärische Befehlsgewalt dem Bundesminister für Verteidigung bzw. im Kriegsfall dem Bundeskanzler übertragen. Daneben lagen Wehrverwaltung, Rüstung, Personalwesen und Militärgerichtsbarkeit in zivilen Händen. Zugleich erhielt der Bundestag mit dem Wehrbeauftragten und den Sonderrechten des Verteidigungsausschusses Kompetenzen zur parlamentarischen Aufsicht über die Bundeswehr. Außerdem sollten die deutschen Streitkräfte, deren Verbände als einzige in der NATO größtenteils den Kommandostrukturen des Bündnisses assigniert wurden, nur im Bündnis zur Kriegführung im großen Stil fähig sein[3].

a) Habitusprägung zwischen Bürokrat und Krieger

Um die Praxis der Bundeswehr zu verstehen, sind zunächst die für sie entscheidenden, nur vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung verständlichen Habitusformen zu rekonstruieren. Wie im methodischen Teil näher herausgestellt, müssen die den Habitus konstituierenden Dispositionen aus der Praxis hergeleitet werden. Habitusformen sind Ensembles von Dispositionen, die freilich in der Realität nie homogen sind, sondern von Person zu Person variieren, jedoch verallgemeinerbare Strukturen aufweisen. Zunächst ist zu konstatieren, dass jeder einzelne der in das »Amt Blank« berufenen Militärexperten sowie der in den ersten Jahren ab 1955 in die neue Bundeswehr eingestellten Soldaten bereits in der Wehrmacht oder Waffen-SS Offizier bzw. Unteroffizier war und einen entsprechenden Habitus mitbrachte. Denn trotz der Forderung nach einem Neubeginn sahen sich die politischen Entscheidungsträger außerstande, eine Armee völlig ohne militärische Fachleute aufzubauen[4]. Dass die neue Armee unabhängig von der habituellen Prägung der Akteure, die sie erst konstituierten, wie auf dem Papier festgelegt funktionieren würde, erwies sich daher in den Folgejahren als bürokratische Illusion. Abgeschwächt galt dies auch für die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR, deren politisch Verantwortliche sich ebenfalls gezwungen sahen, zahlreiche Wehrmachtangehörige einzustellen[5].

---

2 Abenheim, Bundeswehr und Tradition, S. 64–66.

3 Rautenberg, Streitkräfte und Spitzengliederung, S. 113 f.; Bald, Die Bundeswehr, S. 39–47.

4 Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 7 und S. 16; Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr, S. 409.

5 Allerdings entließen die Verantwortlichen die höheren ehemaligen Wehrmachtsoffiziere, mit Ausnahme einiger hoher Lehrpositionen, bis 1959 wieder – nachdem ihre Expertise in den Aufbau der NVA eingeflossen war. Danach rückten jedoch ehemalige Unteroffiziere und Mannschaften, die auf der Truppenebene der Wehrmacht geprägt worden waren, in die Spitzenpositionen auf. Niemetz, Das feldgraue Erbe, S. 289–293.

Die Praxisstrukturen der Offiziere der Bundeswehr lassen darauf schließen, dass viele von ihnen Dispositionen habitualisiert hatten, die einen jeweils unterschiedlich ausgeprägten Kriegerhabitus konstituierten. Dieser Habitus ließ sie, ihrer Aufgabe entsprechend, Gewalt überwiegend positiv wahrnehmen. In der Aufbauphase der Bundeswehr traf dies insbesondere auf die im Zweiten Weltkrieg aufgrund ihrer Tapferkeit oder gar ihres Draufgängertums auch ohne den erforderlichen Bildungsgrad in der Regel an der Front zum Offizier ernannten »Kriegsoffiziere« zu. Nicht zuletzt um ihre Gewalterfahrungen zu bewältigen, verherrlichten sie häufig das Kämpferideal, da es eine Sinnstiftung des Kriegs an sich einschloss, wie sie der verlorene Weltkrieg als politisches Ereignis nicht bieten konnte[6]. Noch 1967 knapp ein Drittel des Offizierkorps bildend, bestimmten sie als Bataillonskommandeure und Kompaniechefs erheblich den Wert des kulturellen und symbolischen Kapitals auf dem Feld der Truppe mit und sorgten somit dafür, dass auch nachfolgende Soldatengenerationen diese Dispositionen habitualisierten[7]. Gleiches galt für die NVA, die zwar weniger Offiziere, dafür jedoch umso mehr Unteroffiziere und Mannschaften der Wehrmacht übernahm[8].

Die Existenz des Kriegerhabitus zeigt sich an mehreren Konfliktfeldern innerhalb der Bundeswehr. Stets wäre es dabei für die betreffenden Akteure am einfachsten gewesen, schlicht die Anweisungen der militärischen Führung zu befolgen. Dass sie dies nicht taten, verweist auf ihre Dispositionen, die ihnen ein solches Handeln als nicht akzeptabel erscheinen ließen. Dazu gehören etwa mehrere öffentlichkeitswirksame Ausbildungsskandale in der Aufbauphase der Bundeswehr, bei denen Wehrpflichtige starben. Die Ursache war jeweils, dass die vor allem der Fallschirmjägertruppe entstammenden Verantwortlichen sich über Sicherheitsbestimmungen hinwegsetzten, um eine besonders harte Ausbildung zu gestalten[9]. Ein dauerhaftes Kampffeld bot das Konzept der Inneren Führung, das den Aufbau der Bundeswehr legitimieren sollte. Es umfasste einerseits bereits in der Wehrmacht existierende Kriegerideale[10]. Andererseits erzeugten die neuen Bestandteile, die demokratische Prinzipien und stärkere Freiheitsrechte auf alle Soldaten übertrugen, vielfachen Widerspruch. Dies galt insbesondere für Offiziere, die hierdurch die Kampfkraft der Bundeswehr geschwächt sahen[11].

Am deutlichsten aber machten sich die Dispositionen des Kriegerhabitus in den Auseinandersetzungen um die Traditionspflege bemerkbar. Wie im theo-

---

6 Kutz, Deutsche Soldaten, S. 215.

7 Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 145, 271 und S. 354, Zahlen S. 142 f.; Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr, S. 408.

8 Außerdem verwendeten die Verantwortlichen zur Gestaltung des Kasernendienstes weiterhin die Vorschriften der Wehrmacht. Niemetz, Das feldgraue Erbe, S. 292 f.

9 Schlaffer, »Schleifer« a.D.?, S. 647–661 und S. 687–698; Bald, Die Bundeswehr, S. 66 f.

10 Hierzu zählte das Ideal des Soldaten, der auch auf sich allein gestellt selbsttätig im Kampf bestehen konnte. Allgemeinere Anknüpfungspunkte an bereits in der Wehrmacht präsente Vorstellungen waren die Forderung nach einem politischen, »in die Gesellschaft« integrierten Soldaten sowie der Anti-Kommunismus. Nägler, Der gewollte Soldat und sein Wandel, S. 31–57 und S. 87.

11 Ebd., S. 461 f. und S. 465; Kutz, Deutsche Soldaten, S. 198 f.; Bald, Die Bundeswehr, S. 68 f. An Intensität nahmen diese Auseinandersetzungen zu, als das SPD-geführte BMVg in den 1970er Jahren die liberaleren Aspekte der Inneren Führung weiter stärkte. Abenheim, Bundeswehr und Tradition, S. 181–184. Vgl. auch Harder, Traditionspflege, S. 110.

retischen Teil bereits ausgeführt, dient die besonders pathetische Tradition des Militärs dazu, Ideale von Kämpfertum und Opferbereitschaft zu speichern. In der Moderne gelang dies der Wehrmacht, die ebenso die symbolischen Formen ihrer Vorgängerinnen tradierte, nicht nur am besten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie als die Streitmacht, die den intensivsten Krieg der Geschichte bis zur eigenen Vernichtung führte, sogar selbst zum Symbol dieser Ideale[12]. Aus diesem Grund sowie durch die größere zeitliche Nähe und weil sie mit ihren kulturellen Formen vertraut waren, fiel es den meisten Soldaten der Bundeswehr daher am leichtesten, sich mit den Symbolen und Narrativen der Wehrmacht und deren unmittelbaren Vorgängerarmeen zu identifizieren[13].

Dementsprechend lehnten viele Soldaten die Versuche der politisch-militärischen Führung ab, beinahe alle traditionalen symbolischen Formen aufgrund ihrer Indienstnahme für den nationalsozialistischen Krieg abzuschaffen. Durchbrochen durch einige öffentliche Skandale und nachfolgende Verbote, begann somit kurz nach Aufstellung der Bundeswehr ein bis in die Gegenwart andauernder Prozess – auch in der sozialdemokratischen Zeit –, in dem es den Soldaten gelang, immer mehr Elemente der traditionellen symbolischen Ordnung wieder zu offizialisieren[14]. Erleichtert wurde dieser Prozess ab 1982 dadurch, dass das Verteidigungsressort wieder in den Händen der CDU war[15]. Da sich die Vertreter der Sowjetunion hiervon eine größere gesellschaftliche Akzeptanz der NVA versprachen, setzten sie in der DDR dagegen schon von Anfang an eine Kontinuität markanter Kernbestandteile der alten preußisch-deutschen Militärsymbolik durch[16].

Die Befürworter einer symbolischen Kontinuität zur Wehrmacht legitimierten dies in der Bundesrepublik durch ein Narrativ, das die militärischen Handlungen im Zweiten Weltkrieg von ihrem politischen Zweck, Europa und große Teile der

---

12 Abenheim, Bundeswehr und Tradition, S. 119–125.

13 Dass es vor allem um eine Objektivierung des Kriegerideals ging – und nicht um eine politische Positionierung –, wird dadurch belegt, dass es überwiegend die mit der direkten Anwendung von Gewalt beauftragten Soldaten – wie Fallschirmjäger und Jagdflieger – waren, die sich als traditionsbewusst zeigten, während dies bei den im rückwärtigen Gebiet tätigen »Technikern« des Militärs kaum zu finden war. Vgl. die Ergebnisse empirischer Studien, die allerdings aus den 1980er Jahren stammten, bei Biehl/Leonhard, Militär und Tradition, S. 328 f.

14 Diese Symbole betrafen insbesondere den Schnitt der zunächst angelsächsisch geprägten Uniformen, Tragegenehmigungen für im Zweiten Weltkrieg verliehene Orden- und Ehrenzeichen, die Wiedereinführung von Truppenfahnen, die Benennung von Truppenverbänden und Kasernen, die Errichtung des »Ehrenmals des deutschen Heeres« zur Erinnerung an die Getöteten der Weltkriege auf der Festung Ehrenbreitstein und die Stiftung des Ehrenkreuzes der Bundeswehr als ersten Ehrenzeichens nach 1945. Vgl. für Namensgebungen und wiedereingeführte symbolische Formen aus der Zeit vor 1945 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/1601 [»Kasernennamen und das Traditionsverständnis der Bundeswehr«], S. 12 f., 21 und S. 24; Militärgeschichtliches Forschungsamt, Jagdgeschwader 74 »Mölders«, S. 35; Stein, Symbole und Zeremoniell, S. 36, 53, 83 und S. 111 f.; Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr, S. 517–528 und S. 546; Abenheim, Bundeswehr und Tradition, S. 87 und S. 122–152.

15 Abenheim, Bundeswehr und Tradition, S. 205–211. Vgl. für zahlreiche Beispiele Bald, Die Bundeswehr, S. 116, der jedoch bei denen aus der Truppe verkennt, dass diese keine Neuheit der 1980er Jahre waren.

16 Niemetz, Das feldgraue Erbe, S. 292.

Sowjetunion der nationalsozialistischen Herrschaft zu unterwerfen, auszubeuten und ganze Bevölkerungsgruppen zu ermorden, trennte. Demnach sei das Pflichtbewusstsein der Soldaten der Wehrmacht unwissentlich und meist gegen ihren Willen von Adolf Hitler »missbraucht« worden. Schlimmstenfalls hätten sie sich »tragisch verstrickt«[17].

In einem Spannungsverhältnis zu den Dispositionen, die den Kriegerhabitus bildeten, standen die ebenfalls im Offizierkorps verbreiteten Dispositionen eher bürokratischer Natur. Sie sorgten dafür, dass ihre Inhaber die Welt rational distanziert wahrnahmen und formale Planung positiv bewerteten. Diese Dispositionen fanden sich bei den meisten Vertretern der Spitzengliederung der Bundeswehr. Sie rekrutierten sich in der Aufbauphase aus den klassischen »staatstragenden« Schichten und waren dementsprechend meist Söhne von Offizieren und Beamten[18]. Unter ihnen fanden sich nicht die charismatischen »großen Truppenführer« des Zweiten Weltkriegs, da diese sich entweder selbst verweigerten oder angesichts des Versuchs eines Neubeginns aufgrund ihrer zu großen Nähe zur Führung des »Dritten Reichs« ohnehin als untragbar oder schwer zu kontrollieren galten[19]. Stattdessen waren hier vor allem die ehemaligen Generalstabsoffiziere aus höheren Verwendungen zu finden – die im Hintergrund arbeitenden »Techniker« moderner Kriegführung[20]. Dementsprechend tief hatten sie die Bedeutung formaler Arbeitsweisen internalisiert[21].

Insbesondere seit den 1970er Jahren veränderte sich die klassenmäßige Zusammensetzung des Offizierkorps, indem es sich weiter gegenüber den vom Einkommen her »niederen« Bevölkerungsschichten öffnete. Gleichzeitig hoben sich diese jedoch durch die gemeinsame Werthaltung der »Ordnungs- und Regelorientierung« von anderen Milieus gleicher ökonomischer Klassenlage ab[22]. Ihre im Weiteren analysierte Praxis zeigte jedoch, dass auch sie die bürokratischen Dispositionen ihrer Vorgänger übernahmen.

Die hier als »bürokratisch« bezeichneten Dispositionen hatten zwei Implikationen für die Praxis ihrer Inhaber: Eine größere rationale Selbstkontrolle und ein zunehmend technisches Verständnis von Führung und Krieg, auf das erst im folgenden Abschnitt eingegangen wird. So verneinten die führenden Offiziere der Bundeswehr – die, verglichen mit dem gesamten Offizierkorps der Wehrmacht, überdurchschnittlich häufig der Kampftruppe des Heeres angehört[23] und Tapferkeitsauszeichnungen[24] erhalten hatten – keineswegs das Ideal des Kriegers. Im Gegensatz zu den oft als impulsiv[25] beschriebenen Kriegsoffizieren

---

17 Kutz, Deutsche Soldaten, S. 191 f. und S. 200; Bald, Die Bundeswehr, S. 65.

18 Laut Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 145, zählten anfangs 80 % der Generale und noch 1967 62 % der jungen Leutnante zu dieser Schicht. Vgl. auch Stumpf, Die Wiederverwendung von Generalen, S. 85; Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr, S. 302.

19 Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr, S. 284–287.

20 Ebd., S. 84, 135, 277 f., 287 f. und S. 289; Kutz, Deutsche Soldaten, S. 198 f.

21 Naumann, Generale in der Demokratie, S. 92 f.

22 Leonhard/Biehl, Beruf: Soldat, S. 409.

23 Stumpf, Die Wiederverwendung von Generalen, S. 85; Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr, S. 310 und S. 313.

24 Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 27.

25 Ebd., S. 352.

hatten die Offiziere in der Spitzengliederung der Bundeswehr jedoch im Laufe ihrer Sozialisation in hohen Kommandobehörden, auf denen zahlreiche Interdependenzen zusammenliefen, gelernt, ihre Kriegerdispositionen mit Blick auf das politisch Akzeptierte besser zu kontrollieren[26].

Ein Musterbeispiel hierfür ist die Argumentation, mit der sich General Heinz Trettner als Generalinspekteur der Bundeswehr im Januar 1964 gegen eine Beteiligung deutscher Streitkräfte an einer geplanten NATO-Intervention im Zypern-Konflikt aussprach:

> »Aus den kretischen Erfahrungen wissen die älteren deutschen Soldaten, mit welcher Grausamkeit die griechische Bevölkerung kämpft. Gegen einen so kämpfenden Gegner kann nur mit gleichen Mitteln gekämpft werden. Nach den derzeitig geltenden Grundsätzen der Inneren Führung würde jedoch die Verwicklung der Bundeswehr in einen derartigen Kampf zu schweren Erschütterungen des Gesamtgefüges und zu unübersehbaren Konsequenzen führen[27].«

Selbst 1941 mit der Planung der gewagten und äußerst verlustreichen Luftlandeoperation auf Kreta beauftragt[28], sah also Trettner ein »hartes Durchgreifen« gegen Partisanen und ihre Unterstützer offenbar als notwendig und gerechtfertigt an. Allerdings erkannte er, dass dies unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in der Bundesrepublik nicht durchzusetzen sei, sodass er sich gegen einen militärischen Einsatz aussprach. Seine Stellungnahme offenbart damit sowohl seine kriegerischen Dispositionen als auch seine auf die politische Führung orientierte rationale Selbstkontrolle.

Dieser zweckrationalen Haltung entsprach auch der Lebensweg der meisten Offiziere der Spitzengliederung. So hatten sich die meisten von ihnen bereits in der demokratischen Weimarer Republik zur Reichswehr gemeldet und danach ihren Dienst in der nationalsozialistischen Wehrmacht problemlos fortgesetzt. Die ältesten von ihnen dienten bereits dem Kaiser[29]. Sie waren dabei sowohl vorsichtig genug, sich weder über ein normales Maß hinaus zu den radikal auftretenden NS-Machthabern zu bekennen, noch sich dem höchst riskanten Widerstand – dessen Angehörige in der Tat größtenteils hingerichtet wurden – anzuschließen. In alliierter Gefangenschaft hatten sie sich wiederum in den Augen ihrer Aufseher ebenso vorbildlich verhalten[30].

Die in der Literatur häufig diskutierte Frage, ob die »Eliten« angesichts der personellen Kontinuität aus der Zeit des Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik hinein wirklich »demokratiefähig« gewesen seien[31], führt somit in die Irre. Denn bei den genannten Akteuren handelte es sich mehrheitlich um

---

26 Ebd., S. 344 f.; Kutz, Deutsche Soldaten, S. 181 und S. 198.

27 Akten zur Auswärtigen Politik 1964, Dok. 34, Anm. 7.

28 Ausgewählte Kurzbiographien, S. 704.

29 Unter allen kriegsgedienten Offizieren waren noch 1967 fast zur Hälfte solche, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg ins Militär eingetreten waren, während die erst im Krieg beförderten Offiziere – obwohl sie im Schnitt jünger waren – nicht einmal ein Drittel ausmachten. Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 143.

30 Kutz, Deutsche Soldaten, S. 198 f.; Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr, S. 84, 135, 277 f., 287 f. und S. 289.

31 So insbesondere Kutz, Deutsche Soldaten, S. 198–216; Bald, Die Bundeswehr, S. 66–69.

solche, deren Habitus gerade Dispositionen vereinte, die es ihnen erlaubten, sich der jeweiligen politischen Praxis – ob demokratisch oder totalitär – anzupassen und dabei ihre Karriere im Stillen voranzutreiben[32]. So lehnten sie genauso wie ihre erst im Krieg beförderten Kameraden die partizipatorischen Anteile der Inneren Führung ab, bestraften jedoch deren Verstöße dagegen mit Blick auf ihre eigenen Vorgesetzten hart und versuchten allgemein, sich mittels bürokratischer Maßnahmen gegen Verantwortlichkeit für deren Eskapaden abzusichern[33]. Sie waren sich der mangelnden Legitimität von Gewalt in der »zivilisierten« Gesellschaft bewusst und sorgten zugleich nach außen für eine unkriegerische Darstellung der Bundeswehr[34].

Fern von Kriegertum war auch die vom Spitzenpersonal der Bundeswehr habitualisierte, aus der unten näher analysierten Praxis ablesbare »illusio« des Spiels, wie im zivilen Bereich immer höhere Positionen anzustreben und mehr Personal und Mittel für ihren Bereich zu akkumulieren[35]. Geschichtswissenschaftliche Studien zeigen, dass die ersten Angehörigen der Spitzengliederung der Bundeswehr offenbar kaum rein ökonomische Ziele verfolgten. Denn viele hatten nach Kriegsende erfolgreich eine zivile Laufbahn eingeschlagen und hierfür in mehreren Fällen eine Ausbildung oder ein Studium absolviert. Wie an der Tatsache deutlich, dass sie Stellungen übernahmen, die ihren Positionen in der Wehrmacht ähnelten, wollten sie offenbar vielmehr ihre durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg beendeten Karrieren fortführen[36].

b) Habitualisierte Vorstellungen von Kriegführung

An der historischen Praxis der Offiziere der Bundeswehr sind Strukturen zu erkennen, die auf Grundkonstanten eines habitualisierten Kriegsbilds schließen lassen. So prägte die Kriegsteilnehmer schon aus eigenem Erleben das Bild von schnell ablaufenden mechanisierten Großgefechten. Bestandteile dieses Kriegsbilds waren sowohl die von der Wehrmacht schließlich verlorenen Kämpfe an der Ostfront als auch die (Anfangs-)Erfolge des gefeierten West- und Afrikafeldzugs der Wehrmacht, die als Ideal deutscher »Führungskunst« gesehen wurden[37]. Dieses »Dogma der Beweglichkeit« im Denken der deutschen militärischen Führung des 19. und 20. Jahrhunderts hatte seine Ursache in der generellen zahlenmäßigen Unterlegenheit der preußischen Armee in dieser Zeit so-

---

32 Auch in Einzelbiografien wird dies deutlich. So begründet der Biograf Ulrich de Maizières – von 1966–1972 Generalinspekteur der Bundeswehr – dessen Erfolg damit, dass er »sich flexibler zeigte, konzilianter, nicht dogmatisch, alles Eigenschaften, die man ebenso mit diplomatisch wie pragmatisch, vielleicht sogar mit opportunistisch zusammenfassen könnte«. Zimmermann, Ulrich de Maizière, S. 424.

33 Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 235–240 und S. 344–346.

34 So sorgten die für die Bundeswehr-Werbung zuständigen Offiziere im BMVg von Anfang an dafür, dass jeglicher Anklang an Gewalt und Krieg in der Außendarstellung fehlte. Loch, Das Gesicht der Bundeswehr, S. 324.

35 Mayntz, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, S. 196 f.

36 Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 141; Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr, S. 141–147.

37 Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 80.

wie insbesondere den Erfahrungen des an der Westfront schnell festgefahrenen Ersten Weltkriegs. Eine der Lehren war daher, alle Einsatzgrundsätze an dem Ziel auszurichten, in jedem Fall die Initiative zu gewinnen und den voraussichtlich zahlenmäßig überlegenen Gegner durch schnellere Entscheidungsfindung, Schwerpunktbildung der eigenen Kräfte und Beweglichkeit zu überrumpeln[38].

Anhand der strategischen und operativen Planungen der Offiziere der Spitzengliederung der Bundeswehr wird deutlich, dass diese versuchten, ihr aus dem Zweiten Weltkrieg stammendes Kriegsbild mit der Realität des Kalten Kriegs zu vereinen und somit auch im Nuklearkrieg weiter große Panzerschlachten zu schlagen. Erleichtert wurde dies zum einen durch die naturgemäß ungewisse Gestalt eines möglichen Dritten Weltkriegs. So war nicht nur denkbar, dass es sofort zum Einsatz von Atomwaffen kommen könnte, sondern auch, dass sich die nuklearen Arsenale gegenseitig in Schach halten und somit einer konventionellen Kriegführung Raum verschaffen würden. Seit der Einführung von taktischen Nuklearwaffen war auch eine Mischung aus beiden Kampfweisen denkbar. Die Tatsache, dass die Westalliierten deutsche Weltkriegsoffiziere wegen ihrer Ostfronterfahrung schätzten, sie also hieraus symbolisches Kapital gewannen, erleichterte dabei die Übereinstimmung von Habitus und Struktur. Hinzu kam die Kontinuität des Kampfs gegen die Sowjetunion[39].

Bis Ende der 1980er Jahre hatten zwar die allerletzten Soldaten, die noch als Mannschaften oder Flakhelfer im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatten, die Bundeswehr verlassen. Das Ideal des mechanisierten Kriegs wurde dennoch auch unter ihren nicht kriegsgedienten Nachfolgern weiter aufrechterhalten, da dieses mittlerweile zahlreiche objektive Positionen im Sinne von Dienstposten und damit verbundenen Karrierechancen – insbesondere in den gepanzerten Kampftruppen – begründete[40]. Die Inhaber dieser Positionen sorgten daher seitdem dafür, dass auch nach dem Ausscheiden der Kriegsgeneration das alte operative Ideal des Zweiten Weltkriegs in teilweise neu geschaffenen Vorschriften objektiviert wurde[41]. Dabei konnten sie sich in den 1980er Jahren, als der mühsame Aufbau der Bundeswehr abgeschlossen und die größte Rüstungsproblematik überwunden war, dadurch bestätigt fühlen, dass sie in NATO-Manövern oft besser als ihre US-amerikanischen Alliierten bewertet wurden[42]. Hilfreich war auch die Neubesinnung der Spitzen der US-Streitkräfte nach dem Vietnam-Krieg. Auf der Suche nach den Gründen für die Niederlage erschien vielen US-Offizieren die deutsche Wehrmacht als ideale Streitkraft, an der sich die USA orientieren sollten[43]. Hinzu kam die unten weiter ausgeführte Rückbesinnung

---

38 Groß, Mythos und Wirklichkeit, S. 317 und S. 321; Zitat: Groß, Das Dogma der Beweglichkeit.

39 Thoß, Bündnisintegration, S. 18–20; Gablik, »Eine Strategie kann nicht zeitlos sein«, S. 316, 319–323 und S. 326.

40 Vgl. Kapitel III.2.c.

41 Vgl. im Einzelnen den Beitrag des damaligen sozialwissenschaftlichen Dozenten an der Führungsakademie der Bundeswehr Kutz, Operative Führung als Denkfigur, S. 50–52.

42 Craig, The Germans, S. 253 f.

43 Vgl. die in diesem Sinne erstellte Auftragsstudie der US-Streitkräfte von Creveld, Fighting Power, S. 163–165.

auf Operationsführung im Allgemeinen und die als mustergültig empfundene der Wehrmacht im Besonderen in der NATO der 1980er Jahre[44].

Nicht hoch genug einzuschätzen ist der prägende Charakter der militärischen Ausbildung in der Bundeswehr. Sie trat neben die unbewusste Sozialisierung und Abstimmung der Akteure des Felds als bewusste und rigide Habitusformung, indem insbesondere auf Sprachgebrauch und »Haltung« Wert gelegt wurde[45]. Da es sich zudem um die erste berufliche Sozialisierung der Offizieranwärter handelte, ist davon auszugehen, dass diese tatsächlich zahlreiche Doxa hiermit internalisierten, zu denen auch die Vorstellung von idealer Kriegführung zählte. Aufgrund der personellen Kontinuität legten die Verantwortlichen für die nicht-technische Truppenoffizierausbildung der Bundeswehr ebenfalls den Schwerpunkt auf die am Ideal der beweglichen Vernichtungsschlacht ausgerichtete Truppenführung, zumal die deutsche operativ-taktische Effektivität in den Weltkriegen das alte Ausbildungssystem zu bestätigen schien. Gleiches galt für die inhaltliche Ausgestaltung der Generalstabslehrgänge des Heeres, die sich zu Beginn deutlich an der Reichswehr- und Wehrmachtausbildung orientierten[46]. Erst in späterer Zeit schliff sich diese Schwerpunktsetzung etwas ab, dominierte jedoch weiterhin deutlich[47]. Dementsprechend bestand auch noch Mitte der 1980er Jahre aufgrund der festgelegten Truppengattungsschlüssel eine deutliche Dominanz der Lehrgangsteilnehmer aus den Kampftruppen des Heeres sowie den Kampffliegern der Luftwaffe und Schiffsführern der Marine[48].

Durch die hier als bürokratisch bezeichneten Dispositionen hielten die Akteure zunehmend eine Rationalisierung der Kriegführung für sinnvoll. Sie brachen hierdurch immer stärker mit der spezifisch preußisch-deutschen militärischen Führungskultur. So machte der preußische Generalmajor Carl von Clausewitz zwar einen der ersten größeren Schritte, den Krieg inhaltlich zu rationalisieren, indem er seine Logiken wie Zweck, Verläufe und Beendigung herausstellte. Gleichwohl lehnte er es ab, die Kriegführung an sich formal zu rationalisieren, und verspottete etwa Zeitgenossen, die dies mit mathematischen Methoden versuchten. Denn in der konkreten Form sei jeder Krieg ein

---

44 Kutz, Deutsche Soldaten, S. 225 f.

45 Vgl. mit empirischen Ergebnissen aus dem Jahr 1968 Treiber, Wie man Soldaten macht, S. 50 f.

46 Bald, Generalstabsausbildung in der Demokratie, S. 90–99; Nägler, Der gewollte Soldat und sein Wandel, S. 329 f. Vgl. zu den Ausbildungsinhalten der Truppenoffizierausbildung des Heeres Damm/Dauelsberg, 30 Jahre Offizierausbildung im Heer, S. 559–561.

47 Bald, Generalstabsausbildung in der Demokratie, S. 206–208 und S. 212–214. Dies geht auch aus der auf zahlreichen Primärquellen beruhenden Studie der beiden aktiven Generalstabsoffiziere Model/Prause, Generalstab im Wandel, S. 20 f., 42–44, 51, 75, 141–149 und S. 153 hervor, obwohl diese das in ihrem Fazit angesichts des Anteils der Truppenführung von 10 % am Lehrplan verneinen. Ebd., S. 179. Die beiden lassen dabei jedoch das Gewicht dieses Faches für die Gesamtbewertung der Lehrgangsteilnehmer außer Acht und führen nicht die Anteile der anderen Fächer auf.

48 So das Ergebnis einer umfassenden Auswertung der Personalakten der Lehrgangsteilnehmer der Generalstabs-/Admiralstabslehrgänge 1983/84 von Kutz, Militärische Elite, S. 132–138. Vgl. zu den Zahlenverhältnissen in der Anfangszeit Model, Der deutsche Generalstabsoffizier, S. 158.

»Chamäleon« und von seiner Natur her von allgegenwärtigen, unberechenbaren »Friktionen« durchzogen[49].

In diesem Sinne verzichteten auch die Verantwortlichen im preußisch-deutschen Militär auf das aus ihrer Sicht aussichtslose Unterfangen, die Friktionen durch immer stärker ausdifferenzierte Planung zu überwinden. An deren Stelle trat daher bereits Ende des 19. Jahrhunderts das als »Führen mit Auftrag« oder »Auftragstaktik« bezeichnete Vorgehen. Demnach wurden die Offiziere, aber idealerweise auch jeder einzelne Soldat, dazu erzogen, selbstständig Entscheidungen zu treffen, ohne auf Befehle von übergeordneter Ebene zu warten oder die gegebenen zu starr zu befolgen[50]. Die objektive Grundlage dieses Vorgehens bildeten die aus finanzieller Not relativ kleinen Stäbe, die somit gar keine durchgehenden Planungen erlaubten, und die geringe wissenschaftliche Bildung des in der Regel adligen Offiziernachwuchses[51]. So schätzten die Verantwortlichen eher den in der Truppe – und nicht in erster Linie auf Akademien – geprägten, zupackenden und entscheidungsfreudigen militärischen Führer. Diese Entwicklung stand im Gegensatz zu der etwa in den US-Streitkräften, in denen eher der wissenschaftlich gebildete »Militärmanager« als Offizier gefragt war[52].

Für die komplexeren Führungsvorgänge in höheren Stäben wurden gleichwohl seit dem 19. Jahrhundert Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere ausgebildet. Das in Preußen entwickelte und nach den Siegen in den »Einigungskriegen« international vielfach kopierte System des Generalstabs spiegelte mit seiner Aufteilung in Sachgebiete und den formalisierten Arbeitsweisen die gesellschaftliche Rationalisierung im Bereich des Militärs wider. Auch aufgrund ihres Korpsgeistes und ihrer besonderen Abzeichen symbolisierten sie schon bald den planerisch-rationalen Anteil der preußisch-deutschen Offizierausbildung, die durch das geflügelte Wort von der »generalstabsmäßigen Planung« sogar Eingang in den alltäglichen Sprachgebrauch fand. Die Generalstabsoffiziere sollten in Großverbänden allerdings selbst keine Entscheidungen treffen, sondern diese als »Führergehilfen« in ihren jeweiligen Fachgebieten vorbereiten und dementsprechend den jeweiligen Truppenführer beraten[53].

Wie oben beschrieben, rückten im Gegensatz zu ihren Vorgängern die Generalstabsoffiziere, und damit die rationalen Planer des Kriegs, in der Bundeswehr selbst in die Position der höchsten Entscheidungsträger auf. Obwohl ein Generalstab und eine gleichnamige Laufbahn nicht mehr existierten, wurden in der Folgezeit »Generalstabs-/Admiralstabslehrgänge« an der Führungsakademie der Bundeswehr eingerichtet. Erfolgreiche Absolventen dieses Lehrgangs erhielten auf entsprechend ausgeschriebene Dienstposten den Zusatz zum Dienstgrad »im

---

49 Clausewitz, Vom Kriege, S. 49–51.

50 Keller, Führung und Führer im Militär, S. 485; Hagen, Homo Militaris, S. 213.

51 Vgl. zur Relevanz der Ausstattung für die Auftragstaktik Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, S. 122 f.

52 Grundzüge der deutschen Militärgeschichte, Bd 1, S. 222 f. und S. 307 f.; Creveld, Fighting Power, S. 165–170. Dieses Ideal bestand selbst in klar technisch ausgerichteten Truppengattungen oder Teilstreitkräften wie der Luftwaffe und geriet mit der Technisierung der Aufgaben immer weiter in Widerspruch. Vgl. die überzeugende, auf Bourdieus Habitus-Konzept aufbauende Studie von Kehrt, Heldenbilder und Kriegserfahrung, S. 229–237.

53 Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, S. 56 f. und S. 215 f.

Generalstabs*dienst* (i.G.)« und an die alte Kennzeichnung angelehnte karmesinrote Kragenspiegel[54]. Die Generalstabs-/Admiralstabsausbildung war als höchste Form der ursprünglich getrennt an der Stabsakademie stattfindenden allgemeinen Ausbildung für Stabsoffiziere gedacht[55]. Für den Aufstieg in die höchsten Positionen der Bundeswehr war der Lehrgang de facto die Voraussetzung[56].

Die hegemoniale Position der Generalstabsoffiziere erleichterte offenbar, dass sich bürokratische Dispositionen und damit die Wertschätzung für formale Rationalisierung weiter verbreiteten. Ebenso stärkten die soziale Ausdifferenzierung des Offizierkorps und die größere Anerkennung für Wissenschaftlichkeit und Rationalismus auf den für die Bundeswehr relevanten zivilen Feldern diese Tendenz. So setzte Bundesminister der Verteidigung Helmut Schmidt 1973 schließlich gegen starken Widerstand die Gründung der Bundeswehr-Universitäten durch[57]. Ebenso mussten die Offiziere der Bundeswehr immer stärker standardisierte und umfassendere Planungs- und Befehlsschemata sowie eine dazugehörige Fachterminologie erlernen, auf deren Einhaltung penibel geachtet wurde[58].

Den nicht nur auf die Bundeswehr beschränkten, sondern in allen NATO-Streitkräften zu findenden Bedeutungsgewinn der formalen Rationalisierung zeigte der allgemeine Aufstieg der »operativen Ebene« in der Gedankenwelt von Spitzenoffizieren in den 1980er Jahren. Trennte Carl von Clausewitz noch allein zwischen Strategie als Plan, um die Gefechte zur Erreichung des militärischen Sieges anzuordnen, und Taktik als Mittel zum Führen eben jener Gefechte[59], so trat in den Konzeptionen des späten 19. Jahrhunderts noch die Ebene der »Operationen« zwischen diese beiden Elemente. Fortan galt als operative Ebene diejenige, auf der allein militärisch übergreifende Handlungen koordiniert wurden, während unter »taktisch« nur noch die unmittelbare Ausführung der Kampfhandlungen durch die Truppe verstanden wurde[60].

---

54 Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 279 f.; Model/Prause, Generalstab im Wandel, S. 9–17, 35–39, 88, 96 und S. 136. Vgl. auch den Beitrag des ehemaligen Direktors Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, S. 38 f., 118, 122 f. und S. 215 f.

55 Model, Der deutsche Generalstabsoffizier, S. 159 f.; Model/Prause, Generalstab im Wandel, S. 9–16 und S. 115.

56 Jeder einzelne Generalinspekteur und jeder Inspekteur einer Teilstreitkraft hatte die General-/Admiralstabsausbildung der Bundeswehr bzw. einer ihrer beiden Vorgängerarmeen absolviert.

57 Allerdings war das seitdem übliche Studium für Offiziere von der militärischen Sozialisation abgekoppelt, da es als zu ihrer militärischen Ausbildung separates Studium unter fast vollständig zivilen Bedingungen stattfand. Es kam somit nicht zu einer Verwissenschaftlichung der militärischen Inhalte der Offizierausbildung. Um eine eindeutig militärische Primärsozialisation zu garantieren, setzte der Inspekteur des Heeres zudem später durch, dass die komplette Ausbildung zum Truppenoffizier seiner Teilstreitkraft ab 1985 vor dem Studium stattfand. Opitz, »Kämpfer« oder »Denker«?, S. 67 f.; Nägler, Zur »Kriegstüchtigkeit« des Staatsbürgers in Uniform, S. 58; Damm/Dauelsberg, 30 Jahre Offizierausbildung im Heer, S. 562–565.

58 Bald, Generalstabsausbildung in der Demokratie, S. 178.

59 Clausewitz, Vom Kriege, S. 62–65 und S. 77–79.

60 Keller, Führung und Führer im Militär, S. 482.

Da während des Kalten Kriegs auf der NATO-Seite die Entscheidung über den Einsatz von strategischen Atomwaffen allein in Händen der politischen Führung im Bündnis und dort insbesondere der US-Vertreter lag, begünstigten diese Denkschemata einen gedanklichen Rückzug der Militärs auf die operative Ebene. Mit der Annahme, dass sich die atomaren Potenziale beider Seiten bei Kriegsausbruch in Schach halten würden, imaginierten sie eine raumgreifende mechanisierte Operationsführung im Stil des Zweiten Weltkriegs und meinten aus militärhistorischen Fällen »zeitlose« Grundsätze der »Führungskunst« gewinnen zu können[61]. Im Widerspruch zu Clausewitz, der die »Grammatik des Krieges« als vom jeweiligen politisch-strategischen Kontext abhängig sah, betrachteten sie daher operative Kriegführung tendenziell als für sich allein stehend[62]. Die objektive Grundlage dieser Vorstellung bildete die Tatsache, dass sich damit die Aufrechterhaltung der konventionellen Streitkräfte und damit ihrer Machtpositionen legitimieren ließen. Insgesamt war der Prozess vergleichbar mit dem in der Sozial- und vor allem Wirtschaftswissenschaft, in der sich mit größerer Komplexität des Gegenstands ebenfalls die Methode von der Theorie emanzipierte und begann, ein auf nicht mehr hinterfragten theoretischen Prämissen beruhendes doxisches Eigenleben zu führen[63].

c) Das Feld der Positionen im ministeriellen Bereich

Wie im theoretischen Teil erläutert, sind die Bestandteile von Bourdieus Praxistheorie nur analytisch und darstellerisch zu trennen, müssen tatsächlich jedoch zusammen gedacht werden. In diesem Sinne ist nun die Genese der als entscheidend für die Praxis der Bundeswehr betrachteten ministeriellen Felder mit ihren wichtigsten Machtpositionen zu skizzieren. Dabei ist im Hinterkopf zu behalten, dass sie sowohl Ergebnis wie auch Ursprung der zuvor herausgestellten bedeutendsten Habitusformen waren. Als auf dem Feld der Bundeswehr dominierende Habitus skizzierten die vorhergehenden beiden Abschnitte zum einen solche, die mehrheitlich Kriegerdispositionen vereinten und dementsprechend vor allem in der Truppe sowie insbesondere der Kampftruppe und bei den Kriegsoffizieren zu finden waren. Zum anderen waren dies Habitus, die eher auf die Praxis bürokratischer Felder abgestimmt waren und daher überwiegend entsprechende Dispositionen wie eine positive Bewertung technokratischer Lösungen, Absicherungsdenken und Karriereziele in formalen Organisationen vereinten.

---

61 Kutz, Operative Führung als Denkfigur, S. 50–57; Sangar, Historical Experience, S. 181–185. Dies schlug sich auch in den Themen der Abschlussarbeiten der Generalstabs- und Admiralstabslehrgänge von 1970 bis 1987 nieder. Nach Clausewitz und neben dem preußischen Militärreformer Gerhard von Scharnhorst wurde hierbei als Person am häufigsten Generalfeldmarschall Erich von Manstein, der als Verkörperung operativer Führungskunst des Zweiten Weltkriegs gilt, thematisiert. Nolte, Frieden auf den Fahnen, S. 121 f.

62 Strachan, Strategy or Alibi?, S. 159–161; Kutz, Operative Führung als Denkfigur, S. 53 f.

63 Vgl. zu dieser Tendenz in der statistischen Kriegsursachenforschung Siegelberg, Kapitalismus und Krieg, S. 19 f. Zu den zahlenfixierten, unhistorischen Ansätzen in der Wirtschaftswissenschaft vgl. Maier, Das Politische in der Ökonomie, S. 12.

In Organisationen fallen die formalen Positionen weitgehend mit den tatsächlichen Machtpositionen des sozialen Felds zusammen. Dementsprechend schlugen sich in der Bundeswehr die historischen Dispositionen des Habitus dergestalt im Feld nieder, dass dessen Positionen schließlich ähnlich angeordnet waren wie in der Wehrmacht. Denn die Planer des »Amtes Blank« und des frühen BMVg orientierten sich an deren Organisation. In dieser Hinsicht richteten sie die Bundeswehr zuvorderst an den Herausforderungen des Zweiten Weltkriegs – und dabei insbesondere an denen der schließlich entscheidenden Ostfront – aus. Erleichtert wurde dies dadurch, dass die Sowjetunion weiterhin der Gegner war[64].

Auch die Frage der internen Hierarchie erweist sich teilweise als Fortschreibung der alten Verhältnisse. So teilte sich die Bundeswehr wie bereits die Wehrmacht organisatorisch in die drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine auf und blieb ebenso ohne geeinten militärischen Oberbefehl. Denn wichtige Entscheidungsträger von damals nahmen nun wieder ihre alten Positionen ein und etablierten ihre darin begründeten Konkurrenzverhältnisse[65]. Neu war hingegen die dominierende Stellung des zivilen Verwaltungsapparats. Denn die Beamten des zivilen »Amtes Blank«, aus dem 1955 das BMVg hervorging, verfügten über die besseren Ausgangspositionen[66]. Dementsprechend stand auch an der Spitze der Bundeswehr von Anfang an der zivile Bundesminister für Verteidigung als »Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt«, die im »Verteidigungsfall« jedoch auf den Bundeskanzler zu übertragen war[67].

Formal hatten im Frieden die Bundesminister für/der Verteidigung mit der Kontrolle über das Ressort und dem militärischen Oberbefehl samt Disziplinargewalt über alle Soldaten die mächtigste Stellung auf dem Feld der Bundeswehr[68].

---

64 Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 80; Rink, »Strukturen brausen um die Wette«, S. 358 und S. 481; Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 120–134.

65 Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr, S. 308; Schlaffer, Der Aufbau der Bundeswehr, S. 334 f.; Bald, Die Bundeswehr, S. 48. Nicht überzeugend ist dagegen die häufig zu findende und von den Praktikern, die ihre Ressortinteressen verschleiern wollten, genannte Interpretation, wonach mit dieser Form der Spitzengliederung eine zu starke Stellung der Generalität verhindert und die alliierten Partner beschwichtigt werden sollten. Zudem hätte die Einbindung in die multinationalen NATO-Kommandostrukturen ein nationales Oberkommando überflüssig gemacht. Tatsächlich lag aber das Kommando über die später aufgestellten Kräfte der Territorialverteidigung der Bundeswehr in nationaler Verantwortung. Zudem blieb die Bundeswehr auch nach 1990, als die politischen Begründungen wegfielen, ohne militärisches Oberkommando, wie weiter unten ausgeführt wird. Schließlich zeigt ein genauerer Blick auf die Geschichte der Wehrmacht, dass deren politischer Einfluss gerade durch den Zivilisten Adolf Hitler im Zuge der »Blomberg-Fritsch-Affäre« entscheidend geschwächt worden war, indem er einen »Großen Generalstab« mit umfassender Kontrolle über die Streitkräfte verhinderte. Vgl. zu diesen Argumenten und Ereignissen Young, Post-unification German Military Organisation, S. 327 f.; Rink, Das Heer der Bundeswehr, S. 146; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, S. 320–330.

66 Nur mit der Androhung seines Rücktritts soll daher der erste Generalinspekteur, General Adolf Heusinger, durchgesetzt haben, dass überhaupt vier militärische Abteilungen im BMVg eingerichtet wurden. Zuvor standen einer militärischen sechs zivile gegenüber. Raidel, Bundeswehr und Wehrverwaltung, S. 75.

67 Art. 65 a), 115 b) Grundgesetz.

68 Bundesministerium der Verteidigung Org 1, Geschäftsordnung, S. A2/2 (Stand: 23.8.2002).

Sie hätten demnach den eigenen Geschäftsbereich, sofern die Angelegenheiten der Nachbarressorts nicht berührt waren, nach eigenen Wünschen ausgestalten können. Ihre Praxis zeigte aber, dass die Minister sich gezwungen sahen, auch auf die Interessen der Untergebenen Rücksicht zu nehmen. Denn wie in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung waren diese in der Lage, ihren stets vorhandenen Ermessensspielraum absichtlich nicht im Sinne der Führung auszulegen[69]. Dies schien gerade im BMVg gefährlich, da das Amt des Verteidigungsministers besondere Tücken aufwies. So mussten von den bis zum Ende des Kalten Kriegs ernannten zehn Ministern drei aufgrund von Ereignissen, die mit ihrem Amt zusammenhingen, vorzeitig zurücktreten. Weitere zwei erlebten Skandale, die durchaus einen Rücktrittsgrund geboten hätten[70].

Zudem handelte es sich bei den Ministern um nach der auf Postenausgleich bedachten »Koalitionsarithmetik« ernannte Politiker, die trotz Wehrdienst- und sogar Kriegserfahrung nie über die Fachausbildung für militärische Führungsaufgaben auf höchster Ebene verfügten. Da sie nur für eine Legislaturperiode ernannt wurden, umfasste ihr Planungshorizont bloß vier Jahre. Auch deshalb werden sie sich auf die Unterstützung ihrer Verwaltungsspitzen angewiesen gesehen haben[71]. Nicht zuletzt hätten ausgedehnte Kämpfe mit dem eigenen Verwaltungsstab von der politischen Opposition im Bundestag derart dargestellt werden können, dass der zuständige Minister »sein Haus« nicht im Griff habe. So ist es überzeugender, den Bundesminister der Verteidigung in einer ähnlichen Figuration zu sehen, wie sie Elias mit dem König am frühneuzeitlichen Hof analysierte: stärker als jeder der dort versammelten Adligen, aber nicht in der Lage, gegen alle zusammen zu bestehen, und daher bestrebt, mit seinen Anordnungen nicht zu viel Unwillen zu erregen[72].

Über die größten Kompetenzen verfügte nach dem Minister der beamtete Staatssekretär, der in seiner Vertretung zeichnungsberechtigt war, und mit ihm zusammen die Leitung des Ministeriums bildete. In den 1960er Jahren kamen ein weiterer Staatssekretär sowie 1974 noch zwei parlamentarische Staatssekretäre zur Vertretung gegenüber dem Bundestag hinzu[73]. Als politische Beamte konnten diese jederzeit und ohne Angabe von Gründen in den Ruhestand versetzt werden. Dass zudem keine fachliche Qualifikation vorgeschrieben war, zeigt den politischen Charakter des Amts, dessen Inhaber das ungeteilte persönliche Vertrauen des Ministers genießen musste. Im Jahr 1969 ließ der Bundesminister der Verteidigung Helmut Schmidt zudem mit dem Planungsstab einen direkt der Leitung unterstellten Stab einrichten. Dieser sollte grundlegende Planungen

---

69 Vgl. allgemein Mayntz, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, S. 62–65.

70 Zurück traten Franz Josef Strauß (»Spiegel-Affäre«), Georg Leber (Überwachung einer Sekretärin durch den Militärischen Abschirmdienst) und Gerhard Stoltenberg (Panzerlieferung an die Türkei). Als schwere Skandale galten bei Manfred Wörner die »Kießling-Affäre« und bei Rupert Scholz der Flugunfall von Ramstein. Nach einer Amtszeit von nicht einmal einem Jahr wurde Letzterer nach einer Kabinettsumbildung nicht erneut zum Bundesminister ernannt. Bald, Die Bundeswehr, S. 62 und S. 120.

71 Der ehemalige Bundesminister Struck, So läuft das, S. 81, schrieb explizit, dass er sich ganz auf den Generalinspekteur verließ.

72 Elias, Die höfische Gesellschaft, S. 183 f. und S. 207 f.

73 Bundesministerium der Verteidigung Org 1, Geschäftsordnung, S. A2/3 (Stand: 23.8.2002).

aus Leitungsperspektive erstellen und damit den Partikularismus der einzelnen Abteilungen überwinden helfen[74]. In den folgenden Jahrzehnten gelangten viele führende Personen aus dem Planungsstab in die höchsten Positionen des Ministeriums[75], was sich durch die Nähe dieses Stabs zum Feld der Macht erklärt.

Allgemein dominierten zivile Beamte die Schlüsselpositionen innerhalb des BMVg. Diese setzten die Sicht durch, dass die zivile Wehrverwaltung nicht den Streitkräften untergeordnet werden dürfe, obwohl das Grundgesetz in Artikel 87b) Nr. 1 bloß vorschrieb, dass die Bundeswehrverwaltung »in bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau geführt« wird. Gleiches gilt für die Aufteilung der Bundeswehr in die Bereiche Streitkräfte, Wehrverwaltung, Rechtspflege und Militärseelsorge. Dass sich diese Interpretation durchsetzte, dürfte auf das auch in der zivilen Führung der Bundeswehr deutliche »Juristenmonopol« zurückzuführen sein[76]. Denn im Gegensatz zu den Militärs beherrschten deren Vertreter durch ihre Ausbildung das Repertoire an juristischen Begründungen, um die eigenen Ansprüche rechtlich zu legitimieren[77]. Hinzu kommt, dass die zivilen Vertreter im ministeriellen Bereich mehr soziales und kulturelles Kapital anhäufen konnten, da sie länger auf ihren Positionen blieben, während die Militärs aufgrund ihrer Generalisten-Ausbildung in der Regel im Zwei-Jahres-Rhythmus wechselten[78].

Im Ergebnis führten neben den Abteilungen mit zivilen Aufgabenbereichen auch die Abteilung Rüstung vollständig und die für das Personalwesen im Wechsel mit Brigadegeneralen zivile Beamte[79]. Nicht zuletzt wird die Machtstellung des zivilen Bereichs an dessen Personalwachstum deutlich. So wuchs die Truppe von 1960 bis 1990 von 205 000 auf 488 200 Soldaten um knapp 140 Prozent, während sich die Anzahl der unterhalb des BMVg angesiedelten Positionen der Wehrverwaltung von 9143 auf 163 595 um fast 1700 Prozent erhöhte – obwohl das Zivilpersonal bereits einen Vorsprung hatte. Die Verantwortlichen

---

74 Ebd. Damit entsprach er der in dieser Zeit verbreiteten Idee übergeordneter Planungsabteilungen. Mayntz, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, S. 194.

75 Kilian, Elite im Halbschatten, S. 193 und S. 217 f.

76 Vgl. zu diesem Monopol in der bundesrepublikanischen öffentlichen Verwaltung Mayntz, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, S. 150. Unter den Staatssekretären waren so gut wie alle und bei den sonstigen Leitern der zivilen Organisationsbereiche die meisten Juristen. Werden die Angehörigen der wissenschaftlichen Einrichtungen, der Militärgeistlichkeit und der NATO ausgenommen, so zählten 2009 51 Personen zum zivilen Spitzenpersonal der Bundeswehr. Von diesen waren 30 Juristen, also 58 %. Werden die im Bereich Rüstung und Beschaffung Tätigen, wo oft ingenieurwissenschaftliche Kenntnisse erforderlich sind, ausgenommen, so ergibt sich eine Zahl von 35, wovon wiederum 27 Juristen waren. Der Anteil würde dabei 77 % ausmachen. Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2009/2010, S. 109–235.

77 Ein ideales Beispiel für eine *fictio juris* ist die »Vier-Säulen-Theorie«, mit der die Aufteilung der Bundeswehr legitimiert wird und die bloß auf einem Aufsatz aus dem Jahr 1976 beruht. Vgl. Moritz, Rechtsberater in den Streitkräften, zit. nach Bunzen, Der Rechtsberater in der Bundeswehr, S. 15.

78 Vgl. Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2009/2010, S. 109–235.

79 Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie [1981], S. 229 und 232; Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 1985/86, S. 264 und S. 268; Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 1990/91, S. 223 und S. 228; Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 1995, S. 219 und S. 225.

vermehrten insbesondere die höchstdotierten zivilen Positionen, die sie ohnehin – im Gegensatz zu den militärischen – zwischen 1960 und 1970 in den Spitzenbesoldungsgruppen B5 und B8, aber auch A16 um jeweils eine Stufe aufwerteten[80].

Nicht zur Leitung des BMVg gehörte ein General mit der offenbar bewusst unmilitärisch klingenden Bezeichnung »Generalinspekteur der Bundeswehr«, der als militärischer Berater fungieren sollte. In den meisten Streitkräften war dies der militärische Oberbefehlshaber oder Generalstabschef, den es aus den genannten Gründen in Deutschland jedoch nicht gab. Eine ähnliche Funktion wie ein Generalstab nahm die ministerielle Abteilung des »Führungsstabs der Bundeswehr« (Fü B, ab 1967 »Führungsstab der Streitkräfte«, Fü S) ein, die dem Generalinspekteur zuarbeitete. Anders als einem Oberbefehlshaber unterstanden ihm die Streitkräfte jedoch nicht truppendienstlich – also in Personal- und Verwaltungsfragen – und auch sonst konnte er diesen keine Befehle erteilen[81]. Wie alle Generale und Admirale konnte er als politischer Beamter jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden[82].

Geführt wurde die Truppe seit 1957 von ebenfalls »Inspekteur« genannten Leitern der drei Teilstreitkräfte[83]. Die beschriebene Praxis der leitenden Akteure, nach Machtakkumulation und Autonomie zu streben, führte aufgrund der schwachen Stellung des Generalinspekteurs in den 1960er Jahren zu einer Führungskrise[84]. Im Jahr 1970 sollte der »Blankeneser Erlass« des neuen Ministers Helmut Schmidt diese lösen, indem er in einem Kompromiss dem Generalinspekteur die bereits in den Vorjahren von ihm erkämpften Kompetenzen der Verantwortlichkeit für die Bundeswehrplanung und für die Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung zuschrieb. Als Hauptabteilungsleiter im BMVg fungierte er jedoch weiter nur unterhalb der Staatssekretäre als Fachvorgesetzter der Inspekteure der Teilstreitkräfte und des Sanitäts- und Gesundheitswesens. Der Generalinspekteur wurde somit zu einem »primus inter pares«, jedoch mit dem Anspruch auf den Oberbefehl, wie sich schon an der von ihm 1959 gewählten Flagge zeigte. Diese stellte nur eine geringfügige Verbrämung des für die Oberkommandos der Heeresgruppen und die aus dem Großen Generalstab gebildete Oberste Heeresleitung des Ersten Weltkriegs verwendeten taktischen Zeichens dar[85]. Zudem vertrat er wie die Generalstabschefs der anderen Mitgliedsstaaten die Bundeswehr in den Gremien der NATO. Gleichzeitig blieben die Inspekteure der Teilstreitkräfte truppendienstliche Vorgesetzte der Soldaten ihres

---

80 Vgl. Münch, Max Webers Albtraum, S. 133–136.

81 Bundesministerium der Verteidigung Org 1, Geschäftsordnung, S. A2/6 f. (Stand: 23.8.2002); Rautenberg, Streitkräfte und Spitzengliederung, S. 115 f.

82 Vgl. § 50 Soldatengesetz.

83 Bundesministerium der Verteidigung Org 1, Geschäftsordnung, S. A2/6 (Stand: 23.8.2002).

84 Rautenberg, Streitkräfte und Spitzengliederung, S. 115 f.

85 Dieser zeigte ein rot umrandetes Quadrat, in dem sich wiederum zwei kleinere schwarze und zwei weiße Quadrate schachbrettartig angeordnet fanden. Die Bundeswehr verwendete dieses seit 1959 als Flagge des Generalinspekteurs, indem die beiden weißen Quadrate den neuen Nationalfarben entsprechend gelb eingefärbt und in deren Mitte ein Bundesadler gesetzt wurde. Stein, Symbole und Zeremoniell, S. 40 und S. 167, jedoch führt nur die Analogie zum Symbol der Heeresgruppen der Wehrmacht und zum kaiserlichen Generalsinspekteur der Marine auf.

Zuständigkeitsbereichs und erhielten im Fall der Inspekteure der Teilstreitkräfte eigene Abteilungen im BMVg, womit sich die einmalige Konstellation ministerieller Aufsicht und Ausführung in einer Hand ergab[86].

d) Praxisstrukturen in der Spitzengliederung der Bundeswehr

Auf dem Feld der Spitzengliederung wirkten sich die Dispositionen des Kriegerhabitus kaum aus. Umso mehr kamen die hier als »bürokratisch« charakterisierten Dispositionen zum Tragen, die dafür sorgten, dass sich die zivilen und militärischen Akteure der bereits oben diskutierten »illusio« hingaben, möglichst viele Mittel, Personal und Kompetenzen akkumulieren zu müssen[87].

Das Appropriationsstreben war offensichtlich einer von zwei Gründen, weshalb sich wie im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik[88] die Dienstposten insgesamt und vor allem auf den hochdotierten Ebenen vermehrten. So zeigt eine umfassende Auswertung der Planstellen in Truppe und BMVg, dass die Zahl der Positionen für Oberstleutnante ab den 1970er Jahren deutlich anstiegen und sich auch die der Obersten erhöhte[89]. Ein weiterer Grund lag in der unausgewogenen Altersstruktur der Bundeswehr, die aus ihrem raschen Aufbau ab 1955 resultierte. Denn hierfür wurden vor allem die kriegsgedienten Offiziere der Jahrgänge 1913 bis 1920 eingestellt, während sich insbesondere in den folgenden »weißen« Jahrgängen 1926 bis 1934 im Zeichen des »Wirtschaftswunders« zu wenig Interessenten fanden. Dieses Defizit wurde durch eine übermäßige Rekrutierung der zwischen 1935 und 1944 Geborenen ausgeglichen. Unter den Offizieren dieser zahlenmäßig überbelegten Jahrgänge bestanden somit seit den 1960er Jahren für Stabsoffiziere aufwärts die geringsten Beförderungschancen[90].

Offenbar um den Beförderungsstau zu beenden und damit auch die Attraktivität der Bundeswehr in den Aufbaujahren zu erhöhen, sorgten die Personalverantwortlichen für die Einrichtung neuer höher dotierter Dienstposten. Seit Mitte der 1980er Jahre sollten so möglichst viele Berufsoffiziere zumindest den Dienstgrad Oberstleutnant in der Besoldungsgruppe A14 erreichen[91] – offenbar um den Angehörigen der Jahrgänge 1935 bis 1944 eine Perspektive zu bieten. Hierdurch wurden jedoch gleichzeitig Anwärter für die folgenden Positionen ab dem Dienstgrad Oberst geschaffen. Da sich die allerhöchsten Positionen kaum vermehrten, dafür aber die Anzahl der Anwärter, verstärkte sich die objektive

---

86 Rautenberg, Streitkräfte und Spitzengliederung, S. 117 f.; Koob, Deutsche Militärpolitik in den neunziger Jahren, S. 57 f.; Der Bundesminister der Verteidigung, Umgliederung des militärischen Bereichs im BMVtdg, Anl. 2, S. 2–4.

87 Vgl. am Beispiel des Aufbaus der streitkräfteübergreifenden Führungsakademie der Bundeswehr detailliert und auf Aktengrundlage Bald, Generalstabsausbildung in der Demokratie, S. 63–78.

88 Mayntz, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, S. 146.

89 Vgl. Münch, Max Webers Albtraum, S. .133–136.

90 Nägler, Der gewollte Soldat und sein Wandel, S. 302 f.; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 95; Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985, S. 263 f.

91 Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/2946 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 1984], S. 15.

Konkurrenz um die zu erreichenden Stellungen. Diese objektive Situation schlug sich im Sinne der Habitus-Prägung auch als eine entsprechende subjektive Wahrnehmung zunehmender Konkurrenz nieder.

Als Resultat der bürokratischen Dispositionen des Habitus und der Tatsache, dass zivile Beamte die entscheidenden Machtpositionen innehatten, gliederte sich auch das BMVg in der Art ziviler Ministerien und setzten sich die in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien festgelegten Verfahren durch[92]. Um sowohl die erforderliche Fachkenntnis der funktional immer stärker differenzierten Verwaltungseinheiten einfließen lassen zu können als auch deren Vertretern zu erlauben, ihre Interessen zu wahren, sollten grundsätzlich jene Akteure in Entscheidungen miteinbezogen werden, deren Sachgebiet berührt wurde. Formalisiert wurde dies insbesondere im »Mitzeichnungsprinzip«. Offenbar um Konflikte unter diesen Bedingungen hochgradiger Interdependenz zu vermeiden, entwickelte sich daraus in der Praxis jedoch eine »negative Koordination«, da eher zu viele als zu wenige Akteure beteiligt wurden, die wiederum vor allem versuchten, ihre Interessen zu wahren. Der somit erreichte Konsens sorgte zwar dafür, dass die Beteiligten die Entscheidungen eher akzeptierten und ihre Fachexpertise einfließen lassen konnten, gleichzeitig war hierdurch jedoch häufig nur eine »Politik der kleinen Schritte« möglich[93].

Schon in der Aufbauphase der Bundeswehr beklagten insbesondere die erst im Zweiten Weltkrieg beförderten Offiziere, dass die ihnen vorgesetzten Vorkriegsoffiziere von einem weit verbreiteten »Absicherungsdenken« geprägt seien. Denn diese legten der Truppe zahlreiche bürokratische Regeln auf, mit denen sie sich ganz offensichtlich gegenüber der höheren Führung absichern wollten. Bei negativen Vorfällen konnten die Verantwortlichen so darauf verweisen, dass sie Regeln hierfür erlassen hätten, diese jedoch durch die Untergebenen nicht eingehalten worden seien[94]. In den folgenden Jahrzehnten verstärkte sich die Wahrnehmung der im Weißbuch von 1970 als »Absicherungsideologie« und »Verantwortungsscheu« gegeißelten Praxis, die im Widerspruch zum soldatischen Ideal des Wagemuts stand[95].

---

92 Vgl. davon abgeleitet Bundesministerium der Verteidigung Org 1, Geschäftsordnung, S. A2/2 (Stand: 23.8.2002). Dementsprechend wurde das BMVg hierarchisch unterhalb der aus Minister und Staatssekretären bestehenden Leitungsebene in (Haupt-)Abteilungen organisiert, die sich wiederum jeweils in Unterabteilungen und schließlich Referate als unterster Ebene gliederten. Analog hierzu erfolgte auch die Gliederung des Fü B/S in allerdings als »Stabsabteilungen« bezeichnete Unterabteilungen und Referate. Die Bundesregierung, Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien; Krause/Wilker, Bürokratie und Außenpolitik, S. 42; Bundesministerium der Verteidigung Org 1, Geschäftsordnung, S. B5 (Stand: 13.5.2003).

93 Krause/Wilker, Bürokratie und Außenpolitik, S. 45 f.

94 Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 232–240.

95 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 114. Vgl. auch die Berichte des Wehrbeauftragten Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1765 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 1973], S. 43 f.; Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/2625 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 1978], S. 10; sowie als dementsprechende Positionierung aus dieser Zeit das Buch des damaligen Hauptmanns und späteren Brigadegenerals Ganser, Technokraten in Uniform, S. 22–25, 29, 40–42, 47 und S. 64–66. Vgl. auch Abenheim, Bundeswehr und Tradition, S. 193.

Bundesminister der Verteidigung Hans Apel sah sich 1978 daher sogar gezwungen, unter dem Vorsitz des ehemaligen Generalinspekteurs Ulrich de Maizière eine Kommission »zur Stärkung der Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in der Bundeswehr« einzurichten. Deren Mitglieder lieferten schließlich eine umfassende Kritik an den negativen Folgen des Rationalisierungsprozesses der Streitkräfte, die sie insbesondere in einer starken Zunahme bürokratischer Regulierung, Versachlichung der Führung, Zahlengläubigkeit, übermäßiger Zentralisierung und einer Abnahme der Verantwortungsbereitschaft sowie Zunahme des Absicherungsdenkens erblickten[96]. Nicht zuletzt aufgrund des Regierungs- und damit auch Ministerwechsels wurde offenbar eher halbherzig versucht, die erkannten Mängel zu beseitigen[97]. Außerdem beurteilten die Verantwortlichen die auch von ihnen nicht geleugnete Absicherungspraxis als zuvorderst »sowohl persönlichkeits- wie situationsbedingt« und damit offenbar nicht als strukturelles Problem[98].

Mit Blick auf die objektiv gesunkenen Beförderungschancen für Stabsoffiziere, die Dichte der Interdependenzketten im funktional hochgradig aufgeteilten BMVg und die hohe Legitimität juristischer Regelungen lässt sich die vielfach beobachtete bürokratische Absicherungspraxis als habitualisierte Zurückhaltung interpretieren, da hiermit »Fehltritte« verhindert werden sollten, die einen reibungslosen Verlauf der Karriere beeinträchtigt hätten[99]. Begünstigt wurde diese Praxis zudem dadurch, dass ohnehin schon ein Großteil der Offiziere über Dispositionen verfügte, die Sicherheit und Berechenbarkeit von Lebensumständen einen hohen Stellenwert zuschrieben. Verbunden mit der bereits in der Aufbauphase deutlichen Absicht vieler Stabsoffiziere, möglichst viel zentral zu regeln[100], ergab sich daraus eine sehr hohe Dichte von bürokratischen Regeln, die schließlich prägend für die Bundeswehr wurde. Zu diesen Praxisformen zählte offenbar auch im BMVg, ähnlich der höfischen Gesellschaft, dass verdeckte Intrigen das äußerste Mittel der Wahl in Machtkämpfen waren, da sich die Akteure hierbei nicht exponieren und offen Partei ergreifen mussten[101].

---

96 Vgl. Der Bundesminister der Verteidigung, Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften. Bericht der Kommission des Bundesministers der Verteidigung, S. 3 f. und S. 40.

97 Zimmermann, Ulrich de Maizière, S. 470 f.

98 Der Bundesminister der Verteidigung, Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften. Bericht zu den Empfehlungen der Kommission des Bundesministers der Verteidigung, S. 3, Zitat: S. 59.

99 Den Zusammenhang zwischen schlechter Beförderungslage bzw. der damit verbundenen größeren Konkurrenz und Absicherungsdenken stellte bereits die genannte Kommission her. Der Bundesminister der Verteidigung, Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften. Bericht der Kommission des Bundesministers der Verteidigung, S. 40.

100 Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 232–234.

101 Bekanntestes Beispiel hierfür war die trotz Untersuchungsausschuss nie vollständig aufgeklärte Affäre um General Günter Kießling aus dem Jahr 1983. Dieser wurde aufgrund seiner angeblichen Homosexualität – aus damaliger Sicht ein potenzieller Erpressungsgrund und damit ein Sicherheitsrisiko – vorzeitig in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die »Vorwürfe« stellten sich jedoch als falsch heraus. Vgl. den Bericht des mit dem Fall befassten parlamentarischen Untersuchungsausschusses Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1604 [Untersuchungsausschuss Kießling-Affäre], S. 41.

2. Die Praxis der Bundeswehr seit Ende des Kalten Kriegs

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts änderten sich die objektiven Verhältnisse der Bundeswehr gravierend. Um die Praxis zu verstehen, ist dieser Wandel daher zunächst knapp zu skizzieren. So mussten zunächst die ehemalige NVA integriert und die Streitkräfte auf die im »2+4-Vertrag« zugesicherte Größe reduziert werden[102]. Hinzu kamen angesichts gewachsener Aufgaben beispiellose Kürzungen des Wehretats[103]. Da es mit dem Ende der Blockkonfrontation für die meisten Bundesbürger zudem weniger plausibel wurde, weiterhin die größte Landstreitmacht Europas zur Verteidigung aufrechtzuerhalten, mussten die eigenen Mittelzuweisungen noch stärker legitimiert werden als zuvor[104]. Schließlich bereitete das Ende der Blockade des VN-Sicherheitsrats den Weg für internationale Militärinterventionen in Kriegsgebieten, für die in der Folge auch deutsche Bundesregierungen Unterstützung zusagten[105]. Seinem »nachhinkenden« Charakter entsprechend, änderten sich die oben herausgestellten und auf ihren historischen Ursprung zurückgeführten Habitusformen nur geringfügig. Die finanziellen Einschnitte verstärkten vielmehr die bereits zuvor beobachtete Absicherungspraxis und die Spartenkämpfe.

Die Aufgaben der Bundeswehr in den Auslandseinsätzen der 1990er und frühen 2000er Jahre entsprachen nicht denen zur Anwendung massenhafter Gewalt, auf die sie ausgerichtet war. Den größten Zwangscharakter hatten bis 1999 die stets mit einem entsprechenden VN-Sicherheitsrats-Mandat legitimierten Einsätze im Fall von See- und Luftblockaden im Bereich des ehemaligen Jugoslawiens, die im äußersten Fall auch mit Waffengewalt hätten durchgesetzt werden können[106]. An längeren Kampfhandlungen nahmen deutsche Soldaten jedoch nur während der bloß einige Stunden dauernden Evakuierungsoperation »Libelle« 1997 in Albanien[107] sowie mit vierzehn Tornado-Flugzeugen im nicht von den VN mandatierten Kosovo-Krieg von 1999 teil[108]. Mit Ausnahme des Somalia-Einsatzes von 1993 bis 1994, bei dem jedoch in erster Linie Versorgungskräfte in einer ruhigeren Region teilnahmen[109], wurden größere Truppenkontingente jeweils erst dann am Boden eingesetzt, wenn bereits ein Friedensabkommen zwischen den beteiligten Konfliktparteien bestand. Die internationalen Truppen sollten im Folgenden dessen Einhaltung überwachen, hatten hierfür jedoch – mit Ausnahme der Kosovo-Schutztruppe und der in Mazedonien eingesetzten Task Force – nur sehr eingeschränkte polizeiartige Befugnisse und durften sich sonst

---

102 Gareis, Militärische Beiträge zur Sicherheit, S. 103 f.
103 Bayer, Die Mittelausstattung der Bundeswehr, S. 224–229.
104 Koob, Deutsche Militärpolitik in den neunziger Jahren, S. 68–89.
105 Gareis, Militärische Beiträge zur Sicherheit, S. 104–111.
106 Gießmann/Wagner, Die Bundeswehr im Auslandseinsatz, S. 18 f.; Chiari, Von der Escort Navy zur Expeditionary Navy, S. 97 f. Vgl. auch die Beiträge der damals verantwortlichen Truppenführer Konteradmiral Ropers, Embargo-Überwachung in der Adria, S. 104 f., und Generalmajor Jertz, Einsatz der Luftwaffe über Bosnien, S. 141 f.
107 Vgl. den detaillierten Beitrag des damals verantwortlichen Oberst Glawatz, Flug ins Ungewisse, S. 295–305.
108 Keßelring, Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien, S. 72 f.
109 Chiari, Von der Escort Navy zur Expeditionary Navy, S. 99 f.; Meyer, Bundeswehr und UN-Einsätze, S. 195.

nur selbst schützen[110]. Wohl am stärksten öffentlich wahrgenommen wurden allerdings die »humanitären Einsätze«, bei denen Bundeswehr-Soldaten mitunter Lebensmittel lieferten, die Bevölkerung medizinisch versorgten, Aufbauhilfen leisteten und Kampfmittel beseitigten. Insbesondere die Einsätze in Somalia und Bosnien prägten daher das Bild vom deutschen Soldaten als Brunnenbohrer und Aufbauhelfer[111].

a) Fortleben des Kriegerideals im Habitus

Trotz der gewandelten objektiven Verhältnisse des Feldes änderten sich die darauf wirksamen, oben analysierten Habitusformen nach 1990 ihrem beharrenden Charakter entsprechend kaum. Dabei änderte sich die Zusammensetzung der Bundeswehr deutlich. So traten nach der Wiedervereinigung insbesondere durch die bald dramatisch gestiegene Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern weit überdurchschnittlich viele Männer und Frauen aus diesen Gebieten in die Bundeswehr ein. Bereits 2002 stellten sie über die Hälfte der Offizieranwärter. Offiziere der NVA wurden hingegen selten übernommen, sodass sich das ältere Offizierkorps kaum veränderte[112]. Mit der in ganz Deutschland schwieriger werdenden Arbeitsmarktsituation setzte sich der Trend fort, dass vor allem auf soziale Sicherheit bedachte gesellschaftliche Aufsteiger in das Offizierkorps eintraten[113]. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Soldaten aus den neuen Bundesländern aufgrund der allgemein positiveren Wertung des Militärischen in der DDR – damals unter anderem institutionalisiert in der paramilitärischen Ausbildung in Schulen und Jugendorganisationen – eher die Dispositionen mitbrachten, die mit den traditionellen Habitusformen kompatibel waren[114]. Gleiches galt für die weiterbeschäftigten Angehörigen der NVA, in der, wie oben dargelegt, auf Truppenebene sogar noch größere Teile der alten symbolischen Ordnung und die damit transportierten Ideale überlebt hatten.

Eine weitere neue Gruppe waren die »Spätaussiedler« aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. ihr Nachwuchs, deren Anteil an Verbänden der Bundeswehr laut einer Umfrage unter Bataillonskommandeuren im Jahr 2001 bis zu 16 Prozent betragen konnte. Da sie offenbar besonders häufig in die Infanterie oder Panzergrenadiertruppe eintraten, ist auch bei ihnen darauf zu schließen, dass sie Dispositionen aufwiesen, die insbesondere dem Kriegerideal einen hohen Stellenwert beimaßen[115]. Einen ähnlichen Effekt auf die Zusammensetzung der

---

110 Vgl. detailliert auf Grundlage nicht offen zugänglicher Akten zu den deutschen Anteilen von UNPROFOR, IFOR und SFOR Schlaffer, The Significance of the Balkans, S. 106–119. Vgl. zu den Befugnissen der KFOR-Truppe den Beitrag des verantwortlichen Truppenführers auf deutscher Seite Brigadegeneral Korff, Das deutsche Kontingent in einer Führungsrolle, S. 180–182.

111 Reichelt/Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten!, S. 324.

112 Leonhard, »Armee der Einheit«, S. 69.

113 Ergebnisse der Studentenbefragung, S. 33. Diese Disposition kennzeichnete vor allem die Berufsoffiziere. Elbe/Müller, Berufsentscheidungen, S. 130.

114 Kutz, Deutsche Soldaten, S. 232.

115 Deren Anzahl wurde nicht umfassend statistisch aufgezeichnet, stichprobenartige Studien wie ein nicht-publiziertes Gutachten des SOWI aus dem Jahr 2001 zeigen jedoch, dass sie

Mannschaften dürfte die sukzessive Verkürzung und schließlich im Jahr 2011 Aussetzung der Wehrpflicht gehabt haben[116]. Denn im Laufe dieses Prozesses wurde es immer leichter, sich ausmustern zu lassen, so dass sie sich immer mehr zu einem de-facto-Auswahldienst entwickelte[117]. Abgesehen von den Wehrpflichtigen, die einfach nicht die zur Kriegsdienstverweigerung nötigen formalen Schritte unternommen hatten oder den Ersatzdienst wegen seiner etwas längeren Dauer ablehnten, werden sich für den Wehrdienst vor allem diejenigen entschieden haben, die bereits über mit dem militärischen Feld kompatible Dispositionen verfügten.

Dementsprechend zeigen sowohl die »Traditionsskandale« der 1990er und 2000er Jahre als auch die offiziellen Weisungen der militärischen Führung zur Gestaltung von Tradition und Symbolik, dass weiterhin das historisch auf den Zweiten Weltkrieg bezogene Kriegerideal die Habitusstrukturen der Bundeswehr prägte. Die Traditionspraxis der Bundeswehr gelangte immer wieder in das öffentliche Bewusstsein, indem die Bestandteile mit positivem Bezug zur Wehrmacht insbesondere von Journalisten und Angehörigen der nicht-konservativen Oppositionsfraktionen »aufgedeckt« und als Affinität zum Nationalsozialismus skandalisiert wurden. Das Spektrum reichte dabei von Feiern anlässlich deutscher militärischer Erfolge im Zweiten Weltkrieg (»Kreta-Tag«) und »Traditionsecken« mit positiver Wertung der Wehrmacht in Kompaniegebäuden über Unterrichtsmaterial mit Anleihen aus dem Zweiten Weltkrieg und Kasernennamen bis hin zum »Liederbuch der Bundeswehr«[118]. Allerdings fiel hier-

besonders stark beim Heer vertreten waren, wobei die Arbeit nicht nach Truppengattungen differenzierte. Klein, Nationale, ethnisch-kulturelle und religiöse Minderheiten, S. 77. Die Verfasser Biehl/Klein/Kümmel, Diversity in the German Armed Forces, S. 175, schreiben allerdings an anderer Stelle, dass Spätaussiedler überdurchschnittlich häufig in der Infanterie oder in den Bodeneinheiten der Luftwaffe zu finden seien. Sie führen dies darauf zurück, dass es sich dabei um einfachere Tätigkeiten handele, die ihnen aufgrund ihrer oft schlechteren Deutschkenntnisse zugewiesen worden seien. Allerdings ist nicht ersichtlich, warum diese Verwendungen simpler gewesen sein sollten als etwa solche in versorgenden oder unterstützenden Truppengattungen. Aufgrund der Notwendigkeit, im Infanteriegefecht schnell Informationen zu übermitteln, erscheint eher das Gegenteil der Fall. So scheinen sie sich eher freiwillig für die Kampftruppe entschieden zu haben. Diesen Eindruck bestätigt auch die Zusammensetzung der 21 in Afghanistan getöteten Kampftruppenangehörigen. Die Vor- und Zunamen sowie der Geburtsort lassen bei mindestens vier von ihnen – also rund 20 % – darauf schließen, dass sie oder ihre Eltern aus der ehemaligen Sowjetunion stammten. Operation Enduring Freedom. Coalition Deaths by Nationality: Germany. In: iCasualties.org. Das größte Aufsehen erregte dabei der Hauptgefreite Sergej Motz, der erste im Gefecht getötete Soldat der Bundeswehr, dessen Vater bereits für die Sowjetunion in Afghanistan gekämpft hatte. Lars Gaede, Das ist Krieg, Sergej, Krieg! In: taz.de, 10.2.2010.

116 Geschichte und Statistik. In: bundeswehr.de, 24.3.2011.

117 Michael Fröhlingsdorf, Sven Röbel und Christoph Scheuermann, Die große Leere. In: Der Spiegel, 25/2010, S. 32–35, hier S. 35; Wiesendahl, Jugend und Bundeswehr, S. 140.

118 Vgl. die Beispiele bei Bald, Ein Gespenst geht um in Deutschland, S. 48 und S. 51; Wette, Bilder der Wehrmacht in der Bundeswehr, S. 195 f.; Bald/Fröhling/Groß, Bedingt einsatzbereit, S. 10–14; Libero, Tradition in Zeiten der Transformation, S. 112f.; Witt-Stahl, »Ja, wir sind die Herren der Welt«; Kritikloses Rommel-Gedenken. Bundeswehr-Blatt würdigt den »Wüstenfuchs«. In: SPON, 20.1.2012. Vgl. auch den Abschlussbericht des schließlich eingesetzten Untersuchungsausschusses, der allerdings auch eindeutig politische Ereignisse behandelte. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11005 [Rechtsextremismus Bundeswehr], S 79–129.

bei auf, dass gerade die inoffiziellen Praktiken vor allem in der Kampftruppe stattfanden[119]. Sie erscheinen daher als Resultate des aufgrund der Kontingenz des modernen Krieges notwendigerweise auf die Vergangenheit angewiesenen Kämpferideals. Weniger überzeugend ist es, sie als Zeichen der Sympathie für die politischen Ideen des Nationalsozialismus zu sehen, da die Betroffenen dessen historische Relevanz ja gerade verdrängten bzw. verleugneten[120].

In Reaktion auf die Traditionsdebatte verboten die Verantwortlichen im BMVg meist schrittweise die jeweils skandalisierten Praktiken und Symbole mit Bezug zum Zweiten Weltkrieg. Dies fiel umso leichter, da auch der allerletzte Soldat mit Wehrmacht-Hintergrund, der sich somit die persönliche Schuldfrage hätte gefallen lassen müssen, Ende der 1980er Jahre in den Ruhestand getreten war. Gleichwohl revidierten sie nicht den bereits kompromisshaften Traditionserlass von 1982[121]. Vielmehr gab Bundesminister der Verteidigung Volker Rühe 1995 in der Sache die Losung aus, dass die Wehrmacht zwar »*[a]ls Institution* [...] keine Tradition begründen« könne, dies jedoch auf einzelne Soldaten »wie die Offiziere des 20. Juli [1944], aber auch wie viele Soldaten im Einsatz an der Front«, die »tapfer, aufopferungsvoll und persönlich ehrenhaft gehandelt haben«, zutreffe[122]. Selbst von der politischen Leitung des BMVg wurde also in den 1990er und 2000er Jahren versucht, das Kriegerideal von der »belasteten« NS-Vergangenheit zu trennen und damit – wohl aufgrund des großen Anklangs, den es in der Truppe fand – zu bewahren. So erhielten allein von 2000 bis 2011 insgesamt 111 verstorbene Ritterkreuzträger nach Genehmigung durch das BMVg Ehrengeleite oder Abordnungen zu Trauerfeiern durch die Bundeswehr[123]. Änderungen der Traditionspraxis ergaben sich vor allem dadurch, dass seit der öffentlichkeitswirksamen »Wehrmachtsausstellung« des Hamburger Instituts für Sozialforschung stärker der verbrecherische Charakter der *Institution* Wehrmacht herausgestellt wurde[124].

---

119 Geradezu idealtypisch wird dies anhand der Zeitschriften der privaten Vereinigungen der Truppengattungen deutlich. So besteht die Vereinszeitschrift »Der deutsche Fallschirmjäger« des Bundes Deutscher Fallschirmjäger e.V. bis fast zur Hälfte aus Berichten über den Zweiten Weltkrieg und Reisen von Vereinsmitgliedern zu den damaligen Schlachtfeldern sowie Nachrufen auf Veteranen aus der Zeit. In der Zeitschrift des Vereins der Logistik-Kräfte, »Der blaue Bund«, spielen hingegen historische Reminiszenzen so gut wie keine Rolle.

120 So auch die überzeugende Interpretation von King, The Transformation of Europe's Armed Forces, S. 196 f.

121 Libero, Tradition in Zeiten der Transformation, S. 43.

122 So in der Wiederholung seiner Worte vor dem Parlament. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/163, S. 14721 (Hervorhebung durch Autor).

123 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/6201 [»Ehrenbekundungen der Bundeswehr für verstorbene Wehrmachtsangehörige«], S. 4.

124 Eine Abkehr hiervon ist, anders als von ihr interpretiert, nicht aus der von Libero, Tradition in Zeiten der Transformation, S. 94, zitierten Passage einer Stellungnahme des BMVg aus dem Jahr 2005 zu erkennen. Denn hier wird zwar erneut die Traditionsunwürdigkeit der »Wehrmacht *als Institution*« betont. Doch heißt es in nur geringer Abwandlung der Äußerungen Rühes: »Gleichwohl gebührt denen Respekt, die in gutem Glauben ehrenhaft gekämpft haben.« Zudem führt sie selbst an, dass die Dienstvorschrift, die ein Ehrengeleit der Bundeswehr für Ritterkreuzträger zulässt, nicht geändert wurde. Ebd., S. 109 (Hervorhebung durch Autor).

Sobald dieser implizite Kompromiss zwischen Leitung und Truppe verletzt wurde, waren jedoch starke Auseinandersetzungen die Folge, wie bei der 2005 durch Bundesminister der Verteidigung Peter Struck verordneten Tilgung des Namens »Werner Mölders« aus der Bezeichnung des Jagdgeschwaders 74[125]. Mit den häufigeren Einsätzen betonten zudem Verwantwortliche aus dem BMVg immer öfter die Bedeutung des Kämpfens für das soldatische Selbstverständnis. Am stärksten traten dabei die Inspekteure des Heeres hervor, also die Vertreter der Teilstreitkraft, die am unmittelbarsten mit der Gewaltausübung befasst war. Die größte Aufmerksamkeit erlangte dabei Generalleutnant Hans Otto Budde, der im Jahr 2004 die aktuelle Bedeutung des »archaischen Kämpfer[s]« herausstellte[126]. Je weniger offiziell diese Stellungnahmen waren, desto eher wandten sie sich jedoch an das historische und daher meist mit der Wehrmacht verknüpfte Kriegerideal[127].

Ganz offiziell setzte sich auch der oben beschriebene lange Prozess der Wiederaneignung der alten Symbolik fort. Dieser trat ab Anfang der 1990er Jahre am deutlichsten angesichts des Tarnmusters der neuen Felduniformen und der Form des Gefechtshelms, aber auch der 2006 wieder eingeführten traditionellen »Grundstellung« mit ausgestreckten Händen an der Hosennaht, die zuvor nur durch das Wachbataillon und inoffiziell durch die Infanterie praktiziert wurde, hervor[128]. Zudem wurde in dieser Zeit begonnen, die Erinnerung an Soldaten jüdischer Herkunft, die im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten, dafür zu nutzen, diesen Teil des Kriegertums des 20. Jahrhunderts zur Traditionsbildung zu nutzen. Denn diese waren aus den üblichen linken Positionen der »Militarismus«-Kritiker nicht angreifbar[129]. Ebenso ermöglichten auch die Angehörigen und Sympathisanten des militärischen Widerstands, die Wehrmacht in Teilen positiv

---

125 Zimmermann, Vom Umgang mit der Vergangenheit, S. 115 f.

126 Vgl. die Beispiele bei Libero, Soldatische Identität, Tradition und Einsatz, S. 49 f.; Warburg, Das Militär und seine Subjekte, S. 288 f.; Hagen, Homo Militaris, S. 164 f. und S. 184, sowie den Beitrag des damaligen Oberstleutnants i.G. und späteren militärischen Beraters Angela Merkels Vad, Neue operative Aufgabenfelder für Streitkräfte?, [S. 7].

127 Vgl. etwa den ehemaligen Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte (KSK), Brigadegeneral Reinhard Günzel, der erst nach seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand das KSK offen in die Tradition der »Division Brandenburg« der Wehrmacht stellte. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/5082 [»Verbrecherische Wehrmachtsdivision als mögliche Traditionsgeberin für das Kommando Spezialkräfte und die GSG 9«], S. 1. Seit 2008 wurde das »Leutnantsbuch« »im Auftrag des Inspekteurs des Heeres« durch einen Oberst i.G. herausgegeben und erschien damit nicht wie ein offizielles Dokument des BMVg. Es findet sich unter den Leseempfehlungen daher auch »[d]as *gesamte* Frühwerk« Ernst Jüngers – also gerade dessen meist als »umstritten« bezeichnete Schriften –, was bei durch die Leitung des BMVg abgesegneten Dokumenten undenkbar scheint. Leutnantsbuch 78. Offizieranwärterjahrgang des Heeres, S. 350 (Hervorhebung durch Autor).

128 Das Anfang der 1990er Jahre eingeführte Flecktarnmuster, der neue Gefechtshelm und die neuen Mäntel des Dienstanzugs knüpften an die vor 1945 üblichen Formen an. Bundesministerium der Verteidigung, ZDv 37/10, S. 216/2 und S. 241/5. Im Jahr 2011 wurden bei der Erprobung neuer Dienstanzüge sogar ein Stehkragen und Seitenwaffen getestet. Neue »Wohlfühl«-Uniform, S. 37.

129 Kaiser, Von Helden und Opfern, S. 400−403. So legte der Generalinspekteur am Volkstrauertag 2011 einen Kranz am Kriegerdenkmal des jüdischen Friedhofs Berlin-Weißensee nieder. BMVg, Volkstrauertag 2011: Die Würde des Menschen achten.

zu werten[130]. In der vorherrschenden Literatur – die meist nur die Stellungnahmen von Vertretern des BMVg betrachtet –, werden die offiziellen Äußerungen als »Wiederbelebung« des Kämpfertums interpretiert[131]. Allerdings erscheint es vor dem Hintergrund der hier eingenommenen historischen Perspektive und mit Blick auf die dargelegten inoffiziellen Äußerungen bzw. auf die für militärgeschichtliche Laien schwer zu entschlüsselnden symbolischen Praktiken plausibler, das Neue eher darin zu sehen, dass sie offener und expliziter vorgetragen wurden.

Durch den zeitlichen Abstand erhielt sich freilich die symbolische Ordnung der Wehrmacht und ihrer Vorgänger nicht vollständig, sondern vermischte sich mit aktuelleren – vor allem US-amerikanischen – Vorbildern, die etwa durch Actionfilme tradiert wurden. Wie bereits an der militärfachlichen US-amerikanischen Wehrmachtsbegeisterung seit den 1980er Jahren gezeigt, sprach gleichzeitig auch Soldaten selbst solcher Nationen, die im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland gekämpft hatten oder sogar besetzt wurden, das Wehrmachts-Ideal an. Losgelöst von ihrer politischen Rolle galt sie, aber auch die Waffen-SS, also offenbar übergreifend als professionelles Ideal[132]. So zeigt sich an diesen Dispositionen eher, wie die durch größere globale Interdependenzen bewirkte weltgesellschaftliche Anpassung der Stile auch im Militär zum Tragen kam und begann, eine übergreifend anschlussfähige Symbolik zu schaffen[133].

Wie weit sich die Erinnerung an die Weltkriege in die Dispositionen der Verantwortlichen eingesenkt hatte, zeigte sich daran, dass sie immer wieder (unbewusst) eine Verbindung zwischen den Auslandseinsätzen und der historischen Symbolik herstellten. So spielte etwa der Soldatensender »Radio Andernach« in den Einsatzgebieten zu einer festen Uhrzeit das im Zweiten Weltkrieg populär gewordene Lied »Lili Marleen«[134]. Seit dem ersten Auslandseinsatz hieß die Beförderung von Brief- und Paketsendungen zudem »Feldpost«[135], während

---

130 Hagen, Homo Militaris, S. 222–224.

131 Vgl. insbesondere Bald, Ein Gespenst geht um in Deutschland, sowie suggestiv Bald/Fröhling/Groß, Bedingt einsatzbereit, S. 15 f.

132 So aus eigener Erfahrung der ehemalige deutsche Offizier Mann, German Warriors, S. 143. Dies schlug sich ebenfalls in Skandalen nieder. Vgl. Czech Soldiers Face Probe after Wearing Nazi Symbols in Afghanistan. In: Afghanistan Sun, 9.11.2009; US-Marines posieren vor SS-Flagge. In: SPON, 9.2.2012. ISAF-Kommandeur General David Petraeus lobte 2010 gegenüber der deutschen Presse die militärischen Leistungen der Bundeswehr in Afghanistan. Er erwähnte dabei, dass er wie viele Amerikaner die deutschen »Schlachtfeld-Helden« der Weltkriege bewundere – eine Äußerung, die etwa vom Publikationsorgan des Bundes Deutscher Fallschirmjäger begeistert aufgegriffen wurde. Lob für deutsche Truppe in Afghanistan.

133 Ein im Süd-Sudan als VN-Militärbeobachter eingesetzter Offizier der Bundeswehr berichtete im Gespräch mit dem Verfasser von einem Rebellenkommandeur, mit dem er mitunter zusammenarbeitete, der als Kampfnamen »Rommel« gewählt hatte. Auch Schetter, Wer sind die Taliban?, S. 314, verweist bei den Posen von Taliban-Kämpfern auf von diesen zum Andenken selbst geschossenen Fotos darauf, dass diese sich offenbar an westlichen Action-Filmen und der »Gangsta«-Kultur orientierten.

134 Thorsten J.H. Dersch, Von Radio Andernach gibt es immer etwas auf die Ohren. In: bundeswehr.de, 8.8.2006.

135 André Werres, 20 Jahre Brücke in den Einsatz. In: streitkräftebasis.de, 30.5.2012.

»Einsatz« zunehmend den Begriff des »Kriegs« substituierte[136]. Nachdem die ersten Soldaten starben, griffen schließlich die Verantwortlichen im BMVg für ihre Beisetzungszeremonien die offiziellen Trauerrituale auf, die bereits vor 1945 üblich waren[137].

Den genannten Dispositionen entsprechend, nannten die Zeit- und Berufssoldaten sowie freiwillig zu Auslandseinsätzen verpflichteten Wehrpflichtigen in Umfragen durchgehend Abenteuerlust als eine ihrer höchsten Motivationen[138]. Ebenso wird eine hohe Akzeptanz des Kriegerideals deutlich, die jedoch nicht in allen Studien offen zutage tritt, da diese fast immer nicht zwischen den Truppengattungen bzw. Aufgaben der Soldaten differenzieren und somit die kriegerischeren Dispositionen der Kampftruppenangehörigen in der größeren Masse der Bundeswehr-Angehörigen nivellieren[139]. Erst eine unten noch einmal thematisierte Umfrage aus der Spätphase des ISAF-Einsatzes legt die deutlich stärker positive Gewaltsicht von mit Kampfaufgaben beauftragten Soldaten offen[140]. Insbesondere Angehörige der Kampftruppe sahen sich also weniger als *peacekeeper*, sondern eher im Sinne der in den 1990er Jahren ebenfalls geprägten Gestalt des *miles protector*. Dieser setzte seine Gewalt zwar zum Schutz von Angehörigen eines anderen Staates ein, blieb jedoch in erster Linie Kämpfer[141].

---

136 Ähnlich der »Kriegsweihnacht« in den Weltkriegen sprachen viele Soldaten von »Einsatzweihnacht«. Zudem wurde die Reihe der Ausbildungshilfen »kriegsnah ausbilden« spätestens 1998 in »einsatznah ausbilden« umbenannt. Bald/Fröhling/Groß, Bedingt einsatzbereit, S. 10.

137 Hettling, Militärisches Totengedenken, S. 62–68.

138 Vgl. bereits die Daten zum ersten ausgedehnten Bodeneinsatz der Bundeswehr in Somalia 1993/1994 bei Meyer, Bundeswehr und UN-Einsätze, S. 197, und die 1998 bei SFOR gesammelten von Seiffert, Soldat der Zukunft, S. 174, die dieses Ergebnis bezogen auf jüngere, nach 1990 eingetretene Soldaten teilt. Tomforde, Motivation and Self-image among German Peacekeepers, S. 582, gibt die Ergebnisse einer Befragung von Angehörigen des deutschen Kontingents der SFOR in Bosnien in den Jahren 2003 und 2004 wieder, bei der allerdings nur nach den Gründen für eine weitere Verpflichtung gefragt wurde. Nach der geringen Gefährlichkeit von SFOR rangierten dabei Abenteuermöglichkeiten.

139 Vgl. ohne diese Differenzierung Seiffert, Soldat der Zukunft, S. 289; Bake/Meyer, The Image of the Democratic Soldier, S. 29 f. Gleiches gilt für Tomforde, Motivation and Self-image among German Peacekeepers, S. 579–581 und S. 584, die einen Prozentsatz von nur 3 % der untersuchten Soldaten als »Warrior«, aber mit 64 % die größte Gruppe als »Helper in Uniform« charakterisiert, ohne jedoch anzugeben, wie diese Wertung zustande kam. Gleichzeitig erwähnt sie, dass offenbar eine signifikante Anzahl von Soldaten unzufrieden mit den angeblich zu strikten Regeln der Gewaltanwendung für das deutsche Kontingent und enttäuscht darüber war, dass die Aufgaben im Einsatzland nicht der auf den Kampf fokussierten Ausbildung entsprachen. Somit erscheint der »Helper in Uniform« – ganz im Sinne des von der Bundeswehrführung aufgegriffenen *miles protector* dieser Zeit (vgl. Hagen, Homo Militaris, S. 185) – tatsächlich deutlich kriegerische Züge getragen zu haben. Es wird also das bekannte methodische Problem von Umfragen deutlich, bei direkten Fragen oftmals bloß die sozial erwünschten Antworten zu erzeugen – in diesem Fall offenbar die, eher »Helfer« als »Krieger« sein zu wollen. In einem späteren Aufsatz heißt es auf Grundlage der gleichen Forschungsergebnisse daher, dass die »Realisierung politischer Zielsetzungen und die Androhung und Anwendung bewaffneter Gewalt [...] nach wie vor wichtige Bezugspunkte für die Bundeswehr und ihre Soldaten dar[stellen]«. Tomforde, »Einmal muss man schon dabei gewesen sein ...«, S. 119.

140 Seiffert, »Generation Einsatz«, S. 89–91.

141 Hagen, Homo Militaris, S. 185. Vgl. auch Wiesendahl, Athen oder Sparta.

b) Habitualisiertes Kriegsbild und Ausbildung

In der Gesamtschau zeigt sich, dass sich das in die Bewertungsschemata der Habitus deutscher Offiziere eingesenkte Kriegsbild nach 1990 nicht grundlegend änderte. Wie oben herausgearbeitet, fixierte es sich vor allem auf mechanisierte Operationen. Allerdings erlangten Vorstellungen von einer formal rationalisierten Kriegführung eine noch größere Wertschätzung. Die Hauptursache hierfür dürfte, neben der sozialen Ausdifferenzierung des Offizierkorps zuungunsten der traditionellen Schichten, in dem größeren Anklang von Rationalisierung in der zivilen Welt und damit im entscheidenden Feld der Macht gelegen haben. Wie auch in der sonstigen öffentlichen Verwaltung hielten dadurch auch betriebswirtschaftliche Maximen Einzug in die Vorstellungswelt von Offizieren in Spitzenpositionen[142]. Allerdings blieben diese in der Praxis meist legitimatorische Fassade[143]. Dies verweist zum einen darauf, dass der Versuch, den militärischen Betrieb ökonomisch regeln zu wollen, der nicht auf wirtschaftlicher Produktion und Warentausch beruhenden Logik des Felds zuwiderlief. Zum anderen zeigt sich die größere Bedeutung von Macht auf dem Feld gegenüber bloß formalen Regeln, die nicht mit den »Regeln des Spiels« übereinstimmten.

Ebenfalls auf die stärkere Verbreitung der »technischen« Dispositionen lassen die immer häufiger vorzufindenden Praktiken schließen, mit denen die Verantwortlichen versuchten, die Friktionen militärischer Operationen durch Planung und Technik zu beherrschen. Am augenfälligsten waren hierbei die »netzwerkzentrierte Operationsführung« (NetOpFü), die freilich nie die Mittel erhielt, die dafür notwendig gewesen wären[144], sowie die Vorstellung von »Effects Based Operations« (EBO). Beide Ideen stammten aus den USA und wurden dort von Offizieren der durch technische Systeme dominierten Luftwaffe vorangetrieben. Während durch die Vernetzung aller am Gefecht beteiligten Akteure bei der NetOpFü eine Informationsüberlegenheit erzielt werden sollte, wollten die Vertreter der EBO Operationen von ihren »Effekten« her planen. Um eine gegnerische Flugabwehrstellung auszuschalten, so ein beliebtes Beispiel der Befürworter dieses in den 1970er Jahren bereits in der US-Luftwaffe praktizierten Ansatzes, würde es demnach nicht notwendig sein, alle Waffensysteme zu zerstören. Stattdessen ließe sich derselbe Effekt erzielen, indem man bloß das Radarsystem ausschaltet. Anders als bei diesem vergleichsweise simplen Beispiel, sollte der Ansatz in den 2000er Jahren jedoch auch bei sehr viel komplexeren Zielen zur Beeinflussung des Gegners oder gar von Bevölkerungsgruppen als Planungsgrundlage dienen. Dies ließ die Aufgaben der Stäbe zwar erheblich wachsen, war jedoch wenig erfolgreich und wurde daher in Teilen der US-Streitkräfte 2008 wieder abgeschafft. In der NATO und damit auch der

---

142 Hagen, Homo Militaris, S. 132. Vgl. die betriebswirtschaftlich orientierten Empfehlungen der Kommission »Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr«, S. 14, 125–127, 159 und S. 163, an der auch zwei Mitarbeiter von McKinsey&Company, Inc. teilnahmen.

143 Richter, Ökonomisierung in der Bundeswehr, S. 49.

144 BMVg Generalinspekteur, Bundeswehrplan 2008, S. 28; BMVg Generalinspekteur, Bundeswehrplan 2009, S. 41.

Bundeswehr lebte dieser Ansatz als »Effects Based Approach to Operations« (EBAO) jedoch weiter fort[145].

Trotz des stärkeren Technisierungs- und Rationalisierungsdenkens blieb das durch mechanisierte Großgefechte geprägte traditionale Idealbild von Operationsführung mit seinen Wurzeln im Zweiten Weltkrieg im Habitus erhalten[146]. Dies schlug sich einerseits in den Heeresdienstvorschriften zur Truppenführung, deren Verfasser sich in den 1990er und 2000er Jahren explizit an den Vorgängern Reichswehr und Wehrmacht orientierten[147], und Ausbildungshilfen nieder[148]. Andererseits wurde dies an den entworfenen Planspielen deutlich, in denen die üblichen mechanisierten Großgefechte bloß von Mittel- und Osteuropa nach Süden verlegt wurden[149]. Dieses Bild ordnete sich dabei durchaus in den internationalen Diskurs um die zuvorderst technisch definierte »Revolution in Military Affairs« (RMA) ein, da deren Prämissen ebenfalls auf einer fachlich positiven Rezeption der operativen »Blitzkriegs«-Erfolge der Wehrmacht beruhten[150]. Der vor allem mit Luftstreit- und mechanisierten Kräften geführte und gewonnene Golf-Krieg von 1990/1991, aber auch die erste Phase des Irak-Kriegs von 2003 und teilweise der Libanon-Krieg von 2006 schienen diese Annahmen zu bestätigen[151].

Dieser formalen Rationalisierung der militärischen Mittel stand jedoch keine inhaltliche Rationalisierung der neuen Einsatzszenarien im Sinne einer tiefgehenden intellektuellen Durchdringung gegenüber, wie sie etwa von Clausewitz lieferte. Stattdessen folgten die militärischen Entscheidungsträger meist den dominierenden zivilen Prämissen des in der Regel mit einem vergegenständlicht verstandenen *state-* oder *nationbuilding* verknüpften *peacebuilding*. Gleiches galt für die Interpretation der Ursachen und Dynamik der mit diesen Maßnahmen zu beendenden, vermeintlich anomischen und angeblich meist »ethnisch« oder religiös geprägten »Neuen Kriegen«[152]. Grund hierfür war zum einen, dass sich offenbar kaum Offiziere in den Schlüsselpositionen der Bundeswehr mit den internen Konflikten außerhalb der OECD-Welt befasst hatten[153]. Da es bei den

---

145 King, The Transformation of Europe's Armed Forces, S. 138–143. Eine konzise Kritik und damit Begründung für seinen Schritt, das Konzept wieder abzuschaffen, lieferte der damalige Kommandeur des U.S. Joint Forces Command James N. Mattis. Department of Defense Commander U.S. Joint Forces Command, Assessment of Effects Based Operations.

146 So schrieb selbst der Leiter des Zentrums Führung Gemeinsamer Operationen an der Führungsakademie der Bundeswehr, dass das »Operative Denken« in der Bundeswehr »fast vollständig zum Stillstand gekommen« sei. Quandt, Operative Führung, S. 13.

147 So der damals an der Ausarbeitung der Vorschriften beteiligte Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, S. 23, 64 f., 215 f. und S. 257 f.

148 Die in den 1980er Jahren begründeten Ausbildungshilfen »kriegsnah ausbilden« wurden, wie erwähnt, bloß umbenannt in »einsatznah ausbilden«. Bald/Fröhling/Groß, Bedingt einsatzbereit, S. 10.

149 Kutz, Deutsche Soldaten, S. 237 f.

150 Hobson, Blitzkrieg, S. 627 f.

151 Vgl. die Ergebnisse der Befragung von Bataillonskommandeuren unmittelbar nach Ende des Golfkriegs bei Meier, Armee im Umbruch, S. 90 und S. 139–141.

152 Vgl. detailliert Münch, Freund oder Feind?, S. 37–39, sowie für Beispiele dieser Auffassung den Beitrag des damaligen Generalinspekteurs Naumann, Auftrag der Bundeswehr, S. 692 f., und Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006, S. 23–26.

153 Nur acht der weltweiten Konflikte außerhalb der OECD-Welt wurden in den 1555 Abschlussarbeiten des Generalstabs-/Admiralstabslehrgangs der Führungsakademie aus

Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zu intensiven Kampfhandlungen kam und zumindest bis in die 1990er Jahre hinein nicht klar war, ob weitere Missionen dieser Art folgen würden, schien eine inhaltliche Rationalisierung der neuen Einsatzszenarien auch nicht drängend.

Die meisten Verantwortlichen interpretierten die in der Regel als »Krisenbewältigung« oder »Stabilisierung« bezeichneten neuen Aufgaben bloß als *zusätzliche*, die mit den vorhandenen Fähigkeiten bewältigt werden könnten[154]. Die Hauptaufgabe, Frieden zu schaffen, obliege demnach zivilen Akteuren, denen das Militär mit seiner Fähigkeit, Gewalt anzuwenden, bloß zur Seite stehe[155]. Aufgrund der zivilen Ausrichtung der Friedensmissionen sei demnach der Einsatz des Militärs stärker von politischen Erwägungen dominiert als im hochintensiven Krieg. Das Militär müsse daher bis zur Auslösung des Gefechts, in dem wieder die alten Grundsätze ihre volle Gültigkeit entfalten würden, auch behutsamer bei seinen Nebenaufgaben des Vermittelns, Helfens und Schützens sowie der Trennung und Demobilisierung der Konfliktparteien vorgehen[156]. Erst 2007 fand der Begriff der »Stabilisierung« Eingang in die grundlegende Heeresdienstvorschrift (HDv) 100/100, indem er neben die üblichen »Operationsarten« Angriff, Verteidigung und Verzögerung trat. Allerdings blieb weiter unklar, was konkret »Stabilisierung« umfassen würde, zumal diese »Operationsart« sich noch einmal bloß in die bereits bestehenden unterteilte[157]. Die fehlende bzw. stark verkürzte inhaltliche Rationalisierung der neuen Aufgaben zeigte damit erneut, dass sich die Verantwortlichen gedanklich wie in der Endphase des Kalten Kriegs auf die operative Ebene zurückgezogen hatten und politisch-strategische Überlegungen scheuten.

Den habitualisierten Prämissen entsprechend, wonach sich mit den vorhandenen Fähigkeiten zur Landesverteidigung auch die neuen Aufgaben bewältigen lassen würden, änderte sich auch die Ausbildung nicht grundlegend. Grundsätzlich legten die Verantwortlichen hierfür weiterhin Wert auf eine rigide Habitusprägung, wobei sie die letzten Reste entwürdigenden Drills weitgehend beseitigten[158]. Den aktuellen Konzepten wie den EBO entsprechend,

---

den Jahren 1970 bis 1987 als Hauptthema behandelt. Nolte, Frieden auf den Fahnen, S. 126. Die Angehörigen dieser Jahrgänge bekleideten in den 1990er und 2000er Jahren die Spitzenpositionen in der Bundeswehr.

154 Sangar, Historical Experience, S. 188–192. Vgl. aus der Masse der Beispiele den Beitrag des damaligen Befehlshabers des Einsatzführungskommandos Generalmajor Riechmann, Ein Jahr Einsatzführungskommando, S. 13 f., sowie des Hauptmanns Knop, Anforderungsprofil und Herausforderungen, S. 153, mit Bezug auf Aussagen des Generalinspekteurs. Auch in den offiziellen Dokumenten fand sich diese Auffassung. Vgl. Der Bundesminister der Verteidigung, Die Bundeswehr – sicher ins 21. Jahrhundert, Nr. 20 und Nr. 22; Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 21.5.2003, Nr. 78; Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006, S. 72.

155 Meier, Armee im Umbruch, S. 86 f.

156 Dementsprechend wurden auch meist amerikanische Konzepte wie das des »Three-Block-War« aufgegriffen. Warburg, Paradoxe Anforderungen an soldatische Subjekte, S. 255–258. Vgl. etwa die darauf zugeschnittenen Verhaltensanforderungen des damaligen Inspekteurs des Heeres Generalleutnant Willmann, Leadership, S. 3 und S. 7 f.

157 Vgl. zum Inhalt dieser Fassung der HDv 100/100 Noetzel, Germany's Small War in Afghanistan, S. 497.

158 Piecha, Normensetzung und soziale Kontrolle, S. 102 f. und S. 107.

wurde die Offizierausbildung zudem offenbar noch stärker formalisiert, indem standardisierte Planungs- und Befehlsschemata eine größere Rolle erhielten[159]. Inhaltlich wandelte sich die Ausbildung an der höchsten Lehreinrichtung, der Führungsakademie der Bundeswehr, nicht grundlegend. Sie wurde nur angereichert durch Lehrinhalte zum Führen der seit 1990 üblichen multinationalen Operationen, verstärkte teilstreitkräftegemeinsame Ausbildung und moderat auch durch sozialwissenschaftlichen Unterricht[160].

Mit deutlichem Abstand dominierte im Jahr 2001 auf dem wichtigsten Ausbildungsgang, dem Nationalen Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst (LGAN), klar an erster Stelle mit rund 35 Prozent der Unterrichtsstunden aber weiterhin die Truppenführung[161]. Zudem war bis in die 2000er Jahre hinein der für die Beurteilung auf diesem nicht benoteten Lehrgang entscheidende Tutor in der Regel zugleich der Lehrer dieses Faches[162]. Gleiches galt für die Truppenoffizierausbildung des Heeres, in der weiterhin das Führen eines Bataillons im klassischen »Gefecht der verbundenen Waffen« bzw. später »verbundenen Kräfte« im Mittelpunkt stand[163]. Erst ab 2005 wurde eine grundlegend überarbeitete Taktikausbildung an der Offizierschule des Heeres (OSH) eingeführt, bei der auch nicht-konventionelle Aufträge *neben* den allerdings weiterhin entscheidenden klassischen zu bewältigen waren[164].

Im Einklang mit dem Bild von den Herausforderungen im Einsatz stand auch die allgemeine Truppenausbildung. Auch hier interpretierten die Verantwortlichen die neuen Aufgaben im Sinne der alten[165] bzw. ergänzten sie bloß um einige Teile. Nach der traditionellen Vollausbildung erfolgte somit vor dem Einsatz eine Ausbildung auch in den besonderen praktischen Tätigkeiten und Gefahren im Auslandseinsatz, wie dem Betreiben von Check-Points, der Personenkontrolle oder dem Verhalten in vermintem Gelände sowie bei Geiselnahme. Vor allem wurden die Soldaten aber dazu ausgebildet, dass sie erst nach speziellen Regeln der Eskalation und Deeskalation Gewalt nach den üblichen Grundsätzen anwenden durften[166]. Ebenso sollten die Soldaten die kulturellen Besonderheiten des jeweiligen Einsatzlandes erlernen. Eine genaue Analyse dieser Ausbildungsphasen zeigt jedoch, dass deren Anteil mit bestenfalls einigen Stunden äußerst gering und von höchst unterschiedlicher Qualität war[167]. Durch Versuche, die Ausbildung

---

159 So umfasste die durch den Stabsoffizier Oestmann, Dazu befehle ich ...!, 1992 herausgegebene Sammlung derartiger Schemata in ihrer ersten Auflage 320 Seiten. Die 6. Auflage von 2008 war bereits 100 Seiten dicker.

160 Vgl. den Beitrag des damaligen Leiters des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Führungsakademie der Bundeswehr Linnenkamp, Neue Aufgaben der Bundeswehr, S. 168–170.

161 Vgl. den Stundenplan des LGAN bei Grossman, Command and General Staff Officer Education, S. 25.

162 Kutz, Deutsche Soldaten, S. 237 f.

163 So der damalige Schulkommandeur Albert, Die Ausbildung an der Offizierschule des Heeres, S. 33, der betonte, dass dadurch »an bewährten Grundsätzen festgehalten« werde.

164 Duchscherer, Feilen am neuen Soldaten, S. 14.

165 Vgl. den Beitrag des damals am VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr tätigen Oberstleutnants Baumer, EAKK etwas Neues oder doch nur »Altes«, S. 30.

166 Vgl. detailliert hierzu Münch, Freund oder Feind?, S. 21–27.

167 Ebd., S. 37 f., sowie die Ergebnisse einer Online-Befragung des Deutschen Bundeswehrverbands von 24 375 Soldaten, von denen 38,7 % angaben, dass die landeskundliche

zu standardisieren, ergab sich zudem oft das Problem, dass sie vor allem für die Einsatzgebiete angemessen war, die gerade im Fokus der Aufmerksamkeit standen. Erst gegen Ende der 2000er Jahre setzte eine Professionalisierung ein, indem sich die Verantwortlichen bemühten, erfahrenes Personal in zentralen Ausbildungseinrichtungen einzusetzen[168].

c) Kämpfe um die machtvollsten Positionen ab 1990

Neben den oben dargelegten technischen Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata zeigen die an Heftigkeit nach 1990 eher zunehmenden Spartenkämpfe, dass auch die hierauf bezogenen bürokratischen Dispositionen in den Habitus der Angehörigen der Spitzengliederung weiter fortbestanden. Aus einer idealistischen, die tatsächlichen Machtverhältnisse ignorierenden Perspektive wäre es rational erschienen, wenn die Verantwortlichen angesichts der gewandelten Aufgaben der Bundeswehr und der stark gekürzten Mittel nach 1990 die Streitkräftestruktur konsequent auf die neuen Einsatzerfordernisse ausgerichtet und Redundanzen beseitigt hätten. In der Tat rief die Leitung des BMVg in regelmäßigen Abständen mehrere grundlegende Reformen mit diesem Ziel aus[169]. Anders als zu Zeiten des Kalten Kriegs schlossen sie jedoch keines dieser Vorhaben ab[170]. Vor allem aber waren die Veränderungen der Bundeswehr im Zuge der Reformen stets sehr viel geringer als proklamiert[171]. Der Grund dafür, weshalb die Verantwortlichen die Bundeswehr nicht konsequent auf eine Interventionsstreitmacht ausrichteten, lag zum einen darin, dass zunächst unklar war, ob derartige Einsätze die Regel blieben und zusätzlich weiterhin das Ziel der Landesverteidigung aufrechterhalten werden musste[172].

Da sich die Praxis der Entscheidungsträger jedoch auch nicht änderte, nachdem dies ab spätestens Ende der 1990er Jahre offensichtlich war, erscheint zum anderen ihr Ziel bedeutender, keine Macht zu verlieren. Denn ein derartiger Umbau hätte eine radikale Neuverteilung der Kapitalien auf dem Feld der Bundeswehr bewirkt. Profitiert hätten hiervon die Leiter der für diese Art von Missionen besonders geeigneten Organisationsbereiche, wozu beim Heer insbesondere die Luftlandetruppen, Heeresflieger, die Infanterie im Allgemeinen und alle mit strategischem Transport und Logistik beauftragten Akteure gehörten.

Ausbildung nicht ausreichend für die Einsätze gewesen sei: Strohmeier, Berufs(un)zufriedenheit in den Streitkräften, S. 187.

168 Münch, Freund oder Feind?, S. 25–27.

169 Im gleichen Takt wurden auch die jeweils vorgelagerten Struktur-Kommissionen einberufen. Vgl. Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr, Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr; Kommission »Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr«, Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr; Strukturkommission der Bundeswehr, Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr.

170 Rink, Die Strukturreform der Bundeswehr, S. 9, merkt daher treffend an, dass keine der Heeresreformen nach 1990 ein klares Anfangs- und Enddatum hatte.

171 Gareis/Haltiner/Klein, Strukturprinzipien, S. 24.

172 Vgl. dementsprechend noch die auf die Landesverteidigung fixierte Auftragsdefinition der Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr, Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr, S. 15.

Zu den Verlierern hätten hingegen vor allem die gepanzerten Kampftruppen und die unmittelbar auf deren Unterstützung ausgerichteten Truppengattungen gezählt – also gerade die Vertreter jener Bereiche, die in den vorangegangenen Jahrzehnten die stärksten Machtpositionen innehatten[173]. Da die veröffentlichten Absichtserklärungen zur Ausrichtung der Bundeswehr innerministeriell abgestimmt wurden, schlugen sich diese Machtkämpfe in Form vager und teilweise widersprüchlicher Ausführungen zur Gestalt der Streitkräfte nieder[174].

Im Ergebnis lösten die Verantwortlichen zwar seit 1990 immer mehr Verbände der Bundeswehr auf, jedoch betraf dies gleichmäßig sowohl solche der auf Landesverteidigung ausgerichteten gepanzerten Kampftruppen als auch die eher für Auslandseinsätze geeignete Infanterie. Durch die Wahrnehmungsstrukturen der am stärksten verbreiteten, auf mechanisierte Kriegführung ausgerichteten Habitus betrachtet, erschien dies auch nicht als widersprüchlich. Erst mit der 2010 begonnenen Reform reduzierte sich die Anzahl der – mit Ausnahme des Einmarschs in das Kosovo von 1999[175] – in keinem Einsatzgebiet benötigten Panzerbataillone erheblich stärker als die der Panzergrenadiere und Infanterie. Allerdings dürften hierfür auch die sehr viel höheren Kosten der mechanisierten Waffensysteme verantwortlich gewesen sein[176]. Hinzu kam, dass die Vertreter der gepanzerten Kampftruppe in den 2000er Jahren ihre hegemoniale Stellung auf dem Feld des Führungsstabs des Heeres (Fü H) des BMVg verloren[177].

Insgesamt betrachtet schrumpfte die Heeresstruktur – wie der Fall der 2011 beinahe von einem Tag auf den nächsten aus Kostengründen de facto außer Dienst gestellten Heeresflugabwehrtruppe dramatisch vor Augen führte – seit 1990 langsam und unplanmäßig durch die abnehmenden Mittel und die genannten Machtverschiebungen auf ihre spätere Form zusammen. Das Heer, aber auch die anderen Teilstreitkräfte verfügten somit insgesamt die längste Zeit über Kräfte, die nicht auf ihre vordringlichsten Aufgaben in den Auslandseinsätzen zugeschnitten waren. Das System der Einsatzkontingente bewirkte zudem, dass

---

173 Die Bundeswehr war klar von diesen Truppengattungen, die den Nukleus des Heeres darstellten, um den herum erst die unterstützenden Kräfte aufgebaut wurden, geprägt. Rink, »Strukturen brausen um die Wette«, S. 481.

174 So wurden die VPR von 1992 zumindest mit dem Generalinspekteur und den relevanten Abteilungen des Fü S abgestimmt. Koob, Deutsche Militärpolitik in den neunziger Jahren, S. 102 f.; Weisser, Strategie als Berufung, S. 128. Gleiches galt auch für die VPR von 2011. Interview mit einem im BMVg tätigen Stabsoffizier in Berlin, 26.4.2011.

175 Korff, Das deutsche Kontingent in einer Führungsrolle, S. 174, und S. 178 f.

176 Vgl. detailliert Münch, Max Webers Albtraum, S. 127–131.

177 Die entscheidenden Positionen hatten im Fü H (Inspekteur Heer und sein Stellvertreter, Chef des Stabes, Stabsabteilungsleiter III, IV und VI bzw. nach der Umgliederung von 1996 I bis III) bis einschließlich 1999 noch zu gut 70 % Soldaten inne, die in den gepanzerten Kampftruppen, und zu 25 % solche, die in der Artillerie ihre Ausbildung zum Offizier und Truppenführer erhalten hatten. Dagegen verschob sich dieses Verhältnis deutlich von 2000 bis 2010, indem nun erstmals bedeutende Positionen an die Infanterie gingen, die nun mit einem Anteil von 25 % gleichauf mit den gepanzerten Kampftruppen und der Artillerie stand. Die Daten hierfür entstammen den Bänden 1999 bis 2010 sowie 1995, 1990, 1985 und 1981 des Handbuchs der Bundeswehr. Als ausschlaggebend galten die jeweils ersten Verwendungen der Soldaten. Bis 1985 fehlen Angaben bei drei Personen, die daraufhin weggelassen wurden.

oftmals nicht miteinander vertraute Truppenteile in die Missionen geschickt wurden und die Koordination vorab über verschiedene Verbände ablief[178].

Noch stärker als an der Struktur der Bundeswehr zeigte sich das Appropriationsinteresse ihrer Spitzen im Bereich der Personalpolitik. Denn trotz der dramatischen Budgetkürzungen verringerten diese nur die Anzahl der Wehrpflichtigen und befristet beschäftigten Zeitsoldaten. Hierfür reduzierten sie die Dauer des Wehrdienstes schrittweise, bis die Wehrpflicht im Jahr 2010 nur noch sechs Monate dauerte, sodass die politische Führung 2011 entschied, sie komplett auszusetzen[179]. Die Anzahl der Berufsoffiziere sowie der Beamten und entfristeten Angestellten bzw. Arbeiter der zivilen Wehrverwaltung reduzierten sie gleichwohl kaum. Der Grund hierfür war zum einen, dass diese unkündbar waren und sich die finanziellen Anreize, die Bundeswehr freiwillig vorzeitig zu verlassen, als nicht stark genug erwiesen[180]. Zum anderen weigerten sich die Verantwortlichen aber auch, wie die Entwicklung der Planstellen zeigt, gerade die hochdotierten Dienstposten zu streichen, da dies die Bedeutung des eigenen Verantwortungsbereichs reduziert hätte. Zudem schufen sich die Angehörigen der oben thematisierten überbelegten Offizierjahrgänge, die in den 1990er und 2000er Jahren in die Spitzenpositionen drängten, auf diese Weise Karrierechancen[181].

Während die Truppe von 1990 bis 2012 fast 60 Prozent ihrer Soldaten verlor, erhöhte sich die Anzahl der höchstdotierten militärischen Planstellen ab A14 sogar leicht. Noch stärker galt dies für die Wehrverwaltung, die entsprechend ihrer vorteilhaften Machtposition insgesamt in der Zeit mehr Stellen bewahren und sogar noch mehr Spitzenpositionen hinzugewinnen konnte[182]. Im Verhältnis bewirkte dies eine enorme »Kopflastigkeit« in Streitkräften und Wehrverwaltung und ein noch stärkeres Übergewicht der zivilen Entscheidungsträger. Finanziell führte die Personalentwicklung dazu, dass die beim Aufbau der Bundeswehr rund 20 Prozent betragenden Personalkosten zum Ende der 2000er Jahre fast die Hälfte des Wehretats ausmachten, während die Mittel für Investitionen etwa ebenso stark sanken[183]. Da das Führungspersonal in irgendeiner Weise untergebracht werden musste, beeinflusste die Personalentwicklung auch die Bundeswehr-Struktur in dem Sinne, dass sich immer mehr Stäbe bei weniger Truppe erhielten[184]. Gleiches galt für die hierfür notwendigen Verbände der Führungsunterstützung gegenüber denen der Kampftruppe[185].

---

178 Vgl. detailliert Münch, Max Webers Albtraum, S. 122–131.

179 Bundesministerium der Verteidigung Führungsstab des Heeres III 3, Die Strukturen des Heeres, S. 31 f., 46 und S. 59; Geschichte und Statistik. In: bundeswehr.de, 24.3.2011.

180 Bundesministerium der Verteidigung, Bestandsaufnahme, S. 53 und S. 119.

181 Außerdem konnten sie hiermit nominelle Einkommenszuwächse trotz in der Zeit ausbleibender Tariferhöhungen erzielen. So überzeugend der an der FüAkBw lehrende Finanzwissenschaftler Bayer, Die Mittelausstattung der Bundeswehr, S. 231.

182 Vgl. mit einer ausführlichen Auswertung der Zahlen Münch, Max Webers Albtraum, S. 114–119 und S. 133–136.

183 Bayer, Die Mittelausstattung der Bundeswehr, S. 230.

184 Dies beschreibt Major i.G. Nigge, Nachhaltige Entwicklung in der Bundeswehr, S. 240, Anm. 18.

185 Während 2001 35 Brigade-, Divisions- und Korpsstäbe 227 Bataillone führten, verrichteten diese Aufgabe im Jahr 2010 laut Zielstruktur insgesamt immer noch 27 Stäbe bei bloß

Machtkämpfe bestimmten auch die mit den Auslandseinsätzen aktualisierte Frage nach einer einheitlichen militärischen Führung der Bundeswehr. Die jeweiligen Generalinspekteure strebten dabei eine Art Oberbefehl an, begonnen beim fast fünf Jahre lang amtierenden General Klaus Naumann, da sie hiermit ihre Stellung zu stärken versuchten. Denn wie oben geschildert, lagen die Kompetenzen zur Führung der Truppe im Inland bereits fest in den Händen der Inspekteure, sodass eine Machterweiterung für die Generalinspekteure vor allem auf dem Feld der Auslandseinsätze möglich schien. Als Gegenspieler positionierten sich daher in der gewohnten Konstellation die Inspekteure der Teilstreitkräfte sowie mitunter die beamteten Staatssekretäre. Letztere konkurrierten zudem untereinander um Kompetenzen auf dem neuen Feld der Auslandseinsätze. Minister Rühe entschied daher, dass einer der Staatssekretäre bis zum Zustandekommen des Bundestagsmandats und der andere danach hierfür zuständig sein sollte[186].

Aufgrund dieser widerstrebenden Interessen gelang es Anfang der 1990er Jahre nicht, für Auslandseinsätze ein übergreifend zuständiges »Streitkräfteführungskommando«, wie von General Naumann beabsichtigt, einzurichten. Nach Aufstellung einiger Kompromissgremien einigten sich die Verantwortlichen schließlich im Jahr 2001, die Stabsabteilung V im Fü S des Generalinspekteurs und das ihm unterstellte Einsatzführungskommando der Bundeswehr zu errichten[187]. Im Lauf der Zeit schlug jedoch das Pendel zunehmend zugunsten der Stellung des Generalinspekteurs aus. Ursache hierfür war nicht zuletzt, dass dieser den Ministern als Bollwerk gegen die Interessen der Inspekteure diente[188]. So erhielt er schließlich ab 1998 die Verantwortlichkeit für Auslandseinsätze[189].

Die Entscheidungen des Generalinspekteurs fielen jedoch in einem 2002 dafür errichteten »Einsatzrat«, dem er vorsaß und in dem die Vertreter der betroffenen Abteilungen des BMVg anwesend waren, sodass er weiterhin auf innerministeriellen Konsens angewiesen blieb[190]. Gleiches galt für den 2008 aus dem Fü S V gebildeten »Einsatzführungsstab«, in dem sich die Vertreter der Inspekteure ebenso wie aller betroffenen Abteilungen und Referate einschließlich der Wehrverwaltung fanden[191]. So verlagerten sich die Machtkämpfe zwischen den Akteuren nur in immer neue formale Institutionen hinein. Erst 2012

---

75 Bataillonen. Ebd. Vgl. auch Bundeswehrkommandeur verstößt gegen NATO-Vorschriften. In: DasErste.de, 4.10.2011. 18 Fernmelde- und Führungsunterstützungsbataillone standen in dieser Struktur nur neun Infanteriebataillonen gegenüber. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/6099 [»Bisherige Auswirkungen der Transformation der Bundeswehr«], S. 7.

186 Interview mit ehemaligem Angehörigen der Leitung des BMVg in Berlin, 30.8.2011.

187 Vgl. die Beiträge des damals im Fü S III tätigen Holländer, Auslandseinsätze der Bundeswehr, S. 227 f., und des ehemaligen Mitglieds des KSEA Stockfisch, Das Führungszentrum der Bundeswehr, S. 184. Vgl. detailliert Münch, Max Webers Albtraum, S. 121–123.

188 So der ehemalige Bundesminister der Verteidigung Struck, So läuft das, S. 114–117.

189 Kilian, Elite im Halbschatten, S. 137–139 und S. 231 f.; Alexander Szandar, Kampf ums Ohr des Ministers. In: SPON, 20.10.2000. Der sogenannte Berliner Erlass, der den »Blankeneser Erlass« ersetzte, formalisierte dies im Jahr 2005. Der Bundesminister der Verteidigung, Weisung zur Inkraftsetzung, S. 1.

190 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 101 f.

191 Dementsprechend lautete auch das Urteil der Strukturkommission der Bundeswehr, Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr, S. 30. Vgl. zur Struktur Knop, Anforderungsprofil und Herausforderungen, S. 190 f.

wurde der Generalinspekteur dank des »Dresdner Erlasses« truppendienstlicher Vorgesetzter aller Soldaten und die Inspekteure mussten ihre ministeriellen Abteilungen aufgeben[192]. Er verlor jedoch den direkten Zugang zum Minister und blieb weiterhin den Staatssekretären untergeordnet, die sogar gestärkt aus der 2010 begonnenen Reform hervorgingen[193].

Neben die Führungskommandos der Teilstreitkräfte, die auch nach 2005 bis zum Erreichen des Einsatzgebiets noch die truppendienstliche Befehlsgewalt über die in den Einsatz geschickten Kontingente behielten, traten noch weitere der in den 2000er Jahren geschaffenen Kommandobehörden unterhalb des BMVg. Wie bereits seit 1990 mehrfach geschehen, entstanden sie größtenteils aus kurz zuvor aufgelösten Korpsstäben[194]. Am bedeutendsten unterhalb des BMVg war das Einsatzführungskommando, dem die nationale operative Führung oblag, indem es die truppendienstliche Verantwortung über die Kontingente im Einsatz wahrnahm[195]. Aufgrund der Vielzahl der Kommandos ergaben sich aus den formalen Zuständigkeiten zahlreiche Konflikte in der Praxis, da die Abgrenzung der Kompetenzen – gerade im Fall von strategischer und operativer Ebene – nicht immer klar war. Zudem waren zwar viele Akteure an den Entscheidungen beteiligt, jedoch oftmals ohne genau festzulegen, wer die letztendliche Verantwortung trug[196]. Nicht zuletzt verlangsamten sich dadurch die Entscheidungsprozesse.

d) Das Feld der Positionen und deren Inhaber im Bereich Einsatzführung

Für das Verständnis der Praxis im deutschen Afghanistan-Einsatz ist neben den dort zur Geltung kommenden Habitusformen die Machtverteilung auf den wichtigsten Feldern entscheidend. Daher sind die Positionen auf dem Feld aufzuzeigen, die ihren Inhabern auf diesem Gebiet die meiste Macht verliehen. Die oben dargelegten Machtkämpfe um die formalen Bundeswehr-Strukturen zeigen, dass die Bundesminister der Verteidigung auch nach 1990 keineswegs das gesamte Feld beherrschten. Vielmehr hatten sie die relativ mächtigste Stellung inne, sahen sich aber weiterhin wie die Könige im vormodernen Europa auf ihre »Höflinge« angewiesen. In den für diese Untersuchung relevanten 2000er Jahren schwächten außerdem häufige unvorbereitete Wechsel im Amt die Positionen der Minister.

---

192 Der Bundesminister [der Verteidigung], Grundsätze für die Spitzengliederung.

193 Die beamteten Staatssekretäre hatten den vorhergehenden Versuch von Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg vereitelt, den Generalinspekteur zu stärken. Hiernach erhielten sie klar zugeteilte Bereiche und den exklusiven Zugang zum Minister. Peter Dausend, Bundeswehr-Reform: Guttenbergs Generalstäbchen. In: Zeit Online, 10.2.2011; Stephan Löwenstein, Empfehlung langfristig weiterverfolgt. In: FAZ, 3.4.2012, S. 8; Ulrike Demmer, Feldzug gegen die Soldaten. In: Der Spiegel, 19/2012, S. 31.

194 Das Heeresführungskommando ging aus dem Stab des III. Korps, das Einsatzführungskommando aus dem des IV. Korps und das Kommando operative Führung Eingreifkräfte aus dem des II. Deutsch-Amerikanischen Korps hervor. Rink, Das Heer der Bundeswehr, S. 149 und S. 151; Kilian, Elite im Halbschatten, S. 123.

195 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 164 und S. 170.

196 Strukturkommission der Bundeswehr, Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr, S. 32.

So mussten von den fünf Bundesministern der Verteidigung der Jahre 2000 bis 2012 drei ihre Amtszeit vorzeitig beenden[197], was jeweils für den Nachfolger eine rasche Einarbeitungszeit erforderte. Vier der fünf Minister waren zudem gegen Ende ihrer Zeit über Monate hinweg mit Skandalen beschäftigt, die sie in zwei Fällen schließlich ihr Amt kosteten.

Franz Josef Jung (CDU, 2005 bis 2009), der am längsten in der »heißen Phase« des Afghanistan-Einsatzes amtierte, hatte dabei eine besonders gefährdete Position inne. Direkt aus der Landespolitik aufgestiegen, wurde seine Kompetenz für das Amt auch in der eigenen Partei von Anfang an angezweifelt[198]. Ein erster, offenbar aus dem BMVg lancierter Skandal sollte ihn wohl bereits rund ein Jahr, nachdem er das Amt übernommen hatte, schwächen. Hinzu kamen zwei weitere Affären, die jeweils in einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss mündeten – wobei sich der eine auf Handlungen aus der Zeit seiner Vorgänger bezog[199]. Erst als er schon das Amt des Bundesarbeitsministers angetreten hatte, zwang ihn der letzte Skandal zum Rücktritt. Aufgrund dieser prekären Situation sah sich Jung offenbar besonders angewiesen auf seinen Verwaltungsstab, dessen Personal er trotz des Regierungswechsels von der Großen zur christlich-liberalen Koalition 2009 kaum austauschte. Zudem verlängerte er viermal die Dienstzeit des Generalinspekteurs über ihr normales Ende hinaus und berief erneut den sehr erfahrenen Peter Wichert zum Staatssekretär[200]. Wie an den gescheiterten Reformvorhaben bereits demonstriert, waren neben Jung auch die anderen Minister im Untersuchungszeitraum hochgradig auf ihren Verwaltungsstab angewiesen. Somit sind – im Gegensatz zu der auf Distinktion auf dem politischen Feld bedachten Selbstdarstellung – in den untersuchten Bereichen keine herausragenden Ministerentscheidungen zu erkennen, die nicht bereits vor ihrer eigenen Amtszeit vorbereitet worden waren[201].

---

197 Scharping verließ sein Amt vorzeitig aufgrund von in der Presse skandalisierten privaten Fotos und zu Guttenberg reichte schließlich wegen der Diskussionen um seine plagiierte Doktorarbeit den Rücktritt ein. Strucks Amtszeit endete vorzeitig wie die des gesamten Kabinetts aufgrund der Auflösung des Bundestags 2005. Obwohl er gerade einmal zweieinhalb Jahre im Amt war, wechselte auch Thomas de Maizière – offenbar aufgrund der Eurohawk-Affäre – 2013 das Ressort.

198 Stephan Löwenstein, Strippenzieher auf dem Schleudersitz. Warum die innere Kritik an Verteidigungsminister Jung wächst. In: FAZ, 17.3.2006, S. 3.

199 Es handelte sich dabei um das Posieren von deutschen Soldaten mit Menschenknochen in Afghanistan 2006, die Gefangennahme und Haft des in Deutschland aufgewachsenen türkischen Staatsbürgers Murat Kurnaz 2008 und die Tötung zahlreicher Menschen durch einen von der Bundeswehr in Afghanistan angeforderten Luftschlag im Jahr 2009. Stephan Löwenstein, Klangloses Ende eines Skandals. Der Bericht zur »Totenschädelaffäre«. In: FAZ, 18.12.2006, S. 6; Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss]; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung].

200 Eckart Lohse, Das politische Ende Franz Josef Jungs. Die Herrschaft des Inspekteurs. In: FAZ.NET, 29.11.2009; Stephan Löwenstein, Strippenzieher auf dem Schleudersitz. Warum die innere Kritik an Verteidigungsminister Jung wächst. In: FAZ, 17.3.2006, S. 3.

201 Vgl. z.B. die Erlasse zur Regelung der Spitzengliederung bei Rautenberg, Streitkräfte und Spitzengliederung, S. 116 f.; Kilian, Elite im Halbschatten, S. 137−139. Zur Entstehung des Dresdner Erlasses siehe oben.

Im Gegensatz zur hohen Fluktuation unter den Bundesministern der Verteidigung der 2000er Jahre zeigt sich eine ebenso hohe Kontinuität der obersten Spitzenpositionen des Verwaltungsstabs in dieser Zeit. In keiner anderen Person dieser Zeit spiegelte sich die Macht der Verwaltung klarer wider als in der Staatssekretär Wicherts. Vor Eintritt in das BMVg 1989 Referent in der CDU/CSU-Fraktion, befand er sich bereits vor seiner Ernennung zum Staatssekretär als Leiter des Ministerbüros und des Planungsstabs stets in unmittelbarer Nähe zum Feld der Macht. Seit 1991 bereits Inhaber der höchsten Position unterhalb des Ministers, entließ ihn der Sozialdemokrat Rudolf Scharping im Jahr 2000[202]. Im Jahr 2005 machte ihn Jung erneut im nun wieder der CDU zugeteilten BMVg zum Staatssekretär und übertrug ihm unter anderem den Aufgabenbereich Auslandseinsätze der Bundeswehr. Minister Karl-Theodor zu Guttenberg machte ihn allerdings mitverantwortlich für die Kunduz-Affäre und entließ ihn Ende 2009[203]. Sein beispielloser Einfluss zeigte sich weiterhin darin, dass er danach trotz allem in den Beirat Innere Führung berufen wurde und das BMVg seine Prozesskosten aus dem Rechtsstreit um seine Entlassung übernahm[204]. Insgesamt vereinte er eine Dienstzeit in der Leitung des BMVg von insgesamt rund 15 Jahren sowie eine juristische Qualifikation, gepaart mit einer Ausbildung zum Reserveoffizier und dem in Wehrübungen erworbenen zweithöchsten Dienstgrad dieser Laufbahn als Oberstleutnant. Auf diese Weise gelang es ihm, große Mengen sozialen, kulturellen und symbolischen Kapitals anzuhäufen und in den Machtkämpfen vorteilhaft zur Geltung zu bringen[205].

Ähnliches galt für General Wolfgang Schneiderhan, den Generalinspekteur mit der bis dahin längsten Dienstzeit. Auch er hatte als Leiter der Stabsabteilung Fü S III Militärpolitik und des Planungsstabs die militärischen Positionen auf dieser Ebene bekleidet, die dem Feld der Macht am nächsten standen[206]. Als er 2009 ebenfalls aufgrund der Kunduz-Affäre entlassen wurde, hatte er bereits vier Ministern gedient. Wie dargestellt, war er jedoch im Einsatzrat und Einsatzführungsstab weiterhin auf ministeriellen Konsens angewiesen. Als militärischer Berater des Ministers hatte er zwar Vortragsrecht bei diesem, zählte jedoch selbst nicht zur Leitung des BMVg. Wie auch anhand der jüngsten Reformen seines Amts gezeigt, akkumulierte er zwar im Lauf der Zeit mehr Macht gegenüber den anderen militärischen Verantwortlichen, geriet jedoch mit der Amtszeit Jungs weiter ins Hintertreffen gegenüber den Staatssekretären[207].

Das selbst in absoluten Zahlen deutliche Wachstum der zivilen Spitzenpositionen nach 1990, das jenes der militärischen übertraf, sowie die Zunahme der

---

202 Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2001, S. 11; Staatssekretär Dr. Peter Wichert, <www.wichert.de/personen/peter1945.html> (letzter Aufruf 1.4.2015).

203 Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2005/2006, S. 102; Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2009/2010, S. 17.

204 Rainer Blasius, Geste gegen Guttenberg. In: FAZ, 13.2.2012, S. 8.

205 Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2005/2006, S. 102.

206 Kilian, Elite im Halbschatten, S. 151 und S. 235–237.

207 Generalinspekteur Schneiderhan soll daher zunehmend von Minister Jung isoliert worden sein. Eckart Lohse, Das politische Ende Franz Josef Jungs. Die Herrschaft des Inspekteurs. In: FAZ.NET, 29.11.2009; Joachim Zepelin, Das rosarote System Jung. In: Financial Times Deutschland, 22.12.2009.

Kompetenzen bei den Staatssekretären zeigen, dass sich die Machtbalance weiter in Richtung des zivilen Verwaltungsstabs verschob. Zeichen hierfür waren zudem die in diesem Zeitraum von den Militärs vielfach beklagten zahlreichen Regelungen, die selbst im Einsatz von Wehrverwaltung und Rechtsbereich geltend gemacht wurden und damit auch dazu dienten, die eigene Relevanz unter Beweis zu stellen[208]. Die zivilen Vertrauten Jungs isolierten selbst Schneiderhan offenbar bereits nach 2005 zunehmend vom Minister[209]. Die ehemaligen Leiter des Planungsstabs Walther Stützle sowie die Generale Harald Kujat und Schneiderhan wurden zwar in den 2000er Jahren Staatssekretär bzw. Generalinspekteure. Jedoch wurden die Angehörigen dieser Einrichtung danach offenbar stärker vom Feld der Macht abgedrängt[210].

Unterhalb des BMVg hatte auf dem Feld der Einsätze das Einsatzführungskommando die wichtigste Stellung inne. Aufgrund der thematisierten Stärke der Vertreter der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche waren die Angehörigen des Einsatzführungskommandos aber weiterhin bei der Bereitstellung von Truppenteilen für den Einsatz auf Letztere angewiesen[211]. Zudem handelte es sich bei den Aufgaben des Einsatzführungskommandos in der Einsatzpraxis tatsächlich weniger um »Führung« im Wortsinn, da die strategisch-operativen Befehle an das Einsatzkontingent von den multinationalen Kommandos kamen, sondern eher um Verwaltung. Neben der Organisation der Einsatzkontingente zur »Sicherstellung der personellen und materiellen Einsatzbereitschaft« zählte dazu die Funktion als Wächter über die deutschen politischen und rechtlichen Auflagen[212]. In der Funktion als »Red Card Holder« mussten die Verantwortlichen im Einsatzführungskommando darauf achten, dass der multinationale Kommandeur keine Befehle an das deutsche Kontingent erteilte, die diesem aus nationaler Perspektive untersagt waren[213]. Da sie gleichzeitig in direktem Kontakt mit dem Führer des deutschen Einsatzkontingents – in der Praxis aber sogar mit einzelnen untergeordneten Truppenführern – deutsche Weisungen und Befehle übermittelten, griff das Einsatzführungskommando auch in die multinationale Operationsführung ein[214].

---

208 So erhob der BMVg Abteilungsleiter Recht, Rechtspflege der Bundeswehr, Randziffer 103, den Anspruch, dass Rechtsberater »im gesamten Planungsprozess von Übungen und Einsätzen im gesamten Aufgabenspektrum der Bundeswehr« beteiligt werden müssten. Vgl. auch dessen Beitrag Weingärtner, Einführung, S. 13. Bereits die von Militärs geleitete Kommission von 1979 hatte daher die »allgemeine Verrechtlichung und [...] übertriebene Rücksichtnahme auf die Justitiabilität von Entscheidungen« kritisiert. Der Bundesminister der Verteidigung, Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften. Bericht der Kommission des Bundesministers der Verteidigung, S. 12.

209 Joachim Zepelin, Das rosarote System Jung. In: Financial Times Deutschland, 22.12.2009.

210 Kilian, Elite im Halbschatten, S. 193 und S. 217 f.

211 In einem halboffiziellen Beitrag, der offenbar von jemandem verfasst wurde, der in diesem Bereich tätig war, hieß es daher, dass bei diesen Abstimmungen »ein hohes Maß an diplomatischem Geschick« notwendig sei. Einsatzplanung im Einsatzführungskommando, S. 13.

212 So der damalige Befehlshaber des Einsatzführungskommandos Viereck, Einsatzführung aus einer Hand, S. 11.

213 Ebd.; Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 164 und S. 170.

214 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 164.

e) Allgemeine Praxis der Spitzengliederung

Bevor in Kapitel V das Feld der Positionen und die darauf wirksamen Habitus als Erklärung für die Praxis der Bundeswehr in Afghanistan angeführt werden können, ist die allgemeine Praxis herauszustellen. Diese erlaubt es zu erkennen, welche besondere Praxis der Einsatz in dem zentralasiatischen Land hervorbrachte. Anhand des Ringens um die Spitzengliederung und die Ausgestaltung der Streitkräftestruktur wurde bereits deutlich, dass auch nach Ende des Kalten Kriegs Kämpfe um Kompetenzen, Mittel und Personal die Praxis der maßgeblichen Entscheidungsträger prägten. Angesichts geringerer Ressourcen und höherer objektiver Konkurrenz verschärften sich die Auseinandersetzungen sogar noch. Wie sehr das Spiel den Akteuren schon zur »libido« im Sinne Bourdieus wurde, zeigen die Rücktritte von Staatssekretären und Generalen, die hierbei Kompetenzen und Mittel verloren hatten und danach offenbar keinen Sinn mehr in ihrem Tun erblicken konnten[215].

Das schärfste Mittel, um die Konkurrenz auszutragen, waren weiterhin Intrigen, bei denen die Akteure meist verdeckt agierten[216]. Als prominentestes Beispiel gilt die Ablösung General Hans-Peter von Kirchbachs als Generalinspekteur durch Generalleutnant Harald Kujat[217]. Insbesondere Informationen über heikle Vorkommnisse bei den nun regelmäßig stattfindenden Einsätzen machten es durch gezielte Weitergabe an die Presse möglich, die Positionen von Konkurrenten zu erschüttern[218]. So spielten Informanten im Jahr 2006 der Presse Fotos von Bundeswehr-Soldaten, die in Afghanistan mit Menschenknochen posiert hatten, zeitlich so zu, dass deren Publikation mit der öffentlichkeitswirksamen Präsentation des neuen Weißbuchs zusammenfiel. Dass die Bilder bis zu zwei Jahre alt waren, zeigt, dass derartige Informationen offenbar als Mittel der internen Auseinandersetzung gesammelt und für den passenden Moment

---

215 Jeweils nicht offiziell begründet, jedoch verbunden mit dem jeweiligen Verlust an Mitteln und Kompetenzen, waren im Untersuchungszeitraum die Rücktritte von Walther Stützle, nachdem der Generalinspekteur den Vorsitz des Rüstungsrats erhalten hatte, Inspekteur des Heeres General Gert Gudera nach Einsparungen beim Heer und Vizeadmiral Wolfgang Kühn, nachdem er seine ministerielle Position verloren hatte. Kilian, Elite im Halbschatten, S. 137–139; Thomas Wiegold, Nielson zur SKB, Müllner zur Luftwaffe. In: Augen geradeaus!, 6.3.2012. Im Falle Guderas schrieb dies der damalige Minister Struck, So läuft das, S. 116, später sogar explizit.

216 Vgl. die Erfahrungen von Weisser, Strategie als Berufung, S. 121. Ein Stabsoffizier nannte im Gespräch den Grundsatz, dass 50 % der Zeit in seinem Bereich im BMVg nötig gewesen seien, um Intrigen abzuwehren, 30 % auf eigene verwendet werden sollten und die restliche Zeit zum Erledigen der eigenen Aufgaben zur Verfügung stand. Interview mit ehemaligem Stabsoffizier der Luftwaffe in Potsdam, 24.6.2009.

217 Demnach sollte von Kirchbach, nachdem die Reformkommission von 2000 ihre Ergebnisse zur Reform der Bundeswehr präsentiert hatte, auf Weisung Scharpings einen Entwurf für die künftige Struktur erstellen. Dieser richtete sich eher an konventionellen Aufgaben aus und stellte somit einen Gegenentwurf zum Kommissionsergebnis dar. Als Leiter des Planungsstabes ließ daher Kujat einen eigenen Entwurf erarbeiten, der sich als Mittelstellung zwischen Kommissionsergebnis und von-Kirchbach-Papier erwies. Minister Scharping befürwortete schließlich Kujats Vorlage und entzog damit von Kirchbach de facto das Vertrauen, woraufhin dieser seinen Rücktritt einreichte. Sein Nachfolger wurde Kujat. Kilian, Elite im Halbschatten, S. 230 f.; Neubeck, Die Transformation der Bundeswehr, S. 368 f.

218 Kilian, Elite im Halbschatten, S. 152.

aufgehoben wurden[219]. Auch die Kunduz-Affäre von 2009, die schließlich zum Fall des amtierenden Generalinspekteurs und des für Einsätze zuständigen Staatssekretärs führte, speiste sich aus gezielt an die Presse weitergeleiteten Dokumenten, die nur Personen aus der Spitzengliederung zugänglich gewesen sein konnten[220].

Aufgrund der in den 1990er und 2000er Jahren sogar noch objektiv verschärften Konkurrenz um Aufstiegschancen, nicht absehbarer Bedrohungen durch Skandale und Intrigen sowie einer weiteren Habitualisierung des mittlerweile seit Jahrzehnten praktizierten »Absicherungsdenkens«, spitzten sich diese Praxisformen nach dem Kalten Krieg noch weiter zu. Ausdruck fand dies in einer häufig beklagten »Null-Fehler-Mentalität« unter Stabsoffizieren, wonach Fehltritte von ihnen selbst und von Vorgesetzten als kaum verzeihlich empfunden worden seien[221]. Ablesen lässt sich dies nicht zuletzt an den seit 1990 publizierten Weißbüchern. Zwar stellten schon immer die Verfasser den eigenen Aufgabenbereich hiermit positiv dar, jedoch verschwiegen diese bis in die 1980er Jahre dabei gleichzeitig nicht größere Defizite in der Bundeswehr. Derartiges fehlt in den danach veröffentlichten Weißbüchern dagegen völlig[222]. Im Gegensatz zu anderen Streitkräften existierten auch keinerlei offizielle Fachzeitschriften, die ein Forum dafür geboten hätten, um grundsätzliche Angelegenheiten kontrovers zu diskutieren[223]. Insgesamt bildete sich somit eine dominierende Praxis heraus, die hier – abgegrenzt von der Tendenz der Akteure, immer mehr Kompetenzen zu akkumulieren – als das Vermeiden von »negativer Verantwortung« bezeichnet werden soll. Dementsprechend verzichtete kaum einer der führenden Akteure der Bundeswehr in den 2000er Jahren darauf, in Grundsatzreden oder Ähnlichem an mehr Verantwortungsfreude der Untergebenen zu appellieren[224].

Dass Probleme tendenziell umso häufiger verschwiegen oder beschönigt wurden, je höher die hierarchische Ebene war, auf der ihre Bearbeitung erfolgte,

---

219 Stephan Löwenstein, Klangloses Ende eines Skandals. Der Bericht zur »Totenschädelaffäre«. In: FAZ, 18.12.2006, S. 6.

220 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 18.

221 Seliger, Talenteschwund, S. 17.

222 Außerdem waren die ersten Weißbücher zugleich mehrere hundert Seiten umfassende Sammlungen von Daten und »Fakten«, anhand derer sich der interessierte Laie zumindest ansatzweise auch ein eigenes Bild machen konnte. Nach 1990 glichen diese dagegen eher Werbebroschüren mit wenig Text und abstrakt-positiven Formulierungen. Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 93–97 und S. 100–114; Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985, S. 261–264 und S. 380 f.; Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 1994; Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006. Weisser, Strategie als Berufung, S. 105–108, schilderte ganz offen, wie der spätere Generalinspekteur Naumann als Stabsabteilungsleiter Ende der 1980er Jahre bei NATO-Präsentationen die Deutschen ins Hintertreffen geraten sah, da diese zu ehrlich seien und sich zu schlecht »verkaufen« würden. Dementsprechend habe er die Praxis in seiner Abteilung umgestaltet.

223 Kutz, Deutsche Soldaten, S. 238 f.

224 Vgl. z.B. Presse- und Informationsstab BMVg, Grundsatzrede des Verteidigungsministers an der Führungsakademie der Bundeswehr. In: bmvg.de, 26.5.2010; Robert Birnbaum und Hans Monath, Interview mit dem Verteidigungsminister: »Es muss wieder Freude an der Übernahme von Verantwortung geben«. In: TS, 29.1.2012; Wieker, Soldatsein heute.

hatte sich zwar schon in der Aufbauphase der Bundeswehr gezeigt[225]. Nach dem vorherrschenden Urteil der Beteiligten verstärkte sich diese Praxis jedoch nach 1990 soweit, dass etwa gerade in den Einsätzen die militärisch Verantwortlichen der politischen Führung meist nur die Handlungsoptionen vorschlugen, bei denen sie davon ausgingen, dass sie akzeptabel seien[226]. Zu dieser – nicht neuen – Praxis dürfte auch die Wahrnehmung der Behandlung General von Kirchbachs sowie der öffentlichkeitswirksamen Entlassungen von in Misskredit geratenen Generalen beigetragen haben [227].

Im Sinne dieses vorauseilenden Gehorsams versuchten die Verantwortlichen in der Spitzengliederung, die Einsätze der Bundeswehr nicht als kriegerisch erscheinen zu lassen, da sie annahmen, dass hierdurch öffentliche Proteste entstehen könnten. Offenbar aus diesem Grund wählten sie den ansonsten im Zivilbereich für die Versetzung von Mitarbeitern außerhalb des Landes gebräuchlichen Begriff der »besonderen Auslandseinsätze«[228]. Hinzu kam eine sehr restriktive Pressepolitik, die vermeiden sollte, dass die Handlungen der Bundeswehr als das erschienen, was landläufig unter »Krieg« verstanden wurde[229]. Diese Praxis beruhte auf denselben Dispositionen wie ihre Maßnahmen gegen »aufgedeckte« illegitime Formen der Traditionspflege und resultierte aus ihren Positionen, in denen sie fürchteten, dafür verantwortlich gemacht werden zu können.

Dem Ideal technokratischer Regelung und dem Absicherungsdenken entsprechend, weist nichts darauf hin, dass trotz der genannten Kommission von 1979 die Zahl der auch zur persönlichen Absicherung verwendeten bürokratischen Maßnahmen abnahm[230]. Vielmehr zeigten die Klagen der Truppe über die auch in den Einsatzgebieten angewandten Umwelt-, Arbeitsschutz- und

---

225 Schlaffer/Zimmermann, Wo bitte geht's zur Schlacht?, schildern dies ausführlich anhand der in den Akten niedergeschlagenen Berichte über die misslungene Ausrüstung des Heeres mit dem Schützenpanzer HS 30.

226 So das Ergebnis der Befragung bezüglich des ISAF-Einsatzes von leitenden Stabsoffizieren und Generalen im BMVg durch Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 209−212. Vgl. auch den Beitrag des Historikers Naumann, Einsatz ohne Ziel?, S. 63−67, sowie die persönlichen Erfahrungen von Kilian, Elite im Halbschatten, S. 51 f., 126, 143 und S. 152, und Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, S. 250 f.

227 Neben den Generalleutnanten Hans-Heinrich Dieter und Jürgen Ruwe waren dies im Untersuchungszeitraum vor allem die aus politischen Gründen erfolgten Entlassungen General Reinhard Günzels sowie nach einem negativen Bericht über die Stimmung in der Truppe Brigadegeneral Dieter Löchels und ferner Brigadegeneral Henning Hars', der sich in einem Brief an den Minister über die Entlassung Schneiderhans beschwert hatte. Stephan Löwenstein, Guttenbergs Frontbegradigungen. In: FAZ.NET, 15.3.2010; Hagen, Homo Militaris, S. 144.

228 Kilian, Elite im Halbschatten, S. 424.

229 Vgl. zur restriktiven Pressepolitik insbesondere in der Zeit Jungs Löffelholz/Auer/Schleicher, Vorsichtige Annäherung, S. 75 f.

230 Auf eine Anfrage im Bundestag gab das BMVg nur die Anzahl der aufgehobenen Regeln an, ohne jedoch die Gesamtzahl und die der neu hinzugekommenen zu nennen. Wäre das Zahlenverhältnis positiv im Sinne eines signifikanten Abbaus, wäre es sicher genannt worden. Vgl. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/6032 [»Bürokratische Hemmnisse bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr«], S. 7. Nach dem Beitrag der im BMVg hiermit beauftragten Schelleis, Bürokratieabbau, S. 159−161, zu urteilen, scheinen zudem vor allem die Normen außer Kraft gesetzt worden zu sein, deren Gegenstandsbereich nicht mehr existierte.

Sicherheitsbestimmungen, dass deren Relevanz eher zunahm[231]. Denn in den meisten Fällen waren hier durchaus Ausnahmeklauseln vorhanden, um zu verhindern, dass diese dem Missionszweck zuwiderliefen[232]. Allerdings machten sich die jeweiligen Truppenführer dann verantwortlich für die Nichtanwendung dieser Regelungen, sobald sie dies befahlen[233], was daher kaum einer tat[234]. Die nach 1990 sogar noch gewachsene Zahl der Kommandobehörden und ministeriellen Abteilungen verstärkte zudem die »Verwantwortungsdiffusion«, wie es die 2010 eingerichtete Reformkommission nannte, da hierdurch zwar viele Akteure beteiligt wurden, sich am Ende jedoch niemand letztverantwortlich fühlte. Stattdessen sorgten die weiterhin praktizierten und – aus Angst vor Widerstand – auf Konsensbildung ausgerichteten Entscheidungsprozesse zwischen diesen Akteuren dafür, dass kaum grundsätzliche Änderungen möglich waren[235].

Die ständige Gefahr von Skandalen durch die Auslandseinsätze, aber auch die neuen Kommunikations- und Datenübertragungsmittel verleiteten die Verantwortlichen in der Spitzengliederung zudem dazu, Befehle bis hinunter auf die niedrigsten Ebenen zu erteilen[236]. Hierzu diente anfangs ein »German Military Representative« bzw. später »Nationaler Befehlshaber im Einsatzland«, der meistens in Personalunion Kommandeur des deutschen Kontingents war und aus dem BMVg »an der kurzen Leine« geführt wurde[237]. Diese Praxis erregte allerdings Widerspruch. Denn sie stand im Gegensatz zum weiterhin in der Truppenausbildung hochgehaltenen Ideal der Auftragstaktik, das den Ausführenden große Freiheiten ließ[238]. Als Legitimation gaben die Verantwortlichen daher an, dass es sich bei den Friedensmissionen um völlig neue Einsatzformen handele, bei der das Handeln des einzelnen Soldaten auch durch eine stärkere Medienpräsenz »politischer« sei und daher entsprechend kontrolliert werden müsse[239]. Da jedoch ebenfalls in zwischenstaatlichen Kriegen dem Soldaten eine immanent politische

---

231 Vgl. die entsprechenden Erkenntnisse des van-Heyst-Berichts bei Jochen Bittner, Die Bundeswehr. Eine Generalsabrechnung. In: planet in progress (Zeit Online), 16.1.2008, sowie Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/6032 [»Bürokratische Hemmnisse bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr«], S. 5.

232 Vgl. den Beitrag des damals in der Abteilung Wehrverwaltung des BMVg tätigen Vogt, Die Geltung deutschen Umweltschutz- und Arbeitsschutzrechts, S. 130−132.

233 Interview mit Vertreter der Wehrverwaltung im Einsatzführungsstab in Potsdam, 23.6.2009.

234 Dementsprechend empfahl die Arbeitsgruppe um van Heyst, den Kontingentführern ihre Handlungsspielräume auf diesem Feld zu verdeutlichen. Vgl. Auszug aus dem van-Heyst-Bericht, Empfehlungen zur Reform des Gesamtgefüges, die Auslandseinsätze der Bundeswehr betreffend, Nr. 124.

235 Strukturkommission der Bundeswehr, Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr, S. 48, Zitat: S. 34.

236 Hagen, Homo Militaris, S. 144 f. Vgl. den Beitrag des ehemaligen Mitglieds des KSEA Stockfisch, Das Führungszentrum der Bundeswehr, S. 184−186.

237 Kilian, Elite im Halbschatten, S. 122. Vgl. auch Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, S. 315.

238 Hagen, Homo Militaris, S. 214−217; Warburg, Das Militär und seine Subjekte, S. 328 f.

239 Vgl. z.B. Willmann, Leadership, S. 7; Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, S. 72 f. Gerne wurde hierbei auch auf die Figur des »Strategic Corporal« zurückgegriffen, um zu veranschaulichen, dass in den neuen Missionen selbst auf der untersten taktischen Ebene Entscheidungen getroffen werden könnten, die strategische Auswirkungen hätten. Der Begriff stammte von US-General Krulak, The Strategic Corporal.

Rolle zukommt[240] und weiterhin die vor Ort eingesetzten Personen am besten die Lage beurteilen konnten, scheint eher das Vermeiden von Zwischenfällen der (unbewusste) Zweck dieser Argumentation gewesen zu sein. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass auch die Ausführenden die Auftragstaktik häufig missachteten, indem sie sich »nach oben« rückversicherten und es vermieden, eigene Entscheidungen zu treffen.

3. Das außenpolitische Feld und die Einsätze der Bundeswehr

Die Praxis der Bundeswehr im Bereich der Auslandseinsätze lässt sich nicht ohne Rückgriff auf die Logik der Praxis der außenpolitischen Akteure auf dem Feld der Macht verstehen, da deren Entscheidungen die der militärischen Schlüsselakteure maßgeblich beeinflussten. Im Folgenden werden daher die Positionen, Habitusgenese und dominierenden Praxisformen der außenpolitischen Entscheidungsträger skizziert. Zudem ist herauszustellen, auf welche Weise dies das Handeln der Bundeswehr beeinflusste.

a) Der deutsche außenpolitische Habitus

Trotz der unterschiedlichen theoretischen Ansätze lässt sich feststellen, dass die meisten Studien zur bundesrepublikanischen Außenpolitik zu dem Schluss kommen, diese würde von der anderer westlicher Staaten merklich abweichen. Mit militärischen Mitteln als nationale Alleingänge geführte »Machtpolitik« sei demnach so gut wie abwesend gewesen[241]. Lässt sich diese außenpolitische Praxis für die Zeit bis 1955 bzw. 1990 größtenteils darauf zurückführen, dass Deutschland besetzt und nur teilweise »souverän« war, so reicht dies zur Erklärung der nachfolgenden Periode nicht aus. Da spätestens ab diesem Zeitpunkt die objektiven Bedingungen für deutsche Außenpolitiker mit denen ihrer westlichen Kollegen vergleichbar waren, ist die unterschiedliche Praxis offenbar vor allem auf die Strukturen ihrer dominierenden Habitusformen zurückzuführen. Im Folgenden sollen diese daher analysiert werden.

Wie häufig bemerkt, sedimentierte sich ganz offensichtlich die kollektive Erfahrung von massenhaftem Tod, umfassender Zerstörung und Besatzung infolge des selbst begonnenen Zweiten Weltkriegs im Habitus der meisten Deutschen nach 1945[242]. Auch im Bereich der Außenpolitik schienen die alten Prämissen der gewaltsamen Machterweiterung damit nachhaltig diskreditiert zu sein[243]. Zudem hatten sich jedoch auch die objektiven Bedingungen für den Habitus grundlegend verändert, sodass er andere Dispositionen inkorporierte. In

240 Gentile, A Strategy of Tactics, S. 13.

241 Vgl. Longhurst, Germany and the Use of Force, S. 46 f.; Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 248 f.; Haftendorn, Deutsche Außenpolitik, S. 442 f.; Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 384 f. und S. 387 f.

242 Kühne, »Friedenskultur«, S. 17 f.

243 Longhurst, Germany and the Use of Force, S. 1 f. und S. 26–28.

dieser Weise beschleunigten Krieg, Vertreibung aus den ehemaligen Ostgebieten und Teilung des Landes die Auflösung traditionaler Bindungen zu Gunsten einer stärkeren kapitalistischen Vergesellschaftung[244]. Ökonomisch zweckrationales Handeln zu Lasten einer Orientierung an hergebrachten Traditionen bedingte daher den beispiellos rasanten wirtschaftlichen Aufstieg einerseits und das starke Desinteresse an ökonomisch irrationaler Außenpolitik andererseits. Dementsprechend interessierten sich deutsche Außenpolitiker in erster Linie für die zuvorderst wirtschaftliche »europäische Integration« im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihrer Nachfolgeorganisationen[245].

Doch wie bereits anhand der Bundeswehr beschrieben, war aufgrund der personellen Kontinuität in der Bundesrepublik kein völliger Umbruch des außenpolitischen Felds zu erkennen. Vielmehr erhielten sich Kernbestandteile des »klassischen« habitualisierten außenpolitischen Weltbilds, das die internationalen Beziehungen wie zur Zeit des Fürstenstaats als ein konkurrenzgetriebenes Spiel einzelner territorial verorteter, in Machtbalancen und hegemonialen Stellungen angeordneter souveräner Staaten um objektive Vorteile wie Ressourcen, Streitkräfte, Einfluss, aber auch reines Ansehen darstellte. Ebenso traditionell galt die Außenpolitik weiterhin als besondere Domäne, die in den Anfangsjahren sogar bei Bundeskanzler Konrad Adenauer in Personalunion verblieb und die sich später stets der Chef des kleineren Koalitionspartners sicherte[246].

Um wieder ins Spiel zu gelangen, versuchten die außenpolitischen Entscheidungsträger in den Anfangsjahren der Bundesrepublik zunächst mit aller Priorität, die »Souveränität« Deutschlands wiederherzustellen. Dementsprechend war ihre Politik konsequent darauf ausgerichtet, die Besatzungsstatute abzuschütteln, um schließlich wieder »gleichberechtigt« neben den anderen Staaten zu stehen[247]. Obwohl es hierbei Akzentverschiebungen gab, so fand sich auch das nationale Denken klar in dem schließlich überwiegend geteilten ökonomisch irrationalen Ziel wieder, die zugrunde gewirtschafteten Gebiete der DDR anzugliedern. Schließlich fügten sich die Regierungsakteure – insbesondere nach der Wiedervereinigung und dem Umzug in die alte Hauptstadt Berlin – wieder in die symbolische Ordnung ein, indem sie ganz selbstverständlich die traditionellen objektivierten Positionen wieder einnahmen. So wurde die »Neue Wache« – bloß erweitert um die »Opfer von Gewaltherrschaft« – erneut zum nationalen Gedenkort der Gefallenen[248]. Ebenso bezog das BMVg den symbolträchtigen »Bendler-Block«, der bis 1945 als Sitz des Oberkommandos des Heeres diente.

Dass neben der Praxis der Vertreter anderer Staaten der Verwaltungsstab auch in Deutschland die wichtigste objektive Grundlage des außenpolitischen Weltbilds bildete, zeigt die personelle Kontinuität des deutschen diplomatischen Korps. Dessen bedeutendste Machtpositionen hatten noch bis in die Weimarer Republik protestantische Adlige inne, wobei auch der Anteil der Großbürger

---

244 Siegelberg, Kapitalismus und Krieg, S. 81. Vgl. auch Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers, S. 425–427.

245 Gareis, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik, S. 97 f.

246 Ebd., S. 37.

247 Meiers, Zu neuen Ufern?, S. 80–85; Gareis, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik, S. 52–57.

248 Kaiser, Von Helden und Opfern, S. 372, 376 f., 405 und S. 408 f.

zunahm. Erst im »Dritten Reich« schwächten von den Machthabern ernannte Seiteneinsteiger »niederer Herkunft« diese Konstellation ab. Anders als im Fall des Militärs, kam den Diplomaten nach 1945 zugute, dass sie seltener mit den Angriffskriegen in Verbindung gebracht wurden und sich dementsprechend auch keinem »Personalgutachterausschuss« stellen mussten. So bildete selbst der Zweite Weltkrieg keinen großen Bruch der personellen Kontinuität, vielmehr war diese in exponierten Führungspositionen selbst im Vergleich zu anderen Bundesministerien auffällig stark[249].

Erst nach dem Krieg ließ sich von einer Verbürgerlichung sprechen, die allerdings auf die höheren sozialen Schichten beschränkt blieb und weiterhin einen überdurchnittlich hohen Anteil des Adels aufwies[250]. Trotz einer stärkeren Öffnung gegenüber anderen Schichten blieb der Personalkörper auch in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vergleichsweise homogen[251]. Mit der personellen Kontinuität erhielten sich auch in Deutschland tradierte Vorstellungen von der Funktionsweise des »internationalen Systems«[252]. Augenfällig schlug sich der bewahrende Charakter des Auswärtigen Amts in traditionellen Umgangsformen und Dienstpostenbezeichnungen sowie darin nieder, dass es seit der Gründung des deutschen Nationalstaats seinen von der üblichen Systematik abweichenden Namen erhalten konnte. Im Gegensatz zu allen anderen Ministerien musste es zudem seine Akten nicht abliefern, sondern behielt den alleinigen Zugriff darauf in einem eigenen Archiv und blieb somit Herr seiner Geschichte[253].

Auch in der tatsächlich neuen deutschen Praxis, in den auswärtigen Beziehungen auf Gewalt zu verzichten, schlug sich keine grundlegende Änderung des habitualisierten außenpolitischen Weltbilds nieder. Denn die Verantwortlichen hatten lediglich wahrgenommen, dass die USA auf westlicher Seite der unumstrittene »Hegemon« seien und militärische Aktionen gegen deren Willen in jedem Fall zum Scheitern verurteilt wären. Sie versuchten daher stets, im amerikanischen »Windschatten« zu bleiben. Nach dem Ende der Sowjetunion wurde

---

249 Conze [u.a.], Das Amt und die Vergangenheit, S. 353, 362, 451, 463, 464 f. und S. 490–496.

250 Ebd., S. 510 f.

251 Es existiert keine umfassende Untersuchung der sozialen Herkunft der Angehörigen des Auswärtigen Dienstes. Allerdings befragten Koenig/Schneider, Diplomaten zwischen Sozialisation und Kalkulation, S. 306, 312 und S. 318, eine Auswahl von Angehörigen des höheren Auswärtigen Dienstes, die zwischen 1970 und 1973 zur Zeit der sozial-liberalen Koalition eingestellt wurden und in den 2000er Jahren leitende Positionen innehatten. Selbst in dieser Gruppe, die zu 40 % der SPD und nur zu 8 % der Union zuneigte, ließ sich eine überdurchschnittliche Repräsentanz von Diplomaten-Kindern (13 %) und Adligen (9 %) nachweisen. Auch Oloff, Doing Diplomacy und Gender Mainstreaming, S. 76 f., geht aufgrund anekdotischer Hinweise von einer hohen sozialen Homogenität und Kontinuität aus.

252 Bis mindestens in die 1970er Jahre galten daher Tätigkeiten im Bereich internationaler Organisationen im AA als unbeliebt, da sie als weniger bedeutend erschienen. Gleiches galt für die Wirtschaftsabteilung des AA. Conze [u.a.], Das Amt und die Vergangenheit, S. 625 f. und S. 630.

253 Theopold, Die Organisation des Auswärtigen Amtes, S. 56. Zu den tradierten Verhaltensweisen im AA vgl. Oloff, Doing Diplomacy und Gender Mainstreaming, S. 78. Erst Minister Joschka Fischer ließ zudem das Bild Bismarcks im Ministerbüro abhängen, also desjenigen Politikers, der mit am stärksten das Bild der internationalen Beziehungen als »Spiel mit den Kugeln« geprägt hatte.

diese Wahrnehmung in der nun »unipolaren« Welt eher noch verstärkt[254]. Hinzu kam das – nicht neue – Bewusstsein für die immer größeren Interdependenzen zwischen den Staaten. Während die Verantwortlichen im »Dritten Reich« bis zum Krieg deren einschränkenden Effekten dadurch begegneten, dass sie vergeblich versuchten, wirtschaftlich »autark« zu werden[255], fiel nach 1945 die Entscheidung klar in Richtung einer Beteiligung an den internationalen Aushandlungsregimen.

Mit der Rolle als exportstarke Wirtschaftsmacht korrespondierte zudem die starke Beachtung des Völkerrechts, die den Handelspartnern wie im innerstaatlichen (Handels-)Verkehr Berechenbarkeit garantierte. Den unvorhersehbaren Folgen der vielfachen weltweiten Interdendenzen versuchten die deutschen Entscheidungsträger aufgrund der historischen Erfahrungen zum einen besonders häufig dadurch zu begegnen, dass sie die Institutionalisierung internationaler Kooperation anstrebten[256]. Zum anderen zielten sie darauf, analog zur Absicherungspraxis im Innern, möglichst viele Akteure bei internationalen Krisen zu beteiligen, um zu verhindern, dass diese die eigene Politik torpedierten. Aber auch bei Verrechtlichung und Institutionalisierung spielte, wie etwa die deutsche Rolle bei der Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zeigt, das von den außenpolitischen Akteuren habitualisierte »nationale Interesse« im Sinne einer Ausweitung der eigenen Handlungsmöglichkeiten und Prestigegewinns weiterhin eine entscheidende Rolle[257].

So zeigt die außenpolitische Praxis im Bereich internationaler Organisationen, dass die Verantwortlichen auf deutscher Seite – wie die anderer Staaten – hierbei auf das Durchsetzen »nationaler Interessen« achteten. Sie versuchten daher beispielsweise, Schlüsselposten mit Deutschen zu besetzen, einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat zu erlangen[258] und NATO-Kommandoeinrichtungen in Deutschland zu stationieren[259]. Dem hohen Gewicht in wirtschaftlichen Fragen entsprechend, setzten sich die Deutschen besonders stark im Rahmen der europäischen Integration und bei anderen internationalen Organisationen dieses Politikfelds durch[260]. Die traditionelle Disposition der »Staatsräson« wirkte sich demnach nur unter anderen Umständen aus. Gleichwohl nahmen die Verant-

---

254 Vgl. zur engen Bindung an die USA als Grundkonstante deutscher Außenpolitik Haftendorn, Deutsche Außenpolitik, S. 434; Gareis, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik, S. 55.

255 Siegelberg, Kapitalismus und Krieg, S. 81.

256 Zu diesen Strukturen der deutschen außenpolitischen Praxis vgl. Haftendorn, Deutsche Außenpolitik, S. 434.

257 Dies wird oft nur in Detailstudien deutlich. So zeigt Steinke, The Politics of International Criminal Justice, dass die deutschen Akteure mit dem IStGH verhindern wollten, dass die internationale Strafgerichtsbarkeit – wie bei den Sondertribunalen der 1990er Jahre – allein beim Sicherheitsrat verblieb. Die Rolle des Verwaltungsstabs wird zudem daran deutlich, dass der federführende Diplomat auf Seiten des AA später Richter und Vizepräsident des IStGH wurde.

258 Gareis, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik, S. 151.

259 Pedlow, The Evolution of NATO's Command Structure, S. 6 und S. 15; Pedlow, Evolution of the SHAPE Staff Structure, S. 4 und S. 8.

260 Haftendorn, Deutsche Außenpolitik, S. 441. Am deutlichsten wird dies wohl im Fall der selten beachteten, in Wirtschaftsfragen aber entscheidenden International Organization für Standardization (ISO). Hier sorgten die deutschen Akteure seit 1954 dafür, dass sie ständig und damit genauso häufig wie die USA, Großbritannien, Frankreich und Russland Ratsmitglied waren. Während Deutschland nur einmal die Präsidentschaft der ISO inne-

wortlichen wahr, dass militärische Gewaltanwendung als Mittel der Außenpolitik in breiten Schichten der Bevölkerung durch den Zivilisationsprozess delegitimiert worden war, wie die »Ohne mich«-Bewegung der 1950er und die Friedensbewegung bis in die 1980er Jahre immer wieder augenfällig zu demonstrieren schien. Militäreinsätze, die nicht der Verteidigung dienten, vermieden sie somit[261].

Wie schwer es war, die Kontinuität der in Symbolen und im Habitus des Verwaltungsstabs gespeicherten außenpolitischen Weltbilds zu beenden, zeigt die Politik der 1998 in die machtvollsten Außenpolitikämter gelangten Angehörigen der »68er«-Generation. So sah Bundeskanzler Gerhard Schröder die Außenpolitik in klassischer Weise als eines der wichtigsten Politikfelder an und riss dementsprechend häufig die Initiative an sich[262]. Zudem suchte er, dem traditionellen Bild der Mächteverteilung gemäß, zum einen den engen Schulterschluss zu den USA. Dies galt nicht nur bei der Intervention in Afghanistan, wie unten näher ausgeführt, sondern auch im Irak-Krieg, den er mit Blick auf das innenpolitische Legitimationsdefizit offenbar nur rhetorisch wegen der bevorstehenden Bundestagswahlen 2002 lautstark ablehnte. Denn im Gegensatz zu den Wahlkampfaussagen standen zahlreiche Unterstützungsleistungen, die es den USA teilweise erst erlaubten, den Krieg zu führen. Hierzu zählte zuvorderst die Erlaubnis, den deutschen Luftraum zu nutzen, aber auch die Bewachung amerikanischer Kasernen, die Stationierung von ABC-Abwehrkräften der Bundeswehr in Kuwait während des Truppenaufmarschs sowie die erst später bekannt gewordene Weitergabe von Informationen des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Bagdad[263].

Schröder verwehrte somit zwar den Amerikanern die öffentliche Akklamation und damit Legitimierung ihres Vorhabens – was sie nachhaltig verärgerte –, kam ihnen bei anderen entscheidenden Wünschen jedoch vielfach entgegen. Zum anderen versuchte auch Schröder, »nationale Interessen« besser in internationalen Organisationen durchzusetzen, wozu insbesondere eine neue Initiative für einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat zählte. Der in dieser Zeit geprägte Begriff der »Friedenspolitik«[264] sollte zudem den mittlerweile umgewerteten Sicherheitspolitikbegriff ersetzen, war jedoch kein Zeichen einer anderen Praxis.

Dass dem Verwaltungsstab eine entscheidende Rolle dabei zukam, das außenpolitische Weltbild auch nach politischen Brüchen zu erhalten, zeigt ein Blick auf die Ressorts dieses Politikbereichs. So gab der erste »grüne« Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer, in seinen Memoiren ganz offen zu, dass er zu starke

---

hatte, war es mit vier Amtszeiten doppelt so häufig Vizepräsident wie jedes andere Land. Historical Record of ISO membership.

261 Longhurst, Germany and the Use of Force, S. 2 und S. 26–28;

262 Gareis, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik, S. 38.

263 Rudolf, The Myth of the »German Way«, S. 134 und S. 143. Zur nachrichtendienstlichen Unterstützung im Irak-Krieg vgl. Bericht der Bundesregierung (offene Fassung) gemäß Anforderung des parlamentarischen Kontrollgremiums vom 25. Januar 2006 zu Vorgängen im Zusammenhang mit dem Irakkrieg und der Bekämpfung des Internationalen Terrorismus, S. 19–26.

264 Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, S. 43 und S. 47.

Konfrontationen mit dem als konservativ geltenden Apparat seines Ministeriums vermeiden wollte und seinen Mitarbeitern daher versicherte, die Kompetenzen des Auswärtigen Amts (AA) und dessen Eigenarten zu bewahren. Dabei habe er sogar nach einiger Zeit gemerkt, dass ihm nicht alle als Verschlusssache eingestuften formalen Vorgänge vorgelegt wurden, sodass er dies erst ausdrücklich anordnen musste[265]. Sollte dies zutreffen, so wäre es ein weiteres Beispiel dafür, wie der Apparat unabhängig von der politischen Führung seinen eingeschliffenen Routinen folgte. Fischer beschreibt ebenfalls, wie er anfangs versucht habe, eine Initiative zum Verzicht auf die NATO-Erstschlagsdoktrin anzustoßen. Nachdem trotz der Warnungen seiner Spitzenbeamten, dies nicht zu tun, entsprechende Stellungnahmen verschickt wurden, sei sofort ein negatives Echo der Verbündeten und Scharpings, der sich gerade auf einer USA-Reise befand, auf ihn eingeprasselt. Im Ergebnis habe er seinen Vorstoß schnell wieder zurücknehmen müssen[266].

In der Rückschau erscheint somit der Eingriff Fischers in die symbolische Ordnung des AA als größte Änderung, die er gegen signifikante Teile des Verwaltungsstabs durchsetzte. Sie bestand darin, dass er die Namen ehemaliger Diplomaten mit NSDAP-Mitgliedschaft aus Erinnerungswerken tilgen ließ und eine Historiker-Kommission zur Aufarbeitung dieser Zeit einberief. Da von den Betroffenen längst niemand mehr im aktiven Dienst war, hielt sich der offene Widerstand freilich in Grenzen[267]. Ähnliches wie Fischer berichtete Bundesminister der Verteidigung Peter Struck. Ihm seien die üblichen protokollarischen Abläufe auf NATO-Gipfeln unsinnig vorgekommen, sodass er gegenüber seinem Verwaltungsstab geäußert habe, diese nicht befolgen zu wollen. Nachdem seine Mitarbeiter entschieden dagegen protestiert und auf die negativen Folgen hingewiesen hätten, habe er sich jedoch umstimmen lassen[268].

Obwohl viele Mitglieder der Bundeskabinette Schröders und dieser selbst eine andere soziale Herkunft hatten als ihre Vorgänger und sie sich in den 1960er und 1970er Jahren an den teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der »Staatsmacht« beteiligt hatten, war insgesamt also kein grundlegender Wandel des bundesrepublikanischen außenpolitischen Weltbilds zu erkennen. Wie von Bourdieu anhand der »68er«-Unruhen an den französischen Hochschulen nachgewiesen, erscheinen auch die deutschen Auseinandersetzungen dieser Zeit somit eher als Kampf zwischen den Inhabern und den Anwärtern auf die Positionen des Felds. Die aufrichtig gefühlte Empörung der Protagonisten dieser Proteste über die Herrschaftsverhältnisse – und in Deutschland über die NS-Vergangenheit der machtvollsten Akteure – verbanden sich also mit dem oft unbewussten Ziel, deren Positionen selbst zu übernehmen[269].

Schon kurz bevor sie in späterer Zeit die objektiven Positionen eingenommen hatten, stellte sich bei den Akteuren als Voraussetzung hierfür die als Erweckungserlebnis wahrgenommene Übereinstimmung zwischen Feld und Habitus

---

265 Fischer, I'm not convinced, S. 83 f. und S. 95 f.
266 Ebd., S. 96 f.
267 Ralf Beste [u.a.], Welle der Wahrheiten. In: Der Spiegel, 1/2012, S. 32–36.
268 Struck, So läuft das, S. 127 f.
269 Bourdieu, Homo academicus, S. 237–239.

her, indem ihnen ihre nicht mehr kompatiblen Dispositionen – wie der Pazifismus – als unrealistisch erschienen[270]. Nach Übernahme der »Regierungsverantwortung« hatten diese Dispositionen schließlich ihre sinnstiftende Funktion fast vollständig verloren. Bei den Akteuren der konservativen Nachfolgeregierungen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel war dieser Abstimmungsprozess freilich überhaupt nicht mehr erforderlich. Ihre Außenpolitik wich daher ebenfalls nicht grundlegend von der ihrer Vorgänger ab. Sie fühlten sich offenbar lediglich weiter darin bestärkt, die Politik noch expliziter als »interessengeleitet« zu definieren[271].

b) Das Feld der außenpolitischen Positionen der Bundesrepublik Deutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhöhte die historisch gewachsene Dichte der weltweiten Interdepenzen die Anzahl der mit Außenpolitik befassten öffentlichen wie privaten Akteure. Insbesondere im Zuge der europäischen Integration wuchsen dementsprechend auch die formalen Kompetenzen der beteiligten staatlichen Organisationen der Bundesrepublik. Im Bereich der hier relevanten Auslandseinsätze der Bundeswehr lassen sich jedoch einige wenige Machtfelder als entscheidend identifizieren. Am machtvollsten im Bereich der Außenpolitik waren eindeutig stets die der Exekutive zugerechneten Positionen, wobei deren Inhaber in einem starken Konkurrenzverhältnis zueinander standen.

An erster Stelle ist der jeweilige Bundeskanzler zu nennen, der seine »Richtlinienkompetenz« dazu nutzen konnte, die Politik des Bundeskabinetts auch im auswärtigen Bereich zu lenken[272]. Inwieweit unter den vielen Politikfeldern die jeweiligen Bundeskanzler in der Außenpolitik den Weg vorgaben, hing daher von den Gegebenheiten ab. Die im Untersuchungszeitraum relevanten Kanzler Gerhard Schröder (1998 bis 2005) und Angela Merkel (seit 2005) setzten dementsprechend unterschiedliche Schwerpunkte. So ergriff Schröder häufiger die Initiative auf dem Feld der Außenpolitik, was insbesondere im Fall der Beteiligung am internationalen Engagement in Afghanistan deutlich wurde[273]. Eine vergleichbare Praxis war bei Merkel im Bereich der Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht zu erkennen[274].

Allgemein erschwerte das im Grundgesetz festgeschriebene Ressortprinzip, wonach jeder Ressortleiter seinen Bereich eigenverantwortlich führte, ein Ein-

---

270 Bereits Mitte der 1990er Jahre setzte daher dieser »Erkenntnisprozess« bei den »Realos« der Grünen ein. Sedlmayr, Die aktive Außen- und Sicherheitspolitik, S. 122–125.

271 Vgl. etwa das Schlagwort, unter dem die jüngsten VPR standen. Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 18.5.2011. Im Jahr 2008 beschloss der Bundestag zudem, den Anteil deutschen Personals in internationalen Organisationen konsequent zu heben und zur Überwachung dieses Prozesses halbjährliche Berichte zu erstellen. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/7938 [»Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent stärken«].

272 Gareis, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik, S. 36–39.

273 Ebd., S. 38.

274 Gareis, Die Außen- und Sicherheitspolitik, S. 231 f.

greifen des Bundeskanzlers[275]. Da die außenpolitischen Ressorts möglichst gleichmäßig zwischen den Koalitionspartnern verteilt waren, gefährdeten zu starke Eingriffe außerdem den Koalitionsfrieden. Schließlich schwächte den Bundeskanzler, dass die Angehörigen seines eigenen, im Bundeskanzleramt versammelten Verwaltungsstabs aus den jeweils sachlich zuständigen Ressorts zeitlich befristet beordert waren[276]. Mit Blick auf ihre dort determinierte Karriere werden sie daher vor allem die Interessen ihrer eigenen Ministerien vertreten und Ressortkämpfe im Kanzleramt ausgetragen haben.

Im Bundeskabinett hatte neben dem Bundesminister der Verteidigung insbesondere der des Auswärtigen Kompetenzen im Bereich der militärischen Auslandseinsätze. Dies galt zum einen, weil diese als geradezu klassisches außenpolitisches Handeln gewertet wurden, zum anderen, weil VN-Angelegenheiten – und damit auch entsprechend mandatierte Einsätze – in die Kompetenz des AA fielen. Letzteres führte seit 1966 stets der kleinere der beiden Koalitionspartner, dessen Minister zudem meist Vizekanzler war[277].

Eine im Lauf der Geschichte gewachsene Bedeutung – und im Untersuchungszeitraum ebenfalls starke Stellung – hatte die Position des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit[278]. Ursprünglich aus dem Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplanes hervorgegangen, war diese Position im Kontext der Koalitionsbildung von 1961 entstanden, bei der die FDP als kleinerer Koalitionspartner ein weiteres Ressort beanspruchte[279]. Dementsprechend anfänglich ohne klaren Aufgabenbereich, erkämpften sich deren Inhaber in den kommenden Legislaturperioden nach und nach weitere Kompetenzen[280]. Diese Kompetenzen gab keiner der Nachfolger wieder auf[281].

Unter der als energisch geltenden, mit elf Jahren länger als jeder andere Minister im Untersuchungszeitraum amtierenden Heidemarie Wieczorek-Zeul (1998 bis 2009) erhielt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) schließlich auch Kompetenzen im Bereich der »Sicherheitspolitik«[282]. Als Legitimation diente hierfür der in dieser Zeit verbreitete »Security-Developement Nexus«, wonach sich »Sicherheit« und »Entwicklung« gegenseitig bedingten[283]. Entscheidend ist, dass sich die Inhaber der genannten Positionen – sowie die anderen Bundesminister, deren Kompetenzen berührt wurden – aufgrund des »Ressortprinzips« auf eine gemeinsame Politik im Bereich der Auslandseinsätze einigen mussten.

Spätestens das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1994, das Auslandseinsätze der Bundeswehr für zulässig erklärte, stärkte auch formal die Position der

---

275 Art. 65 Grundgesetz.
276 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 229.
277 Gareis, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik, S. 37.
278 Ebd., S. 214.
279 Gieler/Miltsch, Walter Scheel, S. 18.
280 Cernicky, Erhard Eppler, S. 43.
281 Am drastischsten machte dies Dirk Niebel (FDP) deutlich, der als Oppositionsangehöriger das BMZ noch abschaffen wollte, es als Mitglied der Bundeskabinetts ab 2009 dann aber selbst übernahm.
282 Gieler/Miltsch, Heidemarie Wieczorek-Zeul, S. 129 f.
283 Vgl. zur Genese des Begriffes Stern/Öjendal, Mapping the Security-Development Nexus, S. 17–24.

Mitglieder des Bundestags auf diesem Feld. Aufgrund des seitdem geltenden »Parlamentsvorbehalts«, seit 2004 per Gesetz geregelt, bedurfte jeder militärische Einsatz im Äußeren eines Mandats des Bundestags. In der Praxis wurden von den parlamentarischen Staatssekretären des BMVg zwar die Fraktionschefs des Bundestags beim Erstellen des Mandat-Entwurfs konsultiert, jedoch konnte das Parlament schließlich den Text nur annehmen oder ablehnen. Inhaltlich gestalteten es, unter Abstimmung mit den beteiligten Ministerien, weitgehend die Angehörigen der Abteilung Fü S III Militärpolitik aus[284]. Gegen die Macht des Bundestags sprach auch die Tatsache, dass dieser stets von den Regierungsparteien dominiert wurde[285]. So wurde auch kein einziger Antrag für ein Mandat abgelehnt[286]. Offenbar da die Auslandseinsätze der Bundeswehr in ihren Augen für sie selbst und ihre Wähler weniger relevant waren, interessierten sich zudem kaum Abgeordnete für dieses Feld[287]. Wie unten näher erläutert, versuchten die der Regierung zugerechneten Akteure gleichwohl stets, eine möglichst breite, auch die Opposition einschließende Mehrheit zu erhalten.

c) Die außenpolitische Logik der Auslandseinsätze der Bundeswehr

Die Praxis deutscher Außenpolitiker auf dem Feld der Auslandseinsätze der Bundeswehr resultierte zum einen aus den hier skizzierten spezifischen Dispositionen ihres Habitus, der sowohl traditionelle Prämissen über die Funktionsweise der internationalen Beziehungen als auch ein Bewusstsein für die geringe Legitimität militärischer Gewalt vereinte. Zum anderen ergab sich die Praxis aus ihren jeweiligen, in Konkurrenz zueinander stehenden Positionen. Obwohl die Entscheidungsträger innerhalb der politischen Führung in öffentlichen Stellungnahmen meist angaben, dass sie gezwungen seien, durch Einsätze der Bundeswehr internationale »Verantwortung« zu übernehmen, geschah dies offensichtlich freiwillig. Denn diesen Entscheidungen lagen, wie oben dargelegt, spezifische Prämissen über die Funktionsweise der internationalen Beziehungen zu Grunde. Demnach wäre es nachteilig gewesen, sich nicht an den im Rahmen von internationalen Organisationen beschlossenen Militäreinsätzen zu beteiligen, da dies das Gewicht der eigenen Stellung reduziert hätte. Insbesondere galt dies für das wichtigste Militärbündnis, die NATO, in der das Mitspracherecht informell nach dem Ausmaß der eigenen Beteiligung gewichtet wurde[288]. Ihren traditionellen Dispositionen entsprechend, waren es daher Anfang der 1990er Jahre

---

284 Interview mit Referenten im BMVg in Berlin, 15.3.2012.

285 Biermann, Der Deutsche Bundestag und die Auslandseinsätze, S. 613–619; Schröder, Das parlamentarische Zustimmungsverfahren, S. 135 f.; Gareis, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik, S. 40 f.

286 Biermann, Der Deutsche Bundestag und die Auslandseinsätze, S. 614 f.

287 Dyson, The Politics of German Defence and Security, S. 25. In einer Umfrage unter Bundestagsabgeordneten nannten im Jahr 2006 nur 7 % der Antworten »Friedenssicherung« und »Auslandseinsätze der Bundeswehr« als eines der drei derzeit wichtigsten Probleme in der deutschen Außenpolitik, womit diese auf Platz sechs von neun Themenbereichen kamen. Jäger [u.a.], Die Salienz außenpolitischer Themen, S. 12.

288 Theiler, Deutschland und die NATO, S. 301.

vor allem Politiker der konservativen CDU/CSU sowie des »rechten Flügels« der SPD, die auf ein militärisches Engagement drängten[289].

Zugleich sorgten die unabsehbaren internationalen Interdependenzen dafür, dass die Akteure sich zur Sicherheit lieber an internationalen Vorhaben beteiligen als beiseite stehen wollten. Zudem zählten weltweite militärische Interventionen zu einem festen Bestandteil der US-amerikanischen außenpolitischen Praxis. Da die deutschen Entscheidungsträger die USA als »Hegemon« wahrnahmen, gaben sie US-amerikanischen Bitten nach militärischer Unterstützung meist nach. Selbst die Angehörigen der ersten rot-grünen Bundesregierung wollten – auch nach persönlichem Druck des US-Präsidenten – im Fall der Kosovo-Intervention von 1999 nicht die eigene Stellung in der NATO und die Bündnistreue zu den USA zugunsten völkerrechtlicher Prinzipien schwächen[290]. Beim Engagement auf dem relativ nah gelegenen Balkan traten zudem innenpolitische Prämissen hinzu. So wird mehrfach berichtet, dass die politischen Entscheidungsträger in jedem Fall eine Flüchtlingswelle nach Deutschland wie Anfang der 1990er Jahre verhindern wollten. Bestes Mittel hiergegen wären »stabile« Verhältnisse vor Ort gewesen[291].

Schließlich ergaben sich die Entscheidungen zur deutschen Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen aus den Konstellationen der bedeutendsten Machtpositionen und der Tatsache, dass sich die Institutionen ihrer »Bewohner« bemächtigen. Da VN-geführte Einsätze in den Aufgabenbereich des AA fielen, traten dessen Leiter also tendenziell für diese ein. Deutlich wird dies insbesondere in der Person Klaus Kinkels, der sich als FDP-Parteivorsitzender vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr gegen diese positionierte. Gleichzeitig stellte er sich jedoch in seiner Funktion als Bundesminister des Auswärtigen hinter diese und trat für eine Beteiligung der Bundeswehr an den *standby arrangements* der VN ein, die wiederum Rühe ablehnte, da er dadurch teilweise die Kontrolle über signifikante Teile seiner Truppenverbände verloren hätte[292]. Genau umgekehrt waren dagegen die Stellungnahmen der beiden im Falle der NATO-geführten Kosovo-Mission. Aus seiner im Bereich der Politik des nordatlantischen Bündnisses machtvolleren Position sprach sich in diesem Fall Rühe deutlich stärker für ein Eingreifen aus als Kinkel[293].

Im Fall des BMVg bildete das Ende des Kalten Kriegs und damit das Legitimationsdefizit der Bundeswehr die objektive Grundlage dafür, nach neuen Begründungen für den ohnehin schon stark reduzierten Wehretat zu suchen. So wie andere Streitkräfte dieser Zeit verknüpften die Verantwortlichen daher unter einem »erweiterten Sicherheitsbegriff« die in keinem Fall erst nach 1990

---

289 Philippi, Bundeswehrauslandseinsätze, S. 63 f. und S. 83.

290 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 50–54.

291 Neubeck, Die Transformation der Bundeswehr, S. 207.

292 Philippi, Bundeswehrauslandseinsätze, S. 107–111. Auf ähnliche Weise strukturierten sich die Machtkämpfe in den USA. Dort lag die Kompetenz für VN-Einsätze ebenfalls beim für Außenpolitik zuständigen Department of State, dessen Vertreter dementsprechend dafür waren. MacKinnon, Rivals or Partners?, S. 46–48.

293 Diese Unterschiede verdeutlichen erst detaillierte Darstellungen der Stellungnahmen der Akteure wie die von Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse , S. 36–54.

entstandenen Phänomene des »internationalen Terrorismus«, der ins Wanken geratenen Herrschaft außerhalb der OECD-Welt, der innerstaatlichen Konflikte und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu »neuen« Bedrohungen und Risiken, denen auch mit militärischen Mitteln begegnet werden müsse[294]. Zwar kam es Anfang der 1990er Jahre in der Tat zu einem rapiden Anstieg der Kriege außerhalb der OECD-Welt, da mit dem internationalen Umbruch auch die Herrschaft vieler Regime prekärer wurde[295]. Jedoch ist nicht klar, weshalb dies eine Bedrohung für die Bundesrepublik darstellen sollte. Zudem sank die Anzahl der Kriege bis Mitte der 1990er Jahre wieder drastisch auf das etwa 30 Jahre zuvor erreichte Niveau[296], ohne dass sich jedoch die Begründungen – die also offensichtlich einen anderen Zweck hatten – veränderten[297].

Als Verbündeter des Ministers, der in seiner Funktion die Mittel des gesamten Ressorts im Blick hatte, erschien insbesondere in den 1990er Jahren der Generalinspekteur. Denn wie oben dargelegt, konnte dieser seine eigene Position innerhalb der Bundeswehr vor allem durch weitere Auslandseinsätze aufwerten. Eher gegen diese Entwicklung standen die Inspekteure der Teilstreitkräfte, die bei Auslandseinsätzen kaum weitere Kompetenzen gewinnen konnten und darauf bedacht waren, die ihnen unterstellten Truppenteile nicht abzunutzen[298]. Damit ist nicht gesagt, dass die Entscheidungsträger eine »egoistische Interessenpolitik« ohne Moral verfolgten und diese nur aus reinem Kalkül »humanitär« begründeten. Nicht zu leugnen ist gleichwohl, dass die Entscheidungsträger in Deutschland wie in anderen westlichen Staaten in der Entscheidung für eine Intervention äußerst selektiv vorgingen[299]. Um die Abstimmung von Habitus und Feld zu ermöglichen, war also eine objektive Grundlage im Sinne von eigenen Interessen erforderlich. Dieser Prozess gestaltete sich freilich auch bei den Spitzenmilitärs und Sicherheitspolitikern, wie oben unter anderem am Beispiel der Empörung der »68er« ausgeführt, unbewusst. Die vielfältigen Phänomene von »Staatszerfall« bis hin zu Migration erschienen ihnen somit subjektiv tatsächlich als potenzielle »Sicherheitsbedrohungen«.

Die politischen Entscheidungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr waren freilich nie unumstritten. Hintergrund war, dass die Verantwortlichen aufgrund ihrer Erfahrungen mit der »Friedensbewegung« davon ausgingen, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Einsätze ablehnen würde. Mit Ausnahme des Irak-Kriegs von 1990/1991, an dem sich die Bundesrepublik nur indirekt durch enorme finanzielle und materielle Hilfen beteiligte, gab es jedoch nie wieder der-

---

294 Koob, Deutsche Militärpolitik in den neunziger Jahren, S. 70–73 und S. 76 f., sowie allgemein Schlichte, Neue Kriege oder alte Thesen?, S. 112 und S. 121 f. Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, November 1992, Nr. 10, 18, 20 und Nr. 23; Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 1994, Nr. 209 f. und Nr. 212.

295 Schreiber, Die Kriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, S. 26.

296 Ebd., S. 13.

297 Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 21.5.2003, Nr. 18–27; Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 18.5.2011, S. 1–4; Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006, S. 23–27.

298 Vgl. die von Weisser, Strategie als Berufung, S. 182, geschilderte Auseinandersetzung Rühes mit dem Inspekteur der Luftwaffe bei den ersten Auslandseinsätzen Anfang der 1990er Jahre. Gleiches gilt für die unten geschilderte ISAF-Mandatserweiterung im Jahr 2003.

299 Fassin, Humanitarian Reason, S. 3.

art starke Proteste[300]. Grund hierfür war zum einen, dass insbesondere vor dem Hintergrund der Massaker auf dem Balkan militärisches Eingreifen nicht mehr rein negativ erschien. Mehrere linksliberale Wortführer änderten daher ihre pazifistische Auffassung und sprachen sich für »humanitäre Interventionen« aus[301].

Zugleich hatte der Pazifismus seine objektive Grundlage verloren, da er den Anwärtern auf die machtvollsten staatlichen Positionen nicht mehr als unbewusste Legitimation dafür diente, diese selbst zu übernehmen. Vielmehr waren diese Akteure bis in die 1990er Jahre vielfach selbst in entsprechende Stellungen aufgerückt, wie sich am besten an den Grünen, der bedeutendsten politischen Partei dieser Richtung, zeigte[302]. In den 2000er Jahren hatten sich die Auffassungen zu Militäreinsätzen schließlich soweit verschoben, dass sogar Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen in der Opposition Interventionen aus idealistischen Gründen forderten, die Union oder FDP nach einer nüchternen Interessenkalkulation ablehnten[303].

Aufgrund der Trägheit des Habitus, in dem Primärerfahrungen alle weiteren strukturieren, sowie der Vorsicht, mit der sich gerade Politiker zwischen den auf ihrer Ebene vielfach gebündelten Interdependenzen bewegten, gingen die Entscheidungsträger dennoch bedächtig vor. So wagte auch in den 2000er Jahren keiner von ihnen, das Grundgesetz, in dem sich keine eindeutige Legitimation für Auslandseinsätze der Bundeswehr fand, zu ändern. Als Rechtsgrundlage diente daher das von der damals herrschenden juristischen Auslegung abweichende Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994[304]. Da die Verantwortlichen in der Regierung stets fürchteten, die jeweilige Opposition könnte den vermeintlichen Pazifismus der Wähler ausnutzen, wollten sie zum einen insbesondere in den 1990er Jahren die Öffentlichkeit nur nach und nach mit immer intensiveren Auslandseinsätzen konfrontieren[305]. Um keine Erinnerungen an die deutsche Vergangenheit wachzurufen, sollten diese zudem nicht als kriegerische Handlungen, sondern vorzugsweise als »humanitäre« Einsätze erscheinen[306].

Zum anderen versuchten die Regierenden meist, auch die Opposition mit einzubeziehen, um eine möglichst breite Mehrheit im Bundestag zu erzielen[307]. Dies

---

300 Zu den Protesten vgl. Philippi, Bundeswehrauslandseinsätze, S. 74 f.; Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 388 f. Kohl, Erinnerungen 1990–1994, S. 219 f. und S. 307, führte die Niederlage der CDU bei der Landtagswahl in Hessen im Januar 1991 auf den pazifistisch ausgerichteten Wahlkampf von SPD und Grünen zurück.

301 Schwab-Trapp, Kriegsdiskurse, S. 13, 106 f., 247 f., 360 und S. 390.

302 Vgl. zu den veränderten pazifistischen Positionen der Grünen Sedlmayr, Die aktive Außen- und Sicherheitspolitik, S. 122–125.

303 So die Konstellation bei der EU-Intervention im Kongo 2006. Rinke, Die Auslandseinsätze der Bundeswehr, S. 170; Stephan Löwenstein, Eine Scheindebatte. In: FAZ, 27.3.2006, S. 6. Vgl. auch Struck, So läuft das, S. 113, der angibt, durch Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen zu einem Eingreifen im Sudan gedrängt worden zu sein.

304 Breitwieser, Verfassungshistorische und verfassungsrechtliche Aspekte, S. 163.

305 Dyson, The Politics of German Defence and Security, S. 59. Die Opposition sprach daher von einer »Salami-Taktik«.

306 Neubeck, Die Transformation der Bundeswehr, S. 541.

307 Thießen/Plate, Bundeswehr und Parlament, S. 151; Philippi, Bundeswehrauslandseinsätze, S. 88–90.

gelang jedoch bei den Abgeordneten der PDS/Die Linke nie[308]. Die Angehörigen der nicht-bürgerlichen Oppositionsparteien versuchten außerdem häufig, in ihren Augen nicht legitimierte Einsätze oder übermäßige Gewaltanwendung der Bundeswehr im Auslandseinsatz zu skandalisieren, um das Wohlwollen der Wähler zu erlangen[309]. Wie oben gezeigt, beobachtete die militärische Führung diese Praxis aufmerksam und versuchte dementsprechend, schon im Vorhinein nicht zu kriegerisch zu erscheinen.

Insgesamt gewöhnten sich jedoch die Akteure des politischen Felds mit der Zeit an den Einsatz militärischer Mittel, wenn er auch seine delegitimierende Komponente nie verlor, da die Zustimmung der Bevölkerung stets prekär schien[310]. Gleiches galt offensichtlich für den »Normalbürger« – zumindest gingen die Journalisten im Lauf der Zeit davon aus, dass die Auslandseinsätze als solche, mit Ausnahme einiger besonderer Ereignisse, weniger interessant für die Leser wären[311]. Damit einher ging eine »Rehabilitierung« des Soldatischen, die sich an immer häufigeren ehrerbietenden staatlichen Veranstaltungen, aber auch der Publizistik und Unterhaltungsbranche ablesen lässt[312]. Dabei wurden meist historisch gespeicherte Rituale und Symbole genutzt[313], sodass sich diese Praxis in die tradierte symbolische Ordnung einordnen ließ. Den passenden Rahmen hierfür bot die allgemeine »Wiederentdeckung des Nationalen« nach der deutschen Wiedervereinigung[314].

Insgesamt waren die außenpolitischen Entscheidungen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr das Ergebnis vielfältiger Aushandlungsprozesse und Kompromisse, die sich aus den unterschiedlichen Interessen sowie den Prämissen der Entscheidungsträger ergaben. Ein gutes Beispiel, an dem dies besonders deutlich zutage trat, war die Beteiligung an der UNIFIL-Mission von 2006. Für ihren offiziellen Zweck, den Nachschub der libanesischen Hisbollah über See zu unterbinden, war sie nur bedingt geeignet, da die meisten Waffenlieferungen über Land verliefen und die UNIFIL zivile Schiffe in der 12-Seemeilen-Zone des Libanon nicht ohne Einverständnis der Behörden durchsuchen durfte[315]. Äußerst zweckmäßig war sie aber offensichtlich aus Sicht der deut-

---

308 Neubeck, Die Transformation der Bundeswehr, S. 535 f.

309 Vgl. neben den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen insbesondere die zahlreichen im Folgenden zitierten Quellen. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss]; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung].

310 So legten etwa die Umfragen des SOWI ein klar geteiltes Meinungsbild nahe. Insbesondere die Zustimmung zum ISAF-Einsatz sank jedoch über die Zeit deutlich. Fiebig, Auslandseinsätze der Bundeswehr, S. 123f.; Bulmahn, Einstellungen zu den Auslandseinsätzen, S. 37–39.

311 Vgl. Kümmel/Leonhard, Casualties and Civil-Military Relations, S. 530.

312 Jacobi/Hellmann/Nieke, Deutschlands Verteidigung am Hindukusch, S. 182–184.

313 Kaiser, Von Helden und Opfern, S. 395–398 und S. 408 f.; Hettling, Militärisches Totengedenken, S. 63 und S. 65–68; Bergmann, Gewalt und Männlichkeit, S. 156–168.

314 Götz, Deutsche Identitäten.

315 Breitwieser, Die Vereinten Nationen und der Nahost-Konflikt, S. 95; Albrecht, Einsatz im Nahen Osten, S. 369 f. Als sachlicher Zweck wird daher oft behauptet, tatsächlich sei das Ziel gewesen, zu verhindern, dass Israel selbst die Schiffe vor dem Libanon kontrolliert und damit dessen Souveränität verletzt. Allerdings erscheint es unwahrscheinlich, dass die israelische Seite dies über Jahre hinweg getan hätte.

schen Entscheidungsträger, da hierbei einerseits keine großen gewaltsamen Zwischenfälle zu erwarten waren, andererseits im Sinne des AA aber der personelle Anteil Deutschlands an VN-Einsätzen sprungartig anstieg und innerhalb der Bundeswehr auch der Marine die Möglichkeit gegeben wurde, die eigene Relevanz zu belegen.

IV. Herrschaft und Krieg in Afghanistan

> »Centuries before Marx, and in a world where Islamic and tribal values remained unchallenged, [pre-modern Arabic social theorist] ibn Khaldun had observed that the cash economy of the city undermined group solidarity and kinship ties by empowering the individual. Isolated as Afghanistan seemed, even the rural countryside could not escape the penetration of a growing money economy that brought ever more city values into the villages with each passing generation and every new road or school. The new economy gave people new ideas and new wants.«
>
> Der Ethnologe Thomas Barfield über die Transformation der afghanischen Verhältnisse im ausgehenden 20. Jahrhundert[1]

Um die Praxis der Akteure der Bundeswehr zu verstehen, müssen die Verhältnisse, unter denen sie stattfand, zumindest skizziert werden. Nur hierdurch wird auch deutlich, ob sie selbstreferenziell, also nicht an den örtlichen Gegebenheiten orientiert, handelten. Den Aufgaben der ISAF im Allgemeinen und der Bundeswehr im Besonderen entsprechend, steht im Mittelpunkt dieses Kapitels, wie sich politische Herrschaft und kriegerische Auseinandersetzungen in Afghanistan gestalteten. Hierfür sind zunächst die hier gewählten theoretischen Ansätze auf Krieg und Herrschaft anzuwenden. Danach wird aus einer strukturgeschichtlichen Perspektive der afghanische Staatsbildungsprozess analysiert. Hierauf folgt eine Untersuchung der Ursachen und des Verlaufs der seit den 1970er Jahren andauernden kriegerischen Ereignisse sowie der Herrschaftspraxis in Afghanistan. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den nordostafghanischen Provinzen Kunduz und Badakhshan, da diese das Haupteinsatzgebiet der Bundeswehr bildeten[2].

Als Quellen dienen zum einen wissenschaftliche Überblicksdarstellungen und ethnologische Spezialstudien. Die qualitativ hochwertigsten Arbeiten verfassten in der Regel Fachwissenschaftler, die vor allem in der Zeit vor 1979 im Land Feldforschung betrieben und zumeist mindestens eine der afghanischen Landessprachen beherrschten[3]. Mit Kriegsbeginn blieben die quellennah erarbeiteten Spezialstudien allerdings aus, da das Land für Forscher schwer zugänglich wurde. Die jüngsten Arbeiten erreichten daher mit einigen Ausnahmen nicht mehr das Niveau ihrer Vorgänger[4]. Einige der älteren Wissenschaftler verfassten

---

1 Barfield, Afghanistan, S. 172 f.

2 Als Umschrift für afghanische Namen und Bezeichnungen wird eine vereinfachte englische gewählt, da diese am gebräuchlichsten ist und sich somit Verwirrungen insbesondere bei Ortsbezeichnungen vermeiden lassen. In den deutschen Sprachgebrauch aufgenommene Bezeichnungen wie »Mudschaheddin« folgen einer vereinfachten deutschen Umschrift.

3 Vgl. z.B. Barfield, The Central Asian Arabs of Afghanistan; Grevemeyer, Herrschaft, Raub und Gegenseitigkeit; Grötzbach, Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan; Holzwarth, Segmentation und Staatsbildung in Afghanistan.

4 Vgl. auch das Fazit von Bleuer, The Study and Understudy of Afghanistan's Ethnic Groups, der die wohl umfangreichste jüngste Afghanistan-Bibliografie erstellte. Vgl. auch Schetter, The Unknown Unknowns, S. 87–90. Zu den Ausnahmen zählen u.a. folgende Überblicksdarstellungen: Dorronsoro, Revolution Unending; Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan.

mit ihrem Hintergrundwissen wertvolle Überblickdarstellungen auch der jüngeren Ereignisse[5]. Ansonsten stammen seit 2001 die meisten Studien von Verfassern, die ohne Kenntnis der lokalen Sprachen, weitgehend unmittelbar anwendungsorientiert und oft von im Land engagierten westlichen Institutionen bezahlt, Informationen sammelten[6].

In diesen jüngsten Arbeiten erscheinen die afghanischen Verhältnisse zumeist als rein negative Abweichung bzw. Zurückbleiben hinter dem westlichen Entwicklungsideal. Sowohl die historische als auch die soziale Perspektive auf menschliche Praxis fehlen hierbei weitgehend. Die genannten Studien stellen somit nicht die eigentliche Funktionsweise von Herrschaft und die Handlungslogik der Gewalt in Afghanistan dar, sondern konstatieren bloß ihren »defizitären« oder vermeintlich anomischen Charakter[7]. Um Herrschaft und Gewalt auf lokaler Ebene verstehen zu können, mussten für diese Arbeit daher zum einen durch Feldforschung vor Ort mit Interviews neue Primärquellen erzeugt werden. Zum anderen war das vorhandene Material mit dem erforderlichen Detailgrad, das heißt vor allem Presseerzeugnisse und die eher anekdotischen Berichte internationaler Institutionen, quellenkritisch zu analysieren und mit den mündlichen Aussagen in Beziehung zu setzen[8].

Im Ergebnis dieses Kapitels zeigt sich, dass das Vordringen der Moderne spätestens seit dem 19. Jahrhundert in Afghanistan zunehmend die sozialen Beziehungen traditionaler Prägung zerstörte, ohne sie unmittelbar zu ersetzen. Der Prozess verlief »ungleichzeitig« vor allem in dem Sinne, dass die afghanische ökonomische Reproduktion mit einigen Ausnahmen bis in die Gegenwart subsistenzbasiert blieb. Es kam somit zu keiner umfassenden sozialen Funktionsteilung, in deren Zuge die gesellschaftlichen Beziehungen hätten versachlicht und ohne auswärtige Eingriffe eine umfassende Herrschaft etabliert werden können. In diesem Sinne den dominierenden sozialen Verhältnissen entrückt war die mithilfe internationaler Geldzahlungen entstandene Staatsklasse. Diese hatte ein modernes Staatsideal internalisiert und versuchte, es in dem seit Ende des 19. Jahrhunderts international festgelegten Territorium durchzusetzen.

Eine derartige »nachholende Konsolidierung vorausgesetzter Staatlichkeit« (Jens Siegelberg) traf aber auf den Widerstand des Großteils der traditional vergesellschafteten Bevölkerung. Bis in die Gegenwart gelang es daher den Vertretern der Zentralregierung nicht, ihre Herrschaft landesweit durchzusetzen. Den ungleichzeitigen Verhältnissen entsprechend, korrespondierten auch die modernen nationalistischen, kommunistischen und selbst die stärker mit traditionalen Elementen angereicherten islamistischen Ideologien der Regierungs-

---

5 Vgl. z.B. Barfield, Afghanistan; Grevemeyer, Afghanistan.

6 Bleuer, The Study and Understudy of Afghanistan's Ethnic Groups; Schetter, The Unknown Unknowns, S. 93 f. Zu diesen Studien zählen die zahlreichen von consultants erstellten Provinz- und Distriktprofile sowie »Baseline«-Studien und »Impacts Assessments«. Vgl. kritisch hierzu Wimpelmann, Nexuses of Knowledge and Power, S. 414 und S. 417.

7 Vgl. zu dieser durch die Vorstellung von »Neuen Kriegen« insbesondere seit den späten 1990er Jahren geprägten Sicht Schlichte, Neue Kriege oder alte Thesen?, S. 119.

8 Diese Forschungsergebnisse wurden publiziert in Münch, Local Afghan Power Structures. Sie vollständig zu zitieren, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Daher werden sie überwiegend als Gesamtwerk herangezogen.

vertreter nicht mit dem Legitimationsempfinden des Großteils der Bevölkerung. Die Herrschaft jeder Zentralregierung blieb daher nur stabil, solange auch Ressourcen vorhanden waren, die in der Form direkter Gaben Loyalität generieren konnten oder Gewaltapparate finanzierten, die Gefolgschaft erzwangen. Solche Mittel erhielten die Staatsvertreter in ausreichendem Ausmaß in Form von Subsidien, Entwicklungshilfe und sonstigen Zahlungen ausschließlich von außen. Zentralherrschaft blieb somit trotz aller modernen Elemente bis in die Gegenwart von den personalen Verhältnissen der Vertreter der Regierung zu den lokalen Machthabern abhängig.

Die ungleichzeitige Modernisierung der afghanischen Gesellschaft erzeugte durch vordringende kapitalistische Vergesellschaftungsformen, die solche traditionaler Prägung zerstörten, gewaltsame Auseinandersetzungen. Insbesondere die Monetarisierung der Wirtschaft schuf neue, als illegitim empfundene Ungleichheiten, die traditionale Redistributionssysteme nicht mehr ausgleichen konnten. Herausgelöst aus ihren dörflichen Gemeinschaften, entwickelten einzelne Akteure Partizipationsansprüche, die von den staatlichen Patronageverhältnissen nur bis in die 1970er Jahre befriedigt werden konnten. Die Kommandeure der seitdem gebildeten bewaffneten Gruppen erkämpften sich im Krieg eine breitere soziale Beteiligung an der vorher von einer schmalen Staatsklasse monopolisierten Zentralregierung.

Gleichwohl versachlichte sich das Verhältnis zwischen Regierungsvertretern und lokalen Machthabern nicht, sondern blieb personal ausgerichtet. Gleiches galt für die sozialen Beziehungen zwischen den Kommandeuren bewaffneter Gruppen. Die Anwärter auf oder Inhaber der höchsten Machtpositionen versuchten immer wieder, größere politisch-militärische Verbände zu begründen. Aufgrund der geringen Funktionsteilung und damit großen Unabhängigkeit erwiesen sich die Beziehungen zwischen den Akteuren auf der lokalen Ebene allerdings stets am stärksten. Einzelne Kommandeure wählten daher ihre Zugehörigkeit zweckrational und häufig wechselnd ihren unmittelbaren sozialen Verflechtungen entsprechend aus. Auf diese Weise konnten sie ihre Position auf dem lokalen politischen Feld den Bedingungen auf dem nationalen Feld anpassen und an der Macht bleiben. Da die Kommandeure tendenziell versuchten, auf die gewinnende Seite zu wechseln, zeigt sich auch, dass sich die lokalen Machtverhältnisse etwa in den Provinzen Kunduz und Badakhshan, in denen die Bundeswehr jeweils ein Feldlager unterhielt, seit dem Fall der sowjetisch-gestützten Regierung relativ konstant blieben.

1. Theoretisierung von Herrschaft und Krieg

Wie der übrige Teil sozialer Praxis, so soll auch politische Herrschaft im Sinne Webers und der auf ihm aufbauenden Ansätze betrachtet werden. In seinem Sinne gilt Herrschaft hier als eine verstetigte Form von Macht und damit als »Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam

zu finden«[9]. Ihm zufolge lässt sich Herrschaft zwar zeitweise, aber nicht dauerhaft durch Gewalt erzwingen. Als eine Form der Ungleichheit ist sie darauf angewiesen, dass die Beherrschten sie als legitim wahrnehmen. Diese subjektive Seite ist gleichwohl gebunden an die objektiven Verhältnisse. So empfinden Menschen in differenzierten, individualisierten modernen Gesellschaften eine legal-rationale Ordnung, die gesetzesartig allgemeingültige Rechte zuweist, als legitim. In weniger funktionsteiligen, kollektivistischen Gesellschaften hingegen genügt häufig eine traditionale Legitimität, die auf eine hergebrachte Ordnung verweist[10].

Da sich aus der hiesigen Perspektive subjektive Wahrnehmung und Bewertung nicht von den objektiven Verhältnissen trennen lassen, sind Letztere auch konstitutiv für Herrschaft. So bezeichnete Weber die Bezahlung des Verwaltungsstabs als entscheidend für dauerhafte Herrschaft, ging sonst jedoch nicht auf ihre objektiven Grundlagen ein[11]. Dagegen betonten Elias und Bourdieu allgemeiner die Bedeutung materieller Vorteile, die den Beherrschten zukommen. In traditionalen Gesellschaften würde dies insbesondere durch den »Statuskonsum« der Herrschenden erfolgen, in dessen Zuge sie Teile ihres Besitzes zu Gunsten anderer aufbrauchten[12]. Der geringeren Funktionsteilung entsprechend, gestalten sich die Beziehungen in traditionalen Gesellschaften weitgehend personal. Materielle und andere Vorteile vermitteln die Herrschenden daher über an Personen gebundene Patron-Klienten-Verhältnisse[13]. In den stärker differenzierten modernen Gesellschaften geschieht dies hingegen durch abstrakte, in der Regel in Satzungen objektivierte Regeln wie insbesondere die Sozial- und Steuergesetze.

Wie in Kapitel II.4.a näher erläutert, wird der Staat hier mit Bourdieu als ein Feld verstanden, das in historisch umfassendster Weise Kapitalsorten monopolisiert. Staatliche Herrschaft hat damit die stabilste objektive Grundlage. Subjektiv beruht ihre Stabilität auf einer in Europa gewachsenen spezifischen Ordnungsvorstellung und einem über Generationen internalisierten Legitimitätsglauben, der den Staat schließlich sogar als natürlich erscheinen lässt. Als eine territorial gebundene, kohärente, alle organisierte Gewalt monopolisierende Ordnung verbreitete sich die ursprünglich rein europäische Staatsidee schließlich über die gesamte Welt[14]. Wie die zahlreichen fehlgeschlagenen Versuche des *statebuildings* gezeigt haben, sind die objektiven Grundlagen staatlicher Herrschaft jedoch nur schwer zu erreichen.

Elias zeigte, dass Staatsbildung historisch einherging mit einer größeren Funktionsteilung der Gesellschaft. Denn hierdurch standen erst die ökonomischen Ressourcen bereit, die es einzelnen Herrschern ermöglichten, größere Gebiete militärisch zu unterwerfen, später die entmachteten Lokalherrscher mit Renten

---

9 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 22.

10 Vgl., allerdings ohne expliziten Bezug auf die objektiven Verhältnisse, ebd., S. 122–124.

11 Laut Heins, Max Weber zur Einführung, S. 47 f., war dies der Fall, da Weber seine Herrschaftssoziologie aus der Religionssoziologie heraus entwickelte.

12 Elias, Die höfische Gesellschaft, S. 426 und S. 429 f.; Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis, S. 324 f., 335 f., 344 f., 357–360 und S. 364 f.

13 Schlichte, Die Entwicklungszusammenarbeit, S. 46 f.

14 Schlichte, Der Staat in der Weltgesellschaft, S. 64 und S. 94.

an sich zu binden und somit die organisierte Gewalt dauerhaft zu monopolisieren. Erst nachdem weitere Gruppen, auf die der Alleinherrscher aufgrund der Funktionsteilung angewiesen war, an der Macht beteiligt wurden, vergesellschaftete sich die staatliche Ordnung bis hin zur Demokratie[15]. Subjektiv konnten die Menschen dies akzeptieren, da die stärkere soziale Differenzierung einerseits als Triebeinhegung auf ihren Habitus zurückschlug und sie daher zunehmend von Gewalt absahen. Andererseits waren sie somit objektiv eingebunden in größere Figurationen. Diese sorgten dafür, dass sie sich subjektiv nicht mehr nur dem engeren familiären Umfeld zugehörig, sondern als Angehörige einer Nation empfanden[16].

Um die Ursachen des Konflikts in Afghanistan und damit die Motivation der Gewaltakteure zu verstehen, bietet sich der ebenfalls auf den genannten Theorien beruhende »Hamburger Ansatz« zur Erklärung von Kriegen außerhalb der OECD-Welt nach 1945 an[17]. Im Gegensatz zu anderen Konflikttheorien beruht er auf einer umfassenden Gesellschaftstheorie und nahm daher zahlreiche ihrer Ergebnisse vorweg bzw. deckt deren Blindstellen ab. So behandeln die in der Regel ökonometrischen Arbeiten zwar die objektive Grundlage von Konflikten, missachten jedoch allein schon aufgrund ihrer statistischen Quellen die subjektive Bewertung der Akteure. Schließlich sind auch die Daten, die aus kaum verstaatlichten Gesellschaften stammen, von fragwürdiger Validität und in der Regel so allgemein, dass sie nur abstrakte Schlussfolgerungen zulassen[18]. Die Perspektive auf die objektiven Verhältnisse der Akteure fehlt hingegen meist den kulturalistischen Konfliktstudien, die oft nur die subjektiven Bewertungen der Beteiligten analysieren. Zu Recht verweisen sie zwar auf die Bedeutung von ethnischen, religiösen und anderen Identitäten. Allerdings können sie nicht erklären, weshalb diese nicht immer in Konflikte münden und warum sie teilweise quer zu den Konfliktlinien liegen.

Der »Hamburger Ansatz« hingegen vereint mit der »Grammatik des Krieges« beide Perspektiven, beruhend auf einer umfassenden Gesellschaftstheorie. In zahlreichen Fallstudien bestätigt[19], geht der Ansatz wie bereits einige Vorarbeiten[20]

---

15 Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bd 2, S. 31 f., 142–155, 227–236, 259 f. und S. 278 f.; Elias, Die höfische Gesellschaft, S. 97–99, 107–110 und S. 181–184.

16 Elias, Wandlungen der Wir-Ich-Balance, S. 219–228 und S. 237–243.

17 Siegelberg, Kapitalismus und Krieg. Vgl. zusammenfassend Siegelberg, Kriegerische Gewalt, S. 15–76.

18 Vgl. insbesondere Collier/Hoeffler, Greed and Grievance in Civil War.

19 Vgl. die Beiträge in Jung/Schlichte/Siegelberg, Kriege in der Weltgesellschaft, und Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen sowie die seit 1993 im Jahrbuch der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF), »Das Kriegsgeschehen«, publizierten Fälle. An Monografien vgl. Schlichte, Krieg und Vergesellschaftung in Afrika; Sergiou, Conflict Causes Revisited.

20 Bereits in den 1970er Jahren regte sich Kritik an den vorherrschenden optimistischen Prämissen der damaligen Modernisierungstheorien. Ihre Gegner betonten daher, dass die Durchsetzung der Moderne erst einmal Konflikte erzeuge. Vgl. zu dieser Literatur Fitzsimmons, Hard Hearts and Open Minds?, S. 347–349. Dem Hamburger Ansatz am nächsten gekommen sein dürfte Scott, The Moral Economy of the Peasant, S. 1–10, der am Fall von südasiatischen Bauernaufständen zeigte, dass die Einbindung der bäuerlichen Ökonomie in den Weltmarkt ursächlich sei für die Zerstörung ihrer Vergesellschaftungs- wie Vergemeinschaftungsformen und damit für die folgenden Gewaltkonflikte.

davon aus, dass – neben »mitgeschleppten« vormodernen Konflikten – die hauptsächliche Ursache innerstaatlicher Kriege außerhalb der OECD-Welt nach 1945 darin liegt, dass traditionale Vergesellschaftungsformen zerstört werden, ohne dass ihre Funktion unmittelbar ersetzt würde. Hauptantrieb dieser Entwicklung sei das weltweite Vordringen kapitalistischer Wirtschaftsweisen, die – wie bereits von Karl Marx erkannt und allgemein als Grundlage der modernen Sozialwissenschaft gewürdigt – soziale Beziehungen durch sachliche Marktbeziehungen ersetzen[21].

Mit Elias, der ebenfalls Marx' Gedanken aufnahm[22], lässt sich dieser Transformationsprozess über das Wirtschaften hinaus als die von ihm beschriebene umfassende gesellschaftliche Funktionsteilung begreifen, die schließlich einen derart hohen Grad erreicht, dass soziale Beziehungen zwangsläufig versachlicht wurden, um ihre Komplexität bewältigen zu können. Der Prozess führte daher zu einem grundlegenden Wandel nicht nur der – primär wirtschaftlichen – objektiven Grundlagen menschlicher Existenz, sondern in ihrem Gefolge auch der Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata. Er entzog so etwa über Jahrhunderte hingenommenen traditionalen Gemeinschaftsidealen den Boden und ermöglichte den Aufstieg individualisierter Lebensentwürfe, was wiederum Herrschaft vielerorts ins Wanken brachte. Im Sinne des Hamburger Ansatzes ist Kapitalismus also weder ein negativer politischer Kampfbegriff noch eine Bezeichnung für eine rein ökonomische Tätigkeit, sondern ein »gesellschaftlicher Gesamtzusammenhang von materieller, politischer und ideeller Reproduktion«[23]. Dementsprechend ist auch der Transformationsprozess als gesamtgesellschaftlicher zu verstehen.

Auch in Europa verlief dieser Transformationsprozess etwa in Form von Bauernkriegen, Ständestreits und Revolutionen konfliktiv, doch entwickelte er sich zumindest nach und nach über Generationen hinweg von innen heraus. So konnten auch die traditionalen Funktionen in generationenlangen Auseinandersetzungen durch versachlichte Gegenstücke wie etwa Wohlfahrtsstaatlichkeit ersetzt, mangelnde Herrschaftslegitimität durch partizipative Verfassungen und juristische Mystifikationen von einer gerechten Ordnung ausgeglichen werden. Im Gegensatz dazu wurde die Transformation außerwestlicher Gesellschaften in kurzer Zeit von außen herangetragen, indem die europäische Expansion sie zumindest durch Handel in den Weltmarkt einband und später vielfach auch direkt kolonisierte. Die kapitalistische Transformation veränderte auf diese Weise die komplette Gesellschaftsordnung:

> »In ihrer horizontalen Dimension weitet sich die kapitalistische Gesellschaft regional aus und unterwirft immer größere Bevölkerungsteile den marktförmigen Austausch- und Produktionsverhältnissen. Traditionell begrenzte Märkte und subsistenzförmige Produktion werden in die nationalen und weltmarktlichen Reproduktionszusammenhänge eingebunden [...] Nach der Seite ihrer vertikalen Ausbreitung betrachtet, setzt sich die kapitalistische Vergesellschaftung in eine Aus- und Umgestaltung des gesamten gesellschaftlichen Überbaus um.

---

21 Siegelberg, Kapitalismus und Krieg, S. 37–41.
22 Treibel, Die Soziologie von Norbert Elias.
23 Siegelberg, Kriegerische Gewalt, S. 27, Anm. 12.

> Sie durchdringt die verschiedenen Stufen des Überbaus und verändert den gesamten sozialen, politischen, kulturellen und geistigen Lebensprozess, schafft neue Bedürfnisse und verändert Herrschaft und Legitimationsformen ebenso wie das Denken, die Wertvorstellungen und Gefühle, kurz, sie ergreift nach und nach die Gesamtheit aller Lebensverhältnisse[24].«

Da der Prozess von außen herangetragen wurde und relativ schnell verlief, standen in besonders schroffer Form – bezogen auf den Fortschritt der Versachlichung sozialer Beziehungen – unterschiedliche Vergesellschaftungszustände im Sinne einer »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« nebeneinander fort[25]. Konfliktfördernd war somit allgemein die Tendenz der kapitalistischen Transformation, »alle unterhalb der Schwelle nationaler Integration liegenden sozialen, ethnischen oder religiösen Integrationsebenen einzureißen, ohne daß die Zerstörung der angestammten Formen der Gemeinschaftlichkeit unmittelbar durch neue vergesellschaftende Potenzen aufgefangen würde«[26].

Die Methode der »Grammatik des Krieges« gestattet es, mit einem Vier-Stufen-Modell die Faktoren, die einander verdichtend ursächlich für Kriege außerhalb der OECD-Welt sind, zu analysieren und einzuordnen. Die ersten beiden Stufen sind allerdings nur analytisch zu trennen und nicht zeitlich abfolgend. So betrifft die erste Stufe die vorhandenen objektiven gesellschaftlichen Widersprüche und die zweite deren subjektive Wahrnehmung. Wie auch in dieser Arbeit in Kapitel II eingehend erläutert, bedingen sich beide Aspekte gegenseitig, da die objektiven Verhältnisse die subjektive Wahrnehmung bestimmen und umgekehrt die auf Letzterer basierende Praxis die objektive Realität mitgestaltet[27].

Die auf der ersten Stufe wirksamen gesellschaftlichen Widersprüche entstehen in erster Linie durch die skizzierte ungleichzeitige Transformation der sozialen Verhältnisse und damit beispielsweise verbundene strukturell ungleiche Verteilungen von Ressourcen, staatlichen Posten usw. Ein in allen der betreffenden Gesellschaften wirksamer Widerspruch erwuchs aus dem von außen durch die ehemaligen Kolonialmächte und internationale Organisationen festgelegten nachkolonialen Staatsgebiet und dem meist hinterlassenen ehemals kolonialen Staatsapparat. Denn anders als in Europa, wo das Staatsterritorium markierte, bis wohin die jeweiligen Machthaber ihre Herrschaft ausweiten konnten, waren diese Grenzen außerhalb der OECD-Welt ohne Rücksicht auf die dort lebenden politischen Verbände und die Frage, ob sie sich staatlicher Herrschaft unterwerfen würden, gezogen worden. Schließlich war der legalrationale staatliche Apparat auf eine bereits vollends modern und nicht mehr traditional vergesellschaftete Bevölkerung ausgerichtet. Dementsprechend kam es in allen Fällen zunächst dadurch zu Konflikten, dass die Inhaber der formalen Staatsgewalt eine »nachholende Konsolidierung vorausgesetzter Staatlichkeit« betreiben mussten, um ihre Herrschaft auch faktisch durchzusetzen[28].

---

24 Siegelberg, Kapitalismus und Krieg, S. 142 f.
25 Ebd., S. 151 f.
26 Ebd., S. 138.
27 Ebd., S. 181–185.
28 Ebd., S. 167 f. und S. 189 f.

Auf der zweiten Stufe, der Krise, bestimmen die wiederum selbst durch die Realitäten geformten Wahrnehmungs- und Bewertungsstrukturen der Habitus der Akteure, welche objektiven Verhältnisse tatsächlich konfliktrelevant werden. So empfinden insbesondere noch traditional geprägte Akteure die kapitalistische gesellschaftliche Transformation »als Niedergang und Verfall, Entweihung und Erniedrigung«[29]. Oftmals betrachten sie die neuen ungleichzeitigen Verhältnisse durch vorhandene ethnische, religiöse und fundamentalistische Wahrnehmungs- und Bewertungsstrukturen.

> »Es sind daher die religiösen, ethnischen, sprachlichen usw. Unterschiede, in denen sich die Menschen die verschiedenen Tempora der Entwicklung vergegenwärtigen. Und entsprechend sind es religiöse, ethnische, sprachliche, kurz, kulturelle Formen, in denen die Gegensätze zum Ausdruck gebracht werden und die den Charakter der aus ihnen erwachsenden Konflikte und Kriege prägen. Es erweist sich somit als völlig unangemessen, diese Erscheinungsformen der Kriege und Konflikte auch für ihre wesentlichen Bestimmungsgründe zu halten[30].«

Die ethnischen, religiösen und fundamentalistischen Wahrnehmungs- und Bewertungsstrukturen beruhen zwar auf traditionalen Symbolen, verschaffen somit emotionale Geborgenheit und ermöglichen es, das Neue zu verarbeiten; gleichwohl stellen sie Neuschöpfungen dar, die somit bereits das Moderne enthalten[31].

Die aufgrund ihrer ökonomischen Grundlage bereits am stärksten von der kapitalistischen Transformation betroffenen städtischen Mittelschichten internalisierten tendenziell hingegen am frühesten modernere Wahrnehmungs- und Bewertungsstrukturen, wie sie in den bürgerlichen Freiheiten, aber auch kommunistischen Programmen niedergelegt waren. Diese ließen sie die autoritären Herrschaftsweisen der »nachholende Konsolidierung vorausgesetzter Staatlichkeit« anstrebenden Regime als widersprüchlich empfinden. Dementsprechend eigneten sie sich die kommunistische oder bürgerlich-liberale Rhetorik an, um ihre Ansprüche zu formulieren. Neben dem zweckrationalen Ziel, hiermit zu Zeiten des Kalten Kriegs die Unterstützung einer der Blockmächte zu erhalten, sollten diese Phänomene daher in diesem Kontext und nicht als tatsächliche »Stellvertreterkriege« gesehen werden[32].

Sofern sich die Akteure dazu entschließen, die von ihnen als widersprüchlich wahrgenommenen Verhältnisse zu beseitigen, schlagen auf der dritten, »Konflikt« genannten Stufe der »Grammatik des Krieges« die »Verhältnisse in Verhalten« um. Die Verantwortlichen bilden Gruppen, eignen sich physische Gewaltpotenziale an und stellen sich darauf ein, diese auch anzuwenden. Zu dieser Stufe zählt ebenfalls die meist vorrangig betrachtete eskalatorische Kette von Ereignissen, die schließlich den Anlass des Kriegs bietet und ihn tatsächlich beginnen lässt[33]. Hierauf folgt die Stufe »Krieg«. Auf ihr entfernt sich die Praxis der Akteure immer mehr von den Kriegsursachen, da Gewaltspiralen neue

---

29 Ebd., S. 40.
30 Ebd., S. 152.
31 Ebd., S. 147, 152 f. und S. 183–187.
32 Ebd., S. 144–146 und S. 157 f.
33 Ebd., S. 190 f., Zitat: S. 190.

Verhältnisse und Wahrnehmungen erzeugen und den Krieg verstetigen. Er beginnt zudem, auch die Lebensgrundlage von Gesellschaftsgruppen und damit deren objektive Grundlage zu bilden[34].

2. Herrschaft und Krieg in der neuesten afghanischen Geschichte

In den folgenden Abschnitten ist zunächst aus einer strukturgeschichtlichen Perspektive und anhand der genannten theoretischen Prämissen zu analysieren, wie politische Herrschaft in Afghanistan funktionierte. Ebenso werden mit der »Grammatik des Krieges« die Ursachen für den Krieg und die Praxis der afghanischen Gewaltakteure untersucht. Mit den hieraus gewonnenen Erkenntnissen lässt sich einschätzen, inwieweit das Handeln der Bundeswehr auf die lokalen Verhältnisse abgestimmt war.

a) Afghanische Staatsbildung und ihre Widersprüche

Übergreifende Herrschaften existierten in Afghanistan bis Ende des 19. Jahrhunderts nur in Form loser dynastisch legitimierter Verbände, die von sich schnell wandelnden Beziehungen zwischen den Oberherrschern und ihrer Gefolgschaft geprägt waren. Allgemein folgten sie der von Elias für das europäische Mittelalter analysierten Praxislogik[35], wonach die Herrschaftsverhältnisse im Krieg – auch durch die dabei gemachte Beute – relativ gefestigt waren, danach jedoch rasch wieder zerfielen[36]. Erst indem die Briten aus kolonialem Interesse heraus ab Mitte des 19. Jahrhunderts einzelne Herrscher alimentierten, verschafften sie ihnen die ökonomische Grundlage, um sich dauerhaft zu behaupten. Die in der Region miteinander konkurrierenden Vertreter Großbritanniens und Russlands legten zudem bis 1896 in internationalen Kommissionen die äußeren Grenzen Afghanistans fest. Sie konzipierten das Land bewusst als »Pufferstaat«, der geografisch durch das Hindukusch-Gebirge durchschnitten blieb und dessen Grenzen die Siedlungsgebiete sprachlich definierter Verbände zertrennten. Auf diese Weise sollte Afghanistan selbst kaum zu einer bedrohlichen Macht werden können[37].

Dennoch gelang es dem schließlich von den Briten unterstützten Herrscher Amir Abdurrahman Khan, im Zuge einer geradezu idealtypischen »nachholenden Konsolidierung vorausgesetzter Staatlichkeit« bis 1896 zumindest alle *regionalen* Machthaber auf seinem Territorium äußerst gewaltsam und erbarmungslos zu

---

34 Ebd., S. 192.
35 Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bd 2, S. 31 f.
36 Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 10 f. und S. 33–51; Barfield, Afghanistan, S. 66–109; Grevemeyer, Afghanistan, S. 11.
37 Barfield, Afghanistan, S. 143-146; Dupree, Afghanistan, S. 421–425; Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 69 f.

unterwerfen[38]. Gleichzeitig begann er, seine Herrschaft im Sinne des westlichen Ideals eines kohärenten, legal-rationalen Staatswesens umzuformen[39]. Einerseits bestrebt, durch Vermischung von Volksgruppen ein einheitliches Staatsvolk zu schaffen, stützten Abdurrahman und seine Nachfolger ihre Herrschaft gleichwohl andererseits in der Praxis auf die Gruppe der Paschtunen ab, der sie selbst entstammten[40]. Fortgesetzt von seinen Nachfolgern, war es in den 1920er Jahren schließlich König Amanullah Khan, der die Modernisierungsbestrebungen auf die Spitze trieb. Er ließ erstmals alle staatlichen Aufgaben in Satzungen und Gesetzen, die bis heute Grundlage für formale Normen in Afghanistan sind, formulieren. Als Ersatz für die mit der 1919 erkämpften Unabhängigkeit vorerst gestoppten britischen Subsidienzahlungen erhob er zudem den Anspruch, die Bevölkerung direkt mit Geldforderungen zu besteuern und Wehrpflichtige einzuziehen[41].

In der Hauptstadt Kabul entstand eine zahlenmäßig wachsende Oberschicht, die zuvorderst als Staatsbedienstete von den britischen und den nach der Unabhängigkeit auch von anderen ausländischen Mächten geleisteten Geldzahlungen lebten. Ihre Angehörigen internalisierten moderne politische Ideen und artikulierten sie, oft am Vorbild der osmanischen Jungtürken orientiert, mit nationalistischen oder den noch stärker der traditionalen Grammatik verhafteten islamistischen Deutungsmustern. In diesem Sinne forderten sie eine weitere Modernisierung des Staats, nationale Selbstbestimmung, aber auch bürgerliche Freiheiten und Partizipation. So übten sie Druck auf die Könige aus, den Staat weiter zu modernisieren. Anders als das europäische Bürgertum nicht von eigener ökonomischer Tätigkeit lebend, waren die Habitus der Kabuler Oberschicht in »ungleichzeitiger« Weise kaum auf die Verhältnisse des Landes außerhalb der Hauptstadt eingestellt[42].

Abdurrahman war es zwar gelungen, die seine Zentralgewalt bedrohenden regionalen Herrscher zu entmachten, doch galt dies nicht für die lokalen. Vielmehr dienten die Großgrundbesitzer weiterhin als Intermediäre, um Steuern einzutreiben und Wehrpflichtige einzuziehen[43]. Über die Dorfbevölkerung übten sie eine rein personale, im Grunde noch feudale Herrschaft aus. Ihre Legitimität erhielten sie insbesondere dadurch, dass sie Teile des von der Dorfgemeinschaft erwirtschafteten Überschusses etwa über religiöse Almosen und Speisungen weiterverteilten. Gleichzeitig schirmten sie die Bauern gegen zu drastische staatliche Steuer- und Wehrdienstforderungen ab. Aufgrund der geringen Funktionsteilung unter den Bedingungen einer weiterhin größtenteils subsistenzbasierten Wirtschaft band die Landbevölkerung auch objektiv nichts an den Staat, dessen Vertreter etwa bei einer funktional differenzierteren Ökonomie

---

38 Barfield, Afghanistan, S. 150–154. Dupree, Afghanistan, S. 417–419, sprach daher von »internal imperialism« (S. 417).

39 Barfield, Afghanistan, S. 146–153, 155 und S. 158–160; Cronin, Building and Rebuilding Afghanistan's Army, S. 54.

40 Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 680.

41 Barfield, Afghanistan, S. 183–192; Grevemeyer, Afghanistan, S. 15 und S. 66 f.

42 Ruttig, How it All Began, S. 3; Barfield, Afghanistan, S. 175–177; Grevemeyer, Afghanistan, S. 13 f.

43 Grevemeyer, Afghanistan, S. 34 und S. 39 f.; Barfield, Afghanistan, S. 152 f.

Rechtssicherheit bei Verträgen hätten bieten können. Dementsprechend gering war die Verbreitung des modernen Staatsideals in der Peripherie Afghanistans[44].

Spätestens seit dem frühen 20. Jahrhundert konnten sich gleichwohl kapitalistische Wirtschaftsweisen und überhaupt Monetarisierung in beinahe allen Gegenden Afghanistans in unterschiedlicher Ausprägung verbreiten. Sie begannen bereits deutlich vor dem Krieg von 1979, die traditionalen Verhältnisse aufzulösen. Dies zeigte sich angefangen an den zunehmend in Geld gehandelten Naturalpreisen, die den Schwankungen des Markts unterlagen und damit ungekannte Unsicherheiten für die Bauern brachten, über die gewandelte lokale Herrschaft der Großgrundbesitzer bis hin zu Familienverbänden, die sich mit der entstehenden Bazar-Ökonomie arbeitsteilig aufspalteten[45]. Durch die Monetarisierung in der Lage, Reichtum fast unendlich zu akkumulieren, begann die lokale Oberschicht, größere Teile des dörflichen Überschusses nicht weiterzuverteilen, sondern stattdessen für sich zu behalten. Auch sahen deren Angehörige Land immer häufiger als sachliche Investition und damit nicht zuvorderst als Teil einer sozialen Beziehung, in der sie für die den Boden bearbeitenden Bauern auch sorgen mussten[46]. Die lokale Herrschaft verlor also zunehmend ihren ökonomisch gegenseitigen Charakter und damit die objektive Grundlage ihrer Legitimität[47].

Der konfliktive Charakter dieser sozialen Transformation wurde bereits mit der Ankunft der Briten in Afghanistan im Jahr 1839 deutlich. Nachdem sie den in Kabul residierenden Herrscher unterworfen hatten, begannen sie den Staatsapparat zu rationalisieren, indem sie Zahlungen an Geistliche (*ulema*), die Recht sprachen, und lokale Machthaber, die Kontingente an Kämpfern bereithielten, einstellten. Die Gelder sollten stattdessen ein stehendes Heer und ein modernes rationales Rechtswesen unterhalten. Um Steuereinnahmen zu ermöglichen, animierten sie die bereits durch die britisch-indische Geldpolitik bedrängten Bauern, *cash crops* anzubauen. Gleichzeitig stärkten sie die Händler und erzeugten schließlich um Kabul ungewollt eine Inflation, indem sie regelmäßig Güter für ihre Armee kauften und dadurch immer mehr Geld in Umlauf brachten[48]. Die neuen Verhältnisse, die unter anderem dazu führten, dass sich Frauen in Kabul prostituieren mussten, um ihre Familien zu ernähren, erzeugten bei vielen Afghanen das Gefühl der Schande. Wie schon die zeitliche Verzögerung von rund zwei Jahren zeigte, waren es ebendiese Umbrüche und nicht ein verletztes – damals noch nicht existentes – Nationalbewusstsein, die

---

44 Grevemeyer, Afghanistan, S. 68–77. Vgl. zu Badakhshan Holzwarth, Segmentation und Staatsbildung in Afghanistan, S. 225, und zu Kunduz Wilde, The Consistency of Patronage, S. 64 f.

45 Holzwarth, Segmentation und Staatsbildung in Afghanistan, S. 181–183; Grevemeyer, Herrschaft, Raub und Gegenseitigkeit, S. 72 f. Folge der Monetarisierung war auch, dass sich die Brautpreise erhöhten, wodurch sich ebenfalls viele Bauern verschuldeten. Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 79.

46 Grötzbach, Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan, S. 59, 128 f., 149, 207 f. und S. 270 f.; Moos, Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Munjan-Tal, S. 36.

47 Grötzbach, Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan, S. 212 f.; Grevemeyer, Afghanistan, S. 68 f. Vgl. dementsprechend zu Badakhshan Holzwarth, Segmentation und Staatsbildung in Afghanistan, S. 225.

48 Hanifi, Impoverishing a Colonial Frontier, S. 218; Barfield, Afghanistan, S. 115–121.

als Folge den ersten afghanischen Volksaufstand auslösten. Dieser vertrieb die Briten und brachte sie zu der Erkenntnis, dass es günstiger sei, Afghanistan indirekt von Indien aus zu beherrschen[49].

Auch Amanullahs Modernisierungsreformen hatten über die Monetarisierung der zuvor nur als Naturalien erhobenen Steuern kapitalistische Vergesellschaftungsformen weiter verbreitet. Gesetze gegen den Brautpreis und gegen zu hohe Kosten von Hochzeits- und Trauerfeiern sollten offenbar die Steuerpflichtigen weiter zahlungsfähig halten, trafen aber – wie auch die Neuordnung der Geschlechterrollen – unmittelbar die traditionalen Abhängigkeitsverhältnisse. In ihrer ökonomischen Grundlage bedroht, empfanden Bauern und lokale Machthaber die Reformen als tiefgreifenden negativen Einschnitt. Mehrere oft von Geistlichen angeführte Aufstände waren daher die Folge, die Amanullah schließlich zur Abdankung zwangen[50]. Bis zur Machtübernahme der Kommunisten versuchten afghanische Zentralmachthaber nicht mehr, die lokale Ebene direkt zu beherrschen, sondern übten weiterhin über die Großgrundbesitzer als Intermediäre Einfluss aus. Die insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg vermehrt erhaltene Entwicklungshilfe erlaubte ihnen außerdem, auf die potenziellen Steuereinnahmen zu verzichten. Ihre Herrschaft sicherten sie zudem durch einen vergleichsweise stark rationalisierten Gewaltapparat ab[51].

Mit internationaler Hilfe entstanden ab den 1920er Jahren und vermehrt nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche Straßen sowie der Salang-Tunnel, der erstmals ein Überqueren des Hindukusch auch im Winter ermöglichte. Die Zirkulation von Waren und Arbeitskräften nahm daher im ganzen Land zu[52]. Hinzu kamen seit den 1930er Jahren entwicklungspolitische Großprojekte, die neben dem südlichen Helmand vor allem in den späteren Provinzen Kunduz und Baghlan stattfanden, dortige Böden in Wert setzten und überhaupt erst für deren Besiedlung sorgten[53]. Die staatlichen Entscheidungsträger verteilten dabei das neu gewonnene Land in Kunduz vor allem an aus dem Süden umgesiedelte Paschtunen. Teilweise bestraften sie diese hiermit für Aufstände, nutzten sie aber auch als Stellvertreter, indem sie ihnen hohe Positionen in der Verwaltung

---

49 Obwohl er selbst betont, dass »Fremdherrschaft« entgegen dem heutigen Klischee in Afghanistan nicht per se als widersprüchlich wahrgenommen wurde, er ausführlich die sozio-ökonomischen Folgen der britischen Politik schildert und erwähnt, dass die frühen Aufrufe der *ulema* zum Dschihad gegen die Briten erfolglos blieben und es nie zuvor zum Volksaufstand gegen Herrschende kam, sieht Barfield, Afghanistan, S. 121–129, die Hauptursachen des Kriegs in seiner religiösen Legitimation selbst [sic!] und der Teilnahme von Kämpfern aus der Peripherie, was freilich nichts über deren Motivation aussagt.

50 Ebd., S. 183-192; Grevemeyer, Afghanistan, S. 15 und S. 66 f.

51 Grevemeyer, Traditionale Gesellschaft und Wandel, S. 20; Barfield, Afghanistan, S. 195–200 und S. 209.

52 Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 77 f.; Barfield, Afghanistan, S. 172 f. und S. 218 f. Vgl. zu Badakhshan Moos, Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Munjan-Tal, S. 14 und S. 17, und zu Kunduz Barfield, The Central Asian Arabs of Afghanistan, S. 102 f., 110 f. und S. 114.

53 Grevemeyer, Afghanistan, S. 90–97; Barfield, Afghanistan, S. 205 und S. 218; Grötzbach, Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan, S. 58 f. und S. 63–69; Barfield, The Central Asian Arabs of Afghanistan, S. 29–31 und S. 111 f.

zuwiesen[54]. Implementiert wurden die staatlichen Projekte von den lokalen Großgrundbesitzern, die darin Schlüsselposten besetzten und die meisten der neu kultivierten Böden erhielten[55]. Sie akkumulierten auf diese Weise immer mehr Geld und Land, während eine zunehmende Zahl von Bauern ihres durch Verschuldung verlor[56]. All dies trieb die kapitalistische Vergesellschaftung der Peripherie und den Legitimationsverlust der dortigen lokalen Herrscher weiter voran.

Gleichzeitig versahen staatliche und zunehmend auch internationale Bildungsinstitutionen immer mehr Menschen auch aus ländlichen Regionen mit moderner Bildung. Diese sahen sich kaum in der Lage, wieder in ihre traditionalen Vergesellschaftungszusammenhänge zurückzukehren, sodass sie auf Stellen im öffentlichen Dienst angewiesen blieben. Es gelang allerdings nur bis in die 1950er Jahre, beinahe alle Absolventen über Stellen in die staatlichen Patronagenetzwerke zu integrieren, während bis in die 1970er Jahre die Zahl der arbeitslosen Gebildeten anstieg. In ihrer ökonomischen Grundlage bedroht und mit liberalen sowie kommunistischen Ideen ausgestattet, empfanden insbesondere die in ihren Chancen bedrohten Gebildeten das weiterhin autoritäre System, dessen Patron-Klienten-Verhältnisse sich entlang der bestehenden Kabuler Netzwerke strukturierten, zunehmend als widersprüchlich[57]. Ihre Ansprüche auf Gleichheit formulierten diese »Kräfte der Häresie« mit modernen Deutungsmustern. Aufgrund der traditionalen Legitimation fühlten sich dabei Menschen ländlicher Herkunft eher von islamistischen Ideologien angesprochen, während Städter seit den 1960er Jahren vermehrt kommunistische bevorzugten. Im Kern fokussierten sich beide jedoch auf die Ziele soziale Gerechtigkeit zu erlangen und die positiv bewerteten Teile der Moderne zu verbreiten[58].

b) Krise, Konflikt und Krieg

Anfang der 1970er Jahre verdichteten sich die gesellschaftlichen Widersprüche Afghanistans und die Akteure begannen, die Verhältnisse als Krise wahrzuneh-

---

54 Grötzbach, Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan, S. 58 f. und S. 63–69; Barfield, The Central Asian Arabs of Afghanistan, S. 29–31.

55 Wilde, The Consistency of Patronage, S. 71 f.; Barfield, The Central Asian Arabs of Afghanistan, S. 62–64, 69 und S. 82–84; Grevemeyer, Afghanistan, S. 89 f.; Grötzbach, Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan, S. 68 und S. 71–73.

56 Wily, Land Rights in Crisis, S. 41 f.; Aseer, Afghanistan im politischen Spannungsfeld, S. 23 f.; Grötzbach, Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan, S. 65 f. und S. 205–208, kam für Nordostafghanistan zu dem Ergebnis, dass den Großgrundbesitzern, deren Bevölkerungsanteil er mit 0,2 % bezifferte, etwa 50 % der Böden gehörten, 42 % Klein- und Kleinstbauern und 6 % mittelgroßen Landbesitzern.

57 Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 70, 76, 91 und S. 93; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 19 f. und S. 66 f.

58 Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 82. Dabei ist auch im afghanischen Fall der instrumentelle Charakter der genannten, oft in sich widersprüchlichen Ideologien zu beachten, die daher nicht selbst die Ursachen des Konflikts sein können. Im Fall des Sozialismus wird dies besonders daran deutlich, dass grundlegende Übersetzungen der Werke Marx' nicht vorhanden waren. Grevemeyer, Afghanistan: das »Neue Modell einer Revolution«, S. 156 f.; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 84 f., 91 und S. 93.

men sowie schließlich organisiert Gewalt anzuwenden. Objektive Grundlage der Wahrnehmung einer Krise war in den Städten das Unvermögen der Verantwortlichen angesichts einer hohen Staatsverschuldung, die Masse der Schul- und Universitätsabsolventen über Stellen in die staatlichen Patronagenetzwerke zu integrieren[59]. Studenten und andere Gebildete organisierten sich daher zunehmend in islamistischen, kommunistischen, nationalistischen und wenigen liberal-demokratischen Gruppierungen, um ihre Forderungen nach Teilhabe vorzutragen[60]. Die Schwelle zur Gewalt und damit zum Konflikt überschritten dabei ab Mitte der 1960er Jahre erstmals die Auseinandersetzungen vor allem zwischen kommunistischen und islamistischen Studentengruppen auf dem Campus der Universität Kabul[61].

Im Jahr 1973 putschte der Cousin des amtierenden Königs Zaher Shah, Mohammad Daud, mithilfe einer Fraktion der offiziell nicht zugelassenen kommunistischen Partei. Unter seiner autokratischen Herrschaft ließ er vor allem die Führer der Islamisten verfolgen, verdrängte jedoch auch bald die Kommunisten[62]. Die entkommenen Islamisten organisierten sich in der Jamiat-e Islami-ye Afghanistan (Islamische Gesellschaft Afghanistans), die schließlich Burhanuddin Rabbani führte, und der am Ende von Gulbuddin Hekmatyar geleiteten Hezb-e Islami-ye Afghanistan (Islamische Partei Afghanistans)[63]. Im Jahr 1975 begannen sie einen auf das gesamte Land angelegten Aufstand, der jedoch nur in wenigen Provinzen Anfangserfolge zeitigte[64]. Hierzu zählte insbesondere der Nordosten des Landes, in dem die voranschreitende kapitalistische Vergesellschaftung die größten Widersprüche erzeugt hatte. So kontrastierten in Badakhshan die noch am ehesten feudalen Verhältnisse mit einer gleichzeitig überdurchschnittlich hohen Anzahl von Gebildeten[65].

Im April 1978 putschten schließlich zunehmend vom Feld der Macht verdrängte kommunistische Offiziere, töteten Präsident Daud sowie den Großteil seiner Familie und übergaben dem besonders radikalen Khalq (Volk)-Flügel der Partei im Zuge der Saur (April)-Revolution die Regierungsgeschäfte[66]. Meist ländlicher Herkunft, hatten die Biografien seiner Angehörigen die deutlichsten Brüche erfahren. Sie taten sich daher dadurch hervor, dass sie ebenso radikale Lösungen befürworteten und einen möglichst vollständigen Bruch mit der Tradition erreichen wollten. In der Folge begannen sie nicht nur beispiellose

---

59 Barfield, Afghanistan, S. 212; Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 93. Grund hierfür war wiederum die durch internationale Entwicklungsprojekte verstärkte Verschuldung sowie im Zuge der Entspannungspolitik nachlassende auswärtige Hilfszahlungen. 1970/71 betrug die Staatsverschuldung 50 % der Exporterlöse. Grevemeyer, Afghanistan, S. 104 f.

60 Vgl. prägnant zu den einzelnen Gruppierungen Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 90 f.

61 Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 71.

62 Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 92.

63 Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 74 f.; Shahrani, Causes and Contexts of Responses, S. 158.

64 Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 75.

65 Shahrani, Causes and Contexts of Responses, S. 142 und S. 158 f.; Giustozzi/Orsini, Centre-Periphery Relations, S. 3 f.

66 Barfield, Afghanistan, S. 225; Grevemeyer, Afghanistan: das »Neue Modell einer Revolution«, S. 145 f.

politische »Säuberungsaktionen« in den Städten, sondern auch eine umfassende Landreform, um die Bauern an den Staat zu binden und die Herrschaft der *khan*e zu zerstören[67]. Dabei verteilten sie jedoch Land zuvorderst an Parteisympathisanten, reformierten nicht das für die Verschuldung verantwortliche Bazar-System und übersahen die insbesondere zu den weniger reichen *khanen* of noch gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Land. Vor die Wahl gestellt, ob sie sich an die ihnen fremde und unzuverlässige Größe des »Staats« oder die *khan*e binden lassen wollten, verblieben die meisten Bauern in ihren traditionalen Figurationen[68].

Zunächst vor allem von Vertretern der von den Kommunisten direkt in ihrer Macht bedrohten *ulema* sowie mitunter von *khan*en angeführt, begannen im Juli 1978 vereinzelte Aufstände. Auch hier zählte der Nordosten Afghanistans, und dabei insbesondere Badakhshan, zu den Gebieten, in denen der Aufstand anfing[69]. Erst jetzt kehrten die vor allem nach Pakistan geflohenen Islamistenführer zurück und beteiligten sich an den Kämpfen, die sich bald auf das ganze Land ausweiteten und spätestens mit diesem Grad der Plan- und Dauerhaftigkeit die Stufe des Kriegs erreichten. Angesichts dieser Lage und interner Regierungskämpfe beschlossen die Machthaber in der Sowjetunion am 27. Dezember 1979 in Afghanistan einzugreifen und die moderatere Parcham (Banner)-Fraktion der kommunistischen Partei an die Macht zu bringen. Da ihr Einmarsch die Aufstände nicht beendete, sahen sich die Vertreter der Sowjetunion bald zu einem größeren, länger angelegten militärischen Engagement gezwungen[70].

In Pakistan militärisch geschult und durch den fehlgeschlagenen Aufstandsversuch kampferfahren, erwiesen sich die Islamisten als die fähigsten Führer der Rebellion. Außerdem verfügten sie durch ihre internationalen Verbindungen über Zugriff auf Waffen und Gelder, zunächst bereitgestellt durch die pakistanische Regierung, die ein ihr wohlgesonnenes Regime installieren wollte. Der Logik der »Stellvertreterkriege« folgend, unterstützten bald auch die USA und Saudi-Arabien, dessen Vertreter sich hiervon Ansehen versprachen sowie ebenfalls ihren Einfluss erweitern wollten, die sich als Mudschaheddin religiös legitimierenden Islamisten[71]. Die hohen Islamistenführer wie Rabbani und Hekmatyar organisierten sich im pakistanischen Exil schließlich in sieben *tanzim* (Organisation) genannten militärisch-politischen Parteien, um internationale Unterstützung zu sammeln. Letztere erhielten sie über den pakistanischen Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI)[72].

In Afghanistan führten lokale Feldkommandeure, die sich jeweils zu einem *tanzim* bekannten und von diesem daraufhin materielle und personelle Unterstützung erhielten, die konkreten Operationen aus. Wie die Fälle Kunduz und Badakhshan zeigen, waren im Nordosten die mächtigsten von ihnen modern

---

67 Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 115. Nach eigenen Angaben halbierte sich dadurch in etwa die Zahl der Parteiangehörigen. Barfield, Afghanistan, S. 225–228.

68 Grevemeyer, Afghanistan: das »Neue Modell einer Revolution«, S. 166–169; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 116–119; Barfield, Afghanistan, S. 230–233.

69 Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S 99–106; Giustozzi/Orsini, Centre-Periphery Relations, S. 4.

70 Barfield, Afghanistan, S. 228–233; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 180 f.

71 Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 99–108 und S. 119–122.

72 Ebd., S. 181 f. und S. 220 f.; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 201–235.

ausgebildete Angehörige der mittleren Großgrundbesitzerklasse oder zumindest der oberen Schichten[73]. Als persönlich verbundene Klienten folgten ihnen einzelne Subkommandeure, die wiederum bewaffneten Gruppen von maximal einigen Dutzend Kämpfern vorstanden. Ihre Gefolgschaft entstammte in der Regel lokalen Solidaritätsbeziehungen (*qaum*) und war dementsprechend lokal gebunden. Die relativ jungen Kommandeure verdrängten in der Folge die eng mit dem Staat verbundenen mächtigsten *khan*e, die aufgrund ihrer Überakkumulation und zunehmend versachlichten Beziehung zur Landbevölkerung an Legitimation verloren hatten und oft fliehen mussten[74].

Wie die europäische Herkunft des Begriffs *qomandan* offenbart, handelte es sich bei der Kommandeurs-Herrschaft um ein in Afghanistan neues Phänomen[75]. Gleichwohl herrschten diese auf traditionale Weise über die breitere Landbevölkerung, indem sie über Patron-Klienten-Beziehungen Teile des Überschusses verteilten. Dabei auch physische Gewalt anzuwenden, war für sie aber aufgrund ihrer militärischen Rolle sehr viel üblicher. Angesichts der recht weitgehenden Unterstützung im Kampf gegen die überlegenen sowjetischen und Regierungsstreitkräfte empfand gleichwohl offenbar ein Großteil der jeweiligen Bevölkerung ihre auch mithilfe der *ulema* abgesicherte Herrschaft als legitim[76]. Das Land der großen *khan*e, die genug Geld hatten, um ins Ausland zu fliehen, übernahmen die nun häufig dafür kämpfenden bewaffneten Bauern und ihre Kommandeure, meist abgesegnet durch die *ulema*[77].

Das Verhältnis zwischen den *tanzim*-Führern und ihren Feldkommandeuren war abhängig von dem jeweiligen persönlichen Verhältnis und daher durchaus

---

73 Der mächtigste Kommandeur von Kunduz, Aref Khan, war Sohn eines Großgrundbesitzers und früheren Bürgermeisters von Kunduz-Stadt. Dorronsoro, Revolution Unending, S. 111 f. Er verfügte über eine entsprechend hohe moderne Bildung, sodass er zunächst als Lehrer der Shir-Khan-Oberschule von Kunduz und danach in einer Landwirtschaftsbank arbeitete. Womöglich nach Regierungsmaßnahmen gegen seine Familie floh er nach Pakistan und kehrte militärisch ausgebildet und mit dem Geld für eine bewaffnete Gruppe zurück. Interview mit Gul Zubair, ehemaliger Berater von Aref Khan und Mitarbeiter des National Solidarity Project, in Kunduz-Stadt, 29.11.2012, und mit dessen Bruder Haji Omar Khan, Geschäftsmann und ehemaliger Provinzgouverneur von Kunduz, in Kunduz-Stadt, 26.11.2012. Etwas niedriger, wenn auch vergleichsweise hoch, war offenbar der Status der Familie seines späteren de-facto-Nachfolgers, Mir Alam, der zwar die höchste Schule von Kunduz-Stadt besuchte, danach jedoch nur als Automechaniker ausgebildet wurde. Who is Who in the Mujahideen. Commander Mir Alam. In: AFGHANews, 8 (15 April 1992), 8, S. 5–8. Der wichtigste Kommandeur von Badakhshan, Najmuddin Waseq, wird wie sein Schwager und Nachfolger, Mir Mohammad Daud »Sardar Khan«, der Großgrundbesitzerklasse entstammt sein. Denn eine Heirat zwischen Familien völlig ungleicher sozialer Lage war unüblich. Münch, Local Afghan Power Structures, S. 48.

74 Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 150 f.; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 144 f., 188 f. und S. 227 f.; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 120 f.; Giustozzi, Afghanistan, S. 19. Vgl. zum Beispiel der Arzbegi-Familie in Kunduz Wilde, The Consistency of Patronage, S. 74. Im traditionaleren Badakhshan konnten sich diese gleichwohl offenbar besser halten. Foschini, Campaign Trail 2010.

75 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 108 und S. 111 f.

76 Ebd., S. 109, 115–117 und S. 124 f.; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 188 und S. 190 f. Vgl. auch, allerdings offenbar im Zeichen des Kalten Kriegs die Gewalt der Mudschaheddin ausblendend, Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 154–159.

77 Rubin, The Political Economy of War and Peace, S. 1799.

schwankend. Grund hierfür war zum einen, dass es sich dabei um keine traditionale Beziehung handelte, sondern um ein sachliches Zweckbündnis, bei dem die Kommandeure materielle Ressourcen anstrebten. Zum anderen beeinflussten die Geber Agenda und ideologische Ausrichtung der *tanzim*e erheblich mit, sodass sie sich nicht in erster Linie am Legitimitätsempfinden der lokalen Bevölkerung orientierten. Hinzu kam, dass es sich bei den *tanzim*-Führern um die staatlich – also gerade nicht an den privaten Religionsschulen[78] – ausgebildeten, enttäuschten Anwärter auf die Positionen der Kabuler Staatsklasse handelte. Ihre Dispositionen unterschieden sich also deutlich von denen vieler lokaler Kommandeure. Eine außergewöhnliche Mittelposition hatte Ahmad Shah Massoud, der ebenfalls zu den modern ausgebildeten Islamisten der ersten Stunde zählte, jedoch gleichzeitig vor Ort die Kämpfer der Jamiat sehr erfolgreich führte und zunehmend auch in übergreifenden politischen Fragen mitbestimmten sollte[79].

Letztlich vergesellschaftete und vergemeinschaftete die Kommandeure meist mehr mit ihrer lokalen Klientel als mit den *tanzim*-Führern. Sie bestimmten daher ihre Zugehörigkeit zweckrational nach den Mitteln, die sie dafür erhielten, oder indem sie einfach die ihrem lokalen Gegner verfeindete Partei wählten. Änderten sich die lokalen Machtkonstellationen, so wechselten auch häufig die Kommandeure die Seiten[80]. Die größte Gefolgschaft fanden im Nordosten die Jamiat und die Hezb, in geringerem Maße Ittehad-e Islami bara-ye Azadi-ye Afghanistan (Islamische Union für die Befreiung Afghanistans) sowie anfangs Harakat-e Inqilab-e Islami (Revolutionäre Islamische Bewegung) und Mahaz-e Melli-ye Afghanistan (Nationale Islamische Front Afghanistans). Obwohl ihre Geber immer wieder versuchten, die *tanzim*e zu koordinieren, konkurrierten auch ihre Führer untereinander bis hin zum bewaffneten Kampf in meist rein zweckrationalen und dementsprechend schnell wandelbaren Konstellationen[81].

Um dauerhaftere Lager zu bilden, bezogen sich die Vertreter der *tanzim*e im Lauf der Zeit zunehmend auf die ethnische Herkunft ihrer Angehörigen. Allerdings geschah dies in der Praxis nie in konsistenter Weise, da es eher die lokalen Machtverhältnisse waren, an denen sich die Lager ausformten. Ein weiterer Grund hierfür war, dass es sich – anders als von den Akteuren oft selbst empfunden – bei Ethnizität gerade nicht um ein traditionales, sondern um ein modernes, im Zuge des Staatsbildungsprozesses entwickeltes Klassifizierungsschema handelte. Hinzu kam, dass es aufgrund unterschiedlicher Zugehörigkeiten keineswegs eindeutig war. Ethnizität nutzten in Afghanistan und anderen »nachholend konsolidierten« Staaten gleichwohl die Inhaber der zentralen Regierungsgewalt mangels Alternativen, um die auf ihrem Territorium lebende Bevölkerung zu kategorisieren und für bestimmte Zwecke zu objektivieren. Wie am Fall der Paschtunen gezeigt, wiesen sie somit dieser zuvor-

---

78 Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 69; Barfield, Afghanistan, S. 212–215.

79 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 145 und S. 221; Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 423–427; Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 122–138.

80 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 147–149; Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 127 und S. 135–137; Barfield, Afghanistan, S. 236 und S. 239 f.

81 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 145 und S. 221; Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 423–427; Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 122–138.

derst linguistisch bestimmten Gruppe bevorzugt Regierungsposten zu, um intermediäre Herrschaft auszuüben[82].

Die ethnischen Kategorien waren inhaltlich zwar oft fragwürdig, da sie – ganz abgesehen von ihrer Relevanz für die Praxis der Betroffenen – zum einen voraussetzten, dass eine lineare Abstammung nachvollziehbar war, und sie zum anderen biologische mit linguistischen und kulturellen Merkmalen vermischten. Indem die Staatsvertreter jedoch Vor- und Nachteile aufgrund der Ethnizität zuwiesen, vergesellschafteten und vergemeinschafteten sie freilich tatsächlich die derart definierten Gruppen in Afghanistan. Zudem bildeten sich so überhaupt erst Begriffe für politische Verbände oberhalb des *qaum*. Dementsprechend nahmen immer mehr Afghanen die gesellschaftlichen Widersprüche als ethnische wahr. Bereits in den 1970er Jahren verliefen daher Konflikte um das auch aufgrund des Bevölkerungswachstums knapp gewordene und bevorzugt an Paschtosprecher verteilte Agrarland in Kunduz, aber auch um paschtunische de-facto-Handelsmonopole in Badakhashan entlang ethnischer Zugehörigkeiten[83].

Die Vertreter der Sowjetunion versuchten zunächst die Mudschaheddin mit Methoden konventioneller Kriegführung zu besiegen, verlegten sich nach zahlreichen Misserfolgen aber zunehmend auf Spezialkräfteoperationen und die Zerstörung der agrarischen Infrastruktur in den aufständischen Gebieten. Da auch dies keine Erfolge zeitigte, bereiteten sie sich ab 1985 auf den vier Jahre später erfolgten Abzug vor, indem sie vor allem die afghanischen Sicherheitskräfte ausbildeten[84]. Die afghanische Regierung war kaum legitimiert und konnte allein durch Gaben insbesondere in Form von Lebensmittelsubventionen und indem sie ab 1984 vermehrt bewaffnete Gruppen kooptierte überleben. Hinzu kam, dass ihre Mitglieder den Gewaltapparat weiter ausbauten und Regierungsgegner immer gnadenloser verfolgten[85]. Ein Jahr nachdem die sowjetischen Hilfszahlungen 1991 aufhörten, zerfielen auch die erkauften Stillhalteabkommen mit bewaffneten Gruppen, sodass diese gen Kabul marschierten. Die geringe vergemeinschaftende Kraft des staatlichen Felds zeigte sich darin, dass sich die meisten Staatsvertreter daraufhin unmittelbar ihrer lokalen oder ethnischen Zugehörigkeit entsprechend den Mudschaheddin-Kräften anschlossen[86].

Der Krieg trieb die Transformation der afghanischen Gesellschaft weiter voran. Hierzu trug bei, dass Mitte der 1980er Jahre schätzungsweise jeder zweite Afghane aus seiner Heimat vertrieben war. Dies zwang die meisten von ihnen dazu, sich entweder in den stärker modern vergesellschafteten Städten anzusiedeln oder sich der rationalen Lagerverwaltung eines der Flüchtlingscamps im Ausland zu unterwerfen[87]. Durch den von der Regierung ausgewei-

---

82 Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 254 f. und S. 549–552.

83 Shahrani, Ethnic Relations under Closed Frontier Conditions, S. 183–185; Bleuer, State-Building, S. 74; Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 292 f. und S. 305 f.

84 Jalali/Grau, The other Side of the Mountain, S. XIX f.; Grau, The Bear Went over the Mountain, S. XVIII f.; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 180 f.

85 Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 394–396, 402–408, 411–414; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 123 f., 128 f., 134–136, 142 f., 147 f., 160 f. und S. 169–175; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 183 f.

86 Barfield, Afghanistan, S. 244 f. und S. 248 f.

87 Ebd., S. 242 f.; Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 103–105.

teten Anbau von *cash crops* in den ihr gegenüber loyalen Gebieten und den Opiumanbau in den von den Mudschaheddin kontrollierten Regionen, die staatlichen Zahlungen an Kommandeure und die Leistungen internationaler Hilfsorganisationen verstärkte sich die Monetarisierung der Wirtschaft[88]. Schließlich gerieten die traditionalen Vergesellschaftungsformen dadurch unter Druck, dass junge Männer als Kommandeure und Kämpfer eine herausgehobene Stellung erhielten, die ihnen zuvor nicht zustand. Ebenso versahen staatliche Stellen während des Kriegs immer mehr Menschen mit moderner Bildung, da sie dies als Mittel im Kampf gegen die Aufständischen sahen[89].

c) Herrschaft und interner Krieg der Mudschaheddin

Ohne das einigende Band eines gemeinsamen Gegners konkurrierten die Vertreter der *tanzim*e nach dem Fall der kommunistischen Regierung untereinander um die Herrschaft. Internationale Akteure versuchten zwar, eine Übergangsregierung zu bilden, und erklärten schließlich, von den VN legitimiert, Rabbani zum Übergangspräsidenten. Allerdings verhinderte dies nicht, dass sich die Akteure bereits ab 1992 wie mitunter bereits in den 1980er Jahren militärisch regelmäßig bekämpften[90]. In den Kämpfen der Mudschaheddin um Kabul zerfielen mit den europäisierenden und orientalistischen Vorzeigegebäuden die staatlichen Fassaden[91]. Doch war dies kein Zeichen für einen »Staatszerfall«, da ein solcher im Sinne einer weitgehenden Monopolisierung der Kapitalien auf dem staatlichen Feld und einer Durchdringung der Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata der überwiegenden Bevölkerungsteile bereits zuvor nicht bestanden hatte. Wie ihr Ziel, die ökonomisch kaum bedeutende, für die nationale und internationale Legitimität aber entscheidende Hauptstadt einzunehmen, offenbarte, hatten die *tanzim*-Führer jedoch ein ähnliches Staatsideal wie ihre Vorgänger internalisiert. Nur waren es nun die vorherigen Anwärter auf die Positionen der Macht, die miteinander konkurrierten, nachdem sie deren generationenlange Inhaber verdrängt hatten[92].

Zerfallen waren bloß die von der kommunistischen Regierung nur dank auswärtiger Finanzhilfen aufrechterhaltenen personalen Patronageverhältnisse insbesondere zu den Kommandeuren bewaffneter Gruppen. Ohne vergleichbare materielle Unterstützung war es auch den neuen Machthabern nicht möglich, eine

---

88 Rubin, The Political Economy of War and Peace, S. 1789–1803 und S. 1792 f.; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 144 f., 173 und S. 180 f. Gleichwohl war der Opiumanbau bereits vor Kriegsbeginn in den 1970er Jahren in den ländlichen Gebieten angestiegen, in denen sich die Zentralregierung schon damals kaum durchsetzen konnte. Er erhielt vor allem durch die erfolgreiche Anti-Drogenpolitik der Nachbarstaaten, insbesondere Irans ab 1979, und das dadurch verknappte Angebot Auftrieb und war somit kein Ergebnis des vermeintlichen »Zerfalls« eines Staats, der auch zuvor nicht die Deutungsmuster der Landbevölkerung prägte und dessen Vertreter Herrschaft außerhalb der Städte nicht monopolisierten. Goodhand, Frontiers and Wars, S. 197 f.

89 Barfield, Afghanistan, S. 242 f.

90 Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 271–274.

91 Issa, Baukultur als Symbol nationaler Identität, S. 174 f.

92 Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 279; Barfield, Afghanistan, S. 251 f.

ganz Afghanistan umfassende Herrschaft zu errichten[93]. Stattdessen gelang es einzelnen *tanzim*-Führern wie Abdurrashid Dostum und Ismail Khan bestenfalls, größere zusammenhängende Gebiete über Patronageverhältnisse zu lokalen Kommandeuren zu kontrollieren. Sie führten dort zwar mitunter klassische Elemente von Staatlichkeit wie Verwaltung und Währungen ein. Letztlich blieben diese Herrschaften jedoch personal ausgerichtet, damit von dem Stand der Beziehungen der *tanzim*-Führer zu den Subkommandeuren abhängig und potenziell instabil[94].

Um Legitimität für eine stabile Herrschaft und zur Bildung von Gruppen oberhalb des *qaum*s nach Wegfall der »unislamischen« Gegner zu erzeugen, bezogen sich die Akteure seit dieser Zeit immer häufiger auf ethnische Kategorien. Denn als Ergebnis des Staatsbildungsprozesses hatten die Zeitgenossen diese immer tiefer internalisiert. Dabei hatten sich als wichtigste *tanzim*e die Jamiat Rabbanis und Massouds als Vertretung für die Tadschiken, die Hezb Hekmatyars für die Paschtunen, die Jombesh-e Melli-ye Afghanistan (Nationale Bewegung Afghanistans) Dostums für die Usbeken und die Hizb-e Wahdat-e Islami Afghanistan (Islamische Einheitspartei Afghanistans) Abdul Ali Mazaris für die überwiegend schiitischen Hazara herausgebildet. Angehörige der kleineren ethnischen Gruppen ordneten sich oft dem am engsten »verwandten« *tanzim* zu. So wählten Turkmenen etwa oftmals die Jombesh der ebenfalls türkischen Usbeken[95].

Schon aufgrund des in der Realität recht unbestimmten Ethnos waren die Parteien jedoch keineswegs ethnisch homogen. Hinzu kam, dass die Vertreter der *tanzim*e – mit Ausnahme der Wahdat – keine explizite ethnische Agenda formulierten, da sie stets das Endziel im Blick hatten, alle Afghanen zu vertreten, und sich keine Bündnismöglichkeiten verbauen wollten. Die ethnische Zugehörigkeit diente lokalen Kommandeuren zudem nur als grobes Orientierungsmuster. Entscheidend war es, sich von Konkurrenten legitimatorisch abzugrenzen und eigene Lager zu formieren[96]. So bildete sich in Badakhshan sowie in geringerem Maße in Kunduz die Tendenz heraus, dass sich usbekische Kommandeure in der ansonsten als paschtunisch geltenden Hezb sammelten, um sich gegen ihre überwiegend tadschikischen Konkurrenten in der Jamiat gegenseitig zu unterstützen[97].

Den instabilen Herrschaftsverhältnissen entsprechend waren auch die Konstellationen, in denen die Kommandeure gegeneinander kämpften, fluide und damit grundverschieden von den zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen der westlichen Welt. Hierzu trug allgemein bei, dass auf der lokalen Ebene offenbar die meisten Kommandeure aus der Zeit vor Kriegsbeginn miteinander bekannt waren. In Kunduz etwa hatten fast alle von ihnen die Shir-Khan-Ober-

---

93 Barfield, Afghanistan, S. 254.

94 Giustozzi, Empires of Mud, S. 297–299; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 233 f.

95 Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 541; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 272 f.

96 Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 543; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 257 f.; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 281.

97 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 45.

schule besucht[98]. Es zählte sogar zur Politik gerade einflussreicher Familien, durch Heirat, aber auch Anstellung der Söhne Verbindungen zu möglichst vielen mächtigen Akteuren unterschiedlicher Lager zu knüpfen[99]. Dies erleichterte es, Kontakte herzustellen und Bündnisse zu schmieden. Da potenziell jeder Kommandeur mit jedem verbündet sein konnte, waren alle aufeinander angewiesen, sodass sie – im Gegensatz zu ihrem mitunter grausamen Verhalten gegenüber einfachen Kämpfern und Unbeteiligten – untereinander eine gewisse Zurückhaltung habitualisierten[100].

Schon aufgrund der geringen Zahlen von bestenfalls einigen hundert Kämpfern versuchten die Kommandeure offenbar häufig eher, Kämpfe zu vermeiden. Trafen bewaffnete Gruppen in feindlicher Absicht aufeinander, so »tasteten« sie sich häufig im taktischen Vorgehen zunächst ab, um zu ermessen, mit welcher Entschlossenheit der andere seine Stellung verteidigen würde und welche Kräfte er hierfür aufwenden könnte. Hieraus ergab sich, dass beide Seiten hin- und herwogten bis klar war, welche Seite überlegen war. Die Kommandeure entschieden dann, ob sie zurückwichen oder Verhandlungen aufnahmen, um sich zu einigen oder sogar zu verbünden[101]. Auch in diesen Auseinandersetzungen starben freilich mitunter zahlreiche Kämpfer, jedoch hatte dieses Vorgehen nicht den Charakter der auf Vernichtung gegnerischer Verbände zielenden Operationen moderner Streitkräfte. Es frustrierte daher bereits während des Dschihad die sowjetischen Offiziere, dass ihre Kameraden der afghanischen Armee Abkommen zum »Leben und leben lassen« mit Mudschaheddin-Gruppen eingingen sowie Letztere über ihre Verbindungen stets Informationen über geplante Operationen der Regierungsseite erlangen konnten[102].

Aufgrund der personalen Herrschaft auf lokaler Ebene hing es fast allein von den Fähigkeiten der jeweiligen Kommandeure ab, ob sie ein bestimmtes Gebiet dauerhaft dominieren konnten. Mit ihrem Tod zerfielen diese Herrschaftsverbände daher schnell wieder. Diese Logik zeigte sich insbesondere in Kunduz, das

---

98 Interview mit dem Leiter des lokalen Büros einer NGO und ehemaligem Distriktgouverneur in Kunduz-Stadt, 4.12.2012.

99 Vgl. Wilde, The Consistency of Patronage, S. 67 f.

100 So verschonte etwa Mir Alam Familie und Besitz von Aref Khan, nachdem er ihn aus Kunduz-Stadt vertrieben hatte, genau wie es dieser umgekehrt tat, nachdem sich das Kriegsglück wieder gewendet hatte. Interview mit General Bashir Basharat, Kommandeur des Operational Coordination Center-Province (OCCP) Kunduz und ehemaliger Kommandeur Mir Alams, in Kunduz-Stadt, 3.12.2012.

101 Selbst Massoud blieb bis zu seinem Tod in Kontakt mit den Taliban, um Möglichkeiten für ein Übereinkommen zu eruieren. So detailliert in seinem Erinnerungen der ehemals hohe Funktionsträger der Taliban Abdul Salam Zaeef: Zaeef/Strick van Linschoten/Kuehn, My Life with the Taliban, S. 87 f. Die genaue Logik der Gewaltpraxis in den Afghanistan-Kriegen seit 1978 ist noch nicht angemessen wissenschaftlich durchdrungen. Jalali/Grau, The other Side of the Mountain, etwa beschränken sich auf einzelne taktische Ereignisse, die sie ganz im Sinne des auf sowjetische Taktiken bezogenen Vorgängerwerks als rational geplante Aktionen auswerten. Die hier gemachten Angaben beziehen sich daher auf unsystematisch und verstreut im Laufe der Forschungen für diese Arbeit gewonnene Erkenntnisse.

102 Maley, The Afghanistan Wars, S. 44 f.; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 188 f.; Barfield, Afghanistan, S. 238.

aus diesem Grund herrschaftlich fragmentiert blieb[103]. Die meisten Kommandeure bekannten sich dort zur Hezb und Jamiat bzw. dem von Massoud 1985 gebildeten Shura-ye Nazar-e Shomal (Koordinierungsrat des Nordens)[104]. Diese Einrichtung sollte ursprünglich vor allem Jamiat-Kommandeure mit denen anderer *tanzim*e abstimmen; er wurde jedoch zu einer Fraktion Massouds innerhalb der Jamiat. Einige Kommandeure in Kunduz gehörten zudem zur Ittehad und Mahaz und ab 1994 auch zur Jombesh. Sie bekämpften sich dabei vergleichsweise heftig in wechselnden Konstellationen, die zudem teilweise nicht denen in Kabul entsprachen. Auch durch den Grenzübergang zu Tadschikistan blieb Kunduz eine ökonomisch vergleichsweise reiche Provinz. Die meisten Kommandeure blieben somit recht autonom, wobei die hierbei generierten Ressourcen nicht ausreichten, um eine übergreifende Herrschaft zu etablieren[105].

In Badakhshan konkurrierten Präsident Rabbani, der aus dieser Provinz stammte, und Massoud um die Vorherrschaft. Dementsprechend folgten die meisten Kommandeure der Jamiat bzw. dem Shura-ye Nazar. Gegner der Jamiat-Dominanz schlossen sich Hezb und Ittehad an. Klienten von Rabbani und Massoud gelang es zwar zeitweise, größere Herrschaftsbereiche zu errichten, doch zerfielen diese nach ihrem Tod wieder[106]. Eine Monopolisierung von Herrschaft erschwerte die gebirgige Topografie der Provinz, die es ermöglichte, einzelne Täler an ihren Ausgängen relativ leicht zu verteidigen. Die Subsistenzwirtschaft war zwar zu karg, um damit größere Herrschaftsverbände zu begründen, reichte jedoch insbesondere durch den guten Zugang zu Wasser aus, um autonom zu bleiben[107]. Erheblich größere Einnahmen brachte der Mohnanbau, den immer mehr Bauern im Laufe der 1990er Jahre auch aufgrund weggefallener staatlicher Lebensmittelsubventionen und Kontrollen betrieben. Die Kommandeure besteuerten die Erträge und konkurrierten um die Kontrolle des Drogenanbaus und -handels, insbesondere über die tadschikische Grenze[108]. Die Provinzhauptstadt beherrschte spätestens ab Ende der 1990er Jahre der junge, anfangs mit Rabbani und später mit Massoud verbündete Jamiat-Kommandeur Nazir Mohammad[109].

---

103 Größere Macht übte zunächst der Jamiat-Kommandeur Abdul Qader Zabihullah bis zu seinem Tod 1984 aus. Maley, The Afghanistan Wars, S. 74; Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 131; Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 237 f. Erst 1992 erlangte der Ittehad-Anhänger Amir Mohammad Chugha in Kunduz eine vergleichbare Stellung, starb jedoch bereits 1994 bei einem Angriff. Hiernach galt der Jamiat-Kommandeur Aref Khan als der mächtigste. Interview mit Assadullah Wal Waliji, Sozialwissenschaftler und ehemals politischer Aktivist, in Kabul, 28.3.2011; Wörmer, The Networks of Kunduz, S. 10 f. und S. 17.

104 Rubin, The Fragmentation of Afghanistan, S. 236 f.

105 Wörmer, The Networks of Kunduz, S. 10–20.

106 Rabbani übte anfangs insbesondere über seinen Klienten Basir Khaled den größten Einfluss in Badakhshan aus. Mit Massouds Hilfe wurde allerdings bald Najmuddin Waseq zum mächtigsten einzelnen Akteur. Er fiel jedoch 1999 einem Attentat zum Opfer, woraufhin der Herrschaftsverband zerbrach. Giustozzi/Orsini, Centre-Periphery Relations, S. 3–6; Münch, Local Afghan Power Structures, S. 44 f.

107 Holzwarth, Segmentation und Staatsbildung in Afghanistan, S. 187 f.

108 Goodhand, From Holy War to Opium War?, S. 271 f.; Giustozzi/Orsini, Centre-Periphery Relations, S. 6; Foschini, Heretics or Addicts, S. 115 f.

109 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 44 f.

d) Der Aufstieg der Taliban

Im Jahr 1994 machte sich mit den Taliban (Religionsschüler) eine neue überregionale Kraft im Wettbewerb der politischen Akteure um die Macht bemerkbar. Es ist noch ungeklärt, ob die Vertreter Pakistans diese Gruppe komplett neu schufen oder diese in der Entstehung unterstützten. In jedem Fall war ihre Hilfe entscheidend. Neben dem Ziel, im Fall eines Kriegs mit Indien »strategische Tiefe« in einem freundlich gesinnten Afghanistan zu erlangen, wollten die Pakistanis das afghanische Staatsgebiet als wirtschaftlichen Transitraum zurückgewinnen. Denn die seit spätestens 1992 segmentierten Herrschaftsräume in Afghanistan verteuerten nicht nur den Warenverkehr durch die jeweils erhobenen »Steuern«, sondern machten ihn auch schwer berechenbar. Hinzu kam ein von saudiarabischen, pakistanischen und anfangs auch US-amerikanischen Vertretern vorangetriebenes Projekt, eine Ölpipeline durch das Land zu legen. Aus dieser Perspektive erschienen die Taliban als Macht, die stabile Herrschaftsverhältnisse schaffen könnte[110].

Die Taliban waren somit zum einen Ergebnis der im Zuge globaler kapitalistischer Vergesellschaftung erhöhten internationalen Interdependenzen. Zum anderen gründeten sie auf der bereits erfolgten Transformation der traditionalen afghanischen Verhältnisse[111]. Sie fanden ihren Ursprung in den bis in die 1970er Jahre noch am wenigsten transformierten, mehrheitlich paschtunischen Gebieten Südafghanistans. Der Krieg und die vor allem die Paschtunen betreffende Flucht schufen hier umso radikalere Umbrüche. Etwas verzögert zerfiel daher auch in diesen Gebieten bis in die 1990er Jahre die Herrschaft der oftmals geflohenen traditionalen *khan*e, an deren Stelle bereits in den 1980er Jahren meist Angehörige der *ulema* traten[112]. Als Anwärter auf die Positionen, die bis 1978 eindeutig von den Durrani-Paschtunen dominiert wurden, und damit »Kräften der Häresie«, formierten sich die Taliban. Angeführt von Mullah Mohammad Omar entstammten sie zuvorderst den hierbei benachteiligten drei Familien der Mansur, Haqqani und Khales und den von ihnen dominierten bewaffneten Gruppen[113]. Die Taliban-Führer unterschied von denen der *tanzim*e, dass sie nie in Städten gelebt hatten und über keine höhere Bildung verfügten[114].

---

110 Maley, The Afghanistan Wars, S. 191 f.; Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 125. Dementsprechend zielte die erste größere Operation der Taliban darauf, einen pakistanischen Konvoi auf dem Weg nach Turkmenistan zu sichern. Rubin, The Political Economy of War and Peace, S. 1794; Nojumi, The Rise and Fall of the Taliban, S. 102–104.

111 Rubin, The Political Economy of War and Peace, S. 1797, formulierte es treffend: »The Taliban, like their opponents, are thus not throwbacks to medieval times but actors in today's global economy and society.«

112 Ruttig, How Tribal Are the Taleban?, S. 11; Schetter, Wer sind die Taliban?, S. 311 f.; Barfield, Afghanistan, S. 257 f.

113 Bei den Gruppen handelte es sich um Abspaltungen der *tanzim*e Harakat-e Enqelab und Hezb (Hezb-e Islami Khales). Führer der Taliban war der Ghilzai-Paschtune und ehemalige Hezb-e Islami Khales- und Harakat-e Enqelab-Kommandeur Mullah Mohammad Omar. Ruttig, Elastisch und stabil, S. 41 f.; Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 126 f. Vgl. zum Hintergrund der Taliban-Führungsschicht die auf freigegebenen nachrichtendienstlichen US-Dokumenten basierende Zusammenstellung von Elias, The Taliban Biography.

114 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 272; Barfield, Afghanistan, S. 263.

Ihre Gefolgschaft rekrutierten die Taliban anfangs überwiegend aus jungen, in den pakistanischen Flüchtlingslagern lebenden Männern. Diese waren weitgehend aus den traditionalen Gesellschaftsbindungen herausgefallen und entstammten armen Verhältnissen[115]. Auch sie waren also ein Ergebnis der vorangeschrittenen sozialen Transformation. Dementsprechend legitimierten sich die Taliban mit einer Ideologie, die den modernen, soziale Gerechtigkeit proklamierenden Islamismus – oft widersprüchlich – mit traditionalen paschtunischen Elementen verband[116]. Die Herrschaft über das gesamte Land im Blick, verfolgten sie keine explizit ethnische Agenda, gleichwohl galten sie bald als Repräsentanten der Paschtunen, zu denen sich die meisten ihrer Anhänger zählten. Zudem nutzten sie stillschweigend Ethnizität, um Netzwerke zu knüpfen und Vorteile zu verteilen[117]. Mit dem Begriff »Talib« versuchten sie sich zwar als fromme Alternative von den Mudschaheddin abzugrenzen, die in den 1990er Jahren aufgrund ihrer Gewalt an Legitimation verloren hatten. Ihre rigide religiöse Programmatik war aber auch bei anderen Kommandeuren zu finden[118].

Angesichts der geschwächten traditionalen Herrschaftsstruktur im Süden stellten sich den Taliban dort nur wenige entgegen, sodass sie bis 1995 die gesamte Region eroberten. Diese Eroberungszüge verliefen keineswegs im Sinne von Kämpfen bis zum Äußersten. Vielmehr wogen die einzelnen lokalen Kommandeure beim Eintreffen der Taliban nach der oben erläuterten Art ihre Chancen und Gewinnmöglichkeiten ab und entschieden sich dann, ob sie weiterkämpften oder auf ihre Seite wechselten. Angesichts des Geldes sowie der militärischen Fachleute und Luftunterstützung, die die Taliban aus Pakistan erhielten, entschieden sich die meisten Kommandeure für Letzteres[119]. Da die Taliban hiermit die Kämpfe zwischen den Mudschaheddin beendeten und deren Straßensperren auflösten sowie durch ihre rigiden Strafen tatsächlich Wegelagerei und sonstigen Raub einschränkten, gewannen sie sehr bald »Basislegitimität« im Süden[120]. Insbesondere die an einem reibungslosen Warenverkehr interessierten Händler unterstützten sie daher[121]. Seit Mitte der 1990er Jahre wurde Südafghanistan daher zu einer Drehscheibe für den überregionalen Handel und Grenzschmuggel nach Pakistan, sodass auch die vormals noch stark traditional geprägten Gebiete in den Weltmarkt einbezogen und entsprechend sozial transformiert wurden[122].

---

115 Schetter, Wer sind die Taliban?, S. 307 und S. 314; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 273 f.; Barfield, Afghanistan, S. 256.

116 Schetter, Wer sind die Taliban?, S. 315; Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 521–523.

117 In ihren Reihen fanden sich sogar die zumeist paschtunischen ehemaligen kommunistischen Khalqis wieder, die ihre administrative und militärische Expertise zur Verfügung stellten. Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 527 f.

118 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 284 f.; Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 521–523.

119 Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 126 f.; Nojumi, The Rise and Fall of the Taliban, S. 105; Barfield, Afghanistan, S. 258 f.

120 Barfield, Afghanistan, S. 257; Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 131.

121 Rubin, The Political Economy of War and Peace, S. 1794; Nojumi, The Rise and Fall of the Taliban, S. 104.

122 Schetter, Der Antistaat, S. 119.

Auch nachdem die Taliban auf Kabul vorrückten, bekämpften sich die anderen *tanzim*-Führer weiter und bezogen diese sogar in ihre wechselnden Koalitionen ein. Mit Ausnahme Massouds und Ismail Khans kämpften daher alle auch zeitweise mit ihnen zusammen. Als Sieger gingen hierbei jedoch die Taliban hervor, die 1996 Kabul eroberten. Erst in diesem Jahr schlossen sich die verbliebenen *tanzim*-Führer zur Jabha-ye Muttahid-e Islami-ye bara-ye Nejat-e Afghanistan (Vereinigte Front zum Schutz Afghanistans, auch »Nordallianz« genannt) zusammen. Im Jahr 1997 begannen die Taliban ihre Offensive im Norden und griffen unter anderem Kunduz an[123]. Hier zeigte sich, wie bedeutend die ethnischen Wahrnehmungsstrukturen geworden waren. So wechselten in der Folgezeit die meisten der hohen paschtunischen Kommandeure der *tanzim*e zu den Taliban, bis sie 1998 ganz Kunduz eroberten. Der einzige bedeutende noch verbliebene Jamiat-Kommandeur war Mir Alam. Doch auch Paschtunen kämpften weiterhin gegen die Taliban wie der wichtigste Ittehad-Kommandeur an der benachbarten Takhar-Front, Engineer Mohammad Omar[124].

Wie sehr auch die Taliban von den lokalen Figurationen abhängig waren, zeigt sich daran, dass sie die höchsten Provinzämter mit den auf ihre Seite gewechselten lokalen paschtunischen Kommandeuren besetzten. Als mächtigster Kommandeur erhielt Aref Khan den Posten des Gouverneurs. Nachdem ihn im Jahr 2000 Unbekannte in Peshawar getötet hatten, übernahm sein Bruder Haji Omar Khan dieses Amt. Die Taliban ernannten die zweit- und drittmächtigsten, ebenfalls paschtunischen, Kommandeure Mirza Mohammad Naseri und Arbab Mohammad Hashem zum Polizei- bzw. Armeechef von Kunduz.[125] Auch hier zeigte sich die Tendenz, dass offenbar meist die Händler, dankbar für die vergleichsweise hohe Rechtssicherheit und freien Transiträume, die Taliban unterstützten. Dies traf auf den wohl reichsten und einflussreichsten Händler von Kunduz, den Paschtunen Haji Amanullah Utmanzai, zu, der die Logistik der Taliban bereitstellte[126].

In Badakhshan machten sich ab 1997 Jamiat-Gegner, das heißt mehrere der dort meist usbekischen Hezb-Kommandeure und viele Ismailiten, dafür bereit, zu den Taliban überzulaufen[127]. Dies zeigt, dass paschtunische Ethnizität nicht entscheidend war, sondern es den überlaufenden Kommandeuren vor allem darum ging, ins erfolgreiche Lager überzuwechseln bzw. die Positionen der dominierenden Akteure zu übernehmen. Den Taliban gelang es jedoch nie, Badakhshan sowie Teile der davor liegenden Gebiete einzunehmen[128].

---

123 Barfield, Afghanistan, S. 259 f.; Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 128–130.

124 Omar wechselte eventuell bei einer Gelegenheit im Jahr 1998 kurzzeitig auf ihre Seite. Wörmer, The Networks of Kunduz, S. 22–25.

125 Ebd., S. 23 f.

126 Ebd., S. 34. Auch im Gespräch äußerte er sich über zehn Jahre nach dem Fall der Taliban positiv über diese und die Rechtssicherheit zur Zeit ihrer Herrschaft. Interview mit Haji Amanullah Utmanzai, Geschäftsmann und Angehöriger des High Peace Council, in Kunduz-Stadt, 2.12.2012.

127 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 45; Giustozzi/Orsini, Centre-Periphery Relations, S. 6.

128 Barfield, Afghanistan, S. 264 f.

Nachdem die Taliban nominell ganz Afghanistan mit Ausnahme des Nordostens erobert hatten, versuchten sie, ihre Herrschaft landesweit zu verstetigen. Hierbei zeigte sich allerdings, dass es ihnen wie ihren Vorgängern misslang, die Vorherrschaft der lokalen Beziehungen zu brechen. Eine Ursache hierfür war, dass sie über kaum mehr Ressourcen als ihre Mudschaheddin-Vorgänger und weniger als die kommunistischen Regierungen verfügten. Hierzu trugen ein 1999 aufgrund ihrer Benachteiligung von Frauen im öffentlichen Raum begonnenes internationales Wirtschaftsembargo, ihr eigenes Verbot der Opiumproduktion im Jahr 2000 und eine schwere Dürre im Folgejahr bei[129]. Um die Kosten des Kampfs im Nordosten zu decken, mussten die Taliban zudem immer mehr auf ausländische »Dschihadisten«, insbesondere von al-Qaida, zurückgreifen[130].

Auf dieser Grundlage konnte auch ihre strikt religiöse Herrschaftslegitimation keinen ungeteilten Gehorsam hervorrufen. Denn zum einen hatten sich bereits alle ihre Vorgänger – einschließlich der kommunistischen Regierung nach Abzug der Vertreter der Sowjetunion[131] – mit Bezug auf den Islam legitimiert[132]. Zum anderen waren sie aufgrund ihrer geringen theologischen Bildung nicht in der Lage, eine kohärente religiöse Legitimation zu konstruieren[133]. Schließlich polarisierte ihre implizite, selbst stets verneinte, aber dennoch angewendete ethnische Legitimation. Viele Paschtunen begrüßten sie zwar, da sie ihre Ethnie aufgrund der Vertreibungen und der seit 1992 nicht-paschtunischen Staatsoberhäupter ins Hintertreffen geraten sahen. Für die Angehörigen anderer Ethnien galt allerdings das Gegenteil, zumal die Kämpfe Ende der 1990er Jahre Züge »ethnischer Säuberungen« trugen[134]. Gerade die urbane Bevölkerung lehnte schließlich die von den Taliban wieder eingeführten, von ihnen als »vorzeitlich« empfundenen, rigiden ländlichen Alltagsregeln und drakonischen Strafen ab[135].

Um ihren politischen Willen im Land durchzusetzen, versuchten die Taliban zunächst, ihrer Legitimation gemäß, ihre Herrschaft nach dem Vorbild religiöser Organisationen zu institutionalisieren und sich auf die *ulema*-Vertreter abzustützen[136]. Da dies offenbar wenig erfolgreich war, sahen sie sich 1999 gezwungen, die alten säkularen Ministerien mit ihren oftmals aus der kommunistischen Zeit stammenden Beamten – von denen sie vor allem die paschtunischen reaktivierten – wieder in Dienst zu stellen[137]. Auf legal-rationale Weise zu herrschen, gelang

---

129 Goodhand, Frontiers and Wars, S. 200 f.; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 278 und S. 281–283; Barfield, Afghanistan, S. 261.

130 Nojumi, The Rise and Fall of the Taliban, S. 113; Barfield, Afghanistan, S. 260.

131 Barfield, Afghanistan, S. 244 f.

132 Bereits zuvor hatten die Verantwortlichen Straf- und Zivilrecht mit der Scharia legitimiert, nicht jedoch den Staat an sich religiös begründet. Nojumi, The Rise and Fall of the Taliban, S. 108.

133 Barfield, Afghanistan, S. 262; Nojumi, The Rise and Fall of the Taliban, S. 106–108.

134 Baldauf, Erzählungen über die Fremden, S. 141–152; Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 527–540; Barfield, Afghanistan, S. 263.

135 Barfield, Afghanistan, S. 261; Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 131; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 281 und 288 f.

136 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 281; Barfield, Afghanistan, S. 261.

137 Bereits 1997 stellten sie die Verwaltungsaufteilung, wie sie unter Präsident Daud bestanden hatte, wieder her. Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 524; Barfield, Afghanistan, S. 261; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 278, 281.

ihnen jedoch genauso wenig wie ihren Vorgängern. Sich offenbar seiner prekären Herrschaft bewusst, residierte Mullah Omar daher im südlichen Kandahar anstatt in Kabul und erteilte seine Anweisungen direkt an die einzelnen Gouverneure. Somit war das personale Verhältnis zwischen beiden Seiten entscheidend, was dazu führte, dass er auch deren Forderungen berücksichtigen musste und kaum Steuern eintreiben konnte[138].

Umstritten ist der Grad, bis zu dem die Taliban Osama bin-Laden und seine Kämpfer beeinflussen konnten. Offenbar befürworteten sie seine internationale Agenda nicht, waren jedoch ebenso wenig gewillt oder in der Lage, ihn nach den Anschlägen vom 11. September 2001 an ein westliches Land auszuliefern[139]. Auf jeden Fall zeigt die folgende Intervention der USA und ihrer Verbündeten, wie fragil die Herrschaft der Taliban war. Den neuen Akteur auf dem afghanischen politischen Feld, der insbesondere mit den Vertretern von Massouds Shura-ye Nazar-Fraktion zusammenarbeitete, nahmen die lokalen Kommandeure – ebenso wie sie zuvor die Taliban in den 1990er Jahren gesehen hatten – als stärkste Kraft wahr. Genauso rasch, wie sich die meisten von ihnen den Taliban angeschlossen hatten, wechselten sie nun innerhalb von wenigen Monaten größtenteils die Seiten. Größeren Widerstand leisteten vor allem die ausländischen Dschihadisten, die nicht erwarten konnten, am Leben gelassen zu werden. Die Taliban-Herrschaft, deren Legitimitätsdefizit sich damit offenbarte, endete somit noch schneller, als sie begonnen hatte[140].

Auch in Kunduz wechselten bis Ende November 2001 fast alle lokalen Kommandeure von der Seite der Taliban wieder zu den Vertretern der etablierten *tanzim*e zurück. Die wichtigsten »Nordallianz«-Kommandeure waren schließlich der Jamiat-Kommandeur Mir Alam, der Ittehad-Anhänger Eng. Omar, die Hezb-Kommandeure der Ibrahimi-Familie und Mohammad Daud Daud, der aus dem engeren Kreis des am 9. September 2001 von al-Qaida-Attentätern getöteten Massouds stammte. Der harte Kern der Taliban und ausländische Dschihadisten verschanzten sich in der Provinzhauptstadt, bis Gouverneur Haji Omar Khan deren Übergabe aushandelte. Während danach pakistanische Flugzeuge die wichtigsten nationalen Taliban-Kommandeure evakuieren und die einfachen lokalen Taliban-Kämpfer nach Hause gehen durften, gerieten die höchsten lokalen Taliban-Kommandeure Mirza Mohammad Naseri und Arbab Mohammad Hashem in Gefangenschaft. Sie starben kurz darauf in einem angeblichen Hubschrauberunglück, ebenso wie hunderte der gefangenen, offenbar meist nicht aus Kunduz stammenden Taliban-Kämpfer und ausländischen Dschihadisten bei ihrem Abtransport in die Jowzjan-Provinz. Haji Omar und Utmanzai blieben dagegen unbehelligt[141].

---

138 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 275, 278 und S. 287 f.; Nojumi, The Rise and Fall of the Taliban, S. 110.

139 Williams, On the Trail of the »Lions of Islam«, S. 226 f.; Barfield, Afghanistan, S. 267–269; Rubin, The Political Economy of War and Peace, S. 1797; Maley, The Afghanistan Wars, S. 213.

140 Barfield, Afghanistan, S. 269 f.

141 Interview mit Polizeioffizier and ehemaligem Kämpfer des Jamiat-Kommandeurs Qari Rahmatullah in Kunduz-Stadt, 4.12.2012; Wörmer, The Networks of Kunduz, S. 2 f. und S. 38–40.

e) Internationale Intervention und Herrschaft

Bereits Monate bevor die Kräfte der Nordallianz und der mit ihnen verbündeten USA die größten Taliban-Verbände aus dem Land vertrieben hatten, einigten sich ihre Repräsentanten auf der Bonner Konferenz im Dezember über Gestalt und Machtverteilung des neuen afghanischen Staatsapparats. Den Machtverhältnissen vor Ort entsprechend, erhielten die Vertreter des Shura-ye Nazar die wichtigsten Posten, während die der Taliban und verfeindeten Hezb gar nicht erst eingeladen wurden[142]. Als Gegengewicht sollte der aus Ostafghanistan stammende, keinem *tanzim* angehörende Paschtune Hamed Karzai als Präsident der Übergangsregierung dienen[143]. Ungewollt erkannte das Bonner Abkommen zudem die ethnischen Kategorien an und verfestigte sie[144]. Die Bedeutung sozialer Beziehungen ignorierend, sollte der Staat dem zentralisierten, legal-rationalen Modell folgen, das bereits in der Vergangenheit nicht funktioniert hatte[145].

In der Folgezeit bildete sich daher ein ähnliches Verhältnis zwischen den Akteuren in Zentrum und der Peripherie heraus, wie es bereits aus früheren Zeiten bekannt war. So etablierte sich in Kabul dank im Vergleich zur Taliban-Zeit enormer internationaler Hilfen wieder eine modernisierte Schicht. Diese bildete sich zu großen Teilen aus den nun aus dem Exil zurückkehrenden Angehörigen der alten Staatsklasse[146]. Aus ihr rekrutierte sich eine relativ loyale Beamtenklasse, deren objektive Interessen mit der Ausweitung des Staats verbunden waren[147]. Mit dem vergleichsweise stark ausdifferenzierten Regierungsapparat korrespondierte gleichwohl wie vor 1992 keine faktische Monopolisierung von Herrschaft außerhalb der Städte durch die Zentralregierung. Mit wenigen Ausnahmen unmittelbar nach seiner Wahl im Jahr 2004, wendete Karzai nie Gewalt gegen die lokalen Herrscher an[148]. Die international finanzierten Entwaffnungsprogramme konnten sie daher nicht dazu bewegen, alle ihre Waffen abzugeben[149]. Stattdessen integrierte Karzai die regionalen Kommandeure, die ihn auch militärisch hätten bedrohen können, mittels Posten in seine Regierung[150].

Wie das mangelnde Monopol auf Besteuerung und Rechtsprechung am deutlichsten auch im Alltag zeigte, konnten Karzai und der ihm gegenüber loyale Verwaltungsstab in den Provinzen nicht grundsätzlich darauf vertrauen, dass ihre Anweisungen umgesetzt wurden[151]. Dies war nur über Beziehungen zu einzelnen Klienten möglich. Solche Patronageverhältnisse hielten jedoch auch die in seine Regierung integrierten Konkurrenten aufrecht. Dementsprechend versuchte Karzai auf lokaler Ebene durch die Vergabe von Posten Gegengewichte

---

142 Sharan, The Dynamics of Elite Networks, S. 1115–1119.
143 Barfield, Afghanistan, S. 289–293.
144 Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte, S. 582 f.
145 Barfield, Afghanistan, S. 298.
146 Kühn, Aid, Opium, and the State of Rents in Afghanistan, S. 315 f.
147 Humayoon, The Re-election of Hamid Karzai, S. 20; Giustozzi, The Resilient Oligopoly, S. 7.
148 Barfield, Afghanistan, S. 309.
149 Maley, The Afghanistan Wars, S. 252; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 337.
150 Sharan, The Dynamics of Elite Networks, S. 1119–1122.
151 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 335; Suhrke, Reconstruction as Modernisation, S. 1299 und 1301; Nojumi/Mazurana/Stites, After the Taliban, S. 222–225; Barfield, Continuities and Changes in Local Politics, S. 140–142.

zu schaffen und eigene Klientelnetzwerke auszubilden, um seine Interessen durchzusetzen oder Verbündete in der Regierung zufriedenzustellen. Zudem versetzte er soweit möglich die Amtsinhaber in regelmäßigen Intervallen in andere Provinzen oder Distrikte, sodass sie keine engen gegenseitigen Beziehungen zu lokalen Akteuren aufbauen und damit zu unabhängig von der Zentralregierung werden konnten[152].

Dementsprechend waren es auch diese Machtverhältnisse vor Ort und die Beziehungen der dortigen Akteure zu Patronen in der Zentralregierung, die die Praxis der politischen Akteure in Kunduz und Badakhshan bestimmten. So besetzten in Kunduz vor allem die Kommandeure, die zuletzt gegen die Taliban gekämpft hatten, mithilfe ihrer Unterstützer in Kabul die wichtigsten offiziellen Positionen. Die Jamiat- und Shura-ye Nazar-Anhänger Daud Daud und Mir Alam wurden Kommandeur des den gesamten Nordosten umfassenden VI. Korps bzw. der formal unterstellten 54. Division. Der Hezb-Anhänger Abdul Latif Ibrahimi erhielt den Posten des Provinzgouverneurs und der ehemalige Ittehad-Kommandeur Mohammad Ghulam Farhad den des Polizeichefs. Wie eine detaillierte Untersuchung der entscheidenden Distriktposten bestätigt, waren es Gefolgsleute dieser drei *tanzim*e, die Kunduz in der Folgezeit beherrschten. Dabei dominierte die Jamiat leicht, eng gefolgt von der Hezb, während die Ittehad deutlich abgeschlagen war. Folgerichtig ernannte Karzai im März 2004 den Ittehad-Kommandeur Eng. Omar zum Gouverneur und beließ ihn auf diesem Posten, bis er im Oktober 2010 einem Attentat zum Opfer fiel. Insgesamt blieb die Machtstruktur in Kunduz somit fragmentiert und keine der Fraktionen schaffte es, die anderen entscheidend zu dominieren[153].

Dagegen dominierten in Badakhshan eindeutig die Vertreter der Jamiat, die jedoch weiterhin zwischen Anhängern Rabbanis und des Shura-ye Nazar gespalten blieben. Karzai unterstützte daher in dieser Provinz wechselnd Rabbani und einen direkten Jamiat-Klienten, Fazel Azim »Zalmay Khan« Mojaddedi, sowie einzelne Hezb-Kommandeure. Zu letzterer Fraktion zählte daher auch der von Februar 2005 bis Frühjahr 2009 am längsten amtierende Provinzgouverneur Munshi Abdul Majid. Schließlich errangen die Vertreter des Shura-ye Nazar, insbesondere nachdem ein Talib im September 2011 Rabbani tötete, mithilfe Mohammad Qasim Fahims die Oberhand, ohne freilich eine übergreifende Herrschaft zu etablieren. Von der Patronage Fahims profitierte außerdem Nazir Mohammad, der bis zum Schluss das Zentrum mit der Provinzhauptstadt Faizabad kontrollierte[154].

Auch wenn sich die Machtverteilung in beiden Provinzen während der Intervention nicht grundlegend wandelte, so gab es doch leichte Änderungen. Am bedeutendsten war hierbei, dass die Kommandeure bewaffneter Gruppen ihre Konkurrenz nicht mehr mit offener Gewalt in großem Maßstab austrugen. Der Grund hierfür war die Präsenz internationaler Truppen, aber auch die Gelder von Entwicklungshilfeorganisationen, von denen die lokalen Machthaber

---

152 Barfield, Afghanistan, S. 304; Giustozzi/Orsini, Centre-Periphery Relations, S. 10; Schetter/Glassner, Neither Functioning, nor Failing of the State!, S. 139.

153 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 11–16, 21–27, 36–43 und S. 64 f.

154 Ebd., S. 45–49, 55–61 und S. 64 f.

profitierten und deren Fluss sie daher nicht beenden wollten. Unter diesen geänderten Bedingungen konnten einige Akteure besser als andere soziales Kapital in Kabul zur Geltung bringen bzw. ihr kulturelles und symbolisches Kapital aus dem Krieg umwerten. In Kunduz gelang dies vor allem Daud Daud, aber auch den Mitgliedern der Ibrahimi-Familie. Kommandeure wie Mir Alam, aber auch Nazir Mohammad in Badakhshan, waren hierbei weniger erfolgreich. Ersterer konnte erst wieder mit den staatlichen Milizprogrammen im Zuge der gewachsenen Aufstandsbewegung mehr offizielle Legitimität gewinnen. Nazir erlangte erst Anfang 2011 eine formale Position als Bürgermeister von Faizabad[155].

Die Versuche der Internationalen, formale Regeln insbesondere bei der Vergabe von Posten durchzusetzen, schränkten allerdings Karzais Möglichkeit ein, die zur Machtausübung notwendigen Klientelketten auf lokaler Ebene aufzubauen[156]. Als widersprüchlich erwies sich zudem, dass er mit den auf konsensualen demokratischen Entscheidungsbildungsmechanismen beruhenden Methoden herrschen sollte, ohne bereits über ein wirkliches Gewaltmonopol zu verfügen, das im Westen erst die Voraussetzung für die Vergesellschaftung des Staats war. Da Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in aufeinanderfolgenden Jahren stattfanden, sah sich Karzai zudem gezwungen, im verhältnismäßig kurzen Abstand von vier Jahren immer wieder neue Allianzen zu bilden bzw. diese zu erhalten. Hinzu kam, dass die allermeisten internationalen Gelder in von staatlicher Aufsicht unabhängige Projekte flossen, dort jedoch auch Karzais lokalen Gegnern zugute kamen. Sie unterliefen damit zum Teil die Versuche der Vertreter des Zentralstaats, die Entscheidungsträger in der Peripherie an sich zu binden[157].

Auch stärkte das internationale Engagement nicht in entscheidendem Maße Karzais Herrschaftslegitimität. So schrieben die meisten Afghanen offenbar die Gaben der Zentralregierung nicht ihrer Regierung zu. Denn kaum eine der westlichen Organisationen ließ es sich nehmen, bei den von ihnen finanzierten Entwicklungsprojekten mit großen Schildern darauf zu verweisen, dass sie dafür verantwortlich waren. Durch Eingriffe der Intervenienten in Karzais Politik erschien er außerdem trotz aller »local ownership«-Rhetorik als Marionette und verlor selbst an Legitimität[158]. Da in den Provinzen eine Vielzahl von Parlamentskandidaten einzeln antrat, erhielten die Gewinner nach dem Single Non-transferable Vote System oft nur hauchdünne Mehrheiten und repräsentierten kaum breitere Teile der Bevölkerung. Hinzu kam, dass sowohl die Regierungsseite als auch die Herausforderer die Wahlergebnisse fälschten

---

155 Ebd., S. 65 f.

156 Suhrke, Reconstruction as Modernisation, S. 1302; Barfield, Afghanistan, S. 330 und S. 334.

157 Aid and Conflict in Afghanistan, S. 6 f.; Barfield, Afghanistan, S. 315; Dorronsoro, Revolution Unending, S. 334; Maley, The Afghanistan Wars, S. 242 f.

158 Barfield, Afghanistan, S. 310 und S. 316. Lediglich die wohl prominentesten Beispiele sind zum einen der Fall eines angeblich zum Christentum konvertierten Afghanen aus dem Jahr 2006, der daraufhin nach afghanischem Recht hätte verurteilt werden müssen, jedoch nach Intervention westlicher Staaten das Land verlassen durfte. Kühn, Aid, Opium, and the State of Rents in Afghanistan, S. 317. Zum anderen ist die Auseinandersetzung um das schiitische Ehegesetz zu nennen, das nach Einsprüchen internationaler Vertreter zurückgenommen wurde. Vgl. allgemein Suhrke, Reconstruction as Modernisation, S. 1305.

und sogar die Internationalen bisweilen aus pragmatischen Gründen die formalen Prozeduren unterliefen. Die Wahlen trugen somit auch nach legal-rationalen Maßstäben kaum dazu bei, die Regierung zu legitimieren, was die bereits nach der ersten Präsidentschaftswahl rapide gesunkene und seitdem niedrige Wahlbeteiligung verdeutlichte[159].

Sowohl die Bemühungen internationaler Organisationen, die afghanische »Zivilgesellschaft« zu stärken, als auch die seit 2002 allerorten enorm gesteigerten Zahlen von Schülern und Universitätsstudenten und im Allgemeinen die stark angewachsenen Städte sorgten dafür, dass sich mit liberalen Werten weitere moderne Ideen immens verbreiteten[160]. Vor dem Hintergrund der oben herausgestellten objektiv größeren Partizipation breiterer Schichten an der Herrschaft seit 1978, erhöhte dies offenbar vor allem das subjektive Bedürfnis, an dieser noch stärker teilzuhaben[161]. Gleichzeitig berichteten afghanische Journalisten meist ganz offen über die Unzulänglichkeiten der Regierung, die von westlichen Staaten oftmals auch für genau diese Aufgabe geschult und gefördert wurden[162]. Karzai nutzte aber den Sicherheitsapparat anders als seine monarchischen und kommunistischen Vorgänger kaum, um ihn als gezieltes Repressionsinstrument einzusetzen[163]. Die von den westlichen Intervenienten immer stärker verbreiteten Ideale liberaler Politik konnte die Regierung somit weder erfüllen noch mit Gewalt ihre Verbreitung verhindern oder wie ihre Vorgänger die Menschen gewaltsam dazu zwingen, sich ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Anders als in der historischen Entwicklung Europas, wo staatlich gelenkte Schulen dazu beitrugen, dass sich die Bürger mit Staat und Regierung identifizierten, sorgten sie in Afghanistan dafür, dass die Menschen die Herrschaft Karzais zunehmend in Frage stellten.

f) Soziale Transformation und Konflikt

Die dargestellten Probleme bei der Durchsetzung staatlicher Herrschaft verweisen auf den unabgeschlossenen und ungleichzeitigen Transformationsprozess der afghanischen Gesellschaft und die daraus entspringenden spezifischen Widersprüche. Auf diesen Prozess lassen sich als Hauptursache auch die Legitimitäts-

---

159 Schetter/Mielke, Staatlichkeit und Intervention, S. 80 f.; Barfield, Afghanistan, S. 272 f. und S. 301; Maley, The Afghanistan Wars, S. 239.

160 Barfield, Afghanistan, S. 281. Vgl. zur Urbanisierung und zum Wachstum des Bildungssektors Barakat, DFID Understanding Afghanistan, S. 15 und S. 43 f.

161 Ruttig, Afghanistan, S. 13–15; Barfield, Afghanistan, S. 293.

162 Zwar versuchten Vertreter der Zentralregierung mitunter, die Meinungsfreiheit einzuschränken, doch blieb die Presse historisch betrachtet und im regionalen Vergleich außergewöhnlich frei. Reporting in Times of War, S. 1; Afghanistan. What Gains for Press Freedom, S. 1 f. Die von den Verfassern der Berichte genannten Maßnahmen gegen Journalisten kamen zumeist von lokalen Machthabern oder Aufständischen.

163 Auch die Angehörigen des Geheimdienstes National Directorate for Security und der Afghan National Police folterten regelmäßig. Doch richteten sich diese auch in Kunduz dokumentierten Praktiken offenbar eher gegen (vermeintliche) Aufständische oder als Teil lokaler Logiken gegen Gegner dortiger Machthaber. Treatment of Conflict Related Detainees in Afghan Custody, S. 10 f., 17, 35, 35–39 und S. 61; The Insurgency in Afghanistan's Heartland, S. 6 f.

probleme der Regierung sowie die bewaffneten Konflikte der Zeit zurückführen. Wie bereits herausgestellt, war diese Entwicklung keineswegs neu in Afghanistan, doch verstärkten die unterschiedlichen internationalen Hilfsprogramme sie erheblich. Es ist ein Merkmal der in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend utilitaristischer und damit weniger wissenschaftlich gewordenen Forschung, dass sie diese sozialen Wandlungen in den seltensten Fällen als solche explizit wahrgenommen oder als konfliktiv erkannt hat[164]. Dies steht somit in eindeutigem Gegensatz zu den Arbeiten der Zeit vor 1979. Da die damaligen Forscher in der Regel der lokalen Sprache mächtig waren und dauerhaft unter den Afghanen lebten, lag der durch kapitalistische Vergesellschaftung erzeugte Prozess für sie schlicht auf der Hand und wurde daher in allen der auch hier zitierten Arbeiten klar benannt[165].

Mit den enormen, ab 2002 ins Land gelangten internationalen Hilfsgeldern beschleunigte sich die Transformation der afghanischen Gesellschaft[166]. Konkret resultierte dies darin, dass einige Gruppen ihre Machtposition stärken konnten. Denn die meisten Mittel flossen aufgrund des Baus von Militärbasen und zivilen Entwicklungsprojekten in den von wenigen Akteuren dominierten Bausektor. Von dem Bedarf der Internationalen sowie dem stärker ermöglichten Konsum profitierten zudem die meist alteingesessenen Händler[167]. Beide Gruppen waren meist eng mit den politischen Machthabern verbunden, die ebenfalls durch die Veruntreuung internationaler Gelder und Auftragsvergabe bei Projekten neue Reichtümer anhäufen konnten[168]. Wie sehr die gegenseitigen traditionalen

---

164 Vgl. als Ausnahme Suhrke, Reconstruction as Modernisation, S. 1293, 1297, 1299 und S. 1303, die herausstellt, dass auch die internationalen Entwicklungsprogramme dieser Zeit implizit und unbewusst eine Modernisierungsagenda verfolgten und die sozialen Verhältnisse Afghanistans grundlegend und konfliktiv veränderten.

165 So konstatiert auch Schetter, Introduction, S. 9 f., überzeugend, dass durch den rund 20-jährigen Bruch in quellennaher Afghanistanforschung die ursprünglich am Forschungsgegenstand entwickelten Begrifflichkeiten und Kategorien verloren gegangen seien. Ab 2001 hätten die Wissenschaftler daher überwiegend die der standardisierten, *policy*-orientierten und normativ aufgeladenen *statebuilding*-Debatte übernommen, aus deren Perspektive nur konstatiert werden konnte, dass die Verhältnisse defizitär waren. Dies wäre eine Erklärung dafür, weshalb eigenartigerweise auch Barfield, Afghanistan, S. 312 f., die kapitalistische Vergesellschaftung in seinem Kapitel zur Zeit ab 2001 nicht mehr als Konfliktgrund aufführt, sondern nur, dass die Afghanen *nicht so viel* Entwicklungshilfe wie die Südosteuropäer in den 1990er Jahren erhalten hätten. Dies steht in Widerspruch zu seiner Argumentation im oben zitierten Teil zu den 1960er und 1970er Jahren, in denen er selbst als junger Mann vor Ort forschte.

166 Da die Geber keine genauen Zahlen veröffentlichten, ist die exakte Höhe der Hilfen unbekannt. Während diese anfangs noch recht moderat waren, stiegen sie ab Mitte der 2000er Jahre immer stärker an, bis sie Anfang der 2010er Jahre ihren Höhepunkt erreichten. Cordesman, The Afghan War, S. 25 f. und S. 36. Laut Aid and Conflict in Afghanistan, S. 1, Anm. 2, wurden von 2002–2010 57 Mrd. US-Dollar ausgezahlt. Poole, Afghanistan, S. 2, gibt an, dass zwischen 2002 und 2009 Hilfen im Wert von 26,7 Mrd. US-Dollar nach Afghanistan gingen.

167 Barakat, DFID Understanding Afghanistan, S. 35; Kapstein/Kathuria, Economic Assistance in Conflict Zones, S. 5; Lister/Pain, Trading in Power, S. 4 und S. 6; Giustozzi, Afghanistan, S. 33; Yarash/Mielke, The Social Order of the Bazaar, S. 27 f.; Shah, Livelihoods in the Asqalan, S. 17.

168 Yarash/Mielke, The Social Order of the Bazaar, S. 17; Lister/Pain, Trading in Power, S. 3 f.

Abhängigkeitsverhältnisse im Zuge der Monetarisierung an Bedeutung verloren hatten, zeigt sich daran, dass die genannten Profiteure vergleichsweise wenig von ihrem Reichtum weiterverteilten[169]. Sie akkumulierten stattdessen immer mehr Besitz und die Reichsten transferierten ihn sogar ins Ausland[170]. Es zeigte sich in der Folge der gleiche Legitimitätsverlust aufgrund von Überakkumulation, den die reichsten *khan*e bereits bis 1978 erlitten hatten[171].

Stärker mit der Masse der Bevölkerung vergesellschaftet und vergemeinschaftet waren die zahlreichen Intermediäre auf lokaler Ebene, auf die internationale Organisationen angewiesen waren, um Wissen über die dortigen Verhältnisse zu generieren und Projekte zu implementieren[172]. Sie erhielten weit überdurchschnittliche Gehälter, sahen sich aufgrund ihres engeren Kontakts mit breiteren Bevölkerungsschichten hingegen offenbar stärker zum Statuskonsum gezwungen. Dieser drückte sich insbesondere in immer aufwändigeren Hochzeiten sowie den historisch nach jedem volkswirtschaftlichen Geldzuwachs erhöhten Brautpreisen aus, die in Afghanistan die Familien der Bräutigame zahlen müssen[173].

Die Masse der Bevölkerung kam hingegen kaum über die Subsistenzwirtschaft hinaus. Ursache hierfür waren die mit der größeren Geldmenge angestiegene Inflation, kostenlose Getreidelieferungen internationaler Organisationen, die Naturalien folglich marktwirtschaftlich entwerteten, aber auch die seit 2002 zunehmend gebauten Straßen. Letztere erleichterten den Warenverkehr, zumal die Importzölle niedrig blieben, und ermöglichten somit billige Importe. Mit diesen konnten afghanische Produkte preislich nicht konkurrieren, sodass niedrige Lohnarbeit zunehmend das selbstständige Handwerk ersetzte[174]. Auch wenn sich viele Landlose nach Kriegsbeginn 1979 Boden genommen hatten, war weiterhin rund ein Viertel der Bevölkerung landlos[175]. Da sich auch aufgrund der durch internationale Organisationen verbesserten medizinischen und Lebensmittelversorgung die Bevölkerung deutlich vermehrte, war bald etwa gut die

---

169 Lister/Pain, Trading in Power, S. 8.

170 Friederike Böge, Abzug aus Afghanistan: Casinokapitalismus. In: FAZ, 5.12.2011; Praveen Menon and Matthew Green, Afghans Seek Shelter in Dubai ahead of Pullout. In: Reuters, 13.9.2012. Allein die offiziell am Kabuler Flughafen im Jahr 2011 deklarierten Kapitalexporte bezifferten sich auf 4,6 Mrd. US-Dollar und damit auf beinahe so viel wie der gesamte Staatshaushalt. Matthew Green, Afghanistan Acts to Curb Flight of Capital. In: FT, 18.3.2012.

171 Donini, Local Perceptions of Assistance to Afghanistan, S. 164. Diesen Eindruck bestätigte die überwiegende Mehrheit der Interview-Partner des Autors in Afghanistan.

172 So auf intensiver Feldforschung beruhend am Beispiel Kunduz: Mielke, Constructing the Image of a State, S. 254 f.

173 Viele afghanische Männer verschulden sich für die Heirat. Extravagante Hochzeitspartys sind nach dem Sturz der Taliban am Hindukusch zu einem Statussymbol geworden. In: NZZ, 18.5.2011, S. 9. Augenfälliges Zeichen hierfür waren die in allen größeren Orten nach 2001 entstandenen »Wedding Halls«. Issa, Baukultur als Symbol nationaler Identität, S. 165 f.

174 Kapstein/Kathuria, Economic Assistance in Conflict Zones, S. 5; Lister/Pain, Trading in Power, S. 4–6; Giustozzi, Afghanistan, S. 33; Yarash/Mielke, The Social Order of the Bazaar, S. 27 f.; Shah, Livelihoods in the Asqalan, S. 17.

175 Das World Food Programme schätzte den Anteil der Landlosen 2002–2003 auf 21 %. Nojumi/Mazurana/Stites, After the Taliban, S. 137. Für die 1990er schätzt Wily, Land Rights in Crisis, S. 17, den Anteil der Landlosen auf 30 % und nimmt an, dass dieser sich seit 2001 kaum verändert haben dürfte.

Hälfte der Menschen unter 19 Jahre alt. Aufgrund der Erbteilung der Böden und fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten bot sich gerade den Jungen kaum eine Perspektive[176].

Aufgrund der höheren Brautpreise und Hochzeitskosten, aber auch der Entwertung ihrer Naturalerzeugnisse verschuldeten sich immer größere Teile der Landbevölkerung[177]. Bei insgesamt höherer volkswirtschaftlicher Leistung schufen die internationalen Mittel neue soziale Ungleichheiten, die sich auch in den Konflikten niederschlugen. In einer stichprobenartigen Auswertung von durch Friedensräte verhandelten Konflikten in fünf afghanischen Provinzen, darunter Badakhshan und Kunduz, belegen Konflikte um Land- und Wasserzugang die ersten beiden Plätze, Streitigkeiten um Heiraten und Schulden den dritten. Dabei zeigt sich, dass Schuldprobleme erheblich häufiger im stärker kapitalistisch vergesellschafteten Kunduz-Stadt vorkamen als im traditionaleren Badakhshan, wo diese kaum eine Rolle spielten[178].

Die zahlreichen Widersprüche der ungleichzeitigen Vergesellschaftung, von denen hier vor allem die herrschaftsbezogenen herausgestellt wurden, mündeten auch nach 2001 weiterhin in organisierter Gewalt. Den höchsten Grad an Organisation erreichten dabei die Taliban und der Hezb-Flügel Hekmatyars (Hezb-e Islami Gulbuddin, HIG). Wie oben bereits dargelegt, wurden die Taliban 2001 und 2002 weniger militärisch besiegt, als dass sich die meisten ihrer Anhänger dazu entschlossen, die Seiten zu wechseln und ihr Kern nach Pakistan floh. Es ist unklar, inwieweit die Spitzen der pakistanischen Regierungen explizit darüber entschieden, die Taliban zu unterstützen. Allerdings gilt es als unstrittig, dass ihnen staatliche Vertreter Pakistans, ihre in den 1990er Jahren geknüpften Verbindungen nutzend, Rückzugsgebiete, materielle und wohl auch personelle Hilfe zur Verfügung stellten[179].

Ebenfalls ausgeschlossen von der Machtverteilung auf der Bonner Konferenz von 2001, entschloss sich auch Hekmatyar, die Regierung zu bekämpfen. Seine HIG konnte jedoch nicht auf derart starke Unterstützung wie die Taliban, mit denen er nur selten kooperierte, bauen. Neben stärkerem Rückhalt in Ostafghanistan verfügte die HIG daher nur über punktuelle Unterstützung. Karzai integrierte den politischen Flügel der Hezb ab spätestens 2004 immer stärker in die Regierung. Dessen Angehörige, die zudem politische Positionen im gesamten Land besetzten, waren allerdings schwer von denen der HIG zu trennen und kooperierten mitunter mit diesen[180]. Wie zu zeigen sein wird, war das Verhältnis

---

176 Da es keinen Zensus gab, fehlen genaue Angaben. Geschätzt war aber über die Hälfte der Bevölkerung unter 19 Jahre alt und Beschäftigungsmöglichkeiten nur für etwa 40 % vorhanden. Barakat, DFID Understanding Afghanistan, S. 15 und S. 34.

177 Nojumi/Mazurana/Stites, After the Taliban, S. 180–189. Die Regierung sah sich daher veranlasst, insbesondere Hochzeitsfeiern gesetzlich einzuschränken. Viele afghanische Männer verschulden sich für die Heirat. Extravagante Hochzeitspartys sind nach dem Sturz der Taliban am Hindukusch zu einem Statussymbol geworden. In: NZZ, 18.5.2011, S. 9.

178 Dennys/Zaman, Trends in Local Afghan Conflicts, S. 7 und S. 19.

179 Giustozzi, Koran, Kalashnikov, and Laptop, S. 21–26; Ruttig, Elastisch und stabil, S. 50 f.; Barfield, Afghanistan, S. 327.

180 Ruttig, Islamists, Leftists – and a Void in the Center, S. 24; Ruttig, Elastisch und stabil, S. 51 f.; From Presidential to Parliamentary Elections, S. 26.

von Taliban- und HIG-Führung zu ihren Kommandeuren ähnlich wie vor 1992 das der anderen *tanzim*e zu ihrer sehr heterogenen Gefolgschaft.

Zusammengefasst schlossen sich afghanische Kämpfer den beiden Gruppen hauptsächlich aus zwei Gründen an: Als Resultat von Herrschaftskonflikten und in Reaktion auf die widersprüchliche Modernisierung. So resultierte die internationale Intervention darin, dass die meisten Kommandeure, die eher lose mit den Taliban verbunden waren, die Seiten wechselten und so ihre Machtposition weitgehend behielten. Die zahlenmäßig geringeren Hauptunterstützer der Taliban dagegen verloren ihre Positionen zumeist. Die internationalen Kräfte der OEF und später auch ISAF kooperierten dabei unmittelbar mit den konkurrierenden, zuvor selbst von den Taliban vertriebenen Kommandeuren und ihren bewaffneten Gruppen, wodurch sie als deren Verbündete erschienen. Da die Hauptunterstützer der Taliban vor allem im Süden zu finden waren, formierte sich auch hier bereits 2002 der Widerstand der nun wieder zu Anwärtern auf die Positionen degradierten Akteure[181].

Auch im Rest des Landes entfalteten sich, nach der bald enttäuschten anfänglichen Erwartung, dass von der internationalen Intervention alle profitieren würden, vergleichbare Herrschaftskonflikte. Ähnlich wie vor 2002, ordneten sich vielerorts Kommandeure, die sich als benachteiligt sahen, zweckrational den Aufständischen zu, sofern ihre Konkurrenten auf der Regierungsseite standen. Lediglich als Anhalt zur Lagerbildung diente die paschtunische Ethnizität, da die Taliban weiterhin als Vertreter der Paschtunen galten[182]. Die Lagerbildungen änderten sich dementsprechend auch wieder unter gewandelten Machtverhältnissen. Sie lassen sich daher nur relational zu Praxis und Positionen der anderen Akteure und nicht anhand feststehender Kategorien verstehen.

Die Rolle der Aufständischen in Herrschaftskonflikten wurde in Kunduz besonders deutlich. Dort fielen durch den Tod der Kommandeure Hashem und Naseri sowie weiterer Machthaber mit einem Schlag die zur Taliban-Zeit dominierenden Patrone insbesondere von Bevölkerungsteilen der Distrikte Aliabad, Chahar Dara und Dasht-e Archi weg. Wie eine genaue Analyse der Verteilung der Distriktpositionen nach 2001 zeigt, gingen die dortigen Schlüsselämter hiernach weit überwiegend an Angehörige der konkurrierenden Jamiat. Es waren daher diese Gebiete, in denen ab 2006 der Widerstand gegen die Regierungsvertreter und die mit ihnen verbündeten internationalen Truppen seinen stärksten Rückhalt fand. Da hingegen die Gefolgschaft der Hezb gut in die staatlichen Patronageketten integriert war, blieb die mit dieser Partei verbundene HIG in Kunduz relativ schwach – obwohl Hekmatyar sogar aus der Provinz stammte. Ebenso wechselten zahlreiche Kommandeure in Aliabad und Chahar Dara mit

---

181 Barfield, Afghanistan, S. 314 f. und S. 329. Vgl. detailliert zur Wandlung der Herrschaftsverhältisse im Süden und ihrer Beziehung zum Widererstarken der Taliban Schmeidl, The Man who would Be King, S. 14; Fishstein, Briefing Note, S. 6 f.; Giustozzi/Farrell, The Taliban at War, S. 5 f.; Giustozzi, Koran, Kalashnikov, and Laptop, S. 16–21. Diesen Zusammenhang bestätigt eine auf Interviews mit 192 Menschen in von Aufständischen dominierten Gebieten der Provinzen Wardak, Kandahar und Ost-Kabul basierende Studie. Demnach steht an offenbar prominentester Stelle das Gefühl, dass staatliche Posten ungerecht verteilt wären und die Regierung »korrupt« sei. Ladbury, Cooperation for Peace and Unity, S. 17–20.

182 Ruttig, Elastisch und stabil, S. 47 f.; Giustozzi, Koran, Kalashnikov, and Laptop, S. 66 f.

ihren Gruppen im Herbst 2010 wieder auf die Seite der Regierung, nachdem der Polizeichef von Kunduz mit regierungstreuen Milizen und US-Kräften drohend zu ihnen vorgedrungen, aber auch Gelder angeboten hatte[183].

Als nicht von den Taliban eroberte Provinz hatte es in Badakhshan ab 2001 dagegen überhaupt keine großflächige Umverteilung der Herrschaftspositionen gegeben. Trotzdem schlossen sich auch hier zunehmend Kommandeure ab etwa 2006 und verstärkt ab 2010 den Taliban an. Sie stammten insbesondere aus dem südöstlichen Teil des von der Jamiat besonders stark dominierten Warduj-Distrikts, sodass sich auch hier die Logik der Gegenlagerbildung zeigte. Der ethnischen Zusammensetzung des fast rein tadschikischen Badakhshans entsprechend, spielte paschtunische Ethnizität dabei so gut wie keine Rolle. Ebenso blieben die Taliban aufgrund der fehlenden Neuverteilung der Macht insgesamt betrachtet marginal[184].

Auch für die 2000er Jahre konstatierten Beobachter und Betroffene vor Ort recht geschlossen, dass es die Zerstörung traditionaler Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen vor allem im Süden und pakistanischen Grenzgebiet waren, die dazu führten, dass sich meist junge Männer den Taliban anschlossen. Gerade die oft als »Stammesordnung« bezeichneten Vergemeinschaftungen hatten demnach für sie weitgehend ihren Sinn verloren[185]. Gleichwohl empfanden sie und die Älteren ebenfalls die westlich geprägten de-facto-Modernisierungsprogramme der internationalen Organisationen, die etwa die Geschlechterverhältnisse umstürzen wollten, als Schande[186]. Dementsprechend vermischten die Taliban in ihrer Ideologie teilweise widersprüchlich moderne islamistische, anti-tribale und nationalistische mit traditionalen Elementen wie dem vermeintlich hergebrachten »Stammesrecht«[187].

Die oben diskutierte Transformation der Vergesellschaftungsformen hatte der traditionalen Vergemeinschaftung die objektive Grundlage entzogen. Über den genauen ökonomischen Hintergrund der Taliban-Anhänger und -Unterstützer gibt es freilich kaum Daten, wobei als gesichert gelten kann, dass es sich um eine »Bewegung der ›kleinen Leute‹« handelte[188]. Dies bestätigt offenbar ein Sample mit Angaben zu den Berufen von bei einem Luftschlag getöteten Dorfbewohnern aus dem Chahar-Dara-Distrikt in Kunduz. Sie stammten aus einer Gegend, deren Bewohner offenbar überwiegend die Taliban unterstützten[189]. Demnach arbeiteten

---

183 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 40 f. und S. 34 f.

184 Ebd., S. 48 und S. 61.

185 Giustozzi, Koran, Kalashnikov, and Laptop, S. 38–40; Ruttig, How Tribal Are the Taleban?, S. 8 f.; Schetter, Wer sind die Taliban?, S. 319.

186 Barfield, Afghanistan, S. 316 f.

187 Ruttig, Elastisch und stabil, S. 37–39. Vgl. detailliert an den Originalquellen Azimi, Die virtuelle Propaganda der Taliban, S. 116 f. und S. 121 f.; Broschk, Ideologische Facetten der Taliban, S. 101–103.

188 Schetter, Wer sind die Taliban?, S. 315.

189 Es handelt sich um den unten näher diskutierten Luftschlag vom 4. September 2009. Unweit des nächstgelegenen Dorfes, Haji Amanullah, hatten Taliban gut ein Jahr zuvor von den Dorfbewohnern nicht verratene Stellungen für einen Hinterhalt gegen ISAF-Truppen vorbereitet und einen deutschen Soldaten getötet. Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier, Berlin, 26.1.2010 und 12.6.2011. Unmittelbar nach dem Luftschlag entführten Taliban am Ort des Geschehens einen britischen Journalisten, der nach seiner

von 31 Männern und Jugendlichen zwei als Schreiber, einer als Fahrer, zwei als Tagelöhner beim durch internationale Organisationen finanzierten Straßenbau und sechs als Bauern mit offenbar eigenem Land. Die überwiegende Mehrheit verdingte sich dagegen als abhängig Beschäftigte bei Großgrundbesitzern: vier als Pachtbauern und 16 als Tagelöhner. Sechs aus dieser Gruppe arbeiteten zusätzlich gelegentlich im Straßenbau[190]. Offenbar erfolgreich auf die Sorgen dieser Gruppen zugeschrieben waren die Teile der Taliban-Propaganda, die sich explizit gegen die kapitalistische Akkumulation von immer mehr Reichtum richteten und das islamische Zinsverbot betonten[191].

Während die Taliban schätzungsweise 80 bis 90 Prozent ihrer Kämpfer lokal rekrutierten und diese auch in ihrem Ursprungsgebiet kämpften, bestand der Rest aus ausländischen Dschihadisten, Söldnern und dem tief überzeugten Kern der Bewegung[192]. Während sie gerade im Süden bis Ende der 2000er Jahre einige Gebiete sogar offen kontrollierten, mussten sie überall sonst verdeckt vorgehen. Sie nutzten dabei Netzwerke von Unterstützern, die sie mithilfe von Mobilfunk auf handelsüblichen Motorrädern und Pick-up-Trucks jederzeit für Operationen zusammenziehen konnten. An der Praxis der Taliban-Führung zeigt sich, dass ihre Vorstellungswelt ein Ideal moderner Staatlichkeit dominierte. So stellte sie eine »Schattenregierung« mit Posten analog zu den vorhandenen Verwaltungsgrenzen und größtenteils auch der Ämterstruktur auf. Ebenso erließ sie bürokratische Anordnungen und allgemeine Regelungen im Namen des Islamischen Emirats Afghanistan mit entsprechenden Briefköpfen[193].

Wie die Spitzen der *tanzim*e bis 1992 in Pakistan exiliert, konnte die Taliban-Führung jedoch nur einen ähnlich vermittelten Einfluss auf ihre Kommandeure in Afghanistan ausüben. Hierbei griff sie insbesondere auf die seit Ende ihrer Herrschaft benachteiligten[194] einfachen Dorf-*mullah*s als Intermediäre zurück. Ihr gewichtigstes Mittel waren anscheinend die Ressourcen und Gewaltexperten, die sie den einzelnen Kommandeuren zuteilten. Erneut übergelaufene Führer ließen sie aber auch töten. Insgesamt musste die Führung der Taliban Kompromisse mit den Kommandeuren eingehen und damit die lokalen Verhältnisse berücksichtigen[195].

Befreiung berichtete, dass sich diese offen in der Gegend bewegten und offenbar gute Beziehungen zu den Leuten der Gegend pflegten. Stephen Farrell, The Reporter's Account. 4 Days With the Taliban. In: At War Blog – NYTimes.com, 9.9.2009.

190 Die Angaben stammen aus der Klageschrift der Rechtsanwälte Geulen & Klinger an Bundesminister Dr. Karl-Theodor Freiherrn zu Guttenberg: Bombardement bei Kunduz am 4. September 2009, S. 13, 15, 17 f., 20 f., 23, 25–31 und S. 33 f., mit denen diese Schadensersatz für die Hinterbliebenen erstreiten wollten. Es wurden nur Angaben zu den Personen und ihrer beruflichen Tätigkeit entnommen. Da die Rechtsanwälte und Hinterbliebenen Schadensersatz nach der Höhe des durch den Tod der betroffenen Personen erlittenen Verdienstausfalls erlangen wollten, hätte es keinen Sinn ergeben, die ökonomische Lage der Getöteten schlechter zu reden, als sie war.

191 Azimi, Die virtuelle Propaganda der Taliban, S. 122; Broschk, Ideologische Facetten der Taliban, S. 96 und S. 103.

192 Giustozzi, Koran, Kalashnikov, and Laptop, S. 40 f.; Ruttig, Elastisch und stabil, S. 43.

193 Schetter, Der Antistaat, S. 120; Ruttig, Elastisch und stabil, S. 49; Azimi, Die virtuelle Propaganda der Taliban, S. 124 f.

194 Dorronsoro, Revolution Unending, S. 343.

195 Schetter, Wer sind die Taliban?, S. 315; Ruttig, Elastisch und stabil, S. 43–47.

V. Operationen ohne Strategie: Die allgemeine Praxislogik von ISAF und Bundeswehr in Afghanistan

»My guidance to our staff was that as the most powerful organization in the country, we would take a direct interest in everything – not just the traditional warfighting piece. As I told an exasperated and overworked staff officer in October 2003: ›We own it all!‹«

Lieutenant General David W. Barno, 2003 bis 2005 Kommandeur der OEF-Kräfte in Afghanistan[1]

»People at the NATO headquarters were talking about all kinds of pie-in-the-sky ideas for Afghanistan, but they had no strategy, no clear articulation of what they wanted to achieve, no political guidance and no forces.«

Lieutenant General Rick Hillier, Februar bis August 2004 ISAF-Kommandeur[2]

Bevor ausgesuchte Handlungsfelder der Bundeswehr in Afghanistan untersucht werden, ist zunächst die allgemeine Logik ihrer Praxis im ISAF-Einsatz sowie der anderen für ihr Handeln ausschlaggebenden internationalen Akteure zu analysieren. Nur so lässt sich die Bundeswehr-Praxis in einen größeren Zusammenhang einordnen und umfassend verstehen. In diesem Sinne ist zunächst die Logik der politischen Entscheidungen, die seit 2001 zum internationalen Afghanistan-Engagement fielen, herauszustellen. Hiernach kann die besondere Praxis der ISAF untersucht werden. Dabei bietet es sich an, zunächst den Blick auf die entscheidenden strategischen und operativen Planungen zu richten, da diese die Praxis anleiten sollten. Hiernach kann die tatsächliche Einsatzpraxis der Truppe skizziert werden. Auch als Hintergrund für die folgenden Kapitel sind zudem die konkreten Handlungsgrundlagen der Bundeswehr zu analysieren. Diese reichen von den Stützpunkten im Land, über die vorhandenen Kräfte, bis hin zu den Habitusstrukturen der Truppe. Schließlich ist ebenso die allgemeine Praxis der Bundeswehr zu skizzieren.

Da es sich um noch nicht lange zurückliegende Ereignisse handelt und dementsprechend noch Sperrfristen für »sicherheitsrelevante« staatliche Dokumente gelten, gibt es keinen freien Zugriff auf die meisten Quellen über die Praxis der ISAF und der politischen Entscheidungen über sie. Gleichwohl wurden bereits insbesondere zahlreiche US-amerikanische Akten freigegeben. Somit kann sich dieser Abschnitt entweder auf diese Dokumente selbst oder auf Werke, die darauf basieren, abstützen. Hinzu kommen die schon bald nach ihrem Ausscheiden aus der Praxis veröffentlichten Memoiren einiger Verantwortlicher. Weitere Informationen bieten die wenigen gehaltvollen wissenschaftlichen Darstellungen zum Thema, Presseerzeugnisse sowie mit Praktikern geführte Interviews. Schließlich sind als Teil der Quellengrundlage noch die von vornhe-

---

1 Barno, Fighting »The Other War«, S. 37.
2 Hillier, A Soldier First, S. 288.

rein veröffentlichten Dokumente der Verantwortlichen wie Strategiepapiere und Fortschrittsberichte zu nennen.

In diesem Kapitel wird deutlich, wie sich das zuvorderst militärische Afghanistan-Engagement ab 2001 von einer stark emotional motivierten rein militärischen Bestrafungs- und Befriedungsaktion zu einem ungeplanten umfassenden zivil-militärischen Projekt ausweitete. Die beteiligten zivilen und militärischen Akteure standen dabei weitgehend unhierarchisch nebeneinander und entwickelten weder eine gemeinsame Strategie, noch wussten sie, wie ihre ebenso weitreichenden wie vagen Ziele umzusetzen waren. Als Antrieb wirkte dabei ihr Interesse, an dem Projekt mitzuwirken. Legitimiert durch abstrakte Begriffe, bestimmte letztlich der Grad, zu dem sich die beteiligten Akteure durchsetzen konnten, die konkrete Gestalt der Praxis. Diese hatte daher einen stark operativen, auf die Mittel und Instrumente statt auf die damit zu erreichenden Ziele fokussierten Charakter. Dies war nicht Ergebnis fachlicher Unzulänglichkeiten der Entscheidungsträger, vielmehr spiegelten sich hierin die Interessen der Beteiligten wider, denen es in erster Linie darum ging, ihre Kompetenzen und Mittel zu erhöhen bzw. diese zu bewahren, und erst in zweiter, ein spezifisches strategisches Ziel zu erreichen.

Mit dem Ziel, größere internationale Mitwirkung zu erlangen, entschieden sich auch die außenpolitischen Verantwortlichen der Bundesrepublik, an dem Projekt teilzuhaben. Aus denselben Gründen wie auf der internationalen Ebene konnten sich auch die deutschen Ressortvertreter nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen. Ihre Praxis hatte daher ebenfalls einen klar operativen Charakter. Als problematisch nahmen sie allerdings die Legitimität militärischer Einsätze in der Öffentlichkeit wahr. Ihre Praxis bestimmte daher der Widerspruch, einerseits mitwirken zu wollen, andererseits aber nicht zu kriegerisch zu erscheinen. Hierzu begrenzten sie, so wie die Spitzen des BMVg, die Gewaltmittel der Bundeswehr und die Intensität ihres Einsatzes. Mit den Interessen der politischen Führung liefen die der militärischen in dem Sinne zusammen, dass sie ein Interesse daran einte, ihre Kompetenzen mit dem Afghanistan-Einsatz zu erhöhen. Auch bei militärisch unsinnigen politischen Anordnungen wagten die Spitzenoffiziere daher – ihrer bisherigen Praxis entsprechend – nicht den Widerspruch.

Auch die ISAF diente den hieran beteiligten Akteuren zuvorderst dazu, Bündnissolidarität zu demonstrieren sowie größere internationale Mitwirkung zu erlangen. Selbst nachdem die NATO formal das Kommando über die Mission übernommen hatte, folgte die Praxis auf dem ISAF-Feld eher den etablierten »Regeln des Spiels« der internationalen Beziehungen, in denen die Beteiligten um machtvolle Positionen konkurrierten. Hinzu kam das Appropriationsinteresse des Verwaltungsstabs der NATO wie auch der von den nationalen militärischen Spitzenoffizieren gebildeten ISAF-Führung. Aus denselben oben genannten Gründen produzierten die Vertreter der NATO- und ISAF-Staaten bestenfalls nominell strategische Weisungen für die Truppe. Auch ihre Praxis hatte daher einen operativen Charakter und sie bezog sich nicht auf die afghanischen Verhältnisse – über die ohnehin nur wenig Wissen vorhanden war –, sondern auf ihre eigenen Instrumente. Die Counterinsurgency-Doktrin formalisierte im Grunde die Vermischung von Strategie und Operationen. Ohne strategische Idee

wurde die ISAF-Praxis von taktischen Ereignissen vorangetrieben, auf die sich die Truppe kontextuell einstellte. Aufgrund des fehlenden Ziels und der vergegenständlichten Perspektive der Entscheidungsträger erschien ihnen gemeinsam als Lösung, das Engagement immer weiter zu verstärken. Dies geschah, bis Ende der 2000er Jahre der politische Wille hierfür – angesichts der westlichen Haushaltskrisen – aufgrund zu hoher Kosten und zu negativer Umfragewerte für das Afghanistan-Engagement erlahmte.

Die allgemeine Praxis der deutschen Einsatzkontingente unterschied sich nicht grundlegend von der ihrer Verbündeten. Allerdings gingen die dortigen Verantwortlichen aufgrund des stärker verbreiteten Absicherungsdenkens und des Ziels der Spitzen des BMVg, nicht zu kriegerisch zu erscheinen, vorsichtiger vor. Zugleich zeigt der noch genauere Blick auf die dominierenden Habitusstrukturen, wie sehr sie auf die militärhistorische Vergangenheit ausgerichtet waren. Ebenso wird deutlich, dass die einzelnen Soldaten aufgrund der vielfachen Widersprüche des internationalen Engagements und seiner Komplexität den Sinn ihres Tuns nicht in den vagen offiziellen Zielen erblickten. Vielmehr ergab er sich für sie neben rein monetären Absichten vor allem aus den soldatischer Vergemeinschaftung entspringenden Werten. Bis hinunter auf die Mikroebene prägte damit ein selbstreferenzieller Charakter das allgemeine internationale Engagement in Afghanistan. Die unmittelbaren Verhältnisse in dem Land waren anderen Zwecken, wie dem Erreichen einer machtvolleren Position in den internationalen Beziehungen oder Budget- und Kompetenzzuwächsen des eigenen Ressorts, eindeutig untergeordnet.

1. Logik der politischen Praxis des Afghanistan-Engagements

In diesem Abschnitt sind zunächst die Entscheidungen der höchsten außenpolitischen Verantwortlichen darzulegen, die international mit dem Afghanistan-Engagement befasst waren, um hierin die ISAF-Praxis einordnen zu können. Als Hintergrund für das Engagement der Bundeswehr werden danach die Handlungen der deutschen Außenpolitiker untersucht. Aus einer Untersuchung ihrer wichtigsten Entscheidungen lässt sich schließlich die Logik ihrer Praxis ableiten.

a) Politische Logik des internationalen Afghanistan-Engagements

Den Anlass für die internationale Intervention in Afghanistan boten von mehreren islamistischen Fundamentalisten in New York und Washington am 11. September 2001 mit Verkehrsflugzeugen verübte Anschläge. Sie riefen für derartige Aktionen beispiellose Zerstörungen hervor und töteten rund 3000 Menschen, die größtenteils US-amerikanische Staatsbürger waren. Die Entscheidungen der außenpolitisch Verantwortlichen in Schlüsselpositionen prägte offenbar der außeralltägliche, Entsetzen hervorrufende Charakter dieser Taten. Sie reagierten dementsprechend in besonderer, emotional aufgeladener Weise. So sahen sie

sich zu allererst gezwungen, der eigenen Bevölkerung ihre Handlungsfähigkeit zu beweisen und die Schläge zu vergelten – in den am Folgetag im National Security Council (NSC) geäußerten Worten des US-Präsidenten George W. Bush: »The American people want a big bang[3].« Bereits einen Monat später begann der schnell und unkonventionell von Agenten der Central Intelligence Agency (CIA) und Spezialkräften ausgeführte Angriff auf Afghanistan unter der Bezeichnung Operation Enduring Freedom (OEF)[4].

Als übergreifende politische Idee entwickelten die Verantwortlichen in der US-Administration bald den »Global War on Terror«. Da es sich beim Begriff des »Terrorismus« nicht um einen analytischen, sondern um einen pejorativ-politischen, von niemandem als Selbstbezeichnung gewählten handelt[5], blieb der genaue Adressat vage. Offiziell bezeichneten die amerikanischen Regierungsvertreter hiermit bloß Maßnahmen gegen all jene Gewaltakteure, deren Handlungen sie als illegitim bewerteten[6]. In der Praxis lassen sich Gemeinsamkeiten allerdings nur in der Hinsicht finden, dass sich die von US-Seite als »Terroristen« bezeichneten Akteure zumeist islamisch legitimierten und militärische Taktiken verwendeten, die sich aufgrund ihrer Unterlegenheit auf verdeckte Anschläge gegen vorzugsweise ungeschützte Ziele konzentrierten[7].

Die Perspektive des »Global War on Terror« ähnelte der Blocksicht des Kalten Kriegs, aus der die Vertreter beider Mächte unterschiedlichste soziale Phänomene auf der ganzen Welt zumeist nach der selbstgewählten Legitimation der Akteure als »Stellvertreterkriege« im Dienst einer der Blockmächte eingeordnet hatten. Verwendeten politische Bewegungen etwa eine sozialrevolutionäre, marxistische Rhetorik, so werteten sie diese als Vertreter des Ostblocks, bei liberaler Legitimation als solche des Westens. Ganz in diesem Sinne stellten die Verantwortlichen in den USA, aber auch in anderen westlichen Staaten, ebenso künstli-

---

3 So auf Basis von Notizen der NSC-Sitzungen der Zeit und zahlreichen Interviews mit den dabei Anwesenden Woodward, Bush at War, S. 49. Vgl. auch Greiner, 9/11, S. 81, sowie die Aussagen der Verantwortlichen selbst: Bush, Decision Points, S. 127 und S. 149; Rice, No Higher Honor, S. 79. Laut Clarke, Against all Enemies, S. 24, damals Chief Counter-terrorism Adviser des NSC, hätte Bush am 11.9.2001 nach dem Hinweis, dass Afghanistan anzugreifen völkerrechtlich nur in Selbstverteidigung zulässig sei, einen Wutanfall bekommen, dies abgelehnt und geschrien »we are going to kick some ass.« Der spätere Kommandeur der OEF fasste es in folgende Worte: »The blood debt of 9/11 was nowhere more keenly felt every day than in Afghanistan. No Soldier, Sailor, Airman, or Marine serving there ever needed an explanation for his or her presence – they ›got it.‹« Barno, Fighting »The Other War«, S. 38.

4 Woodward, Bush at War, S. 201 f., 208 f. und S. 213–218; Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 67 f.

5 Bakonyi, Terrorismus, Krieg und andere Gewaltphänomene, S. 5–12.

6 So hieß es bloß im Kerndokument President of the United States, The National Security Strategy, S. 5: »The enemy is not a single political regime or person or religion or ideology. The enemy is terrorism – premeditated, politically motivated violence perpetrated against innocents.« Den Widerspruch, dass es sich bei Terrorismus analytisch bestenfalls um eine Taktik handelt, die man als solche nicht bekämpfen kann, nahmen auch die damaligen Entscheidungsträger spätestens im Nachhinein wahr. Vgl. mit dem Abstand von fast 10 Jahren den Deputy Secretary of Defense Policy Feith, War and Decision, S. IX, der jedoch keine Lösung anbot. Rumsfeld, Known and Unknown, S. 353, hingegen schrieb, man hätte expliziter den Islamismus als Gegner definieren müssen, »political correctness« hätte dieser Präzisierung jedoch entgegen gestanden.

7 Hensell, Terrorismus und Kriegsgeschehen, S. 16 f.

che, nur auf deren islamischer Legitimation und militärischen Taktiken beruhende Verbindungen zwischen unterschiedlichsten Gruppen her – von uigurischen Dissidenten in China über die afghanischen Taliban bis hin zu Schmugglern in der Sahara[8].

Unterschiedlich explizit war hierbei auch eine neue Spielart der »Dominotheorie« des Kalten Kriegs, die besagt hatte, dass sobald ein Land kommunistisch würde, die Chancen wüchsen, dass ebenso das Nachbarland bald »umkippen« könnte, was wiederum die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung für dessen Nachbarn erhöhte usw.[9] In ähnlicher Weise sahen die Verantwortlichen seit 2001 die Gefahr, dass sich der islamische Fundamentalismus ausbreiten könnte[10]. Eine derartige Sicht, die nicht nur politische Ideen, sondern auch ganze Gesellschaften vergegenständlichte, resultierte zur Zeit des Kalten Kriegs wie auch in den 2000er Jahren aus den bürokratischen Dispositionen der damit befassten Offiziellen und aus deren Ziel, die komplexen weltweiten Verhältnisse zu ordnen und damit intellektuell zu bewältigen.

Wie bereits oben näher ausgeführt, zerfiel die Herrschaft der Taliban wenige Monate nach Beginn der Operation im Oktober 2001, als die in den Vorjahren zu ihnen übergelaufenen Kommandeure und Subkommandeure bewaffneter Gruppen erneut die Seiten wechselten. Schon im Dezember des Jahres trafen sich die Vertreter der bewaffneten afghanischen Gruppen, mit denen die OEF-Kräfte zusammenarbeiteten, Exilgruppen und Repräsentanten der beteiligten westlichen Staaten auf dem Petersberg bei Bonn, um über die Zukunft des Landes zu entscheiden[11]. Obwohl, wie im vorangegangenen Kapitel erläutert, ein Waffenstillstand zwischen den beteiligten Konfliktparteien noch ausstand, setzten die Entscheidungsträger auf der Bonner Konferenz die etablierten Praktiken des *post-conflict peacebuilding* durch[12]. Geprägt von einer vergegenständlichten Sicht der westlichen Akteure auf Staatsbildung als technischem Prozess, sahen sie die üblichen Prozeduren vor. Demnach war zunächst eine »Interim« und dann eine »Transitional Authority« zu bilden, aus der wiederum nach »freien und fairen«, von den VN beaufsichtigten Wahlen eine dauerhafte Regierung hervorgehen sollte. Eine internationale Schutztruppe (ISAF) sollte zudem den afghanischen »authorities« dabei helfen, die Sicherheit im Land aufrechtzuerhalten und entsprechende Kräfte aufzubauen, bis diese die Aufgabe selbst wahrnehmen könnten[13].

Nicht nur an den vorgesehenen demokratischen Verfahren, sondern auch den Zusätzen, wonach die Frauenrechte zu wahren und der internationale »Kampf

---

8 Ryan, »War with Countries We Are not at War with«, S. 365–378; Hensell, Terrorismus und Kriegsgeschehen, S. 20 f.

9 Vgl. dazu sowie zu den vergegenständlichten Prämissen dieser Theorie Gibson, The Perfect War, S. 26 f.

10 Vgl. z.B. die Vorstellung, dass die ab 2002 aus Afghanistan fliehenden al-Qaida-Kämpfer über das Horn von Afrika bis hin nach Westafrika für Regimeumstürze sorgen könnten. Ryan, »War with Countries We Are not at War with«, S. 371 f.; Faath, US-Engagement im Sahel-Saharararaum, S. 8.

11 Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 93–121.

12 Martin, Intervening for Peace?, S. 9; Suhrke, When More is Less, S. 117 f.; Barfield, Afghanistan, S. 294; Kühn, Sicherheit und Entwicklung, S. 17.

13 Agreement on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-establishment of Permanent Government Institutions, Art. I Nr. 3–6, Art. V Nr. 2-5 und Annex I f.

gegen den Terrorismus« zu unterstützen seien, wurden dabei die Einflüsse und Wertungen der westlichen Akteure deutlich. Zudem setzten insbesondere die US-Vertreter durch, dass sich die Teilnehmer der Konferenz mit Hamed Karzai auf einen Präsidenten einigten, der in den USA familiär verwurzelt war und fließend Englisch sprach. Entscheidend war also, dass er als Kooperationspartner der Internationalen dienen konnte. Die Zusammenarbeit erleichtern sollten offenbar auch die genannten bürokratischen Verfahren. Eine geringe Rolle spielte hingegen, ob diese auch in Afghanistan durchsetzbar waren[14].

Im Fokus der US-Entscheidungsträger stand zunächst nur, die vermeintlichen Urheber der Anschläge vom 11. September 2001 zur Rechenschaft ziehen. In dem schon bald als global konzipierten Krieg sollte Afghanistan jedoch nur eine erste Etappe sein, während sich insbesondere Vertreter des Department of Defense immer stärker für eine Intervention in Irak aussprachen. Verbunden mit der negativen sowjetischen Besatzungserfahrung im Land und der logistisch schwierigen geografischen Lage, planten die Vertreter der US-Administration daher nur eine geringe Präsenz im Land[15]. Mit dem schnellen Zusammenbruch der Taliban-Herrschaft sahen sie sich jedoch bereits Anfang Oktober immer stärker dazu gezwungen, sich Gedanken über eine Nachfolgeregierung zu machen. Hierbei befürworteten die Vertreter des Department of Defense nur eine minimale US-Rolle, womit sie sich allerdings nicht gegen die übrigen Ressortvertreter durchsetzen konnten, die entgegen der ursprünglichen Absicht ein größeres *statebuilding*-Projekt durchsetzten[16].

Beide Fraktionen in der US-Administration waren sich jedoch einig, dass um die eigenen Ressourcen zu entlasten und dem Projekt internationale Legimität zu verleihen, hierfür noch weitere verbündete Staaten sowie grundsätzlich auch die VN zu gewinnen waren. Hierzu initiierten die Vertreter des US-Department of State im November 2001 eine internationale Konferenz in Bonn, bei der nicht nur die Frage der Zentralgewalt in Afghanistan vorerst geklärt wurde, sondern sich auch die wichtigsten Geberländer zusammenfanden. Hatten sich bereits an der OEF Vertreter zahlreicher Staaten beteiligt, darunter die Bundesrepublik Deutschland, um ihre Solidarität mit den USA zu erklären und international mitzuwirken, so vergrößerte sich mit der Bonner Konferenz noch einmal die Zahl der am Afghanistan-Projekt beteiligten Akteure. Unter diesen hatten sich, wie be-

---

14 Barfield, Afghanistan, S. 289–293 und S. 298.

15 Greiner, 9/11, S. 81–83; Woodward, Bush at War, S. 83, 91 und S. 217 f. Vgl. auch die Memoiren der Beteiligten Bush, Decision Points, S. 189; Rumsfeld, Known and Unknown, S. 359; Feith, War and Decision, S. 15 f., 50 f., 82 und S. 84; Clarke, Against all Enemies, S. 30 f. und S. 231.

16 Woodward, Bush at War, S. 192, 195, 220, 231, 236, 254, 275, 279, 306, 308, 314, 321, 333 und S. 339; Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 28–33 und S. 43–47; Murray, The Love That Dare not Speak its Name?, S. 245–252. Vgl. in diesem Sinne auch die freigegebenen Entwürfe der strategischen Planungen für OEF im Department of Defense: Feith, Info Memo for Secretary of Defense, S. 1 f.; Rumsfeld, Draft for Discussion sowie die Memoiren der Beteiligten Bush, Decision Points, S. 197 und S. 205–207; Rumsfeld, Known and Unknown, S. 377, 398 f., 403 f. und S. 406–408; Feith, War and Decision, S. 100 f., 133 f., 139–145, 149 und S. 157.

reits der Austragungsort zeigte, auch die Deutschen gegen britischen Widerstand eine prominente Stellung erkämpft[17].

Die neu hinzugekommenen Akteure erweiterten jeweils die Agenda des internationalen Afghanistan-Projekts um weitere Problemdefinitionen. Im Sinne der unbewussten Abstimmung von Habitus und Struktur waren dies stets solche, die ihren Interessen dienten, da sie sich mit ihren vorhandenen Instrumenten bewältigen ließen und das wahrgenommene Legitimitätsempfinden ihrer Gesellschaften bedienten. So waren es in Bonn insbesondere die Vertreter der Bundesrepublik und der EU, die das internationale Vorhaben um entwicklungspolitische Absichten erweiterten[18]. Die Legitimation hierfür lieferte das Konzept des »Security Developement Nexus«, demzufolge auch wirtschaftliche Entwicklung Krieg und »Terror« vermeiden helfe[19]. Auch innerhalb der US-Administration setzten sich die Vertreter einer entwicklungspolitischen Problemdefinition schließlich gegen die des Department of Defense durch. Vorteilhaft war dabei für sie, dass immer mehr militärische Kräfte für die Invasion des Iraks an den arabischen Golf verlegt wurden und Secretary of Defense Donald Rumsfeld am 1. Mai 2003 sogar das Ende der Kampfhandlungen in Afghanistan proklamierte[20]. Ähnliche Prozesse verliefen in den anderen beteiligten Staaten, flankiert durch die Lobbyarbeit zahlreicher Non-Governmental Organizations (NGOs), deren Mitarbeiter davon lebten[21].

Auch auf militärischer Seite weiteten die Kommandeure der OEF-Kräfte ab 2003 ihre Mission zu einer umfassenden »Stabilisierungsoperation« aus, die zahlreiche zivile Ziele verfolgte[22]. Aufgrund ihrer quantitativ unverhältnismäßig größeren Präsenz und ihrer enormen Mittel dominierten sie somit weiterhin das internationale Engagement. Bereits einen Tag nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hatte zudem der damalige NATO-Generalsekretär aus eigener Initiative die Mitgliedsstaaten dazu bewegen können, den nie zuvor erklärten Verteidigungsfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags auszurufen[23]. Wie vorzeitig freigegebene Dokumente aus der Zeit belegen, war dies zunächst nicht im Sinne der US-amerikanischen Außenpolitiker, die nur eine politische Akklamation wünschten[24]. In der Folgezeit versuchten weitere Angehörige des Verwaltungsstabs des Bündnisses, insbesondere der stets US-amerikanische

---

17 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 106; Ralf Beste [u.a.], Ein deutscher Krieg. In: Der Spiegel, 36/2011, S. 74–87, hier S. 85 f.

18 Ralf Beste [u.a.], Ein deutscher Krieg. In: Der Spiegel, 36/2011, S. 74–87, hier S. 85 f.; Irwin, Disjointed Ways, Disunified Means, S. 131 f.; Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 106.

19 Schetter, Von der Entwicklungszusammenarbeit, S. 36; International Security Assistance Force, Provincial Reconstruction Team Handbook, 14.7.2006, S. 37.

20 Irwin, Disjointed Ways, Disunified Means, S. 133–138 und S. 182 f.; Feith, War and Decision, S. 149.

21 Suhrke, When More is Less, S. 12 f.

22 Vgl. explizit die Aussagen des damaligen OEF-Kommandeurs Lieutenant General Barno, Fighting »The Other War«, S. 37.

23 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 115. Vgl. auch die persönlichen Erinnerungen von Fischer, I'm not convinced, S. 16 f.

24 Vgl. auszugsweise abgedruckt bei Ralf Beste [u.a.], Ein deutscher Krieg. In: Der Spiegel, 36/2011, S. 74–87, hier S. 81.

Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) sowie die mit NATO-Angelegenheiten befassten Akteure im Pentagon, aber auch in anderen Verteidigungsministerien, die ISAF der NATO zu unterstellen und damit über Kabul hinaus auszuweiten[25]. Sie alle wollten dabei ganz offensichtlich auch ihre eigenen Positionen stärken.

Bereits Anfang 2002 bemühte sich Präsident Karzai, das Einsatzgebiet der ISAF über Kabul hinaus auf die Provinzen auszuweiten. Nachdem die US-Vertreter dies anfangs abgelehnt hatten, erschien eine Ausdehnung angesichts der spätestens 2003 wieder verstärkten Aktivitäten der Taliban auch ihnen sinnvoll, zumal sie in dieser Zeit immer mehr Kräfte nach Irak verlegen mussten[26]. Den Durchbruch brachten schließlich die Vertreter der ISAF-Truppensteller, darunter insbesondere Deutschlands. Diese konnten hierdurch die Frage der turnusmäßig das Führungspersonal stellenden *lead nation* dauerhaft klären, sich innerhalb der NATO distinguieren sowie Solidarität mit den USA demonstrieren, ohne militärisch in den umstrittenen und schließlich desaströs verlaufenden Irak-Krieg verwickelt zu werden[27]. Im Ergebnis erweiterte sich bis 2006 das Einsatzgebiet der ISAF auf ganz Afghanistan und ihre Truppenstärke erhöhte sich schließlich auf rund 130 000 Soldaten im Jahr 2010 bis zum Beginn der Truppenreduzierung 2012[28].

Vorangetrieben von den Interessen der beteiligten Akteure, erweiterte sich somit die Agenda der Intervention ungeplant von einer reinen militärischen Bestrafungs- und Befriedungsaktion zu einem umfangreichen sicherheits- und entwicklungspolitischen Staatsaufbauprojekt. Dieses sollte umfassende gesellschaftliche Veränderungen anstreben, von den Herrschaftsformen über die ökonomische Reproduktion, einschließlich einer Verminderung des Opiumanbaus, bis hin zu solch spezifischen Aspekten wie den Geschlechterverhältnissen[29]. Abgesehen von dem vagen Ziel, mithilfe der in Bonn beschlossenen Prozeduren einen legal-rationalen Staat zu schaffen, der international agierenden »Terroristen« keine Zuflucht bieten würde, konnten sich die Intervenienten aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen jedoch auf keine konkreteren strategischen Vorgaben einigen. Das genaue Ziel, der zu beschreitende Weg sowie Prioritäten dabei blieben somit unklar[30]. In der Praxis ergaben sich daraus zahlreiche Widersprüche, deren größter darin bestand, nicht gegen Pakistan vorzugehen, obwohl dessen Geheimdienst die Taliban unterstützte[31]. Entscheidend war auch, dass es selbst innerhalb der *policy*-orientierten *statebuilding*-Diskussion keinerlei Konsens darüber gab, welches der zahlreichen Konzepte zum Erfolg führen würde. Die sukzessive, teilweise widersprüchliche Addition immer neuer

---

25 Vgl. die fundierten Recherchen von Gareth Porter, How Afghanistan Became a War for NATO. In: Inter Press Service, 3.1.2011, sowie die auf Primärquellen basierende detaillierte Darstellung von Lieutenant Colonel Beckman, From Assumption to Expansion, S. 5 f.

26 Irwin, Disjointed Ways, Disunified Means, S. 133–137.

27 Beckman, From Assumption to Expansion, S. 5 f.; Irwin, Disjointed Ways, Disunified Means, S. 137 f.

28 NATO, NATO's Operations, S. 5; International Security Assistance Force, Key Facts and Figures, June 2011, S. 1; Department of Defense, Report on Progress, December 2012, S. 13.

29 Suhrke, Reconstruction as Modernisation, S. 1293, 1297, 1299 und S. 1303.

30 Irwin, Disjointed Ways, Disunified Means, S. 125–130.

31 Ebd., S. 142 f. und S. 156 f.

Ziele durch die Akteure blieb somit ungebremst, da diese sich selektiv auf jeweils passende Theoreme beziehen konnten[32].

In gemeinsam verfassten Absichtserklärungen und Strategiedokumenten konnten sich die Verantwortlichen daher nur auf abstrakte, kaum näher definierte Ziele wie »Stabilität«, »Sicherheit« oder »Entwicklung« einigen[33]. Wie in anderen Interventionen handelte es sich dabei um »Erwartungsbegriffe« (Reinhart Koselleck), die ein nie gänzlich zu erreichendes Ziel beschrieben. So ist etwa nicht denkbar, dass vollständige »Sicherheit« ebenso wie eine abgeschlossene »Entwicklung« je erlangt werden kann – sie haben dementsprechend »moving horizons«[34]. Dies galt insbesondere für das große und zersiedelte Afghanistan, das bereits vor dem Krieg als stark »unterentwickelt« galt und somit quasi endlos viele Soldaten und Hilfsgelder »schlucken« konnte. Die objektive Grundlage dafür, derartige Erwartungsbegriffe zu wählen, bestand darin, dass die Akteure den Wert ihrer Kapitalsorten bestätigt sehen konnten und ihnen in Aussicht stand, auch in Zukunft gebraucht zu werden[35].

Entscheidend dafür, dass die einzelnen Akteure ihre eigenen Prioritäten aufrechterhalten konnten und damit eine gemeinsame Strategie verhinderten, war insbesondere, dass die verschiedenen Intervenienten in keinem hierarchischen Verhältnis zueinander standen. Die Vertreter der afghanischen Regierung waren den Intervenienten nur im abstrakten Sinne des »local ownership« übergeordnet. Tatsächlich waren die Afghanen jedoch aufgrund der internationalen Hilfszahlungen stark von den Internationalen abhängig. Aufgrund des Kapitel-VII-Mandats des VN-Sicherheitsrats hatten die militärischen Kräfte der ISAF und OEF sogar formal umfassende Rechte zur »Durchsetzung ihres Auftrags«. Die im März 2002 eingerichtete United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) sollte nur die Tätigkeiten der staatlichen und nicht-staatlichen zivilen Akteure im Land koordinieren, konnte ihnen jedoch nichts befehlen[36].

Somit war keine der beteiligten Organisationen als Ganzes formal verantwortlich für das Ergebnis des internationalen Projekts. Selbst innerhalb der Organisationen galt dies für die sie konstituierenden Einzelpersonen nur sehr begrenzt, da diese überwiegend höchstens ein bis zwei Jahre im Land waren. Die Auswirkungen der kurzen Einsatzdauer sind kaum zu unterschätzen. So erschwerte sie es enorm, gewonnene Informationen über die örtlichen Verhältnisse unter den Intervenienten zu erhalten, da diese ihren Posten schon wieder verließen, kaum dass sie eingearbeitet waren. Der kurze zeitliche Horizont sorgte

---

32 Vgl. am Beispiel des britischen Department for International Development (DfID) Waldman, The Use of Statebuilding Research, S. 152 f. Vgl. allgemein zu den verschiedenen *statebuilding*-Ansätzen in Afghanistan Kipping, Two Interventions, S. 5 f.

33 Münch, Strategielos in Afghanistan, S. 9.

34 Schlichte, Cubicle Land, S. 14 f., Zitat: S. 14.

35 So schreibt etwa der ehemals als Leiter der UNAMA in Afghanistan eingesetzte Eide, Power Struggle Over Afghanistan, S. 54, dass die Afghan National Developement Strategy abstrakt gehalten wurde, damit die Geber ihre bisherige Politik fortsetzen konnten.

36 Kühn, Sicherheit und Entwicklung, S. 26; Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 196 und S. 199. Vgl. die Berichte der beiden von 2006 bis 2010 aufeinanderfolgenden Sondergesandten des VN-Generalsekretärs für Afghanistan Koenigs, Machen wir Frieden oder haben wir Krieg?, S. 176 und S. 198−200; Eide, Power Struggle Over Afghanistan, S. 56 f. und S. 256.

zudem dafür, dass sich die Entscheidungsträger an kurzfristigen, vor allem ihrer Karriere dienlichen Zielen orientieren konnten, da sie die langfristigen Folgen ihres Handelns nicht zu tragen hatten[37]. Die mangelnde Verantwortlichkeit erleichterte insgesamt eine geringe Rückkopplung des Habitus der Intervenienten mit dem Feld der afghanischen Verhältnisse. Da sie über Letztere wenige Informationen hatten, erschienen ihnen ihre auf das eigene organisatorische Feld bezogenen Ziele gleichzeitig überwiegend nicht als widersprüchlich.

Unter dem vagen Begriff der *international community* fand sich somit eine Vielzahl von Akteuren zusammen, die divergierende Interessen verfolgten und dementsprechend miteinander konkurrierten, sich dabei jedoch zu unterschiedlichsten Zwecken auf ein höchst abstraktes Gemeininteresse bezogen[38]. Nicht nur die nationalen Vertreter konkurrierten jedoch untereinander, sondern selbst die derselben Staaten, sofern sie unterschiedlichen Ressorts angehörten. Hieran konnten über die Jahre auch die jeweiligen nationalen Spielarten des *whole of government approach* nichts ändern[39]. Sie stellten einen erfolglosen Versuch dar, erneut eine Machtfrage, die auf den habitualisierten Dispositionen von Ressorthoheit beruhte, auf ein zuvorderst technisches Koordinationsdefizit zu reduzieren und entsprechend zu lösen.

Auch ohne konkretes Ziel erstritten sich die Verantwortlichen somit eigene Aufgabenbereiche und verteidigten sie. Während sich diese unter den Vertretern eines Staats weitgehend bereits aus der historisch gewachsenen Ressortaufteilung ergaben, so mussten sich die Repräsentanten der einzelnen Intervenienten Anfang 2002 erst auf eine internationale Arbeitsteilung einigen. Demnach sollten die USA die Armee und zusammen mit Deutschland die Polizei sowie Italien die Justiz neu aufbauen, während Großbritannien für die Drogenbekämpfung und Japan mit VN-Unterstützung für Disarmament, Demobilization, and Reintegration (DDR) der ehemaligen Kombattanten zuständig sein sollte[40]. Auf nachfolgenden internationalen Konferenzen einigten sich die Staatenvertreter auf weitere Aufgaben, wer sie ausführen und wer wie viele Mittel dafür zur Verfügung stellen würde[41]. In der Folge hatte das Engagement einen in jeder Hinsicht operativen, aufgrund der fehlenden Zieldefinition auf Mittel und Wege fokussierten Charakter[42]. Legitimiert wurde dies durch den ebenfalls rein opera-

---

37 Barfield, Afghanistan, S. 317 f.; Kühn, Sicherheit und Entwicklung, S. 26; Greentree, Bureaucracy Does its Thing, S. 337 f.

38 Bliesemann de Guevara/Kühn, The »International Community«, S. 73–77.

39 Harpviken, Power Prevails, [S. 3 f.]; Williams, Empire Lite Revisited, S. 65 und S. 76 f.; Greentree, Bureaucracy Does its Thing, S. 338. Zur deutschen Variante, dem »Vernetzten Ansatz«, und seinem Scheitern vgl. Kapitel V.1.b.

40 Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 196 und S. 199.

41 Am wichtigsten waren hierbei die Konferenzen von Tokio im Januar 2002 und Mai 2012, Berlin im April 2004, London im Januar 2006 und 2010, Paris im Juni 2008, Kabul im Juni 2010 und Bonn im Dezember 2011. Afghanistan Agreements.

42 Aus der Sicht formal rationalisierter Strategieplanung erschienen die Vorgänge dementsprechend widersprüchlich, wie etwa der Reserveoffizier und Politikwissenschaftler Irwin, Disjointed Ways, Disunified Means, S. 127, schlussfolgerte: »Collectively then, the evidence suggests that in the planning for Afghanistan, strategy formulation occurred almost exactly opposite from what the rational model suggests it should be, with results reflected in correspondingly disjointed strategic products. In the case of Afghanistan, policymakers appear to have settled on the ways first, without any frank discussion of the vital interests at stake,

tiven Charakter des Global War on Terror[43], der sich – selbst im Gegensatz zum Anti-Kommunismus des Kalten Kriegs – inhaltlich bloß gegen eine *Gewaltpraxis* richtete, nicht jedoch gegen eine konkrete Idee oder Gruppe von Personen, die sich unter diesem Begriff zusammenfand.

Die konkrete Gestalt der Interventionspraxis ergab sich zum einen im Wesentlichen aus der vergegenständlichten Perspektive der Intervenienten auf die afghanischen Verhältnisse. In diesem Sinne erschien den Verantwortlichen »Entwicklung« in erster Linie als die Anzahl der Brücken, Straßen, Krankenhäuser usw., so wie sie »Sicherheit« vor allem durch die Anzahl der ausgebildeten Soldaten und Polizisten sowie die der »Sicherheitsvorfälle« bestimmt sahen[44]. Diese Perspektive fand ihre objektive Grundlage darin, dass sich die derart »material utilitarisch« interpretierten Aufgaben mit den vorhandenen Instrumenten bearbeiten ließen und somit nicht den Wert des zur Verwendung dieser Mittel angehäuften kulturellen Kapitals der Verantwortlichen minderten. Dadurch, dass sie die komplexen Verhältnisse auf zählbare Einheiten wie Brücken, Polizisten usw. reduzierten, konnten sie diese außerdem überhaupt erst intellektuell verarbeiten und messbare Erfolge beanspruchen[45]. Da es keine objektiven Maßstäbe für die vagen sozialtechnologischen Absichten gab, resultierte die Interventionspraxis bis in Kleinprojekte zum anderen daraus, wie sich die daran Beteiligten gegen ihre jeweiligen Konkurrenten durchsetzen konnten[46].

Indem die Verantwortlichen ihre Ziele nur vage in abstrakten Erwartungsbegriffen formulierten, sich stattdessen auf Mittel und Wege fokussierten und die sozialen Verhältnisse als zählbare Einheiten vergegenständlichten, schufen sie die Voraussetzungen dafür, dass es als Lösung für die im Lauf der Zeit stärker wahrgenommenen Probleme erschien, die Intervention mit immer mehr Ressourcen auszustatten. Noch mehr Straßen zu bauen, afghanische Soldaten auszubilden usw. erschien ihnen demnach als Weg zum gleichwohl unbestimmten Ziel. Hinzu kam die allgemeine Logik von Hilfsgaben in den internationalen Beziehungen, von denen sich die Geber einen Ansehensgewinn versprachen und daher versuchten, sich gegenseitig mit ihren Beiträgen zu überbieten[47]. Die Höhe der Hilfen war damit zuvorderst nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen im Land ausgerichtet. Je länger das Engagement dauerte, desto tiefer gerieten die Intervenienten zudem in eine »investment trap«. Damit die bereits investierten Mittel nicht umsonst waren, musste demnach das Engagement fortgesetzt bzw.

---

the ends required to protect those interests, or the actual U.S. agency resources and capabilities available to realize them.«

43 Cronin, The »War on Terrorism«, S. 176, 179 f. und S. 183–186.

44 Kühn, Sicherheit und Entwicklung, S. 19 f.; Tettweiler, Lernen in Interventionen?, S. 18.

45 Lijn, Imagi-Nation Building in Illusionstan, S. 178–182. Vgl. zu dieser Praxis der Erfolgskontrolle in Afghanistan Tettweiler, Lernen in Interventionen?, S. 14–27.

46 Diese Logik offenbaren meist erst Detailstudien, wie die von Arjomand, Eagle's Summit Revisited, S. 1 f., zum durch die US Agency for International Developement (USAID) sowie die US- und britischen Streitkräfte implementierten Kajaki-Staudamm-Projekt. Sie zeigt, dass die Konzeption des letztlich gescheiterten Projekts sachlich unsinnig war und nur aus der Machtstellung der Beteiligten zu verstehen ist. Vgl. ebenso zur ISAF Münch, Strategielos in Afghanistan, S. 28.

47 Vgl. zu dieser Logik die Erfahrungen der ehemaligen schwedischen Botschafterin Wilkens, National Prestige is Big, S. 190 f., die sie auch der Praxis ihres eigenen Landes zuschreibt.

sogar intensiviert werden[48]. Wie im vorangegangenen Kapitel dargelegt, hätte eine genauere Analyse der sozialen Beziehungen in Afghanistan durchaus nahe gelegt, dass ein zunehmender Fluss von Finanzmitteln und immer mehr Soldaten Konflikte gerade verschärfen konnte. So ergab sich jedoch insgesamt die Logik eines trotz fehlender Zieldefinition immer mehr verstärkten Engagements[49]. Dass dies ohne ein konkretes strategisches Ziel erfolgte, zeigt, dass sich das zivile wie militärische internationale Engagement in Afghanistan weitgehend selbstreferenziell an den Interessen der Intervenienten orientierte[50].

Waren die Aufwendungen sowohl an Truppen als auch an Finanzhilfen für Afghanistan verglichen etwa mit dem Engagement auf dem Balkan der 1990er Jahre anfangs noch relativ gering, so stiegen diese spätestens ab Mitte der 2000er Jahre massiv an[51]. Gleichwohl wurde, wie in der Einleitung dargelegt, im Laufe der Zeit immer deutlicher, dass sich die entwicklungspolitischen Hoffnungen, einschließlich des Staatsaufbaus, sowie die sicherheitspolitischen angesichts der seit spätestens Mitte der 2000er Jahre verstetigten Aktionen von Aufständischen nicht erfüllt hatten. Den Ausschlag dafür, das Engagement nach Jahren der Intensivierung erheblich zu begrenzen, brachten aber schließlich die im Zuge der »Finanzkrise« seit 2007/2008 reduzierten Staatshaushalte. Hiermit ging einher, dass die Wähler in den meisten Staaten laut Umfragen das ISAF-Engagement zunehmend ablehnten[52]. Auf Drängen der US-Vertreter versuchten die Verantwortlichen jedoch zuvor noch ein letztes Mal – weiterhin getreu der Logik des »Viel hilft Viel« –, mit einem beispiellosen »Surge« von Soldaten und Polizisten sowie von Entwicklungshilfemitteln erfolglos das Blatt zu wenden, bevor sie die ISAF-Mission Ende 2014 beendeten[53].

b) Strukturen der deutschen politischen Praxis des Afghanistan-Engagements

Im Angesicht der Anschläge vom 11. September 2001 und der zu erwartenden US-amerikanischen Reaktion bekundeten die Staatschefs zahlreicher Nationen aus der Perspektive ihres außenpolitischen Weltbilds, in dem die USA der Hegemon waren, ihre Verbundenheit mit Amerika. In diesem Sinne erklärte auch Bundeskanzler Schröder bereits am folgenden Tag im Bundestag die »uneingeschränkte Solidarität« Deutschlands und die Absicht, ein eigenes Kontingent der Bundeswehr für eine US-geführte Operation stellen zu wollen[54]. Der bereits herausgestellten allgemeinen Logik der Politik deutscher Auslandseinsätze entsprechend, verfolgten die politischen Entscheidungsträger hiermit jedoch

---

48 Suhrke, Statebuilding in Afghanistan, S. 274.

49 So die zentrale These über das sich selbst verstärkende internationale Engagement in Afghanistan von Suhrke, When More is Less, S. 11.

50 Vgl. zur Entwicklungshilfe als selbstgenügsamer Praktik Schetter, Von der Entwicklungszusammenarbeit, S. 33.

51 Siehe Kapitel IV.

52 Miller, Endgame for the West in Afghanistan?, S. 126–129.

53 Suhrke, When More is Less, S. 60.

54 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 100 f.

gleichzeitig das Ziel, ihren Einfluss in den internationalen Beziehungen zu erhöhen. So strebten die Verantwortlichen auf US-Seite ursprünglich bloß eine möglichst breite internationale *politische* Unterstützung an, ohne jedoch im großen Stil um Truppenkontingente zu bitten. Denn hiermit erhöhte sich der Koordinationsaufwand stark und den beteiligten Staaten mussten Mitbestimmungsmöglichkeiten auf die Operation eingeräumt werden. Es waren daher die deutschen politischen Entscheidungsträger, die den US-Amerikanern eine eigene militärische Beteiligung im Austausch für politische Unterstützung eher aufdrängten[55]. Auch konnten sie die ursprünglich in der US-Administration kursierende Idee abwehren, dass nur Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, erweitert um die Anrainerstaaten, sich mit der Situation in Afghanistan befassten[56].

Die Interessen der deutschen Außenpolitiker, international mitzuwirken, trafen sich mit denen der Teile des Verwaltungsstabs der Bundeswehr, die durch Auslandseinsätze die Macht ihrer Position auf dem Feld der Streitkräfte erhöhen konnten. Wie herausgestellt, galt dies insbesondere für den Generalinspekteur, der in diesem Bereich Kompetenzen hinzugewann. Der damalige Generalinspekteur Kujat strebte als letztmögliche Steigerung seines Amts daneben offenbar den Vorsitz des höchsten militärischen Gremiums der NATO, deren Mitgliedsstaaten bereits am 12. September den Bündnisfall ausgerufen hatten, an – welches er im Folgejahr auch erhielt[57]. Dementsprechend ambitioniert, empfahl er sogar, bis zu zwei Brigaden der Bundeswehr nach Afghanistan zu entsenden[58].

Der bisherigen Logik der politischen Praxis folgend, wollten die außenpolitisch Verantwortlichen zwar größere internationale Mitsprache erlangen, jedoch gleichzeitig nicht an Legitimität unter den Wählern verlieren. Angesichts der Entwicklungen im Vorfeld der Abstimmung über das Bundestagsmandat für die OEF-Mission erschien dies angebracht[59]. So positionierten sich mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen von 2002 Vertreter des linken Flügels der Grünen gegen eine nach dem Kosovo-Krieg erneute Beteiligung an einem bewaffneten Konflikt[60]. Um die deutsche Beteiligung mit einer eigenen Mehrheit durchzusetzen, drohten Fischer und Schröder vor der Bundestagsabstimmung über das Mandat für die OEF schließlich erfolgreich mit dem Bruch der Regierungskoalition, indem Schröder diese mit der Vertrauensfrage über seine Kanzlerschaft verband[61].

Um die Kritiker zu besänftigen und kriegerische Einsätze mit vielen deutschen Toten zu verhindern, waren die Verantwortlichen in der Bundesregierung

---

55 Ebd., S. 102; Freuding, Die Operationen *Enduring Freedom* und *Active Endeavour*, S. 342–344. Vgl. auch auf vorzeitig freigegebenen, teilweise auszugsweise abgedruckten Dokumenten beruhend Ralf Beste [u.a.], Ein deutscher Krieg. In: Der Spiegel, 36/2011, S. 74–87, hier S. 81. Auch Rumsfeld, Known and Unknown, S. 379 f., und Feith, War and Decision, S. 90–92, berichten – ohne Namen zu nennen – von dem Drängen der befreundeten Staaten, an der OEF mit eigenen Kräften beteiligt zu werden und dass sie diesen zusichert hätten, ihr Angebot vertraulich zu behandeln.

56 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 100 f.

57 Es handelte sich um den Militärausschuss (Military Committee).

58 Ralf Beste [u.a.], Ein deutscher Krieg. In: Der Spiegel, 36/2011, S. 74–87, hier S. 80.

59 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 47–49.

60 Ebd., S. 103 f.

61 Ebd.

bereits zuvor weit hinter Kujats Vorschlag zurückgeblieben und hatten stattdessen nur ein relativ kleines Kontingent von maximal 100 Kommandosoldaten zur Abstimmung gebracht, das zudem über keine Lufttransportfähigkeiten verfügte[62]. Wie in Kapitel VIII näher ausgeführt, legten die über einen Sinn für die politische Praxis verfügenden Entscheidungsträger im BMVg zudem der Truppe nahe – ohne dies explizit zu befehlen –, kaum Gewalt anzuwenden. Der deutsche OEF-Einsatz war somit militärisch wenig sinnvoll, wie auch Kujat im Jahr 2008 im Untersuchungsausschuss eingestand, sondern nur anhand der zugrunde liegenden politischen Absichten verständlich[63]. Diese brachte er auf den Punkt, indem er sagte, dass das Hauptziel gewesen sei, »politische Solidarität gegenüber den Amerikanern zum Ausdruck zu bringen, ohne dass wir dort in Einsätze verwickelt werden, die wir nicht wollen«[64].

Die Vertreter der Bundesregierung sagten Ende 2001 ebenfalls Kontingente für die in Bonn beschlossene ISAF zu. Vor dem Hintergrund des wahrgenommenen Legitimitätsdefizits militärischer Gewalt und der begrenzten Fähigkeiten der Bundeswehr, lehnten sie es jedoch ab, wie vom VN-Sonderbeauftragten für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, angeboten, die Führung der ISAF zu übernehmen[65]. Ebenso grenzten sie diese rhetorisch als »Friedenstruppe« gegenüber der OEF ab, in deren Kämpfen bis dato nach damaligen Schätzungen angeblich bereits 8000 afghanische Zivilisten getötet worden waren. Zu diesem Zweck setzten die deutschen Vertreter außerdem mit französischer Unterstützung durch, dass die ISAF von der OEF formal und in Führungsfragen getrennt wurde[66].

Auch die weitere politische Praxis der deutschen außenpolitischen Akteure nach dieser Anfangsphase dominierte die »illusio« des Spiels, dass sie internationale Mitwirkungsmöglichkeiten und Ansehen erringen müssten, indem sie zu den militärischen und zivilen Bemühungen in Afghanistan signifikant beitrugen. Gleichzeitig nahmen sie jedoch weiterhin an, dass der Masse der Bevölkerung militärische Gewalt grundsätzlich negativ erschien. Die Stellungnahmen der linken Parlamentarier im Bundestag aktualisierten diese Wahrnehmungen immer wieder. So lehnten die Vertreter der PDS/Die Linke über die gesamte Zeit den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan grundsätzlich ab und forderten einen sofortigen Rückzug. Wie die Mitglieder des Bundestags von Bündnis 90/Die Grünen und teilweise der SPD, die ab 2005 bzw. 2009 in der Opposition waren, versuchten sie in den Debatten vor allem als übermäßig bezeichnete Gewalt der Bundeswehr zu skandalisieren[67].

---

62 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss], S. 105.

63 So sagte Kujat: »Es war natürlich eher ein politischer Zweck, der uns über diese lange Zeit [mit dem KSK von 2001–2003] in Afghanistan gehalten hat, als ein militärischer Zweck.« Ebd., S. 171.

64 Ebd.

65 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 106 f.

66 Ebd., S. 106–109; Greiner, Afghanistan, S. 40.

67 Vgl. Eichhorst/Ahlers/Grubitzsch, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 179; Schröder, Das parlamentarische Zustimmungsverfahren, S. 125; Schwarzmeier, Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, S. 392 f.; Jungbauer, Die Bundeswehr in Afghanistan, S. 131 f.

Wie bereits zu Beginn des Engagements, versuchten insbesondere grüne Abgeordnete, sich von der OEF als brutale Terroristenjagd zugunsten der positiven »Aufbaumission« ISAF abzugrenzen. Insgesamt ging auch bei FDP und SPD im Lauf der Zeit die Zustimmung für die OEF-Mandate deutlich zurück[68]. Beunruhigen musste die Entscheidungsträger in der jeweiligen Regierung zudem, dass die Umfragewerte für eine allgemeine Unterstützung des Afghanistan-Engagements kontinuierlich abnahmen. Gegen Ende der 2000er Jahre sprachen sich demnach die meisten Deutschen sogar dagegen aus[69]. Im Jahr 2008 beantragten die Angehörigen der Bundesregierung schließlich keine weitere Verlängerung des OEF-Mandats für deutsche Kräfte in Afghanistan[70]. Allerdings war das Mandat ohnehin kaum mehr erforderlich, da zu diesem Zeitpunkt die Mission bereits mit der ISAF größtenteils verschmolzen war. Die Regierungen unter Angela Merkel behielten daher ab 2005 den Kurs militärischer Zurückhaltung weitgehend bei[71].

Gleichwohl konnten sich die einzelnen Bundesregierungen insgesamt auf eine große parlamentarische Unterstützung verlassen, zumal außer der PDS/Die Linke keine Partei den Afghanistan-Einsatz grundsätzlich ablehnte. Die Vertreter der anfänglichen Regierungsparteien Bündnis 90/Die Grünen und SPD konnten dies nach Ende ihrer Regierungszeit schon deshalb nicht tun, da sie hiermit ihre eigene Politik diskreditiert hätten. In ihrer Oppositionszeit bis 2005 bzw. 2009 konzentrierten sich auch die Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP darauf, Planlosigkeit, Ineffizienzen und Ausrüstungsmängel zu kritisieren, ohne jedoch den politischen Zweck grundsätzlich in Frage zu stellen[72]. Mit Ausnahme der PDS/Die Linke beschränkten sich die Abgeordneten also im Allgemeinen darauf, die operativen Bedingungen des Einsatzes zu kontrollieren und nicht die eigentlich in ihren Bereich fallenden politischen Fragen zu verhandeln[73]. Auch das wahrgenommene Wählerverhalten bot wenig Anreize, dies zu ändern. So zeigte die auf Befehl eines deutschen Offiziers im Jahr 2009 erfolgte Bombardierung von zwei Tanklastern, bei der zahlreiche Unbeteiligte starben, dass der ISAF-Einsatz den Wählern nicht als entscheidendes Thema galt. Denn die nur gut drei Wochen später erfolgte Bundestagswahl wurde von dem Vorfall augenscheinlich nicht beeinflusst[74].

---

68 Vgl. zu den diesbezüglichen Positionierungen der Parteivertreter Müller/Wolff, Demokratischer Krieg am Hindukusch?, S. 207–209; Eichhorst/Ahlers/Grubitzsch, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 173–179.

69 Jacobi/Hellmann/Nieke, Deutschlands Verteidigung am Hindukusch, S. 177 f.

70 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10720 [ISAF-Mandat], S. 2 f.

71 Brummer, Überzeugungen und Handeln in der Außenpolitik, S. 158–160.; Meiers, Von der Scheckbuchdiplomatie, S. 213 f. und S. 217 f.

72 Vgl. Eichhorst/Ahlers/Grubitzsch, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 179; Schröder, Das parlamentarische Zustimmungsverfahren, S. 125; Schwarzmeier, Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, S. 392 f.

73 Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, S. 199–201.

74 Schwarzmeier, Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, S. 397; Schoen, Ein Bericht von der Heimatfront, S. 404. Laut von Naumann, Der blinde Spiegel, S. 47, zitierten Zahlen des ARD-Deutschlandtrends habe die Zustimmung für den Einsatz unmittelbar nach dem Luftschlag sogar zugenommen.

Zudem verfügten die Vertreter der betroffenen Ministerien trotz ihrer Mitteilungspflichten gegenüber dem Bundestag über ein Informationsmonopol[75]. Nicht zuletzt standen ihnen im Parlament gerade in den linken Parteien nur wenige Fachleute gegenüber, die insbesondere die militärischen Zusammenhänge gänzlich verstanden. Auf den regelmäßigen Reisen der Abgeordneten nach Afghanistan waren diese aufgrund der im Lauf der Zeit immer unsichereren Lage zudem vollkommen von der Bundeswehr abhängig, die sich auf ihre Besuche vorbereiten und ihnen – wie auch die zivilen Akteure – vorteilhafte Aspekte zeigen konnte[76]. Im Ergebnis dominierten die Vertreter der Exekutive eindeutig das Feld des Afghanistan-Einsatzes, auch wenn sie dessen Akzeptanz in der breiteren Bevölkerung insbesondere bei der Gewaltanwendung als prekär empfanden[77].

Aufgrund der vergleichsweise geringen parlamentarischen Einflussnahme und der, wie oben dargelegt, beschränkten Macht des Bundeskanzleramts bestimmten außerhalb tagesaktueller Ereignisse vor allem die Ressortvertreter die konkrete politische Praxis des deutschen Afghanistan-Engagements. Naturgemäß waren daran die AA-Vertreter sowie aufgrund ihrer OEF- und ISAF-Kontingente die des BMVg beteiligt. Bald drängten auch die Repräsentanten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) darauf, hieran beteiligt zu werden, was sie mit den starken »Entwicklungsdefiziten« Afghanistans begründeten, sowie, legitimiert durch die Polizeiausbildung, auch die des Bundesministeriums des Innern (BMI)[78]. Keiner von ihnen erhielt jedoch die Federführung für den gesamten Einsatz, sodass sie stark miteinander konkurrierten[79]. Hauptfelder ihres Kampfs waren die nicht eindeutig von den formalen Kompetenzen abgegrenzten Bereiche, wozu insbesondere die verschiedenen Formen der materiellen Hilfen zählten, die neben Vertretern des BMZ auch solche von BMVg und AA vergaben[80].

---

75 Vgl. den Beitrag des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Nachtwei, Bundestag, S. 175 und S. 177, sowie Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, S. 197–199. Selbst im Fall der mit dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr befassten parlamentarischen Untersuchungsausschüsse beklagten Oppositionsangehörige, dass ihnen zwar ausreichend, aber längst nicht alle erwünschten Informationen bereitgestellt worden seien. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss], S. 145 f. und S. 166 f.; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 303 f. und S. 367 f.

76 Bliesemann de Guevara, »Sich ein eigenes Bild machen«, S. 69 und S. 86. Vgl. aus eigener Erfahrung Koenigs, Das eigene Bild von der Lage vor Ort, S. 98 f.; Nachtwei, Bundestag, S. 175. Vgl. zur »Choreografie« der Bundeswehr vor Besuchen von Abgeordneten den Augenzeugenbericht des beteiligten Stabsunteroffiziers Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 49 f.

77 So auch das Fazit von Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, S. 201 f.

78 Ralf Beste [u.a.], Ein deutscher Krieg. In: Der Spiegel, 36/2011, S. 74–87, hier S. 82.

79 Formal sollte das AA die Federführung für das Bundestagsmandat und – mit Unterstützung des BMI – den Polizeiaufbau innehaben. Gleiches galt für das BMVg zur Erlangung von Sicherheit. Dem BMZ schließlich oblag die Federführung für Wiederaufbau und Entwicklung. Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 192.

80 Vgl. dazu Klingebiel/Roehder, Entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen, S. 20–29. Auf diese Konkurrenz weist auch eine von der Bundeswehr in Auftrag gegebene Studie zum von AA, BMVg und BMZ verwalteten Provincial Developement Fund. Die Auftragnehmer sollten daher zum einen prüfen, ob die Vertreter der Bundeswehr auch angemessen beteiligt würden. U.a. kamen sie zu dem Ergebnis, dass die damalige Implementierungsorganisation

Die Vertreter der Ressorts konnten sich infolge ihrer Konkurrenz auf keine Strategie einigen. Hinzu kam, wie auf multinationaler Ebene, dass schlicht niemand eindeutig sagen konnte, wie die auf tiefgreifende soziale Veränderungen ausgerichteten Absichten überhaupt erreicht werden könnten. Sowohl ressortübergreifend, aber auch in ihrem eigenen Bereich einigten sie sich daher nur auf vage, aber gleichzeitig sehr ambitionierte Ziele, die sie zudem nicht priorisierten[81]. Inhaltlich ist bis zum Afghanistan-Konzept der Bundesregierung von 2008 zwar ein Abschied von allzu hohen Erwartungen an eine Umgestaltung des politischen Systems in Afghanistan im Sinne einer westlichen Demokratie zu beobachten. Dennoch prägten die genannten Strategiedefizite auch diese Dokumente[82]. Wie sogar selbst der ehemalige Außenminister Fischer im Rückblick für seine Amtszeiten bestätigte[83], gab es somit nie eine übergreifende Strategie für das deutsche Afghanistan-Engagement[84]. Die erarbeiteten Dokumente folgten stattdessen bloß den in dieser Hinsicht ebenfalls defizitären US-amerikanischen Konzeptionen[85]. Die fehlenden politischen Vorgaben und Beschränkungen bei den Mitteln ermöglichten es den Spitzen der Bundeswehr nicht, hieraus eine militärische Strategie zu entwickeln. Dennoch trat, im Einklang mit der im Kapitel zur Bundeswehr herausgestellten Praxis, kein Generalinspekteur zurück oder sagte, dass er seinen Auftrag nicht erfüllen konnte[86]. Hieran offenbart sich, dass ihr hauptsächliches Interesse darin bestand, weiter im Amt zu bleiben.

Obwohl niemand die Ziele des Engagements klar definiert hatte, strebten die Ressortvertreter wie die Akteure auf internationaler Ebene danach, ihre Aufgaben und Kompetenzen klar aufzuteilen. Hieraus zogen sie den objektiven Vorteil, dass sie ihre Mittel und Befugnisse festschreiben konnten. Die anfangs in Afghanistan nur als gering erscheinenden Herausforderungen ließen sie außerdem die Widersprüchlichkeit ihres Handelns, Weg und Mittel vor dem Ziel zu bestimmen, übersehen. So gab Peter Struck nach Ende seiner politischen Laufbahn zu, dass er angenommen hatte, der Afghanistan-Einsatz würde nur ein Jahr benötigen[87]. Ihre Interessen waren offenbar auch der Grund dafür, dass sich die Verantwortlichen gegen Versuche, das eigene Engagement von unabhängiger

---

des BMZ, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), bei ihrer Tätigkeit Eigeninteressen vertrete. Koehler/Zürcher, Quick Impact Projects in Nordost-Afghanistan, S. 13, 45 und S. A66.

81 Naumann, Einsatz ohne Ziel?, S. 12; Koenigs, Deutsche Afghanistanpolitik, S. 270 f.; Hippler, Afghanistan, S. 4; Tettweiler, Lernen in Interventionen?, S. 28. Selbst eine Analyse des vom BMZ finanzierten Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit kam zu dem Ergebnis, dass es an konkreten Zielen fehlt, um die Wirkung der deutschen Entwicklungsprojekte zu bewerten. Bericht. Ein Review der Evaluierungsarbeit, S. VII f.

82 Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, S. 146–148; Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 192 f.

83 Fischer, I'm not convinced, S. 74.

84 Münch, Strategielos in Afghanistan, S. 7–9; Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 192 f.

85 Gareis, Die Außen- und Sicherheitspolitik, S. 236.

86 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 209–213; Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, S. 266, Anm. 598.

87 Christoph Schwennicke, Die Qual der alten Krieger. In: Der Spiegel, 24/2010, S. 90–92, hier S. 90.

Seite umfassend evaluieren zu lassen, erfolgreich wehrten[88]. Denn diese Überprüfung hätte nicht nur generell zu dem Ergebnis gelangen können, dass die Mittel ineffektiv und ineffizient eingesetzt wurden, sondern möglicherweise durch entsprechende Empfehlungen auch das prekäre Gleichgewicht zwischen den Ressortinteressen gefährdet.

Wie auf dem internationalen Feld, konnten sich die Akteure daher nur auf operative Konzepte und Aufgabenverteilungen einigen, die sie jedoch mitunter gegenüber der Öffentlichkeit als strategische präsentierten. Hierzu zählte das ab Mitte der 2000er Jahre immer wieder genannte Konzept der »Vernetzten Sicherheit« bzw. der »Vernetzte Ansatz«[89]. Analog zu den *whole-of-government*-Ansätzen der anderen beteiligten Staaten blieb es recht vage[90]. Es sagte letztlich nur aus, dass jedes der Ressorts, das einen denkbaren sicherheitspolitischen Beitrag leisten könnte, beteiligt sein und mit den anderen kooperieren sollte, ohne jedoch die letztlich ausschlaggebenden Entscheidungskompetenzen zu klären[91]. Im Sinne des »Security Developement Nexus« einigten sich die Ressortvertreter zudem auf die Formel, dass es »keine Sicherheit ohne Entwicklung und keine Entwicklung ohne Sicherheit« geben dürfe[92].

Wie zahlreiche Untersuchungen zu dem Thema bis zum Ende des Untersuchungszeitraums aufzeigten, gelang eine umfassende und reibungslose Zusammenarbeit der beteiligten Ressortvertreter jedoch bestenfalls sporadisch und meist auf der Arbeitsebene[93]. Der Sinn des Konzepts der »Vernetzten Sicherheit« erschließt sich somit erst mit Blick auf dessen objektive Grundlage. So bot es den Akteuren des außenpolitischen Felds die erforderliche Legitimation dafür, ihr Ressort an Vorhaben wie dem afghanischen zu beteiligen, ohne sich den Vertretern eines anderen unterordnen zu müssen oder aber allein für dessen

---

88 Scherg, Wie erfolgreich ist das deutsche Engagement, S. 73; Nachtwei, Evaluation deutscher Auslandseinsätze, S. 2–4; Bericht. Ein Review der Evaluierungsarbeit, S. VIII. Auf die letzte Evaluationsdebatte im Jahr 2010 reagierte die Bundesregierung schließlich, indem sie als Kompensation einen halbjährlichen »Fortschrittsbericht« verfassen ließ. Aufgrund vielfacher Inkonsistenzen und Ungenauigkeiten ermöglichte dieser insgesamt jedoch nicht, die Auswirkungen des eigenen Engagements objektiv zu bewerten. Tettweiler, Lernen in Interventionen?, S. 12 f. und S. 28. Seit 2007 ließ das BMZ die Auswirkungen der von ihm finanzierten Projekte in Nordostafghanistan durch externe Forscher evaluieren. Allerdings handelte es sich um nur eine Gruppe von Forschern, die sich zudem in erster Linie auf in Afghanistan kaum verlässlich durchführbare Umfragen als empirische Grundlage verließen und nur Dörfer in vier Distrikten von bloß zwei Provinzen untersuchten. Koehler/Zürcher, Assessing the Impact.

89 Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006, S. 29 f. Vgl. als Beispiel, bei dem die Verantwortlichen das Konzept als Strategie bezeichneten, Bundesregierung, Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung, S. 7.

90 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 198 f.; Münch, Strategielos in Afghanistan, S. 8.

91 Vgl. zum Inhalt und zur fehlenden Definition Klos, Vernetzte Sicherheit in Deutschland, S. 49 f.

92 Vgl. Bundesregierung, Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, August 2007, S. 15 und S. 30.

93 Vgl. umfassend zum Zeitraum 2003 bis 2010 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 228, sowie aus der Fülle der Arbeiten mit ähnlichem Ergebnis Gareis, Schlüssiges Konzept oder Schlagwort?, S. 243 f., und ferner Wittkowsky [u.a.], Vernetztes Handeln auf dem Prüfstand, S. 1.

Ausgang verantwortlich zu sein. Abstützen konnten sie sich dabei auf zahlreiche in dieser Zeit entstandene »*policy*-orientierte« Arbeiten, deren Verfasser die Prämissen des Konzepts übernommen hatten, ohne dessen Inhalt empirisch zu überprüfen[94].

c) Praxis auf entscheidenden Feldern des deutschen Afghanistan-Engagements

Ohne Strategie waren es tagesaktuelle Entscheidungen der Bundeskanzler, die das deutsche Afghanistan-Engagement bestimmten, aber noch häufiger die der Vertreter der beteiligten Ministerien. In entscheidenden Fragen bezogen sich dabei alle tendenziell auf andere Kontexte als auf die konkrete Situation in Afghanistan. Dies trifft etwa auf die wegweisende Entscheidung Bundeskanzler Schröders vom Mai 2003 zu, ein US-amerikanisches PRT zum Jahreswechsel zu übernehmen und damit das ISAF-Engagement über Kabul hinaus zu erweitern. Hiermit wollte er das durch seine öffentliche Ablehnung des Irak-Kriegs als »beschädigt« gesehene deutsch-amerikanische Verhältnis heilen[95]. Zudem grenzten sich die Deutschen auf diese Weise positiv von den übrigen ISAF-Truppenstellern ab, da sich von ihnen bis dahin keiner bereiterklärt hatte, diesen Schritt zu wagen. Um sich weiterhin von der OEF abgrenzen zu können, setzten die Deutschen als Bedingung durch, dass die übernommenen PRTs nur unter dem ISAF-Mandat firmieren sollten[96].

Ebenfalls nur im Kontext ihrer Interessen zu verstehen ist die nachfolgende Entscheidung der Ressortvertreter, welches PRT Deutschland übernehmen solle. So wollten die militärischen Verantwortlichen in erster Linie nicht in eine Region gelangen, in der viele Angriffe zu erwarten waren. Sie orientierten sich daher an der Anzahl der gemeldeten »Sicherheitsvorfälle« in den Provinzen. Dementsprechend lehnten sie – nachdem sich bereits der Befehlshaber des Einsatzführungskommandos dagegen ausgesprochen hatte[97] – Vorschläge von AA-Vertretern ab, ein PRT im südlichen Ghazni zu übernehmen, in dem bereits in den 1960er Jahren deutsche Entwicklungshilfeprojekte stattgefunden hatten[98]. Stattdessen beabsichtigten die Verantwortlichen im BMVg, ein PRT in Charikar nahe Kabul zu übernehmen. Dies lehnten wiederum die auf diesem Feld tätigen

---

94 Vgl. z.B. Borchert, Vernetzte Sicherheitspolitik, S. 29 f.; Major [u.a.], Toolbox Krisenmanagement, S. 43.

95 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 111; Hett, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan, S. 15. So auch die Aussage von Generalleutnant Klaus Olshausen, während dieser Entscheidung Deutscher Militärischer Vertreter im NATO Military Council, gegenüber Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, S. 153, Anm. 282.

96 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 111–114. Gleichwohl sollten im Notfall weiterhin die OEF-Kräfte Unterstützung leisten. Beckman, From Assumption to Expansion, S. 9.

97 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 112.

98 Interview mit ehemals in Afghanistan eingesetztem Angehörigen des AA in Berlin, 28.6.2012.

AA-Vertreter ab, da es ihnen auf dem internationalen Parkett als offensichtliches »Stehlen aus der Verantwortung« erschienen wäre[99].

Als Kompromiss zwischen diesen Ressortinteressen erschien schließlich das US-PRT in Kunduz[100]. Aus Sicht der Verantwortlichen des AA lag der Ort weit genug von Kabul entfernt in einer eigenständigen Region. Akzeptabel für die Akteure im BMVg war schließlich auch die Sicherheitslage, die sie als »weitgehend ruhig und noch stabil« einschätzten[101]. Dabei zeigten die Stellungnahmen der militärischen Verantwortlichen die bekannten Muster. Demnach äußerten sich diejenigen, die aufgrund ihrer Position hierdurch einen Machtzuwachs erwarteten, aufgeschlossener für erweiterte Einsätze als die für die Truppe Verantwortlichen, die darauf bedacht waren, sie nicht abzunutzen. So protestierte neben zahlreichen stillen Kritikern der Befehlshaber des Heeresführungskommandos, seit 2001 in der Regel nicht mehr mit dem Führen von Auslandseinsätzen beauftragt[102], noch im August 2003 offen gegen den Einsatz in Kunduz, da er diese Provinz als zu gefährlich einschätzte[103]. Dafür sprachen sich hingegen der Befehlshaber des Einsatzführungskommandos sowie insbesondere der mittlerweile zum Vorsitzenden des höchsten militärischen Gremiums der NATO, dem Military Council, aufgestiegene General Kujat aus[104].

Bei der Wahl von Kunduz entscheidend war für die Vertreter des BMVg zudem, dass die Provinz relativ nahe am usbekischen Termez lag, in dem sich die Hauptversorgungsbasis für das ISAF-Kontingent der Bundeswehr befand[105]. Neben dem Ziel, hiermit einen Kompromiss zwischen den Interessen der Vertreter des AA und des BMVg zu erreichen, waren es also eher technische Erwägungen, die schließlich den Ausschlag für Kunduz gaben. Kaum relevant erscheinen dagegen die afghanischen Verhältnisse vor Ort, über die den Entscheidungsträgern zu dieser Zeit ohnehin kaum Informationen vorlagen[106]. Gleiches galt auch für die Wahl von Faizabad, der Provinzhauptstadt des abgelegenen Badakhshan, als Standort für das zweite PRT[107]. Den Ausschlag für diese Wahl wird ebenfalls eine

---

99 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 112.

100 Ebd., S. 113.

101 Auswärtiges Amt [u.a.], Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 1.9.2003, S. 6.

102 Riechmann, Ein Jahr Einsatzführungskommando, S. 7.

103 Friedrich Kuhn, Reizthema Kundus. Deutsche Generale stehen dem möglichen Engagement der Bundeswehr in Nordafghanistan reserviert gegenüber. In: ddp Basisdienst, 14.8.2003.

104 Laut einer von Seliger, Kunduz. Was läuft falsch?, S. 18, zitierten internen Nachricht schrieb Kujat an Struck: »Ich empfehle Ihnen, die Hand zu heben, wenn die Frage danach kommt, wer Soldaten für ein Wiederaufbauteam nach Kunduz schicken kann.« Vgl. zur Entscheidung des Erkundungsteams unter Leitung des Befehlshabers des Einsatzführungskommandos Bundeswehr in Afghanistan: Erkundungsteam empfiehlt Einsatz in Kunduz. In: SPON, 25.8.2003.

105 So der deutsche Oberst Brandstetter, Nation Building in Afghanistan, S. 9, mit Bezug auf Primärquellen in einer amerikanischen Lehrgangsarbeit. Vgl. auch Karl Feldmeyer, Einsatz in einem Rauschgiftstaat, Unterstützung von Kriegsherren? In: FAZ, 29.8.2003.

106 Wörmer, The Networks of Kunduz, S. 3. Das interministerielle Erkundungsteam hatte sich zuvor nur maximal fünf Tage vor Ort aufgehalten. Auswärtiges Amt [u.a.], Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 1.9.2003, S. 5. Vgl. zur defizitären Informationslage in Kunduz zu Beginn des dortigen deutschen Engagements Chiari, A New Model Army, S. 142 f.

107 Dies zeigen etwa die sehr grundlegenden Fragen an das erst Anfang 2004 dorthin entsandte Erkundungskommando. Vgl. den Bericht von Wohlgethan, Operation Kundus, S. 243 und

vielsprechende Sicherheitslage gegeben haben, da es sich hierbei um die einzige Provinz handelte, welche die Taliban nicht als Ganzes beherrscht hatten. Hinzu kam die Nähe zu Kunduz, die den Austausch von Kräften und Material erleichterte. Das neue PRT wurde daher im Juli 2004 eingerichtet[108].

Auch die konzeptionelle Ausgestaltung der PRTs bestimmten die Ressortgegensätze der beteiligten Vertreter. Nachdem Bundeskanzler Schröder beschlossen hatte, eines der Wiederaufbauteams zu übernehmen, drängten die außenpolitischen Ressortvertreter darauf, hieran beteiligt zu werden[109]. Das deutsche PRT-Konzept sah aus diesem Grund eine gleichberechtigte »Doppelspitze« aus einem militärischen Kommandeur und einem zivilen Leiter aus dem AA vor sowie ebenso weisungsunabhängige Vertreter von BMI und BMZ[110]. Somit bestimmten nicht übergreifende, wissenschaftlich untermauerte *policy*-Konzeptionen – die, wie erwähnt, gerade im Bereich des *statebuilding* ohnehin höchst umstritten waren – die Gestalt der beschlossenen Vereinbarungen, sondern, bis zu welchem Punkt sich die Ressortvertreter gegen ihre Konkurrenten durchsetzen konnten[111].

Ohne dass ein genaues Ziel feststand, einigten sich die Vertreter der beteiligten Ressorts also auf den genauen Anteil ihrer Beteiligung[112]. Das PRT-Modell war daher auch nicht Ergebnis einer spezifisch deutschen pazifistischen Nachkriegskultur, wie häufig behauptet[113], sondern vielmehr Produkt der besonders starken deutschen Ressortkonkurrenz[114]. Unterstrichen wird dies durch den extrem geringen Anteil des zivilen Personals, der nicht nur dadurch zustande kam, dass die Bundeswehr die komplette Logistik übernahm, sondern auch durch den offensichtlichen Unwillen insbesondere der Spitzen von AA und BMZ, entsprechende Dienstposten in ihrem Ressort umzuverteilen. Die jeweiligen Ressortverantwortlichen wollten also auf jeden Fall an den PRTs beteiligt sein, ohne jedoch die dafür notwendigen Ressourcen aufzuwenden[115].

S. 247, der angibt, dieses in der dritten Januar-Woche begleitet zu haben.

108 Pressestelle Mazar-e Sharif und PIZ EinsFüKdoBw, Übergabe des ISAF Feldlagers Faisabad in afghanische Hände, 9.10.2012.

109 Dementsprechend bedeutend war es auch, diese im operativen Planungsprozess zu beteiligen. Vgl. den Beitrag das daran auf Seiten des Einsatzführungskommandos beteiligten Groeters, German General Staff Officer Education, S. 39.

110 Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 17 f.

111 Nur in einem Satz erwähnt auch Hett, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan, S. 4 »das Beteiligungsinteresse verschiedener Schlüsselressorts« als maßgeblich für die Gestalt des deutschen PRT-Konzepts, ohne dies jedoch weiter auszuführen.

112 Zu dieser Aufteilung vgl. Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 12.

113 Runge, The Provincial Reconstruction Teams, S. 13 f.; Gauster, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan [2006], S. 49–51; Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 161.

114 Vgl. für eines der wenigen Beispiele, das die Bedeutung des Ressortprinzips bei der Ausgestaltung des deutschen PRT-Konzepts hervorhebt, Abbaszadeh [u.a.], Provincial Reconstruction Teams, S. 26.

115 Im April 2007 standen im PRT Kunduz 417 deutschen Soldaten gut 20 Zivilisten gegenüber, im PRT Faizabad waren es 277 zu 10. Kuehne, Scrutinizing and Assessing the Performance, S. 60–63. Vgl. auch Gareis, Schlüssiges Konzept oder Schlagwort?, S. 242 f. Die Anzahl der Zivilisten erhöhte sich in Faizabad auf nicht mehr als 20. Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 163. Auch im PRT Kunduz blieb sie gering. Chiari, A New Model Army, S. 144.

Ebenso wie bei Strategie und Einsatzkonzepten waren es auch bei der Mittelausstattung die Machtverhältnisse zwischen den Entscheidungsträgern sowie ihre habitualisierten Prämissen über die Funktionsweise der internationalen Beziehungen und nicht die afghanischen Verhältnisse, die ihre Praxis bestimmten[116]. Im Rahmen dessen versuchten auch die deutschen außenpolitischen Entscheidungsträger zunächst, einen grundsätzlich im Vergleich zu den anderen Staaten möglichst hohen Beitrag zu leisten, um hiermit an Ansehen und Einfluss zu gewinnen. Begrenzend wirkten hierbei die Knappheit der Haushaltsmittel, um die die Ressortvertreter konkurrierten, sowie insbesondere bei der Bundeswehr das einsatzbereite Personal und die vorhandene Ausstattung. Zudem wollten gerade die Vertreter der Bundeswehr mit einem Sinn für die politische Praxis nicht zu kriegerisch erscheinen und dementsprechend keine zu martialische Truppenpräsenz entsenden, auch wenn dies aus militärischer Sicht geboten schien[117].

Schließlich orientierten sich die deutschen Entscheidungsträger dauerhaft an dem konkreten Ziel, in Afghanistan stets der drittgrößte Geber von Hilfsgeldern und Truppensteller hinter den USA und Großbritannien zu sein[118]. Die Höhe der bereitgestellten Mittel und Anzahl der Soldaten richtete sich also danach, wie sie sich auf dem internationalen Feld positionieren wollten, nicht aber nach den Erfordernissen im Land. Dass die Truppenobergrenzen ein Produkt regierungsinterner Kompromisse und auktionsartiger internationaler Vergleiche waren, nicht einer lageorientierten Zusammensetzung, zeigte sich schließlich auch daran, dass sie stets eine runde Zahl ergaben[119]. Um dem Ziel gerecht werden zu können, mindestens die drittgrößte Truppenpräsenz in Afghanistan aufrechtzuerhalten, mussten die Entscheidungsträger im BMVg die Truppenstärke freilich gegebenenfalls nach signifikanten Verstärkungen der anderen Truppensteller ebenfalls erhöhen. Ebenso sahen sie sich gezwungen, im Sinne der Bündnissolidarität auf entsprechende Anforderungen der US-Vertreter zu reagieren. Zusammen mit der oben dargelegten quantitativen Eskalationslogik des internationalen

---

116 Aus anderer Perspektive, aber ebenfalls mit dem Ergebnis, dass sich die deutsche Afghanistan-Politik nicht an den Verhältnissen vor Ort orientierte: Naumann, Der blinde Spiegel, S. 37.

117 Vgl. dazu Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 209 f.

118 Interview mit ehemals in Afghanistan eingesetztem Angehörigen des AA in Berlin, 28.6.2012. Dementsprechend vermerkte die Bundesregierung, Fortschrittsbericht Afghanistan, November 2012, S. 4, nach über zehn Jahren Afghanistan-Einsatz: »Unser Land stellt nach wie vor das drittgrößte Truppenkontingent in Afghanistan, und wir sind auch der drittgrößte Geber bei zivilem Wiederaufbau und Entwicklung.« Vgl. zur Höhe der deutschen Entwicklungshilfe im Verhältnis zu der anderer Staaten Poole, Afghanistan, S. 4 und S. 7. Vgl. auch den Beitrag des ehemaligen deutschen ISAF-Kommandeurs Heyst, Der deutsche Beitrag zur ISAF in Afghanistan, S. 618, der ebenfalls die hohe eigene Truppenstärke im Vergleich zu den anderen Truppenstellern positiv hervorhob. Vgl. zu den Truppenstärken International Security Assistance Force [placemat], 2.1.2007; International Security Assistance Force [placemat], 1.12.2008; International Security Assistance Force, International Security Assistance Force and Afghan National Army Strength & Laydown, 1.2.2010; International Security Assistance Force, International Security Assistance Force (ISAF). Key Facts and Figures, 15.5.2012.

119 Diese betrugen 1200 zu Beginn des Engagements, 2500 im Jahr 2003, 3500 2007, 4500 2008 und schließlich 5350 im Jahr 2010. Nachtwei, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 3.

Afghanistan-Engagements stiegen die deutschen Truppenstärken im Laufe der Zeit von gut 1000 auf bis zu über 5000 im Jahr 2010 somit kontinuierlich an[120].

Die politischen Vorgänge um die letzte deutsche Truppenverstärkung von 2010, die auf einen Appell von US-Präsident Barack Obama im Zeichen des »Surge« zurückging, zeigt, wie sehr sie mitunter durch Machtkämpfe und auf die internationalen Beziehungen gerichtete Absichten bestimmt wurden. So schlugen die Verantwortlichen im BMVg zunächst die Zahl von 3000 zusätzlichen Soldaten vor, die dann allerdings die ministerielle Leitung – offenbar mit Blick auf die bereits strapazierten Fähigkeiten der Bundeswehr und die kriegerische Außenwirkung – halbierte. Im Bundeskabinett schlug Bundesminister der Verteidigung zu Guttenberg daher eine Verstärkung von 1500 Soldaten vor, während Außenminister Guido Westerwelle keinen einzigen zusätzlichen Soldaten schicken wollte. Schließlich trafen sich beide Seiten grob in der Mitte bei 850 Soldaten, von denen jedoch 350 nur als Reserve für Notfälle vorgesehen waren und ansonsten in Deutschland verbleiben sollten[121]. Die Zahl war hoch genug, um weiterhin das drittgrößte Kontingent innerhalb der ISAF und das größte in Nordafghanistan zu stellen, sodass die Deutschen das Kommando über das RC North behalten konnten[122].

Die größere Ausweitung des deutschen Einsatzgebiets und der Anstieg der Truppenstärke ließen Kämpfe und damit Tote wahrscheinlicher werden. Da dies in den Augen der politischen und militärischen Entscheidungsträger die eigene Legitimität gefährdet hätte, nahmen sie Einschränkungen in den Text der jeweiligen Bundestags-Mandate auf. Sie versuchten damit, militärische Zurückhaltung und Beteiligung im Bündnis zu vereinen. So beschränkten sie zunächst die Bundeswehr neben Kabul auf die nordöstlichen Provinzen und nach Kommandoübernahme über das RC North auf eben diesen Bereich. In den gefährlicheren Gebieten, also insbesondere im Süden und Osten, sollte sie nur »zeitlich und im Umfang begrenzt« eingesetzt werden können[123]. Ebenso untersagten sie der Bundeswehr, sich aktiv an der »Drogenbekämpfung« zu beteiligen[124]. Denn hier war zu erwarten, dass die Zerstörung von Mohn- oder Cannabisfeldern auf den Widerstand von lokalen Machthabern stoßen würde[125]. Die Verantwortlichen im BMVg wollten jedoch verhindern, dass diese Vorbehalte – die in der Allianz unter dem Begriff »caveats« schon bald heftig diskutiert wurden – als Einschränkung des eigenen Engagements erschienen. Sie ließen diese daher im Jahr 2006 bloß als »Erklärungen« zum Operationsplan des höchsten für die ISAF zuständigen

---

120 Vgl. zu den Kontingentobergrenzen ebd., S. 3, sowie unten zu den tatsächlichen deutschen Truppenstärken.

121 Laut der liberalen Bundestagsabgeordneten Elke Hoff wollte Westerwelle damit auch sanktionieren, dass zu Guttenberg die FDP in dieser Frage übergangen hatte. So die Informationen der US-Botschaft in Berlin. Embassy Berlin, Defense Minister zu Guttenberg Reveals Struggle. Vgl. auch Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 210.

122 Reichelt/Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten!, S. 114.

123 Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1700 [ISAF-Mandat], S. 2.

124 Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1806 [Beschlussempfehlung und Bericht ISAF-Mandat], S. 4; Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/5996 [ISAF-Mandat], S. 2 f.

125 Kühn, Deutschlands (Nicht-)Drogenpolitik in Afghanistan, S. 121 f.

NATO-Kommandos eintragen[126]. Wie unten geschildert, nahmen die Spitzen des BMVg mit einem Sinn für die politische Praxis weitere Einschränkungen im Bereich der Gewaltanwendung auf, die das Bundestags-Mandat nicht vorsah.

Die Debatte um die Verstärkung des deutschen ISAF-Kontingents um Tornado-Aufklärungsflugzeuge im Jahr 2007 zeigt ebenfalls, wie die Konstellationen der Akteure und ihre Interessen auf dem außenpolitischen Feld die Mittel des Einsatzes bestimmten. Auslöser für die Tornado-Debatte war, dass die Vertreter jener Staaten, deren Kontingente im Süden heftigsten Kämpfen ausgesetzt waren und entsprechende Verluste zu beklagen hatten, seit 2006 immer nachdrücklicher forderten, dass auch Länder wie insbesondere Deutschland Truppenteile dorthin verlegen sollten[127]. Mit Blick auf erwartete Legitimitätseinbußen in der eigenen Bevölkerung angesichts der dann wahrscheinlich angestiegenen Todeszahlen, hielten die Entscheidungsträger auf deutscher Seite jedoch daran fest, die Bundeswehr nicht regelmäßig außerhalb des Nordens einzusetzen. Als Zugeständnis an die Bündnissolidarität stellten sie jedoch sechs Tornado-Flugzeuge zur Verfügung, die in ganz Afghanistan operieren durften. Wiederum mit Blick auf das wahrgenommene Legitimitätsdefizit von Gewalt verwendeten sie jedoch nur die Aufklärungsversion des Flugzeugs, stellten sie unter das ISAF-Mandat und bestimmten, dass die von ihnen geschossenen Bilder nicht an die OEF weitergegeben werden durften[128].

Die Tornados lieferten zwar gestochen scharfe Bilder, jedoch handelte es sich dabei um analoge Fotos, die sich nicht in Echtzeit übertragen ließen und erst mehrere Tage nach Anforderung verfügbar waren. Zudem banden die Flugzeuge mindestens 250 Soldaten und verursachten enorme Kosten[129]. Da die Aufständischen über wenige feste Einrichtungen verfügten und nicht auf Luftbildern identifiziert werden konnten, waren die Tornados für die Aufgaben der ISAF kaum geeignet und wurden dementsprechend 2010 wieder abgezogen[130]. Der Sinn der Entscheidung ergibt sich also offenbar eher daraus, dass sie sowohl – wenn auch eher symbolisch – die Bündnisinteressen befriedigte als auch nicht zu kriegerisch erschien, da es sich bloß um Aufklärungsflugzeuge handelte. Zudem wurde der ansonsten in Afghanistan wenig vertretenen Luftwaffe die Möglichkeit gegeben, die eigene Relevanz zu belegen.

---

126 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/2380 [»Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe«], S. 8.

127 Hoehn/Harting, Risking NATO, S. 49 f.; Jungbauer, Die Bundeswehr in Afghanistan, S. 68 f.

128 Gareis, Bedingt bündnisfähig?

129 Michael Schmidt, Bundeswehr wird Tornados wohl abziehen. In: TS, 22.9.2010. Als Kosten wurden im ersten Mandat sechs Millionen Euro für die verbleibenden gut zwei Monate des Haushaltsjahrs angegeben. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/6460 [ISAF-Mandat], S. 2.

130 Peter Blechschmidt, »Tornados« verlassen Afghanistan. In: SZ, 24.9.2010.

2. Allgemeine Praxislogik der ISAF

Wie sich gezeigt hat, bestand die Logik der Praxis der politischen Verantwortlichen des internationalen Afghanistan-Engagements allgemein darin, dass sie ihre Entscheidungen weniger an den afghanischen Verhältnissen als in selbstreferenzieller Weise an ihren eigenen Interessen ausrichteten. In diesem Abschnitt ist nun die Logik der Praxis der formal von den politischen Entscheidungen abhängigen ISAF zu untersuchen.

a) Grundlagen der ISAF-Praxis

Als im Bonner Abkommen vorgesehene militärische Schutztruppe erhielt die ISAF ein »robustes Mandat« des VN-Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Satzung der Vereinten Nationen, das ihnen Gewaltanwendung zur sehr weit interpretierbaren »Durchsetzung ihres Auftrags« gestattete. Die Mission führten zunächst einzelne Truppenstellerstaaten als *lead nation* für eine begrenzte Zeit[131]. Anfangs übernahmen diese Aufgabe die Briten, die bei der Wahl des Konferenzorts unterlegen waren und sich somit zumindest bei der Schutztruppe Einfluss sichern konnten[132]. Vor Verabschiedung der Resolution des VN-Sicherheitsrats stimmten die Vertreter der britischen Regierung jedoch den US-Vertretern zu, dass die Bedürfnisse des US Central Command (USCENTCOM) und der OEF übergeordnet sein würden[133].

Der Auftrag der Schutztruppe wurde nur sehr weit gefasst als Unterstützung der afghanischen Behörden bei der »Aufrechterhaltung der Sicherheit«[134]. Eine Strategie, die festlegte, welche genauen Ziele die ISAF zu welchem Zweck, auf welche Weise und in welcher Zeit erreichen sollte, fehlte jedoch. Die Ursache hierfür lag in dem bereits ausgeführten Abstimmungsproblem zwischen in diesem Fall Vertretern von anfangs 19 Staaten sowie im fehlenden Wissen darüber, wie die umfangreichen sozialtechnologischen Ziele überhaupt umgesetzt werden könnten[135]. Auch in diesem Fall vermochten es die Verantwortlichen nur, die operativen Rahmenbedingungen festzulegen. Hierzu zählte, die Area of Responsibility (AOR) der ISAF auf Kabul und Umgebung zu beschränken sowie mit den Tätigkeiten Patrouillen, Unterstützung der Interimregierung beim Aufbau von »security structures«, Wiederaufbau und der Ausbildung von afghanischen Sicherheitskräften die Handlungsfelder der anfangs 4500 Soldaten zu benennen[136].

---

131 VN-Sicherheitsrats-Resolution 1386 (2001).

132 Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse, S. 106 f.

133 Feith, War and Decision, S. 132 f. So auch der erste britische Regierungsvertreter in Afghanistan nach Ende der Taliban-Herrschaft Brooking, Early ISAF, S. 59, der allerdings die USA nicht ausdrücklich nennt.

134 Military Technical Agreement between the International Security Assistance Force (ISAF) and the Interim Administration of Afghanistan, Art. V Nr. 1 f.

135 Vgl. zur Anzahl der Truppensteller Brooking, Early ISAF, S. 58.

136 Military Technical Agreement between the International Security Assistance Force (ISAF) and the Interim Administration of Afghanistan, Art. V Nr. 1 f.; Brooking, Early ISAF,

Das Fehlen einer Strategie ebenso wie die Tatsache, dass sich zwar viele Staaten beteiligten, größtenteils jedoch nur sehr kleine Kontingente stellten, zeigt, dass die ISAF nicht darauf ausgerichtet war, konkrete Ziele *in Afghanistan* zu erreichen, sondern daneben verfolgten Zwecken diente. So wollten zum einen die US-Vertreter, die am stärksten das internationale militärische Engagement in Afghanistan vorantrieben – sich zunächst jedoch nicht an der ISAF beteiligten – die internationale Unterstützung des Vorhabens mit dieser multinationalen Mission hervorheben[137]. Durch die Unterordnung zur OEF stellten sie dabei gleichzeitig sicher, dass ihnen die ISAF nicht in die Quere kommen würde. Zum anderen wollten die Vertreter der einzelnen Staaten hiermit ihre Bündnissolidarität demonstrieren und international mitwirken. Es war somit stets problematisch, eine *lead nation* zu finden, die bereit war, entsprechende Ressourcen für die Führung der Mission aufzuwenden. Eine Lösung für das Problem fand sich, wie oben ausgeführt, erst nach dem Lobbying des NATO-Verwaltungsstabs und seiner nationalen Verbündeten in der spezifischen Konstellation des Frühjahrs 2003, indem das Bündnis das Kommando übernahm[138].

Um die Praxislogik dieser internationalen Organisation zu verstehen, ist es erforderlich, einige theoretische Vorüberlegungen zu machen. Wie im Theorieteil bereits ausgeführt, ist es wenig überzeugend, internationale Organisationen wie »die NATO« als kollektiven Akteur zu vergegenständlichen. Im Sinne der hier verwendeten theoretischen Prämissen ist es sinnvoller, auch dieses Bündnis als ein Feld strukturierter sozialer Beziehungen zu theoretisieren. Wie in allen bürokratischen Organisationen schufen oder bezogen sich die hierauf handelnden Akteure auf objektivierte Regeln, die jedoch nicht von vornherein mit den tatsächlich geltenden »Regeln des Spiels« gleichzusetzen sind. Gleiches gilt für die formal festgelegten Positionen und die tatsächlichen Machtpositionen des Felds.

Wie der Name »Treaty Organisation« bereits besagte, konstituierte die NATO formal nur ein 1949 verfasster Vertrag, mit dem seine Unterzeichner sich gegenseitig vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts versprachen, einander im Fall eines Angriffs Hilfe – in allerdings unbestimmtem Ausmaß – zu leisten[139]. Weitere objektivierte Regeln umfassten zum einen die übliche Struktur internationaler Organisationen, an deren Spitze ein in diesem Fall North Atlantic Council (NAC) genanntes Gremium stand, in dem alle Mitgliedsstaaten gleichrangig vertreten waren. Als Besonderheit kam eine untergeordnete militärische Kommandostruktur hinzu, die Unterstellungsverhältnisse regelte und Hauptquartiere festlegte sowie diesen Personal und Mittel zuwies. Im Einsatz sollten die Hauptquartiere die Truppenkontingente der NATO-Mitgliedsstaaten befehligen[140]. Hinzu kam eine Vielzahl an bürokratischen Bestimmungen zu Begriffen, Planungssystematiken, Munitionskalibern usw., die das Vorgehen der Streitkräfte der Mitgliedsstaaten standardisieren und somit ihre Abstimmung im

S. 58 f.; Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 182.

137 Feith, War and Decision, S. 140.

138 Brooking, Early ISAF, S. 58–60.

139 So überzeugend die nüchterne Perspektive des damaligen Referenten im Internationalen Stab der NATO Theiler, Deutschland und die NATO, S. 289 f.

140 Ebd., S. 295–297.

»Ernstfall« erleichtern sollte[141]. Den Verwaltungsstab der NATO bildeten zum einen Ende der 2000er Jahre rund 1200 festangestellte zivile Mitarbeiter, denen ein Generalsekretär vorstand[142]. Sehr viel zahlreicher waren dagegen zum anderen die in den 2000er Jahren rund 15 000 als Teil der Kommandostrukturen tätigen und formal ihren Hierarchien unterworfenen Soldaten[143].

Um die tatsächliche Praxis zu verstehen, ist entscheidend, zu sehen, dass es sich bei den genannten Soldaten nicht um »NATO-Soldaten« handelte, wie oftmals im alltäglichen Sprachgebrauch impliziert. Stattdessen erhielten sie weiterhin Weisungen von den nationalen außenpolitischen Entscheidungsträgern. Auch entschieden die nationalen Verteidigungsministerien über deren Beförderung und Versetzung[144]. Sie handelten somit aufgrund der von ihnen habitualisierten *nationalen* Prämissen und ihrer in der Heimat bestimmten Karrierechancen tendenziell eher im Sinne ihres Mitgliedsstaats. Frustriert schrieb daher der ISAF-Kommandeur Lieutenant General Rick Hillier über die Zusammenstellung seines Kontingents:

> »This was my first, hard lesson in how NATO worked: it was more important within the alliance that every nation get to build up its own little fiefdom than it was to put together a solid team for a successful mission[145].«

Gleiches galt naturgemäß für die nationalen Abgesandten in den politischen Gremien der NATO. Für diese lag der »Sinn des Spiels« ebenfalls darin, möglichst großen Einfluss zu gewinnen. Sie konkurrierten daher um wichtige Stellenbesetzungen und – vor allem während des Kalten Kriegs – Rückflüsse aus dem gemeinsamen Budget durch die Stationierung von Kommandobehörden im eigenen Land[146]. Wie im Theorieteil herausgestellt, übertrugen sie also die Logik der internationalen Beziehungen im Sinne einer Konkurrenz um Machtpositionen und Mittel auf internationale Organisationen.

Wie an der Ausrufung des Bündnisfalls durch den NATO-Generalsekretär am 12. September 2001 und insbesondere die Entscheidung zur Kommandoübernahme der ISAF oben verdeutlicht, verfolgte der ständige Verwaltungsstab des Bündnisses auch eigene Interessen. Diese konnten mitunter mit denen der nur zeitlich befristet zugeordneten Offiziere, aber auch politischen Abgesandten zusammenfallen. In diesem Sinne strebten etwa beide danach, möglichst hoch dotierte Dienstposten zu schaffen – wofür wiederum neue Kommandos nötig waren[147]. Im Ergebnis führten die Auseinandersetzungen um möglichst viele Stellen und Kommandobehörden zu einer in weiten Teilen redundanten Führungsstruktur, die ihre militärische Effektivität und Effizienz einschränkte und aufgrund der Veto-Möglichkeit der Mitgliedsstaaten nur schwer beschnitten werden konnte[148].

---

141 Public Diplomacy Division NATO, NATO Handbook, S. 349–351.
142 Theiler, Deutschland und die NATO, S. 291–293.
143 Ebd., S. 295.
144 Ebd.
145 Hillier, A Soldier First, S. 289.
146 Vgl. den Beitrag des offiziellen Historikers des Supreme Headquarters Allied Powers Europe Pedlow, The Evolution of NATO's Command Structure, S. 15.
147 King, The Transformation of Europe's Armed Forces, S. 73.
148 Ebd., S. 73; Hilde, The Strategic Concept and NATO's Command Structure, S. 133.

Neben der Konkurrenz um Einfluss und Ressourcen im Bündnis prägte die Praxislogik des NATO-Felds die »Regel des Spiels«, wonach – im Gegensatz zur formalen Gleichheit der Mitgliedsstaaten und offiziellen Hierarchie der militärischen Kommandostruktur – derjenige die größten Mitbestimmungsmöglichkeiten erhielt, der den höchsten finanziellen Beitrag zum Budget leistete und in der jeweiligen Mission die meisten Truppen stellte[149]. Aufgrund ihrer enormen Beiträge übten daher in der Regel die US-Vertreter den größten Einfluss aus und konterkarierten mitunter die NATO-Kommandostrukturen. Dies war insbesondere im offiziell NATO-geführten Kosovo-Krieg der Fall, für den die USA die mit Abstand meisten Kräfte stellten und dementsprechend auch hauptsächlich ihre nationalen anstelle der Kommandostrukturen des Bündnisses nutzten[150].

b) Logik der strategischen ISAF-Planungen

Im Vergleich zu vorhergehenden Militärinterventionen hatte die von 2001 in jeder Hinsicht sehr unkonventionell begonnen. Zivile CIA-Agenten leiteten und planten entscheidende Teile der Anfangsoperationen der OEF. Auf Seiten der Koalition führten sie nur einige hundert Kommandosoldaten – bekannt für ihren bereits an Kleidung und Haartracht sichtbar von den Formen etablierter militärischer Haltung abweichenden Habitus – aus[151]. Schon aufgrund ihrer geringen Anzahl arbeiteten sie dabei eng mit den Kommandeuren afghanischer bewaffneter Gruppen zusammen, die daher die eigentliche Last der Kämpfe trugen und im Gegenzug Luftunterstützung und finanzielle Mittel erhielten. Die Intervenienten mussten somit ihre Handlungen unmittelbar auf die afghanischen Verhältnisse abstimmen[152]. Nachdem größere konventionelle Verbände mit ihren Stäben im Lauf des Jahres 2002 angelandet waren, nahm die OEF-Präsenz allerdings einen deutlich bürokratischeren, von den tatsächlichen Gegebenheiten distanzierten Charakter an[153].

Einen ähnlich von den Realitäten im Land entrückten Charakter sollte schließlich auch die Praxis der NATO-Verantwortlichen haben, die im Jahr 2003 die ISAF-Truppe formal übernommen und in ihre Kommandostruktur integriert hatten. Den Verfahren zufolge sollten die Vertreter der NATO-Mitgliedsstaaten die für die Mission wichtigsten Entscheidungen im höchsten Gremium des Bündnisses, dem NAC, treffen und dort politische Weisungen an das strategische Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE)[154] formulieren. Dessen Kommandeur, der SACEUR, hätte sich wiederum an das operative Kommando, das Joint Forces Command in Brunssum (JFC-B), wenden sollen. Von dort aus

---

149 Theiler, Deutschland und die NATO, S. 301.

150 Ebd., S. 296; Denney III, U.S.-NATO Command and Control, S. 13−17.

151 Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 71; Greiner, Afghanistan, S. 39.

152 Williams, General Dostum and the Mazar i Sharif Campaign, S. 615−629.

153 Rothstein, Less Is More, S. 290−292.

154 Am 29.7.2003 wurde das SHAPE in Allied Command Operations (ACO) umbenannt, jedoch behielt es aus rechtlichen, finanziellen und historischen Gründen weiterhin den alten Namen bei. Pedlow, The Evolution of NATO's Command Structure, S. 14.

sollten dann Befehle an das als taktisch oder ebenfalls operativ eingestufte ISAF-Hauptquartier (HQ) gehen[155]. Mit der ISAF-Ausweitung in alle Provinzen Afghanistans im Jahr 2006 übernahmen die Verantwortlichen der Mission von der OEF die Aufteilung des Landes in Regional Commands (RC). Jedes RC befehligte zunächst ein Brigadegeneral der Nation, die regional die meisten Truppen stellte[156].

Allerdings erschien das JFC-B Fachleuten aufgrund seiner vergleichsweise geringen Ausstattung mit Personal und Material und fehlender Erfahrung in der Führung von Einsätzen als ungeeignet[157]. Zudem existierte mit dem ISAF-HQ bereits ein operatives Kommando, sodass das JFC-B nach der etablierten Systematik nicht notwendig war[158]. Dass es dennoch ausgewählt wurde, ist somit offensichtlich auf die Interessen des NATO-Verwaltungsstabs zurückzuführen, der den Bestand dieses eigentlich redundanten[159] Kommandos erhalten wollte. Hierauf dürften ebenfalls die Vertreter der Bundesrepublik hingewirkt haben, die den entscheidenden Schritt zur ISAF-Übernahme machten, da stets ein deutscher General das JFC-B führte. Allerdings zeigen sich die tatsächlichen »Regeln des Spiels« des NATO-Felds daran, dass bereits die nicht-amerikanischen ISAF-Kommandeure, die formal dem JFC-B untergeordnet waren, offenbar gar nicht dessen Befehle befolgten[160].

Erst recht galt dies nach Abschluss der ISAF-Expansion über das ganze Land im Oktober 2006, mit der 10 400 zuvor zur OEF gerechnete US-Soldaten unter ISAF-Kommando kamen. Hierdurch wurden die USA mit einem Schlag der mit Abstand größte Truppensteller der ISAF – eine Position, die sie mit den folgenden Verstärkungen noch ausbauten[161]. Ihrem Beitrag zur Mission entsprechend, führten sie diese auch ab Februar 2007 unabhängig von den Befehlen des JFC-B[162]. Die US-Amerikaner formalisierten ihre Machtstellung, indem sie im Oktober 2008 das Kommando über alle US-Truppen in Afghanistan – also auch der OEF, ausgenommen einiger Spezialkräfte – an den ISAF-Kommandeur übertrugen. In seiner Doppelfunktion war er dadurch dem für die US-amerikanischen Truppenteile in Afghanistan zuständigen USCENTCOM untergeordnet[163]. Praktisch war

---

155 Bowman/Dale, War in Afghanistan, S. 3; Hope, Unity of Command in Afghanistan, S. 10.

156 Vgl. Karte vorderer Einband. Die Verantwortlichen der OEF teilten den Süden und Osten des Landes 2002 in die RCs South und East ein, während die gesamte Nordhälfte schlicht zum »economy of force«-Operationsgebiet der Combined Joint Task Force 76 wurde. Barno, Fighting »The Other War«, S. 36. Aus der Nordhälfte gliederten sie 2004 das RC West und 2005 das RC North aus. Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 294.

157 Vgl. Beckman, From Assumption to Expansion, S. 6; Hope, Unity of Command in Afghanistan, S. 10; Weinrod/Barry, NATO Command Structure, S. 17.

158 Bowman/Dale, War in Afghanistan, S. 15.

159 King, The Transformation of Europe's Armed Forces, S. 73.

160 So etwa jeweils der kanadische und der britische Kommandeur von ISAF V und IX. Hillier, A Soldier First, S. 292; King, The Transformation of Europe's Armed Forces, S. 74.

161 Serafino, Peacekeeping and Related Stability Operations, S. 9 f.

162 Aus diesem Grund nannten die vom amerikanischen Department of Defense herausgegebenen Fortschrittsberichte unter dem Punkt »NATO-Strategie« bloß pflichtschuldig den jeweiligen OPLAN von SHAPE und JFC-B, gingen jedoch inhaltlich allein auf den ISAF-OPLAN ein. Department of Defense, Report on Progress, April 2011, S. 7.

163 Department of Defense, Report on Progress, June 2009, S. 17; Dale, War in Afghanistan, S. 28.

somit kaum noch auseinanderzuhalten, in welcher seiner beiden Funktionen der stets US-amerikanische ISAF/OEF-Kommandeur Befehle erteilte[164]. Die NATO-Kommandos SHAPE und JFC-B hatten dagegen in der Praxis eher administrative Aufgaben, die insbesondere darin bestanden, das Budget zu verwalten, die Bereitstellung von Truppenteilen durch die Mitgliedsstaaten zu organisieren, Aufgaben zu verteilen, die Einsatzvorbehalte der Truppensteller zu vermerken und die Einsätze auszuwerten[165].

Bereits die mit verhältnismäßig kleinen Stäben begonnene, anfangs äußerst unkonventionelle OEF erlebte, wie sich mit der Ankunft konventioneller Truppenverbände auch die Stäbe überproportional vergrößerten und sich deren bürokratische Führungsweise ausbreitete[166]. In gleicher Weise schlug sich das Appropriationsinteresse des militärischen Verwaltungsstabs auch in der Größe des ISAF-HQs nieder. Dieses war, wie oftmals in den multinationalen Militärmissionen der Zeit[167], im Verhältnis zur sonst üblichen Größe überdimensioniert[168]. Offenbar resultierte deren Umfang aus der Konkurrenz zwischen den beteiligten Vertretern der einzelnen Streitkräfte, die jeweils versuchten, ihre Nation durch möglichst hochdotierte Posten zu repräsentieren. Innerhalb der großen US-Streitkräfte erkämpfte sich 2008 zudem das US Marine Corps nicht nur ein eigenes Kommando, sondern auch ein eigenes RC – das daraufhin vom RC South abgetrennte RC Southwest[169]. So wuchs allein das ISAF-HQ, insbesondere nachdem es im Jahr 2007 das Kommando über die US-Streitkräfte übernommen hatte, auf rund 2000 Personen im Jahr 2011 an[170]. Im Jahr 2009 zählten neben dem kommandierenden General zwei Generalleutnante, fünf Generalmajore und ein Konteradmiral sowie zwei Brigadegenerale zum ISAF-HQ. Nach Aufstellung des ISAF Joint Command (IJC) im Oktober 2009 kam ein weiterer Generalleutnant mit dazugehörigem Stabspersonal, darunter mehrere Generale, dazu[171].

Das Strategiedefizit der ISAF blieb auch nach der Kommandoübernahme durch die NATO bestehen, insbesondere da die Interessen der Truppensteller weiterhin nicht übereinstimmten[172]. Da die Zahl der Truppengeber kontinuierlich anstieg – von 33 im Jahr 2004 über 41 im Jahr 2008 bis auf 50 im Jahr 2012 –, verschärfte sich das Problem eher noch[173]. Zudem stimmten im NAC die damals

---

164 Aus diesem Grund hatten die deutschen, britischen und französischen Vertreter 2005 noch das vereinte OEF-ISAF-Kommando verhindert. Morelli/Gallis, NATO in Afghanistan, S. 17.

165 Münch, Strategielos in Afghanistan, S. 10 f.; Telefoninterview mit im JFC-B tätigem Offizier, 18.5.2011; Interview mit ehemals bei SHAPE eingesetztem Offizier in Berlin, 26.5.2011. Vgl. auch Hillier, A Soldier First, S. 290−292; Beckman, From Assumption to Expansion, S. 11.

166 Rothstein, Less Is More, S. 290−292.

167 Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, S. 124 f.

168 Vgl. den Beitrag des Oberstleutnants i.G. aus dem BMVg Freuding, Im Felde, S. 201.

169 Greentree, Bureaucracy Does its Thing, S. 336 f.; Gates, Duty, S. 340.

170 Rietjens/Soeters/Klumper, Measuring the Immeasurable?, S. 335. Vgl. für die bereits in der Anfangszeit von ISAF großen Stäbe den Bereicht des dort tätig gewesenen türkischen Obersts Uyar, With the Germans in Afghanistan, S. 256 und S. 261.

171 Leadership, ISAF Headquarters, 7.12.2009; Leadership, ISAF Headquarters, 10.8.2012. Barno, Fighting ›The Other War‹, S. 43, zählt für 2007 14 ISAF-Generale.

172 Hillier, A Soldier First, S. 290.

173 Vgl. zu den Zahlen Lellouche, Operations in Afghanistan, S. 7; International Security Assistance Force [placemat], 1.12.2008, [S. 1]; International Security Assistance Force, International Security Assistance Force (ISAF), Key Facts and Figures, 15.5.2012, [S. 1].

26 Mitgliedsstaaten der NATO über strategische Weisungen einstimmig ab[174]. So übernahmen die Entscheidungsträger im SHAPE zunächst bloß weitgehend den OPLAN der alten ISAF und damit auch das Strategiedefizit dieser Mission[175]. Im NAC konnten sich die Vertreter der Mitgliedsstaaten nur auf ein außerordentlich weites und interpretationsbedürftiges strategisches Ziel einigen, das sich als politische Weisung auch im SHAPE-OPLAN für die Periode nach der ISAF-Ausdehnung wiederfand[176]: »A self-sustaining, moderate and democratic Afghan government able to exercise its sovereign authority, independently, throughout Afghanistan[177].« Dieser Zielzustand wurde seitdem in den Beschlüssen des Bündnisses als strategische Vorgabe bestätigt[178].

Die vagen strategischen Vorgaben der höchsten NATO-Kommandos ermöglichten es den ISAF-Kommandeuren nicht, langfristig kohärente Handlungen zu planen[179]. Obwohl die fehlenden politischen Vorgaben die an allen Militärakademien gelehrte strategische Planungssystematik konterkarierten, reichte kein ISAF-Kommandeur je seinen Rücktritt ein oder gab zu bedenken, dass er unter diesen Bedingungen seinen Auftrag nicht erfüllen könne. Dies zeigt, dass es in ihrem Interesse lag, trotz der Widersprüche im Amt zu bleiben. Ohne konkrete politische Vorgaben wiesen ihre – angesichts der begrenzten Einsatzzeit stets kurzfristigen – Planungen daher vor allem nirgendwo klar definierte Erwartungsbegriffe auf, die sich auf kaum militärisch zu beeinflussende Zustände bezogen wie »gute Regierungsführung« und »Entwicklung«[180]. Statt strategische Überlegungen in dem Sinne zu enthalten, dass sie Zweck, Ziel, Mittel und Wege definierten, hatten die so bezeichneten Konzeptionen, wie bereits für das allgemeine internationale Afghanistan-Engagement als prägend erkannt, einen operativen Charakter. Dies bedeutete, dass hierin die Mittel und Wege selbst zu den Zwecken und Zielen wurden. Ebenso dachten die Planer offenbar vielfach von den Instrumenten her, statt diese an die Zwecke und Ziele anzupassen[181]. Ihre

---

174 Public Diplomacy Division NATO, NATO Handbook, S. 187.

175 Beckman, From Assumption to Expansion, S. 6 f.

176 Interview mit ehemals bei SHAPE eingesetztem Offizier in Berlin, 26.5.2011.

177 SACEUR OPLAN 10302 (Revise 1), S. 1.

178 Vgl. NATO, ISAF's Strategic Vision, S. 1; Declaration by the North Atlantic Treaty Organisation (NATO) and the Government of the Islamic Republic of Afghanistan on an Enduring Partnership, Ziff. 3; Telefoninterview mit im NATO-Hauptquartier tätigem Offizier, 26.5.2011.

179 Vgl. das eingangs genannte Zitat von Hillier, A Soldier First, S. 288.

180 Hillier etwa schreibt, dass er seine Strategie mit seinen Stabsoffizieren beim Warten auf ein Flugzeug entwickelt habe. Sein ebenfalls sehr weites Ziel sei gewesen, »[to] help Afghans build a government that could deliver what their population wanted and needed, and help deliver it« (ebd., S. 294). Vier Jahre später definierte der ISAF, Campaign Plan der mittlerweile US-geführten Mission in ähnlicher Weise, dass es das Ziel sei, der afghanischen Regierung dabei zu helfen »to defeat the insurgency, establish a secure environment, extend viable governance, and promote development throughout Afghanistan« (ISAF Campaign Plan Summary [Unclassified]).

181 Bereits die SHAPE-Planer des ersten NATO/ISAF-OPLANs orientierten sich an den Fähigkeiten der von den Mitgliedsstaaten bereits zugesagten Truppenkontingente und nicht an den eigentlichen Lageerfordernissen, da diese nicht bereit waren, weitere Soldaten zu stellen. Beckman, From Assumption to Expansion, S. 6.

Praxis fügte sich also nahtlos in die aus der Zeit des Kalten Kriegs ein, als sich Spitzenoffiziere gedanklich auf die operative Ebene zurückzogen[182].

Ihren eher technokratischen Dispositionen entsprechend, vergegenständlichten die Verantwortlichen die afghanischen Verhältnisse schließlich zumeist derart weitgehend, dass ihre Planungen tatsächlich größtenteils davon abgehoben waren[183]. Hierzu trug auch das nie vollständig bewältigte Informationsdefizit bei, dessen Ursachen in Kapitel VI näher herauszustellen sind. Hinzu kam – im Gegensatz zur anfänglichen OEF, die sich zwangsläufig an den afghanischen Machthabern ausrichten musste[184] – die Größe der Mission und die Tatsache, dass sie keinen existenzbedrohenden Angriffen ausgesetzt war. So gab der ab 2004 gültige SHAPE-OPLAN vor, dass die ISAF die PRTs von 2004 bis 2006 im Norden des Landes beginnend gegen den Uhrzeigersinn, über den Westen, Süden zum Osten hin von der OEF übernehmen bzw. neu errichten sollte[185] (siehe nebenstehende Grafik). Ein ähnliches Vorgehen war auch bei militärischen Operationen zu beobachten[186]. Diese am Uhrzeigersinn orientierte Systematik verdeutlicht, dass für die Planer die afghanischen Verhältnisse in den entsprechenden Regionen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Vielmehr dienten ihnen als Maßstab der Systematisierung die zur Verfügung stehenden Planungsinstrumente[187].

Ebenso vergegenständlicht-systematisch teilten die Verfasser des SHAPE-OPLAN das ISAF-Engagement in fünf Phasen ein, von denen die ersten beiden der Vorbereitung und der schrittweisen Expansion in alle Teile Afghanistans dienten. Danach sollte die dritte Phase zur »Stabilisierung« des Landes beginnen, gefolgt von den Phasen vier und fünf zur Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte (»Transition«) und schließlich dem Verlassen des Landes[188]. Im Sinne der erwähnten Vermischung von Mittel und Zweck hieß es zur entscheidenden Frage, wie »Stabilität« erreicht werden sollte, bloß tautologisch, dass »Stabilisierungsoperationen« als Wegbereiter von Staatsaufbau und Rekonstruktion diese ermöglichen würden. Ebenso sollten »Sicherheitsoperationen« dem Erreichen von »Sicherheit« dienen[189].

---

182 Strachan, Strategy or Alibi?, S. 159–161.

183 Lijn, Imagi-Nation Building in Illusionstan, S. 178–182.

184 Williams, General Dostum and the Mazar i Sharif Campaign, S. 615–629.

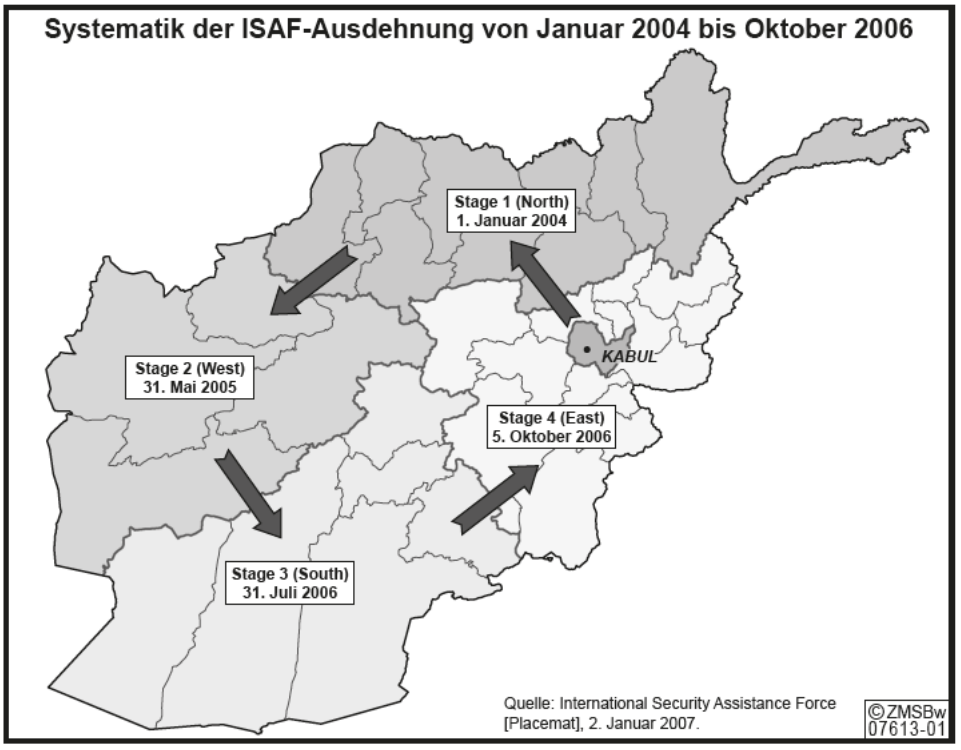
185 NATO, NATO's Operations, S. 5. Es handelte sich um den im April 2004 von den Mitgliedern des NAC verabschiedeten OPLAN 10302. Beckman, From Assumption to Expansion, S. 9 und S. 11.

186 So verliefen die Operationen von afghanischen und ISAF-Kräften in Kunduz im Winter 2010/2011 innerhalb der Verwaltungsgrenzen der Provinz im Uhrzeigersinn zirkelförmig, obwohl die Aufständischen auch außerhalb agierten. Bell/Witter/Whittaker, Reversing the Northeastern Insurgency, S. 11; Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 12.6.2011.

187 So machten sie die Daten der Expansion offenbar schlicht am gregorianischen Kalender fest. Der Beginn der ersten Stufe war somit der 1.1.2004, der zweiten der 31.5.2005, der dritten der 31.7.2006 und der vierten und letzten der letzte afghanische Arbeitstag (Donnerstag) der ersten Oktoberwoche 2006. Vgl. Beckman, From Assumption to Expansion, S. 7.

188 SACEUR OPLAN 10302 (Revise 1), S. 2–4.

189 Ebd. Es existierten zwar NATO-Doktrinen, in denen »Stabilisierungsoperationen« definiert wurden, jedoch bestanden diese aus einer Vielzahl von völlig unterschiedlichen Handlungen, die vom zuständigen Truppenführer ausgewählt werden mussten. Somit wurde



Weitere oft als wegweisend betrachtete Beschlüsse der Vertreter der NATO-Mitgliedsstaaten hatten ebenfalls einen operativen Charakter. Hierzu zählten insbesondere jene, die unter dem Begriff des im November 2006 beschlossenen *comprehensive approach* firmierten[190]. Anstatt wirkliche strategische Weisungen zu beinhalten, forderte das Konzept nur, dass alle an einer Mission beteiligten zivilen und militärischen Akteure zusammenarbeiten sollten, ohne jedoch den konkreten Anteil in bestimmten Phasen und vor allem die Frage, in welchem Unterordnungsverhältnis diese zueinander stehen würden, zu definieren[191]. Insbesondere auf Drängen der deutschen Vertreter erweiterte er zudem die Agenda um zusätzliche nicht-militärische Ziele, die somit den Einsatz als weniger kriegerisch erscheinen ließen[192]. In diesem Sinne machte auch der von den Vertretern der NATO-Mitgliedsstaaten im April 2008 beschlossene NATO Comprehensive Strategic and Political-Military Plan (CSPMP) nur Angaben zu den einzusetzen-

das Entwerfen einer Strategie auf die operative Ebene delegiert. Vgl. NATO, Allied Joint Doctrine. AJP-01(D), Nr. 0245.

190 Jakobsen, NATO's Comprehensive Approach, S. 7.

191 Mattelaer, The Crisis in Operational Art, S. 5, Anm. 3, charakterisiert daher den »Comprehensive Approach« treffend als »popular buzzword largely devoid of any substance«.

192 Vgl. die entsprechenden Klagen von Gates, Duty, S. 215 f.

den Mitteln, zur zivil-militärischen Kooperation, zur Abstimmung mit den Nachbarstaaten sowie zu den Bedingungen für die »Transition«[193].

c) Counterinsurgency als strategischer Neuanfang?

Obwohl der Anfang 2009 neu ins Amt gelangte US-Präsident Barack Obama öffentlichkeitswirksam ankündigte, eine neue als »Counterinsurgency« (COIN) bezeichnete Strategie für das Afghanistan-Engagement zu schaffen, gelang dies nicht. Denn auch nach dem Regierungswechsel blieben die strategischen Konzeptionen der US-amerikanischen und ISAF-Verantwortlichen aus den genannten Gründen defizitär[194]. Sie beinhalteten weiterhin dieselben undefinierten, aus den Wörtern »Sicherheit« und »Stabilität« zusammengesetzten Erwartungsbegriffe. Neu für die ISAF war hingegen, dass die Entscheidungsträger nun als oberstes Ziel den »Schutz der Bevölkerung« vor den Aufständischen nannten[195]. Hierdurch vergegenständlichten sie zum einen »*die* Bevölkerung« als geschlossenen Akteur, obwohl diese in der Realität zahlreiche Akteure mit unterschiedlichen Interessen bildete. Zum anderen unterstellten sie, dass die Aufständischen nicht mit Teilen »*der* Bevölkerung« vergesellschaftet und vergemeinschaftet waren – was freilich nicht zutraf[196]. Nicht zuletzt war ein Schutz der *gesamten* Bevölkerung aufgrund der stets zahlenmäßig prekären militärischen Kräfte ohnehin undenkbar[197].

Dieser »population-centric approach« ist daher nur vor dem Hintergrund des Scheiterns des »enemy-centric approach« zu verstehen, in dessen Zuge die ISAF-Kräfte erfolglos versuchten, die Aufständischen aufzuspüren und zu töten bzw. gefangen zu nehmen. Exakt dieselbe Entwicklung hatten jedoch zuvor die Entscheidungsträger der OEF durchgemacht, mit dem semantischen Unterschied, dass sie seit 2003 von »people-centric COIN« sprachen[198]. Der neue Ansatz stellte somit den verzweifelten Versuch dar, ein alternatives Vorgehen auszuprobieren. Zugleich legitimierte er beispiellose Truppenerhöhungen, die der neu ernannte ISAF-Kommandeur und Verantwortliche für das Konzept, General Stanley

---

193 Mission US NATO, Communique of the December 2-3 NATO Foreign Ministers' Meeting, Part 1 of 2; Gates, Duty, S. 231; Interview mit ehemals bei SHAPE eingesetztem Offizier in Berlin, 26.5.2011.

194 Irwin, Disjointed Ways, S. 147.

195 So hieß es im ISAF-OPLAN von 2009, dass das Ziel sei »to protect the Afghan people and provide a secure environment for sustainable stability«. Department of Defense, Report on Progress, April 2010, S. 12. »Stabilität« konkretisierten die Verantwortlichen in den folgenden beiden Revisionen nur unzureichend als »legitimate governance and sustainable socio-economic institutions« bzw. »legitimate, credible, and enduring governance, security, and sustainable socio-economic growth«. Department of Defense, Report on Progress, November 2010, S. 11; Department of Defense, Report on Progress, April 2012, S. 9.

196 Hunt, Dirty Wars, S. 37 und S. 53; Dorronsoro, Iraq and Afghanistan, S. 4 f. Vgl. auch die auf seiner eigenen Einsatzerfahrung gründende Kritik von Colonel Tunnel, Memorandum, S. 6, an der Vorstellung, dass »die Bevölkerung« und die Taliban gegensätzliche Ziele verfolgten.

197 Dies wurde auch von an der Planung beteiligten Offizieren bemerkt und kritisiert. Vgl. den Bericht des ehemals beim IJC tätigen Majors Martin, A Tale of Two Design Efforts, S. 5. Vgl. auch West, The Wrong War, S. 249.

198 Suhrke, When More is Less, S. 62; Barno, Fighting »The Other War«, S. 35.

McChrystal, daraufhin einforderte[199]. Zugleich erweiterte das Ziel des Schutzes der Bevölkerung die Agenda noch einmal erheblich, da hierzu auch deren ökonomische Lage zählte[200]. Mit diesen zusätzlichen Kräften, Kompetenzen und dem neu aufgestellten und ihm untergeordneten IJC wertete er freilich seine Position weiter auf, sodass diese Funktion die objektive Grundlage seiner Konzeption darstellte.

Wie erwähnt, bildete das COIN-Konzept die formale Grundlage für das beschriebene Vorgehen der ISAF-Entscheidungsträger. Bereits 2003 bezeichnete der damalige Kommandeur der OEF-Kräfte sein Vorgehen mit diesem Begriff und auch die ersten US-amerikanischen ISAF-Kommandeure verwendeten ihn ab 2007[201]. Das in den 1960er Jahren in den USA zur Eindämmung »kommunistisch-revolutionärer« Kriege geschaffene Konzept basierte auf der Erkenntnis, dass sich derartige Aufstände nicht allein militärisch beenden lassen. Ideengeschichtlich beruhte es auf einer vergegenständlichten Modernisierungstheorie, dem Glauben an sozialtechnologische Machbarkeit und an die funktionale Legitimität von legal-rationaler Herrschaft. Dementsprechend erschienen den Vertretern von COIN ökonomische Entwicklung und die Verbreitung legal-rationaler Herrschaftsweisen als Schlüssel zum Erfolg[202]. Im Lauf der Zeit als »money as a weapons system« formalisiert, brachte es zudem eine neue Dimension des Gabentausches, den bereits die militärischen Civil-Military Cooperation (CIMIC)-Projekte praktizierten. Dieser Idee zufolge würden lokale Akteure die ISAF-Kräfte als Gegenleistung für Hilfsgüter unterstützen[203].

Das COIN-Konzept war nicht nur selbstreferenziell, indem es die Lösung für die wahrgenommenen Probleme in den im Westen annähernd verwirklichten Prinzipien erblickte. Als empirische Grundlage verwendeten die COIN-Theoretiker außerdem vorwiegend die Selbstzeugnisse der von ihnen als vorbildlich gesehenen Praktiker der Kolonialkriege und des Vietnamkriegs. Dabei ignorierten sie sowohl deren Interesse, ihre eigenen Handlungen als erfolgreich darzustellen, als auch den Widerspruch, dass diese Kriege überwiegend verloren wurden[204]. Wie bereits in den 1960er Jahren arbeiteten Sozialwissenschaftler und

---

199 Formal hätte er hierfür der NATO-Hierarchie folgen müssen, mit der Gefahr, dass die Vertreter der Mitgliedsstaaten die Forderung ablehnten. Dadurch, dass jemand sein eigentlich geheimes »Initial Assessment« der Lage in Afghanistan jedoch – möglicherweise von ihm lanciert – der Presse zuspielte, wurde sein Ansinnen öffentlich und ein entsprechender Druck auf die politischen Entscheidungsträger erzeugt. Vgl. ISAF HQ, COMISAF's Initial Assessment, S. 2/19-21. Gates, Duty, S. 368 f., schreibt, er habe von einem Insider die Information erhalten, dass jemand aus McChrystals Stab – angeblich ohne Wissen des ISAF-Kommandeurs – das Initial Assessment der Presse zugespielt hätte, um hiermit eine politische Entscheidung zu erzwingen.

200 Vgl. die dementsprechende Kritik des damaligen US-Botschafters Eikenberry, The Limits, der als ziviler Vertreter in dieser Hinsicht in Konkurrenz zum ISAF-Kommandeur stand.

201 Barno, Fighting »The Other War«, S. 34.

202 Fitzsimmons, Hard Hearts and Open Minds?, S. 337–341; Shafer, Deadly Paradigms, S. 44–63; Hunt, Dirty Wars, S. 55.

203 Johnson/Ramachandran/Walz, CERP in Afghanistan, S. 83, Zitat: S. 92.

204 Branch/Wood, Revisiting Counterinsurgency, S. 5, 8 und S. 12; Hunt, Dirty Wars, S. 52–57. Vgl. zur Literatur Fitzsimmons, Hard Hearts and Open Minds?, S. 339–341, sowie die vom Field Manual 3-24/Marine Corps Warfighting Publication 3-33.5. Counterinsurgency, Annotated Bibliography/1–4 empfohlene Literatur. Die COIN-Befürworter bezogen sich

Ethnologen an der Doktrin mit. Allerdings offenbaren die geringen Unterschiede zu den Vorgängerkonzepten[205], dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse nur der Legitimation dienten[206]. Gerade die Verfasser zahlreicher *policy*-orientierter Arbeiten der 2000er Jahre begrüßten das Konzept als Möglichkeit, ein neues Vorgehen zu fordern, übernahmen dabei aber dessen Prämissen ohne sie zu hinterfragen[207].

Angesichts dieser inneren Widersprüche des COIN-Konzepts ergibt sich sein Zweck daraus, dass es den Akteuren ermöglichte, Habitus und objektive Struktur in Übereinstimmung zu bringen. So war COIN, zumeist definiert als »all military, paramilitary, political, economic, psychological, and civic actions taken by a government to defeat insurgency«[208], derart vage und umfassend, dass sich damit zum einen eine schier endlose Agenda begründen ließ[209]. Zum anderen erlaubte es, beinahe alle Handlungen als gegen einen Aufstand gerichtet darzustellen und damit den Wert des jeweils spezifischen kulturellen Kapitals zu bewahren. Dem entsprach, dass die COIN-Doktrin inhaltlich bloß aus einer Ansammlung unterschiedlichster *taktischer Vorgehensweisen* bestand, die je nach Situation angewendet werden sollten. Ganz im Sinne der bereits oben herausgestellten Praxis, operative Konzepte als strategische auszugeben, verwiesen die wichtigsten US- und ISAF-Entscheidungsträger auf sie jedoch als *Strategie*. Insbesondere militärische Kritiker verwarfen daher COIN zu Recht als »Strategy of Tactics«[210].

Dementsprechend vermischten sich auch nach wie vor Mittel und Zwecke in den seit 2009 revidierten ISAF-Operationsplänen, was zeigte, dass diese tatsächlich inhaltlich austauschbar waren[211]. Auch schrieb McChrystal selbst, dass

---

sogar auf die Selbstzeugnisse der Entscheidungsträger im 2003 begonnenen Irak-Krieg, obwohl der Ausgang dieses Kriegs kaum als positiv für die Intervenienten gewertet werden kann. Vgl. zur Selbstreferenzialität dieser Literatur bei Missachtung der lokalen Verhältnisse und zu ihrer mangelnden Aussagekraft den Bericht des im Irak-Krieg eingesetzten ehemaligen Soldaten und Journalisten Prine, Ucko is Wrong (Mostly).

205 Hippler, Counterinsurgency and Political Control, S. 10–12.

206 So bereits das Ergebnis vor Ende des Kalten Kriegs von Shafer, Deadly Paradigms, S. 12 f. und S. 280.

207 Vgl. insbesondere Nagl, Learning to Eat Soup with a Knife; Kilcullen, Counterinsurgency.

208 Field Manual 3-24/Marine Corps Warfighting Publication 3-33.5. Counterinsurgency, Glossary/4.

209 Eikenberry, The Limits.

210 Gentile, A Strategy of Tactics, S. 6 f., 11 und S. 15 f. In ihrer COIN-Doktrin erkannte schließlich sogar die NATO diese Kritik an. NATO, Allied Joint Doctrine for Counterinsurgency (COIN). AJP-3.4.4, Nr. 0410. Vgl. auch die Aussage von Kaplan, The End of the Age of Petraeus: »Counterinsurgency is a technique, not a grand strategy. Field manuals are guides for officers preparing to fight in specific settings, and in that sense, a COIN field manual isn't so different from a field manual for mountain warfare, amphibious operations, or armored combat.«

211 So hieß es zunächst schlüssig, dass das »Neutralisieren« von Netzwerken Aufständischer und der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte ein Mittel wären, um die genannten Ziele zu erreichen. Nach der Revision von 2010 galten diese Aufgaben dann selbst als strategisches Ziel, nur um sie in der darauffolgenden Version wieder als Mittel zu bezeichnen. Gleiches galt für die Unterstützung beim Staats- und ökonomischen Aufbau. Department of Defense, Report on Progress, April 2010, S. 12; Department of Defense, Report on Progress, November 2010, S. 11; Department of Defense, Report on Progress, April 2012, S. 9.

er den Campaign Plan der ISAF noch vor der strategischen Entscheidungsfindung Obamas ausarbeiten ließ[212]. Er war also unabhängig von dessen politischem Zweck und Ziel. Nach einer systematischen Anwendung strategischer Planungsgrundsätze kam daher auch ein Lehrgangsteilnehmer des amerikanischen National War College in einer preisgekrönten Arbeit zu dem Ergebnis, dass der Ausgangspunkt der strategischen Planungen für Afghanistan seit 2009 das Führen von COIN-Operationen als Selbstzweck gewesen sei. Denn diese standen in keinem logisch abzuleitenden Zusammenhang zu der von Obama als übergreifendem Ziel ausgegebenen Absicht, »sichere Häfen« für »Terroristen« zu verhindern[213].

Aus der hier eingenommenen Perspektive erscheint dies freilich nicht als fachlicher Fehler der Planer, sondern als nicht-intendiertes Ergebnis ihrer Interessen. Diese bestanden zum einen darin, das militärische Engagement auszuweiten und damit ihren Einfluss zu erhöhen, ohne es dabei grundlegend verändern zu müssen, zumal Schlüsselakteure wie Secretary of Defense Robert Gates auch nach dem Regierungswechsel von 2009 im Amt blieben. Denn die Doktrin war derart vage und umfassend, dass alle Beteiligten ihren Beitrag als COIN definieren und damit den Wert ihres kulturellen Kapitals erhalten konnten. Dementsprechend leistete der US-Botschafter in Kabul, Karl Eikenberry, den heftigsten Widerstand, da die Ausweitung des militärischen Engagements seine eigene Rolle vermindert hätte. Stattdessen forderte er sogar mehr zivile Mittel[214]. Schließlich sammelten sich auch innerhalb des Pentagons zumeist wissenschaftlich besonders distinguierte Offiziere unter dem Banner von COIN als »Kräfte der Häresie«, um die Machtpositionen der »konventionellen« Vertreter zu stürmen[215].

Die einzige tatsächliche qualitative Änderung der ISAF-Praxis bestand darin, dass die politischen Entscheidungsträger vorsahen, nach einem letzten »Surge« an Truppen und Geld ihr militärisches Engagement massiv zu reduzieren. Allerdings lag die Ursache hierfür im oben ausgeführten Wandel des politischen Felds, den gesunkene Umfragewerte und die Haushaltskrisen seit 2008 prägten. Obama hatte es sich zudem ganz offensichtlich zum Ziel gemacht, bis zum Ende einer eventuellen zweiten Amtszeit im Jahr 2016 die US-Beteiligung an den beiden Kriegen in Irak und Afghanistan zu beenden. Laut seines Secretary of Defense Gates zeigten seine Entscheidungen, dass er nie an ein Gelingen der

---

212 McChrystal, My Share of the Task, S. 331.

213 Schrecker, U.S. Strategy in Afghanistan, S. 78 f. Dieses Ziel erschien in der sechsten Revision auch im ISAF-OPLAN. Department of Defense, Report on Progress, April 2012, S. 9.

214 Vgl. auf der Basis von bekannt gewordenen geheimen Depeschen Eikenberrys Greg Jaffe, Scott Wilson and Karen DeYoung, U.S. Envoy Resists Troop Increase, Cites Karzai as Problem. In: WP, 12.11.2009, sowie Gates, Duty, S. 380. Dass es sich bei Eikenberry um einen erst kurz zuvor in den Ruhestand versetzten US-General und ehemaligen OEF-Kommandeur handelte, zeigt erneut das ausschlaggebende Gewicht, das die Position der Akteure auf dem Feld gegenüber ihren habituellen Vorprägungen hatte.

215 Kaplan, The End of the Age of Petraeus. Vgl. auch – allerdings hagiografisch unkritisch – zu den Verfassern des COIN Field Manuals von 2006 Crane, United States, S. 59–61, der ebenfalls hieran mitwirkte. Es war daher kein Zufall, dass diese Vertreter mit dem Regierungswechsel von 2008 zu den Demokraten im Aufwind waren. Denn COIN erschien in den USA durch seine Verbindung mit nicht-gewaltsamen Mitteln (»hearts and minds«) als »weicherer«, liberalerer Ansatz.

Afghanistan-Strategie geglaubt und stets auf das Ziel des Abzugs hingearbeitet habe[216]. Ebenso spaltete sich sein Kabinett in Befürworter und Gegner des »Surge« sowie der Afghanistan-Mission überhaupt. Als Kompromiss bewilligte Obama daher im November 2009 nur 30 000 der 40 000 von ISAF-Kommandeur McChrystal geforderten zusätzlichen US-Soldaten als letzte Kraftanstrengung und auch dies nur unter der Bedingung, sie ab Mitte 2011 wieder abzuziehen[217]. Die Entscheidung orientierte sich also nicht an den Lageerfordernissen, sondern der inneradministriellen Kompromissfindung. Ende 2010 beschlossen die Vertreter der beteiligten Staaten zudem, die ISAF bis 2014 zu beenden und zuvor den Afghan National Security Forces (ANSF) die »Sicherheitsverantwortung« zu übertragen. Auch diese Entscheidung leitete sich somit nicht aus den afghanischen Verhältnissen ab[218].

Anders als offiziell deklariert, orientierte sich der »Transitionsprozesses« also nicht an dem Zustand der ANSF, sondern vielmehr stand sein Ergebnis, die »Übergabe der Verantwortung« bis Ende 2014, von vornherein fest[219]. Gemäß der etablierten Praxis folgte der Prozess daher auch einer strikt formalen Logik. So sollten in seinem Verlauf alle Distrikte in vier von Juli 2011 bis Juni 2013 aufeinanderfolgenden »Tranchen« übergeben werden[220]. Zwar wählte ein aus afghanischen und internationalen Vertretern zusammengesetztes Gremium die zu übergebenden Gebiete offiziell danach aus, ob ihre lokalen Verhältnisse sie als hierfür »reif« erscheinen ließen. Allerdings zeigt die Tatsache, dass sich die Verantwortlichen an den künstlichen Verwaltungsgrenzen orientierten, dass offenbar die tatsächlichen Bedingungen doch nicht die Übergabeentscheidung bestimmten. Diesen Eindruck bestätigt die Tatsache, dass sie die Distrikte explizit regional und ethnisch *ausgeglichen* auswählten. Hinzu kam, dass die Entscheidungen zur Transition ausdrücklich unumkehrbar waren, also keine Rücksicht auf *geänderte* lokale Verhältnisse nahmen[221]. Schließlich erfolgte der Prozess innerhalb einer recht kurzen Zeit von gut zwei Jahren, in der nicht ernsthaft zu erwarten war, dass sich entscheidende qualitative Änderungen zwischen den einzelnen Gebieten zeigen würden. Somit erscheint der »Transitionsprozess« eher als Legitimation für den Ende der 2000er Jahre von den politischen Führungen

---

216 Gates, Duty, S. 298 f., 341 f., 350, 375 f., 381–384, 556 f. und S. 569.

217 Suhrke, When More is Less, S. 60 f.; Gates, Duty, S. 378 f.

218 Dies wurde auch in die sechste Revision des ISAF-OPLAN aufgenommen. Department of Defense, Report on Progress, April 2012, S. 9. Mit der Revision des SHAPE-OPLANs vom September 2010 teilten die Verantwortlichen den Übergabeprozess in Phasen ein und definierten erneut Kriterien, nach deren Erreichung die Übergabe von Landesteilen an die afghanische Regierung stattfinden könne. Telefoninterview mit im NATO-Hauptquartier tätigem Offizier, 26.5.2011.

219 Laut Gates, Duty, S. 556 f., bekam Obama einen Wutanfall, als er hörte, dass der Nachfolger McChrystals, General David Petraeus, in einem NATO-Treffen gesagt habe, er habe verstanden, dass die »Transition« erst 2014 beginnen würde.

220 Department of Defense, Report on Progress, April 2011, S. 49 f.; Department of Defense, Report on Progress, October 2011 , S. 56 f.

221 Department of Defense, Report on Progress, April 2011, S. 50; Department of Defense, Report on Progress, October 2011, S. 56.

der Truppenstellerstaaten beabsichtigten Abzug bzw. die Reduzierung der eigenen Kräfte[222].

d) Logik der operativen ISAF-Planungen

Aufgrund des operativen Charakters der ISAF-Praxis kam den PRTs als Hauptinstrumenten der Mission eine besondere Bedeutung zu. Allerdings erhielten sie mit dem Kernauftrag, die afghanische Regierung dabei zu unterstützen, ein »stabiles und sicheres Umfeld« zu schaffen[223], kein klar definiertes, überprüfbares Ziel[224]. Eindeutiger waren hingegen erneut die Mittel, mit denen dieses zu erreichen sei. Neben militärischen Operationen zur Herstellung von »Sicherheit« als Grundlage für weitere Aktivitäten bestanden diese aus zahlreichen von anderen Interventionen bekannten Programmen, die der Legitimität der Regierung dienlich sein sollten. Im Mittelpunkt standen dabei kurzfristige militärisch geführte Aufbauprojekte, die in der Regel unter dem Begriff der CIMIC firmierten, sowie die langfristigen, von den zivilen Organisationen durchzuführenden Entwicklungsvorhaben[225].

Dem PRT-Konzept lag ein vergegenständlichtes Verständnis sozialer Prozesse zugrunde. Es basierte auf der Prämisse, dass diese Stützpunkte von durch ziviles Personal ergänzten kleinen militärischen Verbänden »Inseln der Sicherheit und Stabilität« bilden würden. Wie Tintenflecken an verschiedenen Stellen auf einem feuchten Stück Papier würden diese dafür sorgen, dass sich »Sicherheit und Stabilität« hiervon ausgehend langsam ausbreiteten, bis sie schließlich das gesamte Land überzögen[226]. Den intellektuellen Hintergrund für das hastig in nur sechs Wochen auf US-Seite im Frühjahr 2002 ausgearbeitete Konzept[227] bildeten also nicht sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über Afghanistan, sondern Alltagsvorstellungen, die soziale Verhältnisse physikalisch vergegenständlichten. Erst »*policy*-orientierte« Arbeiten, die diese Annahmen als gegeben hinnahmen und somit zitierfähig machten, verwissenschaftlichten das Konzept[228].

Die objektive Grundlage des PRT-Konzepts bestand freilich einfach darin, dass aufgrund des »light footprint« in der Anfangsphase des Afghanistan-Enga-

---

222 Steele, A Tale of two Retreats, S. 306 f.

223 Der in den ISAF-OPLAN aufgenommene Auftrag lautete laut Definition des PRT Executive Steering Committee vom 27.1.2005: »Provincial Reconstruction Teams (PRTs) will assist the The Islamic Republic of Afghanistan to extend its authority, in order to facilitate the development of a stable and secure environment in the identified area of operations, and enable Security Sector Reform (SSR) and reconstruction efforts.« ISAF PRT Handbook, 3.2.2007, S. 2. Diese Ziele blieben gleich. Vgl. ISAF PRT Handbook, March 2009, S. 2 f.; Department of Defense, Report on Progress, June 2008, S. 59.

224 Revitalizing our Efforts, S. 22; Rotmann/Harrison, Critical Voices, S. 52 f.

225 ISAF PRT Handbook, 3.2.2007, S. 21f.; Revitalizing our Efforts, S. 22.

226 Gordon, Winning Hearts and Minds?, S. 10.

227 Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 226 f.

228 Vgl. z.B. Abbaszadeh [u.a.], Provincial Reconstruction Teams, S. 4; Gauster, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan [2006], S. 130 f.

gements ohnehin nur geringe Kräfte zu Verfügung standen[229]. Des Weiteren teilten die Verfasser des Konzepts die komplexen sozialen Prozesse wie bereits beim SHAPE-OPLAN in Phasen ein. Demnach seien zunächst militärische Operationen erforderlich, gefolgt von Maßnahmen zur »Stabilisierung« und schließlich der langfristigen Entwicklung[230]. Die Vorstellung, dass sich gewaltsame Auseinandersetzungen und sozialer Wandel linear entwickelten, konnte sich dabei durchaus auf vergleichbare Konzepte in der positivistischen Politikwissenschaft abstützen[231]. Auf der Idee eines ökonomisch-rationalen Gabentauschs beruhte dagegen die übergreifend von westlichen Militärs internalisierte Annahme, dass sich die »Hearts and Minds« der Afghanen durch eigene Aufbauprojekte und zivile Entwicklungshilfe gewinnen ließen[232].

Zwar nahmen die Vertreter der ISAF und anderen Geberorganisationen sowie die von ihnen bezahlten Forscher die zahlreichen Auseinandersetzungen insbesondere um westliche Gelder wahr. Ohne zu sehen, dass Wohlstand und Wohlbefinden stets relativ sind, führten sie dies jedoch vor allem entweder darauf zurück, dass die Afghanen generell *nicht genügend* Entwicklungshilfe bekämen oder dass die Mittel insbesondere durch »Korruption« ungleichmäßig verteilt würden. Zu diesen Ergebnissen kamen sie sowohl aus einer objektivistischen, sich allein auf ökonomische Rationalität beziehenden Perspektive als auch indem sie die abgefragten Wertungen der Menschen betrachteten, ohne sie quellenkritisch und in ihrem Entstehungszusammenhang hermeneutisch zu interpretieren[233].

Den selbstreferenziellen Charakter des PRT-Konzepts offenbart schließlich die Tatsache, dass diese nach nationalen Interessen national-spezifisch und dementsprechend heterogen von der *lead nation* des jeweiligen Wiederaufbauteams ausgestaltet wurden[234]. Dementsprechend orientierten sich auch tendenziell die jeweils aufgewendeten Aufbaumittel an den nationalen Budgets und nicht an den lokalen afghanischen Verhältnissen. Ein ungarisches PRT konnte beispielsweise

---

229 Hett, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan, S. 21. Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 26, bezeichnet die PRTs treffend als Notlösung.

230 ISAF PRT Handbook, 3.2.2007, S. 4 f.

231 Vgl. zur Kritik an dieser mit der Realität nicht übereinstimmenden Sicht Schlichte, Die Entwicklungszusammenarbeit, S. 45.

232 Vgl. konzise zu dieser Vorstellung und ihrer Genese Fishstein/Wilder, Winning Hearts and Minds?, S. 13; Goodhand, Contested Boundaries, S. 291–293.

233 Vgl. z.B. Donini, Local Perceptions of Assistance to Afghanistan, S. 164–166, sowie einschließlich der dort diskutierten Literatur dieser Richtung Beath/Fotini/Enikolopov, Winning Hearts and Minds, S. 5–12. Bei den abgefragten Meinungen beachteten sie auch nicht, dass die Interviewten in der Regel versuchten, die Interviewer nicht zu verstimmen. Schetter, Wer sind die Taliban?, S. 308. Noch bedeutender ist freilich die Absicht der Interviewten, weitere Entwicklungshilfen zu erlangen. Keine der dem Verfasser bekannten Studien aus dieser Richtung machte sich zudem die Mühe, den afghanischen Korruptionsbegriff (*reshwat*, *fessad*) zu entschlüsseln. *Fessad* etwa verweist eher auf Korruption als moralisch negativ bewertetes Verhalten. Broschk, Ideologische Facetten der Taliban, S. 96 und S. 103.

234 Stapleton, A Means to what End?, S. 47 f.; Hett, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan, S. 4 f.; Rotmann/Harrison, Critical Voices, S. 54–56.

auf weniger Ressourcen zurückgreifen als ein US-amerikanisches[235]. Am deutschen Beispiel wurde oben bereits herausgestellt, dass die Entscheidung für den Ort eines PRTs nicht Teil eines international kohärenten Plans war, sondern sich eher aus den nationalen Interessenlagen und Machtkonstellationen der Ressortvertreter ergab.

Die ISAF-Verantwortlichen hatten sich, wenn auch vage, so doch höchst anspruchsvolle, weit über den militärischen Kontext hinausgehende Ziele gesetzt. Dennoch verwendeten sie für die konkrete Planung die in der NATO etablierte, auf konventionelle Militäroperationen ausgerichtete lineare Planungssystematik auch für das Erreichen dieser politischen und ökonomischen Ziele. Demnach sollten »Decisive Points« entlang einer »Operationslinie« genommen werden, um schließlich das »Center of Gravity« des Gegners zerstören zu können, was aber bei gewaltlos zu erreichenden Zielen wenig sinnvoll war[236]. Ebenso wie zivile Organisationen, etwa in der Entwicklungshilfe, tendierten sie zudem dazu, für bestimmte Zwecke formalisierte Programme zu vergegenständlichen und auf diese Weise bereits an deren Wirksamkeit bzw. überhaupt Anwendbarkeit zu glauben[237]. Um etwa das wahrgenommene Problem zu großer »Korruption« zu bekämpfen, etablierten sie »Anti-Korruptionsprogramme« – die aber in der Praxis meist nur darin bestanden, dass den Afghanen in Kursen beigebracht wurde, dass Gefälligkeiten anzunehmen schlecht und verboten sei[238]. Das objektive Interesse, sich zu bereichern, und die sozialen Zwecke dieser reziproken Austauschbeziehungen blieben also unbeachtet.

Auch das operative Konzept für die COIN-Operationen war derart vage, dass es keine genauen Planungen ermöglichte. So hieß es bloß, dass Operationen in die Phasen »clear – hold – build« unterteilt werden sollten[239]. Demnach waren Gebiete erst von Aufständischen zu »säubern«, danach zu halten und schließlich mit Aufbaumaßnahmen dauerhaft zu sichern[240]. Allerdings waren schon die verwendeten Begriffe nicht näher definiert, ganz zu schweigen von der Dauer der Phasen[241]. Obwohl im Militär das Verwenden einer konsistenten Terminologie geradezu gedrillt wird, fanden sich im schroffen Gegensatz dazu selbst in konkreten Befehlen von höheren ISAF-Verantwortlichen oftmals vage Begrifflichkeiten[242]. Erneut ist diese Praxis nicht auf fachliche Mängel zurückzuführen, vielmehr verweist sie

---

235 Dementsprechend lautete etwa das Fazit des Center for the Study of the Presidency: »Personalities, local environment, domestic politics, capacity and funding of the lead nation all determine PRT priorities and programs. Moreover, there is no rationale for distributing resources among provinces on the basis of the size of the economy of the PRT lead nation.« Revitalizing our Efforts, S. 22.

236 Mattelaer, The Crisis in Operational Art, S. 4 und S. 8 f.

237 Vgl. bereits für die Zeit des Kalten Kriegs Shafer, Deadly Paradigms, S. 283–287.

238 IJC, PRT Conference Break Out #3 [Microsoft-Power-Point-Präsentation], S. 2. Vgl. allgemein zu diesen Programmen als Instrument ISAF PRT Handbook, 3.2.2007, S. 21.

239 Münch, Strategielos in Afghanistan, S. 12 f.

240 Headquarters Department of the Army, FM 3-24/MCWP 3-33.5, S. 5/18–5/23.

241 So schließlich selbst die Kritik des Direktors des US Army Counterinsurgency Center Lieutenant Colonel Paganini, FM 3-24, Counterinsurgency, S. 2 f. Bereits das ISAF HQ, COMISAF's Initial Assessment, S. A/2 McChrystals bezeichnete »Clear – Hold – Build« bloß als »rudimentären« operativen Rahmen.

242 So beklagte Tunnel, Memorandum, S. 2, die unklaren Befehle der Angehörigen des ihm vorgesetzten Stabs mit den Worten: »They issue orders with nonsense tactical tasks to

darauf, dass die Entscheidungsträger nicht wussten, was sie genau befehlen sollten. Die erteilten Befehle enthielten aus demselben Grund oftmals eine Vielzahl von nicht näher priorisierten sozialen, ökonomischen sowie militärischen Zielen und sorgten damit ebenfalls nicht für Klarheit[243]. Die Verantwortung für strategische Entscheidungen wurde somit immer weiter nach unten delegiert. Sofern die höheren NATO- und ISAF-Verantwortlichen konkrete Befehle gaben, betrafen diese vor allem das allgemeine Vorgehen der Truppe auf der taktischen Ebene, also etwa bei Patrouillen, aber auch die Dislozierung einzelner Züge. Anstatt konkrete strategische und operative Entscheidungen zu fällen, konzentrierten sie sich somit von Anfang an auf ein Mikromanagement der untersten militärischen Ebenen[244]. Wie herausgestellt, formalisierte und legitimierte die COIN-Doktrin diese Praxis sogar noch.

Die Verantwortlichen im ISAF-HQ definierten ab 2009 »Key Terrain Districts« und »Area of Interest Districts« als geografisch eingegrenzte Schwerpunkte ihrer Operationen[245]. Allerdings zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass es sich hierbei zum einen schlicht um die Gebiete handelte, die an der Afghanistan durchziehenden Ringstraße lagen[246] und somit für die an schwere gepanzerte Fahrzeuge gebundenen internationalen Kräfte erreichbar waren. Zum anderen waren dies die Regionen, in denen ohnehin bereits seit der Zunahme der gewaltsamen Auseinandersetzungen nach 2002 die meisten Operationen von ISAF und OEF stattfanden[247]. Da die ISAF-Planer keine Befehlsgewalt über die zivilen Akteure hatten, integrierten sie einfach deren Projekte in der bestehenden Form in die militärischen Operationspläne[248]. Auch der Anteil der zivilen und afghanischen Partner bei Operationen scheint sich überwiegend danach bemessen zu haben, wie weit diese sich durchsetzen konnten[249]. Insgesamt handelte es sich bei diesen militärischen Planungen also bloß um ex-post-Rationalisierungen einer Praxis, die durch die Verhältnisse, wie die Anzahl der Sicherheitsvorfälle und das zugängliche Gelände, sowie die Interessen der beteiligten Akteure bereits größtenteils vorstrukturiert wurde.

›discombobulate‹ the enemy or place them ›on the horns of a dilemma‹.« Vgl. auch Davis, Dereliction of Duty II, S. 8.

243 ISAF HQ, COMISAF's Initial Assessment, S. A/2 f.; Interview mit ehemals im HQ RC-North tätigen Offizieren, 8.2.2010 und 31.5.2011.

244 Strachan, Strategy or Alibi?, S. 163–168 und S. 172 f.; Mattelaer, The Crisis in Operational Art, S. 14 f. Vgl. auch Hillier, A Soldier First, S. 290 f., der schildert, wie sich in der Anfangsphase von ISAF sowohl SHAPE als auch JFC-B auf Befehle zum taktischen Vorgehen etwa bei Patrouillen konzentrierten, statt Vorgaben mit strategischem Charakter zu machen.

245 Department of Defense, Report on Progress, April 2010, S. 6 f. und S. 56 f.

246 Vgl. Abbildung 21 in ebd., S. 56.

247 West, The Wrong War, S. 193.

248 Vgl. als Beispiel die Wiedergabe des Plans für die Operation »Oqab« im RC East. Neben einer Aufzählung von gewünschten Zielzuständen enthielt dieser bloß eine Aneinanderreihung von Aufbauprojekten, mit denen diese verwirklicht werden sollten. Da ISAF-Vertreter die Arbeit der zivilen Hilfsorganisationen nicht bestimmen konnten, waren dies offenbar einfach nur die ohnehin geplanten Projekte. Die militärischen Operationen hingegen fanden schlicht dort statt, wo die meisten »Sicherheitsvorfälle« waren. RC East, Stability Operations.

249 Münch, Strategielos in Afghanistan, S. 28; Arjomand, Eagle's Summit Revisited, S. 1 f.

Geradezu idealtypisch spiegelte die Form der Versuche von ISAF-Vertretern ab spätestens Ende der 2000er Jahre, den Erfolg ihrer Handlungen zu kontrollieren, Praktiken formaler Rationalisierung und ihre vergegenständlichte Perspektive wider. Hierfür versuchten sie, möglichst viele Ereignisse wie insbesondere Sicherheitsvorfälle, aber auch die Anzahl von Mädchenschulen oder Getreidepreise, zu quantifizieren[250]. Mit mathematischen Modellen sollten sich hierdurch selbst ohne Strategie bestimmte Handlungsoptionen aufzeigen lassen[251]. Allerdings waren die Daten teilweise unzuverlässig und widersprachen sich[252]. Außerdem waren diese keineswegs selbstevident, da etwa nicht klar war, ob eine zurückgehende Zahl von Sicherheitsvorfällen auf eine geänderte Strategie der Aufständischen oder deren Schwäche zurückzuführen waren[253]. Hinzu kamen fachliche Fehler bei der quantitativen Auswertung und Bewertung, die jahrelang unbemerkt blieben, sowie mangelnde Abstimmung zwischen den ISAF-Nationen[254]. Abstrakte Ziele wie »Rechtsstaatlichkeit«, die sich kaum definieren ließen, konnten freilich ebenso wenig in Zahlen gemessen werden[255].

Der Kernwiderspruch der quantitativen Erfolgsmessung bestand jedoch darin, dass sie auf keiner ebenfalls zahlenbasierten Theorie beruhte[256]. Es war somit beispielsweise nie klar, wie viele Entwicklungsprojekte genügten oder welche Anzahl an Sicherheitsvorfällen niedrig genug war, um Erfolg zu vermelden. Dies entsprach freilich auch den Erwartungsbegriffen, mit denen das Engagement legitimiert wurde und deren objektive Grundlage darin bestand, dass sich die Verantwortlichen nicht festlegen *wollten*. In diesem Sinne senkten sie auch mehrmals stillschweigend die Bewertungsmaßstäbe bei den Fähigkeiten von Verbänden der Afghan National Army (ANA), bis die Daten eine positive Entwicklung zeigten[257]. Anfang 2013 kam zudem heraus, dass die Sicherheitsvorfälle im Jahr 2012 nicht abgenommen hatten, sondern bloß die Fälle nicht gezählt wurden, in denen ANSF betroffen waren. Die ISAF-Verantwortlichen erklärten daraufhin, dass sie zu dem Schluss gekommen seien, dass diese »Metriken« nicht sehr aussagekräftig wären, sodass diese nun nicht mehr gesammelt würden[258].

---

250 Vego, Is the Conduct of War a Business?, S. 64; West, The Wrong War, S. 178. Bereits 2004 speicherten die US-Vertreter die Meldungen ihrer OEF-Kontingente in der durch WikiLeaks veröffentlichten Datenbank. Durch die Verschlagwortung ließen sich diese auch quantitativ auswerten. Frank Rieger, Krieg nach Zahlen. In: FAZ, 7.8.2010, S. 29. Verstärkt wurden diese mit dem »Surge« von 2009/2010, dem u.a. die Forderungen des ISAF-Kommandeurs vorausging, die Evaluationsfähigkeiten zu verbessern. ISAF HQ, COMISAF's Initial Assessment, S. 2/20.

251 Frank Rieger, Krieg nach Zahlen. In: FAZ, 7.8.2010, S. 29; Noah Shachtman, Exclusive: Inside Darpa's Secret Afghan Spy Machine. In: Wired.com, 21.7.2011.

252 Cordesman, Back to the »Body Count«, S. 2.

253 Cordesman, Measures of »Progress« in Afghanistan, S. 4 f.; Rotmann/Harrison, Critical Voices, S. 61.

254 Vgl. die detaillierten Beiträge von Rietjens/Soeters/Klumper, Measuring the Immeasurable?, S. 333 f., und Downes-Martin, Operations Assessment in Afghanistan, S. 107–117, denen jeweils für ihre Untersuchung Zugang zu ISAF-Kommandos gewährt worden war.

255 Rotmann/Harrison, Critical Voices, S. 60 f.; Tettweiler, Lernen in Interventionen?, S. 21 f.

256 Downes-Martin, Operations Assessment in Afghanistan, S. 103.

257 So der ehemalige US-Offizier Owen, Paint It Pink; Cordesman/Mausner/Lemieux, Afghan National Security Forces, S. 52–57.

258 Department of Defense, Report on Progress, July 2013, S. 18 f.

Die meisten der genannten Widersprüche bei der quantitativen Evaluation müssen den Verantwortlichen klar gewesen sein[259]. Dass sie dennoch ihre Tätigkeit fortsetzten, wird somit in den objektiven Zwecken des Datensammelns und -auswertens begründet sein. Zu diesen zählte neben der Legitimierung ihres Afghanistan-Engagements auch die der mit dem Sammeln und Auswerten befassten Stäbe, die im Laufe der Zeit immer stärker angewachsen waren und mehrere Generalsposten begründeten[260].

e) Strukturen der ISAF-Truppenpraxis

Trotz der Strategielosigkeit des Engagements der ISAF lassen sich Strukturen ihrer allgemeinen Praxis erkennen. Wie zuvor anhand der Planungspraxis dargelegt, resultierten diese aus den vielfach homologen Formen des westlichen militärischen Habitus und seiner Beharrungskraft sowie aus den gleichbleibenden Positionen auf dem internationalen Feld, die ein entsprechendes Verhalten ihrer Inhaber bedingten. Im Folgenden sind nun skizzenhaft die Strukturen der allgemeinen ISAF-Truppenpraxis und ihre Ursachen darzulegen.

Gerade die anfängliche ISAF-Praxis war vor allem von den habitualisierten Prämissen des weltweiten militärischen *peacekeeping* geprägt, obwohl es sich bei der Mission nicht um eine neutrale Macht handelte und sich die Lage kaum als *post-conflict* charakterisieren ließ. Dennoch war vorgesehen, dass die Soldaten die Überwachung der einzelnen Wahlen unterstützten, Präsenz zeigten und Aufbauprojekte durchführten. Daneben halfen sie bei der als »Security Sector Reform« (SSR) bezeichneten Praktik, indem sie versuchten, nationale Sicherheitskräfte aufzubauen und »illegale« bewaffnete Gruppen dazu zu bringen, sich entwaffnen zu lassen[261].

Wie in Kapitel IV gezeigt, stärkte die militärische Präsenz von ISAF und OEF durch die dafür notwendigen Intermediäre jedoch ungewollt die etablierten oder nach 2001 zu neuer Macht gelangten lokalen Herrscher. Die Soldaten wurden somit Teil lokaler Konfliktdynamiken und selbst Ziel von Angriffen der von der Herrschaft ausgeschlossenen oder anderweitig sich benachteiligt fühlenden Gruppen. Wie die ISAF-Ausweitung bis 2006 zeigte, folgte somit die Gewalt der internationalen Truppenpräsenz[262]. Dabei ist zu beachten, dass die Angriffe Aufständischer verglichen etwa mit dem Irak-Krieg eine relativ niedrige Intensität aufwiesen und somit nie wirklich drohten, massenhaft internationale Kräfte

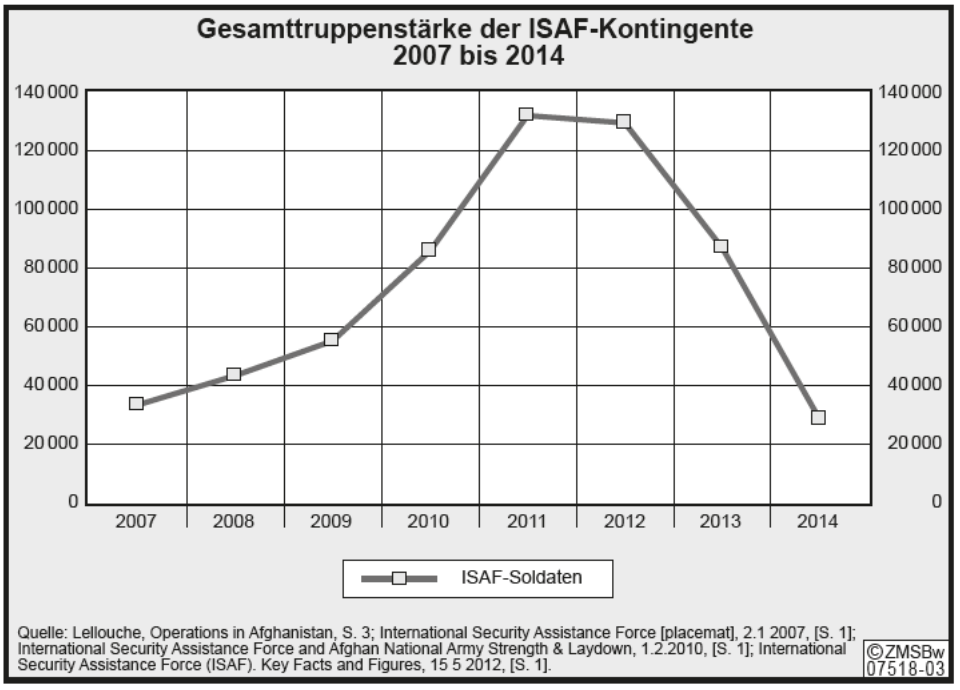
---

259 Dies gilt spätestens seit den zitierten Berichten der Wissenschaftler, die diese Verfahren bewerteten. Von diesen schlug selbst der Physiker Downes-Martin, Operations Assessment in Afghanistan, S. 119, vor, anstelle der quantitativen Verfahren subjektiv-qualitative zu verwenden. Vgl. auch die frühere Kritik des im IJC eingesetzten Reserveoffiziers Sellin, Outside View, sowie des ehemaligen US-Soldaten West, The Wrong War, S. 178. Vgl. außerdem die zahlreichen von Glenn/Gayton, Intelligence Operations and Metrics, S. 171–173, gesammelten kritischen Statements hierüber von Praktikern in Irak und Afghanistan.

260 Mit diesen Aufgaben waren 2011 allein 5 % des Personals im ISAF-HQ betraut. Rietjens/Soeters/Klumper, Measuring the Immeasurable?, S. 335. Vgl. auch Sellin, Outside View.

261 Maloney, Conceptualizing the War in Afghanistan, S. 31–35; Brooking, Early ISAF; Suhrke, When More is Less, S. 141–144.

262 Davis, Dereliction of Duty II, S. 30–33.



zu vernichten[263]. Auch dies erleichterte es den Planern, ihre selbstreferenzielle Praxis fortzuführen. Nur im Frühjahr 2006 versuchten die Taliban, ihre Kämpfer auf regionaler Ebene in Massen zu konzentrieren und größere Orte im Süden – möglicherweise sogar Kandahar, die größte Stadt der Region – einzunehmen. In diesen offen geführten Kämpfen unterlagen sie jedoch den internationalen Truppen und erlitten schwere Verluste, sodass sie im Untersuchungszeitraum nicht wieder derartige Versuche unternahmen[264]. Üblicherweise operierten die Aufständischen in kleinen lokalen Gruppen von äußerlich nicht identifizierbaren Kämpfern, die »Hit and Run«-Angriffe gegen die internationalen Truppen und Vertreter der offiziellen Regierungsorgane verübten[265].

In der Folge versuchten die ISAF-Kräfte daher vor allem, die Gewalt der Aufständischen einzudämmen. Hierzu dienten ihnen zum einen militärische Operationen. Da, wie oben herausgestellt, keine Strategie existierte, sich Mittel und Zweck bei der Operationsplanung vermischten und sich selbst die höchsten Verantwortlichen auf die taktische Ebene konzentrierten, waren es ebensolche taktischen Ereignisse wie einzelne Angriffe von Aufständischen, die das militärische Engagement reaktiv und ungeplant vorantrieben[266]. In diesem Sinne versuchten die ISAF-Entscheidungsträger, die Aufstandsbewegung dadurch einzu-

263 Cordesman, Afghanistan, S. 4.

264 Giustozzi, Koran, Kalashnikov, and Laptop, S. 124–126. Vgl. zu diesen Kämpfen detailliert auf Basis von Interviews Malkasian/Meyerle/Katt, The War in Southern Afghanistan, S. 17 und S. 23.

265 Vgl. detailliert Meyerle/Malkasian, Insurgent Tactics in Southern Afghanistan, S. 107–109.

266 Vgl. auch Strachan, Strategy or Alibi?, S. 166.

dämmen, dass sie zusätzliche Truppenteile in die Gebiete verlegten, in denen Angriffe gemeldet wurden. Mit einer größeren Truppenpräsenz vergrößerte sich jedoch auch die Angriffsfläche für Oppositionsgruppen und verschärften sich die Herrschaftskonflikte, sodass die Gewalt in der Regel weiter zunahm[267]. Somit geriet die Spirale aus Truppenforderungen, verschärfter Gewalt und in Reaktion daraufhin weiteren Truppenforderungen in Gang[268]. Während die Stärke der ISAF im Jahr 2004 noch 9150 Soldaten betrug, stieg sie daher bis Anfang 2007 auf 33 250, über 85 795 zu Beginn des Jahres 2010 auf 129 469 im Frühjahr 2012.

Wie bereits die raumzentrierte Gestaltung der Operationen zeigte, folgten die Planer bis hin zur Gliederung und Zusammensetzung der Truppenteile trotz aller COIN-Rhetorik den von ihnen habitualisierten konventionellen Prämissen. So konzentrierten sie sich nicht auf die Beziehungsnetzwerke der Aufständischen und ihrer Unterstützer, über die sie ohnehin nur geringe Informationen hatten. Stattdessen orientierten sie sich weiterhin am Gelände und versuchten im klassischen Sinne Raum zu nehmen und zu halten[269]. Neben der fehlenden Strategie war es die vage COIN-Definition, die eine solche Praxis erleichterte. Denn den Verantwortlichen war es dadurch möglich, ihre konventionellen Fähigkeiten als Teil von COIN zu bezeichnen und somit den Wert ihres kulturellen Kapitals zu bewahren.

Einer der größten Unterschiede zur konventionellen Kriegführung bestand darin, dass vor allem die zentraleuropäischen ISAF-Entscheidungsträger, aber – im historischen Vergleich betrachtet – selbst die angelsächsischen außerordentlich stark darauf bedacht waren, möglichst wenig eigene Verluste zu erleiden[270]. Dementsprechend bewegten sie sich oft nur in Reichweite ihrer Militärbasen[271]. Diesen Entscheidungen lag offenbar der intuitive Sinn der Verantwortlichen für die Praxis zugrunde, dass es sich um ein Vorhaben ohne konkrete strategische Ziele handelte, sodass sie möglichst keine Soldaten opfern wollten. Im Zuge ihres Fokus auf *force protection* griffen die meisten ISAF- und OEF-Vertreter bei Gefechten häufig auf Luftschläge zurück, die in bewohnten Gebieten jedoch regelmäßig auch unbeteiligte Afghanen töteten. Nachdem solche Fälle im Westen gegen Ende der 2000er Jahre immer häufiger skandalisiert, aber auch von Präsident

---

267 Davis, Dereliction of Duty II, S. 30–33. Vgl. auch, dies nach längerem Einsatz wahrnehmend, das Rücktrittsschreiben des US Senior Civilian Representative der südlichen Zabol-Provinz Matthew P. Hoh an Ambassador Nancy J. Powell, S. 1 f.

268 Suhrke, When More is Less, S. 11.

269 Kitzen, Western Military Culture and Counterinsurgency, S. 18–20; West, The Wrong War, S. 174 f.; Hunt, Dirty Wars, S. 56. Eingesetzt im für ISAF-Kräfte schwierigsten Gebiet, dem Süden Afghanistans, klagte selbst im Jahr 2010 noch Tunnel, Memorandum, S. 6 f., darüber, dass die Kräfte nach den Anforderungen des Kalten Kriegs ausgebildet, gegliedert und ausgestattet wurden.

270 Um nicht in zu viele militärisch schwierige Situationen zu geraten, beschränkten zahlreiche Vorbehalte viele v.a. zentraleuropäische Kontingente. Hoehn/Harting, Risking NATO, S. 51–54. Selbst die durch US-Colonel Tunnel, Memorandum, S. 1–4 und S. 7, bemängelten Defizite beziehen sich zu einem großen Teil auf unnötige Risiken für die eigene Truppe. So ist die Anzahl der Toten und Verwundeten bei ISAF, aber selbst der OEF, relativ gering. Kitzen, Western Military Culture and Counterinsurgency, S. 1.

271 Dieses »base-centric warfare« sahen etwa Kommandosoldaten mitunter spöttisch. Rajiv Chandrasekaran, US Paying Price for Focus on Size of Afghan Forces. In: WP, 20.10.2012.

Karzai beklagt worden waren[272], beschränkten die ISAF-Verantwortlichen deutlich stärker den Einsatz von Gewalt[273]. In der vergleichsweise großen Gewaltkontrolle bestand daher der zweite grundlegende Unterschied zur konventionellen Kriegführung.

Deutlich weniger konventionell und bei der Gewaltanwendung zurückhaltend gestalteten sich die ab spätestens 2007 intensivierten Spezialkräfteoperationen gegen (vermeintliche) Führer und andere Schlüsselmitglieder der Aufstandsbewegung. Da insbesondere die Vertreter von kontinentaleuropäischen Truppenstellern nicht mit diesen recht gewaltsamen Operationen in Verbindung gebracht werden wollten, liefen diese zumeist unter dem Mandat der OEF, ab Ende der 2000er Jahre aber auch zunehmend dem der ISAF[274]. Die Operationen basierten ursprünglich auf der Idee von EBO. In diesem Sinne vergegenständlichten die ISAF-Verantwortlichen wünschenswerte Verhältnisse als »Effekte« und verzeichneten diese spätestens im Jahr 2007 in der Joint Prioritized Effects List (JPEL)[275]. Ohne eindeutiges strategisches Ziel und da die Kausalitäten bei den zu beeinflussenden hochkomplexen sozialen Ereignissen unklar waren, entwickelte sie sich in der Praxis eher zu einer Gefangennahme- und Tötungsliste. Denn auf der JPEL waren auch einzelne, meist hochstehende Personen aufgeführt, deren Beeinflussung einen bestimmten Effekt hervorbringen sollte. Im Fall von Schlüsselpersonen der Aufstandsbewegung wurde daher meist vorgeschlagen, diese zu fangen oder zu töten, um etwa Sicherheitsvorfälle zu reduzieren[276].

Komplementär zu den »weichen«, einen Gabentausch beinhaltenden COIN-Operationen sollten die genannten Aktionen gegen Schlüsselpersonen der Aufständischen das »harte« Druckmittel bilden, um den Aufstand einzudämmen. Aus ihrer selbstreferenziellen Perspektive nahmen die Verantwortlichen auf Seiten von OEF und ISAF an, dass diese Gruppen vergleichbar wie ihre eigenen hierarchisch strukturierten Organisationen funktionierten. Tod oder Gefangennahme ihrer Führer würden sie demnach ihrer *command-and-control*-Fähigkeiten berauben und kollabieren lassen[277]. Im Kontext der spätestens 2006 aufge-

---

272 Hoehn/Harting, Risking NATO, S. 54 f. Vgl. z.B. Human Rights Watch, »Troops in Contact«, S. 37 f.

273 Chaudhuri/Farrell, Campaign Disconnect, S. 273. Dabei änderten sich nicht nur die Gewaltregeln, sondern auch die -praxis, was gerade viele US-Soldaten als übertriebene Zurückhaltung kritisierten. So bemängelt Tunnel, Memorandum, S. 7, die geradezu »pazifistischen« Befehle seiner Vorgesetzten zu Lasten der Sicherheit der eigenen Soldaten. Laut Gates, Duty, S. 492, war der Grund hierfür, dass die Befehlshaber auf den unteren Ebenen die Regeln sogar noch weiter verschärften, um sich abzusichern.

274 Johnson, Command and Control of Special Operations Forces, S. 4 und S. 7; Dale, War in Afghanistan, S. 28.

275 Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 12.6.2011. Vgl. die einschlägige NATO-Vorschrift NATO, AJP-3.9.2. Land Targeting, S. 3/1, sowie Rosenthal, Die Bekämpfung von militärischen Zielen.

276 Nach einer Auskunft des BMVg vom August 2010 sollen sich auf der JPEL zu dem Zeitpunkt über 23 000 Einzelpositionen befunden haben, unter denen rund 550 Personen gewesen seien. »Task Force an 21 Operationen beteiligt«. In: SZ, 13.8.2010.

277 Bowman/Dale, War in Afghanistan, S. 30. So selbst, wenn auch abgeschwächt, die Sicht der Verfasser einer in dieser Zeit vom DoD finanzierten Studie zum Thema: Rosenau/Long, The Phoenix Program, S. 23.

nommenen Verhandlungen mit Aufständischen[278] sollten diese hiermit außerdem zu einer gemeinsamen Lösung gedrängt werden. Ebenso wie die Anzahl der normalen Operationen intensivierten die ISAF-Planer im Lauf der Zeit auch die zum Fangen oder Töten von Schlüsselpersonen. Offenbar da der Ansatz von »population-centric COIN« keinen Erfolg gebracht hatte, ließ der Nachfolger von McChrystal, General David Petraeus, die Anzahl dieser Operationen ab Juli 2010 drastisch erhöhen[279].

Militärisch gewannen die internationalen Kräfte jedes größere Gefecht und es gelang Aufständischen nie, (Teil-)Einheiten oder gar größere Verbände aufzureiben oder gefangen zu nehmen[280]. Auch vermochten es die intensivierten Spezialkräfteoperationen ab 2009 in Kombination mit verstärkten Gaben, viele Führer von bewaffneten Gruppen auf die Regierungsseite zu ziehen. Allerdings scheinen dies rein zweckrationale und damit schnell umkehrbare Seitenwechsel gewesen zu sein[281]. Wie bereits ausgeführt, nahmen die Angriffe von Aufständischen zudem langfristig nicht ab, sondern änderten bloß ihren Charakter hin zu verdeckten Operationen[282]. Gerade angesichts der nur hinhaltend von den Vertretern der Taliban geführten Verhandlungen zeigt sich zudem, dass sie auch nicht die Überzeugung verloren, noch gewinnen zu können[283]. In ebenso langfristiger Perspektive ist nicht erkennbar, dass sowohl die militärischen als auch die sehr viel umfangreicheren zivilen Hilfsprojekte Konflikte beendeten oder über die Dauer ihrer Vergabe hinaus Loyalität gegenüber den Internationalen erzeugten[284]. Stattdessen zeigt sich zum einen vielfach, dass die Empfänger der Gaben diese einfach zweckrational entgegennahmen, ohne ihre Praxis nachhaltig zu ändern[285]. Wie in Kapitel IV dargelegt, scheinen die Hilfen durch die damit einhergehende Zerstörung traditionaler Strukturen zum anderen vielfach unbeabsichtigt konfliktverschärfend gewirkt zu haben.

Außergewöhnlich deutlich spiegelte die von den Internationalen vorangetriebene Aufstellung der ANSF ihre selbstreferenzielle Praxis und vergegenständlichte Perspektive auf die afghanischen Verhältnisse wider. Dies begann bei der Hauptprämisse der im Verlauf der Interventionen seit 1990 quasi standardisierten SSR. Demzufolge würden als Polizisten, Soldaten und Geheimdienstler ausgebildete und ausgerüstete Menschen ebenso handeln, wie es diese Funktionsträger im Westen tun. Sie sahen damit diese »Ordnungsfunktionen« auch im eigenen Land aus rein technischer Perspektive als Ergebnis guter fachlicher Ausbildung, Ausstattung und Organisation – nicht als Ergebnis eines konflik-

---

278 Sajjad, Peace at all Costs?, S. 1.

279 Jo Becker and Scott Shane, Secret »Kill List« Proves a Test of Obama's Principles and Will. In: New York Times, 29.5.2012. Vgl. die umfangreiche Auswertung der ISAF-Pressemitteilungen von Linschoten/Kuehn, A Knock on the Door, S. 13. Diese umfasst zwar nicht alle Operationen, aber dürfte die Veränderungen widerspiegeln.

280 Cordesman, Afghanistan, S. 13; Davis, Dereliction of Duty II, S. 11.

281 Münch, Engaging Leaders of Non-state Armed Groups, S. 86–88.

282 Cordesman, Afghanistan, S. 37.

283 Wörmer, Sondierungsgespräche und Friedensinitiativen, S. 4.

284 Goodhand, Contested Boundaries, S. 294. Vgl. auch das abschließende Ergebnis der empirisch breiten Auswertung dieser Frage von Fishstein/Wilder, Winning Hearts and Minds?, S. 4.

285 West, The Wrong War, S. 176 f.; Schetter, Wer sind die Taliban?, S. 317.

tiven historischen Prozesses, in dessen Zuge die objektive Machtausübung der Exekutive durch Volksvertreter kontrolliert und somit auf das Ziel begrenzt wurde, den Schutz der Bürger zu garantieren, statt etwa sich selbst zu bereichern[286]. Eine ebenso selbstreferenzielle Praxis offenbarte die konkrete Ausgestaltung der ANSF. So nahmen sowohl die anfangs für die Ausbildung der Führung der Afghan National Police (ANP) zuständigen Deutschen als auch die mit der ANA und später ebenfalls der Polizei betrauten US-Amerikaner sowie die ab 2006 stärker engagierten ISAF-Vertreter jeweils ihre eigenen nationalen Modelle als grundlegende Blaupause für die ANSF in Hinblick auf Ausbildung, Ausstattung und Organisation[287].

Ihren habitualisierten Vorannahmen von Militär, Polizei und Geheimdiensten als »Ordnung« schaffenden Akteuren folgend, versuchten sie in der sich verschlechternden Sicherheitslage ab spätestens Mitte der 2000er Jahre folgerichtig, immer mehr ANSF-Angehörige auszubilden und auszurüsten. Dementsprechend stieg etwa die anvisierte Anzahl der auszubildenden Soldaten von 70 000 im Jahr 2002 auf bis zu 195 000 im Jahr 2012[288]. Spätestens 2006 begannen die Verantwortlichen auf US-Seite, auch Milizen zum Kampf gegen Aufständische aufzustellen und als »lokale Sicherheitskräfte« zu formalisieren[289]. Im Laufe der Zeit beteiligte sich allerdings auch die ISAF an deren Organisation und Finanzierung[290].

Beim ANSF-Aufbau fokussierten die Verantwortlichen ihre Bemühungen auf das Vermitteln von Fachkenntnissen[291]. Abgesehen davon, dass dies nie ausreichend gelang[292], prägten aber sowohl die Praxis des Feldes der ANA als auch der ANP interne Machtkämpfe unterschiedlicher Fraktionen sowie die – als »logistische Defizite« wahrgenommene – Appropriation der für die ANSF bereitgestellten internationalen Ressourcen. Insgesamt identifizierte sich weder die Masse

---

286 Vgl. zur Kritik hieran Egnell/Haldén, Laudable, Ahistorical and Overambitious, S. 33–41, sowie insbesondere zur tatsächlichen Praxis außerhalb der OECD-Welt Schlichte, Der Staat in der Weltgesellschaft, S. 129–140.

287 Grissom, In our Image; Friesendorf, Insurgency and Civilian Policing, S. 325. Sogar Gates, Duty, S. 569, gestand ein, dass die ANSF zu sehr am westlichen Modell orientiert und mit eigenen Mitteln nicht durchhaltefähig waren. Vgl. zur nicht an den Realitäten angepassten Struktur für die ANA Giustozzi, The Afghan National Army, S. 37. Die ISAF beteiligte sich ab 2006 stärker am ANA-Aufbau, indem sie Operational Mentoring and Liaison Teams (OMLT) zur Ausbildung und Begleitung von deren Verbänden aufstellte. Uchtmann/Prüfert, Aufbau, S. 92. Ab 2009 lief der gesamte ANSF-Aufbau formal unter der NATO Training Mission Afghanistan (NTM-A). Wie im Fall der ISAF wurde dieses jedoch weiterhin in Personalunion von einem US-General kommandiert, dem zugleich das Combined Security Transition Command-Afghanistan (CSTC-A) mit gleichem Aufgabenbereich unterstand. Department of Defense, Report on Progress, June 2009, S. 29.

288 Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 199 und S. 230; Department of Defense, Report on Progress, April 2012, S. 20; Department of Defense, Report on Progress, June 2009, S. 6.

289 Lefèvre, Local Defence in Afghanistan, S. 2 f.

290 Department of Defense, Report on Progress, April 2012, S. 45 und S. 65.

291 Vgl. als weitgehende Wiedergabe der ISAF-Bemühungen Cordesman/Mausner/Lemieux, Afghan National Security Forces.

292 So die ungeschminkten Bewertungen aus eigener Erfahrung von Davis, Dereliction of Duty II, S. 16–21; Tunnel, Memorandum, S. 3 und S. 5 f., aber auch Dubik/Dressler, Combat Power & Confidence, S. 1.

der Soldaten und Polizisten mit ihren Organisationen noch die Mehrheit der Bevölkerung[293]. Noch unmittelbarer ein Teil der lokalen Machtverhältnisse und damit auch der dortigen Machtkämpfe waren freilich die formalisierten afghanischen Milizen, über deren räuberischen Charakter viele Afghanen klagten[294].

Die Ursache dafür, weshalb die ISAF- und anderen internationalen Vertreter nicht primär diese Kernprobleme des ANSF-Aufbaus angingen, liegt zum einen darin, dass ihnen ihr Sinn für die Praxis diese grundsätzlichen sozialen Konstellationen ohnehin als kaum beeinflussbar erscheinen ließ. Zum anderen aber ermöglichte es ihnen der Fokus auf die »technischen« Probleme sehr viel leichter, nicht nur Habitus und Struktur in Einklang zu bringen, sondern auch den Wert ihres kulturellen Kapitals zu erhalten. Denn nach ihrer Problemdefinition konnten sie, abgewandelt und in der Regel vereinfacht, grundsätzlich dieselben Ausbildungsprogramme auf die ANSF anwenden, die sie auch in der Heimat praktizierten. Schließlich hatten zumindest die US-amerikanischen Vertreter ein objektives Interesse daran, die ANSF mit US-Material auszustatten, da dies die eigene Wirtschaft stärkte – auch wenn gerade die US-Ausrüstung empfindlicher und daher weniger geeignet war für die afghanischen Umstände als solche aus russischer Produktion[295].

3. Die deutschen ISAF-Einsatzkontingente

a) Objektive Bedingungen des deutschen ISAF-Einsatzes

Um die Praxis der deutschen ISAF-Einsatzkontingente zu verstehen, sollen zunächst die objektiven Verhältnisse dargelegt werden. Räumlich sollten die Vertreter der Bundeswehr mit der formalen Übernahme des PRT Kunduz zum Abschluss des Jahres 2003 neben dieser Provinz auch für die nordöstlich angrenzenden Nachbarprovinzen Takhar, Baghlan und Badakhshan verantwortlich sein[296]. Im Sinne der ISAF-Kommandobereiche waren sie ab spätestens 1. Juli 2004 für dieses zunächst als PRT Group North (East) bezeichnete Gebiet innerhalb der damaligen ISAF Area North zuständig[297]. Im Juli 2004 stellten die Deutschen zudem ein PRT in Faizabad – der Provinzhauptstadt von Badakhshan – auf, das zum 1. Oktober einsatzbereit war[298]. Ende 2005 wurden sie zudem zur *lead nation* im Norden Afghanistans und übernahmen zum 15. März 2006 von Großbritannien die Forward Support Base (FSB) bei Mazar-e Sharif, der größten Stadt Nord-

---

293 A Force in Fragments, S. 7 f. und S. 10–12; Cordesman/Mausner/Lemieux, Afghan National Security Forces, S. 102, 109 f. und S. 153–156.
294 Vgl. »Just Don't Call It a Militia«.
295 Vgl. dazu Giustozzi, Auxiliary Force or National Army?, S. 57.
296 Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1700 [ISAF-Mandat], S. 2 f.
297 Harrison, The Time before Helmand, S. 127.
298 Pressestelle Mazar-e Sharif und PIZ EinsFüKdoBw, Übergabe des ISAF Feldlagers Faisabad in afghanische Hände, 9.10.2012; Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 168.

afghanistans in der Provinz Balkh[299]. Als größter Truppensteller im nördlichen Teil des Landes wurden die Führer der deutschen ISAF-Einsatzkontingente seit dem 1. Juni 2006 zudem in Doppelfunktion Kommandeur des neu aufgestellten, den gesamten Norden umfassenden RC North[300].

Zunächst befanden sich die beiden PRTs in angemieteten Anwesen von Privatleuten inmitten der beiden Provinzhauptstädte. Um die Lager besser schützen zu können und mehr Platz aufgrund der Truppenverstärkungen zu erlangen, entschieden die Verantwortlichen jedoch in der Folgezeit, in unmittelbarer Nähe, aber leicht außerhalb der beiden Orte neue und größere Feldlager zu errichten. Diese wurden im Fall von Faizabad bis Juli 2005 und im Fall von Kunduz bis Mai 2006 bezogen[301]. Aus logistischen Gründen und um eine Evakuierung über den Luftweg zu ermöglichen, wurden die PRTs nahe der bestehenden Flughäfen errichtet. Hierdurch nahmen sie ungewollt die fast gleichen geografischen Positionen wie zuvor die sowjetischen Streitkräfte ein[302]. Mit der schlechteren Sicherheitslage ab Mitte der 2000er Jahre bauten die Verantwortlichen die PRTs zudem immer mehr zu Festungen aus[303]. Im Oktober 2012 übergaben die Deutschen das PRT Faizabad und genau ein Jahr später das PRT Kunduz an die ANSF[304].

Während das weitgehend fruchtbare, von Flüssen durchzogene und flache Kunduz im Hinblick auf Infrastruktur und Wirtschaft eine der am höchsten »entwickelten« Provinzen Afghanistans war, galt für das hochgebirgige Badakhshan das Gegenteil. Auch wenn bis zum Ende des Untersuchungszeitraums zahlreiche Straßen ausgebaut wurden, blieben die von Faizabad aus peripherstem Distrikte nur schwer zu erreichen. Um den äußersten Süden der Provinz zu erreichen, benötigte eine Patrouille auf dem Landweg fünf, für den Norden drei und für den bis an China heranreichenden Ostteil acht bis zehn Tage[305]. Mit den ab 2006 aufgrund der Sicherheitslage meist genutzten geschützten Fahrzeugen waren nur die Hälfte der 23 Distrikte zu erreichen, mit den noch schwerer gepanzerten Fahrzeugen nur fünf[306]. Nachdem die belgischen, dänischen und tschechischen Verbündeten das PRT zwischen Dezember 2007 und Juli 2008 verließen, ließen sich aufgrund der geringeren Kräfte noch weniger Gebiete patrouillieren[307].

---

299 Hartmann, Medical Service in Afghanistan, S. 382; Nachtwei, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 16.

300 Nachtwei, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 16; Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 177 f.

301 Bundesministerium der Verteidigung Fü S V 3, Unterrichtung des Parlamentes 19/06; Schwitalla, Afghanistan, S. 165 f.

302 Bis zum Abbau des PRT Faizabad im Jahr 2012 nutzte die Bundeswehr dort eine bereits von Pionieren der Roten Armee behelfsmäßig errichtete Landebahn.

303 Lange, Die Bundeswehr in Afghanistan, S. 23 f.

304 Pressestelle Mazar-e Sharif und PIZ EinsFüKdoBw, Übergabe des ISAF Feldlagers Faisabad in afghanische Hände, 9.10.2012; Bundeswehr übergibt Stützpunkt in Kundus. In: Deutsche Welle, 6.10.2013.

305 Schwitalla, Afghanistan, S. 257; Interview mit ehemals in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier in Berlin, 28.9.2010.

306 Nachtwei, Besuch in Nord-Afghanistan. Vgl. auch Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 160.

307 Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 172.

Mitten in der Wüste, abseits der Stadt, errichteten die Vertreter der Bundeswehr mit der FSB Mazar-e Sharif die schließlich größte, auch von zahlreichen Verbündeten genutzte Basis des Nordens. Die zentralen Versorgungs- und Aufenthaltsgebäude waren nach deutschem Standard erbaut[308]. Neben ihrer logistischen Funktion diente sie als Hauptquartier für den Stab des RC North und damit auch des Stabs des Deutschen Einsatzkontingents[309]. Mit der enormen US-amerikanischen Truppenvermehrung ab 2009 nutzten auch die US-Streitkräfte das Lager immer stärker. Die Verantwortlichen der Bundeswehr reduzierten dagegen mit Übernahme der PRTs die Kräfte in der Hauptstadt und lösten den Einsatzunterstützungsverband Kabul 2008 auf[310]. Viele Beobachter verglichen die größeren Stützpunkte der Bundeswehr mit Raumschiffen, die in einer fremden Welt gelandet waren, denn der Innendienst richtete sich mit wenigen Abstrichen nach den in Deutschland geltenden Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften. Da die meisten Soldaten die größeren Feldlager nie oder selten verließen, war ihre überwiegende Praxis allein schon deshalb oft den lokalen Verhältnissen entrückt[311].

Bereits seit Januar 2004 betrieb das PRT Kunduz eine Außenstelle in der Provinzhauptstadt Taloqan der zwischen Kunduz und Badakhshan gelegenen Provinz Takhar. In Reaktion auf die Forderungen der Alliierten, sich mehr in Afghanistan zu engagieren, und die im Rahmen der NATO beschlossen Maßnahmen entschieden die Verantwortlichen im BMVg zudem im Jahr 2008, dort ein Provincial Advisory Team (PAT) zu errichten. Dieses wurde im Februar wie anfangs auch die PRTs in einem Privathaus eingerichtet und umfasste rund 20 bis 50 Soldaten[312]. Wie die Gesamtmission war der Auftrag des PAT jedoch unklar. Die Soldaten versuchten daher vor allem, Informationen zu gewinnen, Kontakt zu lokalen Führern zu halten und Aufbauprojekte zu unterstützen. Mit der Verschärfung der Sicherheitslage bewegten sie sich allerdings kaum noch außerhalb des Gebäudes. Im Zuge der »Transition« beschloss die Spitze des BMVg Anfang 2012, das PAT aufzulösen[313]. Nur kurze Zeit betrieb die Bundeswehr einen kleinen Außenposten im Ort Hazrat-e Sultan der zwischen Balkh und Kunduz gelegenen Provinz Samangan. Dort bildete ab Sommer 2011 ein deutsches OMLT ein Bataillon der ANA aus, bis das Lager am 31. Oktober 2012 wieder abgebaut wurde[314].

Offenbar auf Anweisung des IJC begann der Aufbau des Observation Point (OP) North in der südlich an Kunduz und Takhar angrenzenden Provinz Baghlan

---

308 Beobachtung des Verfassers beim Besuch vor Ort im Oktober 2011.

309 Koch, Die Forward Support Base in Masar-e-Sharif, S. 7.

310 Die »goldene« Patrouille. In: einsatz.bundeswehr.de, 19.6.2008.

311 Chiari, Krieg als Reise?, S. 28; Schetter, The Unknown Unknowns, S. 91. Vgl. auch den Beitrag der zwei in Kunduz eingesetzten Offiziere Bohnert/Schröder, Ein Einsatz, zwei Welten.

312 Nachtwei, Besuch in West-, Süd-, Zentral-, Nord-Afghanistan, S. 34.

313 Bundesminister der Verteidigung Thomas de Maizière begründete dies im Interview mit den Worten: »50 deutsche Soldaten ungeschützt ohne operativen Auftrag in der Mitte eines so schwierigen Gebietes zu stationieren hat von Anfang an wenig Sinn gemacht«. Ulrike Demmer und Konstantin von Hammerstain, Es war ein Rückschlag. In: Der Spiegel, 10/2012, S. 36 f., hier S. 36.

314 Redaktion EinsFüKdoBw, Außenposten Hazrat-e-Sultan geschlossen. In: einsatz.bundeswehr.de, 5.11.2012.

im Jahr 2010. Er bestand aus einem auf einer Anhöhe errichteten einfachen Feldlager, das einen guten Blick auf den dortigen Verkehrsknotenpunkt erlaubte, bemannt durch die 200 Soldaten des mobilen Verbands der Quick Reaction Force (QRF) bzw. des Nachfolgers, der rund 650 Soldaten zählenden Ausbildungs- und Schutzbataillone (ASB)[315]. Der Auftrag der deutschen Soldaten bestand darin, die ab 2009 verstärkt durch die ISAF genutzte nördliche Versorgungsroute zu schützen, da der übliche Weg über Pakistan zu unberechenbar geworden war. Zu diesem Zweck errichteten sie zudem kleinere Außenposten in der Umgebung. Insgesamt gelang es den Kräften der Bundeswehr hier, das Fließen des Nachschubs zu gewährleisten. Im Juni 2013 übergaben die Deutschen den OP North an die ANSF[316]. Spätestens 2010 errichteten ISAF-Kräfte eine Forward Operating Base (FOB) in der Ortschaft Khilagay im südlichen Teil der Provinz Baghlan, die auch Soldaten der Bundeswehr nutzten. Nach Auflösung des letzten verbliebenen deutschen PRT in Kunduz nutzten KSK-Soldaten bis Juli 2014 die mehrmals angegriffene FOB, um die ANSF auszubilden und zu unterstützen[317].

Wie im Kapitel zum Feld der Bundeswehr geschildert, führten die unklaren politischen Zielvorgaben und die Machtkämpfe der Vertreter unterschiedlicher Organisationsbereiche dazu, dass die formale Struktur der Truppe nicht auf die Anforderungen der Auslandseinsätze zugeschnitten war. Dementsprechend mussten auch für den ISAF-Einsatz die einzelnen Kontingente immer wieder erneut aus unterschiedlichen Verbänden, Einheiten und Teileinheiten von einer hierfür jeweils bestimmten »Leitdivision« zusammengestellt werden. Die gemeinsam eingesetzten Soldaten waren somit häufig nicht miteinander bekannt und »eingespielt«[318]. Um Einsätze für Freiwillige weiterhin attraktiv und die Belastung der Soldaten gering zu halten, entschieden die Verantwortlichen, die Soldaten nur für sechs und seit 2005 sogar nur für vier Monate zu entsenden[319]. Schlüsselpersonal, wozu ab 2010 ein immer größerer Teil der Soldaten zählte, blieb allerdings weiterhin sechs und der Kommandeur des RC North zwölf Monate in Afghanistan[320].

Oben wurde ausgeführt, dass sich die Stärke der deutschen ISAF-Einsatzkontingente bis zum Jahr 2010 kontinuierlich erhöhte. So waren mit Verbündeten in Kunduz im Jahr 2004 noch 288 Soldaten stationiert, während es 2005 bereits 470 waren, deren Anzahl sich von 384 im Jahr 2006 auf bis zu 450 im Jahr 2007 er-

---

315 Nachtwei, (Klein-)Krieg bei Kunduz; Nachtwei, Aufbau im Schatten, S. 36; Seliger, Vom Kriege, S. 16.

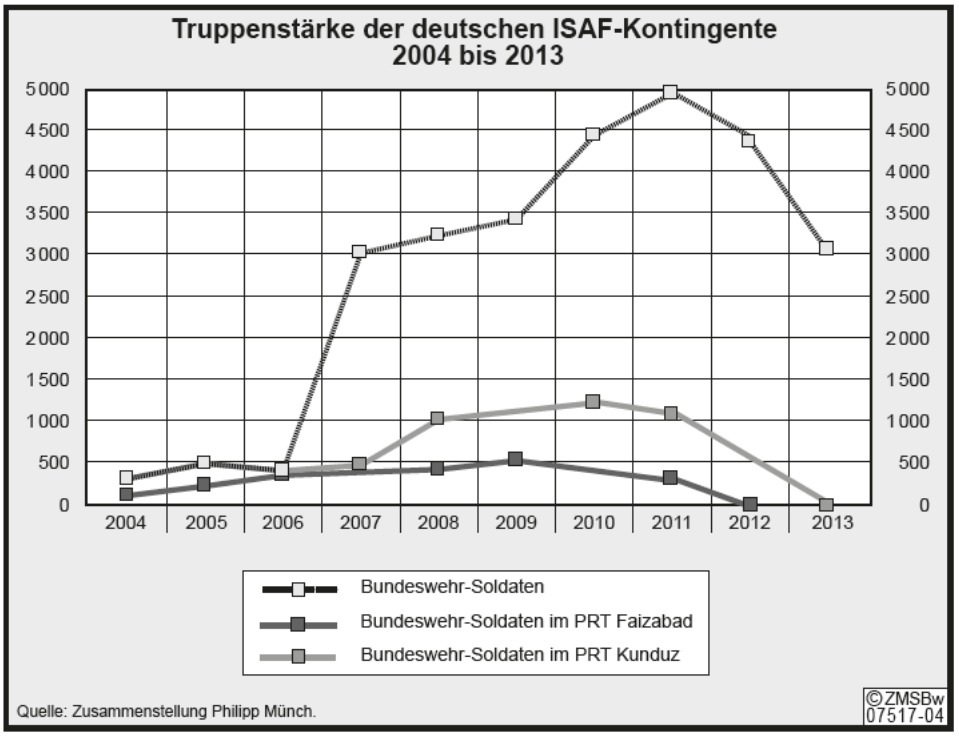
316 Bundeswehr verlässt »OP North«. In: FAZ, 15.6.2013.

317 PAO MeS und PIZ Einsatzführungskommando, Afghanistan: Übergabe im Regionalkommando Nord Mazar-e Sharif. In: einsatz.bundeswehr.de, 14.2.2014; Afghanistan. KSK schließt letzten Außenposten. In: Der Spiegel, 30/2014, S. 12; Thomas Wiegold, RC N Watch: Raketenangriff auf Khilliguy. In: Augen geradeaus!, 30.11.2010.

318 Der im BMVg tätige Oberstleutnant i.G. Freuding, Im Felde, S. 200, gibt an, dass die 5000 im Jahr 2011 im ISAF-Einsatz befindlichen Soldaten der Bundeswehr aus knapp 500 Truppenteilen stammten.

319 Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/500 [Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten], S. 22; Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 170.

320 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 223. Im März 2011 traf dies schließlich auf etwa 40 % der Soldaten zu. Freuding, Im Felde, S. 200, Anm. 2.



höhte[321]. Im Jahr 2008 waren es bereits etwa 1000 Soldaten, bis die Besatzung des PRT schließlich im Jahr 2010 mit über 1200 ihren Höchststand erreichte[322]. Die Anzahl der ISAF-Soldaten im PRT Faizabad erhöhte sich von nur 85 im Jahr 2004 über 200 im Jahr 2005 auf 330 am Ende des Folgejahrs[323]. Im Jahr 2008 umfasste die Stärke 400, die sich bis 2009 auf 506 erhöhte, danach jedoch zugunsten des PRT Kunduz deutlich auf 282 Soldaten reduziert wurde[324]. Hinzu kamen neben dem PAT die im Juli 2008 aufgestellte QRF sowie ab August 2010 ein in Kunduz und ein in der Regel in Baghlan operierendes ASB[325].

Um die Legitimität des eigenen Vorgehens zu erhöhen, ermunterten die Vertreter der Bundesregierung andere Nationen, ebenfalls einen Beitrag zu den

---

321 Nachtwei, Zur ISAF-Verlängerung, S. 3; Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 16; Rumsfeld, Staffing PRTs in Afghanistan; Alff, Regionale Wiederaufbauteams, S. 61.

322 Nachtwei, Besuch in West-, Süd-, Zentral-, Nord-Afghanistan, S. 29; Buchholz/Aken, Reisebericht Afghanistan, S. 3. Im Jahr 2011 betrug die Anzahl des Stammpersonals der PRTs 435, hinzu kamen noch die Soldaten des ASB. Chiari, A New Model Army, S. 153.

323 Nachtwei, Zur ISAF-Verlängerung, S. 4; Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 16; Gauster, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan [2008], S. 25.

324 Nachtwei, Besuch in West-, Süd-, Zentral-, Nord-Afghanistan, S. 26; Nachtwei, Jenseits der Wagenburgen, S. 13; PRT Faizabad/ISAF, Willkommen im PRT Faizabad, S. 16.

325 Blumröder, Partnering, S. 5 f.; Nachtwei, Aufbau im Schatten, S. 36; Seliger, Vom Kriege, S. 16.

deutschen PRTs zu leisten[326]. In der Folgezeit trafen daher in Kunduz zeitweise kleinere bis kleinste Kontingente von Belgiern, Briten, Dänen, Franzosen, Niederländern, Rumänen, Schweizern, Tschechen, Ungarn und US-Amerikanern ein, die Mitte 2006 bis zu 10 Prozent der Gesamtstärke ausmachten[327]. In Faizabad waren zeitweise belgische, dänische und tschechische Soldaten stationiert, die in dieser Zeit ein Drittel des PRT bildeten, bis Dezember 2007 bzw. August 2008 das Lager jedoch wieder verließen[328]. Hinzu kamen ab 2009 im Fall von Kunduz und Faizabad Soldaten aus Armenien bzw. der Mongolei, die seitdem die Bewachung der Feldlager übernahmen. Aufgrund der verhältnismäßig geringen Größe der Kontingente ist jedoch nicht davon auszugehen, dass deren Verantwortliche einen großen Einfluss auf die Führung des PRTs hatten. Dementsprechend blieb die Arbeitssprache im PRT Kunduz die längste Zeit Deutsch[329]. Dies änderte sich ab 2010, da in diesem Jahr auch zahlreiche US-Soldaten im Lager stationiert wurden[330].

Wie in der Heimat, war die Bundeswehr aufgrund des Appropriationsstrebens ihrer Spitzen auch in Afghanistan sehr »kopflastig«. So war bereits der deutsche Anteil am Stab der 2003 deutsch-niederländisch-geführten Kabul Multinational Brigade (KMNB), gemessen an der Truppe, recht groß[331]. Gleiches galt für den multinationalen Stab des RC North[332]. Mit der Verstärkung des deutschen Einsatzkontingents um 500 Soldaten wurde das Personal des Hauptquartiers des RC North zudem um 30 Stabsoffiziere erhöht[333]. Bis zum Jahr 2011 stieg die Anzahl der deutschen – allerdings auch außerhalb des RC North im Kabuler ISAF-HQ eingesetzten – Generale auf acht an[334], bei nur 5000 Soldaten – also einer Anzahl, die normalerweise einem General unterstand. Wie bereits beim ISAF-HQ diskutiert, machten diese großen Stäbe es möglich, der Truppe detaillierte Anweisungen in beinahe allen Bereichen zu erteilen[335].

Als »Wirkmittel« verfügten die PRTs über (Teil-)Einheiten von Soldaten der für Aufbauprojekte zuständigen CIMIC, der Operativen Information (OpInfo), die mit Medienprodukten die Bevölkerung beeinflussen sollten, der militärpolizeilichen Feldjäger, die im Laufe der Zeit auch zunehmend die ANP ausbildeten, und der Kampfmittelbeseitiger, die Sprengfallen (Improvised Explosive

---

326 Groeters, German General Staff Officer Education, S. 38.

327 Vgl. Embassy Kabul, PRT/Kunduz; Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 16; Nachtwei, Zur ISAF-Verlängerung, S. 3; Chiari, A New Model Army, S. 141.

328 Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 16; Nachtwei, Zur ISAF-Verlängerung, S. 3; Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 158 und S. 172; PRT Faizabad/ISAF, Willkommen im PRT Faizabad, S. 6.

329 Embassy Kabul, PRT/Kunduz.

330 Vgl. den Beitrag des damaligen PRT-Kommandeurs Oberst Zudrop, Der »Vernetzte Ansatz«, S. 8.

331 Uyar, With the Germans in Afghanistan, S. 261.

332 Freuding, Im Felde, S. 201.

333 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/1195 [»Bundeswehreinsatz und Ausbildung im Afghanistan-Konzept der Bundesregierung«], S. 9.

334 Stephan Nakszynski, Deutsche Köpfe bei der ISAF. In: bundeswehr.de, 11.4.2011.

335 Dass die Stäbe dennoch mitunter nicht ausgelastet waren, zeigt sich daran, dass selbst im laufenden ISAF-Einsatz mitunter noch Stabsübungen abliefen, wie etwa im Jahr 2010 unter dem Namen »Schlangengrube«. Interview mit Offizier der Feldnachrichtenkräfte in Berlin und per Telefon, 18.11.2010 und 14.7.2011.

Devices, IED) räumten. Zu diesen »Wirkmitteln« zählten auch die anfangs mit nur einer Kompanie in Kunduz relativ schwach vertretenen Angehörigen der Kampftruppe, die vor allem die anderen Soldaten bei ihren Aufgaben schützen sollten[336]. Das in der NATO »tooth to tail ratio« genannte Verhältnis zwischen kämpfender und diese unterstützender Truppe lag die längste Zeit mit 70 Prozent deutlich zugunsten der nicht-kämpfenden Einheiten[337]. Erst mit den zunehmenden Angriffen gegen ISAF-Angehörige wurden die Kräfte der Kampftruppe insbesondere in Kunduz deutlich verstärkt[338].

Hinzu kamen die für Aufklärung zuständigen Teile der Feldnachrichtenkräfte und später auch konventionellen optischen Informationsgewinnung sowie die zur Unterstützung notwendigen Kräfte des Nachschubs, der Instandsetzung und der Fernmelder. Die Sicherheitsbedürfnisse der militärischen Entscheidungsträger hatten sich außerdem in einer großzügigen medizinischen Ausstattung niedergeschlagen. Beide PRTs verfügten daher bald über Einrichtungen auf dem Stand eines deutschen Kreiskrankenhauses[339]. Hinzu kamen sechs vor allem für die Bergung von Verwundeten bereitgehaltene Hubschrauber (Medical Evacuation, MedEvac), von denen allerdings stets nur jeweils zwei unmittelbar einsatzfähig waren[340]. Allgemein verließ nur rund ein Viertel der Soldaten regelmäßig das Feldlager, während der Rest überwiegend oder ausschließlich Tätigkeiten im Inneren verrichtete[341].

b) Habitusstrukturen der deutschen Soldaten

Die im Kapitel über die Bundeswehr herausgestellten Strukturen der auf ihrem Feld dominierenden Habitus zeigen sich auch in der Praxis der deutschen Soldaten in Afghanistan. Über alle Dienstgradgruppen hinweg offenbart sich dabei, wie sehr der militärische Habitus auf seine Vergangenheit ausgerichtet war. So zeigen zahlreiche Beispiele, dass die Soldaten ihre Erlebnisse in Afghanistan immer wieder in den tradierten Erfahrungsschatz des Zweiten Weltkriegs einordneten, obwohl sie hierfür oft mit Sanktionen zu rechnen hatten. Die ersten im noch kriegszerstörten Kabul eingesetzten Fallschirmjäger verglichen in diesem Sinne die dortigen Verhältnisse mit »Stalingrad« und »Berlin '45«[342]. Soldaten

---

336 Brandstetter, Nation Building in Afghanistan, S. 10; Groeters, German General Staff Officer Education, S. 41; Kuehne, Scrutinizing and Assessing the Performance, S. 61 f.; Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 168 f.

337 Lange, Die Bundeswehr in Afghanistan, S. 12; Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 161. Vgl. zur geringen Anfangsstärke der Kampftruppen in Kunduz Chiari, A New Model Army, S. 144.

338 Siehe Kapitel VIII.2.a. Insgesamt veränderte sich das Verhältnis jedoch offenbar nicht grundlegend. Freuding, Im Felde, S. 203, gibt an, dass das Verhältnis von Kampftruppen zu Unterstützern im Jahr 2011 1:2 betragen habe.

339 Brandstetter, Nation Building in Afghanistan, S. 10; Groeters, German General Staff Officer Education, S. 41; Kuehne, Scrutinizing and Assessing the Performance, S. 61 f.; Hartmann, Medical Service in Afghanistan, S. 379 f.

340 Hartmann, Medical Service in Afghanistan, S. 385; Wohlgethan, Operation Kundus, S. 107.

341 Alff, Regionale Wiederaufbauteams, S. 61.

342 Robert Birnbaum, Die Trümmermänner – Bericht aus Kabul. In: TS, 14.2.2002.

des KSK wurden durch die kargen, teilweise wüstenartigen naturräumlichen Bedingungen dazu animiert, ihr Fahrzeug mit einem Zeichen im Stil des Deutschen Afrika-Korps von Generalfeldmarschall Erwin Rommel zu versehen[343]. Angesichts der geografischen Lage Afghanistans verwiesen viele mit Blick auf den Ostfeldzug der Wehrmacht darauf, dass vor ihnen noch nie ein deutscher Soldat so weit nach Osten vorgedrungen sei[344]. Ihre eigenen Briefe nach Hause stellten zahlreiche Soldaten wie ihre Großeltern in den Kontext der Feldpost des Zweiten Weltkriegs. Auch im ISAF-Einsatz spielte zudem der Soldatensender zum Ende jedes Tages das Lied »Lili Marleen«[345].

Der hohe Wert des habitualisierten Kriegerideals lässt sich insbesondere daran ablesen, dass Kampferfahrung in Afghanistan schon bald zu einem positiven, daher von zahlreichen Soldaten angestrebten Distinktionsmerkmal wurde[346]. In der positiven Erinnerung an die »heroisch kämpfende« Wehrmacht spiegelte sich zudem der historische Charakter des Kriegerideals wider. So sorgten offenbar deutsche ISAF-Angehörige dafür, dass das in Kabul gelegene Grab des einzigen in Afghanistan im Zweiten Weltkrieg getöteten Wehrmacht-Angehörigen gepflegt wurde. Zudem ließen die Verantwortlichen die Gedenktafeln an die in Afghanistan getöteten deutschen Soldaten in der Nähe eben dieses Grabes anbringen und stellten somit symbolisch einen Zusammenhang her[347].

Das habitualisierte Kriegerideal war aber auch mit den übergreifenden symbolischen Formen des westlichen Militärs kompatibel. Dies zeigte sich etwa in dem Anklang, den die vielfach verwendeten kriegerischen Symbole der insbesondere von J.R.R. Tolkien geprägten äußerst populären *fantasy*-Kultur fanden. Die *fantasy* war insbesondere deshalb kompatibel mit den deutschen historischen Symbolbeständen, da sie genau wie die Vorgänger der Bundeswehr auf als »germanisch« erinnerte Symbole und Ideale zurückgriff[348]. Zu nennen sind außerdem die in der Kampftruppe beliebten Totenkopfzeichen, die sich in ih-

---

343 KSK-Wagen mit Wehrmachtssymbol. In: stern.de, 1.11.2006.

344 Vgl. z.B. den Brückenspruch von in Badakhshan eingesetzten Pionieren, wiedergegeben durch den beteiligten Hauptfeldwebel Otto, Bericht vom Auslandseinsatz LLPiKp 270, S. 27. Schwitalla, Afghanistan, S. 187 f., hingegen bezog sich bei diesem Vergleich nicht auf den Zweiten Weltkrieg, sondern – ebenfalls historisch – sogar auf den von deutschen Soldaten im Jahr 1900 niedergeschlagenen Boxer-Aufstand in China.

345 Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 52.

346 Seiffert, Holidays at »Kunduz Spa«?, S. 331.

347 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode Drucksache 16/14021 [»Grabpflege des Angehörigen der Wehrmacht-Spezialeinheit ›Brandenburg‹ Manfred Oberdörffer in Kabul durch die ISAF«], S. 1−4.

348 Vgl. die zahlreichen Fälle aus Afghanistan, in denen Soldaten Bezeichnungen aus Tolkiens »Der Herr der Ringe« verwendeten. Das CH-53-Einsatzgeschwader nannte sich »Nazgul« nach den finsteren drachenreitenden Kämpfern: Schutz rundum. In: Y. Magazin der Bundeswehr, 11/2011. Andere Soldaten bezeichneten einen Teil ihres Feldlagers nach der tolkienschen Festung als »Helms Klamm«. Berthold Kohler, Mit Guttenberg in Afghanistan: An zwei Fronten. In: FAZ.NET, 19.2.2011. Vgl. auch das Bild des sich im Interview martialisch gebenden und selbst als »Einsatzjunkie« bezeichnenden Hauptfeldwebels, der einen »Thorhammer« um den Hals trug. Herlinde Koelbl, »Ich bin enttäuscht. Ich hatte noch nie so sehr das Gefühl, Steuergelder zu verschwenden«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 14−17.

rer Ausführung mit denen der Heavy-Metal-Kultur vermengten[349]. Ebenso wie sich viele US-Soldaten die mythologisierte »handwerkliche« Professionalität der Wehrmacht zum Vorbild nahmen, begeisterten sich mit ihnen in Afghanistan zusammen kämpfende deutsche Soldaten für das kodifizierte US-amerikanische »Warrior Ethos«[350].

Wie relevant die historischen Deutungsmuster des Habitus waren, legte die Frage nach dem Sinn des Afghanistan-Einsatzes offen, die sich den Soldaten nie drängender stellte als nach dem Tod von Kameraden[351]. So konnten die wenigsten den Sinn ihres Tuns in der offiziellen »Dominotheorie« des »Global War on Terror« entdecken, deren deutsche Spielart seit Verteidigungsminister Strucks bekanntem Ausspruch »Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird heute auch am Hindukusch verteidigt« lautete[352]. Um breit akzeptiert zu werden, waren die diesem Deutungsmuster zugrundeliegenden Prämissen offenbar gerade für Mannschaften und Unteroffiziere zu komplex und widersprüchlich, zumal etwa der stärkste staatliche Unterstützer der Taliban, Pakistan, fast unbehelligt und sogar Verbündeter und Hilfsempfänger des Westens blieb. Die vielfachen Widersprüche des westlichen Engagements zu einem positiven Ganzen zusammenzufügen, vermochten dementsprechend eher die Offiziere[353].

Neben der zweckrationalen ökonomischen Motivation, den enormen Auslandsverwendungszuschlag (AVZ) zu erhalten[354], die sich offenbar vor allem bei den Soldaten in eintönigeren Verwendungen innerhalb der Lager fand, blieb den

---

349 Darauf verweist die spezifische Form der Totenköpfe. Vgl. auch die oben bereits erwähnte Totenkopfaffäre von 2006. Beim Soldatensender Radio Andernach in Afghanistan wünschten sich Soldaten häufig Titel gewaltverherrlichender Heavy-Metal- und Hip-Hop-Musik, was die Führung jedoch untersagte: Bushido und der Taliban. In: Axel Springer Mediahouse Berlin, 3.3.2010. Vgl. auch Alexander Osang, Mayers Krieg. In: Der Spiegel, 37/2012, S. 52–61, hier S. 60.

350 Vgl. aus eigener Erfahrung Mann, German Warriors, S. 143 und S. 148 f.

351 Naumann, Der blinde Spiegel, S. 49 f.

352 Zentrale Onlineredaktion, Früherer Verteidigungsminister Dr. Peter Struck gestorben. In: Bundesministerium der Verteidigung, 19.12.2012. Vgl. zur kontingenten, von den offiziellen Zielen abweichenden Sinnstiftung des Einsatzes aus eigener Erfahrung Chiari, Krieg als Reise?, S. 33.

353 Vgl. aus der Fülle der Beispiele Takis Würger, Das verlorene Bataillon. In: Der Spiegel, 44/2011, S. 52–58, hier S. 53–55. Eine Mittelposition findet sich bei dem einzigen Offizier unter den interviewten Soldaten eines Infanteriezugs in Afghanistan: Herlinde Koelbl, »Bist du in der Lage, auf einen Menschen zu schießen? Das konnte ich klar mit Ja beantworten«. In: Zeit Magazin, 46/2011, S. 18–21. Nach einer offiziellen Umfrage bewerteten im Einsatz 57 % der Soldaten ohne und 67 % mit Gefechtserfahrung die politische Entscheidung hierfür als richtig. Nach dem Einsatz sagten dies nur noch 55 bzw 52 %. Den militärischen Auftrag bewerteten währenddessen nur 47 % der Soldaten ohne und 48 % mit Gefechtserfahrung als richtig, danach 51 bzw. 42 %. Abgesehen von den Außenposten, fanden sich unter den am unmittelbarsten mit seiner Ausführung in den PRTs Kunduz und Faizabad befassten Soldaten mit 40 bzw. 45 % die wenigsten, die ihn für sinnvoll hielten. Die positivsten Wertungen erfuhr er dagegen in den Hauptquartieren in Mazar-e Sharif und Kabul, wo die meisten Stabsoffiziere dienten. Seiffert, »Generation Einsatz«, S. 90 und S. 93.

354 In Afghanistan betrug der AVZ zunächst 92 Euro pro Tag und stieg 2009 auf 110 Euro. Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/500 [Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten], S. 18; Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/12200 [Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten], S. 18. Vgl. zur monetären Motivation Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 13.

meisten Soldaten vor allem eine zirkuläre Binnenmotivation. Diese ergab sich vor allem bei Kampftruppenangehörigen aus der militärischen Vergemeinschaftung und bestand darin, zu kämpfen, um die eigenen Kameraden nicht im Stich zu lassen[355]. Soldaten dieser Gruppe motivierte außerdem, eigene Professionalität und Loyalität zu belegen sowie außergewöhnliche Erfahrungen zu machen[356]. So fragte ein Offizier der Infanteriekompanie Kunduz, nachdem er eher kritisch die Bilanz der politischen Ziele seines Einsatzes bewertete:

> »Was haben wir also erreicht? Das kommt auf den Blickwinkel an! Wir haben Kampferfahrung gewonnen. Erfahrungen gesammelt, die anderen fehlen. Wir können die Begriffe Kameradschaft, Todesangst und Tapferkeit mit Leben füllen. Wir haben unseren militärischen Auftrag erfüllt. Und wir haben alle überlebt[357]!«

Selbst Verteidigungsminister Thomas de Maizière konnte den Sinn des Soldatentods in Afghanistan wie seine Vorgänger nur aus der Gehorsamspflicht selbst herleiten:

> »Vordergründig ist ihr Tod natürlich sinnlos. Es gibt keinen politischen, militärischen oder moralischen Sinn, dass jemand, der Sicherheit und Entwicklung in ein Land bringt, von einer kleinen Minderheit in die Luft gesprengt wird. Andererseits kann man nicht Soldaten in Einsätze schicken, die gefährlich sind, und diese Einsätze dann beenden, weil es Opfer gibt. Sterben und Töten gehören dazu, das müssen wir akzeptieren und bejahen[358].«

Gerade nach den ersten Toten lautete zudem eine weitere häufiger genannte Sinngebung, dass der Einsatz fortgeführt werden müsse, da sie andernfalls umsonst gestorben seien[359]. Anders als der Tod in den Weltkriegen, den signifikante Teile der Bevölkerung noch als Dienst »für das Vaterland« mit Sinn versehen konnten, war dies also beim abstrakt begründeten Afghanistan-Einsatz nicht mehr möglich[360]. Seine Sinnstiftung war daher – wie seine oben dargelegte makrosoziologische Praxis – auch auf der Mikroebene weitgehend selbstreferenziell, indem Sinn nur *aus dem Tun selbst* und nicht daraus gewonnen werden konnte, ein konkretes Ziel zu erreichen.

Die Art und Weise, mit der die Soldaten versuchten, ihre Kriegserfahrungen zu verarbeiten, zeigt die Bedeutung ihrer historischen Habitusstrukturen. Wie bereits in Kapitel III.2.a gezeigt, verwendeten die Verantwortlichen ganz offiziell traditionelle soldatische Trauerrituale[361]. Ebenso griffen die Soldaten jedoch

---

355 Vgl. z.B. die Aussagen der (ehemaligen) Soldaten Schröder, Nacht über dem Hindukusch, S. 108; Weigt, Wie hält man das aus?, S. 598; Mann, German Warriors, S. 151 f. Vgl. für eine vermittelnde Position den interviewten Hauptfeldwebel bei Peter Dausend, Beruf: Töten. In: Zeit Online, 20.5.2011.

356 Takis Würger, Das verlorene Bataillon. In: Der Spiegel, 44/2011, S. 52–58, hier S. 54 und S. 57 f.; siehe dazu auch Kap. III.2.a.

357 Cihar, Die 2./Panzergrenadierbataillon 122 im Einsatz, S. 79.

358 Ralf Beste und Dirk Kurbjuweit, Wir beteiligen uns nicht. In: Der Spiegel, 25/2011, S. 23–25. Vgl. allgemein zu dieser »zirkulären Rechtfertigung« durch die Verteidigungsminister Naumann, Der blinde Spiegel, S. 53 f.

359 So z.B. der Hauptfeldwebel H., Kämpfen bis zur Erschöpfung, S. 115.

360 Naumann, Der blinde Spiegel, S. 58.

361 Vgl. zum Afghanistan-Einsatz Marco Seliger, Gefallene Bundeswehr-Soldaten: Die Standardisierung des Todesfalls. In: FAZ.NET, 9.4.2010.

auch informell auf die traditionellen, in zahlreichen Ritualen gespeicherten Deutungsmuster zurück, indem sie ihre aktuellen Erlebnisse in diese symbolische Ordnung einfügten. So orientierten sich die von der Truppe in Afghanistan gestalteten Grabkreuze in ihrer Form oft eindeutig an denen der Weltkriege[362]. Ihr Habitus ließ insbesondere Angehörige der Kampftruppe den aus dem 19. Jahrhundert stammenden und in beiden Weltkriegen verwendeten Spruch »Treue um Treue« als ideale Formel empfinden, um die Verbundenheit zu ihren getöteten Kameraden in Worte zu fassen. Offenbar da er an den Kampfspruch der Waffen-SS »Meine Ehre heißt Treue« erinnerte, untersagte der Inspekteur des Heeres jedoch im Jahr 2014, diesen weiterhin zu verwenden, und sicherte sich somit gegen einen weiteren Geschichtsskandal ab[363].

Geradezu idealtypisch zeigt der Fall eines Bataillons, dessen Soldaten in Afghanistan dienten, wie die Erinnerung an die Weltkriege zur Verarbeitung der Kriegserfahrung herangezogen wurde. So beobachteten Journalisten hierbei Folgendes:

> »In den Wochen nachdem ihre drei Kameraden gefallen waren, gestalteten Soldaten der 1. Kompanie den Eingang ihres Gebäudes in eine Art Traditionsecke um, die an die Schlacht von Stalingrad erinnert [...] Das Gemälde von der Schlacht im Kursker Bogen, das Soldaten seines Bataillons im Simulationszentrum der Kaserne an die Wand malten, hat [der Kommandeur] doppelt überstreichen lassen. Die Traditionsecke ließ er ihnen. Er will die Suche seiner Soldaten nach einem Vorbild, dem sie in den Krieg folgen können, nicht ersticken. Er hält diese Suche für notwendig[364].«

Die Episode spiegelt gleichzeitig den Sinn der höchsten Entscheidungsträger für die politische Praxis wider und ihr habitualisiertes Bedürfnis, sich dementsprechend gegen Skandale abzusichern. Ebenso belegen die inkorporierten militärfachlichen, auf die zwischenstaatliche Kriegführung ausgerichteten Dispositionen die Relevanz der historischen Habitusstrukturen. Diese brachten die oben bereits näher herausgestellte – und in den folgenden Kapiteln auch speziell für die Bundeswehr belegte – Praxis hervor, die eher auf zwischenstaatliche Kriegführung, wie im Zweiten Weltkrieg praktiziert und für den Kalten Krieg imaginiert, ausgerichtet war.

In der Praxis der höchsten militärischen Verantwortlichen für den Afghanistan-Einsatz zeigen sich die detailliert in Kapitel III herausgestellten Dispositionen, die sie dazu tendieren ließen, sich häufig gegenüber den übergeordneten deutschen Stellen abzusichern. Zahlreiche britische, französische und niederländische Stabsoffiziere charakterisierten ihre deutschen Kameraden in den höheren Führungspositionen recht einhellig als übermäßig vorsichtig und stets gegen-

---

362 Vgl. etwa das schließlich nach Deutschland überführte und in zentraler Position im Gedenkhain des Einsatzführungskommandos aufgestellte Kreuz. Dieses weist darüber hinaus noch die altmodische Inschrift »Den Toten zur Ehr« auf. Johannes Leithäuser, Trauerkultur ohne Heroisierung. In einem Waldstück gedenkt die Bundeswehr ihrer Toten – auf Wunsch der Angehörigen. In: FAZ, 15.11.2014, S. 4.

363 Seliger, Die Krux mit der Tradition, S. 31 f. In der Truppe führte dies freilich wie gewohnt zu großem Unmut. In kaum einer Loyal-Ausgabe gab es mehr kritische Leserbriefe als zu dieser Entscheidung.

364 Alexander Osang, Mayers Krieg. In: Der Spiegel, 37/2012, S. 52–61.

über der eigenen Führung absichernd[365]. Förderlich war für diese Praxis sicherlich, dass die PRT-Kommandeure den mit B3 besoldeten Dienstgrad Oberst[366] trugen und sich somit bei Vorliegen der entsprechenden Beurteilungen »auf dem Sprung« zur nächsten und höchsten Dienstgradgruppe der Generale wähnten. Es wird daher das Ziel vieler von ihnen gewesen sein, um jeden Preis Fehler zu vermeiden[367].

Von den Strukturen der Praxis der mit dem deutschen ISAF-Kontingent befassten Entscheidungsträger lässt sich zudem auf Dispositionen schließen, die »nationalem Interesse« einen höheren Wert beimaßen als dem Gemeininteresse der ISAF-Mission. Ganz im Sinne der Logik der politischen Praxis versuchten sie daher wie die Vertreter anderer Nationen auch, Schlüsselpositionen insbesondere im RC North zu besetzen und einen – um diese oft gewählte Formulierung aufzugreifen – »German Footprint« zu hinterlassen[368]. Bei der Besetzung von Dienstposten setzten sie sich insbesondere gegenüber den Vertretern meist kleinerer Nationen mit deutlich geringeren Kontingenten durch[369]. Vor allem gegenüber den US-Amerikanern, die zunehmend die ISAF dominierten, sahen sie sich in diesem Sinne ins Hintertreffen geraten[370]. Als die US-Streitkräfte im Zuge des »Surge« im Jahr 2010 rund 5500 von einem Brigadegeneral kommandierte Truppen in das RC North verlegten, erreichten sie zudem, dass der deutsche Kommandeur nun auf den Dienstgrad Generalmajor aufgewertet wurde, um weiterhin durchsetzungsstark zu bleiben[371].

c) Praxis der deutschen Einsatzkontingente

Die Vertreter der RCs konnten die meiste Zeit ihre Aktivitäten relativ unabhängig vom ISAF HQ planen, da, wie oben dargelegt, eine Strategie fehlte und die

---

365 Vgl. die Aussagen bei Moelker/Soeters, Sympathy, Stereotypes and the Contact Hypothesis, S. 29, und King, The Transformation of Europe's Armed Forces, S. 277-280. Selbst der türkische Oberst Uyar, With the Germans in Afghanistan, S. 261, berichtete offenbar verwundert, dass in seiner Zeit für jede außergewöhnlichere Entscheidung die Genehmigung eines deutschen Stabsoffiziers als nötig angesehen wurde. Ein interviewter norwegischer Stabsoffizier, der im Hauptquartier des ISAF Regional Command North mit den Deutschen zusammenarbeitete, meinte ebenfalls, dass die Erfinder der Auftragstaktik diese heute selbst am wenigsten praktizieren würden. Telefoninterview mit im HQ RC-North tätigem norwegischem Offizier, 31.5.2011.

366 Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 18, Anm. 38.

367 Lindemann, Unter Beschuss, S. 153 f.

368 Vgl. zu dieser Praxis den Bericht des ehemaligen Kommandeurs des RC North Blotz, Erfahrungen eines Truppenführers, S. 11.

369 Vgl. die Aussage des ehemaligen ISAF-Kommandeurs Hillier, A Soldier First, S. 288 f., wonach die Deutschen noch kurz vor Einsatzbeginn durchgesetzt hätten, dass sie seinen Stellvertreter stellen dürften. Der hierfür vorgesehene Däne musste seinen Posten daher kurzfristig verlassen.

370 Vgl. bereits die Klagen von Löser, Mit dem Eurokorps in Afghanistan, S. 70, sowie den von Julian Reichelt, Bundeswehrbericht enthüllt: Auftragserfüllung in Afghanistan gefährdet. In: Bild.de, 22.6.2011, wiedergegebenen Kontingentbericht über den Zeitraum Juli bis November 2010.

371 Nachtwei, Aufbau im Schatten, S. 9.

ISAF-Truppensteller trotz der formalen NATO-Hierarchie recht eigenständig handelten. Erst mit dem Aufbau des IJC im Oktober 2009 wurden detaillierte Anweisungen bis auf die niedrigsten Ebenen zur Regel. Allerdings setzten die umfangreichen Befehle, etwa in Form von bis zu 800 Seiten umfassenden Operationsplänen, oft nicht ausreichend Prioritäten unter den zahlreichen militärischen, ökonomischen und sozialen Zielen. Den Planern blieben somit große Freiheiten erhalten[372]. Die einzelnen Verantwortlichen im RC North konnten also mehrheitlich relativ eigenständig von der ISAF-Führung ihre Aktivitäten planen und durchführen[373].

Organisatorisch befehligte zunächst der Kommandeur des Deutschen Einsatzkontingents ISAF alle anfangs nur in Kabul befindlichen deutschen Soldaten. Als »Deutsches Einsatzkontingent ISAF Kabul« wurde es von dem mit der Übernahme des ersten PRTs eigenständigen »Deutschen Einsatzkontingent Kunduz« unterschieden. Beide Kontingente führte das Einsatzführungskommando in Potsdam, eine »Dienststelle Deutsches Einsatzkommando Afghanistan« sollte die Kontingente im Land koordinieren. Das PRT Faizabad war bis zum 1. Juli 2005 dem in Kunduz unterstellt. Angesichts der ausbleibenden ISAF-Befehle und der beschriebenen nationalen Führungsstruktur in Afghanistan konnte der Kommandeur des PRT Kunduz somit sehr eigenständig handeln[374]. Aufgrund der fehlenden deutschen Strategie erhielten die Verantwortlichen sogar von der Ebene des BMVgs oder Einsatzführungskommandos kaum konkrete langfristige Aufträge[375].

Zum 1. Juli 2005 wurden die beiden deutschen Kontingente in Afghanistan organisatorisch zum Deutschen Einsatzkontingent ISAF vereinigt. Ein anfangs in Kunduz stationierter deutscher Regional Area Coordinator North (RAC N) im Dienstgrad Brigadegeneral koordinierte die PRTs bis zur Aufstellung des RC North zum 1. Juni 2006 im nationalen Sinne, konnte ihnen jedoch nichts befehlen. Nur in Verwaltungsfragen übergeordnet war zunächst der Befehlshaber des Deutschen Einsatzkontingents in Kabul, der mit Aufstellung des RC North zugleich dessen Kommandeur wurde[376]. Der ISAF-Kommandokette zum Trotz er-

---

372 Telefoninterview mit im HQ RC-North tätigem norwegischem Offizier, 31.5.2011. Offiziell übte der Kommandeur des RC North »Tactical Control (TACON)« über die Verbände in seinem Bereich aus, konnte ihnen also nur für einzelne taktische Aufträge konkrete Befehle erteilen. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/1645 [Schriftliche Fragen], S. 82. Gleiches galt für den ISAF-Kommandeur gegenüber den PRTs. Kuehne, Scrutinizing and Assessing the Performance, S. 36. Vgl. zur strikteren Führung durch das ISAF-HQ seit 2009 Chiari, A New Model Army, S. 136.

373 So gab es laut dem bis Juni 2004 in der Planungsabteilung (J5) des Einsatzführungskommandos u.a. für das PRT Kunduz zuständigen G3/Operations-Offizier Groeters, German General Staff Officer Education, S. 35, kein »Concept of Operations« (CONOP) der ISAF für die PRTs. Selbst im umkämpften Süden des Landes beschränkte sich die ISAF-Führung überwiegend darauf, den einzelnen Verbänden Reserven oder Kampfflugzeuge zur Luftunterstützung zuzuteilen. Farrell, Testing Times, S. 119 f.

374 Chiari, A New Model Army, S. 141; Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 168.

375 Groeters, German General Staff Officer Education, S. 35, schrieb daher von einer bloß vagen politischen Weisung aus Deutschland für das erste PRT. Dessen erster Kommandeur bezeichnete seinen Auftrag ebenfalls als »sehr abstrakt«. Schiebold, KUNDUZ – eine Herausforderung, S. 17.

376 Chiari, A New Model Army, S. 141; Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 168; Hartmann, Medical Service in Afghanistan, S. 382.

teilten die Entscheidungsträger im BMVg und dem Einsatzführungskommando immer wieder punktuell den deutschen Kommandeuren des RC North in ihrer Funktion als Führer des deutschen Einsatzkontingents, aber auch denen der PRTs, Weisungen[377]. Gleichwohl blieb es dabei, dass insbesondere die PRT-Kommandeure keine klaren strategischen Weisungen erhielten[378]. Ganz im Sinne der Vermischung von Zweck und Mittel stellten die Aufträge der PRT-Kommandeure daher bloß Ansammlungen von Aufgaben dar, ohne ein klares Ziel zu umfassen[379].

Intern führte die PRTs zwar eine formal gleichberechtigte Doppelspitze aus Bundeswehr-Kommandeur und AA-Leiter. Aufgrund des überwältigenden materiellen und personellen Anteils des Militärs, von dem die Zivilen – einschließlich der nicht-nachrichtendienstlichen Informationen – abhängig waren, verfügte der PRT-Kommandeur jedoch tatsächlich in den meisten Fällen über die weitaus machtvollere Stellung. Der Hauptvorteil des zivilen Leiters bestand in seiner mit einem bis zwei Jahren sehr viel längeren Stehzeit im Einsatz[380].

Das habitualisierte Sicherheitsbedürfnis der meisten höheren Entscheidungsträger prägte als grundlegendes Merkmal die Praxis der Bundeswehr. So trafen sie selbst im Verhältnis zu den Verbündeten besonders hohe Sicherheitsvorkehrungen, um Verluste zu vermeiden, indem sie Patrouillen besonders stark ausstatteten und hohe medizinische Standards festlegten[381]. Auf dem Höhepunkt der Regulierung setzten die Planer das gesamte Instrumentarium der Bundeswehr ein, um auch alle nicht von Menschen ausgehenden Bedrohungen für Leib und Leben der Soldaten wie Gefahren durch Flora und Fauna zu beseitigen[382]. Um Keime zu vermeiden, wurden die Sanitärbereiche in regelmäßigen Abständen komplett desinfiziert, das Essen der Soldaten aus der Heimat eingeflogen und diesen nahe gelegt, sich gerade beim Kontakt mit Afghanen möglichst häufig die Hände zu waschen[383]. Freilich wollten gerade die Truppenführer den Tod ihrer Soldaten schon deshalb verhindern, da sie die militärische Vergemeinschaftung emotional miteinander verband[384]. Gerade zum Dienstzeitende des jeweiligen Kontingents versuchten sie daher oft, um jeden Preis Verluste zu vermeiden[385]. Dem lag ihr Sinn für die Praxis zugrunde, der sie spüren ließ, dass der Sinn ihres Auftrags fraglich und daher kaum Menschenleben wert sein könnte.

Die konkreten Praktiken der Bundeswehr in Afghanistan glichen zunächst weitgehend den aus ihrem Balkan-Engagement bekannten des *peacekeeping*, ob-

---

377 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 178.
378 Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 167.
379 So z.B. bei Schwitalla, Afghanistan, S. 251.
380 Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 182f., 223.
381 Vgl. auf Feldforschung beruhend Larsdotter, Exploring the Utility of Armed Force, S. 361−363, sowie aus eigener Erfahrung als Rechtsberaterstabsoffizier Dreist, Provincial Reconstruction Teams, S. 247. Vgl. auch Jones, Counterinsurgency in Afghanistan, S. 107.
382 Vgl. die Handreichungen dazu: Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Militärlandeskundliche Unterlage (MLU), S. 23−25; Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Geoinformation Nordafghanistan, S. 67-71.
383 Schwitalla, Afghanistan, S. 58 f.
384 Vgl. z.B. ebd., S. 101; Reichelt/Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten!, S. 73.
385 So ganz offen der von Sangar, Historical Experience, S. 211, interviewte PRT-Kommandeur. Vgl. auch Telefoninterview mit ehemaligem deutschen Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2008 in Badakhshan diente, 6.8.2012.

wohl die Lage eine grundsätzlich andere war[386]. Dies verweist zum einen auf den Sinn für die politische Praxis der Entscheidungsträger der Bundeswehr, die den politischen Bemühungen, die Mission möglichst friedlich aussehen zu lassen, entgegenkommen wollten[387]. Zum anderen spiegelt sich hierin der in Kapitel III ausgeführte Mangel an einer eigenen Konzeption innerstaatlicher Konflikte wider. Gleiches gilt für das allgemeine Strategiedefizit und das daraus resultierende Ziel der Ausführenden, ihre Aufträge so zu gestalten, dass sie sich mit den vorhandenen Mitteln bewältigen ließen. Im Sinne der *peacekeeping*-Aufgaben versuchten sie, den Disarmament/Demobilization/Reintegration-Prozess zu unterstützen, »illegale« Waffenarsenale zu registrieren und gegebenenfalls zu vernichten. Dabei sahen sich die Kommandeure des RC North und der PRTs als neutrale Mittler und gingen nicht mit Gewalt gegen »illegal« bewaffnete vor. Daneben versuchten sie vor allem, alle Bevölkerungsgruppen zu konsultieren und mittels Patrouillen »Präsenz zu zeigen«[388]. Im Gegensatz zum Kosovo-Einsatz hatten sie allerdings keine polizeilichen Befugnisse und mussten bei Vorfällen in der Regel auf »die afghanischen Behörden« verweisen[389].

Ebenfalls geringer als auf dem Balkan waren ihre Aufbauaktivitäten. So überließen sie nach Aufstellung der PRTs Ende 2003 diese Aufgabe der Ressortvereinbarung entsprechend den zivilen Beauftragten des BMZ. Stattdessen konzentrierten sie sich auf »Quick-Impact-Projekte« mit dem Ziel der *force protection* und informierten die Bevölkerung über die Ziele der Mission[390]. Von Anfang an beteiligte sich die Bundeswehr auch am Aufbau der ANSF, indem sie vor allem die Polizei ausbildete und ausrüstete[391]. Den auf mechanisierte Kriegführung ausgerichteten Dispositionen vieler ihrer Entscheidungsträger entsprechend, bildete sie ab 2003 zudem ein Panzerbataillon der ANA aus[392]. Ab dem Jahr 2006 verstärkte die Bundeswehr ihr Engagement in der ANA-Ausbildung, indem sie eigene Operational Mentoring and Liaison Teams (OMLT) aufstellte[393].

Durch die kurzen Stehzeiten im Einsatz und da eine Vielzahl von Organisationseinheiten hiermit befasst war, konnten schwer dauerhafte Lehren hieraus gezogen werden[394]. So war selbst die formalisierte »Einsatzauswertung« über mehrere Instanzen verteilt[395] und davon abhängig, dass die Entscheidungsträger

---

386 Noetzel, Germany's Small War in Afghanistan, S. 486 f.

387 Vgl. auch die Erfahrungen von Wohlgethan, Operation Kundus, S. 227.

388 Chiari, A New Model Army, S. 142–145; Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 169; Noetzel, Germany's Small War in Afghanistan, S. 486 f.; Hett, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan, S. 17f.; Lindemann, Unter Beschuss, S. 36.

389 Alff, Regionale Wiederaufbauteams, S. 61 f.; Lindemann, Unter Beschuss, S. 36 f.

390 Alff, Regionale Wiederaufbauteams, S. 61 f.

391 Chiari, A New Model Army, S. 144 f.; Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 169; Alff, Regionale Wiederaufbauteams, S. 61.

392 Zuschlag, Das Embedded Training Team Afghan National Army.

393 Uchtmann/Prüfert, Aufbau, S. 92.

394 Der Bundesrechnungshof kam 2005 zu dem Ergebnis, dass die Bundeswehr die Erfahrungen der Auslandseinsätze nicht genügend nutze. Bundesrechnungshof an das Bundesministerium der Verteidigung, Auswertung der Erfahrungen der Bundeswehr, S. 6f.

395 Bundesrechnungshof, Bemerkungen 2009 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung, S. 23; Bundesrechnungshof an das Bundesministerium der Verteidigung, Auswertung der Erfahrungen der Bundeswehr, S. 13–23.

im BMVg die Informationen hierfür freigaben[396]. Aufgrund der Logik der Bundeswehr-Praxis, Fehler tendenziell nicht offen zu nennen, unterblieb dies offenbar eher. Aus denselben Gründen misslang es auch, ein umfassendes »Kontingentgedächtnis« zu erstellen, indem die gesammelten Informationen objektiviert wurden[397]. Es waren daher eher die veränderten objektiven Bedingungen, namentlich die seit Mitte der 2000er Jahre immer häufigeren Angriffe von Aufständischen sowie der Druck der Verbündeten, die zu einem Wandel der Praxis führten, und nicht im Vorhinein gewonnene Erkenntnisse. Wie in Kapitel VIII ausführlich geschildert, bestimmten diese Veränderungen der Verhältnisse seitdem weitgehend die Praxis der Bundeswehr.

[396] Daniels, Does the Bundeswehr learn, S. 25 und S. 38.
[397] Zapfe, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit, S. 224 f.

VI. Das deutsche Auslandsnachrichtenwesen und der ISAF-Einsatz

»We didn't know enough and we still don't know enough. Most of us, me included, had a very superficial understanding of the situation and history [of Afghanistan], and we had a frighteningly simplistic view of recent history, the last 50 years.«
General Stanley McChrystal, 2009/10 ISAF-Kommandeur[1]

Entscheidend für die Handlungen der Bundeswehr im Auslandseinsatz waren die Informationen, die deren Entscheidungsträger über die Verhältnisse vor Ort erhielten. Im folgenden Kapitel werden daher zum einen die Fähigkeiten der Informationen beschaffenden Akteure – hier unter dem Begriff »Auslandsnachrichtenwesen« zusammengefasst – skizziert. Zum anderen ist auch die Logik der Praxis dieses Feldes herauszustellen. Zu diesem Zweck soll die historische Genese der Habitusstrukturen und des Felds dargelegt werden. Insbesondere über den BND ist die Quellenlage aufgrund seines geheimen Charakters schwierig. Gleichwohl lassen sich allgemeine Trends aus der Gesamtschau von Insiderberichten, an die Öffentlichkeit gelangten Dokumenten, investigativen Presseartikeln, öffentlichen Stellungnahmen von BND-Vertretern sowie insbesondere der in den Untersuchungsausschüssen offen gelegten Informationen mitunter recht eindeutig belegen[2].

Im Ergebnis zeigt sich, dass auch die Praxis der Akteure des deutschen Auslandsnachrichtenwesens zu einem Großteil selbstreferenziell war. So waren die formalen Zuständigkeiten und Mittelverteilungen nicht das Ergebnis eines an den sachlichen Erfordernissen orientierten Prozesses. Dieser hätte zu dem Ergebnis geführt, dass in den Auslandseinsätzen ab 1990 vor allem »Human Intelligence« (HUMINT) sowie eine zentrale Auswertung notwendig gewesen wäre. Stattdessen gestaltete sich das Auslandsnachrichtenwesen nach den Machtverhältnissen der Akteure dieses Felds. Von ihren während des Kalten Kriegs etablierten Positionen aus konnten die Vertreter der technischen und insbesondere der optischen Aufklärung sich daher trotz der geänderten Verhältnisse in den Einsätzen durchsetzen. Ebenso verhinderten die Vertreter des nahe des Felds der Macht positionierten BND erfolgreich einen militärischen Nachrichtendienst, ohne jedoch seine Fähigkeiten bieten zu können.

Sowohl die zivilen als auch die militärischen Akteure des Auslandsnachrichtenwesens orientierten sich bei der Informationsgewinnung und deren

---

1 Declan Walsh, US had »Frighteningly Simplistic« View of Afghanistan, Says McChrystal. In: The Guardian, 7.10.2011.

2 Eine der wichtigsten Referenzen für die jüngste Praxis des BND ist der ehemalige Bundeswehr-Offizier Erich Schmidt-Eenboom. Zwar lassen sich seine Quellen selten verifizieren, doch haben sich deren Informationen offenbar zumeist als zutreffend erwiesen. Dementsprechend enthüllte der parlamentarische Untersuchungsausschuss des Bundestags zur BND-Affäre von 2006, dass der Nachrichtendienst Schmidt-Eenboom beschattete und zeitweise mit ihm zusammenarbeitete. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/13400 [Abschlussbericht BND-Untersuchungsausschuss, »Schäfer-Bericht«], S. 415 f.

Auswertung tendenziell an den Bedingungen und Erfordernissen regulärer Kriegführung, die jedoch in Afghanistan überhaupt nicht bestanden. In diesem Sinne versuchten sie die aufständischen bewaffneten Gruppen wie konventionelle Streitkräfte zu gliedern, ihre Kräfte zu bestimmen und standardisierten Verhaltensweisen sowie Lagern zuzuordnen. Aus dem Blick gerieten hierbei die im Kapitel IV herausgestellten fluiden Verhältnisse innerhalb dieser Gruppen. Die Praxis der Akteure des Auslandsnachrichtenwesens lässt sich auf die auch im Fall des BND von ihnen habitualisierten militärischen Dispositionen zurückführen. Zudem verhinderte die politisch-militärische Führung mitunter, dass die afghanischen Verhältnisse realistisch bewertet wurden, da dies ihrer Absicht widersprach, die Mission als möglichst unkriegerisch erscheinen zu lassen. All dies führte dazu, dass die Akteure des Auslandsnachrichtenwesens zumeist nicht die Menge und Qualität an Informationen hervorbringen konnten, die von den Entscheidungsträgern auf ministerieller und Truppenebene benötigt wurde.

1. Historische Entwicklung des deutschen Auslandsnachrichtenwesens

Um zu verstehen, wie die Positionen auf dem Feld des Auslandsnachrichtenwesens zustande kamen und sich die Habitusformen der darauf tätigen Akteure konstituierten, muss zunächst dessen historische Entwicklung skizziert werden. Eine Zäsur bildete hierbei – wie bereits bei der Bundeswehr als Ganzem dargelegt – das Ende des Kalten Kriegs, sodass die Abschnitte entsprechend gegliedert sind.

a) Entwicklung bis zum Ende des Kalten Kriegs

Das in Kapitel III herausgestellte, spezifisch deutsche Ideal operativer Führungskunst bestimmte auch die Entwicklung der Positionen im deutschen Nachrichtenwesen und der Habitusstrukturen seiner Akteure entscheidend mit. So stand dieser Bereich bereits im späten preußischen Militär eindeutig im Schatten der Operationsführung, in der sich auch zuallererst Karriere machen ließ[3]. Gemäß dem Ideal, den in der Regel zahlenmäßig überlegenen Gegner durch schnell vorgetragene Operationen auszumanövrieren und überraschend zu schlagen, hätte eine langwierige Informationsbeschaffung und -auswertung nur die notwendigen schnellen Entscheidungen verzögert. Dies galt auch noch für den Zweiten Weltkrieg, aus dem Oberst Reinhard Gehlen, Leiter der Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabs des Heeres, Schlüsselakteure des deutschen militärischen Nachrichtenwesens in die Nachkriegsordnung hinüberrettete. Selbst kein Nachrichtenoffizier, sondern der Operationsführung entstammend, war auch die Expertise seines Stabs auf dem Feld geringer, als er die US-Amerikaner glauben machte[4].

---

3 Pöhlmann, German Intelligence at War, S. 27.
4 Pahl, Fremde Heere Ost, S. 326–328.

In der Hoffnung auf Informationen über die Rote Armee finanzierten die US-Streitkräfte ab 1946 die »Organisation Gehlen« aus diesem und seinen ehemaligen Untergebenen sowie anderen Akteuren deutscher Nachrichtendienste. Im Jahr 1956 ging hieraus der BND hervor, der direkt dem Bundeskanzleramt unterstellt wurde und die Auslandsnachrichtengewinnung koordinieren sollte[5]. Den militärischen Dispositionen seiner Angehörigen entsprechend, gewann der BND während des Kalten Kriegs hauptsächlich Informationen über die Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrags und wertete diese aus. Dementsprechend strukturierten sich auch die Habitusformen der nicht-kriegsgedienten Mitarbeiter[6]. Die machtvollsten Akteure konnten so nicht nur den Wert ihres kulturellen Kapitals in Form von militärischem Wissen erhalten. Darüber hinaus kam der regelhafte Charakter der von ihnen aufgeklärten Militärplanungen und -übungen ihrer ebenso regelhaften bürokratischen Arbeitsweise entgegen[7]. Noch 1971 beklagte der damalige Chef des Bundeskanzleramts, Horst Ehmke, dementsprechend, dass der BND so gut wie keine politischen und zivilen Informationen liefere[8].

Während des Kalten Kriegs konzentrierten sich die Angehörigen des BND auf die technische Fernmelde- und Elektronische Aufklärung (Signal Intelligence, SIGINT) sowie die hierfür erforderliche Kryptologie und erlangten auf diesen Gebieten international immer größeres Ansehen. Ursächlich für ihren Schwerpunkt war zum einen, dass diese technischen Aufklärungstechniken relativ ungefährlich waren, was dem auch in der Führung des BND verbreiteten »Absicherungsdenken« entgegenkam[9]. Zum anderen unterstützte dieses Vorgehen auch die betreffenden Herstellerfirmen, die ihre Produkte somit leichter in verbündeten Staaten anbieten konnten[10]. Nach allgemeinem Urteil schlecht aufgestellt blieben die BND-Akteure dagegen auf dem Feld der operativen Informationsgewinnung anhand menschlicher Quellen (HUMINT)[11].

Die entscheidenden Akteure in der Bundeswehr folgten beim Nachrichtenwesen ihren Vorgängern und wiesen diesem Bereich nur eine sehr untergeordnete Bedeutung bei; eine spezielle Laufbahn etwa, wie bei den meisten Verbündeten, gab es nicht[12]. Gleichwohl verfügte die Bundeswehr von Anfang an über Fähigkeiten zur Informationsgewinnung und -auswertung, die über diejenigen von Spähfahrzeugen auf der taktischen Ebene hinausgingen. Hierzu zählte zum einen der Militärische Abschirmdienst (MAD), der Spionageversuche gegen die Bundeswehr abwehren sollte und hierfür insbesondere deren Angehörige überprüfte. Hinzu kamen ebenfalls technisch fortgeschrittene Fähigkeiten im Bereich der SIGINT, die teilweise Vertreter von BND und Bundeswehr gemeinsam nutz-

---

5 Daun, Die deutschen Nachrichtendienste, S. 60 f.
6 Ebd., S. 65; Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 54 f.
7 Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 54 f.
8 Schmidt-Eenboom, The Bundesnachrichtendienst, S. 137.
9 Ebd., S. 138; Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 79 und S. 81.
10 Schmidt-Eenboom, The Bundesnachrichtendienst, S. 138, 160 f. und S. 167.
11 Ebd., S. 167; Daun, Auge um Auge?, S. 155 f.; Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 59 f.
12 Vgl. den Beitrag des US-amerikanischen Nachrichtenoffiziers Rob Trabucchi, Evaluation of the Enemy Situation, S. 52, über seine Ausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr. Küster, Militärisches Nachrichtenwesen im Einsatz, S. 225 f.; Münch, Freund oder Feind?, S. 33.

ten, wobei Letztere die Federführung behielten[13]. Unter dem – allerdings bald allseits bekannten – Decknamen »Amt für Militärkunde« (AMK) dienten hunderte Bundeswehr-Angehörige im BND[14]. Da die Leiter beider Organisationen auf demselben Feld des Auslandsnachrichtenwesens tätig waren, konkurrierten sie von Anfang an um Machtpositionen. Unmittelbar dem Bundeskanzleramt unterstellt, standen die Angehörigen des BND jedoch dem entscheidenden Feld der Macht näher und konnten sich daher in diesen Kämpfen stets durchsetzen[15].

b) Umwälzungen im Auslandsnachrichtenwesen nach 1989

Ebenso wie der Etat der Bundeswehr wurde auch der des BND nach Ende des Kalten Kriegs gekürzt und dessen Personal bis Ende der 2000er Jahre von 7500 auf etwa 5000 bis 6000 reduziert. Organisatorisch wurden die Bereiche, die sich mit dem ehemaligen Ostblock befassten, zugunsten der für die nun in den Fokus gerückten Länder sowie Organisierte Kriminalität und internationalen »Terrorismus« zuständigen Abteilungen geschwächt[16]. Wie in der Bundeswehr, folgten dem Reformbeginn heftige Verteilungskämpfe, die zusätzliche Kapazitäten kosteten. Da die meisten Angehörigen des BND verbeamtet waren und daher nicht entlassen werden konnten, mussten größtenteils dieselben, auf diesen Gebieten unerfahrenen Mitarbeiter die neuen Aufgabenfelder bewältigen. Obwohl viele Verantwortliche erkannten, dass der vorher vernachlässigten HUMINT nun entscheidende Bedeutung zukam, blieb die Expertise hierbei gering[17].

Offenbar angesichts der bei weniger Stellen und Mitteln sinkenden Karrierechancen versuchten sich die Verantwortlichen im BND nach zahlreichen übereinstimmenden Aussagen ebenso wie bei der Bundeswehr immer stärker gegen »negative Verantwortlichkeit« abzusichern. Aus Angst vor Fehlschlägen wagten sie daher oft nur wenig riskante Operationen und vermehrten die bürokratischen Regeln[18]. Diese Entwicklung werden die drei BND-Skandale der 2000er Jahre verschärft haben, von denen zwei in Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen mündeten[19]. Im September 2008 wandten sich mehrere BND-Mitarbeiter anonym an die Presse und prangerten in einem längeren Statement neben internen Grabenkämpfen vor allem den mangelnden Mut ihrer Vorgesetzten an, der immer wieder zu Fehlschlägen führe[20]. In diesem Sinne beklagte der im Dezember 2011 neu ernannte BND-Präsident Gerhard Schindler mehrfach öffentlich, dass

---

13 Daun, Die deutschen Nachrichtendienste, S. 63 f.; Schmidt-Eenboom, The Bundesnachrichtendienst, S. 133–135.

14 Interview mit Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, 26.5.2008.

15 Schmidt-Eenboom, The Bundesnachrichtendienst, S. 135, 140 f. und S. 145; Kilian, Elite im Halbschatten, S. 160.

16 Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 68; Daun, Die deutschen Nachrichtendienste, S. 60; Daun, Auge um Auge?, S. 182.

17 Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 68–70.

18 Daun, Auge um Auge?, S. 146 und S. 155 f.; Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 81; Holger Stark, Der Abendsonne entgegen. In: Der Spiegel, 30/2011, S. 24 f.

19 Zu diesen vgl. Daun, Die deutschen Nachrichtendienste, S. 74–76.

20 Josef Hufelschulte, Krise. Dicke Luft in Pullach. In: Focus Online, 15.09.2008.

ihm noch »nirgends so viel Bürokratie begegnet« sei wie in seiner neuen Behörde. Angesichts zu langer Planungen bei Operationen forderte er zudem, dass der BND »risikofreudiger werden« müsse[21].

All dies führte dazu, dass die Verantwortlichen im BND in den 1990er Jahren nicht dazu in der Lage waren, die in ausreichender Menge nur durch HUMINT zu erlangenden Informationen über die überwiegend nicht-staatlichen Schlüsselakteure in den Einsatzgebieten der Bundeswehr zu gewinnen[22]. In der Folge versuchten die Vertreter der Bundeswehr-Führung daher, eigene Fähigkeiten auf dem Gebiet aufzubauen, wogegen sich wiederum die Verantwortlichen des BND wehrten. Aufgrund des sozialen Kapitals, das die BND-Führung auf dem Feld des Bundeskanzleramts besaß, konnte sie verhindern, dass die Bundeswehr den MAD zu einem militärischen Auslandsnachrichtendienst ausbaute[23]. Gleichwohl stellten die Verantwortlichen in der Bundeswehr in den 1990er Jahren die für HUMINT zuständige Feldnachrichtentruppe sowie 2002 das Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ZNBw) als zentrale Auswerteeinrichtung auf[24].

Allerdings hemmten zahlreiche Bedingungen die Wirksamkeit der spätestens Anfang der 2000er Jahre in Feldnachrichtenkräfte umbenannten Feldnachrichtentruppe. Hierzu zählte insbesondere die Qualifikation des Personals, das offenbar vor allem aus den seit den 1990er Jahren aufgelösten Verbänden stammte. Ausschlaggebend war bei vielen dieser Soldaten also eher der Wohnort als die Qualifikation. Da es erst zum Ende des Untersuchungszeitraums Versuche gab, eine Nachrichtenoffizierlaufbahn einzuführen, war es ebenso problematisch, qualifizierte Offiziere zu finden[25]. Hinzu kam, dass die Feldnachrichtentruppe im Jahr 2002 nur über eine Sollstärke von fünf Zügen im ganzen Heer verfügte, zu denen allerdings noch jeweils ein Zug bei Luftwaffe und Marine kam. Ein

---

21 Zitate: Hubert Gude, Frank Hornig und Bernhard Zand, »Wir müssen als Erste rein«. Der neue BND-Chef Gerhard Schindler fordert mehr Risikofreude von seinen Agenten. In: Der Spiegel, 16/2012, S. 43; Martin Lutz und Uwe Müller, Gerhard Schindler: »Alle sollten stolz sein, für den BND zu arbeiten«. In: Welt Online, 11.8.2012.

22 Bei der SFOR kamen fast 60 % der relevanten Erkenntnisse aus der HUMINT, laut einer späteren internen Auswertung allgemein bei Auslandseinsätzen sogar rund 70 %. Küster, Militärisches Nachrichtenwesen im Einsatz, S. 228 f.; Münch, Freund oder Feind?, S. 42. Vgl. auch zu den gleichen Erfahrungen die Tagebuchaufzeichnungen des zweiten KFOR-Kommandeurs Reinhardt, KFOR Streitkräfte für den Frieden, S. 565 f.

23 Rüdiger Scheidges und Alexander Szandar, Krieg der Dienste. In: Der Spiegel, 29/2001, S. 38 f.; Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 265; Otfried Nassauer, Informationen von den Schlapphüten. Die Zusammenarbeit zwischen BND und Bundeswehr. In: NDRinfo, 25.3.2006.

24 Schmidt-Eenboom, The Bundesnachrichtendienst, S. 142 f. und S. 166; Blancke, Auslandsaufklärung als Risikoperzeption, S. 53. Vom BND unterschied sich das ZNBw hauptsächlich dadurch, dass es keine verdeckte Informationsgewinnung betrieb und ihm keine Kräfte unterstellt waren, an die es Aufklärungsforderungen stellen konnte. Ansonsten sollte es aber ebenso zivile wie militärische Erkenntnisse aus der gesamten Welt gewinnen und den Vertretern der Bundesregierung vortragen. Ebd., S. 52 f.; Zielonka, Geheim!. Vgl. auch den Beitrag des Amtschefs Hasenpusch, Das Zentrum für Nachrichtenwesen, S. 7 f.

25 Vgl. den Bericht des damaligen Stabsabteilungsleiters Fü S II Eberbach, Neuorientierung, S. 14 und S. 18; Küster, Militärisches Nachrichtenwesen im Einsatz, S. 225 f.; Münch, Wahrnehmung und Analyse der Taliban, S. 233 f.; Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012.

Feldnachrichtenzentrum wertete die HUMINT-Berichte aus den Einsatzgebieten zentral aus[26]. Als Zugeständnis an den BND durften die HUMINT-Kräfte der Bundeswehr nur offen in Uniform und in gekennzeichneten Fahrzeugen Informationen sammeln und keine Gelder hierfür zahlen. Ansonsten verwendeten sie aber dieselben Methoden der Quellenführung wie der BND, indem sie Informanten gezielt befragten, Aufklärungsaufträge gaben, Aussagen festhielten, abglichen und die Quellen regelmäßig in formalen Verfahren bewerteten[27].

Neben der Feldnachrichtentruppe zählten noch weitere Kräfte zum sogenannten Militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr (MilNWBw)[28]. Es handelte sich dabei allerdings vor allem um solche zur Informationsgewinnung mit technischen Mitteln, etwa durch die Spähfahrzeuge der Panzeraufklärungstruppe und die Aufklärungsdrohnen der Artillerie. Hinzu kamen die den Funk abhörenden Kräfte des Elektronischen Kampfes (EloKa)[29]. Mit Ausnahme der EloKa wurden bis Ende 2009 die genannten Kräfte mit den Feldnachrichtenkräften in der neuen Heeresaufklärungstruppe zusammengefasst und das Feldnachrichtenzentrum durch die zentrale Heeresaufklärungsschule ersetzt[30]. Da die neuen Aufklärungsbataillone aus den alten Panzeraufklärungsbataillonen gebildeten wurden, dominierte deren zahlenmäßig überlegenes Personal auch die Führung der neugebildeten Aufklärungsverbände[31]. Die Offiziere der Panzeraufklärungstruppe waren jedoch bekannt dafür, dass sie die Grundsätze der alten Spähaufklärung geradezu doxisch internalisiert hatten und dementsprechend die Kavallerietradition ihrer Verbände feierten[32]. Dementsprechend werden sie auch ihre Schwerpunkte in Einsatz und Ausbildung bei der optischen Aufklärung und nicht der deutlich davon abweichenden HUMINT gesetzt haben.

Nach den vom BND nicht vorhergesagten Unruhen im Kosovo vom März 2004 waren es offenbar die Verantwortlichen des BMVg, die erreichten, dass ein neues Gesetz es dem MAD gestattete, auch in den Einsatzgebieten tätig zu sein. Allerdings galt dies – mit Ausnahme von Besuchen bei öffentlichen Einrichtungen des Gastlands – nur innerhalb der Feldlager[33]. Offenbar als Kompromiss schlossen die Vertreter von BND und BMVg am 27. Juli 2005 eine Leistungsvereinbarung,

---

26 Eberbach, Neuorientierung, S. 18; Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 10.1.2012.

27 Münch, Wahrnehmung und Analyse der Taliban, S. 236.

28 Schulten, Wie ist die Feindlage?

29 Münch, Freund oder Feind?, S. 40–44; Münch, Wahrnehmung und Analyse der Taliban, S. 231.

30 Vgl. den Beitrag des Dezernenten für Spähaufklärung im Heeresamt Treuner, Die Heeresaufklärungstruppe, S. 33 und S. 35, sowie Stahlschmidt, Das Aufklärungsbataillon, S. 122.

31 Objektiviert wurde dies am offensichtlichsten in der gleichbleibenden schwarzen Barettfarbe sowie dem zugehörigen Abzeichen, in dem nun bloß der Spähpanzer fehlte, die Kavallerielanzen jedoch erhalten blieben. In den Aufklärungsbataillonen waren die Feldnachrichtenzüge sogar der Drohnenkompanie truppendienstlich unterstellt, obwohl deren Aufgabe eine grundsätzlich andere war. Vgl. den Beitrag des damals im Ausbildungszentrum Heeresaufklärungstruppe tätigen Hauptmanns Fehr, Die Heeresaufklärer, S. 46.

32 Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012. Vgl. für das traditionelle Selbstbild der (Panzer-)Aufklärungstruppe die zahlreichen Bezüge hierauf in den Zeitschriften der privaten Vereine der Heeresaufklärungstruppe wie z.B. »Der Panzerspähtrupp«.

33 Korte, »Out of area« Einsätze der Bundeswehr, S. 22.

wonach Erstere die komplette verdeckte Nachrichtengewinnung und -auswertung für die Bundeswehr im Auslandseinsatz übernehmen sollten[34]. Hierfür wurde auch das ZNBw zum 31. Dezember 2007 aufgelöst und mit 280 seiner Angehörigen ein Großteil des Personals dem BND überstellt[35]. Offenbar um dessen Zustimmung hierfür zu erlangen, wurde der Stabsabteilungsleiter Fü S II und frühere Amtschef ZNBw nach dessen Auflösung Vizepräsident für militärische Angelegenheiten im BND und somit gleichzeitig vom Brigadegeneral zum Generalmajor befördert[36]. Die Ausgestaltung des deutschen Auslandsnachrichtenwesens bestimmten somit vor allem die Machtkämpfe zwischen den Vertretern der beteiligten Institutionen und die jeweiligen Machtkonstellationen. Weniger entscheidend waren die sachlichen Erfordernisse, die verlangt hätten, die HUMINT-Fähigkeiten zu stärken[37].

2. Das Auslandsnachrichtenwesen im ISAF-Einsatz

a) Gewinnen von Informationen durch Bundeswehr und BND

Auch im ISAF-Einsatz brachte HUMINT die meisten relevanten Erkenntnisse hervor. Dennoch wurden im Lauf der Zeit vor allem die Kräfte vermehrt, die Späh- und Radaraufklärung betrieben sowie mit Drohnen und später auch Aufklärungstornados Bilder liefern konnten. Beides eignete sich dazu, insbesondere feste Einrichtungen vor Zugriffen oder Ähnlichem zu erkunden, jedoch nicht, die lokalen politischen Verhältnisse oder Netzwerke von Aufständischen aufzudecken[38]. Hierfür war gleichwohl die EloKa geeignet. Allerdings wurden deren Fähigkeiten durch die begrenzte Anzahl an zuverlässigen Sprachmittlern vor allem für Paschtu eingeschränkt. Solange die Mobilfunknummer der zu überwachenden Person nicht bekannt war, musste sie zudem auf Zufälle hoffen,

---

34 Vgl. den Beitrag von Stabsoffizieren des Fü S Dänner/Timmering/Schmidt-Eversheim, Das Militärische Nachrichtenwesen, S. 68; Peter Carstens und Stephan Löwenstein, Der BND und das Militär. Willkommene Amtshilfe, geneidete Kompetenz. In: FAZ.NET, 28.6.2007.

35 Peter Carstens und Stephan Löwenstein, Der BND und das Militär. Willkommene Amtshilfe, geneidete Kompetenz. In: FAZ.NET, 28.6.2007; Münch, Freund oder Feind?, S. 29.

36 Bundesnachrichtendienst, Armin Hasenpusch. Generalmajor, Vizepräsident für militärische Angelegenheiten des Bundesnachrichtendienstes [publizierte Vita]. Offiziell begründete die Bundeswehr die Auflösung des ZNBw mit Kritik des Bundesrechnungshofs, wonach es damit zu einer Doppelung zwischen BND und Bundeswehr komme. Allerdings kritisierte dieser nur, dass die vom Kommando Strategische Aufklärung (KSA) betriebene Informationsgewinnung von deren Auswertung durch das ZNBw getrennt war, sodass diese Begründung nicht überzeugt. Bundesrechnungshof, Ergebnisbericht 2002, S. 102.

37 So berichtete General Klaus Reinhardt, dass er nach seinem Einsatz im Kosovo auf der jährlichen Kommandeurtagung über die mangelhaften deutschen Aufklärungskapazitäten im Einsatz berichtete, der für das Nachrichtenwesen zuständige Stabsabteilungsleiter Fü S II dieses jedoch rundweg abstritt. Reinhardt, KFOR, S. 227. Offensichtlich tat Letzterer dies, um nicht für die Defizite verantwortlich gemacht zu werden und Karrierenachteile zu erleiden.

38 Vgl. den Bericht des ehemaligen Direktors des niederländischen militärischen Nachrichtendienstes Reijn, Germany and the Netherlands in the Headquarters, S. 223 f., sowie Münch, Freund oder Feind?, S. 40–43; Münch, Wahrnehmung und Analyse der Taliban, S. 234 f.

was die geringe Reichweite der Apparate erschwerte. Dies wurde insbesondere bei professionell vorgehenden Aufständischen schwieriger, da diese mehrere Mobiltelefone und Codewörter verwendeten[39].

In den PRTs befand sich ab Ende der 2000er Jahre bestenfalls ein Feldnachrichtenzug mit einer Sollstärke von 22 Soldaten, meistens aber eher einer oder mehrere Trupps, sodass diese insgesamt höchstens etwas weniger als ein Drittel der Stärke der jeweiligen Aufklärungskräfte ausmachten. Das Verhältnis änderte sich nicht wesentlich mit Aufstellung der Task Force (TF) 47, die hauptsächlich in Kunduz operierte und auch Feldnachrichtenkräfte umfasste[40]. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums thematisierten die verantwortlichen Akteure immer wieder, dass die Feldnachrichtenkräfte an zu wenig qualifiziertem Personal, aber auch Sprachmittlern litten[41]. Dass sich an diesen Konstellationen nichts gravierend änderte, spiegelte also die oben dargelegten Machtverhältnisse zwischen den Akteuren wider, die innerhalb der Bundeswehr die entscheidenden Positionen besetzten. Wie bereits erwähnt, waren Vertreter der erst in den 1990er Jahren aufgestellten Feldnachrichtenkräfte in diesen Machtkämpfen im Nachteil.

Aufgrund der sowohl qualitativ als auch quantitativ sehr unterschiedlichen Personalausstattung der Feldnachrichtenkräfte[42] waren deren Ergebnisse ebenfalls sehr heterogen. Dies galt insbesondere, da deren Angehörige nur eine vereinheitlichte Ausbildung in den *Abläufen* der HUMINT erhielten. Kaum jemand wurde in den afghanischen Landessprachen ausgebildet; insbesondere die Unteroffiziere konnten oft nur schlecht in Englisch kommunizieren, obwohl dies entscheidend war für den Informationsaustausch im Rahmen der ISAF. Die inhaltliche Vorbereitung auf das Einsatzland Afghanistan lag hingegen in den Händen der Verbände. Waren hierfür aktive oder Reserveoffiziere verantwortlich, die etwa im Studium mitunter sogar auf eigene Initiative Persisch gelernt und sich in die Hintergründe des Afghanistan-Konflikts vertieft hatten, dann konnten sie oft die fehlenden Vorgaben für eine innovative und aktuelle Vorbereitung der Soldaten nutzen. Allerdings war dies offenbar eher selten der Fall. Immerhin half den Feldnachrichtenkräften eine stets flexible Einsatzdauer, die meist mindestens sechs Monate betrug und damit ab 2005 länger als die der normalen Soldaten war[43].

Da sie offiziell nicht nachrichtendienstlich tätig waren und daher keine Informationen kaufen durften, stand den Feldnachrichtenkräften wenig Geld zur Verfügung. Sie nutzten die Mittel für vergleichsweise kleine »Aufwandsentschädigungen« in Höhe von in der Regel 20 bis 30 US-Dollar, aber auch für

---

39 Schmidt-Eenboom, Der BND in Afghanistan, S. 11; Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 263 und S. 266 f.; Münch, Wahrnehmung und Analyse der Taliban, S. 235.

40 Laut Angehörigen der Feldnachrichtenkräfte waren im Jahr 2006 nur drei Trupps in Kunduz stationiert, zuvor bloß zwei. Feldnachrichtenzug 14 im Einsatz, S. 11; Münch, Wahrnehmung und Analyse der Taliban, S. 234; Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 10.1.2012. Vgl. näher zur TF 47 Kapitel VIII.2.a.

41 Stahlschmidt, Das Aufklärungsbataillon, S. 123 und S. 125; Münch, Wahrnehmung und Analyse der Taliban, S. 235f. Vgl. allgemein zu den Defiziten des Nachrichtenwesens Nachtwei, Besuch in Nord-Afghanistan, Abschnitt »Schlussfolgerungen«.

42 Stahlschmidt, Das Aufklärungsbataillon, S. 125.

43 Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012.

Alkohol, um damit Informanten zu bezahlen[44]. Die geringen, für afghanische Verhältnisse aber keineswegs unbedeutenden Mittel erschwerten einerseits sicherlich, hochrangige Quellen zu gewinnen, und stärkten die Motivation, anderen mit Informationen an die Deutschen zu schaden. Andererseits hätten hohe Summen die Praxis vieler Informanten sicherlich verstärkt, Informationen zu erfinden oder stets zu wiederholen[45]. Einschränkend für die Arbeit der Feldnachrichtenkräfte wirkte auch, dass sie nicht verdeckt agieren durften. Denn so mussten sie Quellen, die nicht zu den PRTs kommen konnten, mühsam an abgeschiedenen Treffpunkten aufnehmen[46].

Die allgemeine Schwäche des BND bei der HUMINT wirkte sich insgesamt nachteilig darauf aus, in Afghanistan relevante Informationen zu beschaffen. Hinzu kam, dass die Verantwortlichen ihren Stützpunkt im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet nach dem sowjetischen Abzug abgebrochen hatten[47]. Während des folgenden innerafghanischen Kriegs konnte der BND daher kein vergleichbar großes Netzwerk an Quellen aufrechterhalten. Gleichwohl bestanden Verbindungen insbesondere zur Shura-ye-Nazar-Fraktion der »Nordallianz«. Zusammen mit Kontakten zu Exilpolitikern, die nach dem Fall der Taliban als vom Westen protegierte Akteure zurückkehrten, verfügten die Vertreter des BND zur Zeit der Bonner Afghanistan-Konferenz über ein beachtliches Netzwerk in Kabul[48]. Auch sollen BND-Informationen nach eigenen Angaben verhindert haben, dass Taliban den späteren Präsidenten Karzai am 4. November 2001 in einem Hinterhalt in Südafghanistan töten konnten[49]. In den Nordostprovinzen – dem Haupteinsatzgebiet der Bundeswehr ab 2003 – bestanden dagegen keine vergleichbaren Verbindungen[50].

Nachteilig war auch die fehlende Landesexpertise der vorhandenen BND-Angehörigen. Wie drängend dieses Problem war, zeigt die Tatsache, dass nach 2001 bereits pensionierte Mitarbeiter mit Afghanistan-Erfahrung reaktiviert werden mussten[51]. Zudem nutzten die Personalverantwortlichen 100 der knapp 300 von der Bundeswehr Anfang der 2000er Jahre zum BND überstellten Soldaten

---

44 Münch, Wahrnehmung und Analyse der Taliban, S. 236; Sünkler, Die Spezialverbände der Bundeswehr, S. 162. Mitunter bezahlten Feldnachrichtenkräfte sogar Informanten, die damit andere Informanten bezahlen sollten. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 50. Vgl. auch Sünkler, Die Spezialverbände der Bundeswehr, S. 162; Schwitalla, Afghanistan, S. 111.

45 Interviews mit ehemaligem in Afghanistan eingesetzten Sprachmittler der Bundeswehr, 12.12.2012, sowie mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012. Vgl. auch den Beitrag des ehemaligen Feldnachrichtenoffiziers Lindemann, Unter Beschuss, S. 72 f., über seine Einsätze in Afghanistan.

46 Laut Presseberichten hielten sich nicht alle Feldnachrichtenkräfte an das Verbot: Schmidt-Eenboom, Der BND in Afghanistan, S. 9 f. Dies dürften jedoch Ausnahmen gewesen sein. Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012.

47 Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 87.

48 Schmidt-Eenboom, Der BND in Afghanistan, S. 5 f. Vgl. zu den deutschen Quellen unter den Teilnehmern der regierungsbildenden *loya jirga* von Juni 2002 Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 97 und S. 110.

49 Holger Stark, Gefahr in den Bergen. In: Der Spiegel, 36/2011, S. 84.

50 Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 87.

51 Schmidt-Eenboom, Der BND in Afghanistan, S. 6.

für die mit Nachrichtenbeschaffung auf dem Balkan und in Afghanistan beauftragten Referate[52]. Da die Bundeswehr aber dieselben Probleme plagten, kann nicht davon ausgegangen werden, dass dieses Personal die erforderliche Expertise mitbrachte. Auch zahlenmäßig waren die BND-Angehörigen nicht stark in Afghanistan vertreten. Laut BND-Präsident Schindler hätten im Oktober 2014 300 Mitarbeiter »vor Ort *und* in der Zentrale« das Land bearbeitet, ohne zu sagen, wie viele davon außerhalb Deutschlands waren[53]. In den ab 2003 etablierten PRTs in Kunduz und Faizabad befanden sich zumindest bis 2009 nur ein bis zwei Mitarbeiter[54]. Wie in den Residenturen des BND üblich[55], traten sie dabei nach außen hin als Angehörige des AA auf. In der Regel handelte es sich bei ihnen offenbar um Unteroffiziere mit Portepee des AMK, die dementsprechend in der Regel über keinen Hochschulabschluss verfügten[56]. Angehörige der Feldnachrichtenkräfte, aber auch des AA, die mit diesen zusammenarbeiteten, schätzten die Fähigkeiten der BND-Vertreter mitunter als sehr gut, häufiger jedoch als schlecht ein. Dies galt anscheinend insbesondere für die Angehörigen des AMK, die oftmals selbst den Feldnachrichtenkräften entstammten, wegen schlechter Leistungen in vielen Fällen jedoch mit besten Empfehlungen zum BND »weggelobt« worden waren[57].

Aufgrund der Probleme im Bereich der HUMINT fokussierten sich die BND-Mitarbeiter offenbar wie bisher darauf, mit technischen Mitteln Informationen zu gewinnen. So installierten sie »Trojaner«-Programme auf Computern, die an das afghanische Außenministerium verschenkt wurden, und es erlaubten, den E-Mail-

---

52 Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 266.

53 Rede des BND-Präsidenten Gerhard Schindler anlässlich der 2. Nachrichtendienst-Konferenz am 31. Oktober 2014. Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel; Herausforderungen für den Bundesnachrichtendienst (Hervorhebung durch Autor).

54 Vgl. allgemein Koehler, Herausforderungen im Einsatzland, S. 85, Anm. 17, sowie zu Kunduz in den Jahren 2006 und 2007 Embassy Kabul, PRT/Kunduz; Glassner/Mielke/Schetter, EZ-Kontextanalysen, S. 43, Anm. 3, und zu Faizabad im Jahr 2004 Groos, Ein schöner Tag zum Sterben, S. 183. In dem Bericht des »Kunduz-Untersuchungsausschusses« werden nur die Handlungen der BND-Mitarbeiter behandelt, die die TF 47 »*zum untersuchungsgegenständlichen Zeitpunkt* mit Informationen *unterstützt*« haben. Es handelte sich also offenbar nicht um diejenigen, die dauerhaft in der TF 47, sondern im Rahmen des PRT eingesetzt waren. Demnach zählten Letztere zwei Mann. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 69 f. Hervorhebungen durch Autor.

55 Daun, Die deutschen Nachrichtendienste, S. 62.

56 Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 12.6.2011. Auch die beiden für den Kunduz-Untersuchungsausschuss vernommenen BND-Angehörigen waren Hauptfeldwebel. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 454 und S. 457.

57 Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren sowie ehemals in Afghanistan eingesetztem Angehörigen des AA in Berlin, 12.6.2011, 10.1.2012 und 28.6.2012. Ebenfalls schlecht schätzte ein ehemaliger National Directorate of Security (NDS)-Mitarbeiter aus Kunduz die Arbeit des BND vor Ort ein. Interview mit ehemaligem leitenden Angehörigen des NDS in Kunduz, Kabul, 20.11.2012. Glassner/Mielke/Schetter, EZ-Kontextanalysen, S. 43, Anm. 3, geben an, dass der 2007 in Kunduz tätige BND-Vertreter dort zu diesem Zeitpunkt bereits jahrelang eingesetzt war und dementsprechend ein dichtes Netzwerk aufbauen konnte.

Verkehr abzufangen[58]. Im Jahr 2008 kam ans Licht, dass sie in diesem Rahmen Außenminister Rangin Dadfar Spanta und Industrie- und Handelsminister Amin Farhang überwachten[59]. Wie Vertreter des BND schließlich selbst mitteilten, hörten sie von Oktober 2005 bis April 2008 auch die Kommunikation des damals von der Deutschen Welthungerhilfe finanzierten Afghanistan NGO Safety Office (ANSO) ab[60]. Dessen Mitarbeiter veröffentlichten danach die von ihnen erstellten Berichte über Sicherheitsvorfälle im ganzen Land im Internet[61]. Dass der BND sie abhörte und damit das Risiko eines weiteren Abhörskandals einging, belegt erneut, dass er offenbar nicht selbst in der Lage war, solche Informationen in den Provinzen zu gewinnen.

Die meist eher geringe Expertise der Vertreter des BND in den Provinzen galt dessen Führung offenbar nicht als entscheidendes Hindernis. Grund hierfür scheint gewesen zu sein, dass ihre Hauptaufgabe ohnehin nur darin bestand, Kontakt zu der für »Terrorismusbekämpfung« zuständigen Abteilung 90 (Anfang 2011 umbenannt in 124[62]) des afghanischen Geheimdienstes National Directorate of Security (NDS) zu halten und dessen Berichte weiterzugeben[63]. Zu dem von 2002 bis 2010 amtierenden NDS-Chef Amrullah Saleh, der ebenfalls der Shura-ye-Nazar-Fraktion angehörte, pflegte der BND gute Beziehungen[64]. Wie wohl alle Nachrichtendienste, werden die Vertreter des NDS freilich nur selektiv Informationen weitergeleitet haben, mit denen sich das Verhalten der Deutschen in ihrem Sinne beeinflussen ließ. Dies gilt insbesondere, da im Mittelbau des NDS vor allem Funktionäre tätig waren, die noch in kommunistischer Zeit durch die sowjetischen Geheimdienste KGB und GRU ausgebildet worden waren und dementsprechend professionell vorgingen[65].

Bei der Nachrichtengewinnung gab es von Anfang an Konflikte sowohl unter den Akteuren der Bundeswehr selbst als auch insbesondere zwischen ihnen und denen des BND[66]. Angesichts der vorhandenen Quellen scheint es nicht so, dass sich dies bis zum Ende des Untersuchungszeitraums grundlegend änderte[67]. Zudem wurden oftmals die Informationen des BND erst an dessen Zentrale

---

58 Schmidt-Eenboom, Der BND in Afghanistan, S. 15.

59 Journalisten-Spitzelaffäre. BND beobachtete afghanischen Minister Farhang. In: SPON, 24.4.2008.

60 Bundesnachrichtendienst. Abhöraktion Welthungerhilfe Büro. In: www.welthungerhilfe.de, 8.12.2008.

61 <www.ngosafety.org/> (letzter Aufruf 13.4.2015).

62 United Nations Assistance Mission in Afghanistan/UN Office of the High Commissioner for Human Rights, Treatment of Conflict Related Detainees, S. IV, Anm. 2.

63 Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012. Vgl. auch Koehler, Herausforderungen im Einsatzland, S. 85, Anm. 17.

64 Schmidt-Eenboom, Der BND in Afghanistan, S. 6.

65 Netherlands Delegation, Afghanistan – Security Services, S. 17; Reijn, Germany and the Netherlands in the Headquarters, S. 224; Interview mit leitendem Angehörigen der Provinzverwaltung von Kunduz in Kunduz-Stadt, 23.11.2012.

66 Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 265. Reijn, Germany and the Netherlands in the Headquarters, S. 200, gab an, dass sich BND und Bundeswehr erst 2003 auf niederländische Initiative hin überhaupt regelmäßig zur Abstimmung trafen.

67 Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012. Der ehemalige Fallschirmjäger Eckhold, Fallschirmjäger in Kunduz, S. 174, berichtet, dass nachdem Bundeswehr-Kräfte in einem Gehöft 2008 in Kunduz mutmaßli-

weitergeleitet, bevor sie nach Auswertung und dementsprechend längerer Zeit an die Bundeswehr gingen[68].

Da ihnen der Zugang zu sensitiven Informationen als Ausdruck von Souveränität galt, waren auch die Vertreter der ISAF-Nationen nicht willens, diese ohne Weiteres zu teilen. Stattdessen taten sie dies nach dem *do-ut-des*-Prinzip nur als Gegenleistung für gleichwertige Informationen. Zu diesem Zweck hielten auch die Deutschen eine National Intelligence Cell (NIC) im ISAF HQ aufrecht[69]. Obwohl diese Praxis auf nationaler und multinationaler Ebene dem Grundsatz widersprach, dass Information die einzige Ressource ist, die sich vermehrt, wenn man sie teilt, war sie offenbar verbreitet[70]. Dies lässt sich auf die allgemeine Logik des nachrichtendienstlichen Felds zurückführen, wonach der Wert des informationellen Kapitals sinkt, sobald es weitergegeben wird, da die Information hierdurch nicht mehr exklusiv und deren Inhaber nicht mehr besonders hervorgehoben ist.

Gleichwohl hätte auch ein vollkommenerer Austausch von Informationen mit den ISAF-Verbündeten das entscheidende Informationsdefizit in den Provinzen nicht behoben. Denn zum einen sammelten die Verbündeten zumindest bis 2009 auch nicht mehr Informationen im Nordosten Afghanistans als die Deutschen. Zum anderen konnten zwar die entscheidenden US-Amerikaner im Bereich der HUMINT offenbar mehr und bessere Ergebnisse aufweisen, doch plagten sie über den gesamten Einsatz hinweg ähnliche Blindstellen[71]. Sie versuchten zwar, im Zuge der »population-centric COIN« im Jahr 2010 ihr Nachrichtenwesen über die Aufstandsgruppen hinaus auf die gesamten Figurationen auszuweiten[72]. Doch geschah dies, wie im nächsten Kapitel beschrieben, indem sie sich zu einer »stammeszentrierten« Betrachtungsweise afghanischer Vergesellschaftungen verleiten ließen. Nachdem dies keine Erfolge zeitigte, konzentrierten sie sich wieder auf das Aufspüren von »Feindkräften«[73].

---

che Aufständische entdeckten, das »AA« – nach seiner dort angesiedelten Residentur der Deckname für den BND – den NDS alarmierte, ohne die Bundeswehr zu informieren. Als Stellungnahme auf dem Feld der nachrichtendienstlichen Konkurrenz ist daher auch die Aussage von BND-Präsident Schindler in seiner Rede vom Oktober 2014 zu verstehen: »Der Bundesnachrichtendienst ist der einzige Auslandsnachrichtendienst in Deutschland. Dies kann man gar nicht oft genug betonen.« Rede des BND-Präsidenten Gerhard Schindler anlässlich der 2. Nachrichtendienst-Konferenz am 31. Oktober 2014. Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel; Herausforderungen für den Bundesnachrichtendienst.

68 Gujer, Kampf an neuen Fronten, S. 106; Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012.

69 Reijn, Germany and the Netherlands in the Headquarters, S. 221 und S. 227. Vgl. bereits zur ähnlichen Praxis bei SFOR Widder, Deutsche Soldaten im Hauptquartier SFOR, S. 222 f.

70 Vgl. Glenn/Gayton, Intelligence Operations and Metrics, S. 22 f.; Zegart, Implementing Change, S. 322.

71 Memorandum, Rumsfeld to Cambone; Flynn/Pottinger/Batchelor, Fixing Intel, S. 7 f.; Declan Walsh, US had »Frighteningly Simplistic« View of Afghanistan, Says McChrystal. In: The Guardian, 7.10.2011.

72 Flynn/Pottinger/Batchelor, Fixing Intel, S. 4 f.

73 Kimberly Dozier, Intelligence Shift Shows Change in Afghan War Aims. In: Associated Press, 26.6.2011. Vgl. die Klagen des US-Colonel Tunnel, Memorandum, S. 6, über die nach seinen Erfahrungen in der Praxis unbrauchbaren Informationen über Stammesstrukturen u.ä.

b) Auswerten von Informationen durch Bundeswehr und BND

Das bereits besprochene geringe Detailwissen der meisten Verantwortlichen bei Bundeswehr und BND über die Verhältnisse in Afghanistan erschwerte freilich ebenso sehr die Auswertung wie die Gewinnung von Informationen. Problematisch war auch, dass zu wenige fähige Analysten bereitstanden[74]. Erschwerend kam hinzu, dass ein Großteil der Daten der zentralen Auswerteeinrichtung der Bundeswehr, des ZNBw, unter denen offenbar insbesondere solche aus Afghanistan waren, Ende 2003 oder 2004 gelöscht wurden[75]. Ähnliche Datenverluste kamen auch bei den PRTs vor, die ohnehin unter dem fehlenden »Kontingentgedächtnis« litten[76]. Selbst wenn die Datenbanken erhalten blieben, so führten mangelnde Kenntnisse in der Transkription afghanischer Namen bzw. fehlende Richtlinien hierfür dazu, dass mitunter eine einzige Person unter 13 verschiedenen Schreibweisen zu finden war[77].

Auswerter auf der untersten taktischen Ebene waren häufig vollkommen damit ausgelastet, die eingehenden Meldungen auf unmittelbare Bedrohungen für die Truppe zu prüfen, in kürzest möglicher Zeit mit den übrigen hierfür zuständigen Stellen abzugleichen und entsprechende Berichte zu verfassen. Auch hier fehlte es an ausreichend ausgebildetem Personal[78]. Somit blieb kaum Zeit für ein umfassendes Lagebild. Bei diesem tendierten viele Nachrichtenoffiziere der Bundeswehr, aber aufgrund der habitualisierten militärischen Prämissen auch des BND, dazu, die Lage in Afghanistan im Sinne von regulären Landoperationen zu interpretieren[79]. Demnach versuchten sie, die afghanischen Akteure eindeutigen Gruppen wie Aufständischen, Kriminellen, lokalen Machthabern und als politische Verortung den einzelnen Ethnien zuzuordnen. Oft gingen sie (implizit) davon aus, dass Aufständische strikt räumlich orientiert seien und im militärischen Sinne »angreifen«, »ausweichen«, sich in »Verfügungsräumen bereithalten« würden usw.[80] Derartige Bewertungen resultierten nicht nur dar-

---

74 Münch, Freund oder Feind?, S. 45, Anm. 124. Im ZNBw war offenbar nur eine Afghanistan-Analystin tätig, deren Expertise zudem noch in erster Linie im Bereich der südafghanischen paschtunischen Stammesstrukturen lag, die für Nordostafghanistan kaum relevant waren. Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Autorenverzeichnis; Kuehne, Scrutinizing and Assessing the Performance, S. 120, Anm. 361.

75 Vgl. widersprüchlich bezgl. des Datums Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss], S. 138 und S. 167.

76 Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 10.1.2012.

77 Interview mit Offizier der Feldnachrichtenkräfte in Berlin, 18.11.2010.

78 Münch, Freund oder Feind?, S. 49; Reijn, Germany and the Netherlands in the Headquarters, S. 225; Uyar, With the Germans in Afghanistan, S. 261; Blotz, Erfahrungen eines Truppenführers, S. 11.

79 Noch eine Anfang 2011 erstellte und auch an die Bundeswehr weitergeleitete Hintergrundanalyse des BND behandelte die afghanische Aufstandsbewegung unter dem Titel »*Landstreitkräfte* [sic!] Islamischer Fundamentalismus Afghanistan«. Hervorhebung durch Autor. Interview mit Offizier der Feldnachrichtenkräfte per Telefon, 14.7.2011.

80 Lindemann, Unter Beschuss, S. 90 f.; Münch, Freund oder Feind?, S. 45. Wohl aus diesem Grund sah sich der stellvertretende Kommandeur des KSA Konertz, Das Kommando Strategische Aufklärung, S. 63, noch im Jahr 2008 zu schreiben veranlasst, dass im Einsatz »der eigenen Truppe oftmals keine gegnerischen militärisch gegliederten Kräfte gegenüber[stehen], die nach festen Einsatzgrundsätzen kämpfen. Vielfach handelt es sich um irreguläre

aus, dass die Akteure die afghanischen Verhältnisse durch die militärischen Bewertungsschemata ihres Habitus wahrnahmen. Hinzu kam vielmehr, dass sie hiermit den Wert ihres kulturellen Kapitals in Form einer tieferen Kenntnis der hergebrachten Terminologie und Verfahren gegenüber ihren Vorgesetzten unter Beweis stellen konnten.

Bereits oben wurde näher analysiert, dass die Akteure in der Spitzengliederung der Bundeswehr dazu tendierten, in vorauseilendem Gehorsam zu handeln und dementsprechend die Lage in Afghanistan als nicht zu kriegerisch und daher die Aufstandsbewegung als nicht zu stark zu charakterisieren. In diesem Sinne beeinflussten sie mitunter auch die Auswertung der in Afghanistan gewonnenen Informationen[81]. So wurde der Inhaber des Postens des hierfür in Kunduz zuständigen J2-Offiziers unter Generalinspekteur Schneiderhan zweimal vorzeitig abgelöst, da beide Offiziere die Lage zu schonungslos negativ dargestellt hatten[82]. Ebenso hieß es noch in einem Leitfaden des ZNBw vom April 2007 fälschlicherweise, dass diese Provinz ein ehemaliges Zentrum der *Anti*-Taliban-Bewegung gewesen sei[83]. Tatsächlich traf das Gegenteil zu, was selbst in den gängigen wissenschaftlichen Überblicksdarstellungen nachzulesen war.

Eine ähnliche Praxis war bei den Entscheidungsträgern des BND zu beobachten, die denen im Bundeskanzleramt noch enger verbunden waren[84]. Offenbar erst in der zweiten Jahreshälfte 2008, als ein Erstarken der Taliban in den Einsatzgebieten der Bundeswehr nicht mehr zu leugnen war, ließen die Spitzen der beiden Organisationen entsprechend negative Lagebewertungen zu bzw. trauten sich die Verantwortlichen, diese auch abzugeben[85]. Ehemalige Angehörige der Feldnachrichtenkräfte berichten allerdings übereinstimmend, dass die Vertreter des BND in Kunduz noch in dieser Zeit die Anwesenheit von ausländischen Kämpfern auf Seiten der Aufständischen leugneten, obwohl zahlreiche Informationen dies bestätigten[86].

Stellte das ZNBw trotz seiner Defizite immerhin noch einen organisatorischen Ort innerhalb der Bundeswehr dar, an dem die Informationen aus Afghanistan zusammengeführt und ausgewertet werden konnten, so fehlte selbst dieser nach dessen Auflösung zum 1. Januar 2008. Gleiches galt für die Ergebnisse der entscheidenden HUMINT, nachdem das Feldnachrichtenzentrum außer Dienst ge-

---

Kräfte, die sich nicht in Kräfteordnungen kategorisieren lassen oder deren Verhalten anhand von Doktrinen ableitbar wäre.«

81 Vgl. für die Anfangszeit von ISAF Reijn, Germany and the Netherlands in the Headquarters, S. 226, der schildert, wie die deutsche Führung trotz vorliegender Meldungen abstritt, dass sich die Sicherheitslage in Kabul verschlechterte.

82 Giustozzi/Reuter, The Insurgents of the Afghan North, S. 35.

83 Münch, Wahrnehmung und Analyse der Taliban, S. 232.

84 Schmidt-Eenboom, Der BND in Afghanistan, S. 17.

85 Ein Zeichen dafür, dass die Lage in dieser Zeit anerkannt wurde, ist, dass sich ab Ende 2008 Vertreter von BND, AA und BMI sowie der Nachrichtendienstkoordinator des Bundeskanzleramts regelmäßig trafen, um Maßnahmen gegen die verschlechterte Lage zu diskutieren. Ralf Beste [u.a.], Tot oder lebendig. In: Der Spiegel, 22/2009, S. 32–35, hier S. 34. Vgl. für durchgesickerte pessimistische Prognosen des BND Julian Reichelt, Afghanistan-Report Teil 4: Geheimbericht enthüllt die Wahrheit über diesen Anschlag. In: Bild.de, 5.12.2011; Matthias Gebauer [u.a.], Wunsch und Wirklichkeit. In: Der Spiegel, 40/2012, S. 26 f.

86 Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012.

stellt wurde. Aufgrund ihrer koordinierenden Aufgaben und des zahlenmäßig geringen und hierfür nicht ausgebildeten Personals konnte die Stabsabteilung II des Fü S im BMVg und die für das Nachrichtenwesen zuständige J2-Abteilung im Einsatzführungskommando diese Aufgaben nicht übernehmen[87].

Nach herrschender Meinung innerhalb der Bundeswehr konnte der BND die von ihm 2008 übernommene Rolle, die Nachrichtenauswertung für den Afghanistan-Einsatz zu übernehmen, insbesondere in Hinblick auf Informationen auf der operativen und taktischen Ebene bis zum Ende des Untersuchungszeitraums nicht ausfüllen[88]. Der BND vermochte es demnach insbesondere nicht, zuverlässige »actionable intelligence« – also Informationen, auf deren Grundlage unmittelbar konkrete Handlungen erfolgen konnten – zu liefern[89]. Ursache hierfür mag auch gewesen sein, dass der BND viele der für Afghanistan vorgesehenen Ressourcen darauf verwandte, in den Jahren 2005 und 2009 bis 2011 Gespräche mit (vermeintlichen) Taliban-Führern anzubahnen, die jedoch zu keinen Abkommen führten[90]. Die bereits thematisierte schlechte Koordination der Vertreter beider Organisationen und Verzögerungen bei der Übermittlung von Informationen verhinderten ebenso, dass diese erfolgreich ausgewertet werden konnten. Offenbar aus all diesen Gründen begann die Bundeswehr 2010 damit, ein neues »Kommando Militärisches Nachrichtenwesen« aufzubauen, das offensichtlich dazu dienen soll, die Informationsgewinnung und -auswertung effektiver zu machen[91].

---

87 Interviews mit ehemals in Kunduz eingesetzten Nachrichtenoffizieren in Berlin, 12.6.2011 und 10.1.2012.

88 Holger Stark, Der Abendsonne entgegen. In: Der Spiegel, 30/2011, S. 24 f. Vgl. für die taktische Ebene die Aussage eines damaligen Kompaniechefs unmittelbar nach seinem Einsatz in Kunduz Trenzinger, Handeln ins Ungewisse, S. 28–30. Vgl. für die übergeordnete Ebene die kolportierten Teile der umfassenden Fähigkeitsanalyse des Kommandeurs des RC North in: Alexander Szandar, Snafu in Afghanistan. German Troops Bemoan ›Critical‹ Deficits in Training and Equipment. In: Spiegel Online International, 31.8.2009. Vgl. zur allgemeinen Schwäche des BND im Bereich der HUMINT sogar dessen ehemaliger Sprecher Lechtape, Die zukünftige Rolle der Nachrichtendienste, S. 334.

89 Trenzinger, Handeln ins Ungewisse, S. 28; Klumb, Mit der 3./QRF 3 in Afghanistan, S. 139 f. Dies gestand der damalige BND-Präsident Uhrlau, Modernisierung und Zukunftsfähigkeit, S. 450, sogar implizit ein, indem er »actionable intelligence« als Desiderat bezeichnete, bei dem »der BND gefordert« sei. BND-Präsident Schindler gab im Oktober 2014 an, seine Behörde habe seit 2011 – dem Jahr seines Amtsantritts – 19 Anschläge auf die Bundeswehr verhindert. Allerdings kann die Zahl nicht überprüft werden. Zudem ist unklar, wie hoch die Gesamtzahl der Anschläge bzw. Anschlagsversuche war. Rede des BND-Präsidenten Gerhard Schindler anlässlich der 2. Nachrichtendienst-Konferenz am 31. Oktober 2014. Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel; Herausforderungen für den Bundesnachrichtendienst.

90 Wörmer, Sondierungsgespräche und Friedensinitiativen, S. 4; Christoph Reuter, Gregor Peter Schmitz und Holger Stark, Afghanistan. Das Wort des Paschtunen. In: Der Spiegel, 2/2012, S. 78–80, hier S. 79.

91 Rede des Generalinspekteurs der Bundeswehr zum Thema »Die Bundeswehr von Morgen – Grundüberlegungen zur strukturellen Ausplanung des zukünftigen Fähigkeitsprofils« anlässlich der Bundeswehrtagung 2010 am 23. November 2010, S. 28 f.

VII. Legalistisches Ideal versus Selbstschutz: Die Zusammenarbeit mit lokalen Machthabern

Christine Buchholz (Die Linke): »Ist Ihnen bekannt, dass sich zumindest relevante Teile der [afghanischen] Opferfamilien [des Luftschlags von Kunduz] nicht von dem Provinzgouverneur und auch nicht von den lokalen Autoritäten repräsentiert fühlen, wie wir es hier auch im Untersuchungsausschuss gehört haben?«
Dr. Angela Merkel: »Also, es wundert mich nicht; sagen wir mal so.«
Aus der Vernehmung der Bundeskanzlerin im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 10. Februar 2011[1]

»Ich musste, und habe auch sehr schnell gelernt, dass man mit unserem Werte- und juristischen Verständnis hier völlig falsch liegt. Ich habe Zweckbündnisse bilden müssen, die teilweise nur Tage hielten. Aber so machen es hier alle.«
Oberst i.G. Artur Schwitalla, 2006 bis 2007 Kommandeur des PRT Faizabad[2]

Nachdem die vorhergehende Untersuchung die allgemeine Selbstreferenzialität des internationalen sowie deutschen Engagements herausgestellte hatte, soll dieses Kapitel die Frage beantworten, ob dies auch für den entscheidenden Umgang mit afghanischen Machthabern galt. Da es die Hauptaufgabe der ISAF war, in den Provinzen die Herrschaft der Zentralregierung zu stärken und damit die der nicht-staatlichen Machthaber zu schwächen, kommt dieser Frage eine entscheidende Bedeutung zu. Um die Praxis zu verstehen, ist zudem das objektive Verhältnis zwischen den Akteuren der Bundeswehr und den lokalen afghanischen Machthabern herauszustellen. Wie gestalteten sich also die Machtpositionen in den hier mit Elias als Figurationen bezeichneten gegenseitigen Verhältnissen? Dafür ist zunächst zu klären, welche verallgemeinerbaren Deutungsmuster der afghanischen politischen Verhältnissen bei den deutschen Akteuren zu erkennen sind. Wie nahmen sie also ihre lokalen Gegenüber wahr? Hiernach ist die konkrete Praxis zuerst der ministeriellen Entscheidungsträger zu analysieren, da diese formal das Verhalten der Truppe bestimmen sollten. Darauf folgt eine Untersuchung der Handlungen der eingesetzten Soldaten in den beiden Provinzen, in denen sich die Bundeswehr hauptsächlich engagierte, Kunduz und Badakhshan.

Als hauptsächlich verwendete Quellen, um die Praxis der ministeriellen Akteure zu untersuchen, dienen vor allem von diesen veröffentlichte Dokumente. Sie sind zum einen in Hinblick auf die ihnen zugrunde liegenden Wertungen zu analysieren. Zum anderen lässt sich die Praxis der Akteure dieser Ebene da-

---

1 Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode Verteidigungsausschuss als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG, Stenografisches Protokoll der 49. Sitzung des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG – zugleich 79. Sitzung des Verteidigungsausschusses – am Donnerstag, dem 10.02.2011, 14.00 Uhr Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin, (Protokoll Nr. 49 – endgültige Fassung – (Sitzungsteil Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich), S. 84.

2 Schwitalla, Afghanistan, S. 103.

raus ablesen, da sie sich als Zeugnis inner- und interministeriellen Konsenses darin niedergeschlagen hat. Grundsätzlich sind jedoch Quellen über die Praxis auf diesem Feld dünn gesät. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass aufgrund des Strategiedefizits die dort Verantwortlichen kaum Entscheidungen über den konkreten Umgang mit afghanischen Machthabern trafen, sondern dies – wie im Lauf des Kapitels gezeigt – an die unteren Hierarchieebenen delegierten. Allgemein dienen darüber hinaus Drucksachen des Bundestags sowie an die Öffentlichkeit gelangte Rechenschaftsberichte des BMVg als Quellengrundlage. Hinzu kommen Selbstzeugnisse der eingesetzten Soldaten und Presseerzeugnisse. Aufgrund der schwierigen Informationslage existieren so gut wie keine wissenschaftlichen Studien über die deutsche Praxis im Umgang mit afghanischen Machthabern. Entscheidend sind daher auch die für diese Arbeit mit Vertretern der Bundeswehr und afghanischen Akteuren geführten Interviews.

Im Ergebnis zeigt dieses Kapitel, dass sich die Praxis der Bundeswehr auch auf dem Feld des Umgangs mit lokalen Machthabern als teilweise selbstreferenziell charakterisieren lässt. Gleichwohl zwangen die wahrgenommenen Bedrohungen ihre Verantwortlichen im Gegensatz zu anderen Praxisbereichen dazu, sich im Lauf der Zeit stärker an den afghanischen Verhältnissen zu orientieren. Die Selbstreferenzialität äußerte sich zunächst darin, dass die deutschen Entscheidungsträger auf allen Ebenen die Bedingungen in Afghanistan weitgehend nach den Verhältnissen im Westen bewerteten. Ursächlich hierfür war allein schon das enorme Informationsdefizit über die lokalen Machtstrukturen. Ihren stark vom staatlichen Feld der Heimat geprägten Dispositionen entsprechend sahen sie daher zunächst vor allem die afghanischen Staatsvertreter als positiv. Hinzu kam, dass sie den modernen staatlichen Wahrnehmungsschemata gemäß versuchten, die afghanischen Akteure in feste Kategorien einzuteilen, obwohl die Fluidität der lokalen Verhältnisse dagegen sprach. Auf eben solche Kategorien bezogen sich auch nur die Anweisungen der Entscheidungsträger auf ministerieller Ebene. Sie blieben damit zu vage, um hieraus konkrete Handlungsanweisungen für die Truppenebene abzuleiten.

In den beiden Provinzen Kunduz und Badakhshan wurden die Habitus der Verantwortlichen der deutschen PRTs gleichwohl bald mit den realen Verhältnissen in Afghanistan konfrontiert, die stark vom staatlichen Feld in der Heimat abwichen. Da sie insbesondere am Anfang aufgrund geringer Truppenstärke und verwundbarer Stützpunkte militärisch in einer objektiv unterlegenen Position gegenüber den etablierten Machthabern waren, mussten sie ihre Dispositionen auf diese neuen Feldbedingungen abstimmen. Dementsprechend kooperierten sie sogar von Beginn an mit den afghanischen Akteuren, die ihnen am mächtigsten erschienen, auch wenn diese über keine formale Position verfügten. Erleichtert wurde dies dadurch, dass in beiden Provinzen zumindest anfangs die jeweils als am stärksten wahrgenommenen Machthaber zusätzlich über symbolisches Kapitel in Form offizieller Posten verfügten – auch wenn diese nicht der formalen Hierarchie entsprachen.

Die Deutschen merkten zudem bald, dass die afghanischen Staatsvertreter nicht im Sinne ihres Amts handelten und die an juristischen Wertungen orientierten Kategorien nicht anwendbar waren. Auf das Vermeiden von Konflikten ange-

wiesen, zeigte sich, dass die deutschen Verantwortlichen auch nachdem sie ihre Kontingente verstärkten, die schwächere Position in den Figurationen mit afghanischen Machthabern innehatten. In mehreren Auseinandersetzungen machten sie diesen daher immer wieder Zugeständnisse. Insbesondere in Badakhshan verstetigte sich daher ihre Praxis, mit inoffiziellen Machthabern zum Selbstschutz eng zu kooperieren. Erst nachdem der Habitus der deutschen Akteure in den Provinzen mit den objektiven afghanischen Verhältnissen konfrontiert wurden, änderten sich auch die Wertungen der ministeriellen Verantwortlichen. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums entwickelten sie gleichwohl auf dieser Grundlage keine Strategie, sondern gestanden lediglich auch nicht-offiziellen Machthabern Legitimität zu.

Trotzdem verschwanden insbesondere durch die schnellen Kontingentwechsel nicht die staatlichen Dispositionen der deutschen Verantwortlichen. Aufgrund der Homologie zu den Habitus von modern ausgebildeten und nicht »korrupt« handelnden Afghanen nahmen sie dementsprechend diese Akteure weiterhin am positivsten wahr und versuchten, sie zu unterstützen. In gewisser Weise erkannten sie sich selbst in ihnen wieder. Allerdings übersahen sie hierbei, dass mit diesen Dispositionen in der Regel geringes soziales Kapital bei den Afghanen auf dem Feld der beiden Provinzen einherging. Am Ende des Untersuchungszeitraums und unter dem Druck zunehmender Angriffe von Aufständischen erschienen ihnen daher intermediäre Akteure als ideale Kooperationspartner. Diese verfügten sowohl über genügend soziales Kapital, um die Aufstandsbewegung zu bekämpfen und sich im Amt zu behaupten, als auch über ausreichend symbolisches Kapital, um trotz einiger »korrupter« Praktiken in den Augen der Internationalen als legitim zu gelten. Der Fokus der Deutschen auf die offiziell legitimierten und mächtigsten Akteure hatte für die politischen Verhältnisse zur Folge, dass sie hiermit ungewollt bestimmte afghanische Fraktionen bevorteilten. Deren Konkurrenten und die ausgeschlossenen Bevölkerungsteile hingegen fühlten sich daraufhin zunehmend benachteiligt und nahmen die Bundeswehr als Gegner wahr.

1. Deutungsmuster von politischer Herrschaft in Afghanistan

Bevor die Praxis der Entscheidungsträger in der Truppe sowie in den damit befassten Ministerien untersucht wird, sind zunächst ihre verallgemeinerbaren Deutungsmuster im Umgang mit den politischen Verhältnissen Afghanistans herauszustellen. Diese ergeben sich aus den Wahrnehmungsstrukturen ihrer Habitus und lassen damit auf die von ihnen internalisierten Dispositionen schließen. Gemäß der im Theoriekapitel herausgestellten Staatstheorie Bourdieus zeigt sich dabei, dass die Verantwortlichen auf deutscher Seite moderne staatliche Wahrnehmungs- und Deutungsschemata sehr weitgehend internalisiert hatten. In diesem Sinne nahmen die meisten deutschen Entscheidungsträger die Bedingungen in Afghanistan angesichts wenig ausgeprägter legal-rationaler Staatlichkeit, schlechter Infrastruktur, Geschlechtertrennung und bewaffneter

Auseinandersetzungen übergreifend als vormodern und daher – so der meist gewählte Begriff – »mittelalterlich« wahr[3]. Unbeachtet blieben somit die im Afghanistan-Kapitel herausgestellten, genuin modernen sozialen Umbrüche und die hieraus resultierenden Praktiken und Lebensstile, die sich mit traditionalen vermischten.

Wie bei anderen westlichen Intervenienten in Afghanistan lassen sich diese Deutungsmuster in dem Sinne als »orientalistisch« (Edward Said) charakterisieren, dass sie von einer grundsätzlichen kulturellen Andersartigkeit der Afghanen mit »unterentwickelten«, also pejorativen Zügen ausgingen[4]. Dementsprechend erfreuten sich die derartig gefärbten Darstellungen des Publizisten Peter Scholl-Latour und dessen Auffassung von Afghanistan und »*der* islamischen Welt« großer Beliebtheit bei vielen deutschen Offizieren[5]. Anders als bei Said, der diese Sicht vor allem als Legitimation des westlichen Herrschaftsanspruchs interpretierte, erscheint sie im Fall der deutschen Akteure jedoch als Resultat der von diesen habitualisierten staatlichen Dispositionen. Denn diese führten dazu, dass die Deutschen nach Mitteln suchten, die afghanischen Akteure in konsistente Kategorien einzuordnen, wie sie in modernen Staaten existieren. Da staatliche Klassifizierungen wenig ausgeprägt waren, blieben nur vermeintlich kulturelle übrig.

Aus diesem Grund klassifizierten die Deutschen wie andere westliche Intervenienten die afghanische Bevölkerung im Allgemeinen und ihre politischen Verbände im Besonderen zuvorderst anhand von vergegenständlichten »Stämmen« und ethnischen Gruppen[6]. Ironischerweise waren Letztere, wie im Afghanistan-Kapitel dargelegt, selbst Ergebnis des freilich nicht sehr weit fortgeschrittenen afghanischen Staatsbildungsprozesses. Tatsächlich erwiesen sich diese Zugehörigkeiten jedoch als zu heterogen, um damit in der Praxis handlungsfähige politische Verbände zu konstituieren. Als Übertragung staatlicher Organisationsprinzipien auf die afghanischen Verhältnisse stellt sich auch der Fokus der deutschen und anderen Intervenienten auf das *paschtunwali* dar. Die Praxis dieses überhaupt erst ab den 1950er Jahren vereinzelt aufgezeichneten paschtunischen »Stammesrechts« war von den jeweiligen Machtkontexten ab-

---

3 Schetter, The Unknown Unknowns, S. 100. Vgl. aus der Fülle gleichlautender Wertungen die Selbstzeugnisse der Soldaten Luftlandebrigade 26: Auftrag für eine gesicherte Zukunft, S. 24; Hartmann, Zurück aus Kunduz, S. 24; Schwitalla, Afghanistan, S. 25–30.

4 Stanski, »So these Folks are Aggressive.«, S. 89 f.; Wimpelmann, Nexuses of Knowledge and Power in Afghanistan, S. 418 f.

5 So aus eigener Erfahrung Schetter, The Unknown Unknowns, S. 93. Vgl. zu dem Eindruck eines Besuchs Scholl-Latours in Afghanistan, bei dem dieser eigentlich Informationen sammeln wollte, am Ende aber ausschließlich erzählte, Koenigs, Das eigene Bild von der Lage vor Ort, S. 97.

6 Vgl. z.B. Auswärtiges Amt [u.a.], Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 1.9.2003, S. 5; Auswärtiges Amt [u.a.], Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 12.9.2006, S. 9; Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Militärlandeskundliche Unterlage (MLU), S. 14 f.; Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Geoinformation Nordafghanistan, S. 36–40. Vgl. zu dieser Praxis bei den US-Verbündeten Schetter, Introduction, S. 12 f. Auch die zuerst beim ZNBw und später beim Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr beschäftigte Landesexpertin konzentrierte sich vor allem auf afghanische »Stämme«. In einer Publikation schrieb sie einleitend, dass diese weiterhin für die afghanischen Verhältnisse bedeutend seien. Lanik, Lokale Herrscher, S. 140.

hängig und dementsprechend fluide[7]. Die Intervenienten sahen es hingegen im Sinne einer Satzung, die das Verhalten »*der* Paschtunen« determinieren würde[8].

Ebenso gängig war es im Sinne der Vergegenständlichung sozialer Verhältnisse, die einzelnen politischen Akteure in feste Kategorien einzuteilen. Demnach bezeichneten sie die sich meist als Taliban- oder Hezb-e-Islami-Anhänger bezeichnenden Aufständischen als »Opposing Militant Forces« (OMF) oder »Insurgents« (INS). Hiervon unterschieden sie »Local Power Brokers« (LPB) oder schlicht »Warlords« genannte Kommandeure nicht-staatlicher bewaffneter Gruppen sowie Akteure der »Organisierten Kriminalität« (OK). Von all diesen grenzten sie die einzelnen Vertreter der ANSF und anderer staatlicher Institutionen ab[9]. Sie wählten damit Begriffe, die auf die klaren Grenzziehungen in westlichen Staaten ausgerichtet waren. Besonders deutlich wird dies an dem erst im 20. Jahrhundert von westlichen Polizeiorganisationen kreierten Begriff der OK. Die Bezeichnungen erlaubten es dagegen nicht, die im Afghanistan-Kapitel herausgestellte Fluidität und Kontextabhängigkeit der politischen Zugehörigkeiten in den afghanischen Auseinandersetzungen zu erfassen. Denn diese strukturierten sich eher als Machtkämpfe, in denen die Inhaber der stärksten Positionen sich oftmals – wenn auch zeitlich begrenzt – staatlich legitimieren konnten, während sich die »Kräfte der Häresie« in den äußersten Fällen zu den Aufstandsgruppen bekannten. Elias kritisierte eine derartige Sicht daher als reine »Zustandssoziologie« im Gegensatz zu einer auf die sozialen Prozesse fixierten Betrachtungsweise[10].

Ihren staatlichen Dispositionen entsprechend, bewerteten die Deutschen und anderen Internationalen die afghanischen Staatsvertreter unter den genannten Akteuren am positivsten. »Warlords« hingegen erschienen als rein negativ jeglichen Staatsbildungsprozess hemmend[11]. Diese seien nicht an einer politischen Ordnung, sondern in erster Linie daran interessiert, sich im Chaos von Gewalt und Zerstörung zu bereichern, was durch staatliche Herrschaft verhindert werde[12]. Die genannten Kategorien erschwerten den Deutschen und anderen Internationalen dabei das Verständnis für die tatsächliche Konvergenz staatlicher und nicht-staatlicher Akteure. Obwohl informelle Austauschbeziehungen in Afghanistan der Regel entsprachen, bezeichneten sie diese zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren als »Korruption«[13]. Im Einsatz merkten freilich zahlreiche Soldaten, dass die genannten Kategorien und Wertungen nicht hilfreich waren, um die afghanischen Verhältnisse zu bezeichnen[14]. Auch wiesen zumindest von den US-Streitkräften angestellte Wissenschaftler die Vorstellung

---

7 Rzehak, Doing Pashto, S. 1 und S. 3; Ruttig, How Tribal Are the Taleban?, S. 4 f. und S. 8; Schetter, The Unknown Unknowns, S. 100.

8 Vgl. z.B. Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Militärlandeskundliche Unterlage (MLU), S. 5; Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Geoinformation Nordafghanistan, S. 38.

9 Vgl. auf breiter Quellenbasis Münch, Freund oder Feind?, S. 35 und S. 53–55. Vgl. allgemein für die ISAF Lijn, Imagi-Nation Building in Illusionstan, S. 176–180.

10 Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bd 2, S. XXII.

11 Vgl. zur Kritik an dieser verbreiteten Sicht Veit, Warlord, S. 487–491.

12 Vgl. insgesamt ausführlich hierzu Münch, Freund oder Feind?, S. 35, 38 f. und S. 53 f.

13 Ebd., S. 61.

14 Ebd.; Lindemann, Unter Beschuss, S. 90 f.

von »Stämmen« als politischen Verbänden oder »Korruption« als abweichendem Verhalten zurück[15].

Gleichwohl konnten sich diese fundierten Interpretationen offensichtlich nicht durchsetzen. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass die weiterhin angewendeten bürokratischen Verfahren manichäische Entscheidungen – für die wiederum eindeutige Kategorien erforderlich waren – geradezu erzwangen. So waren beispielsweise die afghanischen Akteure in Hinblick auf das Handeln der Regierung entweder als »Negative« oder als »Positive Influencer« in die Anfang 2010 eingeführte »Joint Prioritized Shaping and Influence List« (JPSIL) der ISAF einzutragen[16]. Hinzu kam, dass die Verhältnisse für die bürokratischen Geschäftsgänge, in denen auch nicht hierin eingearbeitete Entscheidungsträger mitwirkten, stark vereinfacht werden mussten, um sie überhaupt in absehbarer Zeit bearbeiten zu können. Dies galt insbesondere für die Abstimmung zwischen zahlreichen internationalen Partnern.

Unter den Internationalen führten die Misserfolge bei Demokratisierung und Staatsaufbau dazu, dass sich viele ab Mitte der 2000er Jahre zunehmend für »traditionale Strukturen« oder »hybride« Herrschaftsformen als Alternative interessierten[17]. Insbesondere von den US-Streitkräften beauftragte Wissenschaftler erkannten in einzelnen Fällen, dass die Hauptursache von Konflikten in Afghanistan die Transformation traditionaler Vergesellschaftungsformen war, die insbesondere die Taliban hervorbrachte. Allerdings zogen sie hieraus den Schluss, dass zur erfolgreichen Counterinsurgency die zerstörten Herrschaftsstrukturen vorerst wiederhergestellt, also etwa traditionalen Ältesten dominierende Stellungen zugewiesen werden müssten[18]. Sowohl bei den militärischen als auch zivilen Deutungsmustern dieser Art zeigte sich gleichwohl, dass die Intervenienten weiterhin die Oberhoheit darüber behalten wollten, was konkret als *legitime* traditionale Herrschaftsform zu gelten habe[19]. Soweit bekannt, formulierte in der Bundeswehr niemand eine derart explizit restaurative Ideologie für den Umgang mit afghanischen politischen Akteuren. Gleichwohl zeigen die folgenden Abschnitte, dass die Verantwortlichen ihre Dispositionen im Lauf der Zeit an die lokalen Verhältnisse anpassten.

2. Ministerielle Praxis im Umgang mit afghanischen Machthabern

Im Rahmen der ISAF und später NATO hatten sich die Vertreter der Mitgliedsstaaten, wie bereits geschildert, darauf festgelegt, die offiziellen afghanischen Regierungsvertreter dabei zu unterstützen, die Kontrolle über das Land zu gewinnen, staatliche Strukturen »aufzubauen« und Sicherheitskräfte aufzustel-

15 Vgl. My Cousin's Enemy is My Friend, S. 2; U.S. Army National Ground Intelligence Center, Complex Environments. A Sociopolitical Assessment of Corruption.

16 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/2884 [»Informationspolitik zum Afghanistan-Einsatz«], S. 10.

17 Wimpelmann, Nexuses of Knowledge and Power in Afghanistan, S. 408 f.

18 Vgl. ausführlich Zitelmann, Ethnologie im Krieg, S. 251–262.

19 Wimpelmann, Nexuses of Knowledge and Power in Afghanistan, S. 408 f. und S. 418 f.

len. Da es keine auf die tatsächlichen afghanischen Verhältnisse zugeschnittene Strategie gab, bestand keinerlei gemeinsame Linie für den Umgang mit inoffiziellen Machthabern oder Amtsinhabern, die nicht so handelten, wie es ihre Position formal vorsah.

So gingen letztlich alle Vertreter der Nationen mit großen ISAF-Kontingenten in ihren Verantwortungsbereichen auch informelle Zweckbündnisse mit inoffiziellen Machthabern ein[20]. Der Grund hierfür war, dass sie ihre eigenen Kräfte stets als zu gering einschätzten, um sich gegen umfassende Angriffe schützen zu können. Ein Motiv war also Selbstschutz. Insbesondere die US-Amerikaner kooperierten zudem mit Kommandeuren nicht-staatlicher bewaffneter Gruppen, um die im Laufe der Zeit immer stärker angewachsene Aufstandsbewegung zu bekämpfen[21]. Wie erwähnt, nahmen die US-Vertreter zudem massiven Einfluss auf die Zusammensetzung der afghanischen Regierung und den formalen, in Bonn Ende 2001 beschlossenen Staatsbildungsprozess[22]. Die Vertreter Großbritanniens sowie der Niederlande setzten zudem durch, dass die von ihnen als »korrupt« wahrgenommenen Gouverneure ausgetauscht wurden, bevor sie PRTs in den Provinzen übernahmen. In den genannten Fällen, in denen die Intervenienten Wunschkandidaten für staatliche Positionen nannten, wählten sie afghanische Akteure aus, deren Habitus aufgrund ihrer westlichen Bildung stärker homolog zu ihren eigenen waren als die anderer Afghanen[23].

Auch die deutschen außenpolitischen Entscheidungsträger entwarfen zu Beginn ihres Engagements keine nationale Strategie zum Umgang mit afghanischen Machthabern, die über die genannten legalistischen Grundsätze zur Unterstützung der offiziellen Amtsträger hinausging. Wie im Kapitel zum Nachrichtenwesen herausgestellt, war dies unter anderem schlicht darauf zurückzuführen, dass ihnen die nachrichtendienstlichen Informationen hierüber fehlten. Das gleiche galt für die zivile wissenschaftliche Erforschung Afghanistans, die seit den 1980er Jahren der Krieg, aber wohl auch der Wegfall vieler universitärer Positionen in diesem Feld hemmte. Auch war in den wichtigsten Institutionen zur außenpolitischen Politikberatung die entsprechende Expertise nicht vorhanden, sodass die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht »praxisgerecht« aufbereitet werden konnten[24]. Im Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), das Bundestag und Bundesregierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik beraten sollte, schufen die Verantwortlichen erst nach 2001 eine nur auf Afghanistan ausge-

---

20 Vgl. zur australischen Praxis Rafael Epstein and Jeremy Kelly, All Afghan Roads Lead to Khan. In: Sydney Morning Herald, 18.6.2011, sowie zur niederländischen »Dutch Army says Afghan Warlord is Being Paid to Let them Pass«. In: Afghanistan Sun, 8.1.2010.

21 Suhrke, When More is Less, S. 135; Bette Dam, Afghanistan: Obama's Men Scorn Dutch Tactics. In: Radio Netherlands Worldwide, 8.1.2010.

22 Barfield, Afghanistan, S. 298.

23 Ahmed Rashid, Chief Ousted as British Troops Head for Afghan Drug Region. In: Daily Telegraph, 23.12.2005; David Charter, Anthony Loyd and Richard Beeston, The British Have Made Matters Worse, Says Afghan President. In: The Times, 25.1.2008; The Dutch Engagement in Uruzgan, S. 29.

24 Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, S. 101–105, behauptet das Gegenteil, leitet dies jedoch aus dem bloßen Vorhandensein von Studien ab, ohne detailliert auf deren empirischen Gehalt und Qualität einzugehen.

richtete Stelle. Im Fall des teilweise vom AA finanzierten und für dieses tätigen Deutschen Überseeinstituts (DÜI) bzw. ab 2006 German Institute of Global and Area Studies (GIGA) existierte zu keinem Zeitpunkt eine volle Stelle, die sich ausschließlich mit Afghanistan befasste[25].

Davon abgesehen, waren die Verantwortlichen aber auch gar nicht besonders daran interessiert, wissenschaftliche Landexpertise in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen[26]. Andernfalls hätten sie darauf gedrängt, die notwendigen Stellen zu schaffen. Denn gegebenenfalls von den eigenen Positionen abweichende wissenschaftliche Stellungnahmen hätten den gesamten Entscheidungsprozess, der sich – wie hier argumentiert – eben nicht an den Bedingungen in Afghanistan ausrichtete, aus Sicht der Verantwortlichen nur unnötig behindert. Mit Blick auf die geringe Relevanz wissenschaftlicher Expertise für die politischen Entscheidungsträger ist somit auch die zunächst bizarr anmutende Einladung Scholl-Latours als Experte in die Sachverständigenanhörung des Deutschen Bundestags zum Thema »ISAF-Einsatz – Lessons Learned« im April 2014 völlig plausibel[27].

Trotz des Informationsdefizits versuchten die Vertreter des AA, wie wohl alle westlichen Akteure, das zentralstaatliche afghanische Feld zu beeinflussen, indem sie Posten mit vermeintlich »deutschfreundlichen« Akteuren besetzten. Es zeigt sich damit erneut die dem habitualisierten außenpolitischen Weltbild entspringende Praxis, durch das Besetzen einflussreicher Positionen in den internationalen Beziehungen Macht ausüben zu wollen. Als geeignet erschienen ihnen hierfür oft in Deutschland im Exil lebende oder zumindest deutschsprachige gebildete Afghanen, die politisch in ihrem Heimatland eine herausgehobene Rolle gespielt hatten und deren Habitus entsprechend homolog waren. Da die meisten von ihnen ehemalige, oftmals in der DDR ausgebildete Kommunisten waren, scheint ihre konkrete politische Ausrichtung weniger bedeutend gewesen zu sein[28]. Allerdings vertrauten die Deutschen ihnen nicht vollends, wie die Überwachung selbst der familiär in Deutschland verwurzelten afghanischen Minister Spanta und Farhang durch den BND zeigte[29].

Auch sollte sich bald erweisen, dass die ehemaligen kommunistischen Machthaber durch ihre Zeit im Exil und die Veränderungen des afghanischen politischen Felds in den schon damals über zwanzig Jahren Krieg einen Großteil ihres

---

25 Dies mag an dessen organisatorischer Aufteilung in »Orient« und »Asien« gelegen haben, durch deren Raster Afghanistan fiel, da das Land beiden zugeordnet werden konnte.

26 Schetter, The Unknown Unknowns, S. 92.

27 Deutscher Bundestag Auswärtiger Ausschuss 18. Wahlperiode, Mitteilung. Thema der öffentlichen Anhörung: ISAF-Einsatz – Lessons Learned. Von den Sachverständigen war Thomas Ruttig, Ko-Direktor des Afghanistan Analysts Network, der einzige, der mit Dari- und Paschtu-Kenntnissen überhaupt eine der Landessprachen beherrschte.

28 In Zusammenhang hiermit stand wohl, dass der BND in den 1980er Jahren Verbindungen zu maoistischen Widerstandsgruppen knüpfte. Schmidt-Eenboom, Der BND in Afghanistan, S. 3. Der wohl wichtigste dieser afghanischen Vertreter war der Aachener Assistenzprofessor für Politikwissenschaft Spanta, ehemaliger Maoist und damit Anhänger der radikalsten Interpretation des Kommunismus. Er wurde afghanischer Außenminister und später Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten. Embassy Kabul, Cabinet Rumors.

29 Journalisten-Spitzelaffäre. BND beobachtete afghanischen Minister Farhang. In: SPON, 24.4.2008.

sozialen, kulturellen und symbolischen Kapitals verloren hatten. Die wichtigsten Positionen hatten sich hingegen, wie in Kapitel IV gezeigt, die Mudschaheddin angeeignet. Vertreter anderer Nationen des westlichen Lagers konnten, um diese zu beeinflussen, an ihre Kontakte aus der Zeit des Kalten Kriegs anknüpfen. Problematisch war für die Deutschen in dieser Hinsicht, dass die von ihnen in den 1980er Jahren zuvorderst unterstützte Mudschaheddin-Gruppe, die Hezb-e Islami Gulbudin Hekmatyars – damals mit Verbindungsbüro in Bonn –, nun die neue afghanische Regierung bekämpfte[30].

Die Deutschen blieben damit angewiesen auf die Shura-ye-Nazar-Fraktion der siegreichen Jamiat-e Islami, zu der seit Mitte der 1990er Jahre engere Verbindungen über den BND bestanden. Sie hielten dabei insbesondere mit Mohammad Qasim Fahim Kontakt, dem de-facto-Nachfolger Ahmad Shah Massouds und damit wichtigsten Kommandeur dieser Fraktion[31]. Bis 2004 Verteidigungsminister, erhielt er auch danach seine Schlüsselposition etwa als Vizepräsident auf dem überregionalen politischen Feld Afghanistans. Auch die Vertreter der USA arbeiteten seit der Offensive gegen die Taliban eng mit Fahim zusammen[32], was die Annäherung für die Deutschen ebenfalls erleichtert haben wird. Letztere nahmen Fahim offenbar als »deutschfreundlich« wahr und pflegten die Beziehung zu ihm. Die materielle Leistung von deutscher Seite bestand hierbei vor allem in regelmäßigen medizinischen Behandlungen, auf die er wegen seiner schlechten Gesundheit angewiesen war[33]. Vor den Wahlen im Jahr 2004 benutzten sie dies als Druckmittel, um ihn nach dem angekündigten Verlust seines Postens als Vizepräsident zum Verbleib in der Regierung zu drängen[34]. Dabei war ihnen bewusst, dass er keine »reine Weste« hatte, sondern zahlreiche Menschenrechte verletzt hatte und sich bereicherte[35].

Im Gegensatz zu den genannten Verbündeten versuchten die deutschen ministeriellen Akteure nicht, afghanische Amtsinhaber austauschen zu lassen oder auf sonstige Weise aktiv und gezielt die Machtstrukturen in den Provinzen zu beeinflussen[36]. An ihrem Umgang mit Fahim zeigt sich allerdings bereits, dass auch ihre Praxis, nachdem sie mit den objektiven Verhältnissen in Afghanistan konfrontiert wurden, vom legalistischen Ideal abwich. Dieser langfristige

---

30 Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8252 [»Kontakte zu islamistischen Milizen und Terrororganisationen in Afghanistan«], S. 1 f. und S. 6.

31 Schmidt-Eenboom, Der BND in Afghanistan, S. 5 f.

32 Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 44 und S. 72 f.

33 Vgl. Julia Maria Amberger, Ex-Warlord im Bundeswehrkrankenhaus. Gekaufte Freundschaft. In: taz, 13.6.2013; Hillier, A Soldier First, S. 312 f. Hinzu kamen de-facto-Geschenke, die sich Fahim eher selbst nahm, als dass sie ihm offeriert wurden. So ließ er eine kostbare Uhr bei einem Deutschland-Aufenthalt aufwändig reinigen, ohne dies vor Abreise zu bezahlen. Als Gastgeber standen die Vertreter des AA schließlich vor der Entscheidung, die Rechnung entweder zu begleichen oder dies abzulehnen und ihn eventuell damit zu brüskieren. Sie entschieden sich daher für Ersteres. Interview mit ehemals in Afghanistan eingesetztem Angehörigen des AA in Berlin, 28.6.2012.

34 Hillier, A Soldier First, S. 312.

35 Interview mit ehemals in Afghanistan eingesetztem Angehörigen des AA in Berlin, 28.6.2012. So selbst unter den Soldaten auf unterster Truppenebene: Wohlgethan, Operation Kundus, S. 28.

36 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 66.

Abstimmungsprozess zwischen Habitus und Struktur schlug sich in den von Vertretern aller beteiligten Ressorts erarbeiteten Afghanistan-Konzepten nieder. So hieß es noch in dem ersten Afghanistan-Konzept von 2003 vorbehaltlos, dass es das Ziel sei, »den Einfluss der Zentralregierung« und »die Effizienz der Provinzregierung zu stärken«[37]. Ernüchtert hieß es allerdings bereits im nächsten Konzept von 2006:

> »Bei der Besetzung hoher Regierungs- und regierungsnaher Ämter in den Provinzen wurden teilweise Personen berücksichtigt, denen erhebliche Verstrickungen in kriminelle Aktivitäten, insbesondere in den Drogenhandel, oder schwere Menschenrechtsverletzungen aus der Bürgerkriegszeit nachgesagt werden und die nicht die Gewähr für eine unparteiliche, professionelle und gesetzeskonforme Ausübung ihres Amtes bieten. Als Begründung hierfür wird oft die Befürchtung einer Verschlechterung der Sicherheitslage angegeben, sollten solche Kräfte ausgegrenzt werden. Die bisherige Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass die Präsenz belasteter Kräfte in Regierungsämtern die Sicherheitslage nicht verbessert, ihre Entfernung aus solchen Ämtern sie jedenfalls nicht verschlechtert[38].«

Die Schuld hierfür sahen die Verfasser bei der afghanischen Regierung, die mittlerweile sogar einräume, »dass es in ihren Reihen Korruption gibt und sie besondere Anstrengungen zu ihrer Beseitigung unternehmen muss«[39]. An anderer Stelle hieß es, dass zwar das zentralstaatliche Modell »dem Willen der Bevölkerung« entspreche. »Andererseits ist es genauso afghanische Tradition, die Zentralgewalt durch lokal legitimierte Gegengewichte auszutarieren und zu ergänzen.« Als Beispiel nannten die Verfasser die 2005 noch ohne gesetzliche Grundlage gewählten Provinzräte[40]. Mit diesen Aussagen deutete sich an, dass die Entscheidungsträger es für sinnvoll hielten, auch nicht-staatliche Akteure als Gegengewicht zu verwenden, wenn die offiziellen Machthaber nicht gemäß ihrer Position handelten. Wie unten gezeigt wird, hatten sich somit offenbar vor allem die vor Ort mit dem langjährigen Gouverneur von Kunduz, Mohammad Omar, gemachten Erfahrungen auf ministerieller Ebene niedergeschlagen.

Es spiegelt sich damit auf deutscher Seite der genannte Prozess unter den Intervenienten wider, in dessen Zuge sich diese für »traditionelle Strukturen« als Kompensation für aus ihrer Sicht defizitäre offizielle Arrangements begeisterten. Im folgenden Afghanistan-Konzept von 2007 hieß es dementsprechend ausdrücklich, dass die Bundesregierung nicht nur »Ansätze zur Stärkung von lokalen Strukturen« unterstützen, sondern sich auch »für die Ablösung offenkundig korrupter oder ungeeigneter Funktionsträger einsetzen« würde. Offenbar um die Befürchtung zu zerstreuen, das ursprüngliche Ziel der Stärkung der Zentralgewalt könnte unterlaufen werden, hieß es an anderer Stelle, dass sie den »eigenen Umgang mit lokalen Machthabern laufend überprüfen« würde[41].

---

37 Auswärtiges Amt [u.a.], Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 1.9.2003, S. 7.
38 Auswärtiges Amt [u.a.], Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 12.9.2006, S. 7 f.
39 Ebd., S. 8.
40 Ebd., S. 19.
41 Bundesregierung, Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, August 2007, S. 18, 20 und S. 40.

Während das Afghanistan-Konzept von 2008 die zitierten Aussagen bekräftigte, fehlte nun der letztgenannte Satz[42].

Vollständig legitimierten die außenpolitischen Entscheidungsträger die Kooperation mit nicht-staatlichen Machthabern allerdings erst im September 2012 mit durch Vertreter des AA, BMVg und BMZ unterzeichneten »Ressortübergreifenden Leitlinien« zur »Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten«. Hier hieß es erstmals explizit, dass die »internationale Gemeinschaft [...] bei ihren Stabilisierungs- und Aufbaubemühungen die lokalen Eliten einbinden und wesentliche Kerngruppen aktiv beteiligen (*inclusive-enough pacts*) [muss]. Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung der jeweiligen Länder, über ihre Führer und Autoritäten zu entscheiden«[43]. Noch weiter ging ein Entwurf des Konzepts einige Monate vor Abschluss der Arbeiten hieran. Dort hatte es nach der genannten Passage sogar noch geheißen:

> »In Einzelfällen können – nach sorgfältiger Güterabwägung – auch Kompromisse mit nationalen oder lokalen Führungspersonen erforderlich sein, die in der Vergangenheit mit Gewaltphänomenen oder unzureichender Regierungsführung in Verbindung standen[44].«

Allerdings strichen die Verantwortlichen den Satz aus dem Konzept, über das mittlerweile in der Presse berichtet worden war[45].

Da keine übergreifende politische Strategie vorhanden war, konnten die für den deutschen ISAF-Einsatz im BMVg Verantwortlichen keine inhaltlichen Weisungen erteilen, auf welches konkrete Ziel genau beim Umgang mit afghanischen Machthabern hinzuarbeiten sei. Sie versuchten daher eher, ex negativo formal den Rahmen für das erlaubte Verhalten abzustecken. So hieß es in einer Weisung des BMVg vom 17. Februar 2010, dass es nicht erlaubt sei, Milizen in die eigene Operationsführung einzubeziehen[46]. In der Praxis sollte sich dies allerdings oft als nicht handhabbar erweisen, sodass derartige formale Befehle eher der eigenen Absicherung gegen »negative Verantwortlichkeit« gedient haben dürften. Schrittweise sahen sie sich aber gezwungen, die unten näher dargelegten Arrangements der Truppe mit inoffiziellen Machthabern zu legitimieren[47]. In den zitierten Dokumenten spiegelte sich also der Grundsatz des »form follows function« wider.

---

42 Bundesregierung, Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, September 2008, S. 20.

43 Auswärtiges Amt/Bundesministerium der Verteidigung/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten, S. 5. Hervorhebung im Original.

44 Planungsstäbe AA/BMZ/BMVg, Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten [Entwurf], S. 3 f.

45 Der später wieder gestrichene Satz blieb in der Presse unerwähnt. Afghanistan I. Weniger Demokratie wagen. In: Der Spiegel, 17/2012, S. 16.

46 Zit. nach Bundesregierung, Fortschrittsbericht Afghanistan, Dezember 2011, S. 20.

47 Im August 2013 antworteten Vertreter des AA auf eine parlamentarische Anfrage nach den Gründen der Bundesregierung, afghanische »Politiker und Milizenführer« einzuladen und medizinisch zu behandeln, dass dies der »Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Afghanistan oder [der] Professionalisierung der afghanischen Sicherheitskräfte« dienen könne. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/14632 [»Einladungen und medizinische Behandlung afghanischer Politiker und Milizenführer in Deutschland«], S. 6.

3. Die Praxis der Truppe im Umgang mit afghanischen Machthabern

a) Grundsätzliche Arrangements des »Key Leader Engagements«

Innerhalb der NATO hatte sich »Key Leader Engagement« (KLE) als standardisierter Begriff für den Umgang mit Machthabern im Einsatzgebiet etabliert. Demnach wären zuerst die »Key Leader« zu identifizieren und danach Informationen über sie und ihr Umfeld zu sammeln. Vor Ausführung des KLE sollten schließlich noch gemäß der Vorstellungen von EBO/EBAO die »erwünschten Effekte« herausgestellt werden, die durch den Umgang mit den Schlüsselpersonen zu erzielen waren[48]. Soweit aus den Interviews deutlich, waren die ISAF- bzw. NATO-Vorschriften hierfür aber in den deutschen ISAF-Kontingenten ohnehin weitgehend unbekannt; nationale existierten nicht[49].

Betreiben sollten das KLE die Kommandeure des RC North sowie der PRTs, maßgeblich unterstützt durch hierfür vorgesehene Landeskundliche Berater (LKB) bzw. später Interkulturelle Einsatzberater (IEB)[50]. Die Kommandeure selbst waren bestenfalls einige Tage unter anderem durch den BND auf die Mächtekonstellationen im Einsatzgebiet vorbereitet worden und verfügten somit über keine tieferen Kenntnisse der örtlichen Sprachen und Kultur. Insbesondere da sie auch noch viele andere Aufgaben hatten, werden sie daher die zahlreichen neuen, häufig unterschiedlich transkribierten fremdartigen Namen von Machthabern vor allem verwirrt haben[51].

Um auf lokale afghanische Machthaber Einfluss nehmen zu können, hätten die für diese Aufgabe Verantwortlichen mit den besten vorhanden Informationen ausgestattet werden müssen – idealerweise über einen unmittelbaren Zugriff auf die Erkenntnisse des Militärischen Nachrichtenwesens (MilNW). Offenbar da die höchsten Entscheidungsträger die Aufgabe der LKB/IEB im Sinne von »interkultureller Kommunikation« interpretierten, gehörten sie jedoch der Truppe für Operative Information an. Deren Angehörige sollten die gegnerischen Streitkräfte und Bevölkerungen im Sinne von »Psychological Operations« (PsyOps) beeinflussen. In dieser Funktion unterstanden sie dem Zentrum für Operative Information (ZOpInfo) bzw. später Zentrum für Operative Kommunikation (ZOpKom), dessen Verantwortliche – der üblichen Praxis entsprechend – darauf achteten, keine Kompetenzen an andere Bereiche zu verlieren[52].

Dadurch, dass die LKBs/IEBs dem ZOpInfo/ZOpKom unterstanden, fehlte ihnen aber der unbeschränkte Zugriff auf die Informationen des MilNW. Damit waren es erneut die Machtkämpfe innerhalb der Bundeswehr, welche die Gestalt

---

48 Vgl. offenbar hiervon abgeleitet Asymmetric Warfare Group, Afghan Key Leader Engagement (KLE).

49 Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 10.1.2012.

50 Vgl. dazu Interkultureller Einsatzberater im Raum KUNDUZ. In: Streitkräftebasis.de, 3.11.2011; Stahnke, Der »islamische Faktor«, S. 13.

51 Schetter, The Unknown Unknowns, S. 90; Münch, Freund oder Feind?, S. 37–39.

52 Münch, Freund oder Feind?, S. 30. Vgl. auch den anonymen Beitrag eines offenbar in dem Bereich tätigen Soldaten: Dirk, Landeskundliche Unkenntnis der deutschen Soldaten führte mit zum verheerenden Kunduz-Luftschlag. In: Soldatenglück, 2.4.2010.

ihrer Praxis bestimmten, und weniger die eigentlichen Aufgaben im Einsatzland. Das Ausmaß, in dem die LKBs/IEBs auf Informationen des MilNW zugreifen konnten, hing somit von deren persönlichen Kontakten zu den Nachrichtenoffizieren im Feld ab. Im Zuge dieser Aufteilung der beiden Bereiche sollten nur die LKBs/IEBs die höchsten Machthaber, also etwa afghanische Armeekommandeure oder Älteste, kontaktieren, während die Feldnachrichtenkräfte des MilNW formal für alle niederrangigen Akteure zuständig waren[53]. Dies erschwerte offensichtlich den Austausch von Informationen zwischen beiden. Obwohl auch sie sich über die Wahrhaftigkeit ihrer Ansprechpartner nicht sicher sein konnten, »führten« die LKBs/IEBs – anders als im MilNW – ihre Ansprechpartner zudem nicht als Quellen, indem sie diese ständig bewerteten, dies schriftlich festhielten und somit für ihre Nachfolger nachvollziehbar machten[54].

Die LKBs/IEBs waren meist Zivilisten, die als Reservisten für einen bestimmten Einsatz ihren Dienst leisteten oder mit befristeten Verträgen für in der Regel zwei Jahre in die Bundeswehr eintraten, im Auslandseinsatz allerdings auch einen Reserveoffizierdienstgrad innehatten und Uniform trugen. Wie im Bereich des Nachrichtenwesens richteten die Verantwortlichen also keine eigene Laufbahn ein. Ebenso gab es keine tiefer gehende inhaltliche Ausbildung. Zivilisten oder Reservisten von außerhalb der Bundeswehr für die Aufgabe als LKB/IEB zu rekrutieren, erlaubte es, Leute mit besonderer Expertise für Afghanistan einzustellen. Allerdings traf dies nur auf die wenigsten zu[55]. Von allen LKBs/IEBs, über die im Rahmen dieser Arbeit Informationen gesammelt wurden, sprachen nur zwei überhaupt eine der afghanischen Landessprachen. Die übrigen hatten – wenn überhaupt – eine eher lose Verbindung zu Afghanistan[56]. Mehrere schienen dem Land sogar abgeneigt[57].

Der Grund für die meist wenig an ihren Auftrag angepasste Qualifikation der LKB/IEB dürfte unter anderem sein, dass die Aufgabe für wirkliche Afghanistan-Experten finanziell nicht attraktiv war und der befristete Vertrag keine Sicherheit

---

53 Tatsächlich führten die Feldnachrichtenkräfte aber oftmals auch Machthaber der höheren Kategorie. Interview mit ehemals in Kunduz tätigem Nachrichtenoffizier in Berlin, 10.1.2012.

54 Ein vor allem in Afghanistan tätiger IEB sagte, dass er grundsätzlich keine Datenbanken mit Gesprächen pflege, da die Informationen zu komplex seien. Vortrag von IEB am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Zentralasien-Seminar der Humboldt Universität zu Berlin, 19.5.2014.

55 Dirk, Landeskundliche Unkenntnis der deutschen Soldaten führte mit zum verheerenden Kunduz-Luftschlag. In: Soldatenglück, 2.4.2010.

56 Typisch scheint der Fall eines Reservisten, der vor 1990 Wehrübungen im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit abgeleistet hatte. Zu Beginn der Balkan-Einsätze fungierte er dann als LKB, da er sich ja bei der Zusammenarbeit mit Zivilisten auskannte. Da er in diesen Gebieten häufig mit Muslimen in Kontakt geriet, galt er zum Zeitpunkt der Intervention in das islamische Afghanistan als geeignet und wurde erneut LKB. Interview mit ehemaligem LKB, Kabul 30.3.2011. Vgl. auch Dirk, Landeskundliche Unkenntnis der deutschen Soldaten führte mit zum verheerenden Kunduz-Luftschlag. In: Soldatenglück, 2.4.2010.

57 Vgl. z.B. das Interview mit einem IEB von Arnon Grünberg, Die Hunde, die ich rief. In: der Freitag, 29.1.2012.

bot[58]. Auch suchten die Verantwortlichen im ZOpInfo offenbar gar nicht nach Experten für Afghanistan. Stattdessen bemühten sie sich – bürokratischer Standardisierung entsprechend – häufiger um Generalisten für »*die* islamische Welt«, womit sie unterstellten, dass Länder mit muslimischen Bevölkerungsmehrheiten grundsätzlich vergleichbar vergesellschaftet wären. Auf diese Weise konnten sie flexibler auf den wechselnden Personalbedarf in den verschiedenen Einsatzgebieten wie dem Balkan, Libanon oder dem Horn von Afrika reagieren. Die letztlich recht dünne Stellenbesetzung[59] führte jedoch bei Friktionen dazu, dass häufig Posten im Einsatz unbesetzt blieben.

Aufgrund ihrer fehlenden Sprachkenntnisse waren die Akteure der Bundeswehr in Afghanistan fast durchweg auf Übersetzer angewiesen, die zur Abgrenzung vom staatlich geprüften Dolmetscher »Sprachmittler« hießen. Die hierfür zuständigen Verantwortlichen in der Wehrverwaltung rekrutierten diese aber nur teilweise unter den zahlreichen Deutsch-Afghanen, da eine der Bedingungen der Sicherheitsüberprüfung war, dass sie keine Familienverbindungen ins Einsatzgebiet aufweisen dürften. Während die in Deutschland familiär verwurzelten Sprachmittler oft als überwiegend loyal und aufgrund ihrer beidseitigen Sprachkenntnisse als kompetent galten, war dies bei den in Afghanistan für diese Aufgabe rekrutierten »Ortskräften« häufig weniger klar[60]. Letztere stellten jedoch die Mehrheit der Sprachmittler. Da diese meist nur Englisch als europäische Sprache beherrschten, wurde das Gesagte letztlich zweifach übersetzt. Als am zuverlässigsten und aufgrund der Sprachkenntnisse kompetentesten galten die in Deutschland, das heißt oftmals in der DDR im Rahmen der NVA-Ausbildungshilfe ausgebildeten Sprachmittler, von denen jedoch nur sehr wenige verfügbar waren[61]. Da die Verantwortlichen in der Bundeswehr – anders als in den US-Streitkräften – die übersetzten Gespräche nicht in unregelmäßigen Abständen aufzeichnen und überprüfen ließen, waren Kompetenz und Loyalität der Sprachmittler letztlich schwer einzuschätzen. Denn Aussagen von deutschen Soldaten mit guten Kenntnissen über die lokalen Verhältnisse zufolge gab es immer wieder Übersetzer, die eine eigene Politik verfolgten und eher die Gesprächsführer der Bundeswehr führten[62].

Insgesamt war der gesamte Bereich des KLE mit im Verhältnis zu seiner Bedeutung erstaunlich wenigen Ressourcen ausgestattet, zudem prägten auch ihn Machtkämpfe zwischen den jeweils leitenden Akteuren, die keine Kompetenzen und Mittel verlieren wollten. Es spiegelt sich also der geringe Stellenwert wider, den die bei der Ausplanung der Bundeswehr-Struktur Verantwortlichen dem KLE beimaßen oder angesichts der Forderungen von alteingesessenen Bereichen zugestehen wollten. Dies verweist darauf, dass die Kompetenzen dieses Bereichs für die Praxis gar nicht relevant waren, da sich die höchsten Entscheidungsträger

---

58 Die IEB waren nach E13 besoldet und erhielten im Einsatz den Dienstgrad Major. Bundesministerium der Verteidigung, Referat PSZ II 8, Stellenangebote für Angestellte und Beamte.

59 Nachtwei, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 7.

60 Telefoninterview mit ehemaligem deutschen Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2006 in Badakhshan diente, 7.11.2011. Vgl. auch die entsprechend skeptischen Wertungen z.B. bei Wohlgethan, Operation Kundus, S. 111; Schröder, Nacht über dem Hindukusch, S. 104.

61 Marcus Mohr, Männer ohne Eigenschaften. In: zenith, 12 (2011), 2, S. 53 f.

62 Interviews mit ehemaligen Offizieren der Feldnachrichtentruppe 2010 bis 2012.

ohnehin weniger an den lokalen Verhältnissen orientierten als an den im Laufe dieser Arbeit herausgestellten Interessen.

b) Kommandeure bewaffneter Gruppen in Kunduz

Um die Strukturen der deutschen Praxis auf der entscheidenden Provinzebene herauszuarbeiten, werden im Folgenden die Handlungen in den beiden Hauptverantwortungsgebieten in Kunduz und Badakhshan analysiert. Wie oben bereits dargelegt, waren sowohl die Vorgaben der Vorgesetzten in den übergeordneten ISAF-Einrichtungen als auch den deutschen Kommandobehörden und Ministerien derart vage, dass sie den Bundeswehr-Kommandeuren des RC North und der PRTs einen großen Handlungsspielraum ermöglichten[63]. Da sie verhindern wollten, dass deutsche Soldaten getötet wurden, kamen bereits in Kabul und als Kommandeur des JFC-B eingesetzte deutsche Truppenführer zu dem Schluss, dass aufgrund ihrer relativ geringen Kräfte Übereinkünfte mit lokalen Machthabern erforderlich waren, um Angriffe zu verhindern[64]. Sie zielten also darauf, selbst keinen Nachteil zu erleiden, nicht jedoch, die lokalen Verhältnisse zu ändern.

Die gleiche Praxis war auch bei den PRT-Kommandeuren zu beobachten. Mitten in der Stadt in einem von schwer einzuschätzenden afghanischen Wachen geschützten Anwesen einquartiert, mit relativ geringen Kräften von nur bis zu 300 Soldaten ausgestattet, schätzten sie sich in Kunduz als militärisch unterlegen ein[65]. Auch die Evakuierung über den Flughafen war nicht gesichert, da der Kommandeur des VI. Korps der Afghan Military Forces (AMF) und Angehöriger der Shura-ye-Nazar-Fraktion der Jamiat, General Mohammad Daud Daud, diesen von seinen Kämpfern hatte besetzen lassen[66]. Er hatte außerdem bereits gegenüber deutschen Journalisten drohend gesagt, dass er nicht damit einverstanden sei, wenn die Bundeswehr mehr als 100 Soldaten einsetze[67]. So versuchten die Vertreter des PRT Kunduz gleich nach ihrer Ankunft ein möglichst gutes Verhältnis zu ihm zu erlangen, um Angriffe zu vermeiden. Der erste deutsche Kommandeur des PRT Kunduz schrieb in diesem Sinne recht offen:

---

63 So explizit Schwitalla, Afghanistan, S. 102. Vgl. auch Groeters, German General Staff Officer Education, S. 35.

64 So befürwortete der damalige Kommandeur des JFC-B, General Gerhard W. Back, 2006 explizit Abkommen wie das britische von Musa Qala mit den Taliban. Mission US NATO, North Atlantic Council Readout. Schon 2005 bezeichnete der deutsche ISAF-Kommandeur Heyst, Der deutsche Beitrag zur ISAF, S. 627, lokale Machthaber als Teil der afghanischen Kultur. Diese Auffassung vertrat z.B. auch der Reserveoffizier Lindemann, Unter Beschuss, S. 272 f.

65 Wohlgethan, Operation Kundus, S. 51, 57 und S. 72 f.; Nachtwei, Delegationsbesuch der »ISAF-Insel« PRT Kunduz, S. 2. Vgl. zu den Zweifeln der deutschen Führung an der Loyalität der afghanischen Wachen: Chiari, A New Model Army, S. 140.

66 Von der ehemaligen Taliban- zur Friedenshochburg. In: AFP, 28.8.2003; Wohlgethan, Operation Kundus, S. 51.

67 So ggü. Von der ehemaligen Taliban- zur Friedenshochburg. In: AFP, 28.8.2003; Bronwyn Curran, Afghan Commander Wants Germans to Fight Opium Poppy Explosion. In: Agence France-Presse, 25.10.2003.

»Das besondere Interesse des PRT war ausgerichtet auf den Kommandeur des VI. Korps der Afghan Military Force [sic!] (AMF), General Daoud und den [sic!] Kommandeuren der Divisionen. Im Vordergrund standen dabei Krisenmediation und Vereinbarung von Mechanismen der wechselseitigen Information und Verhandlungsführung im Konfliktfall, um u.a. auch Übergriffe und Angriffe auf eigenes Personal auszuschließen[68].«

Auch der damals im Einsatzführungskommando für das PRT Kunduz zuständige Stabsoffizier gab an, dass Daud aus Sicherheitsgründen als »main point of contact« diene[69]. Tatsächlich verfügte dieser als Korps-Kommandeur zwar über eine formale Position, doch handelte es sich bei den AMF nur dem Namen nach um offizielle Sicherheitskräfte[70]. Vielmehr waren dies bereits vor 2001 gebildete bewaffnete Gruppen, deren Angehörige in traditionalen Klientelverhältnissen zu ihren Kommandeuren standen, die wiederum selten den Anweisungen des afghanischen Verteidigungsministeriums folgten[71]. Auch war bekannt, dass Daud stark am lokalen Drogenhandel beteiligt war[72].

Hinzu kam, dass der Hauptansprechpartner eigentlich der zivile, der Hezb zugehörige Provinzgouverneur Abdul Latif Ibrahimi gewesen wäre. Diesen manövrierte Daud beim Besuch Joschka Fischers im April 2004 in Kunduz geschickt aus, indem er den deutschen Außenminister einfach entgegen des Protokolls zuerst am Flughafen empfing, ohne dass dieser protestierte[73]. Insgesamt wird deutlich, dass sich die Deutschen in erster Linie auf Daud konzentrierten, da sie ihn dauerhaft als den mächtigsten Akteur vor Ort wahrnahmen[74]. Die partielle formale Legitimation, über die er verfügte, erleichterte es ihnen, diese Praxis mit ihren staatlichen Dispositionen in Einklang zu bringen – zumal ihnen Ibrahimi als ebenso korrupt und in den Drogenhandel verstrickt galt[75]. In dieser Hinsicht hilfreich war auch der Habitus Dauds, der ihnen als vergleichsweise homolog zu ihrem eigenen erschien. Denn der 2004 erst 33 bis 34 Jahre alte Kommandeur gerierte sich keineswegs als rauer »Warlord«, sondern hatte kurz nach der US-Intervention Englisch gelernt, bezog sich in seinen Reden auf den westlichen Menschenrechts- und Entwicklungsdiskurs, trug bei offiziellen Anlässen einen zivilen westlichen Anzug und erklärte sich als erster bereit, seine Verbände entwaffnen zu lassen[76].

---

68 Schiebold, KUNDUZ – eine Herausforderung, S. 18.
69 Groeters, German General Staff Officer Education, S. 37.
70 Giustozzi, Military Reform in Afghanistan, S. 24.
71 Afghanistan. Getting Disarmament Back on Track, S. 2.
72 Groeters, German General Staff Officer Education, S. 37.
73 Johannes Leithäuser, »Wir helfen gerne«. In: FAZ.NET, 20.4.2004. Vgl. auch Freytag, Operation Afghanistan, S. 11.
74 So die Einschätzung in den Beiträgen der Offiziere Brandstetter, Nation Building in Afghanistan, S. 9; Groeters, German General Staff Officer Education, S. 37, und laut Wohlgethan, Operation Kundus, S. 203, von MAD-Offizieren in einem Lagevortrag.
75 So bereits die Einschätzung der Bundeswehr-Angehörigen des Erkundungskommandos in Kunduz: Afghanische Wirren. In: Der Spiegel, 37/2003, S. 19.
76 Willi Germund, Abmarsch zur Pistazien- und Obsternte. In: General Anzeiger, 3.9.2003; International Crisis Group, Disarmament and Reintegration in Afghanistan, S. 12; Thomas Wiegold und Annette Blettner, Trügerisches Idyll. In: Focus, 37/2003, S. 218–220; Nachtwei, Delegationsbesuch der »ISAF-Insel« PRT Kunduz, S. 6.

Dabei traf die Einschätzung der Deutschen, dass es sich bei Daud um den machtvollsten Kommandeur von Kunduz handelte, nicht zu. Sie waren offenbar vor allem zu dieser Annahme gelangt, da Fahim, Dauds Patron, ihnen versicherte, die Sicherheit der Deutschen vor Ort zu garantieren[77]. Dies erschien ihnen auch aus ihrer legalistischen Perspektive plausibel, da Fahim als Verteidigungsminister und Daud als Korps-Kommandeur für den Nordosten laut der formalen militärischen Unterstellungsverhältnisse die höchsten Posten bekleideten. Das Informationsdefizit verhinderte, dass sie die reale Machtverteilung wahrnahmen[78]. Tatsächlich übte der ebenfalls der Jamiat angehörende, rund 15 Jahre ältere Mir Alam, formal Kommandeur der Daud untergeordneten 54. Division, mehr Macht in Kunduz aus als dieser. Er verfügte zwar nicht über die ungeteilte Patronage Fahims, stammte jedoch im Gegensatz zu Daud aus Kunduz, wo er zuletzt lange gekämpft hatte und daher auf die Loyalität zahlreicher Anhänger zählen konnte[79].

Spätestens nachdem Daud für den Posten als stellvertretender Innenminister im August 2004 Kunduz verlassen hatte[80], nahmen auch die Deutschen Mir Alam als machtvollsten lokalen Kommandeur wahr. Er verfügte allerdings nach der Demobilisierung seiner Division im Herbst 2003 über keine offizielle Position mehr. Tatsächlich ließ er die meisten seiner Kleinwaffen verstecken und unterhielt weiterhin Verbindungen zu seinen Kämpfern, die nun oftmals in die offiziellen Sicherheitskräfte eintraten. Gleichzeitig generierte er ein hohes Einkommen durch Drogenhandel und indem er Leute in seinem Einflussbereich »besteuerte« sowie den Geldmarkt kontrollierte[81]. Aus den Wahrnehmungsrastern des staatlichen Habitus der Deutschen betrachtet, verfügte er somit über keinerlei formale Legitimität. Vielmehr sahen sie ihn durch seine »illegalen« Aktivitäten als Hindernis für die »Entwicklung« der Provinz und durch sein Gewaltpotenzial als möglichen Unruhefaktor und Gefahr für das PRT. Sie versuchten ihn daher

---

77 Struck spricht mit afghanischem Verteidigungsminister über Kundus. In: Agence France Presse, 11.8.2003. Ein deutscher General sagte damals, Struck »habe von Fahim als einem der Mächtigen, die eigentlich Afghanistan beherrschen, gesprochen.« Friedrich Kuhn, Reizthema Kundus. Deutsche Generale stehen dem möglichen Engagement der Bundeswehr in Nordafghanistan reserviert gegenüber. In: ddp Basisdienst, 14.8.2003. Auch die CIA und der BND bewerteten die Lage offenbar derart. So mit Bezug auf durchgesickerte nachrichtendienstliche Einschätzungen Friedrich Kuhn, »Vabanque-Spiel« Kundus. Geheimdienste sehen erweiterten Afghanistan-Einsatz eher skeptisch, mindestens 300 Mann gefordert. In: ddp Basisdienst, 27.8.2003. Vgl. auch Can Merey, Die Deutschen wollen Aufbauarbeit leisten, nicht Militärpräsenz zeigen. In: General-Anzeiger, 12.8.2003.

78 Vgl. zur insbesondere anfangs geringen Reichweite der deutschen Nachrichtengewinnung in Kunduz Chiari, A New Model Army, S. 143. Das geringe Wissen über die Region spiegelte sich auch in der Handreichung des Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Militärlandeskundliche Unterlage (MLU), S. 4 f., wider, in der die lokalen Machtverhältnisse bloß anderthalb Seiten einnahmen. Hierbei unterliefen den Verfassern zudem mehrere Fehler. Z.B. schrieben sie, Dostum sei »usbekischer Abstammung«, verwechselten also offenbar die afghanische Ethnie mit dem Nationalstaat Usbekistan. Den Gouverneur von Kunduz nannten sie »Hasi« statt »Haji« Abdul Latif. Im gesamten Text transkribierten sie Badakhshan durchgehend falsch.

79 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 11 f.

80 Afghan President Replaces Powerful Warlord. In: AFP, 31.8.2004.

81 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 11 f. und S. 21.

an das PRT zu binden und von Angriffen abzuhalten, indem sie ihn regelmäßig konsultierten und kostenlos medizinisch versorgten[82].

Um die von ihm ausgehende Gefahr zu reduzieren, versuchten die Deutschen bis 2009, Mir Alam immer wieder dazu zu bewegen, seine Waffen abzugeben. Er hingegen verfolgte das Ziel, seine faktische Machtstellung auch formal zu legitimieren. Daher versuchte er, Polizeichef von Kunduz zu werden und dafür die Unterstützung des PRTs zu gewinnen[83]. Bei besonderen Anlässen, wie vor seiner kurzzeitigen Ernennung zum Polizeichef der Nachbarprovinz Baghlan, gab er daher mehrmals feierlich einige Waffen ab[84]. Allerdings waren dies nicht alle, zumal er sich zwischendurch neue beschaffte[85]. Da seine Machtstellung und damit sein Bedrohungspotenzial hierdurch noch stärker geworden wären, lehnten die Deutschen – wie seine Gegner in der Provinz – es ab, ihm zum Amt des Polizeichefs zu verhelfen[86]. Eventuell setzten sich die deutschen Vertreter der nationalen Rank Reform Commission des afghanischen Innenministeriums von 2006 sogar dafür ein, dass er sein Amt als Polizeichef von Baghlan wieder verlor[87].

Mit den häufigeren Angriffen auf deutsche Soldaten in Kunduz ab 2006 sah sich die PRT-Führung allerdings gezwungen, stärker auf Mir Alam einzugehen, da sie annahm, dass er die lokalen Auseinandersetzungen entscheidend beeinflussen konnte. Sie versuchten ihn daher als Quelle für Informationen über die Aufständischen zu nutzen und mit seiner Hilfe die Raketenangriffe aus dem Khanabad-Distrikt gegen das Feldlager zu beenden[88]. Auch aufgrund der häufigen Kontingentwechsel gingen die Deutschen hierbei allerdings nicht konsistent vor, sodass sich ihre Versuche, auf Mir Alam zuzugehen, in widersprüchlicher Weise mit solchen abwechselten, ihn einzudämmen[89]. Aufgrund ihrer Inkonsistenz und des Informationsdefizits waren Letztere jedoch nicht erfolgreich. So versuchten die Verantwortlichen im PRT 2008, ein großes Waffenlager Mir Alams auszuheben. Formal korrekt, arbeiteten sie dabei mit dem NDS zusammen. Dessen damaligen Chef zählten sie laut einem Journalisten, der Vertreter des PRT interviewte, »zu den wenigen verlässlichen Freunden der Deutschen in der Region«[90]. Dabei übersahen sie jedoch, dass dieser seit dem Dschihad zu den Gefolgsleuten Mir Alams zählte[91]. Dementsprechend informierte er seinen

---

82 Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 10.1.2012. Medizinische Versorgung galt explizit als Mittel, um »Warlords« zu beeinflussen. Vgl. den Beitrag der deutschen Militärärzte Willy [u.a.], »Einsatzchirurgie«, S. 513. Vgl. auch Hartmann, Medical Service in Afghanistan, S. 388, der erwähnt, dass das medizinische Personal hierzu von der PRT-Führung gedrängt worden sei.

83 Anita Blasberg und Stefan Willeke, Afghanistan. Das Kundus-Syndrom. In: Zeit Online, 8.3.2010.

84 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 22 und S. 29.

85 Holtermann, Endogene nicht-staatliche Gewaltakteure, S. 140.

86 Anita Blasberg und Stefan Willeke, Afghanistan. Das Kundus-Syndrom. In: Zeit Online, 8.3.2010.

87 Wilder, Cops or Robbers?, S. 40.

88 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 29 f.; Interview mit 2007–2009 im militärischen Nachrichtenwesen des PRT-Kunduz tätigem Offizier, 10.1.2012.

89 Interview mit 2007–2009 im militärischen Nachrichtenwesen des PRT-Kunduz tätigem Offizier, 10.1.2012.

90 Ralf Beste [u.a.], Tot oder lebendig. In: Der Spiegel, 22/2009, S. 32–35.

91 Hewad, Legal, Illegal.

ehemaligen Kommandeur über die bevorstehende Operation, sodass dieser das Waffenlager vorab räumen lassen konnte[92].

Wie im folgenden Kapitel näher beschrieben, kontrollierten die Taliban im Laufe des Jahres 2009 immer mehr Gebiete in Kunduz, ungehindert durch deutsche Großoperationen. Diese Gelegenheit nutzten lokale afghanische Kommandeure, um ihre bewaffneten Gruppen mithilfe des NDS als Regierungsmilizen namens *Arbakai* zu formalisieren. Da Angehörige des Shura-ye Nazar den NDS dominierten, profitierten vor allem Kommandeure dieser Fraktion hiervon. Allen voran galt dies für Mir Alam, der seine Position hierdurch stärken konnte. Die ab Sommer 2009 in Nordafghanistan immer aktiveren US-Spezialkräfte unterstützten dieses Vorhaben und arbeiteten im Kampf gegen die Taliban eng mit Mir Alam und seinen Gefolgsleuten zusammen[93]. Offenbar da sie das legalistische Ideal tiefer internalisiert hatte, lehnte die Führung der Bundeswehr in Afghanistan ein solches Vorgehen jedoch zunächst ab. Der deutsche Kommandeur des RC North forderte stattdessen im Oktober 2009, 2500 weitere afghanische Polizisten in Kunduz einzustellen[94].

Wie oben bereits erwähnt, erließen die Verantwortlichen im BMVg im Februar 2010 eine Weisung, mit der sie untersagten, dass die Bundeswehr Milizen in ihre Operationen einband. Zwar versuchten Bundeswehr-Offiziere immer wieder, die US-Amerikaner beim Aufbau »lokaler Sicherheitskräfte« zu bremsen[95]. Dennoch arbeiteten auch sie schließlich in Kunduz und in Baghlan mit Milizen zusammen, da diese dort ab 2009 bald omnipräsent waren und ihre US-Verbündeten mit ihnen kooperierten[96]. Zudem registrierten viele Soldaten, dass die Angriffe auf internationale Kräfte in der Folge tatsächlich abnahmen, und befürworteten daher, mit diesen »lokalen Sicherheitskräften« auch offiziell zusammenzuarbeiten. Sie kritisierten die einschlägigen Anordnungen des BMVg als realitätsfern und verlogen[97]. Um sie zu umgehen, erreichten die Verantwortlichen auf Ebene der ASBs oder PRTs mindestens eines Kontingents daher im Jahr 2011, dass sich

---

92 Interview mit ehemals hochrangigem NDS-Offiziellen von Kunduz in Kabul, 20. November 2012; Anita Blasberg und Stefan Willeke, Afghanistan. Das Kundus-Syndrom. In: Zeit Online, 8.3.2010.

93 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 36 f.

94 Embassy Kabul, Kunduz Authorities Turn to Militias; Nachtwei, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 9.

95 So mit Bezug auf die Aussagen schwedischer Offiziere Friederike Böge, Abzug aus Afghanistan: Casinokapitalismus. In: FAZ, 5.12.2011.

96 Vgl. etwa zur Operation Halmazag im November 2010 in Kunduz den Bericht des für sie verantwortlichen Oberstleutnants Blumröder, Partnering, S. 7–12; Interview mit 2010/2011 in der Führung des ASB Kunduz tätigem Offizier in Berlin, 14.7.2011. Auch sollen Angehörige der Bundeswehr den ebenfalls gegen die Taliban kämpfenden Kommandeur aus Qala-ye Zal, Nabi Gichi, die von den USA bereitgestellten Gelder für das Critical Infrastructure Protection Project (CIPP) zur Finanzierung »lokaler Sicherheitskräfte« übergeben haben. Yaroslav Trofimov, Afghan Militia Wins Uneasy Peace. In: The Wall Street Journal, 30.5.2012, S. A8. Interview mit dem ehemaligen Distriktgouverneur von Qala-ye Zal und Abgeordneten von Kunduz, Malim Chaaree, Kabul, 21.11.2012, sowie Kommandeur Nabi Gichi in Kunduz-Stadt, 1.12.2012. Vgl. zu Baghlan Seliger, Operation »Jadid«, S. 31.

97 Marc Thörner, Den Bock zum Gärtner machen? Das internationale Sicherheitskonzept für Afghanistan setzt auf lokale Milizen. In: Deutschlandfunk, 20.7.2010; Interview mit ehemals in der Führung des ASB Kunduz tätigem Offizier per E-Mail, 6.1.2012.

die »lokalen Sicherheitskräfte« formal den Polizeichefs der Distrikte unterstellten, mit denen sie dann offiziell zusammenarbeiteten[98]. Die Not, sich selbst vor Angriffen schützen zu müssen, trieb die Verantwortlichen somit erneut dazu, die lokalen Realitäten anzuerkennen.

c) Kommandeure bewaffneter Gruppen in Badakhshan

Im zweiten Hauptoperationsgebiet der Deutschen, der Provinz Badakhshan, zeigten sich mit Kunduz vergleichbare Strukturen ihrer Praxis gegenüber Kommandeuren nicht-staatlicher bewaffneter Gruppen. Zunächst inmitten der Provinzhauptstadt in einem von afghanischen Soldaten bewachten privaten Anwesen untergebracht und angesichts von bloß 85 deutschen Soldaten ohne ausreichend schwere Waffen mit nur geringen Kräften ausgestattet, befanden sie sich ebenfalls in einer militärisch unterlegenen Position[99]. Hinzu kam, dass es noch schwieriger war, die eigenen Soldaten zu evakuieren, da Flugzeuge in dem gebirgigen Gebiet bei schlechter Sicht häufig nicht starten und landen konnten[100]. Die Deutschen fokussierten sich daher von Beginn auf den mächtigsten Kommandeur vor Ort, den Vertreter der Shura-ye-Nazar-Fraktion der Jamiat Nazir Mohammad, und versuchten ein gutes Verhältnis zu ihm zu erlangen[101]. Dies schien insbesondere deshalb geboten, da seine Soldaten das Feldlager bewachten und er ähnlich wie Daud in Presseinterviews die Deutschen bald nach ihrer Ankunft warnte, sich nicht in seine Angelegenheiten einzumischen, und sie sogar als nette, aber ängstliche Soldaten verspottete[102].

In den Augen deutscher Beobachter ließ Nazir seinen Worten auch bald Taten folgen, da mehrere lokale Kontakte aussagten, dass er gewalttätige Demonstranten aufgewiegelt habe, die am 7. September 2004 westliche Hilfsorganisationen in Faizabad angriffen[103]. Ebenso berichteten Augenzeugen, dass Nazir durch ein paar Schüsse in die Luft aus seiner Pistole die Demonstration wieder aufgelöst und damit seine Macht demonstriert habe[104]. Während der Unruhen, bei

---

98 Interview mit ehemals in der Führung des ASB Kunduz tätigem Offizier per E-Mail, 6.1.2012.

99 Nachtwei, Zur ISAF-Verlängerung, S. 4.; Schwitalla, Afghanistan, S. 165 f.; Telefoninterview mit ehemaligem deutschen Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2008 in Badakhshan diente, 6.8.2012.

100 Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 160. Vgl. auch bereits das von Wohlgethan, Operation Kundus, S. 243–245 und S. 247, wiedergegebene Urteil des Erkundungskommandos.

101 Die Anzahl seiner Kämpfer schätzten sie auf zwischen einigen Hundert und einigen Tausend, da er auch nicht unter Waffen stehende Kämpfer hätte mobilisieren können. Nachtwei, Beobachtungen beim Besuch der PRTs, S. 4; Annette Blettner, In heikler Mission. In: Focus, 39/2004, S. 244 f.; Susanne Koelbl, Zahnlos in Faizabad. In: Der Spiegel, 43/2004, S. 154–156.

102 Vgl. Annette Blettner, In heikler Mission. In: Focus, 39/2004, S. 244 f.; Friedrich Kuhn, Aktion Eichhörnchen: Winter steht in Faisabad vor der Tür. In: ddp Basisdienst, 13.10.2004; Susanne Koelbl, Zahnlos in Faizabad. In: Der Spiegel, 43/2004, S. 154–156, hier S. 155.

103 Annette Blettner, In heikler Mission. In: Focus, 39/2004, S. 244 f.

104 Willi Germund, In Faisabad ist die Vergangenheit noch nicht vorbei. In: Berliner Zeitung, 25.9.2004, S. 7.

denen mindestens drei Mitarbeiter von NGOs verletzt wurden, verhielt sich die Bundeswehr weitgehend passiv und der PRT-Kommandeur entschied sich erst nach knapp zwei Stunden, als sich die Lage bereits entspannt hatte, ein Aufklärungsteam zum Ort des Geschehens zu entsenden[105].

Als Kommandeur der 338. AMF-Brigade verfügte Nazir bis zu deren offizieller Auflösung im Jahr 2005 über staatliche Legitimation. Auch sein militärischer Verband war jedoch nur dem Namen nach formal geregelt[106]. Zudem war bekannt, dass Nazir den lokalen Opiumhandel kontrollierte und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen hatte[107]. Eigentlich hätte der erste Ansprechpartner für die Vertreter des PRT der Provinzgouverneur und Rabbani-Gefolgsmann Sayed Ekramuddin Masumi bzw. dessen Nachfolger sein müssen. Es zeigt sich somit auch in Badakhshan, dass für die Deutschen formale Legitimation zwar bedeutend war, letztlich ausschlaggebend jedoch die Macht des betreffenden Akteurs. Sofern dieser wenigstens über etwas formale Legitimation verfügte, erleichterte dies es dem Habitus der Deutschen, sich an diese objektiven Verhältnisse anzupassen. Auch Nazir trug zur Einschätzung, sehr mächtig zu sein, bei, indem er sich, wie ausgeführt, dominant gerierte. Zudem soll er kurz nach Aufbau des PRTs als Machtdemonstration offensiv einen westlichen Diplomaten gedrängt haben, eine Einladung bei ihm anzunehmen, obwohl dieser eigentlich beim Gouverneur von Badakhshan eingeladen war[108].

Aufgrund des von der PRT-Führung wahrgenommenen Unruhepotenzials und der Tatsache, dass sich die deutschen Soldaten aufgrund der geografischen Bedingungen vor allem in der zentral gelegenen Provinzhauptstadt Faizabad und ihrer Umgebung aufhielten, konzentrierte sich das KLE deutlich auf Nazir. Für die Deutschen war er derart präsent, dass sie seinen Namen zur Vereinfachung abkürzten und meist bloß von »NM« sprachen – was in keinem der übrigen Fälle geschah[109]. Neue PRT-Kommandeure absolvierten ihre Antrittsbesuche nicht nur bei den offiziellen Amtsträgern, sondern – selbst nachdem er nicht mehr Brigadekommandeur war – bei ihm[110]. Sie luden ihn zudem zu Treffen in das PRT ein, die für afghanische Offizielle bestimmt waren. Der mit ihm verfeindete Provinzgouverneur Munshi Abdul Majid protestierte bei diesen Anlässen und drohte, dann selbst nicht zu erscheinen. In diesen Fällen hielten die Verantwortlichen im PRT ein separates Treffen mit Nazir ab, um

---

105 Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/3908 [»Bundeswehreinsatz in Kunduz und Faisabad«], S. 5 f.

106 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 44 und S. 47.

107 Telefoninterview mit 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier, 7.11.2011; Schwitalla, Afghanistan, S. 102. Vgl. auch Susanne Koelbl, Zahnlos in Faizabad. In: Der Spiegel, 43/2004, S. 154−156.

108 Christoph Ehrhardt, Nicht ohne meine Mudschahedin. In: FAZ, 1.12.2011, S. 3.

109 Telefoninterview mit 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier, 7.11.2011. Vgl. auch den Beitrag des Kommandeurs des PRT Faizabad von 2006 bis 2007, Schwitalla, Afghanistan, S. 99, der nach eigenen Angaben seine Erinnerungen noch im Einsatz verfasste. Offenbar erst für die Veröffentlichung nutzte er einen allerdings nur leicht veränderten Decknamen für Nazir Mohammad, den er »Shah Mohammad« nannte und als »SM« abkürzte. Offenbar übersah er dies an einer Textstelle, wo »NM« steht. Ebd., S. 101.

110 Schwitalla, Afghanistan, S. 100.

diesen nicht zu brüskieren[111]. In der Folge wurde Nazir Mohammad auch über die sonst eher wenig beachtete Provinz hinaus zum Synonym für die mitunter sehr enge Zusammenarbeit zwischen ISAF-Kräften und inoffiziellen lokalen Machthabern[112].

Um ihn an sich zu binden und von Gewalttaten abzuhalten, kamen die Verantwortlichen des PRT Nazir mit mehreren Gefallen entgegen. So stellten sie Anfang 2005 30 seiner Kämpfer als Wachen für das Feldlager an, da sie mit der Demobilisierung ihres Verbands arbeitslos geworden wären und die Parlamentswahlen dieses Jahres hätten stören können[113]. Nazir konnte somit seine Klientel versorgen und wird höchstwahrscheinlich einen Teil ihres Gehalts, das eine der Wachen im Jahr 2010 mit 420 US-Dollar pro Monat angab, erhalten haben[114]. Mehrere seiner afghanischen Kritiker sagten daher, dass die Bundeswehr ihm Zehntausende US-Dollar im Monat zahle[115]. Andere materielle Gegenleistungen der Deutschen beinhalteten gelegentliche ärztliche Behandlungen für Nazir und seine Angehörigen sowie den in Afghanistan schwer erhältlichen Alkohol, aber auch Sportgeräte[116].

Ihren Dispositionen entsprechend, die sie sichere Verhältnisse anstreben ließen, hielten die Verantwortlichen des PRT zudem die Hand über Nazir, um ein Machtvakuum und einen eventuell noch schlimmeren Nachfolger zu verhindern. Als ihn Vertreter der Zentralregierung, unterstützt von seinen lokalen Rivalen, verhaften wollten, versuchten daher die Vertreter des PRT, die Situation zu beruhigen. Dies gab seinen Shura-ye-Nazar-Unterstützern in Kabul die Gelegenheit, die Verhaftung abzuwenden[117]. Der Kommandeur des PRT im Kontingentszeitraum 2006 bis 2007 schrieb, dass Nazir »seit langer Zeit auf einer Liste von Hochwertzielen stand, die Spezialkräfte im Bedarfsfall hätten ausschalten können.« Allerdings habe er »diese Option nie gezogen«, um weiterhin ein bere-

---

111 Telefoninterview mit 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier, 7.11.2011.

112 Light Weapons Still Threat to Afghan Security, Paper Says. In: BBC Monitoring South Asia, 8.4.2005; Rubin/Hamidzada/Stoddard, Afghanistan 2005 and beyond, S. 21; Dennys, Watching while the Frog Boils, S. 13.

113 Telefoninterview mit 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier, 7.11.2011. So auch ganz offen der deutsche Pressesprecher des PRT gegenüber Journalisten. Focus on Warlordism in Northeast. In: IRIN Asia, 1.6.2005.

114 Interview mit ehemaligem Angehörigen der Provinzverwaltung und Parlamentsabgeordnetem von Badakhshan in Kabul, 1.4.2011. Die Wache sagte allerdings, dass sie das Geld behalte. Jochen Stahnke, Gut und Böse in vielen Schattierungen. In: FAZ.NET, 21.5.2010.

115 Interview mit einem ehemaligen stellvertretenden Gouverneur von Badakhshan in Kabul, 1.4.2011. Karzai implizierte in dem unten näher ausgeführten Interview, dass Nazir 30 000 US-Dollar im Monat erhalte. Susanne Koelbl und Ullrich Fichtner, »Das ist jenseits meiner Macht«. In: Der Spiegel, 23/2008, S. 126–128, hier S. 127.

116 Interview mit ehemaligem Sprachmittler der Bundeswehr, der in Badakhshan diente, 12.12.2012. Schwitalla, Afghanistan, S. 101, schrieb, dass sich sein Vorgänger »›als Dank für die gute Zusammenarbeit‹ mit einer Flasche Wodka bei [Nazir] verabschiedet [habe], die eigens dazu aus Termez in Usbekistan eingeflogen wurde«.

117 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 57. In einem späteren Interview warf Karzai einer »eng befreundeten« Nation vor, die Verhaftung eines »wirklich schlimmen Warlord[s]« verhindert zu haben und sogar dessen Männer als Wachen anzustellen. Auf Nachfrage verneinte er nicht, dass es sich dabei um Nazir Mohammad handele. Susanne Koelbl und Ullrich Fichtner, »Das ist jenseits meiner Macht«. In: Der Spiegel, 23/2008, S. 126–128, hier S. 126 f.

chenbares Gegenüber zu haben und kein Machtvakuum und damit Unsicherheit entstehen zu lassen[118].

Die Initiative dafür, mit Nazir zu kooperieren und damit vom legalistischen Ideal abzuweichen, kam offenbar stets von den Entscheidungsträgern im PRT. So wandten sich die Verantwortlichen im Einsatzführungskommando im Jahr 2005, zur Zeit des Umzugs des PRTs außerhalb der Stadt, zunächst dagegen, Nazirs Männer weiterhin anzustellen[119]. Ebenso schrieb der genannte PRT-Kommandeur, dass er und alle seine Vorgänger sich immer wieder vor ihren nationalen Vorgesetzten in Deutschland für eine zu enge Kooperation mit Nazir rechtfertigen mussten[120]. Somit kollidierte zum einen das Bedürfnis der Akteure auf der höchsten hierarchischen Ebene, sich gegenüber informellen Praktiken der Truppe abzusichern, mit dem eben jener, sich gegen Angriffe zu schützen. Zum anderen stieß die den tatsächlichen Verhältnissen in Badakhshan entrückte Wahrnehmung der Verantwortlichen in Deutschland auf die der Soldaten vor Ort, die gezwungen waren, die lokalen Realitäten anzuerkennen. Allerdings gaben Erstere jeweils nach und verteidigten schließlich die Praxis der Truppe nach außen[121].

Nazir und die Soldaten des PRT befanden sich in einer Figuration, deren gegenseitige Beziehung darin bestand, dass Erstere fürchteten, ohne den afghanischen Kommandeur Angriffen ausgesetzt zu sein. Doch auch Nazir sah sich offenbar auf das Wohlwollen der Internationalen angewiesen, da er materiell von ihnen profitierte und nach 2005 versuchte, seine Stellung zu formalisieren[122]. Innerhalb dieser Figuration befanden sich die Angehörigen des PRT jedoch in der schwächeren Position. Denn die von ihnen angestrebte ruhige Lage ließ sich leicht gefährden, ohne dass dies auf die Urheber zurückgeführt werden konnte. Offenbar nutzte dies Nazir in mehreren Fällen, um eigene Forderungen durchzusetzen, wie bereits die genannten Unruhen vom September 2004 zeigten.

Der genannte PRT-Kommandeur beschrieb seinen Umgang mit Nazir daher als ständiges Ringen, bei dem er versucht habe, dem »Warlord« zwar Vorteile zu gewähren, ihm aber auch gleichzeitig seine Grenzen aufzuweisen und seinerseits von ihm zu profitieren[123]. Spätestens seit April 2005 feuerten Unbekannte immer wieder Raketen oder Panzerfäuste auf das PRT ab[124]. Oft besuchte Nazir

---

118 Schwitalla, Afghanistan, S. 101.

119 Telefoninterview mit 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier, 7.11.2011.

120 Schwitalla, Afghanistan, S. 101 f. Er spezifizierte nicht, welche Vorgesetzten er meinte. Jedoch schrieb er, dass Nazir nicht »vom Schreibtisch aus in Potsdam oder Berlin« – den Dienstorten von Einsatzführungskommando und BMVg – bewertet werden konnte, sondern nur er vor Ort dazu in der Lage war.

121 So antworteten sie etwa auf eine Anfrage von Mitgliedern des Bundestags nach den Wachen des PRT formal korrekt, dass es sich nur »um Einzelanstellungen und nicht um angemietete Dienstleistungen bei lokalen Machthabern oder Gruppierungen« handelte. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/492 [»Bewaffnete Gruppen in Afghanistan«], S. 6.

122 2005 trat er bei den Parlamentswahlen an, wurde jedoch aufgrund seiner Miliz disqualifiziert. Giustozzi/Orsini, Centre-Periphery Relations, S. 12. Wie Mir Alam strebte er danach offenbar die Position des Polizeichefs an. Münch, Local Afghan Power Structures, S. 57.

123 Schwitalla, Afghanistan, S. 99–103 und S. 115 f.

124 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 52 f.

das PRT direkt im Anschluss und meinte, dass die Deutschen derartige Angriffe verhindern könnten, indem sie zusätzliche seiner Männer als Wachen beschäftigten. Auch tötete oder verwundete keine der Attacken je einen Soldaten[125]. Daraus schlossen viele der Verantwortlichen auf deutscher Seite, dass er selbst ihr Lager beschießen lasse[126]. Unabhängig davon, ob dies tatsächlich zutraf, nutzte Nazir diese Wahrnehmung und die Deutschen erhöhten schließlich die Anzahl der Wachen bis auf zeitweise über achtzig Mann[127].

Bis zum Abbau des PRTs im Oktober 2012 entspannte sich jedoch das Verhältnis offenbar. Dies dürfte einerseits auf die in dieser Zeit sehr ruhige Sicherheitslage in Faizabad zurückzuführen sein. So wurden mit zwei Ausnahmen im Jahr 2010 für die Zeit ab 2009 keine Angriffe auf das PRT bekannt[128]. Insbesondere im Kontrast zur in diesem Zeitraum dramatisch verschlechterten Lage in Kunduz lernten die Akteure der Bundeswehr, aber auch der Verbündeten und zivilen Organisationen die »Stabilität« in Zentral-Badakhshan zu schätzen und sahen sie vielmals als Verdienst Nazirs[129]. Erleichtert wurde das bessere Verhältnis dadurch, dass »NM« nach seinen jahrelangen Bemühungen mittlerweile die Position des Bürgermeisters von Faizabad erhalten hatte[130]. Er konnte somit offiziell an den Besprechungen vor Ort teilnehmen, zumal es ihm vorher gelungen war, den rivalisierenden Gouverneur zu vertreiben, und wurde zu repräsentativen Anlässen eingeladen. Mindestens einer der IEBs des PRT traf sich ganz offen mit Nazir zum Picknick an exponierter Stelle[131]. Während die Entwicklungshelfer in Badakhshan noch 2008 den von Nazir mit ausgerichteten Buzkashi-Spielen größtenteils ferngeblieben waren, um nicht mit ihm in Verbindung gebracht zu werden[132], saßen Angehörige der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Jahr 2011 auf den Ehrenplätzen[133].

d) Nicht-militärische afghanische Amtsträger

In den Provinzen hatten die Gouverneure, unmittelbar vom Präsidenten ernannt, offiziell die höchste Position inne[134]. Wie oben gezeigt, bedeutete dies jedoch nicht, dass sie die Hauptkooperationspartner der Entscheidungsträger im PRT waren. Neben der ihnen meist fehlenden Macht war die Ursache hierfür, dass sie oftmals nicht gemäß ihres Amts handelten. Neben dem bereits thematisier-

---

125 Schwitalla, Afghanistan, S. 102.

126 Telefoninterview mit 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier, 7.11.2011. Vgl. auch das anonymisierte Interview mit einem dort eingesetzten Soldaten von Moritz Schwarz, »Bis zum demokratischen Endsieg«. In: Junge Freiheit, 8.7.2007, S. 3.

127 Schwitalla, Afghanistan, S. 100. Gegenüber dem Bundestag gab das BMVg die Zahl der Wachen mit 61 an, ohne freilich zu schreiben, ob diese von Nazir kamen. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/492 [»Bewaffnete Gruppen in Afghanistan«], S. 7.

128 Genauer hinsehen, S. 8.

129 Interview mit deutschem GIZ-Angehörigen in Faizabad, 27.9.2011.

130 Christoph Reuter, Rezept für den Bürgerkrieg. In: Der Spiegel, 49/2011, S. 94–98, hier S. 97.

131 Interview mit deutschem GIZ-Angehörigen in Faizabad, 27.9.2011.

132 Friederike Böge, Machtdemonstration. Fleisch und Spiele. In: FAZ.NET, 26.8.2008.

133 Interview mit deutschem GIZ-Angehörigen in Faizabad, 27.9.2011.

134 Evans [u.a.], Subnational Administration in Afghanistan, S. 3.

ten Gouverneur Abdul Latif Ibrahimi traf dies in Kunduz insbesondere auf dessen Nachfolger, Engineer Mohammad Omar, zu. Dieser amtierte von 2004 bis zur seiner Ermordung 2010 und damit fast während des gesamten deutschen Engagements in Kunduz[135]. Aus der Nachbarprovinz Takhar stammend, verfügte er nur über vergleichsweise geringen lokalen Rückhalt. Angesichts der zahlreichen Verteilungskonflikte, die in Kunduz nach 2001 entstanden, sah er sich daher gezwungen, eine größere Klientel aufzubauen und die miteinander konkurrierenden Gruppen auszubalancieren. Wie üblich, akkumulierte er hierfür informell Mittel, insbesondere aus der internationalen Entwicklungshilfe, und verteilte sie in seinem Sinne[136].

Vor dem Hintergrund der von ihnen internalisierten staatlichen Dispositionen nahmen die Deutschen und anderen Internationalen Omars Praxis als außergewöhnlich starke »Korruption« wahr. Da er im Rahmen seiner Politik des Ausbalancierens etwa im Jahr 2008 auch Motorräder an eine Gruppe von Kandahari-Paschtunen verteilte, die auf der Seite der Taliban kämpften, erschien er zudem als Sicherheitsproblem[137]. Spätestens ab 2007 wurde Omar daher zum einzigen hier dokumentierten Fall, bei dem sich die Verantwortlichen auf deutscher Seite – sowohl des AA als auch der Bundeswehr – über einen längeren Zeitraum aktiv bis auf die höchste politische Ebene bemühten, einen afghanischen Amtsträger entfernen zu lassen[138]. Eventuell war er auch die Hauptursache dafür, den oben diskutierten Passus in das Afghanistan-Konzept vom September 2007 aufzunehmen[139].

Um ihn abzusetzen, gingen die Deutschen den offiziellen Weg, indem sie Beweise sammelten und den zuständigen afghanischen Staatsanwaltschaften vorlegten[140]. Gleichzeitig versuchten lokale Rivalen, Omar aus dem Amt zu drängen. Die parallelen Bemühungen schienen zunächst erfolgreich zu sein, sodass die Vertreter des BMVg bereits im Juli 2007 dem Bundestag berichteten, dass Karzai den Gouverneur entlassen habe[141]. Allerdings konnte Omar mittlerweile ebenfalls Unterstützer mobilisieren und diese Entscheidung wieder rückgängig machen lassen[142]. Im April 2009 bat der deutsche Außenminister Frank Walter Steinmeier bei einem Besuch in Kabul den afghanischen Innenminister Hanif Atmar direkt darum, Omar zu entlassen. Atmar versprach zwar, dies zu

---

135 Sub-National Governance Capacity Needs Assessment, S. 98.

136 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 23 f.

137 Interview mit ehemals in der Führung des PRT Kunduz eingesetztem Offizier in Berlin, 21.9.2010; Giustozzi/Reuter, The Insurgents of the Afghan North, S. 13; Matthias Gebauer, Bundeswehr in Nordafghanistan: Auf Tuchfühlung mit dem Feind. In: SPON, 27.5.2009.

138 Bereits im November 2007 bat die deutsche Regierung Vertreter der US-amerikanischen Botschaft in Berlin, Omar keinen Platz im International-Visitor-Programm des State Departements zu geben. Embassy Kabul, Response To German Request.

139 Omar sagte im September 2007 ungefragt zu einem deutschen Journalisten, dass es eine schlechte Idee sei, ihn abzusetzen. Willi Germund, Mullahs und Gotteskrieger in Afghanistan. Die Taliban planen die Rückkehr nach Kundus. In: Stuttgarter Zeitung, 13.9.2007.

140 Interview mit Offizier aus der Führung des PRT Kunduz 2008–2009, 21.9.2010.

141 Bundesministerium der Verteidigung Fü S V 3, Unterrichtung des Parlamentes 27/07, S. 2.

142 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 24.

tun, jedoch geschah nichts[143]. Viele Entscheidungsträger im PRT hatten sich bis dahin allerdings schon mit Omar abgefunden und sahen zudem wie bei Nazir Mohammad das Problem, dass ungewiss sei, wer nach ihm käme[144]. Gleichwohl beschwerten sie sich weiterhin darüber, dass der Gouverneur korrupt sei und die Entwicklung der Provinz behindere[145]. Insbesondere nachdem die Taliban seinen Bruder getötet hatten, warf Omar im Gegenzug den Deutschen regelmäßig öffentlich vor, die Aufständischen nicht aggressiv genug zu bekämpfen[146].

Auch Omar und die Deutschen befanden sich in einer Figuration, in der sie zunächst in positiver Weise aufeinander angewiesen waren. Denn Letztere benötigten den Gouverneur, um einen legitimen Ansprechpartner zu haben, während dieser von ihren Ressourcen abhängig war. Durch den Konflikt und die Korruptionsvorwürfe der Deutschen war das Verhältnis gleichwohl zerrüttet. An den letztlich fehlgeschlagenen Bemühungen, Omar aus dem Amt entfernen zu lassen, zeigt sich zudem erneut, dass sich die Deutschen in einer schwächeren Stellung befanden. Ebenso deutlich erscheint jedoch, dass die Deutschen keinen besonderen Druck aufwandten, um dieses Ziel durchzusetzen. Sie hatten also offenbar eigentlich gar kein prioritäres Interesse daran, die lokalen Verhältnisse umzugestalten.

Beinahe ebenso lange wie Eng. Omar in Kunduz bekleidete Munshi Abdul Majid das Amt des Gouverneurs in Badakhshan. Er blieb in dieser Position für die längste Zeit des deutschen Engagements von Februar 2005, bis ihn von Nazir Mohammad organisierte Massenproteste im April 2009 zum Rücktritt zwangen. Da er wie Omar nicht aus der Provinz seines Amts stammte, sondern aus Baghlan, verfügte er nur über wenige Verbindungen vor Ort und konnte sich dementsprechend schwer durchsetzen, wie sein Konflikt mit Nazir zeigte. Gleichwohl verteilte er offenbar zahlreiche Posten an Vertreter seiner politischen Fraktion, der Hezb, spielte jedoch nur eine geringe Rolle im Opiumhandel[147]. Die Verantwortlichen im PRT nahmen ihn daher als *weniger* »korrupt« und kriminell wahr als andere afghanische Akteure. Hilfreich dürften hierbei auch Majids akademische Ausbildung und Verwaltungserfahrung gewesen sein[148]. Gleichzeitig bemängelten sie jedoch, dass er entscheidungsschwach und wenig durchset-

---

143 Matthias Gebauer, Bundeswehr in Nordafghanistan: Auf Tuchfühlung mit dem Feind. In: SPON, 27.5.2009.

144 Interview mit ehemals in der Führung des PRT Kunduz eingesetztem Offizier in Berlin, 21.9.2010.

145 So gegenüber Vertretern der US-Botschaft Embassy Kabul, Afghanistan. Vgl. auch Zudrop, Der »Vernetzte Ansatz«, S. 8 f.

146 Soraya Sarhaddi Nelson, Violence Encroaches on Northern Afghanistan. In: National Public Radio: Morning Edition, 26 (October 2009); Alan Cullison and Matthew Karnitschnig, Afghan Insurgency Tests German Troops. In: Wall Street Journal, 16.11.2009; Embassy Kabul, Kunduz Governor Nervous.

147 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 56 und S. 58.

148 Telefoninterview mit ehemaligem deutschen Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2008 in Badakhshan diente, 6.8.2012.

zungsstark gewesen sei[149]. Auch mit ihm kam es zu Konflikten, da er in der Wahrnehmung der Deutschen versuchte, den Einfluss des PRTs zu begrenzen[150].

Während des gesamten deutschen Engagements in Badakhshan bekleidete Shamsul Rahman den Posten des stellvertretenden Gouverneurs. Als Neffe des ehemaligen Präsidenten Rabbani vertrat er vor allem die Interessen von dessen Fraktion, indem er unter anderem Waffenlager unterhielt. Als dementsprechend zwielichtig und »korrupt« erschien er den Deutschen[151]. Dass die Vertreter des PRTs auch in den Figurationen mit den offiziellen Amtsträgern in Badakhshan offenbar eher die schwächere Position innehatten, zeigt eine Auseinandersetzung mit den Oberen von Faizabad um die Jahreswende 2006/2007. Letztere beanspruchten dabei entgegen der vertraglichen Abmachungen plötzlich Teile des Grundstücks des neugebauten Feldlagers. Nach Vermittlungen bis auf Ebene des afghanischen Außenministers zahlten die Deutschen am Ende erneut einen sechsstelligen Betrag in US-Dollar und verzichteten auf einen Teil der ihnen zustehenden Fläche, um Konflikte zu vermeiden[152].

Soweit erkennbar, war Nizamuddin Nashir der einzige zivile Provinzoffizielle, den die Deutschen uneingeschränkt positiv wahrnahmen und mit dem sie dementsprechend eng kooperierten. Er diente zwischen 2002 und 2012 in Kunduz als Distrikt-Gouverneur von Chahar Dara und Khanabad[153]. Von den meisten anderen Amtsinhabern dieser Ebene unterschied er sich dadurch, dass er über eine juristische Ausbildung verfügte, nie Kommandeur gewesen war und offenbar tatsächlich nicht »korrupt« war. Seine Familie hatte zudem bereits seit den 1930er Jahren Verbindungen nach Deutschland. Dementsprechend homolog war sein Habitus zu denen der deutschen Entscheidungsträger, die ihn daher als positive Ausnahme wahrnahmen[154]. Nashir gehörte dem nach Ausbruch des Kriegs 1979 oftmals in die Städte oder ins Ausland geflohenen Landadel an. Seine nicht »korrupte« Praxis hatte ihre Ursache zum einen sicherlich darin, dass er ohnehin schon wohlhabend war. Zum anderen verfügte er aber auch nicht über eine große lokale Klientel, an die er Ressourcen umleiten musste. Dementsprechend wenige Unterstützer konnte er aufbieten, sodass seine Macht gering blieb. Das entscheidende Signal hierfür war ein ausgeklügelter Bombenanschlag auf sein Auto im Juli 2012, dem er nur knapp entging und den er der örtlichen Polizei anlastete. Er floh daraufhin über Deutschland nach Dänemark. Von der deutschen Botschaft erhielt er hierfür ein Schengen-Visum[155].

---

149 Schwitalla, Afghanistan, S. 94 f. und S. 173 f.

150 Telefoninterview mit ehemaligem deutschen Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2008 in Badakhshan diente, 6.8.2012.

151 Schwitalla, Afghanistan, S. 96; Bundesministerium der Verteidigung Fü S V 3, Unterrichtung des Parlamentes 15/06, S. 2 f.; Telefoninterview mit ehemaligem deutschen Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2008 in Badakhshan diente, 6.8.2012.

152 Schwitalla, Afghanistan, S. 166–176.

153 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 28.

154 Interview mit Mitglied der Nashir-Familie in Kabul, 18.11.2012 und 19.11.2012, mit ehemaligem Polizeichef des Chahar Dara-Distrikts in Kunduz-Stadt, 28.11.2012 und mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 10.1.2012; Christoph Reuter, Rezept für den Bürgerkrieg. In: Der Spiegel, 49/2011, S. 94–98, hier S. 97.

155 Interview mit Mitglied der Nashir-Familie in Kabul, 18.11.2012 und 19.11.2012; 7 killed in Kunduz, Ghazni blasts. In: PAN, 16.7.2012.

e) Polizeichefs der Provinzen

Im Allgemeinen wurden die Deutschen mit zwei verschiedenen Typen von Polizeichefs konfrontiert: denen, die das Amt vor allem aufgrund ihres Einflusses als Kommandeur erhalten hatten, und den deutlich wenigeren – zumeist in der Sowjetunion – professionell ausgebildeten Polizisten, die formal nach Durchlaufen der Karriereleiter befördert worden waren. Wie andere Internationale auch, nahmen die Deutschen die ehemaligen Mudschaheddin-Polizeichefs überwiegend als »korrupt« und unqualifiziert wahr. Dagegen erschienen ihnen in beiden Provinzen aufgrund der Homologie der Habitus und ihrer nicht »korrupten« Praxis die professionellen Polizisten als sehr viel positiver.

In Kunduz galt der Argwohn der Deutschen vor allem Motaleb Beg, der von 2004 bis 2006 das Amt des Polizeichefs bekleidete und den mindestens ein PRT-Kommandeur offen der Korruption beschuldigte[156]. Es gab zahlreiche Hinweise, dass er sehr stark am Drogenhandel beteiligt war[157]. Vermutlich stimmten die deutschen Angehörigen der genannten Rank Reform Commission des afghanischen Innenministeriums auch dafür, ihn 2006 zu entlassen. Ähnlich nahmen die Deutschen offenbar die meisten Polizeioffiziere in Badakhshan wahr[158]. Gleichwohl sahen sich die Deutschen gezwungen, mit allen Polizeichefs auf Provinz- und Distriktebene zusammenzuarbeiten, wie es ihrer offiziellen Aufgabe entsprach[159]. Aufgrund ihrer mangelnden Informationen über die lokalen Verhältnisse waren sie zudem auf deren Interpretationen angewiesen und folgten – etwa bei Verhaftungen – offenbar meist ihrem Urteil[160]. In Fällen, in denen ihnen das Handeln der Polizei als offensichtlich zweifelhaft erschien, versagten sie jedoch ihre Zusammenarbeit. Dies war beispielsweise der Fall, als ein Distriktpolizeichef die QRF zur Hilfe bat, um eine angeblich entführte Frau zu »befreien«[161].

Demgegenüber erschienen ihnen in Kunduz die professionellen Polizeichefs General Sayed Ahmad Sameh und vor allem General Abdul Razeq Ayub Yaqubi als vorbildlich. In Badakhshan galt dasselbe für den in der Sowjetunion ausgebildeten General Agha Nur Kentuz, der sein Amt von Januar 2007 bis mindestens Oktober 2010 bekleidete[162]. Genau wie bereits beim Distrikt-Gouverneur Nashir galt für die professionellen Polizeichefs, dass sie aufgrund ihrer fehlenden »Korruption« kaum über Klienten verfügten, zumal sie allesamt aus anderen Provinzen stammten. In Badakhshan wurde Kentuz Ziel zahlreicher Anschläge,

---

156 Interview mit ehemaligem Angehörigen des Provinzrats von Kunduz in Kunduz-Stadt, 5.12.2012.

157 Giustozzi/Isaqzadeh, Policing Afghanistan, S. 90.

158 Vgl. z.B. Schwitalla, Afghanistan, S. 97–99; Nachtwei, Jenseits der Wagenburgen, S. 13.

159 Angermayer, »Law and Order« in Nordafghanistan, S. 57.

160 Interview mit ehemals in der Führung der QRF 2 tätigem Offizier in Berlin, 17.6.2010, und mit ehemals in der Führung der QRF 3 tätigem Offizier in Potsdam, 8.2.2011. Ein 2011 in Kunduz eingesetzter Kompaniechef sagte in einem Vortrag, dass er sehr eng mit dem Distrikt-Polizeichef von Chahar Dara zusammengearbeitet hätte. Sobald dieser empfahl, einen Bereich zu meiden, habe er sich daran gehalten. Bohnert, 200 Tage Kunduz.

161 Den Verantwortlichen schien dies eher eine »orientalische« Angelegenheit zu sein. Interview mit ehemals in der Führung der QRF 3 tätigem Offizier in Potsdam, 8.2.2011.

162 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 31 und S. 53 f.

deren Urheber offenbar konkurrierende Machthaber waren. Hierbei schwer verwundet, verließ er schließlich die Provinz[163]. In Kunduz zeigte sich Yaqubi damit überfordert, die Aufstandsbewegung einzudämmen, und wurde daher 2010 versetzt[164].

Unter dem Druck der Angriffe von Aufständischen zeigte sich jedoch auch bei der Zusammenarbeit mit den Polizeichefs, dass sich die Deutschen schließlich stärker auf die lokalen Verhältnisse einließen. So akzeptierten sie die im September 2010 zum Chef der 303. Pamir-Polizeizone bzw. zum Polizeichef von Kunduz ernannten Generale Daud – bereits bekannt aus seiner Funktion als Kommandeur des VI. AMF-Korps – und Abdul Rahman Sayedkheli »Maulana«. Bei beiden wussten deutsche Stellen, dass sie an »illegalen« Aktivitäten beteiligt waren[165]. Auf die lokalen Shura-ye-Nazar-Netzwerke und die Unterstützung des ebenfalls dieser Fraktion entstammenden Innenministers Bismillah Khan Mohammadi zurückgreifend, erwiesen sich beide gleichwohl als effektiv darin, die Aufstandsbewegung in Kunduz zurückzudrängen. Klugerweise hatte Daud zudem nach seiner Ernennung ehemalige Klienten im Drogenhandel aus seiner Zeit im Innenministerium verhaften lassen, da er nun für ihre Taten verantwortlich wurde[166]. Beeindruckt durch Dauds Charisma[167], nahmen die Deutschen ihn und Sayedkheli zwar als etwas »korrupt«, aber vor allem effektiv wahr. Sie erschienen damit als geeignete Intermediäre, die eine Alternative zu den übermäßig »korrupten« Mudschaheddin und den zwar formal korrekten, aber ineffektiven professionellen Polizeioffizieren darstellten.

f) Nicht im Fokus stehende Machthaber

Aus der oben geschilderten Praxis der Bundeswehr, zuvorderst mit den offiziellen und den mächtigsten afghanischen Akteuren zusammenzuarbeiten, resultierte ungewollt, dass sie tendenziell die Anhänger der Jamiat-e Islami und insbesondere ihrer Shura-ye-Nazar-Fraktion bevorzugten. Denn nach der Niederlage der Taliban im Norden eigneten sich insbesondere in Kunduz vor allem die Vertreter der Jamiat deren Positionen an. In Badakhshan, das nicht von den Taliban besetzt war, dominierte die Partei hingegen ohnehin seit jeher[168]. Offenbar sorgte

---

163 Telefoninterview mit ehemaligem deutschen Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2008 in Badakhshan diente, 6.8.2012; Focus on Warlordism in Northeast. In: IRIN Asia, 1.6.2005; Bundesministerium der Verteidigung Fü S V 3, Unterrichtung des Parlamentes 21/07, S. 4.

164 Sub-National Governance Capacity Needs Assessment, S. 99; Interview mit ehemals in der Führung des PRT Kunduz eingesetztem Offizier in Berlin, 21.9.2010.

165 Vgl. z.B. einen BND-Bericht über Dauds Beteiligung am Drogenhandel zitierend Reichelt, Krieg in Afghanistan. Vgl. zu Sayedkheli Röder/Saleem, Provincial Needs Assessment, S. 5. Bereits 2005 kritisierten die deutschen Vertreter im Police Appointment Panel des afghanischen Innenministeriums die Entscheidung Karzais, Sayedkheli zum Polizeichef von Parwan zu ernennen. Telefoninterview mit ehemaligem europäischem Diplomaten, der an der Polizeireform beteiligt war, 13.10.2013.

166 Interview mit Vertreter des Ministry of Agriculture aus Kunduz in Kabul, 19.11.2012.

167 Alter Gestus im neuen System. Polizeichef Daud war immer ein stolzer Kämpfer. In: FAZ, 30.5.2011, S. 3.

168 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 64 f.

das tendenziell hohe Ansehen Ahmad Shah Massouds, des Gründers des Shuraye Nazar, im Westen dafür, dass den Deutschen ihre Praxis nicht als widersprüchlich erschien. Insbesondere französische Journalisten hatten dieses hohe Ansehen in den 1980er Jahren durch romantisierte Berichte erzeugt. Er aktualisierte es dadurch, dass er Ende der 1990er Jahre als letzter großer Kommandeur die Taliban bekämpfte. Durch die Wahrnehmungsschemata der staatlichen und klassischen militärischen Dispositionen des Habitus erschien den Bundeswehr-Verantwortlichen außerdem positiv, dass Massoud eine außergewöhnlich rationalisierte Herrschaft errichtet und seine Kämpfer operativ-taktisch brillant geführt hatte[169].

Mit Massoud nicht verbundene Machthaber und die zu ihrer Klientel zählenden Bevölkerungsgruppen fühlten sich jedoch dementsprechend benachteiligt. Zahlreiche Stellungnahmen der Deutschen untermauerten diesen Eindruck. Zu denen symbolischer Art zählte etwa, dass Offiziere der Bundeswehr Massouds Grab im unweit von Kabul gelegenen Panjshir-Tal besuchten, geführt von Bismillah Khan, und sich in das Kondolenzbuch eintrugen[170]. Im Jahr 2006 unterstützte das PRT Kunduz zudem die Renovierung einer Gedenkstätte für ihn in Takhar, bei deren feierlicher Einweihung am 25. Juli neben dem PRT-Kommandeur auch Vertreter des AA anwesend waren[171]. Aufgrund eines fehlenden Zensus war die genaue ethnische Verteilung der afghanischen Bevölkerung zwar ungewiss. Gleichwohl war offensichtlich, dass zahlreiche Paschtunen in Kunduz lebten, wenn nicht sogar die Mehrheit stellten[172]. Dennoch hieß es im ersten Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, dass in Kunduz nur »eine paschtunische Minderheit« lebe[173] – eine Aussage, die wohl auf den Einfluss nicht-paschtunischer Gruppen auf die Deutschen zurückzuführen war.

Unbewusst auf die überwiegend nicht-paschtunischen Jamiat-Vertreter fixiert, beachteten die Deutschen den letzten Taliban-Gouverneur von Kunduz, Omar Khan, offenbar nur so lange, wie sich das PRT in einem bei ihm angemieteten Anwesen befand[174]. Dies geschah, obwohl er weiterhin eine bedeutende Rolle bei vielen Paschtunen der Provinz spielte[175]. Ein Hauptgrund dafür, dass die Deutschen ihn eher vernachlässigten, dürfte gewesen sein, dass er seit Ende 2001 ohne offizielles Amt war. Häufigeren Kontakt – allerdings offenbar erst seit Ende der 2000er Jahre – pflegten die Vertreter des PRT hingegen zu dem reichen paschtu-

---

169 Roy, Islam and Resistance in Afghanistan, S. 181 f. und S. 220 f.; Giustozzi, Empires of Mud, S. 282 f. und S. 286 f.

170 Vgl. die Schilderung solch eines Besuchs durch den General der Aufklärungstruppen Strachwitz, Charismatischer Führer oder Kriegsverbrecher?, S. 203 f.

171 Bundesministerium der Verteidigung Fü S V 3, Unterrichtung des Parlamentes 21/07, S. 6.

172 Eine Erhebung des United Nations High Commissioners for Refugees kam bereits 2002 zu dem Ergebnis, dass in vier von sechs Distrikten von Kunduz Paschtunen die Mehrheit bildeten. UNHCR Sub-Office MAZAR-i-SHARIF, District Profile Chahar Dara; UNHCR Sub-Office MAZAR-i-SHARIF, District Profile Archi; UNHCR Sub-Office MAZAR-i-SHARIF, District Profile Ali Abad; UNHCR Sub-Office MAZAR-i-SHARIF, District Profile Khan Abad.

173 So in Auswärtiges Amt [u.a.], Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 1.9.2003, S. 5.

174 Er selbst behauptete im Jahr 2012, dass er nach Auszug des PRT im Jahr 2006 nur zweimal kontaktiert worden sei. Interview with Haji Omar Khan, Kunduz, November 2012.

175 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 13.

nischen Händler Haji Amanullah Utmanzai, der ebenfalls die Taliban unterstützt hatte[176]. Die größte Aufmerksamkeit erhielt er, als er eine Entschädigungszahlung für unbeabsichtigt von der Bundeswehr getötete Zivilisten aushandelte und danach zusammen mit Verteidigungsminister Jung gegenüber der internationalen Presse auftrat[177]. Aufgrund seines als besonders stark wahrgenommenen Opportunismus scheint er hingegen weniger Legitimation in der Bevölkerung genossen zu haben[178]. Mehrere Verhandlungsversuche der PRT-Vertreter mit aktiven oder noch Taliban-nahen Kommandeuren sind belegt. Allerdings scheiterten diese aufgrund der verschlechterten Sicherheitslage, von Streitigkeiten im PRT und da die Verbindung abriss[179].

Unklar ist, inwieweit den Verantwortlichen auf deutscher Seite bewusst war, dass nach der Eroberung von Kunduz an einigen Orten vor allem Paschtunen durch die »Nordallianz« vertrieben worden waren. In jedem Fall hatten Angehörige des PRT diese offen zugängliche Information erhalten. Als mit internationaler Hilfe immer mehr Flüchtlinge nach Kunduz zurückkehrten, warnten die Verantwortlichen spätestens ab Mitte 2006 immer häufiger vor hieraus entstehenden Konflikten, da das Land der Geflohenen nun von den Siegern besetzt war[180]. Die Meldungen wurden auch im Einsatzführungskommando wahrgenommen[181]. Allerdings ist nicht erkennbar, dass diese Lageeinschätzung zu einer anderen Politik gegenüber den Kommandeuren der siegreichen Parteien, die das enteignete Land unter ihrer Klientel verteilt hatten, führte. Mit den stark vermehrten Angriffen auf deutsche Soldaten ab der zweiten Hälfte des Jahres 2008, die immer mehr Tote und Verwundete forderten, geriet der Landkonflikt offenbar zu Gunsten der Aufstandsbewegung aus dem Blickfeld[182].

In Badakhshan war der Operationskreis der Bundeswehr aufgrund der geografischen Bedingungen zu begrenzt und der Fokus auf Nazir Mohammad zu stark, um signifikant mit anderen mächtigeren Kommandeuren regelmäßig in Kontakt zu treten[183]. Die einzige Ausnahme war offenbar der Hezb-e-Islami-Vertreter und Usbeke Abdul Jabbar Mosadeq, zugleich Gouverneur des an Faizabad grenzenden Argo-Distrikts und mit Nazir verfeindet. Trotz seiner of-

---

176 Stefan Klein, Augen auf und durchhalten. In: Süddeutsche Zeitung, 8.10.2008, S. 3; Kampf ums Vertrauen. In: SZ, 14.5.2012, S. 8; Interview mit Haji Amanullah Utmanzai, Geschäftsmann und Angehöriger des High Peace Council in Kunduz-Stadt, 2.12.2012. Vgl. auch das Bild bei Rosch, Schauplatz Afghanistan, S. 31.

177 Das Problem ist erledigt. In: Der Spiegel, 37/2008, S. 116 f.; Ansgar Graw, Afghanistan. Jung verhindert Blutrache an Deutschen in Kundus. In: Welt Online, 2.9.2008.

178 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 13.

179 Vgl. zu den zwischen Ende 2006 und Anfang 2007 stattgefundenen Verhandlungen mit Kommandeur Haikal im Aliabad-Distrikt Koehler, Auf der Suche nach Sicherheit, S. 34 f.; Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 10.1.2012. Vgl. zu Verhandlungen zwischen 2008 und 2009 Giustozzi/Reuter, The Insurgents of the Afghan North, S. 35.

180 Interview mit 2006–2007 im militärischen Nachrichtenwesen des PRT-Kunduz tätigem Offizier, 14.8.2012. Vgl. auch die Analyse des PRT wiedergebend Nachtwei, Besuch in Nord-Afghanistan.

181 Vgl. den Beitrag von Generalleutnant Glatz, Bundeswehr in Afghanistan, S. 28, der zur genannten Zeit stellvertretender Befehlshaber des Einsatzführungskommandos war.

182 Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 26.1.2010.

183 Münch, Local Afghan Power Structures, S. 54.

fiziellen Stellung bewerteten ihn die Verantwortlichen im PRT nicht positiver als Nazir. Wie Letzterer war auch er am Opiumhandel beteiligt[184]. Während sie allerdings bei Nazir davon ausgingen, dass er nur in seltenen Fällen mit den Taliban zusammenarbeite[185], grundsätzlich diesen gegenüber aber feindlich eingestellt war, nahmen sie bei Mosadeq deutlich engere Verbindungen an[186]. Dies war bei ihm außerdem plausibler, da er der Hezb angehörte, deren bewaffneter Arm Teil der Aufstandsbewegung war. Nazir hatte dagegen in der Vergangenheit die Taliban bekämpft. So kam auch hier eine negativere Wertung von Jamiat-Gegnern zustande.

---

184 Susanne Koelbl, Zahnlos in Faizabad. In: Der Spiegel, 43/2004, S. 154–156, hier S. 156.

185 Telefoninterview mit ehemaligem deutschen Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2008 in Badakhshan diente, 6.8.2012. Vgl. für einen Fall, in dem der damalige Kommandeur des PRT Faizabad annahm, dass Nazir mit den Taliban zusammenarbeitete, Schwitalla, Afghanistan, S. 115.

186 In einer Anschlagswarnung gaben Vertreter des PRT Faizabad an, dass Mosadeq gute Verbindungen zu den Taliban habe. Sie bezogen sich dabei auf eine Quelle, die sie mit der sehr hohen Stufe »C3« bewerteten. ISAF HQ, (Threat Report) Attack Threat RPT Faizabad.

VIII. Zwischen Zurückhaltung, Bündnissolidarität und Eskalation: Die Gewaltpraxis der Bundeswehr

»›Brunnenbohrer‹, ›bewaffnetes THW‹ [...], ›Drückeberger, die sich in den Ferienlagern des Nordens einrichten‹, ›Weicheier, die Fliehenden nicht robust nachsetzen‹ – das war die eine Seite dieses Wechselbades [...] Ich musste den Soldaten im Einsatz oft erklären, warum wir den Spöttern ihre Häme vergeben müssen, und ich musste gleichzeitig dafür sorgen, dass aufkommende Aggressionen gebändigt werden, damit sie sich nicht herausbewegen aus dem Ordnungsrahmen des Rechts, der Menschenwürde und des Mandats gegen einen Gegner, dessen stärkste Waffe gerade die Verachtung von Recht, Gesetz und Menschenwürde ist, weil er so in unseren anfälligen offenen Gesellschaften die größte Angst, die größte Einschüchterung erzielen kann.«

General a.D. Wolfgang Schneiderhan bei seiner Vernehmung im Kunduz-Untersuchungsausschuss[1]

Die legitime Ausübung von massenhafter physischer Gewalt unterscheidet das Militär von anderen staatlichen Institutionen. Daher soll auch dieser Bereich der Praxislogik der Bundeswehr hier untersucht werden. Mit Blick auf die Hauptthese und die Ergebnisse des Kapitels zur allgemeinen ISAF-Praxis (V) ist danach zu fragen, ob sich ihr Handeln auch auf diesem Feld als selbstreferenziell charakterisieren lässt. Diese Frage erscheint schon deshalb als besonders relevant, da bereits im Theorieteil die Eigenlogik jeder Form von physischer Gewalt herausgestellt wurde. Um sie zu beantworten, sind einerseits die Entscheidungen der Verantwortlichen im BMVg, in der Bundesregierung sowie im Bundestag zum Gewalteinsatz zu untersuchen. Andererseits ist nach der konkreten Gewaltpraxis der untergeordneten Truppe zu fragen. Dabei soll diese auch in ihren historischen Kontext vor dem Afghanistan-Einsatz eingebettet werden. Der Untersuchungszeitraum wird in zwei Abschnitte unterteilt: in die Zeit von 2001 bis 2006, als die Bundeswehr noch vergleichsweise selten mit Gewalt konfrontiert wurde, und die Periode ab 2006, als sich Angriffe gegen sie häuften.

Die aussagekräftigsten Quellen stellen die Abschlussberichte der beiden einschlägigen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestags dar. Beide befassten sich unmittelbar damit, wie die Bundeswehr in zwei Fällen in Afghanistan Anfang und Ende der 2000er Jahre Gewalt anwendete. Besonders hervorzuheben sind insbesondere die Belege für die Praxis auf

---

1 Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode: Verteidigungsausschuss als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG, Protokoll Nr. 14 – endgültige Fassung – (Sitzungsteil Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich) 23. März 2010 Stenografisches Protokoll der 14. Sitzung des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG – zugleich 25. Sitzung des Verteidigungsausschusses – am Donnerstag, dem 18.3.2010, 14.00 Uhr Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin, S. 4.

ministerieller Ebene[2]. Eher als Quelle für die Truppenpraxis dienen die in privaten Zeitschriften veröffentlichten Erfahrungsberichte und sonstige Erinnerungsliteratur. In beiden sind besonders deutlich die Wertungen der Verfasser eingeschrieben. Da gerade Fälle von als übermäßig empfundener Gewalt durch die Bundeswehr das Interesse von Parlamentariern und Journalisten weckten, finden sich auch viele Hinweise in Antworten auf Anfragen des Bundestags sowie in Presseerzeugnissen.

Im Ergebnis zeigt dieses Kapitel, dass auch die Gewaltpraxis der Bundeswehr überwiegend selbstreferenziell war. Gleichwohl zwang das Erleiden von Gewalt durch Aufständische ab 2006 ihre Verantwortlichen dazu, die eigenen Entscheidungen stärker an die lokalen Verhältnisse in Afghanistan anzupassen. Allerdings bedeutete dies, dass sie vor allem versuchten, die Soldaten unmittelbar vor physischer Gewalt zu schützen, nicht dass sie eine auch politische Gesamtstrategie entwickelt hätten. Selbstreferenziell waren zum einen überwiegend die Entscheidungen der Verantwortlichen auf der Ebene des BMVg, der Bundesregierung und des Bundestags in dem Sinne, dass sie sich in erster Linie daran orientierten, was sie als in den Augen »der Öffentlichkeit« legitim erachteten. Vor allem in der Anfangsphase resultierte dies darin, dass sie etwa die Gewaltregeln an den Bedingungen einer friedlichen *peacekeeping*-Mission ausrichteten. Mit zunehmenden Angriffen auf die Bundeswehr in Afghanistan positionierten sich dagegen die Entscheidungsträger auf diesem politischen-militärisch Feld derart, dass sie als Antwort immer stärkere Gewaltmittel forderten. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums versuchten jedoch gerade die Akteure im BMVg, nicht zu kriegerisch zu erscheinen, um damit »negative Verantwortlichkeit« zu vermeiden.

Selbstreferenziell waren auch die auf der Ebene der Truppe als Reaktion auf Angriffe von Aufständischen begonnenen offensiven Großoperationen. Denn diese orientierten sich an den habitualisierten Prämissen regulärer Landoperationen und dem Ziel, den Wert des kulturellen Kapitals der beteiligten Akteure zu erhalten bzw. zu erhöhen. Die unmittelbar von der Gewalt betroffenen Soldaten wünschten sich zudem vor dem Hintergrund ihrer kriegerischen Dispositionen, die Taten der Aufständischen ebenso gewaltsam zu vergelten. Durch die Forderungen der Truppe sowie die der NATO-Verbündeten sahen sich die politisch-militärischen Entscheidungsträger schließlich gezwungen, mehr Gewalt zuzulassen. Zudem waren es die Aktionen von Aufständischen, die den Ort der deutschen Operationen bestimmten. So zeigt sich auch hier, dass es die Ereignisse auf der untersten taktischen Ebene waren und nicht die »großen Ideen«, welche die höchsten politischen Entscheidungen zum Afghanistan-Engagement reaktiv vorantrieben.

Gewalt und Gegengewalt in Afghanistan ließen Ende der 2000er Jahre zudem eine Gewaltspirale beginnen, die naturgemäß ihrer eigenen Logik folgte. Die Misserfolge der Aufständischen dabei, sich auch im offenen Kampf zu behaupten, sowie die fortgesetzten Versuche der Entscheidungsträger im BMVg, die Gewalt zu begrenzen, und das Disengagement Anfang der 2010er Jahre verhinderten gleichwohl, dass sich diese Spirale tatsächlich entfalten konnte.

---

2 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss]; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung].

1. Logik der Gewaltpraxis der Bundeswehr von 2001 bis 2006

Gerade in der Anfangsphase des Afghanistan-Einsatzes waren Angriffe auf die zunächst ausschließlich in Kabul eingesetzte Bundeswehr selten. Die Umstände zwangen daher die Verantwortlichen auf deutscher Seite noch nicht zu den Entscheidungen, die ihnen später abverlangt wurden. Dies änderte sich erst gravierend im Frühjahr 2006, nachdem die Bundeswehr ihre Präsenz in die Nordprovinzen ausgeweitet hatte.

a) Logik der ministeriellen und politischen Entscheidungen

Die höchsten Entscheidungsträger im BMVg versuchten überwiegend, die Gewaltanwendung durch die Truppe stark zu begrenzen. Dies galt bereits für die Auslandseinsätze der 1990er Jahre[3]. Der Grund hierfür war, dass sie ihr Sinn für die politische Praxis dazu brachte, mit Blick auf die angenommenen Ziele der politischen Führung einen zu kriegerischen Eindruck zu vermeiden. Dementsprechend restriktiv legten die Juristen der Rechtsabteilung die Gewaltregeln aus. Hierzu trug auch bei, dass sie ein Interesse daran hatten, die Bestimmungen möglichst komplex zu gestalten. Andernfalls wäre ihr fachlicher Rat weniger nötig gewesen, was den Wert ihres kulturellen Kapitals verringert hätte. Da die Hauptverantwortlichen insbesondere in den heiklen Fragen der Gewaltanwendung in Einklang mit nationalem und internationalem Recht sein wollten, hatten die Juristen eine machtvolle Position auf dem Feld des BMVg inne. Hinzu kam, dass sie organisatorisch einen gemäß der »Vier-Säulen-Theorie« eigenen Bereich innerhalb der Bundeswehr bildeten und ihre Abteilung somit nur dem Bundesminister und seinen Staatssekretären unterstand[4].

Im Ergebnis interpretierten die Juristen des BMVg die Regeln zum Einsatz von Gewalt durch deutsche Soldaten restriktiver, als es nach verbreiteter Interpretation das Völkerrecht, die jeweiligen VN-Mandate sowie selbst die oft ohnehin schon eingeschränkten Einsatzregeln der jeweiligen Mission vorsahen. Zu diesem Zweck unterschieden sie juristisch recht eigenwillig zwischen Einsätzen in »bewaffneten Konflikten« und solchen in »Friedensmissionen«[5]. Es handelte sich hierbei um eine offensichtlich zweckgerichtete *fictio juris*, wie die Tatsache zeigt, dass sie damit zwei unterschiedliche Dinge abgrenzten: einen objektiven im Einsatzland vorherrschenden Zustand (bewaffneter Konflikt) von dem sub-

---

3 Scharditsky, Rules of Engagement, S. 13 f.; Sohm, Rechtsfragen der Nothilfe, S. 89.

4 Dau, Der Rechtsberater der Bundeswehr, S. 226.

5 Juristisch betrachtet bestand, bevor das VN-Regime ab 1945 in Kraft trat, ein Krieg, sobald die Kontrahenten diesen erklärten, woraufhin sie ihre Friedensbeziehungen suspendierten und zuvor ausgehandelte völkerrechtliche Regeln für den Kriegsfall griffen. Da die SVN, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs fast alle Staatsvertreter unterzeichneten, kriegerische Auseinandersetzungen untersagte, erklärten sich die Kontrahenten seitdem formal nicht mehr den Krieg. Um den objektiven Tatbestand gleichwohl dennoch fassen zu können, setzte sich in der westlichen Völkerrechtslehre die Bezeichnung des »bewaffneten Konflikts« (»armed conflict«) durch. Volk, Die Begrenzung kriegerischer Konflikte, S. 63 f.

jektiven Willen, einen friedlichen Zustand durchzusetzen (Friedensmission)[6]. Dieser war freilich eine politische Weisung. Dementsprechend beklagten rechtswissenschaftliche Koryphäen, dass es nicht in die juristische Systematik passe, zwischen »Friedensmission« und »bewaffnetem Konflikt« zu unterscheiden[7].

Indem sie jedoch die meisten Auslandseinsätze juristisch als »Friedensmissionen« definierten, konnten sie das nach herrschender Meinung in bewaffneten Konflikten gültige Humanitäre Völkerrecht[8] als nicht einschlägig erklären. Denn dies gestattete es etwa, in bestimmten Fällen den Tod von Unbeteiligten (»Kollateralschäden«) in Kauf zu nehmen und gegnerische Kombattanten zu schädigen, ohne dass diese selbst angreifen[9]. Für die »Friedensmissionen« leiteten sie die Regeln für den Schusswaffengebrauch deutscher Soldaten dagegen aus den eng gefassten Bestimmungen des nationalen deutschen Polizeirechts ab[10]. Demnach durften die Soldaten nur zur Schusswaffe greifen, sofern kein milderes Mittel vorhanden war, und mussten – soweit es die Lage zuließ – den Angreifer in seiner Landessprache oder zumindest auf Englisch mehrfach vor dem Schuss warnen sowie das Feuer einstellen, sobald dieser von seinem Angriff abließ[11]. Wie im Fall der deutschen Polizei ermittelte die Staatsanwaltschaft zudem routinemäßig wie bei einem potenziellen Straftäter gegen jeden Soldaten, der einen Menschen getötet oder verletzt hatte[12]. Die Führung des BMVg verteilte die für die Bundeswehr in der jeweiligen Mission gültigen Einsatzregeln komprimiert in Form von Taschenkarten an die Soldaten. Diese gaben somit sowohl die nationalen deutschen Bestimmungen als auch die internationalen wieder[13].

Im Widerspruch zu der rechtlichen Interpretation, wonach nicht das Recht des bewaffneten Konflikts gelten würde und die Soldaten daher nicht die Rechte von Kombattanten hätten, stand, dass den Bundeswehr-Angehörigen dennoch die Rechtspflichten von Kombattanten auferlegt wurden. So mussten sie insbesondere Uniformen und ihre Fahrzeuge Erkennungszeichen tragen[14].

---

6 Der Bundeswehr-Jurist Weber, Rules of Engagement, S. 81, etwa charakterisierte den »Friedenseinsatz« dadurch, dass es dabei »um die militärische Umsetzung von Friedensregelungen geht [...] nicht die Ausschaltung eines Gegners.« Vgl. auch den Beitrag seines Kollegen Dreist, Aufgabenwandel für den Rechtsberater, S. 341.

7 So der bekannte ehemalige Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht (Völkerrecht) an der Ruhr-Universität Bochum Ipsen, Die Rechtspflege der Bundeswehr, S. 86.

8 Kalshoven/Zegveld, Constraints on the Waging of War, S. 11–16.

9 Vgl. die Beiträge der Bundeswehr-Juristen Weber, Rules of Engagement, S. 81, und Dreist, Aufgabenwandel für den Rechtsberater, S. 341 f. Selbst das Humanitäre Völkerrecht interpretierten die Verfasser der entsprechenden Vorschrift von 1992 sehr eng, indem sie als Kombattanten nur jene Personen definierten, die »am Einsatz einer Waffe oder eines Waffensystems in unverzichtbarer Funktion [an Feindseligkeiten] teilnehmen dürfen.« Bundesministerium der Verteidigung Abteilung Verwaltung und Recht II 3, Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten, Ziff. 301. Vgl. zur Kritik daran Ipsen, Die Rechtspflege der Bundeswehr, S. 86.

10 Ipsen, Die Rechtspflege der Bundeswehr, S. 86.

11 Vgl. zu dieser Systematik Dreist, Aufgabenwandel für den Rechtsberater, S. 341 f.

12 Bereits beim Einsatz in Somalia war dies der Fall, als ein Wachposten einen in das Lager eingedrungenen Einwohner erschoss. Weber, Die »Strafrechtspflege in den Streitkräften«, S. 147 f.

13 Spies, Die Bedeutung von »Rules of Engagement«, S. 126.

14 Erst im Juli 2009 gestatteten die Verantwortlichen im BMVg der Truppe in Afghanistan, die völkerrechtlichen Schutzzeichen für Sanitätsfahrzeuge in Form großer roter Kreuze abzutar-

Sogar die zivilen Angehörigen der Wehrverwaltung wurden für ihre Tätigkeit im Auslandseinsatz formal als Reservisten einberufen, uniformiert und bewaffnet, um dem Kombattantenstatus Genüge zu tun[15]. Diese äußerst restriktive und dabei widersprüchliche Rechtsauslegung verweist zum einen auf das Absicherungsbedürfnis der Verantwortlichen und zum anderen auf das (unbewusste) Ziel der Juristen, hiermit unentbehrlich zu werden, also den Wert ihres kulturellen Kapitals zu erhöhen.

Einen guten Einblick in die Art und Weise, mit der die Verantwortlichen im BMVg ihre Interessen mit den Einsatzerfordernissen juristisch legitimiert in Einklang brachten, erlaubt der fundierte Abschlussbericht des Murat-Kurnaz-Untersuchungsausschusses. Demnach vertraten sowohl die Vertreter der Abteilung Recht des BMVg als auch die verantwortlichen Militärs im November 2001 die Auffassung, dass es sich vor dem Fall der Taliban-Regierung um einen bewaffneten Konflikt zwischen der internationalen US-geführten Koalition und dem de-facto-Regime Afghanistan handelte und dementsprechend das Humanitäre Völkerrecht zu gelten habe[16]. Dies entsprach der allgemeinen Ansicht, wonach die OEF durch das gewohnheitsrechtlich und in der VN-Satzung verankerte Selbstverteidigungsrecht der USA legitimiert sei[17].

Als Problem erwies sich für die deutschen Akteure allerdings bald, dass die Vertreter der US-Regierung gefangene al-Qaida- und Taliban-Kämpfer nicht als Kriegsgefangene behandeln wollten, die unter dem besonderen Schutz der entsprechenden völkerrechtlichen Abkommen standen. Stattdessen führten ihre Juristen mit dem »Enemy Combatant« eine neue Kategorie von Akteuren ein, die sie strafrechtlich aburteilen wollten, ohne ihnen jedoch den Rechtsschutz amerikanischer Zivilgerichte zukommen zu lassen. Diese hielten sie hierfür im Lager »Guantánamo Bay« auf einem von den USA gepachteten Teil Kubas fest[18]. Es kam hinzu, dass in den USA die Todesstrafe galt und die Europäische Menschenrechtskonvention es deutschen Regierungsvertretern untersagte, Gefangene an Länder auszuliefern, in denen diese hingerichtet werden könnten[19].

Infolgedessen befahlen die Verantwortlichen im BMVg den Angehörigen des an der OEF beteiligten KSK, es zu vermeiden, Gefangene zu machen[20]. Es komplett zu untersagen hätte bedeutet, den Einsatzwert der eigenen Spezialkräfte für die Amerikaner weiter drastisch zu reduzieren und damit kaum »Bündnissolidarität« beweisen zu können. Daher konstruierten die Juristen der Unterabteilung Recht II des BMVg den neuen Begriff des »Festhaltens« von Gegnern,

---

nen, da die Aufständischen diese gezielt angriffen. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/1338 [»Rechtlicher Status des Sanitätspersonals der Bundeswehr in Afghanistan«], S. 5.

15 Vgl. zur rechtlichen Kritik daran den Beitrag des Bundeswehr-Juristen: Schafranek, Deutsches Recht im Auslandseinsatz, S. 145 f.

16 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss], S. 92–94.

17 Vgl. mit ausführlichen Literaturangaben auch zur OEF Blumenwitz, Die völkerrechtlichen Aspekte, S. 311.

18 Wright [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM, S. 220 f.

19 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss], S. 102 f.

20 Ebd., S. 94 und S. 97 f.

abgegrenzt von »Festnehmen«. Allerdings entwickelten sie hierfür keine nachlesbare Legaldefinition und sagten nur, dass »Festhalten« kürzer andauere als »Festnehmen«[21]. Bei seiner Vernehmung gestand der zuständige Unterabteilungsleiter schließlich ein, dass die Abgrenzung zwischen beiden Begriffe nur eine »rein gefühlsmäßige« gewesen sei[22]. Dementsprechend unzufrieden waren die Angehörigen des KSK, die fürchteten, bei falschem Verhalten belangt werden zu können, und daher auf allen Ebenen klare Aussagen einforderten, die sie jedoch aufgrund der fehlenden ministeriellen Weisung nie erhielten[23].

Von Februar bis Juni 2002 versuchten die Vertreter von AA, Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesministerium der Justiz (BMJ) und der Abteilung Recht des BMVg sich darauf zu einigen, unter welchen Bedingungen während des OEF-Einsatzes Gefangene gemacht werden konnten. Im Gegensatz zu den Vertretern des BMVg lehnten es alle anderen ab, Gefangene an die US-Amerikaner zu übergeben, da ihnen dann die Todesstrafe drohen könnte[24]. Diese Auffassung teilte der Jurist und Leiter des Referats R II 3 in einem Gutachten, woraufhin dessen Vorgesetzter – Leiter der Unterabteilung R II – und der für Auslandseinsätze zuständige militärische Stabsabteilungsleiter Fü S V entsetzt reagierten. In der Folge beauftragte der Unterabteilungsleiter dieses Mal den Referatsleiter R II 2 mit einem neuen Gutachten, um die »Rechtsfehler [seines Kollegen] zu korrigieren«[25].

Im Ergebnis stand im August 2002 eine eigensinnige Rechtsauffassung, die weitestgehend von etablierten juristischen Wertungen abwich, aber den politischen Willen der Entscheidungsträger wiedergab. Im Kern hieß es dabei, dass die Gefangenen nicht an die USA als Staat ausgeliefert würden, sondern an die *lead nation* einer multinationalen Operation, die in Guantánamo und Kandahar Gefängnisse betreibe, was somit zulässig sei[26]. Führungsnation der OEF waren freilich die USA. In Afghanistan handele es sich auch nicht um einen bewaffneten Konflikt, sondern laut dem Unterabteilungsleiter Recht II um eine Art, »mit bewaffneten Mitteln – das ist eben ein Novum – Verbrechen [zu] bekämpfen«. Damit seien al-Qaida- und Taliban-Kämpfer keine Kombattanten, die nach ihrer Festnahme zu Kriegsgefangenen würden. Ebenso dürften sie nicht rechtmäßig Soldaten der Bundeswehr töten[27]. In den Auslegungskonflikt zwischen den Vertretern der genannten Bundesministerien griffen die des Bundeskanzleramts nicht ein, sodass dieser fortbestand[28].

Mit der deutschen Beteiligung an der ISAF-Truppe ab Januar 2002 mussten die Akteure im BMVg erneut regeln, unter welchen Umständen die eingesetzten Soldaten Gewalt anwenden durften. Anders als häufig behauptet, schränkten die jeweiligen Bundestags-Mandate die Gewaltanwendung nicht ein. Vielmehr gaben die Mandatstexte seit 2001 bloß die Resolution des VN-Sicherheitsrats zur ISAF-Mission wieder, wonach diese autorisiert sei, »*alle erforderlichen Maß-*

---

21 Ebd., S. 97 f.
22 Ebd., S. 162.
23 Ebd., S. 97 f.
24 Ebd., S. 103.
25 Ebd., S. 140 f. und S. 157–159, Zitat: S. 177.
26 Ebd., S. 103.
27 Ebd., S. 101 f. und S. 178, Zitat: S. 102.
28 Ebd., S. 139.

nahmen« zu ergreifen, um das VN-Mandat durchzusetzen[29]. So waren es die Vertreter des BMVg, die Einschränkungen bei der Anwendung von Gewalt durch die deutschen Angehörigen der ISAF-Mission festlegten und damit hinter dem zurückblieben, was der Bundestag hierfür genehmigt hatte[30]. Ihre Praxis stellte also wie bereits im Fall der OEF einen Balanceakt dar zwischen dem Ziel, einerseits übermäßige Gewalt und damit auch zu vermeiden, in solchen Fällen verantwortlich gemacht zu werden, sowie andererseits weiterhin Bündnissolidarität zu beweisen.

Diese Praxis führte dazu, dass die von den Juristen der Abteilung Recht verfasste Taschenkarte inhaltlich ambivalent wirkte. Denn vordergründig schien sie vor allem die Anwendung von Gewalt zu verbieten. So behandelte der erste Abschnitt, der sich konkreten Maßnahmen widmete, nur solche zur Selbstverteidigung und Nothilfe. Im folgenden Teil über »Gewalt zur Durchsetzung des Auftrages« blieb unerwähnt, dass die Soldaten hierzu auch schießen durften. Erst im Abschnitt zum Schusswaffengebrauch hieß es unter dem letzten Spiegelstrich, dass solcher auch »zur Durchsetzung des Auftrages« gestattet sei. Da die Juristen weiterhin die Ereignisse in Afghanistan nicht als bewaffneten Konflikt interpretierten, orientierten sie sich wieder am deutschen Polizeirecht, um den Schusswaffengebrauch zu regeln[31]. Die genannten Grundelemente der ISAF-Taschenkarte änderten sich bis zum Juli 2009 nicht[32].

Die Verfasser der Taschenkarte hätten problemlos schreiben können, dass deutsche Soldaten in allen Fällen – mit Ausnahme der geschützten Personengruppen und der besonderen Situationen – schießen durften, in denen dies der »Durchsetzung des Auftrages« der ISAF diente. Somit ist davon auszugehen, dass sie deren Text bewusst zweideutig ließen[33]. Denn auf diese Weise konnten

---

29 Vgl. die angenommenen Anträge der Bundesregierung für das erste und bisher letzte Afghanistan-Mandat der Bundeswehr sowie den Text der zugehörigen VN-Sicherheitsratsresolutionen, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/7930 [ISAF-Mandat], S. 3 f.; Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/436 [ISAF-Mandat], S. 3; VN-Sicherheitsrats-Resolution 1386 (2001), S. 2; VN-Sicherheitsrats-Resolution 2120 (2013), S. 8. Hervorhebung durch Autor.

30 Im Jahr 2001 hatte sogar die Mehrheit der Angehörigen des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags im Fall der in Mazedonien eingesetzten Task Force »Essential Harvest« die Bundesregierung darum ersucht, den Soldaten der Bundeswehr auch die Nothilfe gegenüber Zivilpersonen zu gestatten, obwohl der NATO-Operationsplan dies nicht vorsah. Die Vertreter des BMVg ließen daraufhin die bereits entsprechend restriktiv verfasste Taschenkarte mit den Regeln zur Gewaltanwendung ändern. Hermsdörfer, Die NATO-geführte Operation Harvest, S. 29.

31 Taschenkarte Afghanistan, Taschenkarte für die Soldaten des deutschen Anteils International Security Assistance Force (DtA ISAF) in Afghanistan, 12.12.2001, zit. nach Brandstetter, Nation Building in Afghanistan, S. 17, Anm. 16. Vgl. zum Inhalt dieser Auflage ebd., S. 3, sowie Taschenkarte für die Soldaten des deutschen Anteils International Security Assistance Force (DtA ISAF) in Afghanistan. Regeln für die Anwendung von Gewalt [2003], abgedr. in: Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 290 f. Bei dem Abdruck fehlt die oberste Zeile und damit auch das Herausgabedatum. Da der letzte Einsatz des Verfassers jedoch 2003 begann und auf der Taschenkarte bereits die »Region Kunduz« erwähnt ist, wird diese auch aus diesem Jahr stammen.

32 Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 31.5.2010.

33 Vgl. zur Zweideutigkeit auch Stephan Löwenstein, Zur Durchsetzung des Auftrages. In: F.A.Z.-Blogs. Zur Sicherheit, 27.7.2009.

sie im Fall eines Skandals wegen unbeabsichtigt getöteter Zivilisten die Auffassung vertreten, dass die bestehenden Regeln der Gewaltanwendung nur Nothilfe und Selbstverteidigung gestatteten. Gleichzeitig ließen die gewählten Formulierungen es aber auch zu, gegenüber den anderen ISAF-Truppenstellern den Vorwurf mangelnder Bündnistreue aufgrund zu restriktiver Regeln zurückzuweisen, indem sie einfach die andere Interpretation vertraten.

Bezeichnend war auch, dass für die Taschenkarte nur die Rechtsabteilung verantwortlich zeichnete und nicht der Bundesminister oder einer seiner beamteten Staatssekretäre[34]. Dies geschah, obwohl es juristisch umstritten war, ob eine nicht vom Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt gegengezeichnete Taschenkarte überhaupt die verbindliche Wirkung eines Befehls hätte. Ein Gerichtsurteil bestätigte 2006 sogar die Auffassung, dass eine Unterschrift erforderlich sei[35]. Auch hier wäre es nicht aufwändig gewesen, wenn der Bundesminister oder einer seiner beamteten Staatssekretäre die Taschenkarte einfach gegengezeichnet hätten. Offensichtlich mieden sie dies also, um nicht in den Bereich der »negativen Verantwortlichkeit« für Gewalttaten der Truppe zu geraten.

Mit Übernahme der ISAF-Mission durch die NATO im August 2003 mussten sich die Vertreter der Mitgliedsstaaten auch auf konkrete Rules of Engagement (RoE) einigen[36]. Dabei handelte es sich um standardisierte Einsatzregeln, die jedoch für die jeweilige Mission des Bündnisses stets neu zusammengestellt und im jeweiligen OPLAN festgeschrieben wurden[37]. Für jede Bestimmung des OPLAN konnten Truppensteller als »caveat« (lat.: »er/sie/es möge sich hüten«) bezeichnete Vorbehalte anmelden, um nicht den gesamten Plan ablehnen und damit blockieren zu müssen[38]. Zu den deutschen Vorbehalten gehörten die in Kapitel V.1.c diskutierten, auch im Bundestags-Mandat zu findenden Einschränkungen, wonach die Bundeswehr dauerhaft nur in Kabul und im Norden sowie nicht zur Drogenbekämpfung eingesetzt werden dufte[39].

Anfang 2006 erließen die NATO-Verantwortlichen neue RoE für die ISAF. Die Vertreter des BMVg meldeten daraufhin am 3. März 2006 eine »nationale Klarstellung« zu den offensive Gewalt erlaubenden RoE an, die in einem Anhang

---

34 Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 31.5.2010, und mit ehemaligem Rechtsberater des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Berlin, 25.5.2010.

35 Burkhardt, Effektive Umsetzung völkerrechtlicher Mandate, S. 48 f. Um wirksam zu sein, konnten Vorgesetzte auch den Inhalt der Taschenkarte explizit als Befehl formulieren. Dabei wäre es freilich möglich gewesen, dass sie dies vergaßen oder den Inhalt falsch wiedergaben, sodass dies kein optimales Verfahren gewesen wäre. Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 31.5.2010, und Interview mit ehemaligem Rechtsberater des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Berlin, 25.5.2010.

36 Beckman, From Assumption to Expansion, S. 11.

37 Spies, Die Bedeutung von »Rules of Engagement«, S. 115, Anm. 449. Erst im Jahr 2000 einigten sich die Vertreter der Mitgliedsstaaten jedoch auf eine allgemeingültige Vorschrift (MC 362 bzw. ab 2003 MC 362/1), in der sich durchnummeriert die einzelnen RoE fanden. Dreist, Rules of Engagement in NATO-Operationen, T. 2, S. 134.

38 Scherhaufer, Militärpolitische und rechtliche Aspekte, S. 1 f.; Spies, Die Bedeutung von »Rules of Engagement«, S. 116–120.

39 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/2380 [»Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe«], S. 8.

des höchsten SHAPE-OPLAN festgehalten waren[40]. Zu diesen Regeln stellten die Vertreter des BMVg klar, dass Soldaten der Bundeswehr nur nach dem von deutschen Juristen entwickelten »Grundsatz der Verhältnismäßigkeit« Gewalt anwenden würden[41]. Zudem sollten diese nur in den Fällen tödliche Gewalt ausüben dürfen, in denen der Gegner bereits angreife oder unmittelbar davorstehe dies zu tun[42].

Sie vermieden also bewusst den eigentlich gängigen Begriff des »caveat«, da solche Vorbehalte unter Vertretern der NATO-Mitgliedsstaaten bereits zu Konflikten über das »burden sharing« in Afghanistan geführt hatten[43]. Dementsprechend gaben die Vertreter des BMVg an, dass ihre »Klarstellungen« die Operationsfähigkeit der deutschen ISAF-Kräfte nicht einschränken und nur das ohnehin zu beachtende Verhältnismäßigkeitsgebot betonen würden[44]. In gleicher Weise erhielten die Rechtsberater den Auftrag, bei Anfragen der Verbündeten zu verneinen, dass es überhaupt *caveats* gebe[45]. Damit blieben die verantwortlichen Akteure ihrer Praxis treu, die Regeln zur Gewaltanwendung nicht eindeutig zu interpretieren, sondern sie je nach Adressat entweder als restriktiv oder nicht-restriktiv darzustellen. Ungeachtet der Umstände in Afghanistan, wo sich bewaffnete Gruppen weiterhin bekämpften, definierten sie die Einsatzregeln für das deutsche ISAF-Kontingent also im Sinne einer *peacekeeping*-Mission. Dabei versuchten sie jedoch weiterhin, nicht in Widerspruch zu den Bündnispartnern zu geraten, die den Einsatz als bewaffneten Konflikt interpretierten.

b) Gewaltpraxis der Truppe

Im Gegensatz zur militärischen Führung bewerteten insbesondere in der Kampftruppe viele Soldaten die legitime Anwendung von Gewalt im Auslandseinsatz positiv. Wie im theoretischen Teil bereits näher diskutiert, resultierte dies aus den Bewertungsrastern des kriegerischen Habitus. Dementsprechend meldeten sich deutlich mehr Freiwillige für die erste deutsche Evakuierungsoperation »Operation Libelle« am 14. März 1997, als mitfliegen konnten. Die waghalsige Aktion, die deutsche und andere Staatsbürger aus den bürgerkriegsähnlichen

---

40 Es handelte sich um die RoE 421 bis 424 sowie 429 A und B. Ralf Beste [u.a.], Zähne für die Schildkröte. In: Der Spiegel, 28/2009, S. 24–27, hier S. 25; Stephan Löwenstein, Attacke mit Fußnoten. In: FAZ.NET, 7.12.2009; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 242 und S. 246 f.

41 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/2380 [»Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe«], S. 8. Demnach müsste jedes staatliche Handeln, das Grundrechte beeinträchtigt, einem legitimen Zweck dienen, geeignet sein, um diesen zu erfüllen, sowie ein erforderliches Mittel darstellen in dem Sinne, dass es kein milderes gibt. Schließlich muss es auch einer alle widerstreitenden Interessen einbeziehenden Abwägung standhalten. Bleckmann, Begründung und Anwendungsbereich.

42 Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 31.5.2010.

43 Miranda-Calha, NATO's Out-of-Area Operations, Ziff. 23 f.

44 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/2380 [»Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe«], S. 8; Interview mit Jurist aus der Abteilung Recht des BMVg in Berlin, 17.6.2010.

45 Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 7.6.2010.

Zuständen in Albanien retten sollte, mündete im ersten scharfen Gefecht der Bundeswehr[46]. Danach erlangte der Befehlshaber der Operation auch aufgrund seines Draufgängertums einen legendären Status in der Armee[47]. Gleiches galt für den Leutnant der Gebirgsjäger, der im zweiten Gefecht der Bundeswehr im Juni 1999 beim Einmarsch in das Kosovo das Kommando innehatte. Ihn zeichnete der Inspekteur des Heeres unmittelbar mit der damals höchsten, normalerweise erst nach längerer Dienstzeit verliehenen Auszeichnung, dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold, aus[48].

In Widerspruch zu den Dispositionen des Kriegerhabitus gerieten dagegen die zahlreichen Restriktionen der militärischen Führung. Da die auch zur rechtlichen Absicherung der militärisch-politischen Führung in juristischer Sprache verfassten, mehrere Seiten umfassenden Taschenkartentexte oft wenig praktikabel waren und die Soldaten sich dadurch sowohl dem Staatsanwalt als auch dem Gegner ausgeliefert fühlten, lehnten viele die Regeln ab[49]. Gleichwohl befolgten sie diese aufgrund der Angst vor Strafverfolgung und habitualisierten damit eine hohe Gewaltzurückhaltung. Diese äußerte sich in Übungen und im Einsatz in mehrfach beobachteten »Schusshemmungen«[50]. Neben dem verbreiteten Absicherungsdenken hielten sich die deutschen Kommandeure und nationalen Befehlshaber im Auslandseinsatz hingegen schon deshalb an die Einsatzregeln, da ihnen verbeamtete Rechtsberater zur Seite gestellt wurden[51]. Deren Ratschläge mussten sie zwar nicht befolgen. Hätten sie jedoch entgegen einem anderslautenden Ratschlag ihres Rechtsberaters einen rechtswidrigen Befehl erteilt, dann hätte dies für sie Vorsatz und Fahrlässigkeit bedeutet[52].

An der Zusammensetzung der Einsatzkontingente zeigt sich, dass die für die Truppe verantwortlichen Entscheidungsträger sich offenbar vor allem vor möglichen Verlusten absichern und kriegerische Handlungen verhindern wollten. Wie erwähnt, verfügten daher selbst die rund 100 Mann starken KSK-Kontingente der OEF über keine Lufttransportfähigkeiten, sodass sie für Spezialkräfteoperationen kaum in Frage kamen. Ähnlich passiv waren die 1000 bis 1200 anfangs in Kabul

---

46 Vgl. den Bericht des Befehlshabers der Operation Oberst Glawatz, Flug ins Ungewisse, S. 295, 298 und S. 305.

47 Alexander Osang, Mayers Krieg. In: Der Spiegel, 37/2012, S. 52–61.

48 Susanne Koelbl, Der Kampf, das ist das Äußerste. In: Der Spiegel, 6/2000, S. 48 f.; Ulrike Demmer, Krieg im Keller. In: Der Spiegel, 24/2006, S. 42–47.

49 Weber, Rules of Engagement, S. 81. Vgl. zur Unzufriedenheit deutscher SFOR-Soldaten mit ihren strikten Einsatzregeln Tomforde, Motivation and Self-image among German Peacekeepers, S. 579.

50 Vgl. zu diesem Phänomen bei Übungen Weber, Rules of Engagement, S. 81; Baumer, EAKK etwas Neues oder doch nur »Altes«. Vgl. hierzu in den beiden genannten Balkan-Gefechten Glawatz, Flug ins Ungewisse, S. 304; Susanne Koelbl, Der Kampf, das ist das Äußerste. In: Der Spiegel, 6/2000, S. 48 f.

51 Dau, Der Rechtsberater der Bundeswehr, S. 221.

52 Sturm, Streitkräfte – Bundeswehrverwaltung – Rechtspflege, S. 128. Nach Inkrafttreten des deutschen Völkerstrafgesetzbuchs am 1.7.2002 musste der Rechtsberater zudem darauf hinweisen, dass unmittelbar die deutsche Strafrechtsverfolgung einsetzen würde, sobald Soldaten die entsprechenden Normen verletzten: Weber, Die »Strafrechtspflege in den Streitkräften«. Dreist, Aufgabenwandel für den Rechtsberater, S. 332, spricht sogar davon, dass der Rechtsberater, auch vor dem Hintergrund der Verantwortlichkeit, gar zum »Mit-Entscheidungsträger« wurde.

als Teil der ISAF eingesetzten Soldaten ausgestattet. Von ihnen zählten nur die Angehörigen der zwei Infanteriekompanien zu den Kampftruppen, also rund 150 bis 200 Männer und Frauen, während über die Hälfte des Kontingents für Logistik zuständig war[53]. Um Verluste zu vermeiden, waren die Kräfte allerdings vergleichsweise »robust« ausgestattet, was die Anzahl gepanzerter Fahrzeuge anging. Die meisten dieser Fahrzeuge – vor allem der Typen »Fuchs« und »Dingo« – waren allerdings nicht auf regelrechte Gefechte ausgelegt, sondern auf den Transport von Soldaten hinter der Front und die Patrouillendienste der Balkan-Einsätze[54].

In diesem Sinne schrieb auch ein hieran beteiligter deutscher Stabsoffizier in einer US-amerikanischen Lehrgangsarbeit über die Planung des ersten deutschen PRT: »At the crucial discussions on safety and security issues, every decision boiled down to the question of ›who will be responsible if something happens‹[55].« Dementsprechend erhielten auch die PRTs, wie oben erwähnt, eine vor allem auf Selbstschutz ausgelegte Ausstattung. In Kunduz befanden sich nur eine Schutzkompanie und ein Feldjägerzug – also gut 100 Soldaten – an Kräften, die dafür vorgesehen waren, aktiv Gewalt auszuüben[56]. In Faizabad, wo 2005 insgesamt nur 200 Soldaten dienten, waren es dementsprechend noch deutlich weniger[57]. Wie in Kabul traten die Deutschen in den Provinzen von Anfang an »robust« auf, indem sie meist die volle Gefechtsausrüstung trugen und mit rund 20 bis 30 Soldaten in Konvois von sieben bis zehn meist geschützten Fahrzeugen fuhren[58]. In erster Linie für Aufklärungsoperationen sowie zur Ausbildung der ANA wurde das KSK von 2003 bis 2005 auch bei den PRTs in Kunduz und Faizabad eingesetzt[59].

Sowohl in Kabul als auch in den Provinzen beschränkten sich die regelmäßigen und geplanten Aktionen der Kampftruppensoldaten größtenteils auf Präsenzpatrouillen. Indem sie möglichst häufig in möglichst vielen Gebieten präsent waren, so die Prämisse, wollten sie ihren Auftrag, ein »sicheres Umfeld« zu schaffen, umsetzen[60]. Anders als im Kosovo, sahen sich die Deutschen gleich-

---

53 Schulze, Deutsche Truppen im Afghanistan-Einsatz, S. 95–97; Uyar, With the Germans in Afghanistan, S. 261; Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 46.

54 Zu den offensiveren Waffensystemen zählte ein Zug mit nur leicht geschützten, aber schwer bewaffneten Waffenträgern »Wiesel«, die mit Bordmaschinenkanonen und Panzerabwehrlenkflugkörpern ausgestattet waren. Schulze, Deutsche Truppen im Afghanistan-Einsatz, S. 93 und S. 96.

55 Groeters, German General Staff Officer Education, S. 39.

56 Ebd., S. 41; Chiari, A New Model Army, S. 143 f.

57 Nachtwei, Zur ISAF-Verlängerung, S. 4; Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 16.

58 Larsdotter, Exploring the Utility of Armed Force, S. 362.

59 Telefoninterview mit 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier, 7.11.2011; Freytag, Operation Afghanistan, S. 9; Noetzel/Schreer, Spezialkräfte der Bundeswehr, S. 15.

60 Auswärtiges Amt [u.a.], Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 1.9.2003, S. 7. Vgl. für die Praxis den Beitrag des Kommandeurs des ersten deutschen Einsatzkontingents Butler, Der Beginn des deutschen Engagements, S. 12 f., sowie dessen Nachfolger Schlenker, Soldaten der Luftlandebrigade 26, S. 15, und Auer, Unterstützung auf dem Weg, S. 50, sowie den des damaligen deutschen ISAF-Kommandeurs Heyst, Der deutsche Beitrag zur ISAF in Afghanistan, S. 620. Vgl. für die Provinzen Stachelbeck, »Serving at a Remote Outpost«, S. 169; Larsdotter, Exploring the Utility of Armed Force, S. 361; Lindemann, Unter Beschuss,

wohl nicht dazu legitimiert, selbst Straftaten zu verfolgen, und verwiesen daher bei Vorfällen auf »die afghanischen Behörden«[61]. Die Patrouillen entfalteten zu Beginn des ISAF-Engagements unzweifelhaft eine symbolische Wirkung. Gleichwohl stellt sich die Frage, welchen Sinn diese – insbesondere nachdem sich die Angriffe auf sie häuften – für die Akteure hatten. Der Sinn ist zum einen darin zu sehen, dass sie hiermit ungeachtet der afghanischen Verhältnisse einfach die habitualisierte Praxis der Balkan-Einsätze fortführten. Zum anderen hatten die Kampftruppen neben der Lagersicherung schlicht keine andere Aufgabe. In der Abwesenheit eines klaren Auftrags ließ sich zudem die Anzahl der Patrouillen als quantitativer Erfolgsindikator anführen[62]. Schließlich verfügten sie insbesondere mit den Dingo-Fahrzeugen über ein auf genau diese Aufgabe zugeschnittenes Instrument, das einen entsprechenden Gebrauch bereits vorstrukturierte.

Schon bald kam es allerdings zu ersten Angriffen auf die Feldlager der Bundeswehr sowie vereinzelte Anschläge auf ihre Konvois. Mit Ausnahme eines aufsehenerregenden Selbstmordattentats gegen einen ungeschützten Bus im Juni 2003 in Kabul töteten und verwundeten diese jedoch vergleichsweise selten deutsche Soldaten[63]. Allerdings häuften sich die Angriffe und wurden immer professioneller ausgeführt[64]. Zumindest für die Deutschen kam es jedoch zu keinerlei Gefechten, also dauerhaften Schusswechseln, bei denen sie auch selbst Gewalt ausüben mussten. Aufgrund der ambivalenten Formulierung der Taschenkarte nahm die Masse der Truppe ohnehin an, dass sie nur zur Selbstverteidigung und Nothilfe Gewalt anwenden dürfe. Auch die Rechtsberaterstabsoffiziere interpretierten die Regeln meist auf diese Weise[65].

Die Verantwortlichen auf deutscher Seite reagierten auf die vermehrten Angriffe zum einen, indem sie mehr gepanzerte Fahrzeuge beschaffen ließen[66]. Zum anderen beteiligten sie sich auch an den seit spätestens 2004 intensivierten gezielten Operationen der ISAF gegen Unterschlupfe und Waffenverstecke von

---

S. 30f. Der Kommandeur des ersten Kontingents in Kunduz schrieb allerdings, dass er versucht habe, keine regelmäßigen Patrouillen durchführen zu lassen, um nicht die Wiederaufbauarbeit zu stören. Schiebold, KUNDUZ – eine Herausforderung, S. 18. Vgl. auch Chiari, A New Model Army, S. 144.

61 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/2380 [»Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe«], S. 10; Lindemann, Unter Beschuss, S. 36 f.

62 In der Weise genutzt z.B. von Schlenker, Erfahrungen aus dem 2. ISAF-Kontingent, S. 16; Auer, Deutsch-Französische Brigade zurück aus Afghanistan, S. 72.

63 Spätestens knapp drei Monate nachdem die ersten Deutschen in Kabul gelandet waren, schlug am 7.4.2002 die erste Rakete in der Nähe des Feldlagers ein: Nachtwei, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 15. Bis 2005 starben fünf Bundeswehr-Angehörige bei Sprengstoffattentaten in der Hauptstadt: Reichelt/Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten!, S. 24.

64 Uyar, With the Germans in Afghanistan, S. 257; Hillier, A Soldier First, S. 305. Vgl. für Beispiele den Bericht der damals in Kabul eingesetzten Sanitätsärztin Groos, Ein schöner Tag zum Sterben, S. 106 und S. 147 f., sowie Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 64 f.; Auer, Unterstützung auf dem Weg, S. 50; Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/2600 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2003], S. 21.

65 Vgl. Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 179; Interview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier in Berlin, 31.5.2010.

66 Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/2600 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2003], S. 21.

mutmaßlichen Aufständischen. Bei diesen Operationen verhafteten in der Regel Angehörige der ANSF die Verdächtigen, während die ISAF-Kräfte einen Ring um sie bildeten[67]. Spätestens seit 2005 führten sie vereinzelt auch selbst gezielte Operationen. Allerdings gingen sie hierbei offenbar sehr vorsichtig vor[68]. Die höchsten Verantwortlichen sowohl im Einsatzland als auch in Berlin tendierten jedoch dazu, die Lage in Afghanistan in erster Linie zu verharmlosen und abzustreiten, dass sich die Aufständischen immer besser organisierten[69].

Nach Berichten der eingesetzten Soldaten versuchten vor allem die höchsten Offiziere des deutschen Einsatzkontingents von Anfang an möglichst zu verhindern, dass ihre Untergebenen Gewalt gegen Afghanen anwendeten[70]. Auch logistisch hatten die Verantwortlichen keine Vorsorge für Gefechte getroffen, sodass ohnehin nicht genügend Munition für Kleinwaffen vorhanden war[71]. Die ersten Bundeswehr-Soldaten landeten Anfang 2002 ohne Munition in Bagram nördlich von Kabul sowie Ende 2003 in Kunduz[72]. Darum bemüht, die Lage nicht eskalieren zu lassen, und unsicher über die geltenden Regeln der Gewaltanwendung, verhielten sich die meisten PRT-Kommandeure bei Vorkommnissen weitgehend passiv[73]. Dies galt sogar in Fällen, in denen deutsche Posten beobachteten, wie Aufständische Raketen gegen ein PRT in Stellung brachten oder IEDs vergruben. Bei einem aus Faizabad überlieferten Fall untersagte der Kommandeur es, Scharfschützen auf diese schießen zu lassen[74]. Offenbar hielten es die Entscheidungsträger also weder für möglich noch für wünschenswert, dass die Truppe in größere Kämpfe verwickelt werden könnte.

Insbesondere der Habitus der Angehörigen der Kampftruppe, die wie in Kabul so auch in Kunduz und Faizabad am Anfang in erster Linie aus der Fallschirmjägertruppe stammten[75], ließ wenig Verständnis für das Bemühen ihrer

---

67 Auer, Unterstützung auf dem Weg, S. 50, nannte für den Zeitraum Juli 2004 bis Ende Januar 2005 insgesamt 15 zielgerichtete Operationen der KMNB gegen Waffen- und Munitionsverstecke sowie acht Zugriffe gegen Aufständische. Von einem Unterstützungseinsatz für eine italienische Operation gegen ein Sprengstofflabor berichtet Palmroth, Sniper at Work, S. 124 f., der daran als Scharfschütze beteiligt war.

68 Vgl. z.B. die von langer Hand vorbereitete »Operation Pompeji II«: Schulze, Operation Pompeji II.

69 So hielten die Verantwortlichen auch Informationen über das erste missglückte Selbstmordattentat auf deutsche Soldaten von der Öffentlichkeit fern. Vgl. mit Fotos Zweites Deutsches Fernsehen, Sterben für Afghanistan [Fernsehbeitrag], 16.3.2010. Vgl. auch Reijn, Germany and the Netherlands in the Headquarters, S. 226. Dementsprechend sind auch in keiner der hier zitierten zeitgenössischen Quelle von Truppenführern Hinweise auf die verschlechterte Sicherheitslage zu finden. Vgl. dazu auch Kapitel VI.2.b).

70 Vgl. Beckmann, Ein tierischer Einsatz, S. 52 f.; Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 35.

71 Uyar, With the Germans in Afghanistan, S. 261, berichtet von nur einem Magazin pro Soldat.

72 Wieting, Erfahrungen als Patrouillenführer, S. 33. Vgl. zu Kunduz Holzapfel, Es war nicht »Bad Kunduz«, S. 64; Wohlgethan, Operation Kundus, S. 47 und S. 49; Haske, »Mama 1«, S. 158.

73 Vgl. zu den gewaltsamen Demonstrationen gegen NGOs in Faizabad Kapitel VII.3.c).

74 Telefoninterview mit 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier, 7.11.2011. Vgl. offenbar auch auf diesen Fall bezogen, aber den Ausgang verschweigend Palmroth, Sniper at Work, S. 129.

75 Schiebold, KUNDUZ – eine Herausforderung, S. 18.

Vorgesetzten zu, möglichst unkriegerisch zu erscheinen[76]. Dies galt insbesondere, wenn Kameraden getötet worden waren und sie auf Vergeltung drangen[77]. Sie rüsteten daher mitunter eigenmächtig ihre Patrouillenfahrzeuge auf, indem sie Maschinengewehre fest daran montierten. Oftmals untersagten dies Vorgesetzte mit Blick auf die technischen Sicherheitsbestimmungen oder weil dies zu kriegerisch aussehe und die Zivilbevölkerung verschrecken würde[78]. Das Fehlen eines automatischen Scharfschützengewehrs beklagend, statteten sich außerdem Infanteristen inoffiziell mit der Scharfschützenversion des bereits ausgemusterten G3-Gewehrs aus[79]. Gleichwohl zeigten sich sogar deutsche Kommandosoldaten, die zu Beginn an der OEF teilnahmen, entsetzt über das rücksichtslose Verhalten ihrer US-Kameraden[80]. Letztere beschwerten sich darüber, dass die Deutschen einen afghanischen Schäfer, der unbeabsichtigt ihre Stellung in der »Operation Anaconda« im März 2002 enttarnt hatte, nicht einfach getötet hatten[81]. Die Bundeswehr-Soldaten hatten also offenbar tatsächlich eine größere Gewaltzurückhaltung habitualisiert.

2. Logik der Gewaltpraxis der Bundeswehr von 2006 bis 2012

Einschneidende Änderungen auf dem Feld der Akteure, die über den Einsatz von Gewalt durch die Truppe entschieden, ergaben sich durch die ab Mitte 2006 insbesondere in Kunduz immer häufiger und professioneller ausgeführten Angriffe von Aufständischen gegen die Bundeswehr[82]. Die wahrscheinlich entscheidenden Gründe hierfür, nämlich dass signifikante Teile der Bevölkerung von den

---

76 Beckmann, Ein tierischer Einsatz, S. 52 f.; Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/500 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2002], S. 21; Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/5000 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2004], S. 26. Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 113 f. beschreibt sogar, dass die Fallschirmjäger das am Lagerausgang als Mahnung durch den Kommandeur angebrachte Schild »Wave and Smile« beschossen hätten. Vgl. zu den PRTs Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/5000 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2004], S. 26; Wohlgethan, Operation Kundus, S. 217; Telefoninterview mit 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätigem Offizier, 7.11.2011.

77 So sogar bei der Sanitätsärztin Groos, Ein schöner Tag zum Sterben, S. 56 und S. 114.

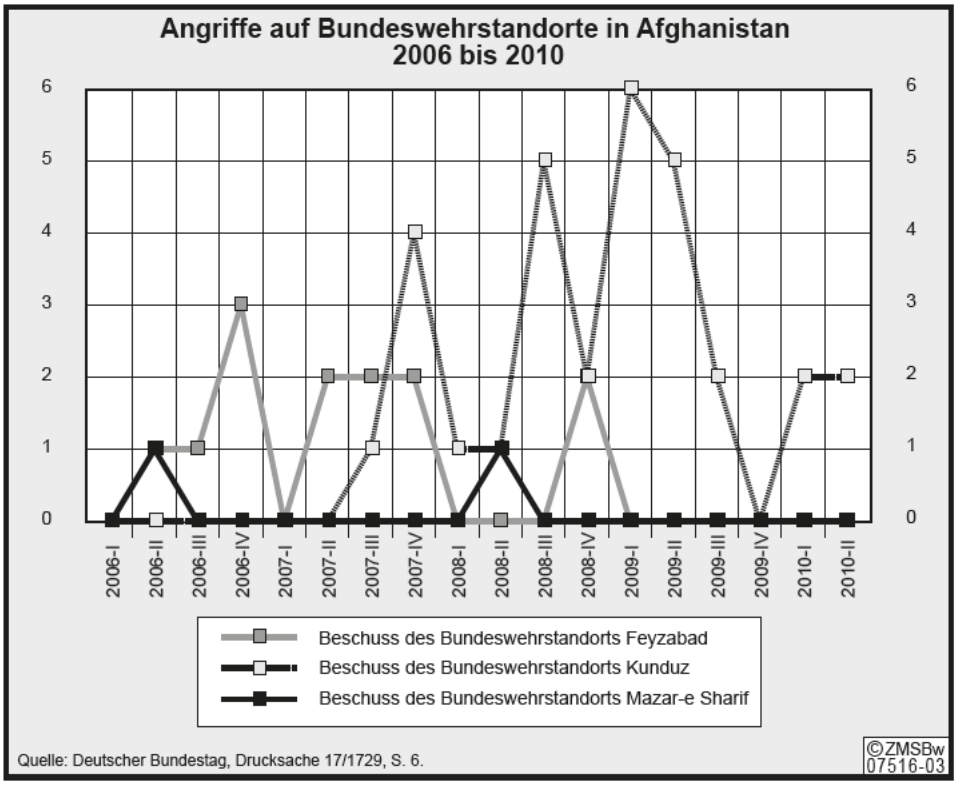
78 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/850 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2005], S. 21; Wohlgethan/Schulze, Endstation Kabul, S. 36 und S. 250 f.; Wohlgethan, Operation Kundus, S. 68.

79 So im Fallschirmjägerbataillon 313: Przewdzick/Jüttner, Bereit zum Schuss. Vgl. auch zu den Klagen über ein fehlendes automatisches Scharfschützengewehr Palmroth, Sniper at Work, S. 131 f.; Wohlgethan, Operation Kundus, S. 72 f. und S. 217.

80 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss], S. 172; Uli Rauss, Kommando Spezialkräfte. Die Profis. In: stern, 4.11.2004.

81 Vgl. auch mit Bezug auf eine Meldung des deutschen Verbindungsoffiziers zum USCENTCOM Christoph Reisinger, Anaconda wird zur Blindschleiche. In: Stuttgarter Nachrichten, 5.3.2012, sowie Uli Rauss, Kommando Spezialkräfte. Die Profis. In: stern, 4.11.2004.

82 Das Schlüsselereignis war hierbei der erste »complex attack« am 28.6.2006 auf eine deutsche Patrouille im Chahar-Dara-Distrikt von Kunduz. Hierbei flüchteten die Aufständischen nicht, nachdem sie ihr IED gezündet hatten, sondern versuchten den gesamten Konvoi



Patronageverhältnissen der neuen Machthaber ausgeschlossen wurden, insbesondere die Mitte der 2000er Jahre zurückkehrenden Flüchtlinge, wurden bereits in Kapitel IV erläutert. Auch in Badakhshan häuften sich Angriffe, die jedoch vor allem in Raketenangriffen gegen das Lager bestanden und ihren Höhepunkt im Jahr 2007 erreichten[83].

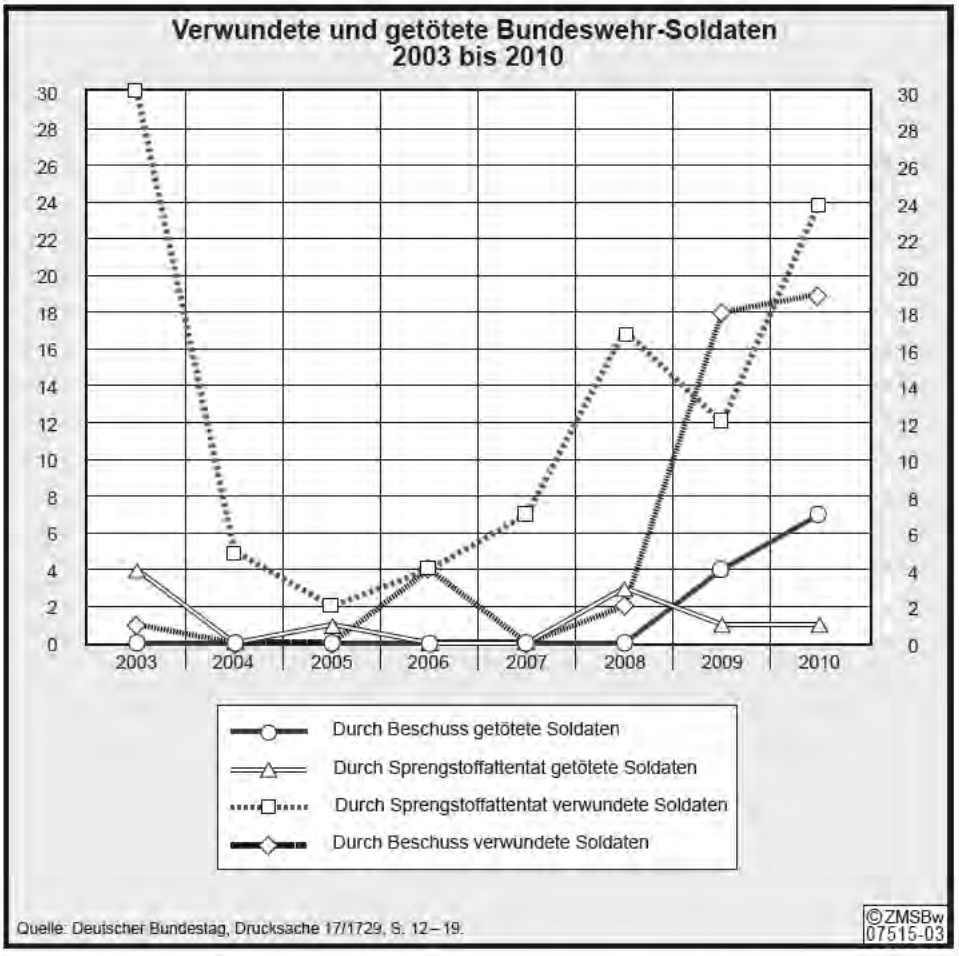
Während Gewalt gegen die Bundeswehr in Badakhshan nach 2007 abnahm, häuften sich in dieser Zeit die Angriffe auf deutsche Soldaten in Kunduz. Die Aufständischen legten dabei immer professionellere Hinterhalte und führten offen dauerhafte Gefechte, statt nach dem Zünden von IEDs auszuweichen[84]. Im

---

in einem breit angelegten Hinterhalt zu vernichten. Nachtwei, Afghanistan-Besuch im Oktober 2006; Lindemann, Unter Beschuss, S. 42.

83 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/1729 [»Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan«], S. 6; Nachtwei, Besuch in Nord-Afghanistan; Nachtwei, Afghanistan-Besuch im Oktober 2006; Nachtwei, Besuch in West-, Süd-, Zentral-, Nord-Afghanistan, S. 29.

84 Dies verdeutlicht u.a. die gestiegene Anzahl der Verwundungen durch Schüsse gegenüber der durch IEDs. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/4792 [»Vorläufige Bilanz der deutschen Opfer und Leidtragenden als Folge des ISAF-Einsatzes und zivilpolitischer Maßnahmen in Afghanistan«], S. 14–17. Bei den Daten fehlen Angaben zum Ort des Vorfalls, jedoch zeigen offene Quellen, dass die meisten in Kunduz stattfanden. Wätzel/Krause, Das deutsche Engagement in Nordafghanistan, S. 322. Vgl. auch Chiari, A New Model Army, S. 146 f.



Jahr 2009 gelang es ihnen somit erstmals, größere Gebiete von Kunduz zu kontrollieren. Von etwa April bis Herbst 2009 griffen Aufständische die Deutschen in Kunduz beinahe täglich in taktisch ausgefeilter Weise an[85]. Insgesamt gelang es ihnen allein in dieser Zeit, vier Bundeswehr-Soldaten zu töten und rund 20 bis 25 teilweise schwer zu verwunden. Als Einschnitt galt den Beteiligten dabei der 29. April 2009, an dem der erste Soldat der Bundeswehr im Laufe eines sich in Kunduz über mehrere Kilometer erstreckenden wohlgeplanten Hinterhalts getötet wurde[86].

---

85 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 40; Nachtwei, (Klein-)Krieg bei Kunduz, Abschnitt: KUNDUZ (+ REGION NORD). Vgl. den Beitrag des damaligen Kommandeurs des RC North Vollmer, Panzergrenadierbrigade 37 im Einsatz, S. 12 f.

86 Lindemann, Unter Beschuss, S. 249 f.; Trauer um den im Feuergefecht gefallenen Soldaten. In: bundeswehr.de, 30.4.2009.

a) Gelockerte Regeln der Gewalt und zusätzliche Gewaltmittel

In Reaktion auf die gehäuften Angriffe Aufständischer reagierten die Verantwortlichen im BMVg, indem sie zum einen den Schutz der Soldaten erhöhten. So erließ der Bundesminister der Verteidigung zunächst eine Weisung, wonach Patrouillen nur noch in geschützten Fahrzeugen stattfinden durften[87]. Hierfür beschlossen die Verantwortlichen auch, zusätzliche dieser Fahrzeuge anzuschaffen[88]. Zum anderen kamen sie offensichtlich zu der Überzeugung, dass die Truppe noch mehr Opfer erleiden würde, wenn sie in Zukunft weiterhin derartige Angriffe eher passiv über sich ergehen lasse müsste. Dementsprechend verstärkten sie die Gewaltmittel der Einsatzkontingente. So entsandten sie zunächst erneut das KSK in den Norden, um zu vermeiden, dass Aufständische IEDs vergruben. Allerdings erhielten die Kommandosoldaten nicht den Auftrag, diese zu töten, sondern nur aufzuklären[89]. Außerdem stimmten die Verantwortlichen im BMVg zu, vier Schützenpanzer Marder 1A5 nach Afghanistan zu entsenden, die dort im Januar 2007 ankamen. Anders als bei den bisherigen gepanzerten Fahrzeugen, handelte es sich hierbei um Gefechtsfahrzeuge, die für offensive Operationen ausgelegt waren. Sie verblieben allerdings zunächst als »gepanzerte Reserve« in der FSB Mazar-e Sharif und durften nur nach Genehmigung des Kommandeurs des RC North eingesetzt werden[90].

Daneben waren Stellungnahmen zu beobachten, die noch etwas zaghaft versuchten, in der Truppe die Wahrnehmung zurückzudrängen, dass die Soldaten Gewalt nur zur Selbstverteidigung und Nothilfe anwenden dürften[91]. So erließ der Stabsabteilungsleiter der im BMVg für Einsätze zuständigen Abteilung Fü S V im August 2006 eine »Führungshilfe zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des Einsatzes des deutschen Anteils ISAF in Afghanistan«[92]. Hiermit sollte zum einen den eingesetzten Truppenführern verdeutlicht werden, welche Befugnisse sie hatten. Zum anderen wollte er dem insbesondere von den Vertretern der größten ISAF-Truppensteller zunehmend geäußerten Vorwurf entgegentreten, die deutschen Kontingente hätten zu restriktive Einsatzregeln. Zur Anwendung von Gewalt hieß es, die deutschen »Klarstellungen« zu den NATO-RoE besagten nur, dass das Verhältnismäßigkeitsprinzip einzuhalten sei. Offensive Aktionen seien laut der deutschen ISAF-Taschenkarte möglich, da diese Gewalt erlaube, um den Auftrag durchzusetzen. Allerdings nannte er hierbei nicht die Anwendung tödlicher Gewalt[93]. Offensichtlich sollte also den Truppenführern vermittelt wer-

---

87 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/6114 [»Einsatz von geschützten Fahrzeugen in Afghanistan«], S. 1 f.

88 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/2380 [»Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe«], S. 9.

89 Noetzel/Schreer, Spezialkräfte der Bundeswehr, S. 15.

90 Jochen Stahnke, Bundeswehr in Afghanistan: Tage im Eisenschwein. In: FAZ.NET, 15.2.2012.

91 Spätestens 2005 versuchten einige Verantwortliche im BMVg, die Regeln zur Gewaltanwendung zu lockern. Schmunk, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams, S. 32, Anm. 88.

92 Eckart Lohse, Erst lesen, dann warnen, dann schießen. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.6.2008; Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 31.5.2010.

93 Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 31.5.2010.

den, dass ihnen keine zu engen Beschränkungen auferlegt seien, ohne sich jedoch selbst in Hinblick auf die Gewaltfrage zu sehr zu exponieren.

Auch die Juristen in der Unterabteilung Recht II änderten die von ihnen im August 2006 herausgegebene Taschenkarte zum Humanitären Völkerrecht. Darin hieß es vorher noch: »Soldaten der Bundeswehr beachten die Regeln des humanitären Völkerrechts bei militärischen Operationen in allen Arten bewaffneter Konflikte«. In der genannten Ausgabe stellten sie diesem Satz noch die einschränkende Formulierung »Soweit praktisch möglich« voran[94]. Da sie allerdings die Vorgänge in Afghanistan weiterhin nicht als »bewaffneten Konflikt« klassifizierten, war die Taschenkarte freilich nicht relevant für den ISAF-Einsatz. Vielmehr scheint es, dass sich die Verantwortlichen hiermit für den Fall absichern wollten, dass doch einmal das Humanitäre Völkerrecht dort gelten könnte[95].

Seit 2007 beteiligte sich die Bundeswehr auch am sogenannten »Targeting« der ISAF, für das die Verantwortlichen im BMVg bereits in den Vorjahren die formalen Voraussetzungen geschaffen hatten[96]. Ebenso stellten die Entscheidungsträger im BMVg mit dem ministeriellen Referat »Einsatz von Spezialkräften« im Jahr 2004 und im April 2005 mit dem Kommando Führung Operationen von Spezialkräften (KdoFOSK) die notwendigen institutionellen Arrangements[97]. Auslöser für das Ziel, am ISAF-Targeting teilzunehmen, war offenbar, dass die RC-Kommandeure weder Einfluss auf noch Informationen über Operationen von OEF- und ISAF-Spezialkräften in ihrem Bereich hatten[98]. So waren bereits seit Beginn des Engagements im Norden immer wieder insbesondere US-amerikanische und britische Spezialkräfte in den deutschen Verantwortungsbereich eingedrungen, ohne die Bundeswehr vorher über ihre Operationen zu informieren. Dabei hatten deren Aktionen häufig Bevölkerungsteile gegen die Internationalen aufgebracht, was dementsprechend die Deutschen »ausbaden« mussten[99]. Zumindest Informationen über Operationen von ISAF-Spezialkräften konnten die Entscheidungsträger im BMVg nur erlangen, indem sie sich daran beteiligten[100].

---

94 Hankel, Die Politik der Taschenkarte, S. 90.

95 Auch hieß es an anderer Stelle: »Jeder einzelne Soldat bzw. jede einzelne Soldatin ist persönlich für die Einhaltung der Regeln des humanitären Völkerrechts verantwortlich. Vorgesetzte dürfen Befehle nur unter Beachtung der Regeln des Völkerrechts erteilen.« Somit handelte es sich ganz wie zuvor im Falle der ISAF-Taschenkarte nicht um eine eindeutige Stellungnahme für weniger Restriktionen in Afghanistan. Bundesministerium der Verteidigung R II 3, Druckschrift Einsatz Nr. 03 [2006], S. 3. Dies erwähnt Hankel, Die Politik der Taschenkarte, nicht.

96 Siehe zum ISAF-Targeting Kapitel V.2.e). Bereits 2001 hatte die Stabsabteilung Fü S II des BMVg ein entsprechendes Konzept fertiggestellt und den Prozess als »Ziel- und Wirkungsanalyse« bezeichnet. Ende 2003 erließ der Stabsabteilungsleiter Fü S V eine konkrete Weisung hierfür, die das Einsatzführungskommando 2004 umsetzte. Vgl. zu den Dokumenten Dreist, Aufgabenwandel für den Rechtsberater in den Streitkräften, S. 331, Anm. 20; Rosenthal, Die Bekämpfung von militärischen Zielen.

97 Vgl. den Beitrag des damaligen S3-Offiziers des KdoFOSK Stauch, Kommando Führung Operationen von Spezialkräften, S. 42 f.

98 Johnson, Command and Control of Special Operations Forces, S. 6; Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 31.5.2010.

99 Koehler, Herausforderungen im Einsatzland, S. 85.

100 Johnson, Command and Control of Special Operations Forces, S. 15.

Hierfür institutionalisierten sie den deutschen Spezialkräfteeinsatz, indem sie im Oktober 2007 die aus KSK-Soldaten, Feldnachrichtenkräften und BND-Mitarbeitern zusammengesetzte TF 47 aufstellten[101]. Die Teilnahme am ISAF-Einsatz zwang die Verantwortlichen im BMVg somit dazu, auch das eigene Gewaltpotenzial weiterzuentwickeln. Bei dem eigenen Verfahren zur Teilnahme am ISAF-Targeting orientierten sie sich an den NATO-Vorschriften[102] und einigten sich schließlich auf einen Prozess, an dessen entscheidenden Stellen Vertreter des BMVg und auf allen Ebenen Juristen beteiligt waren. Das Verfahren konnte somit pro ins Ziel genommener Person mehrere Monate bis Jahre dauern[103]. Dafür behielt die politisch-militärische Führung die Kontrolle hierüber und insbesondere die juristische Beteiligung verschaffte ihm legal-rationale Legitimität. In Einklang mit den umstrittenen Regeln zum Gewalteinsatz beschränkten sich die Deutschen darauf, nur »capture« von Personen zu empfehlen und auch nur an Missionen zur Gefangennahme teilzunehmen[104]. Außerdem versuchten sie weiterhin, öffentlich einen zu kriegerischen Eindruck zu vermeiden[105].

Die TF 47 hatte eine Stärke von bis zu 120 Soldaten, zu denen neben Angehörigen des KSK auch solche der Feldnachrichtenkräfte und des BND zählten. Sie operierten an verschiedenen Orten. Den unterschiedlichen Fähigkeiten ihrer Kräfte entsprechend bestand ihr Auftrag sowohl darin, Informationen über Aufständische zu sammeln und auszuwerten, als auch, diese und andere, die auf der ISAF-JPEL eingetragen waren, gefangen zu nehmen. Um sie zu ergreifen, gingen sie stets mit afghanischen Sicherheitskräften vor, welche die entsprechen-

---

101 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/2884 [»Informationspolitik zum Afghanistan-Einsatz«], S. 7; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 68.

102 Rosenthal, Die Bekämpfung von militärischen Zielen.

103 Demnach schlugen zunächst Vertreter des RC North Personen aufgrund von Beweismaterial vor. Zusammengestellt als »Target Folder«, prüften Angehörige des Einsatzführungskommandos diese daraufhin und übergaben die Daten an das BMVg. Hier entschieden schließlich die Mitglieder des »National Joint Coordination Board« und erteilten ggf. die Genehmigung, die jeweilige Person zu ergreifen. Das weitere Vorgehen sprachen die Vertreter des Einsatzführungskommandos mit denen des für Spezialkräfte zuständigen KdoFOSK ab. Schließlich übergaben die Verantwortlichen im RC North die Daten an das ISAF HQ, das als letztes genehmigen musste und wo die betreffenden Nationen »kill or capture« beantragten. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/2775 [»Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 16. August 2010 eingegangenen Antworten der Bundesregierung«], S. 77; Julian Reichelt, Geheimes Papier enthüllt Details: So kommen die Taliban-Terroristen auf die Todesliste! In: Bild.de, 17.8.2010. Vgl. auch die Aussagen des daran beteiligten Brigadegenerals Blotz gegenüber Nachtwei, Aufbau im Schatten von Guerillakrieg, S. 12.

104 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/2775 [»Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 16. August 2010 eingegangenen Antworten der Bundesregierung«], S. 77.

105 Die Anfrage eines Journalisten zum Targeting der Bundeswehr bearbeiteten aufwändig Vertreter aller betroffenen Abteilungen des BMVg unter Federführung Staatssekretär Wicherts. In ihrer Antwort betonten sie, dass Deutsche Zielpersonen nur gefangen nehmen, und fügten unzutreffenderweise hinzu, dass auch die ISAF insgesamt beim Targeting nur auf »konkrete Gefahr« reagiere. Thomas Wiegold, Im Zweifel töten. In: Focus, 51/2007, S. 20–24.

den Personen formal festnahmen[106]. Schon aufgrund ihrer relativ geringen Stärke gingen die Angehörigen der TF 47 zumindest bis 2009 offenbar eher defensiv in dem Sinne vor, dass sie vor allem versuchten, jene Aufständischen aufzuspüren und gefangen zu nehmen, die unmittelbar die Kräfte der PRTs bedrohten oder mit besonders häufigen Anschlägen aufgefallen waren[107].

Seit Anfang 2007 versuchten die Vertreter des ebenfalls im Norden stationierten norwegischen Kontingents, die Vertreter des BMVg dazu bewegen, die Zuständigkeit des RC North auf den angrenzenden Distrikt Ghormach der Provinz Badghis zu erweitern. Diese zählte zum RC West, doch sickerten aus ihr immer wieder ungehindert Aufständische in den norwegischen Verantwortungsbereich ein, um Angriffe zu verüben[108]. Da dadurch Kämpfe für die Bundeswehr wahrscheinlicher geworden wären, lehnten die Deutschen dies jedoch ab. Offenbar aus diesem Grund teilten ihnen die Norweger bereits im Spätsommer 2007 mit, dass sie nicht mehr bereit waren, weiterhin die QRF für das RC North zu stellen[109].

Die QRF wurde stets als Eingreifreserve an die Brennpunkte des Verantwortungsbereichs geschickt. Da niemand anderes dazu bereit war und in Reaktion auf Druck der US- und anderen NATO-Verbündeten, willigten schließlich die Entscheidungsträger im BMVg ein, diese Aufgabe zum 1. Juli 2008 zu übernehmen[110]. Die Bundeswehr stellte damit erstmals einen mobilen Gefechtsverband. Ebenso bewilligten die Verantwortlichen im BMVg für Anfang 2008 zusätzliche 160 Fallschirmjäger, die die immer häufigeren Raketenangriffe auf das PRT Kunduz abwehren sollten[111]. Obwohl sie außerhalb des PRT eingesetzt waren, handelte es sich damit also um eine defensive Maßnahme. Insgesamt führten die zunehmenden Angriffe der Aufständischen sowie der Druck der Verbündeten dazu, dass die Entscheidungsträger im BMVg neben solchen zum Schutz auch immer mehr Gewaltmittel für die Truppe vorsahen sowie die Regeln zu ihrem Einsatz lockerten.

b) Forderungen nach Ausweitung der Gewalt

Je massiver Aufständische die Bundeswehr in Afghanistan angriffen, umso stärker forderten die Soldaten, auch »robuster« gegen diese vorgehen zu dürfen. Zunächst setzten die verantwortlichen Truppenführer jedoch durch, dass sie Gewalt nur defensiv anwendeten. So reagierten sie auf die zunehmenden Angriffe im Sommer 2006 auch nicht, indem sie das Konzept der Präsenzpatrouillen in

---

106 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/2884 [»Informationspolitik zum Afghanistan-Einsatz«], S. 7; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 68.

107 Vgl. z.B. für die gemeinsamen Operationen von Fallschirmjägern und KSK im Nahbereich des PRT in der ersten Hälfte 2008 Seliger/Müller, Jede Patrouille kann die letzte sein, S. 10; Seliger, Dem Tod entronnen, S. 18.

108 Suhrke, When More is Less, S. 96.

109 Brügner/Ehbrecht, Erfahrungen, S. 16.

110 Lombardi, All Politics Is Local, S. 602.

111 Grumer, Stabilität; Seliger, Dem Tod entronnen, S. 18.

Frage stellten[112]. Vielmehr sahen sie es als Lösung, in den Teilen der Provinz noch mehr Präsenz zu zeigen und Gespräche zu führen, in denen sie am wenigsten Rückhalt zu haben schienen[113]. Gemäß der genannten ministeriellen Weisung setzten sie hierfür zudem mehr gepanzerte Fahrzeuge ein. Da diese aufgrund ihres enormen Gewichts nicht auf jedem Untergrund fahren konnten, begrenzte sich der Bewegungsradius der Truppe weiter[114]. Zudem waren die neu beschafften Fahrzeuge weiterhin eher für Patrouillendienste und nicht für offensive Operationen sowie lang andauernde Gefechte ausgerichtet[115].

Gewalt setzten die Soldaten gemäß der dominierenden Interpretation der entsprechenden Taschenkarte weiterhin nicht offensiv, sondern nur zur Selbstverteidigung ein – also etwa *nachdem* Aufständische bereits Raketen gezündet hatten[116]. Patrouillen erhielten weiterhin die Anweisung, einen Hinterhalt – soweit möglich – schnellstmöglich zu durchstoßen und sich in Sicherheit zu bringen[117]. Nach einem verheerenden Anschlag am 19. Mai 2007 in Kunduz, der drei Bundeswehr-Angehörige tötete, beendeten die Verantwortlichen sogar kurzerhand alle Fußpatrouillen in dieser Provinz[118]. Ebenso zurückhaltend waren selbst die deutschen Spezialkräfteoperationen. Denn anders als international üblich, führten die Kommandostränge für Spezialkräfte der Bundeswehr über mehrere Ebenen[119]. Mit jeder Hierarchieebene wuchs somit die Zahl der möglichen Bedenkenträger, die in Einklang mit der allgemeinen Absicherungspraxis riskan-

---

112 Dies geschah in der Regel erst, nachdem sie im Ruhestand waren. Vgl. den Beitrag des Brigadegenerals a.D. Roth, Afghanistan und Deutschland, S. 11 f., der im Nachhinein die »unprofessionellen und höchst verlustreichen ›Präsenz-Patrouillen‹« in seiner Zeit in Afghanistan verspottete.

113 Nachtwei, Besuch in Nord-Afghanistan; Nachtwei, Afghanistan-Besuch im Oktober 2006; Embassy Kabul, PRT/Kunduz.

114 Nachtwei, Afghanistan-Besuch im Oktober 2006.

115 Es handelte sich um nachträglich verstärkte Zivilfahrzeuge (Mungo, Wolf) bzw. solche, die auf zivilen Plattformen beruhten (Dingo 1 und 2), und militärische Transportfahrzeuge (Fuchs, Hägglund). Die am stärksten gepanzerten Fahrzeuge vom Typ Dingo waren zwar mit dem Maschinengewehr MG3 oder der Granatmaschinenwaffe auch schwer bewaffnet, allerdings hatten sie große tote Winkel und waren sehr schwerfällig. Aufgrund der Enge im Fahrzeug konnte die Besatzung auch keine Schutzwesten tragen und somit nicht schnell unter Beschuss absitzen und zu Fuß kämpfen, zumal die Türen sehr exponiert waren. Döbel, Panzergrenadierbataillon 391, S. 83; Lindemann, Unter Beschuss, S. 110–113; Stephan Löwenstein, Mit großem Kaliber gegen die Taliban. In: FAZ.NET, 12.7.2010.

116 Reuter, Stell dir vor, es ist Krieg ... und keiner gibt es zu. Dementsprechend beklagten afghanische Taliban-Gegner, dass die Deutschen ihren mehrmaligen Hinweisen auf für Raketenabschüsse verantwortliche Personen nicht nachgegangen seien. Interview mit ehemals hochrangigem NDS-Offiziellen von Kunduz in Kabul, 20.11.2012, und mit ehemaligem Polizeichef des Chahar-Dara-Distrikts in Kunduz-Stadt, 28.11.2012.

117 PIZ Feyzabad, Mittenwalder Gebirgsjäger ziehen in Feyzabad ein. Anschlag auf Patrouille; ein Beweis für die permanente Bedrohung. In: Die Gebirgstruppe, 57 (2008), 6, S. 22–24, hier S. 23; Seliger/Müller, Jede Patrouille kann die letzte sein, S. 9

118 Nachtwei, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, S. 8; Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/8200 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2007], S. 12; Oldenburgische Luftlandebrigade 31 in Afghanistan, S. 25; Bombelka [u.a.], Panzerartillerielehrbataillon 34 5, S. 16; Groos, Ein schöner Tag zum Sterben, S. 210 f.

119 Laut Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 99, war das KdoFOSK dem Einsatzführungskommando truppendienstlich unterstellt und »hinsichtlich der streitkräftegemeinsamen Fachaufgabe« dem

te Einsätze scheuten[120]. Die Verantwortlichen im BMVg führten diese Verbände zudem offenbar weniger im militärischen Sinne, als dass sie ihre Angelegenheiten wie ministerielle Geschäftsgänge behandelten[121].

Viele Soldaten empfanden daher weiterhin, dass sie durch die als zu restriktiv wahrgenommenen Gewaltregeln ihren Gegnern ausgeliefert wären[122]. Sogar der Sprecher des deutschen Einsatzkontingents ISAF forderte daher im Juli 2006, die Regeln dementsprechend neu zu formulieren, da die Truppe sonst »an die Wand gedrückt« werde[123]. In diesem Sinne beklagten Angehörige der Kampftruppe auch, dass zu wenig Munition vorhanden sei und sie ihre Waffen nicht einschießen könnten[124]. Nach dem Anschlag vom 19. Mai 2007 empörten sich zudem viele Soldaten darüber, dass weder die ANSF noch die Bundeswehr gegen die angeblich bekannten Urheber vorging[125]. Auf dem Feld des BMVg versuchten die Akteure gleichwohl weiterhin, die Gewaltausübung zu begrenzen und nach außen hin jegliche Konnotation zwischen dem Begriff »Krieg« und dem Einsatz in Afghanistan zu vermeiden. So wurde der genannte Pressesprecher vorzeitig abberufen[126]. Im Fall des Anschlags vom Mai 2007 zogen sich die Verantwortlichen im BMVg schließlich darauf zurück, dass nur die afghanischen Behörden, nicht jedoch die Bundeswehr vor Ort ermitteln dürfe[127].

Die Praxis der zurückhaltenden deutschen Spezialkräfteoperationen stand sowohl im Widerspruch zum kriegerischen Habitus, der unter Kommandosoldaten in noch reinerer Form vorhanden war als in der übrigen Kampftruppe, als auch zu den Forderungen der Verbündeten[128]. Nachdem Taliban-Führer bei KSK-Operationen im Herbst 2006 in Kabul und im März 2008 in Baghlan entkommen waren, erregten sich Briten und US-Amerikaner über die deutsche Praxis,

---

direkt vom Generalinspekteur geleiteten Einsatzführungsstab im BMVg. Vgl. Buchholz/Aken, Reisebericht Afghanistan, S. 4.

120 So die Klagen deutscher Kommandosoldaten und Verbündeter. Vgl. den von dem ehemaligen Ausbilder von Kommandosoldaten und Offizier der Fernspäher – der ersten Spezialeinheit der Bundeswehr, von deren Angehörigen viele später den Kern des KSK bildeten – Thomas Hastreiter mitverfassten Beitrag: Maninger/Hastreiter, Deutsche Spezialkräfte, S. 183. Vgl. auch Bowman/Dale, War in Afghanistan, S. 16.

121 Vgl. Noetzel/Schreer, Spezialkräfte der Bundeswehr, S. 21 f.

122 Nachtwei, Besuch in Nord-Afghanistan; Groos, Ein schöner Tag zum Sterben, S. 212.

123 Britta Petersen, Willi Germund und Sabine Muscat, Bundeswehr will präventiv zuschlagen. In: Financial Times Deutschland, 12.7.2006.

124 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/4700 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2006], S. 13 und S. 17.

125 Interview mit ehemals in Kunduz eingesetztem Nachrichtenoffizier in Berlin, 10.1.2012. Vgl. den Beitrag des damals vor Ort befindlichen Koehler, Herausforderungen im Einsatzland, S. 84.

126 Sabine Muscat, Jung sieht Truppe gegen Attacken gerüstet. In: Financial Times Deutschland, 19.7.2006.

127 Bundeswehr darf Terror-Täter nicht jagen. In: Focus Online, 15.7.2007.

128 Vgl. Maninger/Hastreiter, Deutsche Spezialkräfte, S. 182–184, die eine »Kultur des Kampfes« in der Bundeswehr fordern. Symbolisch schlugen sich diese Dispositionen bereits in den Verbandsabzeichen der Kontingente der TF 47 nieder. 2009 zeigte es eine zähnefletschende Bulldogge. Eigene Beobachtung des im PRT Faizabad hinterlassenen Erinnerungsschildes der TF 47 am 3.10.2011.

Zielpersonen nur gefangen zu nehmen[129]. Auch kamen die Gefangenen aufgrund ihrer Beziehungen zu afghanischen Staatsvertretern oftmals wieder frei, nachdem sie den lokalen Behörden übergeben worden waren. Hieran änderte sich auch nichts, nachdem die Deutschen begonnen hatten, die Aufgegriffenen persönlich den Vertretern der zentralen Regierungsbehörden in Kabul zu übergeben. So kam der Anfang Mai 2009 in Badakhshan gefangen genommene höhere Taliban-Kommandeur Mullah Abdul Razeq, dessen Ergreifung als ergiebigste deutsche Spezialkräfteoperation mindestens zwischen 2001 und 2009 galt[130], keine zwei Jahre später wieder frei[131].

Spätestens ab 2008 schlugen sich in den Selbstzeugnissen der Soldaten immer häufiger die Wut über die Angriffe und der Wunsch, diese zu vergelten, nieder[132]. So äußerten beteiligte Soldaten:

> »Wenn die Taliban das 1:0 schießen, dann wollen wir das 1:1 machen und dann das 2:1. Na klar tut das gut, wenn wir einen von denen erwischen. So sind nun mal Soldaten. Die Quick Reaction Force ist ein Kampfverband[133].« / »Ich war sehr froh, als auch wir Rettungsassistenten zum Sturmgewehr greifen durften. Danach fühlte ich mich nicht mehr so hilflos. Es war total befreiend, endlich zurückschießen zu können. Ich weiß nicht, ob ich jemanden getötet habe. Ich hätte jedenfalls keine Probleme damit, wenn das so gewesen wäre[134].« / »Ganz ehrlich, für manche war es eine Genugtuung[, Taliban zu töten]. Alles andere wäre gelogen[135].«

Die seit 2008 gehäuften Raketenangriffe auf das PRT Kunduz trafen nun auch Soldaten, die das Lager kaum verließen und die nun ähnlich reagierten. Allerdings traten hierbei auch die Unterschiede zu denjenigen zutage, die seltener Gewalterfahrungen machten und – anscheinend auch, da die Älteren meist zu dieser Gruppe zählten – noch eher ihre Triebe einhegen konnten und somit häufiger im Sinne der militärischen Führung reagierten[136]:

> »Besonders bei den älteren Jahrgängen des Offiziers- und Unteroffizierskorps überbieten sich manche, ostentativ Friedfertigkeit zur Schau zu stellen. Bei jedem

---

129 John Goetz [u.a.], Die Führung hat versagt. In: Der Spiegel, 40/2007, S. 22–27, hier S. 27; Susanne Koelbl und Alexander Szandar, Der wichtigste Feind. In: Der Spiegel, 21/2008, S. 46 f., S. 46 f.

130 Maninger/Hastreiter, Deutsche Spezialkräfte, S. 184.

131 Afghanistan Attacks: Germany Upping Pressure in Hunt for Taliban Leaders. In: Spiegel Online International, 27.5.2009; Interview mit Parlamentsabgeordnetem von Badakhshan in Kabul, 1.4.2011.

132 Vgl. Eckhold, Fallschirmjäger in Kunduz, S. 246, sowie die Beispiele bei Libero, Deutsche Soldaten und der Tod in Afghanistan, S. 278. In Kontrast zu den von ihr präsentierten Quellen steht ihr nicht überzeugendes Urteil, wonach »Rache oder Hass [...] in den soldatischen Selbstzeugnissen selten zu fassen« seien. Dies gilt selbst, wenn sie hiermit aufzeigen will, dass diese Deutungsmuster *seltener* wären als die von ihr sonst angeführten, da sie diese nicht quantifiziert.

133 So die Aussage eines Feldwebels der QRF in Kunduz 2009 gegenüber Reichelt/Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten!, S. 69.

134 So die Führerin eines Beweglichen Arzttrupps im Jahr 2009: Ralf Beste [u.a.], Warum sterben Kameraden? In: Der Spiegel, 16/2010, S. 18–33, hier S. 20.

135 So ein Hauptmann der QRF im Jahr 2009 gegenüber Reichelt/Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten!, S. 68.

136 Vgl. auch Libero, Deutsche Soldaten und der Tod in Afghanistan, S. 278.

> Raketenbeschuss, den ich jedoch erlebte, wurde überall im Lager der Wunsch geäußert, sich mit einer feuerbereiten Panzerhaubitze endlich der Angriffe erwehren zu können. Auch ich war stets ein Befürworter dessen. Irgendwer war aber immer anwesend, der sich als besonders aufgeklärt und weitsichtig empfand und uns zur Mäßigung aufforderte. ›Die einzige Möglichkeit ist es‹, so war sich diese gefühlte Avantgarde des Soldatenstands sicher, ›die wirtschaftlichen Bedingungen für die Raketenschießer zu verbessern[137].‹« / »Spätestens nach dem zweiten Bunkeralarm entwickelt auch der größte Philanthrop blutige Rachegelüste. Die militärisch einfachste Lösung, die hier von den Soldaten auch favorisiert wird, ist der groß angelegte Artillerie-Gegenschlag[138].«

Insgesamt bewahrheitete sich damit, dass es sich bei der Aufgabe in derartigen Einsätzen, gleichzeitig zu helfen und zu kämpfen, um »paradoxe Verhaltensaufforderungen« an Soldaten handelte, wie der Militärsoziologe Jens Warburg schrieb:

> »Wer beschossen wird, will zu allererst nicht verstehen wollen, warum dies geschieht, sondern er wird dafür sorgen wollen, dass der Andere sofort damit aufhört[139].«

Um ein offensiveres Vorgehen zu fordern, bezogen sich viele deutsche Vertreter der Truppenebene ab 2007 auf »Counterinsurgency« (COIN), da das seit diesem Jahr US-geführte ISAF-HQ derart bezeichnete Befehle erteilte[140]. Dies galt insbesondere für die Angehörigen der Division Spezielle Operationen (DSO), die ab Mitte 2007 die meisten Kampftruppen des deutschen ISAF-Anteils stellten[141]. Von Oktober bis November 2007 führte der deutsche Kommandeur des RC North schließlich mit »Harekate Yolo II« (HY II) eine Operation in Ghormach, auf die Vertreter der norwegischen Streitkräfte so lange gedrängt hatten. Es war gleichzeitig die erste größere offensive Operation, an der die Bundeswehr teilnahm. Dementsprechend stieß sie auf wenig Gegenliebe bei den Verantwortlichen im BMVg, die versuchten, ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit herunterzuspielen[142]. Die Initiative dafür, offensive COIN-Operationen zu betreiben, kam somit von

---

137 Lindemann, Unter Beschuss, S. 144 f.

138 So ein Soldat im Jahr 2009: »Gestern Abend mit einem komischen Gefühl meine Ausrüstung fertig gemacht.« In: SZ Magazin, 52/2009.

139 Warburg, Das Militär und seine Subjekte, S. 331.

140 Münch, »Counterinsurgency« in der Bundeswehr, S. 212.

141 Grunewald [u.a.], IED-Bedrohung, S. 25; Schulte, Die »Oldenburgische« Luftlandebrigade 31, S. 6. Erleichtert wurde dies dadurch, dass zum Aufgabenspektrum der DSO »Operationen gegen Irreguläre Kräfte« gehörten, die innerhalb der Bundeswehr wiederum als synonym für COIN galten. Noetzel/Zapfe, NATO and Counterinsurgency, S. 139. Vgl. auch den Beitrag des Lehrstabsoffiziers Militärgeschichte an der Unteroffizierschule des Heeres Hoffmann, Krieg mit Worten, S. 12. Treffend kritisierte hingegen der Kommandeur des 21. Deutschen Einsatzkontingents ISAF im Jahr 2010 die vage Definition, die Vermischung von taktischer und strategischer Ebene und die mangelnde Umsetzbarkeit von COIN. Chiari, A New Model Army, S. 150.

142 Interview mit 2008/2009 im HQ RC-North tätigem Offizier, 8.2.2010. Vgl. den Beitrag des zur Zeit der Operation als Political Advisor des RC North eingesetzten Noetzel, Germany's Small War in Afghanistan, S. 493 f.

Akteuren der Truppenebene, während die hierarchisch übergeordneten ministeriellen Akteure dies eher ablehnten[143].

Die Frage der Gewaltanwendung wurde auch Teil der parlamentarischen Auseinandersetzungen. Während sich, wie bereits herausgestellt, vor allem die Bundestagsabgeordneten von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie teilweise der SPD tendenziell gegen militärische Gewaltanwendung positionierten, nahmen bürgerlich-konservative Volksvertreter eher eine »robuste« Position ein. Angehörige der CDU/CSU äußerten sich hierbei freilich selten, da sie seit 2005 die Kanzlerin stellten und dementsprechend die Regierung kaum kritisierten. Die Bundestagsabgeordneten entsprachen damit den angenommenen Erwartungen ihrer Wählerschaft sowie den von ihnen internalisierten Dispositionen, die sie bei einem bürgerlichen Hintergrund Militär tendenziell positiv bewerten ließen. Da außer der Linkspartei keine der Parteien im Bundestag das Afghanistan-Engagement grundsätzlich infrage stellte, beschäftigten sich ihre Vertreter mit den untersten operativ-taktischen Fragen. In diesem Sinne kritisierten Abgeordnete der FDP-Bundestagsfraktion seit spätestens 2007 die Gewaltzurückhaltung der Bundeswehr als Gefährdung der Soldaten[144].

Angesichts der gehäuften Angriffe auf die Truppe in Afghanistan bezeichneten in dieser Zeit immer mehr Bundeswehr-Angehörige ebenso wie normale Bürger und Journalisten die dortige Lage als »Krieg«[145]. Den Soldaten diente diese Stellungnahme auch dazu, den Wert ihres symbolischen Kapitals zu erhöhen, da ihr Dienst somit eine höhere Wertschätzung erfuhr und nicht mehr als bloß unverhältnismäßig gut bezahlter Auslandsaufenthalt erschien. Dementsprechend bezeichneten auch hohe Offiziere der Kampftruppe die in Afghanistan getöteten Soldaten als »Gefallene« – verwendeten also einen nur im Kontext des Kriegs gebräuchlichen Begriff[146]. In einem ähnlichen Sinn forderten Anfang 2008 zudem der CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Beck und aus dem Ruhestand heraus der letzte Generalinspekteur Harald Kujat sowie der ehemalige Inspekteur des Heeres Helmut Willmann Anerkennung für das Opfer der Soldaten, indem sie sich dafür aussprachen, das bis 1945 nur zu Kriegszeiten verliehene Eiserne Kreuz als Tapferkeitsauszeichnung wieder einzuführen[147].

Doch auch immer mehr Journalisten außerhalb konservativer Medien werteten nicht nur den Kampfeinsatz der Bundeswehr positiv, sondern sahen es als widersprüchlich an, ihre Gewaltanwendung derart stark zu beschränken[148]. Nachdem im Juni 2009 drei Soldaten in Kunduz starben, sprachen sich

---

143 So auch Noetzel, Germany's Small War in Afghanistan, S. 488. Vgl. auch das Beispiel bei Reichelt/Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten!, S. 93.

144 Krause, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, S. 199–201; Eckart Lohse, Erst lesen, dann warnen, dann schießen. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.6.2008.

145 Christoph Reuter, Stell Dir vor, es ist Krieg ... und keiner gibt es zu. In: stern, 42/2008.

146 Vgl. Trauer um Hauptfeldwebel Mischa Meier sowie den in dem Beitrag abgedruckten Tagesbefehl des Kommandeurs der DSO, Generalmajor Hans-Werner Fritz, vom 1.9.2008, in dem er von dem »gefallenen Kameraden« schreibt. Ebenso lautet die Aufschrift auf dem Gedenkstein der Luftlandebrigade 26. Seliger, Dem Tod entronnen, S. 19.

147 Stefan Schultz und Nadine Michel, Orden-Debatte. Ex-Generäle befürworten Eisernes Kreuz. In: Spiegel Online, 6.3.2008.

148 Vgl. für zahlreiche Beispiele Bergmann, Gewalt und Männlichkeit, S. 159–163, sowie Reichelt/Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten!, S. 20.

Parlamentarier beider Regierungsparteien und der FDP für ein »robusteres« Vorgehen der Bundeswehr aus. Erneut sich auf die Mittel fokussierend, forderten sie, den Kampfhubschrauber Tiger, die Panzerhaubitze 2000 und den Eurofighter dort einzusetzen[149].

Zu den genannten Stellungnahmen von Parlamentariern, Angehörigen der Truppe und Generalen im Ruhestand kamen seit 2007 vermehrt auch solche der NATO-Verbündeten. Angesichts schwerer Gefechte im Süden und Osten Afghanistans zu dieser Zeit kritisierten Vertreter von dort eingesetzten ISAF-Truppenstellern zunehmend, dass die Deutschen zu passiv agieren und sich nicht außerhalb des RC North wagen würden[150]. Ihre Kritik flankierten in Deutschland führende Vertreter der »Security Community« und tendenziell konservativer »Think Tanks« sowie »Atlantiker«. Diese werteten ihr symbolisches Kapital auf ihrem Feld auf, indem sie sich auf den Schulterschluss mit den USA oder sicherheitspolitische Grundsätze bezogen. Dementsprechend forderten sie – häufig am US-Vorbild von COIN orientiert – ein offensiveres Vorgehen und »Weniger Taschenkarten, mehr Wirkmittel«[151]. Mitunter bezogen sich Letztere und die COIN-Befürworter aus der Truppe wechselseitig aufeinander[152]. Jeweils auf Kapitalgewinne auf ganz unterschiedlichen Feldern bezogen – sei es Ansehensgewinn in der »Security Community« oder gegenüber den Wählern – und als habitualisierte militärische Reaktion auf gewaltsame Angriffe, forderten damit unterschiedlichste Akteure, die Gewaltanwendung der Bundeswehr weniger zu beschränken.

c) Reaktion des BMVg

Erst allmählich und stets widerwillig gingen die Verantwortlichen im BMVg auf die Forderungen nach gelockerten Einsatzregeln und mehr Gewaltmitteln ein. So rief die COIN-Debatte bei den höchsten ministeriellen Entscheidungsträgern aufgrund ihres Sinns für die politische Praxis Widerwillen hervor. Denn im Gegensatz zu den USA, wo das Konzept als der »weichere« Ansatz erschien, galt in Deutschland das Gegenteil, da er *überhaupt* offensive Gewalt umfasste. Dies galt insbesondere, da linksgerichtete Gruppen COIN auch in der Bundesrepublik bereits in den 1970er und 1980er Jahren scharf angegriffen hatten[153]. Ebenso wie die Friedensbewegung als Ganzes, werden auch diese Aspekte den obersten Entscheidungsträgern im BMVg in persönlicher Erinnerung geblieben sein. Da

---

149 Ulrike Demmer, Speck in der Falle. In: Der Spiegel, 27/2009, S. 26 f., hier S. 27.

150 Lombardi, All Politics Is Local, S. 601–603. Vgl. neben den bereits genannten Beispielen Roger Cohen, Time for the Bundesmacht. In: The New York Times, 25.10.2007.

151 Vgl. insbesondere Noetzel, Weniger Taschenkarten, mehr Wirkmittel; Noetzel/Zapfe, Aufstandsbekämpfung als Auftrag; Heidenkamp, Transformation Under Fire, S. 4–6.

152 Noetzel, Weniger Taschenkarten, mehr Wirkmittel, S. 28 f., führte die Operation HY II als positives Beispiel an, während der für diese verantwortliche Truppenführer den Titel von dessen Beitrag in einer Bundeswehr-Publikation als Schlagwort verwendete – allerdings ohne seine Herkunft zu zitieren. Warnecke, Kommandeur in Afghanistan.

153 Vgl. Neue Techniken der Repression sowie die Publikationen in Hein, Stadtguerilla/bewaffneter Kampf, S. 75 f. und S. 85.

das Konzept außerdem nur bei bewaffneten Konflikten Sinn ergab, vermieden die Entscheidungsträger im BMVg zunächst diesen Begriff[154]. Erst nachdem Vertreter der Truppe und der genannten zivilen Gruppen COIN immer offensiver befürworteten, begannen sie spätestens Anfang 2008 damit, eine deutsche Konzeption auszuarbeiten[155].

Allerdings liefen die Arbeiten unter Federführung des Fü H, da die Entscheidungsträger im direkt dem Generalinspekteur unterstellten Fü S diesen Prozess nicht leiten *wollten*[156]. Sich gegenüber »negativer Verantwortlichkeit« absichernd, kam selbst innerhalb des BMVg also die Initiative von weiter unten in der Hierarchie. Dass sie die Gewaltfrage weiterhin als heikel einschätzten, zeigen die Entscheidungen der Verantwortlichen im BMVg zur genannten Taschenkarte zum Humanitären Völkerrecht von 2006. Nachdem ein Jurist die Änderungen publiziert und Abgeordnete von FDP und Die Linke das BMVg nach den Gründen hierfür gefragt hatten, ließen sie diese im Juni 2008 unmittelbar wieder streichen[157]. Dass weite Kreise der Bundeswehr-Spitze zu dieser Zeit COIN positiv gegenüberstanden, zeigen gleichwohl die Aussagen von US-amerikanischen NATO-Repräsentanten aus demselben Monat. Verwundert bemerkten diese, die deutschen Vertreter seien im Gegensatz zu Franzosen und Spaniern »surprisingly forward-leaning in recognizing that elements of ISAF's work in Afghanistan indeed include counterinsurgency«[158].

Bei dem deutschen COIN-Konzept handelte es sich allerdings nur um eine »Konzeptionelle Grundvorstellung« (KGv) und damit um ein unverbindliches Dokument hierarchisch niederen Ranges[159]. Inhaltlich wies die KGv dieselben Elemente auf wie die US-Konzeptionen, nämlich dass im Kern militärische Gewalt zivile Maßnahmen flankieren, sich die Soldaten Taktiken aus dem »Kampf gegen irreguläre Kräfte« bedienen und mit der jeweiligen Kultur vertraut machen sollten[160]. Da der COIN-Begriff militärischer Herkunft war, lehnten die Vertreter der zivilen Bundesministerien das Konzept jedoch ab[161]. Der Grund war offenbar vor allem – ganz im Sinne der Logik des ministeriellen Feldes –, dass sie fürchteten, durch diese militärische Vorprägung des Vorhabens an Einfluss gegenüber dem BMVg zu verlieren. Anders als von COIN-Befürwortern vorgesehen, beteiligten sie sich daher nicht daran. Die Verfasser des deutschen Entwurfs beschränkten sich somit gemäß der Ressortaufteilung darauf, vor allem den Einsatz von Gewalt

---

154 Noetzel/Schreer, Counter-what?, S. 42–44; Schreer, Political Constraints, S. 98.

155 Noetzel/Schreer, Counter-what?, S. 45.

156 Noetzel/Schreer, Missing Links, S. 20.

157 Hankel, Neues zur Politik der Taschenkarte, S. 81. Die oben zitierten beiden Sätze, die die Verantwortlichkeit jedes Soldaten, das Völkerrecht einzuhalten, betonen, blieben aber enthalten. Bundesministerium der Verteidigung R II 3, Druckschrift Einsatz Nr. 03 [2008], S. 3.

158 Mission US NATO, ISAF Comprehensive Strategic Pol-Mil Plan.

159 BMVg, KGv COIN. Konzeptionelle Grundvorstellungen zur Wahrnehmung militärischer Aufgaben im Rahmen von Counterinsurgency, Mai 2009 [Entwurf], zit. nach Noetzel, Germany, S. 58, Anm. 11.

160 Vgl. zum Inhalt des damaligen Entwurfs der KGv sowie die US-COIN-Vorschrift zitierend den Beitrag des seinerzeit zuständigen Referenten Larsen, Einsatz.

161 Vgl. die Aussage des Beamten des Auswärtigen Amts, von 2008–2010 Politischer Berater des Leiters des Einsatzführungsstabs, Heldt, Die Regierung beschließt einen Einsatz, S. 122. Vgl. zur Position der BMZ-Vertreter Nachtwei, Erste, aber flackernde Lichtblicke, S. 5.

zu konzeptualisieren[162]. Schließlich lehnte Generalinspekteur Schneiderhan in der zweiten Jahreshälfte 2009 die KGv COIN in der bestehenden Form ab[163].

In der mit dem soldatischen Streben nach Anerkennung verbundenen Debatte um den Kriegsbegriff vertrat die Leitung des BMVg die juristische Position, wonach es sich in Afghanistan nicht um einen Krieg bzw. »bewaffneten Konflikt« handele. Sie begründete dies logisch inkonsistent weiterhin mit ihrer Absicht oder dem eigenen Vorgehen, welche sie wahlweise als »Friedens-« oder »Stabilisierungsmission« bzw. als »Vernetzten Ansatz« bezeichnete[164]. Die tatsächliche Motivation für diese Wertung offenbarte de Maizière, damals Chef des Bundeskanzleramts, Jahre später: »Früher haben wir den Begriff ›Krieg‹ vermieden, weil wir gesagt haben, wir wollen nicht, dass das so gefährlich aussieht[165].« Erst nach dem Tod von zwei Soldaten im Oktober 2008 – des zweiten und dritten dieses Bataillons innerhalb von zwei Monaten – sprach auch Verteidigungsminister Jung auf deren Beerdigung von »Gefallenen« und machte somit ein Zugeständnis in der Debatte um den Kriegsbegriff[166].

Da seine Geschichte unmittelbar mit dem Begriff des Kriegs verbunden war, lehnten die Verantwortlichen im BMVg es ab, das Eiserne Kreuz erneut zu stiften[167]. Letztlich sahen sich die ministeriellen Vertreter aber auch hier gezwungen, den Soldaten entgegenzukommen, indem sie im August 2008 mit dem Ehrenkreuz für Tapferkeit die erste Auszeichnung schufen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit Kampfhandlungen stand. Sie boten somit einen Ersatz für das Eiserne Kreuz, zumal der neue Orden grob eine ähnliche Form bei allerdings deutlich anderer Farbgebung hatte und als besonderes Kennzeichen noch ein Eichenlaub erhielt, das ebenfalls traditionell auf deutschen Tapferkeitsauszeichnungen zu finden war[168]. Wie bereits in den Weltkriegen zeigte sich somit erneut, dass Auszeichnungen der militärischen Führung als finanziell günstige Kompensation für die Untergebenen dienten und Erstere sie daher tendenziell in Krisensituationen stifteten[169].

Eine ähnliche Funktion erfüllte das bereits 2007 beschlossene, im Oktober 2008 zum Totengedenken eingeweihte Ehrenmal der Bundeswehr. Offenbar um den Vorwurf zu entkräften, einen kriegerischen Todeskult wiederbeleben zu wollen, widmeten es die Verantwortlichen *allen* im Dienst gestorbenen Soldaten – also auch solchen, die etwa bei Verkehrsunfällen in Deutschland ums Leben ka-

---

162 Vgl. den Beitrag der daran beteiligten Politikwissenschaftler Noetzel/Zapfe, NATO and Counterinsurgency, S. 140 f.

163 Schreer, Political Constraints, S. 105; Noetzel/Zapfe, NATO and Counterinsurgency, S. 140.

164 Jacobi/Hellmann/Nieke, Deutschlands Verteidigung am Hindukusch, sowie ebenfalls zusammenfassend Patrick Bahners, Die Menschheit nennt es Krieg. In: FAZ, 15.4.2010, S. 31; Noetzel, Germany, S. 49.

165 Stephan Löwenstein, Abzug ohne großen Bahnhof. In: F.A.Z.-Blogs. Zur Sicherheit, 19.1.2012.

166 Jacobi/Hellmann/Nieke, Deutschlands Verteidigung am Hindukusch, S. 183.

167 Stefan Schultz und Nadine Michel, Orden-Debatte. Ex-Generäle befürworten Eisernes Kreuz. In: Spiegel Online, 6.3.2008.

168 Bundesministerium der Verteidigung Fü S V 3, Ehrenzeichen und Einsatzmedaillen der Bundeswehr, S. 5.

169 Winkle, Der Dank des Vaterlandes, S. 345 f.

men[170]. Gleichwohl bezog sich die einzige gegenständliche symbolische Form des Ehrenmals wiederum auf den Kriegstod, sodass es sehr subtil diese Verbindung herstellte. Dies geschah anhand der Öffnungen in der metallenen Ummantelung des Denkmals, die in Gestalt von durchgebrochenen Erkennungsmarken in der bereits in den Weltkriegen gebräuchlichen ovalen Form gestaltet sind[171].

Für die Frage der Gewaltanwendung ausschlaggebend waren schließlich die Entscheidungen zum weiteren Vorgehen in Afghanistan und zu den Einsatzregeln. Wohl auch in Reaktion auf den Druck aus der Truppe und von den Verbündeten, aber ebenso da sie dies als Mittel sahen, um Angriffe auf die Bundeswehr zu vermeiden, erhöhten die Verantwortlichen im BMVg die Gewaltmittel der Einsatzkontingente. So stimmten sie zu, dass die im Juli 2008 aufgestellte QRF mit fünf Schützenpanzern sowie erstmals Steilfeuerwaffen in Form von Mörsern ausgestattet wurde[172]. Ab Ende 2008 lud Staatssekretär Wichert außerdem zu regelmäßigen Treffen mit Innenstaatsminister August Hanning, einem AA-Vertreter, dem Vizepräsidenten des BND und dem Nachrichtendienst-Koordinator des Bundeskanzleramts ein, um ein offensiveres Vorgehen in Afghanistan, d.h. insbesondere in Kunduz, zu besprechen[173]. Andererseits erhöhten sowohl die Vertreter der Bundeswehr als auch von AA und BMZ Anfang 2009 erheblich ihre Aufbaumittel für diese unruhige Provinz und insbesondere ihren Chahar-Dara-Distrikt. Im Sinne des üblichen Gabentausches »Ablassen von Gewalt für Entwicklungshilfe« sollte dies Kunduz nachhaltig »stabilisieren«[174].

In Reaktion auf die zahlreichen Angriffe in Kunduz sowie den Druck von Truppe, Parlamentariern und Presse machten die Verantwortlichen im BMVg schließlich doch den entscheidenden Schritt: Am 8. April 2009 strichen sie auf Drängen des für Einsätze zuständigen Abteilungsleiters Fü S V die nationale Klarstellung im Anhang des SHAPE-OPLAN zu den offensiven RoE[175]. Hierauf folgend wiesen sie die Rechtsberater in der Truppe mündlich an, die Interpretation

---

170 Vgl. zum Ehrenmal Hettling, Militärisches Totengedenken, S. 19.

171 Bereits in den Weltkriegen musste jeder Soldat eine in der Mitte perforierte Erkennungsmarke um den Hals tragen, auf der in zweifacher Form Angaben eingeprägt waren, mit denen er sich identifizieren ließ. Wurde er getötet, so brachen seine Kameraden sie in der Mitte durch und gaben eine Hälfte mit den Personenangaben als Nachweis an die Kompanieführung weiter. Die andere verblieb bei dem Leichnam, sodass dieser identifizierbar blieb. Vgl. zur Gestalt des Ehrenmals Wefing, Pavillon der Erinnerung, S. 103–105.

172 Brügner/Ehbrecht, Erfahrungen, S. 17; Nachtwei, Besuch in West-, Süd-, Zentral-, Nord-Afghanistan, S. 26.

173 Ralf Beste [u.a.], Tot oder lebendig. In: Der Spiegel, 22/2009, S. 32–35. Vgl. auch Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode: Verteidigungsausschuss als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG, Protokoll Nr. 14 – endgültige Fassung – (Sitzungsteil Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich) 23. März 2010 Stenografisches Protokoll der 14. Sitzung des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG – zugleich 25. Sitzung des Verteidigungsausschusses – am Donnerstag, dem 18.03.2010, 14.00 Uhr Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin, S. 95.

174 Für Kunduz machte das BMZ 2009 Neuzusagen in Höhe von 15 Mio. Euro, während das AA 3 Mio. vorsah. Allein zur »Stabilisierung« von Chahar Dara sollte ein Fonds mit 500 000 Euro von AA und BMZ sowie 40 000 Euro aus dem Provincial Developement Fund dienen. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/13875 [»Antwort des Staatssekretärs Erich Stather vom 31. Juli 2009 auf schriftliche Anfrage Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP)«], S. 91 f.

175 Ralf Beste [u.a.], Zähne für die Schildkröte. In: Der Spiegel, 28/2009, S. 24–27, hier S. 25.

zu vertreten, wonach nun das Humanitäre Völkerrecht gelte[176]. Dies bedeutete also, dass die Soldaten Gewalt nicht mehr nur zur Selbstverteidigung, sondern auch offensiv anwenden und dabei – soweit »verhältnismäßig« – auch den Tod von Unbeteiligten in Kauf nehmen durften. Erst nach dem Tod von drei Soldaten im Juni 2009 und der damit verschärften öffentlichen Diskussion ließen die Verantwortlichen im BMVg jedoch die entsprechende Taschenkarte überarbeiten[177]. Sie bereinigten die bisherigen Ambivalenzen, setzten den Abschnitt über Gewalt zur Durchsetzung des Auftrages *vor* den zur Selbstverteidigung und Nothilfe und strichen das Verbot, auf Fliehende zu schießen, sowie die Anrufformeln auf Dari und Paschtu. Allerdings unterzeichnete der Minister die Taschenkarte nach wie vor nicht, sondern nur die Vertreter der Rechtsabteilung[178].

Indem sie nach den genannten »Klarstellungen« zum SHAPE-OPLAN nun auch die Ambivalenzen der Taschenkarte beseitigten, entschieden sich die Verantwortlichen im BMVg nach vielfältigem Druck erstmals für eine eindeutige Stellungnahme. Wie für den Fall vorgesehen, dass »robustere« Einsatzregeln gewünscht sein könnten, gaben sie dabei nun an, dass sie die vorhandenen Regeln rechtlich gar nicht verändert hätten, sondern dass den Soldaten all dies bereits zuvor gestattet gewesen sei[179]. Diese Interpretation setzte sich schnell durch. So schrieb im völligen Gegensatz zu früheren Interpretationen der Leitdozent Recht an der höchsten Ausbildungseinrichtung, der Führungsakademie der Bundeswehr, im Jahr 2010:

> »Überall dort, wo die eingesetzte Truppe jedoch von tödlicher Gewalt bedroht ist, muss sie auch in der Lage sein, diese Bedrohung mit den entsprechenden militärischen Mitteln zu bekämpfen, was bedeutet, dass legitime militärische Ziele bereits bekämpft werden können, bevor sich die in ihnen liegende Gefahr tatsächlich realisiert[180].«

d) Offensivoperationen gegen Aufständische

Nachdem die Verantwortlichen unter dem Druck der Ereignisse und unterschiedlicher nationaler wie internationaler Akteure schrittweise die Einsatzregeln so interpretiert hatten, dass sie offensive Gewalt zuließen, führten sie mehrere of-

---

176 Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 31.5.2010.

177 Peter Blechschmidt, Mehr Befugnisse für Soldaten. Jung prüft leichteren Einsatz von Waffen in Afghanistan. In: SZ, 30.6.2009. Nun beklagte sogar Generalinspekteur Schneiderhan im Militärischen Führungsrat des BMVg die »sehr restriktive Auslegung« der Rechtslage, die verhindere, dass die Soldaten aktiv vorgingen, »um nicht immer auf die Schlachtbank geführt zu werden«. Thomas Wiegold und Josef Hufelschulte, Für die Truppe ist es Krieg. In: Focus Online, 27.6.2009.

178 Vgl. die englische Übersetzung des deutschen Originals, Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany, Pocket Instruction Sheet for Soldiers, sowie zum Inhalt Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 41 f. und S. 327 f.; Telefoninterview mit ehemaligem ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 7.6.2010.

179 Vgl. so etwas später der Abteilungsleiter Recht des BMVg im Interview mit König, Recht und Einsatz.

180 Stöhr, Soldaten der Bundeswehr, S. 12.

fensive Großoperationen durch, die sich allerdings nach den Prämissen regulärer Kriegführung strukturierten. Neben der bereits erwähnten Operation HY II taten sie dies bereits ab Ende 2008 sowie verstärkt ab April 2009 in Kunduz und dort insbesondere im umkämpften Chahar-Dara-Distrikt[181].

Wie bereits im Abschnitt zu den afghanischen Verhältnissen dargestellt, bewegten sich die Aufständischen, ohne für die Internationalen äußerlich erkennbar zu sein, inmitten der Bevölkerung. Sofern sie keinen Unterschlupf bei Dorfbewohnern fanden, konnten sie, mit handelsüblichen Pick-up Trucks und Motorrädern ausgestattet, zur Not stärkeren Kräften schnell ausweichen. Um ihrerseits unterlegene Gegner kurzfristig anzugreifen, konnten sie ihre eigenen Kämpfer, per Mobiltelefon koordiniert, ebenso schnell zusammenziehen. Netzwerke von Spähern, über das gesamte Land verteilt, informierten sie dafür stets zuverlässig darüber, wo sich ISAF-Soldaten in welcher Stärke aufhielten[182]. Sie bestimmten somit in der Regel Ort und Zeit der Gefechte. Zwar erlangten die Aufständischen auf dem Höhepunkt ihrer Macht nach 2001 in Teilen von Kunduz und im Warduj-Distrikt von Badakhshan territoriale Kontrolle, letztlich waren sie jedoch räumlich kaum gebunden, sondern entscheidend waren für sie die – unsichtbaren – sozialen Unterstützernetzwerke.

All dies blieb der Bundeswehr nicht verborgen. Es wäre also anzunehmen, dass deren Entscheidungsträger sich darauf eingestellt und dementsprechend versucht hätten, die Aufständischen zu bekämpfen, indem sie diese und deren Unterstützernetzwerke identifizierten und dann gezielt dagegen vorgingen. Tatsächlich aber strukturierte sich ihre Praxis, wie bereits im Kapitel zur ISAF dargestellt, entlang der Prämissen konventioneller Kriegführung. Diese leiteten sich aus dem im dritten Kapitel herausgearbeiteten Ideal mechanisierter Operationsführung ab. Dementsprechend orientierten sich die Truppenführer nicht an den Netzwerken aus sozialen Beziehungen, auf die sich die Aufständischen abstützten, sondern am Gelände. Im Sinne von konventionellen Operationen versuchten sie daher die für eine maximale Waffenwirkung entscheidenden Landstriche zu nehmen[183]. So errichteten die Verantwortlichen ab Dezember 2009 in Kunduz und Baghlan Combat Outpost (COP) genannte Stützpunkte auf Anhöhen, die sie befestigten und von denen herab die Soldaten ein möglichst weites Gelände optisch überwachen konnten[184].

---

181 Department of Defense, Report on Progress, October 2009, S. 17 f. Vgl. zu den Operationen auch Chiari, A New Model Army, S. 149 f.

182 Seliger/Müller, Jede Patrouille kann die letzte sein, S. 12; Paare, Aufklärung als Schlüssel zum Erfolg, S. 18; Lindemann, Unter Beschuss, S. 56 f.; Ziegler, Panzergrenadierbataillon 391, S. 81.

183 Interview mit 2008/2009 im HQ RC-North tätigem Offizier, 8.2.2010, und mit ehemals in der Führung der QRF 3 tätigem Offizier in Potsdam, 8.2.2011.

184 Benannt nach ihrer Höhe über Normalnull waren dies die allesamt im Chahar-Dara-Distrikt gelegenen, im Dezember 2009 und März 2010 besetzten Höhen 431 und 432 sowie der an einer Schlüsselstraße gelegene Beobachtungsposten »Juliette 92«. Bereits 2008 bauten die Deutschen zudem das Polizeihauptquartier des Distrikts aus und nutzten es als COP. Offenbar bereits zuvor verwendeten sie das Distrikthauptquartier als Außenposten. B., Tapfer und treu, S. 7; Seliger, Vom Kriege, S. 8 und S. 14; Christoph Reuter, Foxtrott auf Höhe 432. In: stern, 26/2010, S. 45–49, hier S. 47; S. und R., Letzter Infanteriezug verlässt das Distrikt Hauptquartier in Chahar Darah. In: einsatz.bundeswehr.de, 16.10.2013.

Um möglichst viel Gelände nehmen, halten und den Gegner schlagen zu können, massierten sie außerdem ein Maximum an eigenen Kräften. Schließlich sollten die Operationen ganz im klassischen Sinne deutscher operativer »Führungskunst« und schnell ablaufender Gefechtshandlungen dazu dienen, die »Initiative« zu gewinnen[185]. Wie die von den Truppenführern ausgewählten Operationsräume zeigen, lag die Initiative jedoch tatsächlich bei den Aufständischen, die durch ihre Angriffe den Ort bestimmten, an dem die Deutschen und anderen ISAF-Kräfte sich gezwungen sahen, aktiv zu werden. Aktionen von OpInfo- und CIMIC-Kräften, um die Menschen im betreffenden Gebiet über die Absichten von ISAF zu informieren und ihnen Gaben zu schenken (Quick-Impact-Projekte), ergänzten lediglich die grundsätzlich konventionell strukturierten Operationen[186]. Abgesehen von Angaben zu den einzusetzenden Kräften und dem Operationsraum, traten auch hier unbestimmte Begriffe an die Stelle genauer Befehle. Wie oben bereits mehrfach im ISAF-Zusammenhang herausgestellt, wurden somit erneut die Mittel zum Zweck[187].

Dementsprechend ließen die Planer die Operationen mitunter schlicht zum Monatsbeginn anfangen und beendeten sie zum Monatsende. Dies weist darauf hin, dass sich diese nicht an den lokalen Verhältnissen, sondern den zeitlich am gregorianischen Kalender ausgerichteten bürokratischen Planungsinstrumenten ausrichteten[188]. Am Beispiel der Operation Halmazag vom November 2010 zeigt sich zudem, wie sich angesichts eines fehlenden übergreifenden Ziels die konkrete Gestalt von Operationen aus den taktischen Gegebenheiten und den Interessen der beteiligten Akteure ergab. So wählten die Verantwortlichen den Ort hierfür zum einen danach aus, dass die Deutschen größere Verluste vermeiden wollten. Hinzu kam, dass sich der paschtunische Kommandeur der beteiligten ANA-Brigade weigerte, eine Operation in einem mehrheitlich von Paschtunen besiedelten Gebiet zu führen. Die paschtunisch-dominierte Hochburg der Taliban, Isa Khel, kam daher nicht infrage. Zum anderen wollten die Vertreter des AA im

---

185 Vgl. den Beitrag der ehemals an der QRF 1 beteiligten Offiziere Brügner/Ehbrecht, Erfahrungen, S. 57, sowie Im Gespräch: Brigadegeneral Frank Leidenberger, Kommandeur des Regionalkommandos Nord in Mazar-i-Sharif. In: FAZ, 11.2.2010; Eine neue Herausforderung. Brigadegeneral Josef Blotz wird Sprecher von ISAF-Kommandeur General Stanley McChrystal. In: aktuell, 19.4.2010, S. 3.

186 Vgl. zur Konzeption dieser Operationen den Beitrag des offenbar im Bereich J3 des RC North eingesetzten Hauptmann H., 270 Tage Afghanistan, S. 36.

187 Im Fall der Operation HY II lautete das undeutliche Ziel, den »Aufständischen Einhalt zu gebieten und die Region zu stabilisieren« bzw. einen »Bereich der Sicherheit« zu schaffen, in dem Aufbauhilfe geleistet werden könne. So der hierfür verantwortliche Truppenführer Warnecke, Harekate Yolo II, S. 18; Warnecke, Operationsführung im Einsatz, S. 6. Die Operation Kuistani III sollte dazu dienen, mit der ANA zu kooperieren und Präsenz zu zeigen, was Mittel, aber selbst keine Ziele waren. Brinkmann, Corporate Mission, S. 20. Ebenfalls kein darüber hinaus gehendes Ziel dieser Operation nannte der damalige J3-Offizier des PRT Faizabad Hahn, Arbeit im multinationalen Umfeld, S. 233.

188 So wurden die vier Operationen der Bundeswehr in Baghlan und Kunduz am 31.5.2011 beendet und zum 1.6.2011 zwei neue begonnen: BMVg Presse- und Informationsstab, Aktuelle Lage in den Einsatzgebieten der Bundeswehr 17/11, S. 3. Vgl. für weitere Beispiele Münch, »Counterinsurgency« in der Bundeswehr, S. 214.

PRT Kunduz die ihnen zur Verfügung stehenden Aufbaumittel verwenden[189]. Als sicherer, nicht zuvorderst paschtunisch geprägter und für ein Elektrifizierungs- und Straßenbauprojekt geeigneter Ort ergab sich somit Qatliam am äußersten Rand des von der ISAF kontrollierten Gebiets[190].

In der konkreten Praxis zeigt sich zudem, dass die deutschen Truppenführer trotz des offensiven Charakters der Operationen weiterhin recht vorsichtig vorgingen. Dies war allein deshalb erforderlich, weil nur wenige Soldaten gleichzeitig in den Rettungszentren der PRTs behandelt werden konnten[191]. Indem sie die Operationen möglichst umfassend planten und vorbereiteten, versuchten sie, alle Unwägbarkeiten und damit mögliche Verluste zu minimieren, verloren hierdurch jedoch viel Zeit[192]. Vor größeren Operationen informierten die Soldaten in der Regel die lokalen Schlüsselpersonen und den Gouverneur – den die Deutschen im Fall von Kunduz der Zusammenarbeit mit den Taliban verdächtigten[193]. Beides, lange Vorbereitungen und Kooperation mit den Afghanen, hatte jedoch zur Folge, dass jedes Überraschungsmoment verloren ging[194]. Hinzu kam, dass die Deutschen ohnehin nur in Gelände fahren konnten, das für die schweren gepanzerten Fahrzeuge gangbar war, mögliche Operationsräume also schon geografisch stark eingeschränkt waren.

Auf Gelände anstatt auf Personennetzwerke fokussiert, mit nur geringen Informationen über die Aufstandsbewegung und ohne Überraschungsmoment, waren die deutschen Großoperationen der genannten Art nicht erfolgreich. Die Aufständischen legten mit kleineren Gruppen Hinterhalte an Stellen, an denen

---

189 Vgl. zu diesen Aufbaumaßnahmen Nico Wingert, Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan. Großes Abkassieren vor dem Abzug. In: Stern.de, 28.1.2011.

190 Vgl. zu den Planungen Blumröder, Partnering, S. 7–9; Die erste Schlacht der Bundeswehr in Afghanistan. In: Der Westen, 3.11.2012; Interview mit ehemaligem Offizier des ASB-Kunduz in Berlin, 14.7.2011.

191 Mit Stand 2009 befand sich nur ein medizinisches Operationsteam im Rettungszentrum des PRT Kunduz, das in besonderen Lagen allerdings noch um ein weiteres, aus Deutschland eingeflogenes ergänzt werden konnte. Die Pflegeeinheit war mit zwei Intensivbetten ausgestattet. Weitere Einschränkungen gaben die vorhandenen Blutkonserven vor, die im Notfall durch Bluttransfusionen von Kameraden ergänzt werden mussten. Hauer [u.a.], Deutsche Militärchirurgen, S. 93 f. Mit Eintreffen der US-Amerikaner erhöhten sich offenbar die Kapazitäten, wobei auch noch Willy [u.a.], »Einsatzchirurgie«, S. 95, von einem »particular bottleneck« für chirurgische Operationen beim Massenanfall von Verwundeten sprachen.

192 Für die Operation HY II errichteten die daran beteiligten Kräfte eine FOB, was rund 10 Tage in Anspruch nahm, und erkundeten vorher, ob die Wege für schwere Fahrzeuge gangbar waren. Paare, Aufklärung als Schlüssel zum Erfolg, S. 18 f. Vgl. zur Planung der Operation Halmazag vom November 2010, für die unmittelbar vor Beginn ein weithin einsehbarer Abstellplatz für die beteiligten Fahrzeuge errichtet wurde, Blumröder, Partnering, S. 7 f.; Interview mit 2010/2011 in der Führung des ASB Kunduz tätigem Offizier, 14.7.2011.

193 Interview mit ehemals in der Führung der QRF 1 tätigem Offizier in Berlin, 31.3.2009; Brinkmann, Corporate Mission, S. 22; Vollmer, Im Einsatz mit Partnern, S. 188.

194 So bemerkte der damals als Nachschuboffizier (J4/CJ4) für das RC North verantwortliche Koch, Die Forward Support Base in Masar-e-Sharif, S. 8, zum Aufbau einer FOB für die Operation HY II: »Aufgrund der starken Einbindung ziviler Leistungserfüller muss man sich allerdings darüber im Klaren sein, dass eine auf völliger Überraschung basierende Operation, bei der die eigenen Kräfte aus dem Nichts auftauchen, nicht möglich ist. Vielmehr läuft im Großraum des Einsatzgebietes eine offene, in Aufmarsch und Ablauf [für] jedermann gut erkennbare militärische Operation ab.«

die ISAF-Truppen voraussichtlich durchmarschieren würden, tauchten aber in der Masse größtenteils unter, um nach der Operation wieder zurückzukehren[195]. Aus den bereits in Kapitel V.2.e genannten Gründen bewirkte auch der Gabentausch – wie insbesondere in Chahar Dara deutlich – nicht, dass mehr Menschen die ISAF unterstützten.

Die scheinbar paradox ohne entscheidende Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse gestalteten Operationen werfen die Frage nach den Ursachen für diese Praxis auf. Hierfür ist zunächst das im Kapitel zum deutschen Auslandsnachrichtenwesen aufgezeigte Informationsdefizit zu nennen. Deswegen konnten sich die Deutschen selten sicher sein, wer genau die Aufständischen und ihre Unterstützer waren und wo sie sich befanden. Dies hätte sie eigentlich zum einen zu der Schlussfolgerung bringen müssen, dass die Operationen unter diesen Voraussetzungen unzweckmäßig waren. Zum anderen hätten idealerweise die Verantwortlichen alle Mittel aufwenden müssen, um das Informationsaufkommen zu erhöhen. Wie in Kapitel VI gezeigt, geschah dies jedoch nicht. Dass beides nicht geschah, verweist auf weitere implizite Zwecke, denen die Operationen dienten.

Als erstes ist hierbei der Zweck zu nennen, dass die Operationen den Truppenführern im Gegensatz zu den zuvor dominierenden eher polizeilichen Aufgaben erstmals erlaubten, aktiv den Wert ihres kulturellen Kapitals in dem – wie im Kapitel zur Bundeswehr gezeigt – für die höchsten militärischen Verantwortlichen in der Bundeswehr entscheidenden Bereich der klassischen Operationsführung unter Beweis zu stellen. Allein dies bewegte sie (unbewusst) dazu, ihre erlernte Expertise auf die Bedingungen in Afghanistan anzuwenden. So schrieben der Truppenführer von HY II und sein damaliger J2-Offizier:

> »Wie in der Taktikausbildung auf dem Offizierlehrgang wurde der Operationsplan als Folge einer deutschen Beurteilung der Lage (BdL) entwickelt, um dann in den nächsten drei Tagen die afghanische Brigadeführung von der Idee des Gefechts zu überzeugen[196].«

Der erste Kommandeur der QRF kam nach seinem Einsatz zu dem Fazit, dass sich »unsere militärische Führungskultur der Auftragstaktik verbunden mit wirkungsvollen Einsatzgrundsätzen und einer sorgfältigen Vorbereitung wieder als *zeitlos gültige* Richtschnur soldatischen Handelns bewährt haben«[197]. Indem sie sich auf etablierte Kernbegriffe der Operationsführung wie »BdL«, »Idee des Gefechts« und Auftragstaktik, aber auch das oben thematisierte Streben nach der Initiative bezogen, belegten sie ihren Vorgesetzten gegenüber den Wert ihres kulturellen Kapitals[198]. Im Einsatz mussten sie dabei ihre Absicht, sich auf

---

195 Interview mit ehemals hochrangigem NDS-Offiziellen von Kunduz in Kabul, 20.11.2012, und mit ehemals in der Führung der QRF 2 tätigem Offizier in Berlin, 17.6.2010. Vgl. zur Operation Oqab Vorläufiger Bericht für AG 85, S. 4, und Matthias Gebauer und Shoib Najafizada, Situation Worsens in Northern Afghanistan. Taliban Makes Blitz Comeback near Kunduz. In: Spiegel Online International, 3.8.2009.

196 Warnecke, Operationsführung im Einsatz, S. 13.

197 Brügner/Ehbrecht, Erfahrungen, S. 55. Hervorhebung durch Autor.

198 Aus diesem Grund publizierten die genannten Truppenführer ihre Leistungen vergleichsweise häufig in den hier als Quellen verwendeten militärischen Fachzeitschriften. Allein der Initiator von HY II tat dies mit mindestens vier Beiträgen. Vgl. Warnecke, Operationsführung

dem Feld der Operationsführung zu distinguieren, mit dem Ziel vereinbaren, möglichst keine Verluste zu erleiden. Dies führte zu der oben herausgestellten widersprüchlichen Praxis.

Als zweiter Zweck ist zu nennen, dass die Verantwortlichen in den Augen ihrer Vorgesetzten und sonstiger Beobachter schlicht als nicht zu passiv erscheinen wollten. Allein deshalb war es keine Alternative für sie, untätig zu bleiben. Dass sie in der etablierten Form militärischer Operationsführung aktiv wurden, war auf die vorhandenen, auf eben jene Verwendung zugeschnittenen Instrumente zurückzuführen. So haben techniksoziologische Arbeiten im Bereich des Militärs gezeigt, dass militärische Mittel die Weise ihres eigenen Einsatzes determinieren[199]. Allein das Vorhandensein einer auf konventionelle Kriegführung ausgerichteten Stabsstruktur, entsprechender Fahrzeuge und spezifisch ausgebildeter Soldaten schrieb also ihre Verwendung vor.

Die den Truppenführern zur Verfügung stehenden Kräfte wurden jedoch im Lauf der Zeit immer mehr auf konventionelle Operationsführung ausgerichtet, was auf die entsprechenden Dispositionen der Planer im BMVg verweist. Bereits die QRF verfügte in diesem Sinne über die für mechanisierte Kriegführung vorgesehenen Schützenpanzer Marder 1A5. Zum 1. August 2010 bildeten die Verantwortlichen zudem aus der QRF und neu eingetroffenen Kräften zwei ASBs. Den raumzentrierten Prämissen der Entscheidungsträger entsprechend, bezeichneten sie beide Verbände als »Manöverelemente«[200]. Ausgestattet mit Panzerpionieren, Panzerartillerie und einer im klassischen Sinne eingesetzten Aufklärungskompanie, spiegelten die ASBs im Kleinen die Gliederung der für das klassische Gefecht der verbundenen Waffen/Kräfte vorgesehenen regulären Brigaden wider[201].

e) Eskalation der Gewalt

Beinahe täglich von Aufständischen offen angegriffen und in längeren Gefechten gebunden sowie durch die militärische Führung zu Gegenschlägen ermuntert, wendeten die Entscheidungsträger in Kunduz immer häufiger auch offensive Gewalt an. Der damalige PRT-Kommandeur, Oberst i.G. Georg Klein, kommentierte im Mai 2009 die Attacken auf die Bundeswehr mit den Worten: »Wir werden mit der Härte, die geboten ist, zurückschlagen«[202]. So durchstießen Patrouillen nicht mehr bloß Hinterhalte, sondern gingen hiernach auch zum

---

mit ANSF; Warnecke, Harekate Yolo II; Warnecke, Kommandeur in Afghanistan; Warnecke, Operationsführung im Einsatz.

199 Kaufmann, Technisiertes Militär.

200 Vgl. den Beitrag des damaligen Kommandeurs des RC North Generalmajor Fritz, Umgliederung erfolgt, S. 9 f.

201 Vgl. zur Gliederung die Erfahrungsberichte der ersten beide Kommandeure der ASBs Blumröder, Partnering, S. 5 f., und Carstens, Das Ausbildungs- und Schutzbataillon Mazar-e-Sharif 1, S. 32 f.

202 Matthias Gebauer, Bundeswehr in Nordafghanistan: Auf Tuchfühlung mit dem Feind. In: SPON, 27.5.2009.

Gegenangriff über[203]. Nach Aussage eines Angehörigen der Führung der QRF 3 war es sogar die Absicht seines Verbands, die Aufständischen aus der Reserve zu locken, um sie dann vernichten zu können[204]. Mitte Juli 2009 ließ Oberst i.G. Klein erstmals mit einer US-Kampfdrohne 15 Aufständische in einer Stellung töten[205]. Insgesamt forderten deutsche Truppen in dem Jahr mindestens neunmal Bombenunterstützung aus der Luft an, während dies in den Vorjahren offiziell überhaupt nicht geschah[206].

Neben den Räumen, in denen die meist vorhersehbaren Großoperationen stattfanden, verliefen die Kämpfe meist entlang der für die schweren Fahrzeuge der Bundeswehr einzig zugänglichen Straßen. Denn in diesen Bereichen lauerten die Aufständischen den ISAF-Soldaten auf und vergruben mit relativ geringem Aufwand IEDs. Umso mehr Zeit mussten die Deutschen dafür aufwenden, diese Sprengsätze wieder zu räumen, um die Straßen freizuhalten[207]. Zudem griffen die Aufständischen Stützpunkte der ANSF sowie anderer Regierungsakteure an und beschossen die exponiert an aus konventioneller Sicht »strategischen« Punkten fest installierten COPs. Da diese Stützpunkte auch versorgt werden mussten, verlängerten sich zudem die ebenfalls zu schützenden Nachschublinien[208]. Den Aufständischen gelang es zwar nie, eine (Teil-)Einheit der ISAF zu vernichten oder gefangen zu nehmen, da deren Gewaltexpertise größer sowie Ausrüstung besser war und sie im Notfall stets auf die Luftunterstützung der US-Amerikaner zurückgreifen konnten[209]. Dennoch wirkte dieses »Katz-und-Maus-Spiel«, bei dem die Aufständischen stets das Heft des Handelns in der Hand behielten, enorm belastend auf die Soldaten. Um sich gegen Angriffe zu verteidigen, setzte es sich daher ebenfalls durch, die volle Feuerkraft mit wenig Rücksicht auf den

---

203 Grohmann/Kasper/Hecht, Der Einsatz der QRF 3, S. 24; Nachtwei, (Klein-)Krieg bei Kunduz, Abschnitt: KUNDUZ (+ REGION NORD). Der Kommandeur der QRF 3 und zwei weitere ihrer Offiziere schrieben kurz nach ihrem Einsatz: »Dabei stand fest, dass nach den Angriffen vom 29.04. deutsche Kräfte bei Angriffen und Hinterhalten anders vorgehen würden als bis dahin meist praktiziert.« Grohmann/Kasper/Hecht, Der Einsatz der QRF 3, S. 23. Vgl. auch Ralf Beste [u.a.], Zähne für die Schildkröte. In: Der Spiegel, 28/2009, S. 24–27, hier S. 26.

204 Interview mit ehemals in der Führung der QRF 3 tätigem Offizier in Potsdam, 8.2.2011.

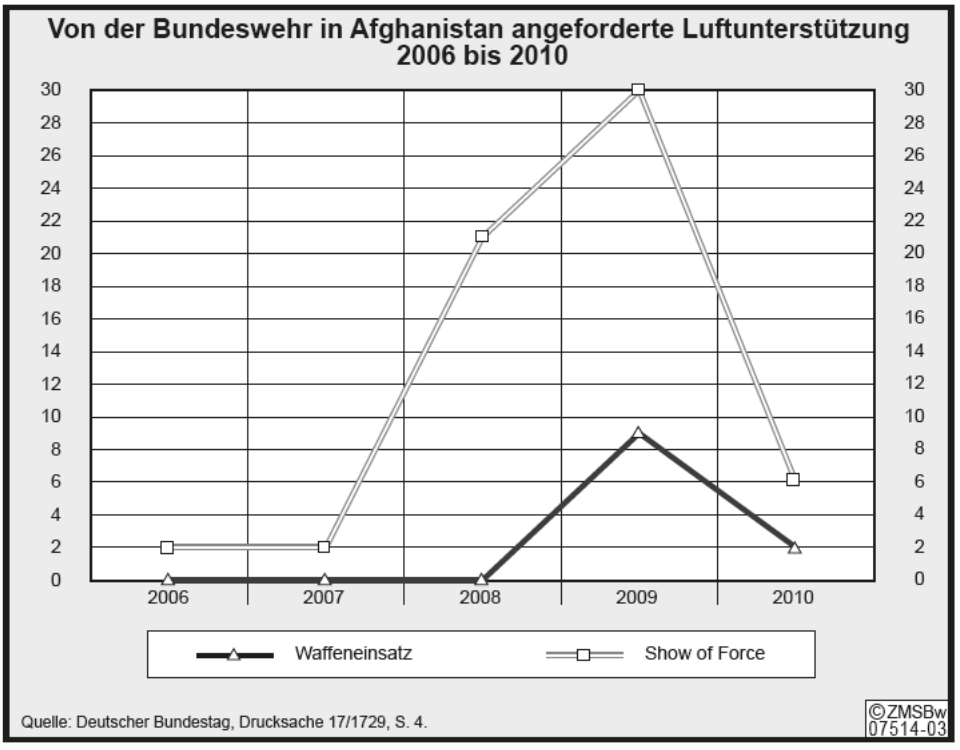
205 Jürgen Dahlkamp und Matthias Gebauer, Bundeswehr-Oberst Klein: Schockstopp einer Musterlaufbahn. In: SPON, 14.9.2009; Matthias Gebauer, Bundeswehr und Drohnen: »Der Finger Gottes«. In: SPON, 9.3.2010.

206 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/1729 [»Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan«], S. 4. Gleichwohl gibt es zahlreiche Hinweise auf mindestens einen Fall im Jahr 2007. Münch, Local Afghan Power Structures, S. 54.

207 Bis die Deutschen ab 2010 die US-Route Clearance Packages (RCP) nutzen konnten, mussten sie Straßen manuell nach IEDs absuchen. Hierbei benötigten sie für 100 m Straße etwa eine Stunde. Seliger, Vom Kriege, S. 16.

208 Vgl. den Beitrag des damaligen J4-Offiziers des Einsatzführungskommandos Oberst i.G. Funke, Materialerhaltung im Einsatz, S. 15 und S. 18, sowie des Hauptmanns Bockholt, Die Logistiktruppe, S. 24 und S. 27.

209 Vollmer, Panzergrenadierbrigade 37 im Einsatz, S. 13. H., 270 Tage Afghanistan, S. 35, schrieb für das Jahr 2009, dass »Luftnahunterstützung der entscheidende Garant für den Erfolg ist« und diese daher »teilweise täglich eingesetzt« wurde.



Munitionsverbrauch einzusetzen[210]. Da die Truppe mehr verfeuerte als geplant, ging 2010 sogar bald die Munition aus[211].

Das neue Ausmaß der Gewalt und die Form des Kampfes ordneten die meisten Soldaten wie üblich in ihre Expertise in konventioneller Kriegführung und die überlieferte Geschichte der Weltkriege ein. So schrieb ein Offizier, den Fachbegriff aus dem Bereich der deutschen Landesverteidigung verwendend, dass das »Gefecht in Hinterhalten« im Chahar-Dara-Distrikt »durch das ›Gefecht am VRV [Vorderen Rand der Verteidigung]‹ abgelöst« worden sei[212]. Der Kommandeur der offensiv vorgehenden QRF 3 stellte Journalisten einen seiner Offiziere vor als: »Der erste Oberleutnant, der nach 1945 eine Infanterie-Kompanie im Angriff geführt hat.« Seine Soldaten überlegten außerdem, wie sie die Namen der gewonnenen Gefechte in den Symbolen ihres Verbands objektivieren konnten[213]. Geradezu erleichtert erwähnten Unteroffiziere und Offiziere, dass sich der Kampf in Afghanistan wieder »zunehmend an das klassische Gefechtsszenario angenähert hat« und man dementsprechend »das Erlernte nicht ignorieren und

210 Vgl. den Beitrag aus der QRF 3 von Hauptfeldwebel H., Gefechtserfahrungen in Kunduz, S. 123. Holz, Die verstärkte 2./Quick Reaction Force 4, S. 32, schrieb, dass am Ende seiner Zeit Kompanien an einem Gefechtstag beinahe die Menge an Munition verschossen, die für zwei bis drei hätte reichen sollen.

211 BMVg, Gestiegener Munitionsbedarf in der Bundeswehr.

212 Holz, Die verstärkte 2./Quick Reaction Force 4, S. 31.

213 Joachim Zepelin, Die Bundeswehr muss töten. In: Financial Times Deutschland, 17.6.2009.

auch nichts Neues erfinden« sollte[214]. Hiermit bestätigten sie, dass der Wert ihres kulturellen Kapitals weiterhin gleichbleibend hoch sei.

Die Gewalt kulminierte vorerst in einem von Oberst i.G. Klein angeforderten Luftschlag. Diesem ging voraus, dass Taliban am 3. September 2009 zwei zivile Tanklastwagen mit Betriebsstoff für einen Logistikpartner der ISAF unweit des PRT gekapert hatten. Bei dem Versuch, hiermit über den Kunduz-Fluss zu entkommen, waren sie auf einer Sandbank stecken geblieben und versuchten mithilfe von Ortsansässigen bis in die Nacht hinein, die Fahrzeuge frei zu bekommen. Über einen afghanischen Informanten erfuhren die Verantwortlichen im PRT davon, dass, neben zahlreichen Kämpfern, bei den Fahrzeugen der Taliban-Kommandeur des Aliabad-Distrikts sowie drei seiner Subkommandeure seien. Per Bildübertragung der herbeigerufenen US-Kampfflugzeuge konnten die Entscheidungsträger im PRT gegen Mitternacht die Tanklaster auffinden und beobachten, dass zahlreiche Personen deren Treibstoff abzapften. Der Informant drängte darauf, dass alle beteiligten Individuen vor Ort Taliban seien[215].

Um kurz vor 2 Uhr des 4. Septembers fällte Oberst i.G. Klein schließlich nach rund zwei Stunden des Abwägens den Entschluss, die »durch INS[urgents] entführte[n] Tanklastwagen sowie die an den Fahrzeugen befindlichen INS durch den Einsatz von Luftstreitkräften zu vernichten«[216]. Der höchste Taliban-Kommandeur sowie mindestens einer seiner Subkommandeure waren zu diesem Zeitpunkt allerdings schon nicht mehr vor Ort. Durch den Abwurf von zwei Bomben starben neben den verbliebenen Subkommandeuren daher nur einfache Kämpfer und Zivilisten. Verschiedene an der Aufarbeitung des Falls beteiligte Akteure schätzten die Zahl der Toten auf insgesamt 12 bis 142, wobei die meisten Gesamtschätzungen bei über hundert liegen, und der getöteten Zivilisten auf meist mindestens um die 30[217]. Klein gab dagegen an, dass er aufgrund der Aussagen des Informanten davon ausging, dass sich überhaupt keine Zivilisten vor Ort befunden hätten. Seine Absicht sei es gewesen, einen Angriff von als fahrbare Bomben eingesetzten Tanklastern auf das PRT zu verhindern[218].

Überzeugender erscheint dagegen, dass Klein und die ihn beratenden Funktionsträger in der Operationszentrale die bis dahin einmalige Gelegenheit wahrnehmen wollten, eine größere Anzahl von Aufständischen samt Schlüsselkommandeur zu töten, und hierbei bewusst das Risiko eingingen, möglicherweise zahlreiche unbeteiligte Afghanen zu töten. Wie gezeigt, hatten sie sich an eine derartige Praxis in kleinerem Maßstab bereits zuvor herangetastet. Als überzeugendster Beleg hierfür erscheint zum einen, dass Klein den mehrfach von den US-

---

214 Holz, Die verstärkte 2./Quick Reaction Force 4, S. 31; Döbel, Panzergrenadierbataillon 391, S. 82; Vollmer, Panzergrenadierbrigade 37 im Einsatz, S. 15.

215 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 43–50.

216 So in seinem Schreiben an den Generalinspekteur am nächsten Tag. 20. DEU EinsKtgt ISAF PRT KUNDUZ Kommandeur an Generalinspekteur der Bundeswehr Herrn General Schneiderhan über Befehlshaber Einsatzführungskommando der Bundeswehr Herrn Generalleutnant Glatz. Betreff: Einsatz Luftstreitkräfte am 040151 D* sep 09, hier: Entschluß mit Begründung.

217 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 383 f.

218 Ebd., S. 57–65.

Piloten vor dem Abwurf ihrer Bomben angebotenen warnenden Überflug (»Show of Force«) ablehnte. Hieraus zogen auch die Angehörigen der zur Untersuchung des Falls im BMVg gebildeten Arbeitsgruppe 85 den Schluss, Klein habe »eindeutig die Absicht verfolgt, gegen die Personenziele vorzugehen[, und] ein ggf. Auseinandertreiben der Gruppe zu verhindern[219].« Den Piloten gegenüber sagte der Fliegerleitoffizier zudem explizit, dass das Ziel die Personen seien und nicht die Tanklaster. Von den Deutschen versichert, dass es sich nur um Aufständische handele, fragten die Piloten nach Abwurf der Bomben, ob sie nun auch noch die Fliehenden töten sollten. Dies ließ Klein verneinen, was darauf hinweist, dass er sich zumindest doch nicht sicher war, ob Zivilisten unter ihnen waren[220].

Als Antrieb für Kleins Entschluss erscheint zum einen das zweckrationale Motiv, hierdurch die Anzahl der Angriffe von Aufständischen deutlich zu reduzieren. Zum anderen ist der in weiteren Fällen der Zeit bereits mehrfach nachgewiesene emotionale Wunsch nach Vergeltung zu nennen. Auch wenn der Fliegerleitoffizier seinen Benutzernamen im ISAF-Kommunikationssystem nicht selbst gewählt hatte, sondern ein Vorgänger, so spiegelte er in diesem Sinne auch die Dispositionen des historischen Kriegerhabitus wider: »Red Baron 20«[221]. Denn gemeint war hiermit der legendäre, von seinen angelsächsischen Gegnern ehrfürchtig als »roter Baron« bezeichnete deutsche Rittmeister Manfred Freiherr von Richthofen, der Kampfflieger mit den meisten »Abschüssen« im Ersten Weltkrieg.

Als öffentlich bekannt wurde, dass zahlreiche Zivilisten bei dem von Klein angeordneten Luftschlag ums Leben gekommen waren, trat für die politisch-militärische Führung in Berlin gut drei Wochen vor der Bundestagswahl der stets gefürchtete »worst case« ein: ein Fall, in dem die Bundeswehr unmittelbar vor einer deutschen Wahl eine größere Zahl von Unschuldigen getötet hatte. Dementsprechend begann auf den Feldern der Bundesregierung und der Spitzengliederung der Bundeswehr der gewohnte Kampf gegen »negative Verantwortlichkeit«, indem die Entscheidungsträger auf allen Ebenen versuchten, sich gegen (zu erwartende) Schuldzuweisungen abzusichern. Dies taten sie, indem sie zu belegen suchten, keine Kenntnisse von den unbeteiligten Toten gehabt bzw. entsprechende Informationen korrekt weitergeleitet zu haben[222]. Die

---

219 Vorläufiger Bericht für AG 85, S. 8. Die Begründung Kleins, er sei nicht davon ausgegangen, dass sich die Taliban davon abschrecken ließen, überzeugt nicht, da er in den rund zwei Stunden genügend Zeit für einen Versuch gehabt hätte und die Bundeswehr dies auch regelmäßig tat. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 66 f. Deutsche Soldaten forderten 2009 mit 30 Mal sogar am bis dahin häufigsten »Show of Force« an. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/1729 [»Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan«], S. 4.

220 AB Afghanistan, 03 September 2009 TIC [Wortprotokoll des Funkverkehrs der Piloten], S. 7 und S. 12.

221 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 459.

222 All dies aufzuklären war der Schwerpunkt des zuständigen Untersuchungsausschusses. Dementsprechend detailliert sind die Erkenntnisse hierzu in dessen Bericht nachlesbar. Ebd., S. 70–132.

Bombardierung von Kunduz spielte jedoch, wie bereits erwähnt, schließlich im Bundestagswahlkampf keine nennenswerte Rolle[223].

Allerdings spielten kurz nach der Wahl und Regierungsbildung offenbar Angehörige des BMVg – mutmaßlich, um Einfluss auf die Personalbesetzung an der Spitze des Ministeriums zu nehmen – einen nur fünf Tage nach dem Bombardement verfassten Bericht mit Hinweisen auf zivile Opfer an die Presse[224]. In der Folge trat Jung, seit der Kabinettsumbildung Bundesminister für Arbeit und Soziales, zurück. Ebenso verabschiedete der neue Bundesminister der Verteidigung zu Guttenberg Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert in den vorzeitigen Ruhestand, mit der Begründung, dass sie ihn nicht vorab über die Existenz des Berichts informiert hätten[225]. Routinemäßig ermittelten bereits kurz nach dem Luftschlag die zuständigen Staatsanwaltschaften strafrechtlich gegen Klein. Die letztlich hiermit befasste Generalstaatsanwaltschaft Dresden kam bereits im September zu dem Ergebnis, dass es sich um Handlungen in einem »bewaffneten Konflikt« handele, somit das Völkerstrafrecht einschlägig und der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof zuständig sei[226]. Am 2. Dezember 2009 beschlossen zudem die im Bundestag vertretenen Fraktionen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen[227].

Auch ohne repräsentative Umfrage ließ sich in der Zeit anhand der überwältigenden Anzahl von Einzelzeugnissen bereits recht eindeutig sagen, dass die Masse der Bundeswehr-Angehörigen die Entscheidung Kleins positiv beurteilte. So schrieb der Wehrbeauftrage, dass er »in den Reihen der Streitkräfte keine einzige Stimme vernehmen [konnte], die sich nicht solidarisch zeigte mit Oberst Georg Klein«[228]. Der PRT-Kommandeur erschien demnach den meisten als ein Vorgesetzter, der eine für ihn sehr riskante Entscheidung zum Schutz seiner Soldaten getroffen hatte und dem hiernach »die Politik« und »die Öffentlichkeit« in den Rücken fielen[229]. Zudem empfanden viele den Luftschlag offenbar als gerechte Vergeltung gegen die Aufständischen, die bereits mehrere Bundeswehr-Angehörige getötet und verwundet hatten[230].

---

223 Vgl. Kap. V.1.b.

224 20. Deutsches Einsatzkontingent FJgFhr i.E., Betreff: Untersuchungsbericht zum »Close Air Support KUNDUZ« vom 04.09.2009, S. 4 und S. 7; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung].

225 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 154−159.

226 Ebd., S. 8.

227 Ebd., S. 2 f.

228 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/900 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2009], S. 5.

229 Vgl. auch Ulrike Demmer, Bundeswehr in Kunduz: »Das war ein sauberer Treffer«. In: SPON, 8.9.2009; Sabine Siebold, Soldaten in Kundus vermissen Rückhalt in Deutschland. In: F.A.Z.-Blogs. Zur Sicherheit, 21.10.2009; Helmut Michelis, Die Truppe hält zu Oberst Klein. In: RP Online, 4.9.2010, sowie die Selbstzeugnisse von Klumb, Mit der 3./QRF 3 in Afghanistan, S. 184; Lindemann, Unter Beschuss, S. 249 f.

230 Dies wurde etwa an hiernach gedruckten und im Feldlager verkauften T-Shirts deutlich, die zwei brennende Tanklaster mit der Überschrift zeigten »Thou shalt not steal«: Reichelt/Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten!, S. 160. Der üblichen Absicherungspraxis entsprechend, verbot der Kommandeur des RC North sofort, diese Hemden weiterhin zu verkau-

Durch diese Stellungnahmen wuchs insgesamt der Druck der Leitung des BMVg, sich selbst gegenüber Klein zu positionieren und ihn als Zeichen der Fürsorge, aber auch um die Stimmung der Truppe nicht zu gefährden, möglichst vor einer Verurteilung zu bewahren. Dementsprechend gab sie kurz nach Konstituierung des Untersuchungsausschusses bekannt, dass deutsche Soldaten in Afghanistan das Humanitäre Völkerrecht, das es gestattete, in verhältnismäßiger Weise auch den Tod von Zivilisten in Kauf zu nehmen, anwenden würden[231] – was freilich bereits seit Beginn des Jahres der Fall war[232]. Des Weiteren ergriff zu Guttenberg im Januar 2010 die Initiative innerhalb des Kabinetts, die Ereignisse in Afghanistan auch regierungsoffiziell als bewaffneten Konflikt einzustufen[233]. Im folgenden Monat geschah dies durch Außenminister Westerwelle[234]. Erst durch die Not und nachdem die beamteten Juristen der Generalstaatsanwaltschaft Dresden den ersten Schritt getan hatten, wagten die Akteure des politischen Feldes also, die Verhältnisse in Afghanistan ebenfalls als bewaffneten Konflikt einzustufen.

f) Beginn einer Gewaltspirale

Nach dem Luftschlag von Kunduz im September 2009 und seinen personellen und staatsanwaltschaftlichen Konsequenzen gingen die Verantwortlichen zunächst wieder vorsichtiger vor und versuchten, offensive Gewalt zu vermeiden[235]. Dies änderte sich Anfang 2010, als rund 1000 US-amerikanische Soldaten in Kunduz eintrafen, zu denen auch Spezialkräfte zählten[236]. Diese gingen sehr viel offensiver vor und drängten auch die deutschen Truppenführer dazu[237]. Der Kampfgeist der US-Amerikaner erzeugte auch Resonanz in den Kriegerdispositionen insbesondere der Kampftruppenangehörigen auf den unteren Ebenen, sodass sich diese zu einem offensiveren Vorgehen angespornt sahen[238]. Zudem stellte der Generalbundesanwalt im April 2010 sein Ermittlungsverfahren gegen Klein mit der Begründung ein, dass dieser davon ausgegangen sei, bei den Tanklastern hätten sich keine Zivilisten befunden[239]. Somit beendete er vorerst die von vielen mit

---

fen. Afghanistan: Geschmacklose T-Shirts in Camp Marmal verkauft. In: bundeswehr.de, 28.11.2009.

231 Überblick: Befugnisse der Soldaten in Afghanistan. In: bundeswehr.de, 24.8.2010; Thomas Wiegold, Afghanistan: Kriegsrecht für deutsche Soldaten. In: Focus Online, 18.12.2009.

232 Vgl. Kapitel VIII.3.c.

233 Mehr Klarheit für Soldaten: Guttenberg will Afghanistan-Einsatz neu einstufen. In: SPON, 7.1.2010.

234 Westerwelle: »Bewaffneter Konflikt« in Afghanistan. In: FAZ.NET, 10.2.2010.

235 In der Bundeswehr wurde dies als »Oberst-Klein-Syndrom« bezeichnet. Ulrike Demmer, Bundeswehr feiert Oberst Kleins Entlastung. In: SPON, 20.4.2010. Vgl. auch die Aussagen des Nachfolgers von Oberst i.G. Klein, Oberst Rohrschneider, Einsatz.

236 Zudrop, Der »Vernetzte Ansatz«, S. 8; Matthias Gebauer, Afghanistan. USA starten Truppenaufmarsch im Bundeswehrgebiet. In: SPON, 29.1.2010.

237 Interview mit Angehörigem des AA in Berlin, 11.12.2013. Vgl. zum offensiven Charakter der anfänglichen US-Operationen in Kunduz bereits im Herbst 2009 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/2884 [»Informationspolitik zum Afghanistan-Einsatz«], S. 5.

238 Mann, German Warriors, S. 149.

239 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 174; Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Betrifft:

den Ermittlungen erneut empfundene Rechtsunsicherheit bei der Anwendung von Gewalt. Die Truppe ließ sich daher in Kunduz und seit Frühjahr 2010 auch in der Nachbarprovinz Baghlan immer wieder auf von Aufständischen initiierte, teilweise stundenlange Gefechte ein, die sie stets mit massivem Waffeneinsatz bestehen konnten[240].

Zu einem Schlüsselereignis wurde hierbei ein Hinterhalt am Karfreitag, dem 2. April 2010, an dem es einer außergewöhnlich großen Gruppe von rund 70 bis 200 Aufständischen gelang, einen Zug der 1. Infanteriekompanie des PRT Kunduz im Chahar-Dara-Distrikt vom Rest seiner Einheit abzuschneiden[241]. Sie töteten im Verlauf des rund siebenstündigen Gefechts drei deutsche Soldaten und verwundeten elf, davon vier schwer[242]. Keine zwei Wochen später töteten Aufständische im neuen Operationsschwerpunkt in Baghlan vier deutsche Soldaten und verwundeten fünf teilweise schwer[243]. Die Taliban und ebenfalls beteiligten Kämpfer der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) nutzten das Karfreitags-Gefecht unmittelbar hiernach für ihre Propaganda, indem sie im Internet Videos von ihren triumphierenden Kämpfern veröffentlichten, wie diese mit erbeuteten deutschen Ausrüstungsgegenständen und einem gesprengten Fahrzeug der Bundeswehr posierten[244].

In der Truppe bewirkten die Angriffe dieser Zeit wie gewohnt, dass die Soldaten sich Vergeltung wünschten und zu große Zurückhaltung ihrer Führung kritisierten[245]. So schrieb der Einsatzoffizier der 1. Infanteriekompanie:

> »Die Ereignisse vom Karfreitag bewirkten leider nicht die von der Kompanie erhoffte Reaktion eines umfassenden Gegenschlags. Auch wenn in diesem Wunsch viele Emotionen mitschwingen, so entspricht es dem Geist der Truppe[246].«

Im gleichen Sinn berichtete etwas früher der Nachfolger Kleins:

> »In einem Fall, in dem vielleicht die Verunsicherung der Truppe zum Tragen kam, führte eine erneute, in dieser Gefechtssituation gar nicht geforderte Prüfschleife des FAC [Forward Air Controller] dazu, daß das Ziel verschwunden war. Das war vielleicht im Sinne des COM[mander] ISAF, aber sehr frustrierend für die Truppe im Kampf, die da auch richtigerweise siegen will[247].«

Ermittlungsverfahren gegen Oberst Klein und Hauptfeldwebel Wilhelm wegen des Verdachts einer Strafbarkeit nach dem VStGB und anderer Delikte, hier: Einstellung des Verfahrens gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO [offene Version], S. 46–49.

240 Vgl. die Beiträge von den damals eingesetzten Offizieren Cihar, Die 2./Panzergrenadierbataillon 122 im Einsatz; Klix, Panzergrenadierbataillon 122, sowie des Hauptfeldwebels d.R. Hintermeyer, Als Reservist im Einsatz. Vgl. zu Baghlan: Zusammenfassung: Gefechte bei Baghlan. In: bundeswehr.de, 15.4.2010.

241 Ambushed in Afghanistan, S. 12 f.; B., Tapfer und treu, S. 5 f.

242 Statement des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Volker Wieker. In: bundeswehr.de, 4.4.2010.

243 Zusammenfassung: Gefechte bei Baghlan. In: bundeswehr.de, 15.4.2010.

244 Susanne Koelbl, Afghanistan: Das Gesicht des Feindes. In: SPON, 12.4.2010.

245 Vgl. das Tagebuch eines zu der Zeit vor Ort eingesetzten Fallschirmjägers: Afghanistan Tagebuch: Lieber drei tote Soldaten als ein toter Zivilist. In: Der Westen, 27.10.2010, sowie Ralf Beste [u.a.], Warum sterben Kameraden? In: Der Spiegel, 16/2010, S. 18–33, hier S. 20; Deutsche Soldaten in Afghanistan: Patrouille auf Höhe 431. In: tagesschau.de, 25.1.2010.

246 B., Tapfer und treu, S. 8.

247 Rohrschneider, Einsatz.

Bei zahlreichen Kampftruppenangehörigen hatte sich somit eine als persönlich empfundene Feindschaft zu den Aufständischen entwickelt. Unmittelbar vor Beginn der Operation Halmazag, die Anfang November 2010 im Gebiet des Karfreitags-Hinterhalts stattfand, traten daher hieran beteiligte Fallschirmjäger mit dem Kampfruf an: »Auge um Auge – Zahn um Zahn[248]!« In diesem Sinne war zudem eines der Operationsziele, die Reste des an Karfreitag gesprengten Fahrzeugs, auf dem die Aufständischen hiernach posiert hatten, zu bergen. Nachdem dies gelungen war, hängten die Fallschirmjäger Transparente daran mit dem Schriftzug »Treue um Treue« sowie den Namen der im Karfreitag-Hinterhalt Getöteten[249]. Ebenso bewahrten Infanteristen das Andenken an den ersten im Gefecht getöteten deutschen Soldaten, Sergej Motz, und schrieben seinen Namen etwa auf Granatmunition, mit der sie Aufständische beschossen[250].

Zugleich nahmen Bundeswehr-Soldaten immer häufiger die Bevölkerung in den Gebieten, in denen die Aufständischen am meisten Rückhalt hatten, als feindlich und mit diesen zusammenarbeitend wahr[251]. So beobachteten sie häufig, wie Bewohner anliegender Gebäude getötete und verwundete Aufständische bargen und mitunter auf die Straße strömten, um zu verhindern, dass die Bundeswehr sie verfolgte[252]. Für sie widerlegte sich somit das offizielle Bild, wonach die Taliban stets äußere, von den Bewohnern gefürchtete und nicht unterstützte Akteure seien. Stattdessen verschwamm für sie der Unterschied zwischen Aufständischen und »Zivilisten«. Dementsprechend war auch zu beobachten, dass die Angehörigen der Truppe es im Gegensatz zu vorher als gerechtfertigt ansahen, Personen anzugreifen, die nicht eindeutig als Kombattanten zu identifizieren waren, aber deren Verhalten dies nahe legte[253]. Dies betraf insbesondere Kundschafter, die selbst keine Waffen führten, aber durch ihre während des Gefechts per Funk übermittelten Informationen das Feuer auf die ISAF-Soldaten lenkten[254].

---

248 Can Merey, Bundeswehr gegen Taliban: »Auge um Auge, Zahn um Zahn«. In: greenpeace magazin, 16.11.2010.

249 Clair, Vier Tage im November, Bildteil. Wie emotional das Gefecht an Karfreitag für Soldaten der Kampftruppe belegt war, zeigt ein Vorfall zwei Jahre später. An Karfreitag 2012 wollte der Fernsehsender Pro7 eine selbst produzierte Filmkomödie ausstrahlen, die einen fiktiven, aber an Afghanistan erinnernden Auslandseinsatz der Bundeswehr als Klamauk darstellte. Ein Soldat des Bataillons, dessen Angehörige in dem Hinterhalt gekämpft hatten, bedrohte daraufhin einen der Schauspieler im Internet. Paul Ronzheimer, Politiker fordern Facebook-Kodex für Soldaten. In: Bild.de, 4.4.2012.

250 Orpheus – Occupy Chahar Darah. In: randbild photography, 2011.

251 Cihar, Die 2./Panzergrenadierbataillon 122 im Einsatz, S. 79; B., Tapfer und treu, S. 7 f.; Seliger/Müller, Jede Patrouille kann die letzte sein, S. 12; Afghanistan Tagebuch: Plötzlich stand die Patrouille mitten im Minenfeld. In: Der Westen, 1.11.2010.

252 Grohmann/Kasper/Hecht, Der Einsatz der QRF 3, S. 24 f.

253 Hauptfeldwebel M., »Smalltalk« mit Händen und Füßen, S. 129, schrieb noch über seinen Einsatz etwa 2009: »Man konnte sich eigentlich sicher sein, dass jeder zweite oder dritte Afghane, den wir passierten, unvermeidlich zu seinem Handy griff. Zu erkennen, ob derjenige nur die übliche Meldung über uns weitergeben wollte, oder ob er der ›Triggerman‹ [zur Zündung eines IEDs] war, sollte eine Illusion bleiben.«

254 Laut dem daran beteiligten Major: Paare, Aufklärung als Schlüssel zum Erfolg, S. 18, verzichteten die Deutschen bei der Operation HY II darauf, gegen erkannte »Spotter« vorzugehen.

So sagte ein anonymer Fallschirmjäger, dass er beim Gefecht vom Karfreitag erlebt habe, wie sich vermeintlich Unbeteiligte ohne Waffen zwischen Gebäuden bewegten, nur um in den Häusern Waffen aufzunehmen und daraus auf die Soldaten zu schießen. Dementsprechend habe er sich mit seinen Kameraden abgesprochen, zukünftig auf Personen in Zivilkleidung zu schießen, die während eines Gefechts telefonieren oder schreiend zwischen Gehöften hin und her laufen, da dies in solchen Situationen nur Aufständische täten[255]. Er brachte es wie folgt auf den Punkt:

> »Die sind total heimtückisch, die sehen aus wie alle anderen Afghanen auch, wie Zivilisten, ganz normal, die sind nicht zu unterscheiden. Das Einzige, wo man sagen kann, ich kann da einen kleinen Unterschied machen, ist, wenn ich es schaffe, denen in die Augen zu schauen und sehe, wie sehr sie mich verabscheuen. Ich kann mich sonst nur danach orientieren, wo das Feuer herkam. Und wenn dann in der Richtung welche stehen, sind die wohl dafür verantwortlich. Dann wird auf die gefeuert. Was wollen sie denn machen, wenn man den Falschen erwischt? Muss ich dann ohne Abendessen ins Bett – oder wollen sie mich nach Hause schicken? Besser Bau als Kiste, lieber Knast als Sarg, das steht fest[256].«

Soldaten in einem COP nahe der Ortschaft Isa Khel, in der sich der Karfreitags-Hinterhalt abspielte, wurden aus den Lautsprechern der dortigen Moschee aufgefordert, aufzugeben. Als Vergeltung beschallten sie daraufhin die Gegend mit Marsch-, Hip-Hop- und Heavy-Metal-Musik[257].

Im Dezember 2010 eröffneten Fallschirmjäger – im Gegensatz zur ersten Offensivoperation, HY II, in der die deutschen Aufklärer noch darauf verzichteten, auf sogar von der EloKa anhand ihrer Gespräche identifizierte Kundschafter vorzugehen – in der Operation »Towsea Gharb II« selbst ohne einen solchen Beleg das Feuer[258]. Ebenso befahl der Kommandeur der QRF 5 bereits im September 2010 während des bis dahin intensivsten Gefechts der Bundeswehr, dem Kampf um Shahabuddin[259], seinem Fliegerleitoffizier, einen Luftschlag gegen zwei Personen anzufordern, die Mörserfeuer auf die Deutschen lenken würden. Der Fliegerleitoffizier sowie die daraufhin kontaktierte Rechtsberaterin des RC North lehnten dies jedoch ab, da ein Gebäude in der Nähe sei. Erst der Vordere Beobachter der eigenen Mörser ließ das Feuer auf die beiden eröffnen[260]. Wurde noch 2009 selbst Spezialkräften untersagt, auf Leute das Feuer zu eröffnen wenn sie bloß Gegenstände auf Straßen vergruben, die IEDs sein konnten, so bestanden diese Probleme im November 2010 nicht mehr. Denn in einem Fall in Kunduz

---

255 Deutsche Soldaten schossen in Afghanistan auf Zivilisten. In: dapd, 25.10.2010.

256 Afghanistan Tagebuch: Die Taliban sitzen uns direkt im Nacken. In: Der Westen, 29.10.2010.

257 Christoph Reuter, Foxtrott auf Höhe 432. In: stern, 26/2010, S. 45–49, hier S. 48.

258 So berichteten die hieran beteiligten Offiziere Henkel/Louzri, Towse a Gharb Zwo, S. 8: »Scharfschützen klärten einen in der tiefe [sic!] eines Raumes eingesetzten ›Spotter‹ (Vorgeschobener Beobachter) auf und vernichteten diesen im gemeinsamen Feuerüberfall durch [ihre Gewehre der Modelle] G82 und G22.«

259 Ulrike Demmer, Schlacht um Shahabuddin. In: Der Spiegel, 41/2010, S. 34–36; Afghanistan: Feuergefecht im Raum Pol-e Khumri, 21.9.2010. In: bundeswehr.de.

260 Bundeswehrkommandeur verstößt gegen NATO-Vorschriften. In: DasErste.de, 4.10.2011.

forderte der Verantwortliche einen Luftschlag an, der daraufhin vier Personen tötete und eine verwundete[261].

Gerade in den Außenposten in Kunduz und Baghlan konnten sich die Dispositionen des Kriegerhabitus entfalten. Sie boten bei Weitem nicht den Komfort der PRTs bzw. im Fall der Höhen 431 und 432 zwangen die dortigen Verhältnisse die Soldaten sogar, in Schützengräben und Erdlöchern zu schlafen[262]. Da sie hierbei jedoch den bürokratischen Regeln und der Aufsicht der höheren Führung stärker entgingen als im Feldlager, bevorzugten es die meisten Kampftruppenangehörigen, ihren Dienst dort abzuleisten[263]. Ebenso berichteten viele von ihren Hoffnungen, dort eher den Kampf mit den Aufständischen zu finden[264]. Mitunter markierten die Soldaten die Zahl der getöteten Aufständischen auf ihren Fahrzeugen[265].

Dem kriegerischen Habitus entsprechend gaben bei einer Umfrage des SOWI 90 Prozent der von März bis Oktober 2010 in Afghanistan eingesetzten Soldaten, die bereits an Gefechten beteiligt waren, an, dass ihr Auftrag durch aktive Kampfhandlungen durchgesetzt werden sollte. 83 Prozent von ihnen sprachen sich sogar dafür aus, dabei allgemein häufiger Waffengewalt einzusetzen. Von denen, die noch keine Gefechte erlebt hatten, teilten mit 78 bzw. 69 Prozent deutlich weniger diese Ansichten[266]. Diese Disparität kann nur jene überraschen, die zuvor nicht zwischen den Habitusformen in der Kampf- und der sie unterstützenden Truppe unterschieden. Angesichts der weiter interpretierten Einsatzregeln, dem zunehmenden Wunsch nach Vergeltung, der selteneren Differenzierung zwischen Unbeteiligten und Aufständischen sowie der geringeren Kontrolle der Soldaten in den Außenposten zeichnete sich somit der Beginn einer Spirale aus Gewalt und Gegengewalt in den von Aufständischen dominierten Einsatzgebieten der Bundeswehr ab.

In Reaktion auf die Gewaltpraxis der Truppe und ihre Toten machten sowohl Bundesminister der Verteidigung zu Guttenberg als auch Bundeskanzlerin Merkel weitere symbolische Zugeständnisse an die Soldaten. So sprach Merkel nun »umgangssprachlich« von Krieg in Afghanistan, während zu Guttenberg sagte, dass er *persönlich* – also weiterhin nicht offiziell – die Lage derart bezeichnete[267]. Der Verteidigungsminister ließ im November 2010 mit der Gefechtsmedaille zudem

261 ISAF: Luftunterstützung gegen Aufständische. In: bundeswehr.de, 11.11.2010; International Security Assistance Force, Insurgents Targeted While Emplacing IEDs, 12.11.2010.

262 Michael Schmidt, Afghanistan: Wie deutsche Soldaten am Hindukusch an ihre Grenzen stoßen. In: Zeit Online, 19.12.2010; Thorsten Jungholt, Bundeswehr in Afghanistan: In der »Killzone« endet das Gefühl vom Abenteuercamp. In: Welt Online, 3.7.2011.

263 Seliger, Vom Kriege, S. 11, etwa schreibt: »Die regelmäßige Rückkehr in das durchreglementierte Feldlager erscheint manchem von ihnen wie eine Bestrafung. Lieber rücken die Infanteristen dem Feind zu Leibe, lieber essen sie tagein, tagaus ›Roggenschrotbrot, geschnitten‹ mit ›Brotaufstrich Tomatencreme‹ aus der Konserve, als sich regelmäßig im Camp für die angeblich vorschriftswidrigen Uniformen rechtfertigen zu müssen.«

264 Ebd.; Eric Chauvistré, Nur kein Aufstand. In: Der Freitag, 22.7.2010.

265 Jochen Stahnke, Auf Außenposten. In: FAZ.NET, 6.11.2010.

266 Seiffert, »Generation Einsatz«, S. 79 und S. 89 f.

267 Statement des Bundesministers der Verteidigung – »Krieg« in Afghanistan. In: bundeswehr.de, 7.4.2010; Nach Guttenberg spricht auch Merkel umgangssprachlich von Krieg. In: Focus Online, 7.4.2010; Gedenkstunde: Angehörige und Bundeswehr trauern um gefallene Soldaten. In: SPON, 9.4.2010.

einen weiteren neuen Orden stiften. Ihn sollten alle erhalten, die seit dem 29. April 2009, dem Tod des ersten Soldaten im Kampf, an Gefechten teilgenommen hatten[268]. Die vorsichtig abwägende Begriffswahl insbesondere in der Kriegsdebatte verweist darauf, dass die höchsten politischen Entscheidungsträger weiter befürchteten, durch zu viel Gewalt an Legitimität zu verlieren.

In diesem Sinne hieß es daher auch in einem zum deutschen Afghanistan-Engagement im Januar 2010 publizierten Konzept der Bundesregierung, dass mit Aufstellung der ASB »eine Schwerpunktverlagerung von dem gegenwärtig eher offensiven Vorgehen der QRF zu einer grundsätzlich defensiven Ausrichtung auf Ausbildung und Schutz« einhergehe[269]. Tatsächlich hatte sich die Gliederung, wie oben angeführt, im Kern kaum verändert, vielmehr kamen sogar weitere Gewaltmittel hinzu. Auch dominierten in der Zeit nach ihrer Aufstellung offensive Kampfaufträge[270]. Dementsprechend verärgert waren viele Soldaten über den euphemistischen Begriff des ASB, der – wie häufig angemerkt – sich zudem mit der Abkürzung des wohltätigen Arbeiter-Samariter-Bundes deckte. Sie zogen daher die international übliche, auch von den Gewaltexperten der Spezialkräfte regelmäßig geführte Bezeichnung »Task Force« vor[271].

Die Angst vor Legitimitätsverlust und die internen Machtverhältnisse prägten auch die spätestens im Februar 2010 im BMVg wieder aufgenommenen Arbeiten am COIN-Konzept[272]. So hoben die Verantwortlichen hervor, dass dies keineswegs mit »Aufstandsbekämpfung« zu verwechseln sei, sondern es sich um ein umfassendes zivil-militärisches Konzept handele[273]. Dementsprechend verwendeten sie seitdem meist den harmloser klingenden Begriff »Aufstandsbewältigung«[274]. Im Juni 2010 erließ das für die Ausbildung des Heeres verantwortliche Heeresamt ein Konzept zum Thema, das im Wesentlichen die üblichen US-amerikanischen COIN-Grundsätze widerspiegelte[275]. In diesem Sinne bezeichnete es auch die COIN-Taktiken als Strategie und gab letztlich vor allem bereits aus der regu-

---

268 Guttenberg kündigt neue Gefechts-Medaille für verwundete Soldaten an. In: Rheinische Post, 8.10.2010; Guttenberg verleiht neuen Kämpfer-Orden. In: Focus Online, 25.11.2010.

269 Bundesregierung, Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung, S. 9.

270 Laut Aussage des Kommandeurs der Luftlandebrigade 26, General Eberhard Zorn, bildeten nur 5 % der Angehörigen der ASB in erste Linie aus. Christoph Heinzle, Unbekannter Freund. In: zenith, 8.12.2010. Vgl. auch Jochen Stahnke, Auf Außenposten. In: FAZ.NET, 6.11.2010.

271 Interview mit Offizier der Feldnachrichtenkräfte in Berlin und per Telefon, 18.11.2010 und 14.7.2011, und E-Mail-Interview mit 2011 in der Führung des ASB Kunduz tätigem Offizier, 6.1.2012; Christoph Heinzle, Unbekannter Freund. In: zenith, 8.12.2010; Stephan Löwenstein, Stellung beziehen. In: FAZ.NET, 30.10.2011; Jochen Stahnke, Auf Außenposten. In: FAZ.NET, 6.11.2010; Nachtwei, Aufbau im Schatten von Guerillakrieg, S. 36.

272 Noetzel, Germany, S. 51.

273 Vgl. den Redebeitrag des damaligen Verteidigungsministers Guttenberg, Rede auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz. Dementsprechend hieß die KGv nun »Konzeptionelle Grundvorstellungen zum militärischen Beitrag zur Herstellung von Sicherheit und staatlicher Ordnung in Krisengebieten«. Zit. nach der englischen Übersetzung des Konzepts German Army Office, Preliminary Basics for the Role of Land Forces in COIN, Anm. 1.

274 Vgl. Hannemann/Bergander/Dohmen, Das Projekt »Counterinsurgency«, S. 11 f.

275 Zur gleichen Zeit stellte das BMVg auf seiner Webseite COIN in positivem Licht dar und bot sogar die entsprechende Guidance des ISAF-Kommandeurs zum Download an. BMVg, Vorgestellt: Die Counterinsurgency-Strategie für Afghanistan.

lären Kriegführung bekannte militärische Grundsätze, angereichert durch Aufbaumaßnahmen und die üblichen Präsenzpatrouillen, wieder[276].

Daneben waren dessen Verfasser offenbar bemüht, alle Truppengattungen, einschließlich der Panzertruppe, und teilweise sogar die anderen Teilstreitkräfte in dem Konzept unterzubringen. In diesem rund die Hälfte des Papiers ausmachenden Teil schlugen sich also auch die Machtverhältnisse auf dem Feld der Bundeswehr nieder, da die für die jeweiligen Bereiche Verantwortlichen offensichtlich danach strebten, hieran beteiligt zu sein[277]. Schließlich zeigte sich in dem Konzept auch der bereits am Beispiel der RoE-Diskussion dargestellte Widerspruch, dass die Akteure im BMVg einerseits vermeiden wollten, *innerhalb* Deutschlands als zu kriegerisch zu erscheinen, andererseits aber nach *außen* auf dem NATO-Feld zu belegen suchten, dass sie den Bündnispartnern nicht nachstanden. In diesem Sinne hielten sie das deutsche Dokument unter Verschluss und vermieden in dessen Titel den COIN-Begriff[278]. Gleichzeitig erstellten sie im Widerspruch hierzu jedoch eine englische Übersetzung, die »unclassified« und mit »COIN« überschrieben war[279].

g) Abflauen der Gewalt

Ab Mitte 2010 begann sich die Gewaltpraxis der Bundeswehr in Afghanistan zu einem wieder vorsichtigeren Vorgehen zu wandeln. Ursache hierfür war zum einen, dass die Aufständischen kaum noch Gebiete offen kontrollierten und stattdessen wieder vor allem verdeckt vorgehen mussten. Dies hatten in erster Linie die US-Targeting-Offensive und der Aufbau von Milizen der afghanischen Regierungsakteure bewirkt[280]. Die Aufständischen konzentrierten sich daher darauf, ihrerseits Führungspersonen der Regierungsseite und verfeindete Machthaber zu töten sowie IEDs zu verlegen. Regelrechte Gefechte kamen somit seltener vor und die Angriffe auf Deutsche reduzierten sich[281]. In der ersten Jahreshälfte 2011 gelang es ihnen mit gezielten Anschlägen, vergleichbar viele deutsche Soldaten zu töten und zu verwunden wie im Vorjahr[282]. Dies veranlass-

---

276 Münch, Strategielos in Afghanistan, S. 26; German Army Office, Preliminary Basics for the Role of Land Forces in COIN, Abschnitt: foreword.

277 German Army Office, Preliminary Basics for the Role of Land Forces in COIN, S. 23–74.

278 Heeresamt, Vorläufige Grundlagen für den Beitrag von Landstreitkräften zur Herstellung von Sicherheit und staatlicher Ordnung in Krisengebieten, Köln Juni 2010, zit. nach Ehrhart/Kästner, Aufstandsbekämpfung, S. 12, Anm. 10.

279 German Army Office, Preliminary Basics for the Role of Land Forces in COIN.

280 Münch, Engaging Leaders of Non-state Armed Groups, S. 86.

281 Dies spiegelt sich in der Anzahl der in dieser Zeit wieder sehr viel häufiger durch IEDs im Gegensatz zu Schüssen getöteten oder verwundeten deutschen Soldaten wider. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/4792 [»Vorläufige Bilanz der deutschen Opfer und Leidtragenden als Folge des ISAF-Einsatzes und zivilpolitischer Maßnahmen in Afghanistan«], S. 14–17. Vgl. auch B., Tapfer und treu, S. 8; Rosch, Schauplatz Afghanistan, S. 30; Marco Seliger, Bundeswehr in Afghanistan. »Manchmal ist das schon ein Scheißjob«. In: FAZ.NET, 14.2.2011.

282 Seliger, Neun Sekunden; Afghanistan: Sprengstoffanschlag in Talokan (5. Aktualisierung). In: bundeswehr.de, 28.5.2011; Der Tod des Hauptmann Matthes. In: SZ, 5.9.2011, S. 3; Julian

te die Verantwortlichen im BMVg offenbar dazu, wieder sehr viel vorsichtiger vorzugehen und Kämpfe tendenziell zu meiden[283].

Zum anderen einigten sich die Teilnehmer der Kabuler Konferenz im Juli 2010 darauf, möglichst bis 2014 den Großteil der ISAF-Kräfte abzuziehen[284]. Gewissermaßen »kurz vor Ende« wollten die Verantwortlichen somit keine unnötigen Risiken mehr eingehen. Ihre weiter gesunkene Bereitschaft, Risiken einzugehen, zeigte sich an der Evakuierung des kleinen PAT in Taloqan. Bereits 2010 und 2011 hatte es gewaltsame Demonstrationen mit Toten und Verwundeten vor dem PAT gegeben[285]. Als am 23. Februar 2012 erneut Demonstranten in der Nähe des PAT auftauchten – ohne jedoch unmittelbar anzugreifen –, entschloss sich die Führung des RC North, das Lager, das einen Monat später ohnehin aufgegeben werden sollte, sofort zu räumen[286]. Fluchtartig mussten hierauf die Soldaten das PAT verlassen, ohne persönliche und sicherheitsrelevante Gegenstände mitnehmen zu können[287].

Schließlich erlaubte auch die Anfang 2011 begonnene »Transition«, Operationen zunehmend den afghanischen Sicherheitskräften zu übertragen und damit die eigenen Kräfte zu schonen[288]. Insgesamt erreichten die Verantwortlichen, dass es den Aufständischen bis April 2013 beinahe zwei Jahre lang nicht mehr gelang, einen Soldaten der Bundeswehr zu töten[289]. Hinzu kam, dass die Vertreter des BMVg und der Bundesregierung die Tatsache, dass Gebiete für die ISAF und Regierungsanhänger wieder zugänglich waren, die zuvor die Aufständischen dominiert hatten, und dass die Bundeswehr insgesamt seltener angegriffen wurde, in der Öffentlichkeit als Erfolge darstellen konnten[290].

Mit den Kriegerdispositionen der eingesetzten Soldaten der Kampftruppe ließ sich das vorsichtige Vorgehen kaum vereinbaren. Sie drängten daher auf einen offensiveren Ansatz. So äußerten sich größtenteils bereits 2009 eingesetzte Soldaten zwei Jahre später in Baghlan enttäuscht gegenüber einer Journalistin:

> »Das war völliger Schwachsinn, wir haben nichts bewegt. 2009 in Kundus haben wir die Taliban bekämpft und vertrieben. Aber hier hatten wir einfach keinen sinnvollen Auftrag [...] Wir sind in unserem Tal geblieben, Patrouille gefahren und haben irgendwelche Outposts gebaut, an meiner Meinung nach

---

Reichelt, Untersuchungsbericht: Taliban sprengen deutschen Panzer. Die Wahrheit über den Kampf in Afghanistan. In: Bild.de, 16.6.2011.

283 Friesendorf/Daase/Müller, Flexible Sicherheitskräfte, S. 19.

284 Kabul Conference Communiqué. A Renewed Commitment by the Afghan Government to the Afghan People, Nr. 18.

285 Interview mit Offizier der Feldnachrichtenkräfte in Berlin und per Telefon, 18.11.2010 und 14.7.2011; Afghans stone German base over proselytising allegations. In: Afghanistan Sun, 10.6.2010; Gezielter Angriff auf deutschen Stützpunkt. In: SZ, 7.6.2011, S. 5; Afghanistan: Gewalttätige Demonstration in Talokan (6. Aktualisierung). In: bundeswehr.de, 18.5.2011.

286 Afghanistan: Demonstrationen nach Koran-Verbrennung (2. Aktualisierung). In: bundeswehr.de, 23.2.2012.

287 Vgl. die Aussagen der beteiligten Soldaten im Reisebericht des Mitglieds des deutschen Bundestags Keul, Reisebericht Afghanistan, S. 8.

288 Friesendorf/Daase/Müller, Flexible Sicherheitskräfte, S. 19 f.

289 Im April 2013 starb ein KSK-Soldat bei einem Gefecht in Baghlan.

290 Bundesregierung, Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags, Dezember 2011, S. 17.

ganz unnützen Plätzen[291].« / »Andererseits ist es im Militär wie in jedem anderen Beruf: Jeder, der eine Ausbildung erfahren hat, möchte sie auch anwenden. Die Befehle, die zu akzeptieren mir am schwersten fielen, waren jene, nicht nach draußen zu gehen. Wenn wir etwa Meldungen von Feindaktivitäten in der nächsten Ortschaft bekamen und nachts mit einem Spähtrupp hinlaufen wollten – wenn solche Patrouillen untersagt werden, das ist schwer[292].« / »Ich kriege keinen richtigen Auftrag als Scharfschütze. Denn als Scharfschütze bist du mit einem kleinen Trupp unterwegs, und es ist angeblich zu gefährlich, ohne Unterstützung unterwegs zu sein [...] Wir Soldaten machen hier fast gar nichts. Wir fahren in einen Außenposten und bleiben dort ein paar Tage oder führen eine Gesprächsaufklärung[293].«

Vergleichbare Aussagen sind in dieser Zeit auch von anderen Soldaten zu finden[294]. Gleichwohl ist nicht zu erkennen, dass die Führung bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes begann, anders vorzugehen.

Ebenso spiegelte sich die größere Vorsicht der Verantwortlichen in der neuen Gliederung der eigenen Kräfte wider. So fassten die Verantwortlichen die OMLTs mit den ASB zu Partnering Advisory Task Forces (PATF) zusammen. Letztere hatten hauptsächlich die Aufgabe, Kräfte der ANA ab der Brigadeebene zu beraten und anzuleiten[295]. Dies bedeutete freilich, dass sie vorwiegend Stabsarbeit in gesicherten Gefechtsständen versehen würden. Teil dieses Vorhabens war es, die schon länger betriebenen Operations Coordination Centres Provincial (OCC-P) auszubauen. In diesen sollten sich die Vertreter der einzelnen ANSF – ANA, ANP und NDS – sowie der ISAF versammeln, um Berichte über Sicherheitsvorfälle oder Ähnliches auszutauschen[296]. Der Natur dieser Arbeit entsprechend führten offenbar regelmäßig juristisch ausgebildete Reserveoffiziere die deutschen Teile der OCC-P[297]. Damit hatten sich die Verantwortlichen wieder einer eher bürokratischen Tätigkeit angenähert, auf die ihre Dispositionen umso mehr ausgerichtet waren, je höher in der Hierarchie sie sich befanden.

---

291 Herlinde Koelbl, »Ich habe mich nur auf meine Atmung konzentriert. Solange ich atme, lebe ich noch«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 30 f., S. 30.

292 Koelbl, »Bist du in der Lage, auf einen Menschen zu schießen?...«, S. 18.

293 Herlinde Koelbl, »Nach dem Anschlag war ich einfach wütend und hatte Hass auf alle«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 34. Vgl. ebenfalls in diesem Sinne Herlinde Koelbl, »Ich bin enttäuscht. Ich hatte noch nie so sehr das Gefühl, Steuergelder zu verschwenden«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 14–17; Herlinde Koelbl, »Der Bart darf eigentlich nicht länger als zwei Zentimeter sein. Aber ein bisschen Rebell muss sein«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 32 f.; Herlinde Koelbl, »Wir sind bewegliche Zielscheiben, die darauf warten, dass sie irgendwann in die Luft fliegen«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 24–28.

294 Vgl. den Artikel eines ebenfalls in Baghlan »embedded« eingesetzten Journalisten: Takis Würger, Das verlorene Bataillon. In: Der Spiegel, 44/2011, S. 52–58.

295 Nordafghanistan: Neue Struktur der deutschen Einsatzkräfte. In: bundeswehr.de, 13.8.2012.

296 Inwieweit diese tatsächlich angesichts der Konkurrenz zwischen den afghanischen Gewaltakteuren funktionierten, ist fraglich. Interview mit im OCC-P Kunduz tätigem deutschen Offizier, Kunduz-Stadt, 2.12.2012. In der Bombennacht von Kunduz vom 3. auf den 4.9.2009 war das OCC-P zunächst besetzt, in den entscheidenden Stunden jedoch nicht mehr zu erreichen. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], S. 245.

297 Interview mit im OCC-P Kunduz tätigem deutschen Offizier in Kunduz-Stadt, 2.12.2012; Wieben, Als Reserveoffizier im Einsatz, S. 30.

IX. Die Bundeswehr in Afghanistan und die Bürokratisierung der Welt

Bevor die eingangs gestellte Fragestellung beantwortet wird, sind zunächst die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit zusammenzufassen. Ein Abschnitt zur weiteren Entwicklung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan bis Ende 2014 und ein Ausblick auf die anschließende Mission Resolute Support (RS) ergänzt die Befunde. Um herauszufinden, ob sich die Ergebnisse verallgemeinern lassen, sollen sie hiernach in den Forschungsstand eingeordnet werden. Daraufhin ist zunächst zu fragen, welchen Beitrag sie zur Debatte um Antrieb und Gestalt internationaler Interventionen leisten. Des Weiteren sind die größeren Implikationen zu diskutieren, die sich hieraus für die internationalen Beziehungen ableiten lassen.

1. Das Ende des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr und die Resolute Support Mission

Auch nach 2012 änderten sich die Strukturen der Praxis der ISAF und der damit befassten politisch Verantwortlichen nicht. Sie verblieb damit weiterhin selbstreferenziell und orientierte sich kaum an den afghanischen Verhältnissen. Es gab dementsprechend auch keine grundlegenden neuen politischen Entscheidungen zur ISAF, wie strategisch vorzugehen sei. Wie weiter unten dargelegt, fielen politische Schlüsselentscheidungen – und dies zuallererst in der US-Administration – erst bezüglich der am 1. Januar 2015 begonnenen ISAF-Nachfolgemission RS. Diese betrafen aber eher die Ausstattung und operativen Aufgaben als die Ziele der Mission[1], sodass sich auch hier das bekannte Bild einer auf Mittel anstatt auf politische Zwecke fokussierten Politik zeigte. Ansonsten folgte die Praxis der an Präsident Obamas innenpolitischen Zielen ausgerichteten, oben näher ausgeführten »Transition« der »Sicherheitsverantwortung« von der ISAF zu den ANSF.

In diesem Sinne konzentrierten sich auch die deutschen Verantwortlichen in den letzten Monaten der ISAF insbesondere darauf, die beiden PRT und kleineren Standorte an die ANSF zu übergeben sowie Material auszusondern, weiterzugeben oder nach Deutschland zu transportieren. Derartige Fragen verhandelten Vertreter der Bundeswehr bis auf Leitungsebene des BMVg[2], womit sie sich erneut auf taktisch-operative anstatt strategische Fragen konzentrierten. Die Verantwortlichen in der Truppe vermieden weitgehend erfolgreich, wie beschrieben, in größere Kämpfe verwickelt zu werden. Lediglich in Baghlan, wo Aufständische zum letzten Mal einen deutschen Soldaten im ISAF-Einsatz töteten, und in Badakhshan gelang dies kurzzeitig nicht. In letzterer Provinz

---

1 Vgl. dazu Katzman, Afghanistan, S. 23.

2 Georg Escher, Interview mit Staatssekretär Schmidt zum Thema Abzug aus Afghanistan. In: BMVg.de, 31.7.2012; Matthias Gebauer, Kurzbesuch in Afghanistan: De Maizière pocht auf koordinierten Abzug. In: SPON, 14.3.2012.

musste die Bundeswehr im März 2013 die ANSF im Kampf für längere Zeit unterstützen[3]. Ansonsten konzentrierte sie sich neben den genannten logistischen Herausforderungen bereits auf das Ziel, die Führung der ANSF auszubilden[4].

Die Nachfolgemission RS trug ähnliche Züge wie zuvor die ISAF. Auch sie prägte ein Strategiedefizit. Denn erneut konnten sich die Vertreter der NATO-Mitgliedsstaaten nicht auf ein konkretes Ziel einigen. So fanden sich in dem entsprechenden NATO-Beschluss die bereits von der ISAF bekannte große Bandbreite von abstrakten, nicht-priorisierten Zielen, die von »stability« bis »good governance« reichen. Gleiches galt jedoch auch für die nationalen Zielsetzungen der US-amerikanischen Entscheidungsträger. Beide betonten im Zusammenhang mit den anderen Zielen lediglich etwas stärker ihre Absicht, dass Afghanistan nicht wieder ein Rückzugsort für »Terroristen« sein dürfe. Deutlich klarer waren dagegen wieder Mittel und Wege, mit denen die unbestimmten Ziele erreicht werden sollten, nämlich die Spitzen der ANSF auszubilden und anzuleiten. Diese Aufgabenstellung beruhte weiterhin auf dem selbstreferenziellen Ziel die ANSF nach dem eigenen Vorbild aufzubauen. Wie zuvor ignorierten die Verantwortlichen zudem die Bedeutung der innerafghanischen Machtverhältnisse und definierten die hieraus hervorgegangenen Defizite der ANSF als »technische« Probleme, die durch bessere Ausbildung zu lösen seien[5].

Präsident Obama entschloss sich im Mai 2014 zudem zu einem Zeitplan für das US-Kontingent der RS, nach dem dieses bis Ende 2016 sukzessive abzuziehen sei. Zwar entschieden die anderen NATO-Vertreter nicht über ein Enddatum der Mission oder bestimmte Abzugsschritte, doch war eine Fortführung der anfangs 13 000 Soldaten zählenden RS ohne die 11 000 US-Soldaten nicht denkbar. Angesichts der vielfach dokumentierten Defizite der ANSF zeigt die sehr konkrete Abzugsentscheidung erneut, dass sie sich nicht an den Verhältnissen in Afghanistan orientierte, sondern an denen in der eigenen Heimat. In diesem Sinne sollte der Abzug offenbar das auch öffentlich gegebene Versprechen Obamas erfüllen, innerhalb seiner mit dem Jahr 2016 zu Ende gehenden Präsidentschaft die Kriege in Irak und Afghanistan beendet zu haben[6].

Die Praxis der deutschen Politik zur RS verharrte ebenfalls trotz des Kabinettswechsels vom November 2013 in den hier bereits für die ISAF herausgestellten Strukturen. Entscheidend war für die politisch Verantwortlichen weiterhin, in der NATO eine wichtige Rolle zu spielen. Die Vertreter der Bundesregierung positionierten sich daher schon frühzeitig im April 2013 auf dem Feld des Bündnisses, indem sie sich bereiterklärten, bis zu 800 Soldaten für RS bereitzustellen[7]. Bei der Zahl handelte es sich erneut um eine politische, die hoch genug sein sollte, um in der Rangordnung der Truppensteller mindestens an dritter, wenn nicht gar zweiter Stelle zu stehen. Die Truppenstärke garantierte zudem weiterhin

---

3 Matthias Gebauer und Shoib Najafizada, Gefechte in Afghanistan. Bundeswehr kehrt nach Badakhshan zurück. In: SPON, 29.3.2013; Bundeswehr veranlasste drei Luftangriffe. In: Mittelbayerische, 18.9.2013.

4 Jan Rippl, General Pfeffer: Die Rolle von ISAF hat sich gewandelt. In: BMVg.de, 24.9.2012.

5 Münch, Resolute Support Light, S. 1 f. und S. 7 f.

6 Ebd., S. 2 und S. 4.

7 Matthias Gebauer, Afghanistan: Berlin will bis 800 Soldaten für Trainingsmission stellen. In: SPON, 18.4.2013.

das jetzt in Train Advise and Assist Command North (TAAC-N) umbenannte Kommando über den Norden[8]. Andererseits lag die Zahl deutlich unter der psychologisch wichtigen von 1000, sodass auch die Wählerschaft nicht den Eindruck eines übermäßig großen Engagements erhielt.

Weiterhin wollten die politischen und militärischen Entscheidungsträger gegenüber der deutschen Bevölkerung als nicht zu kriegerisch erscheinen, ohne auf Einflussmöglichkeiten in der NATO zu verzichten. Dies lässt sich daraus ablesen, wie sie das deutsche Kontingent für RS ausgestalteten. So transportierten sie wieder alle für offensive Operationen geeigneten Waffensysteme außer Landes. Mit Beginn der Mission übertrugen sie zudem georgischen Soldaten die Aufgabe, die QRF zu stellen. Hierfür bildeten sie die Georgier aus und statteten sie mit deutschem Material und Uniformen aus[9]. Die somit frei gewordenen personellen Kapazitäten nutzten die Verantwortlichen in der Bundeswehr für weitere Stabsoffiziere, die in den RS-Stäben Einfluss ausübten[10]. Wie groß das Interesse der deutschen Entscheidungsträger, unter den genannten relativ ungefährlichen Umständen in Afghanistan zu bleiben, mittlerweile geworden war, zeigt die Debatte um das Abzugsdatum der US-Streitkräfte. So waren die Deutschen eigentlich bereit, weitere vier Jahre in Mazar-e Sharif zu verbleiben, und wurden von dem knappen Zeitplan Obamas überrascht[11]. Einige Monate später versprach Bundeskanzlerin Merkel im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags, die US-Amerikaner zu einer längeren Präsenz zu drängen[12].

2. Ergebnisse der Arbeit

Die Ergebnisse von Kapitel III zeigen zunächst, dass vor allem Dispositionen zweierlei Art die Habitusformen in der Führung der deutschen Streitkräfte dominierten. Zum einen waren dies solche, die dem Kriegertum einen höheren Wert zuwiesen und vor allem in der Truppe zu finden waren. Ihrer historischen Herkunft entsprechend, ließen sie die klassische Operationsführung der Weltkriege als militärfachliches Ideal erscheinen. Zum anderen habitualisierten gerade die führenden Akteure in der Bundeswehr eher bürokratische Dispositionen, die sie dazu brachten, formale Regeln wertzuschätzen, aber auch möglichst hoch in der formalen Hierarchie aufsteigen zu wollen. Sie bewirkten zudem, dass die Verantwortlichen die Verhältnisse aus einer technokratisch-vergegenständlichten Perspektive sahen. In diesem Sinne zogen sie sich auch gedanklich immer mehr auf die operative Ebene zurück.

---

8 Train Advise Assist Command North – Baustein für die Zukunft Afghanistans. In: einsatz.bundeswehr.de, 17.7.2014.

9 Eric Chauvistré, Bundeswehrrückzug. Beraten statt kämpfen in Afghanistan. In: Deutschlandfunk, 27.9.2014.

10 Interview mit deutschem Stabsoffizier des TAAC-N, Mazar-e Sharif, 21.10.2014.

11 Interview mit Vertretern des NATO-HQ, Brüssel, 17.10.2014; Johannes Leithäuser, Afghanistan-Einsatz: Ein überstürzter Abzug. In: FAZ, 29.5.2014; Campbell, What's the Plan?

12 Nato-Ausbildungsmission: Merkel will längeren Afghanistan-Einsatz. In: SPON, 12.10.2014.

Aufgrund der unausgeglichenen Altersstruktur des deutschen Offizierkorps sahen sich dessen Angehörige mit objektiv schlechten Karrierechancen konfrontiert. Die Praxis der Bundeswehr-Führung prägten dementsprechend Machtkämpfe um Kompetenzen, Mittel und Personal der einzelnen organisatorischen Bereiche sowie eine verbreitete »Absicherungsmentalität«, die vor karrieregefährdenden Fehltritten schützen sollte. Ergebnis des Appropriationsstrebens des Verwaltungsstabs war eine stark angewachsene Führungsebene und eine oftmals dysfunktionale Gliederung der Truppe. Da sie sich auf die Expertise ihres Verwaltungsstabs angewiesen sah, griff die politische Führung in diese Auseinandersetzungen kaum ein. Gleiches galt jedoch aus ihrer Absicherungsmentalität heraus auch für die militärischen Spitzen, die nicht in Konflikt mit der Politik geraten wollten. Den dominierenden Habitus der außenpolitischen Entscheidungsträger prägte ein ebenfalls historisch entstandenes Weltbild, wonach sie in den internationalen Beziehungen vor allem die Position des eigenen Staats in einem »Konzert der Mächte« durchsetzen und verbessern müssten. Daneben waren die Leiter der einzelnen in diesem Bereich engagierten Ressorts ebenso bestrebt, sich gegenüber den anderen in der Konkurrenz um Kompetenzen und Mittel durchzusetzen.

Die Ergebnisse des folgenden Kapitels IV über Herrschaft und Krieg in Afghanistan bilden den Hintergrund für die Praxis der Bundeswehr im Einsatz. Sie zeigen vor allem, wie der unabgeschlossene Modernisierungsprozess traditionale soziale Beziehungen in Afghanistan zerstörte, ohne sie durch moderne Formen von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung zu ersetzen. Dementsprechend blieb auch, obwohl eine verwestlichte Staatsklasse entsprechende Ideen habitualisiert hatte, der moderne Staatsbildungsprozess unabgeschlossen. Stattdessen waren weiterhin unmittelbare – dementsprechend auch schnell wandelbare – Beziehungen von Vertretern des Zentralstaats zu lokalen Machthabern entscheidend dafür, wie sie ihre Herrschaft ausgestalten konnten. Neben dem Versuch, die Macht im Land zu monopolisieren, war es der vor allem durch das Vordringen kapitalistischer Vergesellschaftungsformen vorangetriebene Zerfall traditionaler Strukturen, der bewaffnete Konflikte hervorrief. Auch den Ausgang dieser Auseinandersetzungen bestimmten die unmittelbaren sozialen Beziehungen zwischen den einzelnen Kommandeuren bewaffneter Gruppen sowie zwischen diesen und ihrer Gefolgschaft. Dabei konterkarierten die lokalen Verhältnisse stets alle Versuche im Zentrum, eindeutige politische Verbände zu bilden.

Den Eintritt der Intervenienten in ebenjene afghanischen Verhältnisse analysierte das hierauf folgende Kapitel V. Es zeigt, dass das internationale Engagement nach den Anschlägen vom 11. September 2001 aus einem emotionalen Moment heraus begann und auf vergegenständlichten Vorstellungen von Entwicklung und »Terrorismus« beruhte. Vor dem Hintergrund des von ihnen internalisierten außenpolitischen Weltbilds begannen die Vertreter der beteiligten Staaten diese abstrakten Ideen in konkrete Praxis zu übersetzen, indem sie darum konkurrierten, möglichst einflussreich beim internationalen Afghanistan-Projekt vertreten zu sein. Die gleiche Praxislogik zeigte sich auf den jeweiligen nationalen außenpolitischen Feldern, die von der Konkurrenz der Ressortvertreter geprägt waren. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen der beteiligten Akteure konnten sich

diese nie auf eine gemeinsame Strategie einigen. Doch auch ohne Strategie trieben die Intervenienten ihre Praxis in der Folgezeit, dementsprechend orientiert an rein operativen Gesichtspunkten, voran. Die Gestalt des Afghanistan-Projekts wurde also dadurch bestimmt, wie die einzelnen Machtkämpfe ausgingen.

Hinzu kam, dass die Intervenienten die afghanischen Verhältnisse aufgrund ihrer technokratischen Dispositionen und der Komplexität der Umstände aus einer vergegenständlichten Perspektive wahrnahmen. Dementsprechend sahen sie etwa Entwicklungsprobleme vor allem als materielles Defizit an Infrastruktur, Fachkenntnissen usw. und Staatsaufbau als eine zuvorderst technische Herausforderung, bei der es darum ging, Verfahren zu implementieren. Sie ignorierten somit die im vorhergehenden Kapitel herausgestellten sozialen Beziehungen und ihre Widersprüche, die insbesondere die Monetarisierung der Gesellschaft erzeugte. Es verwundert daher nicht, dass diese Versuche scheiterten. Die deutschen außenpolitischen Entscheidungsträger und die Spitzen der Bundeswehr befanden sich in einem Spannungsverhältnis, indem sie einerseits versuchten, sich insbesondere in der NATO zu distinguieren, andererseits aber, getötete Soldaten und einen zu kriegerischen Eindruck zu vermeiden. Ihre Handlungen orientierten sich damit an der Logik der Praxis auf dem Feld der NATO und der deutschen Innenpolitik.

Eine genauere Untersuchung des deutschen Auslandsnachrichtenwesens erfolgt im folgenden Kapitel VI. Hier zeigt sich, dass auch die in diesem Bereich Verantwortlichen von Bundeswehr und BND historische Prämissen internalisiert hatten, die es ihnen als sinnvoll erscheinen ließen, sich sogar bei den Auslandseinsätzen auf die Informationsgewinnung über reguläre Streitkräfte und technische Aufklärung zu konzentrieren. Hinzu kam, dass auch sie versuchten, möglichst keine Kompetenzen, Personal und Material abgeben zu müssen. Im Ergebnis orientierte sich das deutsche Auslandsnachrichtenwesen als Ganzes nicht an den Verhältnissen in Afghanistan und war dementsprechend nicht in der Lage, die gewünschten Informationen zu erzeugen.

Das darauffolgende Kapitel VII fragt nach dem Umgang der deutschen Entscheidungsträger mit lokalen afghanischen Machthabern. Es zeigt sich, dass die Verantwortlichen sowohl in der Truppe als auch in den damit befassten Ministerien ein legal-rationales Staatsideal habitualisiert hatten und dementsprechend die afghanischen Staatsvertreter als Hauptanlaufpunkte bevorzugten. Da sie gleichzeitig kriegerische Auseinandersetzungen und den Tod deutscher Soldaten vermeiden wollten, sahen sich die Truppenführer gleichwohl von Anfang an gezwungen, zuvorderst mit den mächtigsten Akteuren vor Ort zu kooperieren. Im Idealfall verfügten diese über offizielle Legitimität, jedoch war das Fehlen einer solchen kein Ausschlusskriterium. Erst nachdem die Truppe hiermit begonnen hatte, wurde diese Praxis auch auf ministerieller Ebene zunehmend formalisiert. Es handelte sich somit um einen Bereich, bei dem die Deutschen – wenn auch zögerlich – ihre Praxis den lokalen Verhältnissen anpassten. In den Figurationen mit den afghanischen Machthabern nahmen sie dabei die schwächere Position ein, da sie auf ruhige Verhältnisse angewiesen waren. Da sie Staatsvertreter bevorzugten, kam hinzu, dass die Deutschen ungewollt die

afghanischen politischen Fraktionen bevorteilten, die sich nach der Intervention die meisten offiziellen Positionen angeeignet hatten.

Schließlich analysiert Kapitel VIII, wie sich die Gewaltpraxis der Bundeswehr in Afghanistan gestaltete. Hier zeigt sich, dass die politisch-militärischen Entscheidungsträger von Anfang an mit Blick auf das von ihnen wahrgenommene Legitimationsdefizit in der deutschen Bevölkerung versuchten, Gewalt möglichst zu vermeiden. Dementsprechend erlegten sie der Truppe strikte Einsatzregeln auf, die sonst eher in *peacekeeping*-Missionen, in denen die internationalen Kräfte als neutrale Mittler weitgehend anerkannt sind, üblich waren. Da dies dem habitualisierten Kriegerideal widersprach und sie sich dadurch gefährdet sahen, protestierten viele Soldaten gegen die Einschränkungen. Erst nachdem Aufständische immer häufiger die Truppe in Afghanistan angriffen, lockerten die politisch-militärischen Entscheidungsträger sukzessive und reaktiv die Einsatzregeln und statteten die Truppe mit mehr Gewaltmitteln aus. Sie versuchten dabei vor allem, auf dem politischen Feld Ansehen zu gewinnen. Aufgrund ihrer Dispositionen, die dem Ideal klassischer Operationsführung einen hohen Wert beimaßen, und um ihre Expertise darin zu belegen, planten die eingesetzten Truppenführer eigene militärische Operationen im Sinne regulärer Kriegführung. So sehr die in Hinblick auf die Aufstandsbewegung gewandelten afghanischen Verhältnisse die deutsche Praxis veränderten, so sehr verharrte Letztere dann doch in eingefahrenen Pfaden. Die sich Ende der 2000er Jahre intensivierenden Kämpfe führten letztlich zu einer beginnenden Gewaltspirale, da auch die deutschen Soldaten nach Vergeltung trachteten. Aufgrund ihrer begrenzten Einsatzzeiten und da die Gewalt bald wieder abnahm, entfaltete sich eine derartige Spirale jedoch nicht mehr.

3. Die Handlungslogik der Bundeswehr in Afghanistan

Die hier noch einmal zusammengefassten Ergebnisse lassen die aufgeworfene Fragestellung nach der Handlungslogik der Bundeswehr in Afghanistan in Einklang mit der eingangs aufgestellten Hauptthese wie folgt beantworten: Die Logik der Praxis der Bundeswehr war überwiegend selbstreferenziell. Aus der Perspektive des hier verwendeten theoretischen Ansatzes bedeutet dies konkret nicht nur, dass die Akteure die Welt durch die Schemata ihres eigenen Habitus wahrnahmen und bewerteten – denn dies gilt prinzipiell für jeden Menschen. Vielmehr bestand das Selbstreferenzielle der hier untersuchten Praxis der Bundeswehr darin, dass sie weitgehend unabhängig von dem Feld war, das durch die Beziehungen zwischen den Afghanen konstituiert wurde. Dementsprechend bezog sich die Praxis der Bundeswehr in erster Linie zum einen auf das Feld, das die Intervenienten bildeten. Zum anderen richtete sie sich nach dem von den Beziehungen zwischen den außenpolitischen Entscheidungsträgern in der Heimat sowie den relevanten dortigen Ressortvertretern konstituierten Feld. An kaum einem der Einzelergebnisse wird dies deutlicher als an denen zum Auslandsnachrichtenwesen. Dass weder die Verantwortlichen auf deutscher Seite noch andere Verbündete größere Schritte

dazu unternahmen, das Informationsdefizit zu beheben und das Verständnis für die afghanischen Verhältnisse entscheidend zu erhöhen, zeigt, dass diese Kenntnisse tatsächlich kaum für die Praxis relevant waren. Denn diese richtete sich in entscheidenden Fragen nicht nach den Bedingungen auf dem afghanischen, sondern auf den genannten anderen Feldern aus.

In diesem Sinne bezogen sich die Akteure der Bundeswehr auf die von ihnen auf ganz anderen Feldern als dem afghanischen erworbenen Dispositionen wie militärische Ehrvorstellungen sowie Expertise in regulären mechanisierten Militäroperationen. Selbst die Motivation der einfachen Soldaten speiste sich aus diesen innermilitärischen Werten und nicht aus den übergreifenden, abstrakten politischen Ideen, die das Afghanistan-Engagement offiziell begründeten. Bedeutender für die allgemeine Logik der Praxis war, dass die höchsten Entscheidungsträger stets danach strebten, ihre Machtstellung auf dem internationalen sowie dem heimatlichen Feld zu erhöhen. Wie dargelegt, gestalteten sie daher die unterschiedlichen Konzepte und konkreten Vorgehensweisen stets derart, dass sie ihren Interessen dienten bzw. zumindest nicht zuwiderliefen. Dabei ist entscheidend, dass dies den Akteuren in der Regel nicht bewusst war. Vielmehr sorgte die »stille Komplizenschaft« zwischen Habitus und Struktur dafür, dass sie unbewusst unter den vielen ihnen sich ständig bietenden Optionen jene auswählten, die ihnen objektiv von Vorteil waren.

Die Ursache dafür, dass nicht das Feld der afghanischen Akteure die Praxis der Bundeswehr bestimmte, lag in der geringen Verantwortlichkeit gegenüber den Afghanen. Stattdessen kamen nicht nur die Ressourcen, wie die des gesamten Engagements, aus dem Ausland. Auch die für die Akteure maßgeblichen Entscheidungen über Beförderungen, Budget- und Kompetenzgewinne fielen in der Heimat. Unmittelbar berührten die Verantwortlichen der Bundeswehr dagegen Angriffe Aufständischer sowie die Praxis der afghanischen Machthaber, auf die sie sich angewiesen sahen. Erst diese Ereignisse zwangen die Deutschen daher, ihre etablierte Praxislogik zu durchbrechen und beispielsweise von ihrem legalistischen Herrschaftsideal abzurücken. Daraus, dass die internationalen Akteure zuerst auf der untersten Ebene und nicht in den westlichen Hauptstädten unmittelbar mit den lokalen Verhältnissen konfrontiert wurden[13], ergab sich die hier vielfach beobachtete Tendenz, dass es die Ereignisse auf eben jener Ebene waren, die Änderungen im dem ansonsten weitgehend strategielosen Engagement bewirkten. In den meisten Fällen konnte sich aber die Tendenz des Habitus entfalten, die Bedingungen seiner historischen Entstehung auch in der Gegenwart zu erhalten. Durch dessen Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata die Realität aufnehmend, erschienen den Verantwortlichen daher beispielsweise selbst reguläre Landoperationen oder moderne legal-rationale Regierungsverfahren angemessen für die afghanischen Verhältnisse.

Ebenfalls als selbstreferenziell lässt sich die hier beobachtete Form der Praxis der Bundeswehr bezeichnen, die ein Ergebnis von inhaltlicher und formaler Rationalisierung war. Sie kann zum einen als eine spezifische Form bezeichnet werden, mit der die Verantwortlichen die Komplexität der afghanischen Verhältnisse bewältigten. In diesem Sinne ordneten sie die Bedingungen in dem Land an-

[13] Vgl. hierzu auch Schlichte/Veit, Coupled Arenas, S. 25.

hand klarer Kategorien und einer für sie kohärenten Praxislogik, wie sie auch in ihren eigenen bürokratischen Organisationsprinzipien und Verfahren zu finden waren. Zwar war diese Sicht nicht an die afghanischen Verhältnisse angepasst, wo etwa keine derart funktionsteiligen, klar vergesellschafteten Gruppen vorhanden waren, und die Praxis einer widersprüchlichen traditionalen und modernen Logik folgte. Doch erwies sich letztlich als entscheidend, dass die Verantwortlichen durch diese Perspektive den Wert ihres in der Kenntnis derartiger Verfahren und Kategorisierungen bestehenden kulturellen Kapitals bewahren konnten.

In Kapitel V zeigte sich bereits, dass eine vergleichbar selbstreferenzielle Praxis auch das Handeln der Akteure der anderen beteiligten Streitkräfte sowie zivilen Organisationen prägte. Gleichwohl scheint die Selbstreferenzialität des Militärs besonders hoch gewesen zu sein. Die Ursache hierfür liegt in der noch größeren Beharrungskraft des militärischen Habitus. Aufgrund des bei Weitem zeitlich überwiegenden Friedenszustands wird dieser seltener mit Feldern konfrontiert, die anders strukturiert sind als die, auf denen er seine Dispositionen erwarb. Einen Wandel des Habitus erschwerte zudem die kürzere Dauer der Einsatzzeiten von internationalen Soldaten in Afghanistan. Ein weiterer Unterschied liegt in der vom Militär regelmäßig ausgeübten Gewalt. Durch die mit ihrer Ausübung und ihrem Erleiden verbundenen Emotionen bedingt sie eine besonders starke Eigenlogik, die sich rationaler Planung entzieht.

Wenn auch keine grundsätzlichen Unterschiede zu anderen westlichen Streitkräften zu erkennen sind, so weist die Bundeswehr doch einige besondere Eigenschaften auf. Hierzu zählt, dass sie sich aufgrund der langen Friedenszeit von 1955 bis Anfang der 1990er Jahre außergewöhnlich lange in dem von Militärsoziologen sogenannten kalten Zustand befand, in dem die Dispositionen des Habitus nicht mit aktuellen kriegerischen Verhältnissen konfrontiert werden. Hinzu kommt die besonders starke Machtposition, die zivile Angehörige der Wehrverwaltung in der Bundeswehr innehatten. Überwiegend juristisch ausgebildet, verbreiteten sie die legalistischen Dispositionen offenbar besonders stark innerhalb der Führungsebene. Die aufgrund der spezifischen Altersstruktur als außergewöhnlich schlecht wahrgenommenen Karrierechancen in den Stabsoffizierrängen und der Generalität verstärkten zudem die Tendenz, möglichst keinen Dissens gegenüber der politischen Leitung zu äußern und sich besonders häufig abzusichern. Hierzu trugen auch die von der Aufbaugeneration der Bundeswehr weitergegebenen Dispositionen bei, die es ihren Inhabern nach mehreren Regimewechseln seit 1918 sinnvoll erscheinen ließen, ihre Karriere ohne Widerspruch zu äußern im Stillen voranzutreiben. Schließlich stellt sich die aufgrund der Verheerungen der Weltkriege besonders geringe Legitimität von Gewalt in der Bevölkerung als deutsche Besonderheit dar.

4. Interventionen als bürokratische Praxis

Ohne sie in den breiteren Forschungsstand einzuordnen, wäre die Aussagekraft der hier präsentierten Ergebnisse äußerst gering. Daher ist zunächst zu fragen,

ob andere Arbeiten zu ähnlichen Schlüssen gelangten. Dies ließe das Urteil zu, dass es sich bei der herausgestellten Praxislogik um eine – eventuell sogar aus globaler Perspektive – strukturelle handelt. In der Tat legen dies, wenn auch von größtenteils anderen theoretischen Prämissen ausgehend, mehrere Studien nahe. Am engsten mit dem hier behandelten Fall in Zusammenhang steht dabei eine Arbeit über den US-geführten Global War on Terror in Nordafrika. Die Verfasser kommen darin zu dem Ergebnis, dass sich die hierbei angewendeten Programme nicht nach den lokalen Bedingungen richteten, sondern schlicht nach der geografischen Zuständigkeit der beteiligten US-Kommandoeinrichtungen. Unter dem abstrakten Ziel der »Terroristenjagd« vorgehend, sahen diese zudem die Möglichkeit, ihre Bedeutung zu erhöhen[14]. Eine weitere Arbeit aus jüngerer Zeit erklärt die mittlerweile weltweite, auch in Afghanistan zu findende Polizeikooperation nicht mit der üblichen auch offiziellen Begründung, globale Sicherheitsprobleme einzudämmen. Stattdessen verweist der Verfasser überzeugend auf das Appropriationsinteresse der damit befassten Verwaltungsstäbe[15].

Empirisch und – aus hiesiger Sicht – theoretisch am weitesten fortgeschritten erscheinen gleichwohl Studien zum Vietnam-Krieg, die zudem von der guten Quellengrundlage profitieren[16]. So kam bereits 1972 Robert W. Komer in einer *policy*-orientierten RAND-Studie zum US-amerikanischen Vietnam-Engagement zu dem Schluss: »Bureaucracy does its thing«:

> »Molding conventional Vietnamese armed forces in the ›mirror image‹ of the U.S. forces which were supplying them was a natural institutional reaction. We organized, equipped, and trained the RVNAF [Republic of Vietnam Armed Forces] to fight American style, the only way we knew how [...] Trained, equipped, and organized primarily to fight the Russians in Central Europe, U.S. forces played out this military repertoire. Instead of adapting our response to the unique circumstances of Vietnam, we fought the enemy our way – at horrendous cost and with tragic side effects – because we lacked the incentive and much existing capability to do otherwise [...] The massive U.S. and ARVN [Army of the Republic of Vietnam] military intelligence empires focused mostly on that with which they were most familiar, the size and location of enemy main forces units, to the neglect of such other vital targets as the opponent's politico-military control structure. We tended to see the enemy in our own image, one reason why we repeatedly thought we were doing better than we actually were[17].«

---

14 Archer/Popovic, The Trans-Saharan Counter-Terrorism Initiative, S. 50–56, verwenden dabei allerdings den eher phänomenologischen Ansatz der »bureaucratic politics«, der es erschwert, die Entscheidungen der politischen Führung zu integrieren und die Praxis über das reine Konkurrenzverhalten hinaus zu verstehen.

15 Vgl. mit Bezug auf Max Weber Deflem, Policing World Society, S. 220–230.

16 Die Quellengrundlage besteht insbesondere aus dem sowohl quantitativ als auch qualitativ beispiellos umfassenden Konvolut der 1971 durch den whistleblower Daniel Ellsberg veröffentlichten »Pentagon Papers«. Diese bieten nicht nur über den Krieg gesammelte Daten, sondern dokumentieren auch zahlreiche konkrete politische Entscheidungen, die auf deren Grundlage gefällt wurden. Dies unterscheidet das Konvolut von den durch WikiLeaks veröffentlichten Meldungen größtenteils kleinster taktischer Einheiten und Department-of-State-Vertreter.

17 Komer, Bureaucracy does its Thing, S. VII f.

Als ehemaliger Angehöriger des National Security Council der US-Regierung und Vorsitzender des Civil Operations and Revolutionary Development Support-Programms in Vietnam konnte er dabei neben zahlreichen internen Quellen auf seine zweijährige Erfahrung im Land zurückgreifen. Er beschrieb somit bereits für den Vietnam-Krieg die ganze Bandbreite der auch im Fall Afghanistans beobachteten selbstreferenziellen Praktiken, die aus seiner Sicht einen wichtigen Faktor für das damals bereits absehbare Scheitern der US-Intervention ausmachten. Als Ursache dieser selbstreferenziellen Praxis sah er allerdings bloß allgemeine »bureaucratic inertia« sowie die Tatsache, dass die Akteure schlicht die Instrumente anwandten, die ihnen zur Verfügung standen[18]. Wohl auch da er selbst Teil der Praxis war, rückte er hingegen nicht die Interessen der Akteure in den Vordergrund, sondern blieb bei eher »technischen« Erklärungen[19].

Auf einer noch breiteren Quellengrundlage, die auch Selbstzeugnisse der Soldaten umfasste, sowie theoretisch untermauert und mit einem zeitlichen Abstand von fast zwanzig Jahren zum Höhepunkt des Vietnam-Kriegs analysierte James William Gibson ebenfalls die Eigenlogik dieser Intervention. Er stellte eine ähnlich selbstreferenzielle Praxis heraus wie Komer und setzte diese in Kontrast zu den tatsächlich den vietnamesischen Widerstand anheizenden sozialen Bedingungen. Er führte die Praxis der Intervenienten jedoch mit Marx auf die »warenfetischistische« Form zurück, in der die Intervenienten sowohl die gewaltsamen als auch entwicklungspolitischen Aspekte des Kriegs explizit als betriebswirtschaftlichen Produktionsprozess vergegenständlichten. Er zeigte außerdem, dass die Praxis der Verantwortlichen zunehmend ihren eigenen vergegenständlichten Prämissen widersprach. Allerdings verharrte Gibson in einer letztlich überwiegend konstruktivistischen Perspektive, die kein Verständnis dafür eröffnet, weshalb die Verantwortlichen trotz ihres mangelnden Erfolgs und trotz der Widersprüche ihre Praxis nicht änderten[20].

Ein Blick auf die konkreten Handlungen in den größten militärischen Interventionen der vergangenen Jahrzehnte, Vietnam von 1965 bis 1973, Afghanistan von 1979 bis 1989 und seit 2001 sowie Irak von 2003 bis 2011, offenbart eine strukturell verblüffend ähnliche Praxis. Den Anlass boten jeweils Vorstellungen vom Funktionieren der internationalen Beziehungen, die politische Legitimationen wie Kommunismus und islamischer Fundamentalismus in positiver wie negativer Weise im Sinne einer Dominotheorie oder des »Global War on Terror« als Akteur vergegenständlichten. In allen Fällen gingen die Verantwortlichen zunächst davon aus, dass ihr Engagement nur kurze Zeit dauern und sich auf die Unterstützung der dortigen Regierung beschränken würde. Der stets nicht vorhergesehene starke Widerstand zog die Intervenienten jedoch ungewollt immer weiter in den Konflikt hinein, indem sie ihre Kräfte verstärken mussten, um sich weiter behaupten zu können. Dabei wandelten sich die Interventionen, mit Ausnahme des Irak-Kriegs, jeweils von anfangs durch relativ wenige Spezialkräfte und Berater dominierten Vorhaben hin zu immer konventionelleren

---

18 Ebd., S. VIII f. und S. XI.

19 Nicht explizit als Eigeninteressen sprach er die Streitigkeiten um Ressortkompetenzen an: Ebd., S. X.

20 Gibson, The Perfect War, S. 16–23.

Einsätzen, die trotz des irregulären Gegners auch starke mechanisierte Kräfte einschlossen[21].

Angesichts stets ausbleibender Erfolge, die Aufständischen vollständig militärisch zu besiegen, sahen die Verantwortlichen in allen drei Fällen die Lösung darin, die Interventionsgesellschaft zu modernisieren. In diesem Sinne wollten sie sowohl legal-rationale staatliche Strukturen aufbauen als auch die von den Vertretern der Sowjetunion als zu »feudal« und den US-Amerikanern bzw. Westlern als nicht marktwirtschaftlich genug verworfenen traditional eingebetteten Wirtschaftsweisen transformieren. Hinzu kamen weitere Programme, welche die Menschen – sei es unter dem Vorzeichen von Bildung, Geschlechtergleichheit oder Verbreitung der »Zivilgesellschaft« – aus ihren traditionalen Vergesellschaftungen und Vergemeinschaftungen herauslösen sollten. In militärischer Hinsicht wandelten sich die Operationen leicht wieder hin zu eher unkonventionellen, auf Spezialkräfte fokussierten, wobei sich insgesamt ihr an der regulären Kriegführung ausgerichteter Charakter erhielt. Sie betrachteten dabei die lokalen Verhältnisse stets aus vergegenständlichter Perspektive im Sinne von Programmen, abgegrenzten ethnischen Gruppen sowie zählbaren Sicherheitskräften, Straßenkilometern usw. Nach enormen finanziellen Ausgaben kamen gleichwohl die Verantwortlichen in allen vier Fällen nach einigen Jahren zu dem Schluss, dass sie den Konflikt nicht gewinnen könnten. Sie setzten daher darauf, die lokalen Sicherheitskräfte enorm zu vergrößern und ihnen die zuvor selbst ausgeführten Aufgaben zu übertragen[22].

Die referierten Studien, aber auch einige der bereits im Forschungsüberblick genannten, sowie die beobachtbare Praxis zeigen also, dass die in dieser Arbeit konstatierte Form der Interventionen und ihr von den tatsächlichen lokalen Verhältnissen im Einsatzland abgehobener Charakter struktureller Natur sind. Dass sich militärische Interventionen auf die genannte Weise selbst über einen Zeitraum von über 40 Jahren in unterschiedlichen politischen Kontexten und Weltgegenden ähnlich strukturieren, verweist auf ihnen zugrunde liegende Strukturen der Weltgesellschaft. Deren konkrete Form ist wiederum Resultat der im Theoriekapitel ausgeführten weltweiten Tendenz der Rationalisierung als einer zweckgerichteten Form der Systematisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse[23]. Auf eben jene rationalisierte Weise nehmen also auch die Entscheidungsträger in Militärinterventionen die Welt wahr und gestalten ihre Praxis. Im Zusammenspiel mit traditionalen Verhältnissen ergeben sich daraus die genannten Praxiszyklen aus geringer Durchsetzbarkeit der rational formalisierten Ziele, daraufhin verstärkten Engagements in denselben Formen und schließlich bei ausbleibendem Erfolg Verlassen des Landes.

Allein diese Erkenntnis könnte jedoch zu dem Schluss führen, dass die Praktiken nur ein Ergebnis eingefahrener Denkstile, mangelnder Reflexion oder

---

21 Vgl. zum Vietnam-Krieg Caroll, America in Vietnam, S. 206–211; zur sowjetischen Afghanistan-Intervention Chiari, Kabul, 1979, S. 208, und Grau, The Bear Went over the Mountain, S. XII f., und zum Irak-Krieg Fontenot/Degen/Tohn, On Point; Wright/Reese, On Point II. Als Beleg für die Strukturen der ISAF-Praxis vgl. Kapitel V.

22 Gibson, The Perfect War, S. 452–454; Grau, The Bear Went over the Mountain, S. XII–XIV; Wright/Reese, On Point II, S. 368 f., passim.

23 Schlichte, Cubicle Land, S. 10–13.

fachlicher Kenntnisse der Intervenienten sind, die sie übersehen lassen, dass es sinnvoll ist, sich an den lokalen Verhältnissen zu orientieren. Sollte dies so sein, dann stellt sich gleichwohl die Frage, weshalb sie diese Probleme nicht schon überwunden haben. Denn als solche sind sie hinreichend bekannt – wie beispielsweise die Tatsache zeigt, dass selbst das jüngste US-COIN-Manual empfiehlt, Komers RAND-Studie zu lesen[24]. Selbst wenn man davon ausgeht, dass aufgrund der Ignoranz der Beteiligten die genannten Lehren in jeder Intervention neu zu machen sind, dann stellt sich die Frage, weshalb es keine signifikanten Lernerfolge gibt. Eine überzeugende Erklärung hierfür bietet die theoretische Perspektive dieser Arbeit, in der die technokratischen Wahrnehmungs- und Bewertungsstrukturen mit den objektiven Interessen der Akteure rückgekoppelt wurden. Indem sie die Fortführung der Interventionspraxis als »stille Komplizenschaft von Habitus und Struktur« versteht, kann sie den blinden Punkt der genannten bürokratiezentrierten Studien abdecken.

5. Interventionen als Herrschaft

Mit ihrem Fokus auf den Interessen der Akteure trägt diese Arbeit zur Diskussion um die Motivation der Entscheidungsträger von internationalen Interventionen insbesondere des *statebuilding* bei. Sie stärkt die Interpretation, wonach es sich hierbei nicht um – wie von den beteiligten Praktikern selbst und der praxisorientierten Literatur dargestellt – interessenlose Vorhaben handelt. Basierend auf dem überzeugenden Ergebnis, dass die Intervenienten Macht gegenüber den Vertretern der intervenierten Länder ausüben, haben einige Wissenschaftler daher die These aufgestellt, dass Erstere eine bewusste Herrschaft in den betreffenden Staaten anstreben. Dies solle etwa dem Zweck dienen, Unterbrechungen des Welthandels – wie sie z.B. von bewaffneten Konflikten heimgesuchte Gebiete oft erzeugen – zu beenden oder schlicht durch den technokratischen Charakter des *statebuilding* die tatsächlich ausgeübte Macht des Westens verschleiern und ihm – im Gegensatz zum Kolonialismus – gleichzeitig die Verantwortlichkeit für diese Weltgegenden ersparen[25].

Allerdings überzeugt die Interpretation einer bewusst von den Intervenienten angestrebten Herrschaft nicht. Dies gilt bereits aufgrund ihrer vielfach inkonsistenten, inkohärenten und widersprüchlichen Praxis. Zudem können die Vertreter dieser These weder auf konkrete explizite Entscheidungen der Verantwortlichen verweisen noch auch nur einen Ort benennen, an dem diese gefällt würden. Ihre Interpretation trägt daher verschwörungstheoretische Züge. Bei genauerem Blick auf die Quellengrundlage und Methodik ihrer Vertreter offenbart sich, dass diese bloß die Stellungnahmen der Praktiker im Sinne einer Ideengeschichte aneinanderreihen und, ohne die objektiven Positionen der Verfasser zu betrachten,

---

24 Field Manual 3-24/Marine Corps Warfighting Publication 3-33.5. Counterinsurgency, Annotated Bibliography/1.

25 Duffield, Social Reconstruction, S. 308; Chandler, Empire in Denial, S. 8–10 und S. 190–194.

auf philosophische Weise ihre Aussagen logisch miteinander verknüpfen[26]. Auf diese Weise kommen sie etwa zu dem Ergebnis, dass der Souveränitätsgedanke seit 1990 systematisch und zielgerichtet von einem *Recht* zu einer Fürsorge*pflicht* für die eigene Bevölkerung umformuliert wurde, um Interventionen zu legitimieren[27]. Die vielfach inkohärente und inkonsistente Praxis der Interventionen bleibt hingegen unbeachtet, da sie aufgrund der verwendeten Quellen empirisch gar nicht in den Blick gerät.

Eine überzeugendere Interpretation bringt hingegen eine Perspektive wie die hier eingenommene, die nicht bloß die »großen politischen Ideen« aneinanderreiht und ohne ihren sozialen Kontext zu beachten nach logischen Gesichtspunkten interpretiert, sondern auch die objektive Praxis und die Trennung zwischen politischem »Herrn« und ausführendem Verwaltungsstab sowie seine Interessen einbezieht. Auf diese Weise wird deutlich, dass die mit der Ausführung politischer Ideen beauftragten Akteure ihren Auftrag derart interpretieren, dass er ihren Interessen dient. Es handelt sich dabei aber stets um, abhängig von Position und Habitusprägung, jeweils spezifische Partikularinteressen in dem Sinne, dass sie auf Karrierechancen, Distinktion des eigenen Staats auf dem internationalen Parkett usw. zielen. Die Akteure verfolgen somit gerade kein großes, übergreifendes Ziel, weshalb es auch abwegig ist, ihnen eine Gesamtrationalität zu unterstellen. Die Gesamtpraxis ergibt sich somit ungeplant aus den jeweils partikularen Praktiken. Gleichwohl ist sie im Sinne von Elias und Bourdieu zwar ungesteuert, aber aufgrund geteilter Dispositionen und ähnlicher Verhältnisse vergleichbar strukturiert.

Die quasi-religiösen Erwartungsbegriffe wie Freiheit, *good governance* und Entwicklung – ebenfalls formal rationalisiert, beispielsweise als objektivierte »Menschenrechtsstandards« – motivieren die Akteure zwar subjektiv zu ihrem Handeln[28]. So haben anscheinend auch zumindest die meisten zivilen Angehörigen internationaler Interventionen diese eher politisch links-liberalen Ideen internalisiert[29]. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass sie im Sinne von Bourdieus »stiller Komplizenschaft« zwischen Habitus und sozialer Struktur mit ihren objektiven Interessen übereinstimmen. Diese bestehen insbesondere darin, eine Beschäftigung zu finden oder die Kompetenzen der eigenen Organisation zu erweitern. So ist es kein Zufall, dass sich die genannten Erwartungsbegriffe auf im Westen bereits annähernd erfüllte Zustände beziehen. Während also die Erwartungsbegriffe den Sinnhorizont und die Legitimation für die Praxis bereitstellen, gestaltet sich ihre konkrete *Form* nach der Systematisierung globaler Rationalisierung. *Antrieb* der Praxis ist hingegen das jeweilige partikulare Interesse der beteiligten Akteure.

---

26 Mehrfach zitiert etwa Chandler, Empire in Denial, S. 35, in seinen Werken z.B. einen von Ashraf Ghani mitverfassten Text. In keinem Fall diskutiert er dabei, dass dieser afghanischer Finanzminister war, also ein objektives Interesse daran hatte, eine ihm Gelder einbringende Interpretation von internationaler Treuhandschaft zu legitimieren.

27 Chandler, Statebuilding, S. 45 f.

28 Schlichte, Cubicle Land, S. 15; Schlichte, Cubicle Land II, S. 20 f.

29 Diesen Eindruck bestätigen die vielen Gespräche und persönlichen Bekanntschaften des Verfassers mit solchen Akteuren in Afghanistan und Deutschland. Vgl. auch Schlichte, Cubicle Land II, S. 23.

Auf diese Weise lässt sich auch die Frage nach der Herrschaft internationaler Intervenienten beantworten. Zwar ist nicht zu leugnen, dass sich in derartigen Interventionen angesichts der zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie mitunter sehr weitgehender, durch den VN-Sicherheitsrat legitimierter Durchgriffsrechte, Ungleiche gegenüberstehen und die Intervenienten stark die lokalen Verhältnisse beeinflussen. Doch tun sie dies überwiegend zu partikularen und – den begrenzten Einsatzzeiten internationalen Personals sowie den vier- bis fünfjährigen Legislaturperioden der westlichen Regierungen entsprechend – zu eher kurzfristigen Zwecken. Die Absicht, systematisch eine langfristige Herrschaft zu errichten, ist allein schon aufgrund der Strategielosigkeit nicht zu erkennen. Dies bestätigen die nicht nur in Afghanistan äußerst zaghaften und letztlich insgesamt nicht erfolgreichen Versuche, die lokalen Herrschaftsfigurationen zu ändern, sowie die reziproke Abhängigkeit von Intervenienten und Intervenierten[30]. Insbesondere da – anders als im Kolonialismus – klare Verantwortlichkeiten und ein expliziter Herrschaftsanspruch fehlen, haben die internationalen Interventionsregime somit eher den Charakter einer »Herrschaft der Niemande« (Hannah Arendt), nicht jedoch eines *empire*[31].

6. Implikationen für die internationalen Beziehungen

Für die Praxis der internationalen Beziehungen ergibt sich aus den größeren globalen Interdependenzen und der damit vergrößerten Anzahl relevanter Akteure, dass auch das Gewicht der mit der Verwaltung dieser Verhältnisse befassten Verwaltungsstäbe anwächst. Hierdurch verringern sich wiederum der Gestaltungsspielraum der politischen Entscheidungsträger und die im Bereich der Außenpolitik ohnehin vergleichsweise geringe öffentliche Kontrolle[32]. Die internationalen Beziehungen entpolitisieren sich auf diese Weise zunehmend und werden zu Verwaltungsgegenständen, vorangetrieben von den Interessen der beteiligten Institutionen und den Ereignissen, die sich ihnen in den Weg stellen.

Politische Ideen – wie, die Welt von »Terror« zu befreien – wirken dementsprechend bestenfalls als Initialzündung, während die konkrete Praxis durch die Verwaltungsstäbe bestimmt wird. Eine derartige, auch innerstaatlich zu beobachtende Tendenz der Entpolitisierung konstatierte Max Weber bereits mit dem von ihm als Bürokratisierung der Welt beschriebenen Prozess. In dessen Zuge würden sich bürokratische Organisationen, deren Angehörige das Streben nach einer Rente motiviert, immer größerer Lebensbereiche bemächtigen und den Einzelnen schließlich als Gefangenen eines »stählernen Gehäuses der Hörigkeit« zurücklassen[33].

Kern der hier eingenommenen Perspektive ist, dass die im Falle von Interventionen wahrgenommenen Probleme nicht in erster Linie aus einem Erkenntnis-

---

30 Vgl. auch für die Demokratische Republik Kongo Veit, Intervention as Indirect Rule, S. 300.
31 Schlichte, Cubicle Land, S. 6.
32 Ebd., S. 19.
33 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 835–837.

defizit der Verantwortlichen resultieren, sondern sich vielmehr aus ihren Interessen ergeben. Somit erscheinen die zumeist von Politikwissenschaftlern gegebenen Empfehlungen, wie die Koordination der Beteiligten durch eine gemeinsame Organisationskultur und neue übergeordnete Institutionen zu verstärken oder die Ausbildung zu verbessern, nicht als zielführend. Zudem ist diese Art der Empfehlungen selbst operativen und damit nicht politischen Charakters. Als einzig sinnvolle Empfehlung erscheint es somit, die Relevanz des Politischen herauszustellen und die Interessen der Akteure offenzulegen. Hierfür ist es erforderlich, die konkreten lokalen Verhältnisse zu untersuchen und die Praxis der Intervenienten zu diesen in Kontrast zu setzen.

Empfehlungen sollten sich daher auch an die Wissenschaft selbst richten. So zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie die hier am Fall militärischer Interventionen beobachtete auch in der Forschung. Wie bereits im Theoriekapitel thematisiert, tendiert diese zum einen dazu, die als natürlich empfundenen staatlichen Systematisierungen zu übernehmen. Ganz wie die Akteure in den internationalen Beziehungen neigt sie ebenso dazu, mit der zunehmenden Komplexität ihres Forschungsgegenstands diesen immer weiter zu vergegenständlichen und dabei die Kernfragen aus den Augen zu verlieren. Zeichen dieser sich gewissermaßen auf operative Fragen selbstbeschränkenden Entwicklung sind der theorielose Empirizismus sowie die immer häufiger quantitativ orientierten Arbeiten, deren Verfasser Statistik *als* Theorie verwenden[34]. Nicht beachtet wird aufgrund dieser Tendenz immer häufiger die Frage nach den Interessen der beteiligten Akteure sowie der von ihnen hierfür eingesetzten Macht. Da diese Perspektive auf menschliche Praxis der Selbstsicht der politisch Verantwortlichen, die auch über Forschungsgelder entscheiden, entgegenkommt, besteht die Gefahr, dass sich die Wissenschaft ebenfalls in einem »stählernen Gehäuse der Hörigkeit« einrichtet[35].

Als Forschungsdesiderat erscheint es sinnvoll, weitere Felder der internationalen Beziehungen mit dem hier verwendeten, auf die Interessen und Praxis der Akteure sowie ihre Machtausübung fokussierten Ansatz zu untersuchen. Im spezifischen Kontext der Interventionspolitik sind dabei weitere kritische Studien zur hier bloß am Rande betrachteten zivilen Humanitären und Entwicklungshilfe nötig. Angesichts der eher abnehmenden Bedeutung von physischer Gewalt und den gravierenderen Folgen kapitalistischer Vergesellschaftung in überwiegend traditional vergesellschafteten Ländern scheint dies besonders geboten. Dies gilt auch, da die Legitimation des Helfenden es diesen Akteuren eher ermöglicht, ihre Interessen zu verschleiern, als den ohnehin mit Argwohn betrachteten Militärs.

---

34 Vgl. am Beispiel der Friedens- und Konfliktforschung Siegelberg, Kapitalismus und Krieg, S. 19 f., sowie der Wirtschaftswissenschaft Maier, Das Politische in der Ökonomie, S. 101–112.

35 Eine solche Entwicklung zeigt sich bereits in der Beliebtheit der politikwissenschaftlichen Governance-Ansätze in Wissenschaft und Praxis. Diese reduzieren tendenziell Politik auf ein interessenloses Regelungs- und Managementsystem. Vgl. dazu Schlichte, Der Streit der Legitimitäten, S. 9–12. Aus der hier eingenommenen Perspektive macht genau dies ihre Attraktivität aus, da sie die von Praktikern ungern aufgeworfenen Fragen von Interessen, Macht und Herrschaft ausblenden und somit etwa das Einwerben von Drittmitteln zu erleichtern scheinen.

Schreibmaschinenunterricht für Soldaten der Bundeswehr im März 1960 in Koblenz.
Bundeswehr/Siwik

Unterricht an der Luftwaffenschule in Uetersen am 1. April 1961, im Hintergrund ein Wandgemälde mit Sturzkampfbombern der Wehrmacht.
Bundeswehr/Macus

Moderne Gebäude und traditionelle Bevölkerung in Kabul im Februar 1970.
picture alliance/dpa

Die Führer von Mudschaheddin-Parteien Hekmatyar, Rabbani und Sibghatullah Mojadeddi (von links, sitzend) bei Friedensverhandlungen in Pakistan am 7. März 1993.
picture alliance/dpa

Ahmad Shah Massoud gibt seinen Kommandeuren Anweisungen, 60 km von Kabul (August 1997), links davon in hellem Hemd der spätere Außenminister und Regierungsvorsitzende Abdullah Abdullah.
picture alliance/dpa

Ein Taliban-Kämpfer neben einem feuernden Panzer beim Kampf um den Flughafen von Bagram im August 1998.
picture alliance/dpa

Kämpfer der sogenannten Nordallianz misshandeln einen mutmaßlichen Taliban bei seiner Gefangennahme am 26. November 2001 in Kunduz.
picture alliance/dpa

Von Deutschland geleitete Konferenz der Verteidigungsminister der ISAF-Truppensteller in Nordafghanistan am 6. Oktober 2011 in Brüssel.
Bundeswehr/Wilke

Fruchtbares Anbauland um den Kunduz-Fluss in der gleichnamigen Provinz, aufgenommen im März 2008.
Bundeswehr/Groeneveld

Das erste von der Bundeswehr in Kunduz übernommene PRT im November 2003.
picture alliance/dpa

Das von der Bundeswehr 2006 neu errichtete, deutlich größere PRT Kunduz im Februar 2009.
Bundeswehr/Kunduz

Ein im August 2009 aufgenommenes Bergdorf in der Umgebung von Faizabad, Provinz Badakhshan.
Bundeswehr/Kazda

Das erste inmitten der Stadt gelegene PRT Faizabad im September 2004.
picture alliance/ZB

Außerhalb der Stadt lag das von der Bundeswehr 2005 neu errichtete PRT Faizabad, hier aufgenommen im März 2010.
Bundeswehr/Genzmer

Mit Abstand das größte von der Bundeswehr betriebene Feldlager war Camp Marmal in Mazar-e Sharif, hier auf einer Aufnahme vom Februar 2013. *Bundeswehr/Wilke*

In Taloqan betrieb die Bundeswehr zuerst als Außenstelle des PRT Kunduz und später als Provincial Advisory Team (PAT) einen kleinen Stützpunkt, hier aufgenommen im November 2004. *picture alliance/ZB*

Den Observation Post North, aufgenommen im April 2013, errichtete die Bundeswehr 2010, um das Baghlan-Tal überwachen zu können.
Bundeswehr/Bienert

Eine Aufnahme vom Mai 2011 des im Chahar-Dara-Distrikt gelegenen Combat Outpost auf der Höhe 432.
Bundeswehr/Didi

Ein Bundeswehr-Soldat überwacht am 1. Mai 2010 von der Höhe 431 im Chahar-Dara-Distrikt von Kunduz das Vorgelände.
Bundeswehr/Kunduz

Ein Konvoi typischer Zusammensetzung aus Dingo- und Fuchs-Fahrzeugen – von denen das zweite einen Störsender trägt – in Baghlan am 6. April 2013.
Bundeswehr/Bienert

Ein Schützenpanzer Marder 1A5 am 20. August 2011 im Distrikt Chahar Dara von Kunduz.
picture alliance/dpa

Der Kommandeur des RC North, Generalmajor Setzer, beim Besuch eines Bataillons der ANA in Faizabad im September 2009.
Bundeswehr/Kazda

Verteidigungsminister Struck (ganz rechts) trifft am 31. Januar 2004 am Flughafen von Kunduz auf General Daud Daud (zweiter von links). *picture alliance /dpa*

Links im Bild Kommandeur Mir Alam an einem Lagerplatz für alte Munition, den die Bundeswehr dokumentiert, 15.11.2003. *Bundeswehr/Ehrlicher*

In der Mitte Verteidigungsminister Jung im PRT Kunduz, rechts von ihm Provinzgouverneur Omar und – mit weißem Turban – Haji Amanullah Utmanzai am 2. September 2008. *Bundeswehr/Bienert*

Bundeswehr-Soldaten patrouillieren im August 2011 gemeinsam mit »lokalen Sicherheitskräften« im Chahar-Dara-Distrikt von Kunduz. *picture alliance/dpa*

Der Kommandeur des PRT Faizabad Oberst Martin Robrecht (Mitte) und sein Sprachmittler Wali Ahmad im Gespräch mit dem Kommandeur Nazir Mohammad, Spätsommer 2006, bei Faizabad. *Wali Ahmad*

Verteidigungsminister Jung in Badakhshan im Gespräch mit dem Provinzgouverneur Majid am 10. März 2009. In der Mitte General Schneiderhan. *Bundeswehr/Bienert*

Bundeswehr-Soldaten suchen im August 2011 nach Sprengfallen, um eine Straße im Chahar-Dara-Distrikt von Kunduz passierbar zu machen. *picture alliance/dpa*

Am 16. Dezember 2009 für eine Winteroperation im Chahar-Dara-Distrikt massierte Dingo-Fahrzeuge der Bundeswehr. *Bundeswehr/Schöffner*

Der 2. Zug der Schutzkompanie Kunduz im Feuerkampf im Distrikt Qala-ye Zal von Kunduz am 2. September 2010.
Bundeswehr/Kunduz/von Söhnen

Ein Soldat des ASB Kunduz mit Kampfspruch auf seinem Helm bei der Operation Orpheus am 26. November 2011 im Chahar Dara-Distrikt von Kunduz. *picture alliance/JOKER*

Eine von zwei im PRT Kunduz stationierten Panzerhaubitzen 2000 im scharfen Schuss am 20 Juni 2010. *Bundeswehr/Wayman*

November 2011, Baghlan: Im Vordergrund zwei Spähwagen Fennek, von denen einer durch einen Sprengstoffanschlag zerstört wurde. *picture alliance/AP Images/Javid Basharat*

Motorisiert mit handelsüblichen Pick-up-Trucks oder Motorrädern, bewegten sich die afghanischen Aufständischen schnell und oft unerkannt. *REUTERS/Stringer*

Aufständische und Dorfbewohner umringen ein von der Bundeswehr am 2. April 2010 im Hinterhalt von Isa Khel in Kunduz zurückgelassenes Dingo-Patrouillenfahrzeug. *REUTERS/Stringer*

Traditionelle symbolische Formen des Gefallenengedenkens: Der Ehrenhain am Observation Post OP North.

Bundeswehr/Bienert

Vier bei einem Anschlag in Kabul getötete Bundeswehr-Soldaten werden am 10. Juni 2003 mit militärischen Ehren zu einer Trauerhalle in den militärischen Teil des Flughafens Köln-Wahn überführt. *Bundeswehr/PIZ Luftwaffe*

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
AAN	Afghanistan Analysts Network
ACO	Allied Command Operations
AFP	Agence France-Presse
AMK	Amt für Militärkunde
ANA	Afghan National Army
ANP	Afghan National Police
ANSF	Afghan National Security Forces
ANSO	Afghanistan NGO Safety Office
AOR	Area of Responsibility
ASB	Ausbildungs- und Schutzbataillon
AVZ	Auslandsverwendungs-zuschlag
BdL	Beurteilung der Lage
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMVtdg	Bundesministerium für Verteidigung (bis 1961)
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BND	Bundesnachrichtendienst
CIA	Central Intelligence Agency
CIMIC	Civil Military Cooperation
COIN	Counterinsurgency
COM	Commander
COP	Combat Outpost
CSPMP	Comprehensive Strategic and Political-Military Plan
CSTC-A	Combined Security Transition Command-Afghanistan
DfID	Department for International Development
DoD	Department of Defense
DSO	Division Spezielle Operationen
DWJ	Deutsches Waffen Journal (Zeitschrift)
EBAO	Effects Based Approach to Operations
EBO	Effects Based Operations
EloKa	Elektronischer Kampf
FAC	Forward Air Controller
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FOB	Forward Operating Base
FSB	Forward Support Base
Fü B	Führungsstab der Bundeswehr
Fü H	Führungsstabs des Heeres
Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
FüAkBw	Führungsakademie der Bundeswehr
GG	Grundgesetz
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GRU	Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HDv	Heeresdienstvorschrift
HIG	Hezb-e Islami Gulbuddin
HQ	Headquarters
HUMINT	Human Intelligence
HY II	Harekate Yolo II
IEB	Interkultureller Einsatzberater
IED	Improvised Explosive Device
IFOR	Implementation Force
i.G.	im Generalstabsdienst

IJC	ISAF Joint Command
INS	Insurgent(s)
ISAF	International Security Assistance Force
ISI	Inter-Services Intelligence
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
JFC-B	Joint Forces Command Brunssum
JPEL	Joint Prioritized Effects List
JPSIL	Joint Prioritized Shaping and Influence List
JSS	The Journal of Strategic Studies (Zeitschrift)
KdoFOSK	Kommando Führung Operationen von Spezialkräften
KFOR	Kosovo Force
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti pri Sowjete Ministrow SSSR
KGv	Konzeptionelle Grundvorstellung
KLE	Key Leader Engagement
KMNB	Kabul Multinational Brigade
KSEA	Koordinierungsstab für Einsatzaufgaben der Bundeswehr
KSK	Kommando Spezialkräfte
LGAN	Lehrgang Generalstabs-/ Admiralstabsdienst
LKB	Landeskundlicher Berater
LPB	Local Power Broker
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MedEvac	Medical Evacuation
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt
MilNWBw	Militärisches Nachrichtenwesen der Bundeswehr
MLU	Militärlandeskundliche Unterlage
NAC	North Atlantic Council
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDS	National Directorate of Security
NetOpFü	Netzwerkzentrierte Operationsführung
NGO	Non-Governmental Organization
NIC	National Intelligence Cell
NPR	National Public Radio
NSC	National Security Council
NTM-A	NATO Training Mission Afghanistan
NVA	Nationale Volksarmee
NZWehrr	Neue Zeitschrift für Wehrrecht
OCC-P	Operations Coordination Centre Provincial
OEF	Operation Enduring Freedom
OK	Organisierte Kriminalität
OMF	Opposing Militant Forces
OMLT	Operational Mentoring and Liaison Team
OP	Observation Point
OpInfo	Operative Information
OPLAN	Operationsplan
OSH	Offizierschule des Heeres
p.	part
PAN	Pajhwok Afghan News
PAT	Provincial Advisory Team
PATF	Partnering Advisory Task Force
PRT	Provincial Reconstruction Team
PsyOps	Psychological Operations
QRF	Quick Reaction Force
RAC N	Regional Area Coordinator North
RC	Regional Command
RCP	Route Clearance Package
RS	Resolute Support
RoE	Rules of Engagement
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SFOR	Stabilization Force

SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SIGINT	Signal Intelligence
SOWI	Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
SPON	Spiegel online
SSR	Security Sector Reform
SVN	Satzung der Vereinten Nationen (»UN-Charta«)
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SZ	Süddeutsche Zeitung
TAAC-N	Train Advise and Assist Command North
TF	Task Force
THW	Technisches Hilfswerk
TIC	Troops in Contact
TS	Der Tagesspiegel
UBWV	Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (Zeitschrift)
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNPROFOR	United Nations Protection Force
USAID	US Agency for International Developement
USCENTCOM	US Central Command
VN	Vereinte Nationen
vol.	volume
VPR	Verteidigungspolitische Richtlinien
VRV	Vorderer Rand der Verteidigung
WP	Washington Post
ZMSBw	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
ZNBw	Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr
ZOpInfo	Zentrum für Operative Information
ZOpKom	Zentrum für Operative Kommunikation

Quellen und Literatur

1. Primärquellen

a) Dokumente der Bundesregierung und Parteien

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964, 2 Bde. Bearb. von Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995

Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Bonn 20. Oktober 1998, <www.boell.de/downloads/stiftung/1998_Koalitionsvertrag.pdf> (letzter Aufruf 26.6.2012)

Auswärtiges Amt, Bundesministerium des Inneren, Bundesministerium der Verteidigung und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, [Berlin] 12. September 2006 <www.spdfraktion.de/rs_datei/0,,2635,00.pdf> (letzter Aufruf 10.5.2010)

Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Verteidigung und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten. Ressortübergreifende Leitlinien, September 2012, <www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/leitlinien_fragile_staaten.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Verteidigung, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesministerium des Inneren, Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, [Berlin] 1. September 2003 <www.spdfraktion.de/rs_datei/0,,2635,00.pdf> (letzter Aufruf 13.10.2010)

Bericht der Bundesregierung (offene Fassung) gemäß Anforderung des parlamentarischen Kontrollgremiums vom 25. Januar 2006 zu Vorgängen im Zusammenhang mit dem Irakkrieg und der Bekämpfung des Internationalen Terrorismus, Berlin 23.2.2006

Bundesregierung, Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, Berlin August 2007, <www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=5&ved=0CDQQFjAEahUKEwiLksm1oYLGAhWEjCwKHSRcBLk&url=http%3A%2F%2Fwww.einsatz.bundeswehr.de%2Fresource%2Fresource%2FMzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzIzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY3NmM2ZDM2NjY3NzY2NmEyMDIwMjAyMDIw%2FAFG-Konzept2007.pdf&ei=1Kx2VYvYMYSZsgGkuJHICw&usg=AFQjCNF64r-VQcKpHYuGtl_43U-FUWdOYQA&cad=rja> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Bundesregierung, Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, Berlin September2008,<www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2008/09/2008-09-23-broschuere-afghanistan-konzept.pdf?__blob=publicationFile> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Bundesregierung, Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung. Das deutsche Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz, 25.1.2010, <www.

bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2009/11/2009-11-18-dokument-afghanistan.pdf?__blob=publicationFile&v=3> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Bundesregierung, Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags, Dezember 2011, <www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/604602/publicationFile/163001/111214-Fortschrittsbericht2011.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Bundesregierung, Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags, November 2012, <www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/632316/publicationFile/174653/121128_Fortschrittsbericht_2012.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Die Bundesregierung, Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien, Berlin Juni 2009

Planungsstäbe AA/BMZ/BMVg, Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten. Ressortübergreifende Leitlinien [Entwurf, 2012]

b) Dokumente der Bundeswehr

20. Deutsches Einsatzkontingent FJgFhr i.E., Betreff: Untersuchungsbericht zum »Close Air Support KUNDUZ« vom 04.09.2009, Mazar-e Sharif 9.9.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/CD07400/Dokumente/Dokument%20067.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

20. DEU EinsKtgt ISAF PRT KUNDUZ Kommandeur an Generalinspekteur der Bundeswehr Herrn General Schneiderhan über Befehlshaber Einsatzführungskommando der Bundeswehr Herrn Generalleutnant Glatz. Betreff: Einsatz Luftstreitkräfte am 040151 D* sep 09, hier: Entschluß mit Begründung, Kunduz 5.9.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/CD07400/Dokumente/Dokument%20063.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Geoinformation Nordafghanistan, Euskirchen 2005

Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Militärlandeskundliche Unterlage (MLU). Nordost-Afghanistan – Kondoz, Baghlan, Takhar, Badakshan [sic!], Euskirchen 2003 (= MLU 2003-01)

Auszug aus dem »van Heyst«-Bericht, Empfehlungen zur Reform des Gesamtgefüges, die Auslandseinsätze der Bundeswehr betreffend. In: GeoPowers, 28.1.2008, <www.geopowers.com/Machte/Deutschland/probl_ger/Heyst Empfehlungen.pdf> (letzter Aufruf 10.6.2012)

BMVg, Bestandsaufnahme. Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Bonn [1999], <http://gruppen.tu-bs.de/studver/StudResK/Bestandsaufnahme.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

BMVg, Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin 21.5.2003, <www.rk-limburg.de/reservisten2.0/scripte/download/10/VPR_2003-05-21.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

BMVg, Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Bonn November 1992

BMVg, Verteidigungspolitische Richtlinien. Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, Berlin 18. Mai 2011, <www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/LYsxEoAgDATf4gdIbcv1MYBzcQbMDgQ8ftSONtssUsrddQ3iDdk9YlmWnaM4XXhauIq9pPLybB65wRDdF6FQzZ2R47PxdqtcTHGAXlU_q72byv9tgQFK91xGj6tRgx1/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

BMVg, Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn 1994

BMVg, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006

BMVg, ZDv 37/10. Anzugordnung für die Soldaten der Bundeswehr, Bonn Juli 1996 (Stand: Juli 2003)

BMVg, Abteilung Verwaltung und Recht II 3, Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten. Handbuch, 1992

BMVg, Abteilungsleiter Recht, Rechtspflege der Bundeswehr. Konzeptionelle Gesamtdarstellung, Bonn November 2007

BMVg, Fü H III 3, Die Strukturen des Heeres, Bonn Mai 2006

BMVg, Fü S V 3, Ehrenzeichen und Einsatzmedaillen der Bundeswehr, Bonn Dezember 2009

BMVg, Fü S V 3, Unterrichtung des Parlamentes 15/06 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bonn 2006, <http://afghanistan.derwesten-recherche.org/#!/2006-15-01;> (letzter Aufruf 31.3.2015)

BMVg, Fü S V 3, Unterrichtung des Parlamentes 19/06 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bonn 2006, <http://afghanistan.derwesten-recherche.org/#!/2006-19-01> (letzter Aufruf 31.3.2015)

BMVg, Fü S V 3, Unterrichtung des Parlamentes 21/07 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bonn 2007, <http://afghanistan.derwesten-recherche.org/#!/2007-21-01> (letzter Aufruf 31.3.2015)

BMVg, Fü S V 3, Unterrichtung des Parlamentes 27/07 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bonn 2007, <http://afghanistan.derwesten-recherche.org/#!/2007-27-01> (letzter Aufruf am 31.3.2015)

BMVg, Generalinspekteur, Bundeswehrplan 2008, Berlin März 2007, <www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung_2007/BwPlan_2008_dok.pdf> (letzter Aufruf 5.6.2012)

BMVg, Generalinspekteur, Bundeswehrplan 2009, Berlin Juni 2008, <www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung_2008/Bundeswehrplan_2009.pdf> (letzter Aufruf 5.6.2012)

BMVg, Org 1, Geschäftsordnung

BMVg, Presse- und Informationsstab, Aktuelle Lage in den Einsatzgebieten der Bundeswehr, 17/11, 8.6.2011

BMVg, R II 3, Druckschrift Einsatz Nr. 03. Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten, August 2006

BMVg, R II 3, Druckschrift Einsatz Nr. 03. Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten, Juni 2008

BMVg,, Referat PSZ II 8, Stellenangebote für Angestellte und Beamte – Interkultureller Einsatzberater. In: bund.de, 26.1.2010, <www.bund.de/IMPORTE/

Stellenangebote/EDITOR/Bundesministerium-der-Verteidigung/2010/01/45749.html> (letzter Aufruf 26.1.2010)

Der Bundesminister [der Verteidigung], Grundsätze für die Spitzengliederung. Unterstellungsverhältnisse und Führungsorganisation im Bundesministerium der Verteidigung und der Bundeswehr, 21.3.2012, <www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzIzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY4MzAzMzY1NmU3ODc2NjQyMDIwMjAyMDIw/DD-Erlass.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Der Bundesminister der Verteidigung, Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften. Bericht der Kommission des Bundesministers der Verteidigung zur Stärkung der Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in der Bundeswehr vom 31. Oktober 1979, Bonn 1979

Der Bundesminister der Verteidigung, Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften. Bericht zu den Empfehlungen der Kommission des Bundesministers der Verteidigung zur Stärkung der Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in der Bundeswehr vom 31. Oktober 1979, Bonn 1981

Der Bundesminister der Verteidigung, Die Bundeswehr – sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf, [2000], <http://gruppen.tu-bs.de/studver/StudResK/oldhp/eckpfeiler.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Der Bundesminister der Verteidigung, Umgliederung des militärischen Bereichs im BMVtdg, Hamburg-Blankenese 21.3.1970

Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1985

Der Bundesminister der Verteidigung, Weisung zur Inkraftsetzung der Grundsätze für Aufgabenzuordnung, Organisation und Verfahren im Bereich der militärischen Spitzengliederung, Berlin 21.1.2005, <www.asfrab.de/fileadmin/user_upload/media/pdf/BerlinerErlassWeisung.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

German Army Office, Preliminary Basics for the Role of Land Forces in COIN, Köln Juni 2010, <https://ronna-afghan.harmonieweb.org/CTCA/References/DEU%20-%20COIN%20Manual.pdf> (letzter Aufruf 13.7.2011)

Kommission »Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr«, Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Bericht der Kommission an die Bundesregierung, Berlin/Bonn 23. Mai 2000, <http://bendler-blog.de/wp-content/uploads/2010/03/bericht-weizsaecker-kommission.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Leutnantsbuch 78. Offizieranwärterjahrgang des Heeres. Herausgegeben im Auftrag des Inspekteurs des Heeres durch BMVg, Fü H, [2008]

Militärgeschichtliches Forschungsamt, Jagdgeschwader 74 »Mölders« (Neuburg a.d. Donau) Mölders-Kaserne (Visselhövede), Juni 2004

Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany, Pocket Instruction Sheet for Soldiers of the German ISAF Contingent in Afghanistan. Rules for the Use of Military Force, July 2009, <http://defpro.com/index/profile/defence_professionals/downloads/75436574c30af44cb6a563d084fe829da90677ff.pdf> (letzter Aufruf 27.10.2011)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr. Im Auftrag der Bundesregierung hrsg. vom BMVg, Bonn 1970

PRT Faizabad, und ISAF, Willkommen im PRT Faizabad, [2011]

Strukturkommission der Bundeswehr, Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr. Vom Einsatz her denken; Konzentration, Flexibilität, Effizienz, Berlin Oktober 2010, <www.vbb.dbb.de/pdf/bericht_strukturkommission.pdf> (letzter Aufruf 29.4.2012)

Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr, Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr. Abschlussbericht und Empfehlungen, Bonn September 1991

Vorläufiger Bericht für AG 85, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/CD07400/Dokumente/Dokument%20061.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Willmann, Helmut, Leadership. Der militärische Führer im Einsatz – Forderungen für Erziehung und Ausbildung, Bonn Juni 1998

c) Drucksachen des Deutschen Bundestags

Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode
– Drucksache 7/1765 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 1973], 4.11.1974

Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode
– Drucksache 8/2625 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 1978], 6.3.1979

Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode
– Drucksache 10/1604 [Untersuchungsausschuss Kießling-Affäre], 13.6.1984
– Drucksache 10/2946 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 1984], 28.2.1985

Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode
– Drucksache 13/11005 [Rechtsextremismus Bundeswehr], 18.6.1998

Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode
– Drucksache 14/7930 [ISAF-Mandat], 21. Dezember 2001
– Drucksache 14/8252 [»Kontakte zu islamistischen Milizen und Terrororganisationen in Afghanistan«], 15.2.2002

Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode
– Drucksache 15/500 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2002], 11.3.2003
– Drucksache 15/1700 [ISAF-Mandat], 15.10.2003
– Drucksache 15/1806 [Beschlussempfehlung und Bericht ISAF-Mandat], 22.10.2003
– Drucksache 15/2600 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2003], 9.3.2004
– Drucksache 15/3908 [»Bundeswehreinsatz in Kunduz und Faisabad«], 12.10.2004
– Drucksache 15/5000 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2004], 15.3.2005
– Drucksache 15/5996 [ISAF-Mandat], 21.9.2005

Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode
– Drucksache 16/850 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2005], 14.3.2006
– Drucksache 16/1601 [»Kasernennamen und das Traditionsverständnis der Bundeswehr«], 23.5.2006

– Drucksache 16/2380 [»Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe«], 9.8.2006
– Drucksache 16/4700 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2006], 20.3.2007
– Drucksache 16/5082 [»Verbrecherische Wehrmachtsdivision als mögliche Traditionsgeberin für das Kommando Spezialkräfte und die GSG 9«], 20.4.2007
– Drucksache 16/6032 [»Bürokratische Hemmnisse bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr«], 9.7.2007
– Drucksache 16/6099 [»Bisherige Auswirkungen der Transformation der Bundeswehr«], 20.7.2007
– Drucksache 16/6114 [»Einsatz von geschützten Fahrzeugen in Afghanistan«], 23.7.2007
– Drucksache 16/6460 [ISAF-Mandat], 19.9.2007
– Drucksache 16/7938 [»Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent stärken«], 28.1.2008
– Drucksache 16/8200 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2007], 4.3.2008
– Drucksache 16/10650 [Kurnaz-Untersuchungsausschuss], 15.10.2008
– Drucksache 16/10720 [ISAF-Mandat], 29.10.2008
– Drucksache 16/12200 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2008], 26.3.2009
– Drucksache 16/13400 [Abschlussbericht BND-Untersuchungsausschuss, »Schäfer-Bericht«], 18.6.2009
– Drucksache 16/13875 [»Antwort des Staatssekretärs Erich Stather vom 31. Juli 2009 auf schriftliche Anfrage Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP)«], 7.8.2009
– Drucksache 16/14021 [»Grabpflege des Angehörigen der Wehrmacht-Spezialeinheit ›Brandenburg‹ Manfred Oberdörffer in Kabul durch die ISAF«], 8.9.2009

Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode
– Drucksache 17/492 [»Bewaffnete Gruppen in Afghanistan«], 20.1.2010
– Drucksache 17/900 [Jahresbericht Wehrbeauftragter 2009], 16.3.2010
– Drucksache 17/1195 [»Bundeswehreinsatz und Ausbildung im Afghanistan-Konzept der Bundesregierung«], 23.3.2010
– Drucksache 17/1338 [»Rechtlicher Status des Sanitätspersonals der Bundeswehr in Afghanistan«], 9.4.2010
– Drucksache 17/1645 [Schriftliche Fragen], 7.5.2010
– Drucksache 17/1729 [»Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan«], 14.5.2010
– Drucksache 17/2775 [»Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 16. August 2010 eingegangenen Antworten der Bundesregierung«], 20.8.2010
– Drucksache 17/2884 [»Informationspolitik zum Afghanistan-Einsatz«], 8.9.2010
– Drucksache 17/4792 [»Vorläufige Bilanz der deutschen Opfer und Leidtragenden als Folge des ISAF-Einsatzes und zivilpolitischer Maßnahmen in Afghanistan«], 14.2.2011
– Drucksache 17/6201 [»Ehrenbekundungen der Bundeswehr für verstorbene Wehrmachtsangehörige«], 15.6.2011
– Drucksache 17/7400 [Untersuchungsausschuss Tankerbombardierung], 25.10.2011

– Drucksache 17/14632 [»Einladungen und medizinische Behandlung afghanischer Politiker und Milizenführer in Deutschland«], 26.8.2013
– Verteidigungsausschuss als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG, Protokoll Nr. 14 – endgültige Fassung – (Sitzungsteil Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich) 23. März 2010, Stenografisches Protokoll der 14. Sitzung des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG – zugleich 25. Sitzung des Verteidigungsausschusses – am Donnerstag, dem 18.3.2010, 14.00 Uhr Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin, 18.3.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/CD07400/Protokolle/Protokoll%20Nr.%206,%20Teil%20II.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)
– Verteidigungsausschuss als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG, Stenografisches Protokoll der 49. Sitzung des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45a Abs. 2 GG – zugleich 79. Sitzung des Verteidigungsausschusses – am Donnerstag, dem 10.2.2011, 14.00 Uhr Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin, Protokoll Nr. 49 – endgültige Fassung – (Sitzungsteil Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich), 15.2.201[1], <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/CD07400/Protokolle/Protokoll%20Nr.%2049.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode
– Drucksache 18/436 [ISAF-Mandat], 5.2.2014

Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/163, 13.3.1997, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13163.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

Deutscher Bundestag Auswärtiger Ausschuss, 18. Wahlperiode, Mitteilung. Thema der öffentlichen Anhörung: ISAF-Einsatz – Lessons Learned, 20.3.2014, <www.bundestag.de/blob/195790/7dff7e9cd3bf0f6d6b59fd3c5ac0e9cf/to_011_02_04_2014-data.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

d) Dokumente weiterer Bundesbehörden

Bundesnachrichtendienst, Armin Hasenpusch. Generalmajor, Vizepräsident für militärische Angelegenheiten des Bundesnachrichtendienstes [publizierte Vita]

Bundesrechnungshof, Bemerkungen 2009 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes, Bonn Dezember 2009

Bundesrechnungshof, Ergebnisbericht 2002. Folgerungen aus den Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2002, Bonn 2002

Bundesrechnungshof an das Bundesministerium der Verteidigung, Auswertung der Erfahrungen der Bundeswehr aus Auslandseinsätzen, 2005

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Oberst Klein und Hauptfeldwebel Wilhelm wegen des Verdachts einer Strafbarkeit nach dem VStGB und anderer Delikte, hier: Einstellung des Verfahrens gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO [offene Version], Karlsruhe 16.4.2010, <www.generalbundesanwalt.de/docs/einstellungsvermerk20100416offen.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2015)

e) Dokumente der NATO und ISAF

Afghanistan Agreements. A Collection of Official Texts from 2001 to 2011. Report from NATO Civil-Military Fusion Centre, [2012], <www.cimicweb.org/cmo/afg/Documents/Governance/CFC_Afghanistan_Agreements_June2012.pdf> (letzter Aufruf 22.8.2012)

Declaration by the North Atlantic Treaty Organisation (NATO) and the Government of the Islamic Republic of Afghanistan on an Enduring Partnership, 20.11.2010, <www.nato.int/nato_static/assets/pdf/pdf_2010_11/20101120_101120-declaration.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

IJC, PRT Conference Break Out #3 [Microsoft-Power-Point-Präsentation], 16.3.2010

International Security Assistance Force [placemat], 2.1.2007, <www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat_archive/isaf_placemat_070129.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

International Security Assistance Force [placemat], 1.12.2008, <www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat_archive/isaf_placemat_081201.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

ISAF, Campaign Plan Summary (Unclassified), November 2008, <www.smallwarsjournal.com/documents/isafcampaignplansummary.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

ISAF, International Security Assistance Force (ISAF). Key Facts and Figures, 15.5.2012, <www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

ISAF, International Security Assistance Force and Afghan National Army Strength & Laydown, 1.2.2010, <www.isaf.nato.int/images/stories/File/Placemats/20100201%20Placemat.pdf> (letzter Aufruf 26.8.2011)

ISAF, Key Facts and Figures, Juni 2011, <www.isaf.nato.int/images/stories/File/Placemats/110606-isaf-placemat.pdf> (letzter Aufruf 7.7.2011)

ISAF, Provincial Reconstruction Team Handbook, 14.6.2006

ISAF HQ, COMISAF's Initial Assessment, August 2009, <http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment_Redacted_092109.pdf?sid=ST2009092003140> (letzter Aufruf 31.3.2015)

ISAF HQ, (Threat Report) Attack Threat RPT Faizabad. In: Wikileaks. Afghanistan War Logs, 7.2.2007, <http://app.owni.fr/warlogs/index.php?back&ecran=2&key=772ABBA7-2219-0B3F-9F9DFB31164C6B7D> (letzter Aufruf 31.7.2013)

ISAF PRT Handbook, 3 February 2007

ISAF PRT Handbook, March 2009

Leadership. ISAF Headquarters. In: isaf.nato.int, 2012, <www.isaf.nato.int/leadership.html> (letzter Aufruf 10.8.2012)

Leadership. ISAF Headquarters. In: isaf.nato.int, 2009, <http://web.archive.org/web/20091207122116/http://www.isaf.nato.int/en/about-isaf/leadership/> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Military Technical Agreement between the International Security Assistance Force (ISAF) and the Interim Administration of Afghanistan (»Interim Administration«), 4.1.2002

Miranda-Calha, Julio, NATO's Out-of-Area Operations, November 2005 (= NATO Parliamentary Assembly 168 DSC 05 E bis)
NATO, AJP-3.9.2. Land Targeting, May 2006
NATO, Allied Joint Doctrine. AJP-01(D), December 2010, <www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/33694/AJP01D.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
NATO, Allied Joint Doctrine for Counterinsurgency (COIN). AJP-3.4.4, February 2011
NATO, ISAF's Strategic Vision, 3.4.2008, <www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/nato240408isaf_/NATO240408ISAF_EN.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
NATO, NATO's Operations. 1949 – Present, <www.aco.nato.int/resources/21/NATO%20Operations,%201949-Present.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Public Diplomacy Division NATO, NATO Handbook, Brussels 2006
RC East, Stability Operations, May 2011, <http://info.publicintelligence.net/USArmy-StabilityOps.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
SACEUR OPLAN 10302 (Revise 1) ISAF [unclassified]. Ed. by Supreme Headquarters Allied Powers Europe, December 2005, <www.ft.dk/samling/20051/UM-del/Bilag/44/242709.PDF> (letzter Aufruf 31.3.2015)

f) Dokumente von staatlichen US-Institutionen

AB Afghanistan, 03 September 2009 TIC [Wortprotokoll des Funkverkehrs der Piloten], <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/CD07400/Dokumente/Document%20060.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Asymmetric Warfare Group, Afghan Key Leader Engagement (KLE), October 2009 (= Tactical Pocket Reference. A Guide for U.S. Forces), <http://info.publicintelligence.net/AWG-KeyLeaderEngagement.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan. Report to Congress in Accordance with the 2008 National Defense Authorization Act (Section 1230, Public Law 110-181), June 2008
Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan, June 2009
Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan, October 2009
Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan and United States Plan for Sustaining the Afghanistan National Security Forces, April 2010
Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan, November 2010
Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan and United States Plan for Sustaining the Afghanistan National Security Forces, April 2011
Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan, October 2011

Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan. United States Plan for Sustaining the Afghanistan National Security Forces, April 2012

Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan, December 2012

Department of Defense, Report on Progress toward Security and Stability in Afghanistan, July 2013

Department of Defense Commander U.S. Joint Forces Command, Assessment of Effects Based Operations, Norfolk, VA 14.8.2008

Embassy Berlin, Defense Minister zu Guttenberg Reveals Struggle with FM Westerwelle on Troop Increase for Afghanistan. In: WikiLeaks. Secret US Embassy Cables, 4.2.2010, <http://wikileaks.org/cable/2010/02/10BERLIN157.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Embassy Kabul, Afghanistan. A Snapshot of the Northeast. In: WikiLeaks. Secret US Embassy Cables, 17.5.2009, <http://wikileaks.org/cable/2009/05/09KABUL1239.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Embassy Kabul, Cabinet Rumors – Ten Days before Inauguration. In: WikiLeaks. Secret US Embassy Cables, 10.11.2009, <www.wikileaks.org/plusd/cables/09KABUL3625_a.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Embassy Kabul, Kunduz Authorities Turn to Militias as Security Deteriorates. In: WikiLeaks. Secret US Embassy Cables, 19.10.2009, <http://wikileaks.org/cable/2009/10/09KABUL3366.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Embassy Kabul, Kunduz Governor Nervous as Security Trends Negative. In: WikiLeaks. Secret US Embassy Cables, 20.11.2008, <http://wikileaks.org/cable/2008/11/08KABUL3025.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Embassy Kabul, PRT/Kunduz: Better than its Reputation. In: WikiLeaks. Secret US Embassy Cables, 3.9.2006, <http://wikileaks.org/cable/2006/09/06KABUL3934.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Embassy Kabul, Response To German Request For Reconsideration of IV Program for Afghan Governor. In: WikiLeaks. Secret US Embassy Cables, 5.11.2007, <http://wikileaks.org/cable/2007/11/07KABUL3754.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Feith, Douglas J., Info Memo for Secretary of Defense. In: War and Decision. Inside the Pentagon at the Dawn of the War on Terrorism, 11.10.2001, <www.waranddecision.com/docLib/20080420_AfghanistanStrategy.pdf> (letzter Aufruf 22.8.2012)

Field Manual 3-24/Marine Corps Warfighting Publication 3-33.5. Counterinsurgency, Washington, DC, December 2006

Matthew P. Hoh an Ambassador Nancy J.Powell, 10.9.2009, <www.washingtonpost.com/wp-srv/hp/ssi/wpc/ResignationLetter.pdf?sid=ST2009102603447> (letzter Aufruf 8.6.2015)

Memorandum, Rumsfeld to Cambone. In: The Rumsfeld Papers, 12.9.2003, <www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB370/docs/Document%203.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Mission US NATO, Communique of the December 2-3 NATO Foreign Ministers' Meeting, Part 1 of 2. In: Wikileaks. Secret US Embassy Cables, 3.12.2008,

<http://wikiLeaks.org/cable/2008/12/08USNATO448.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Mission US NATO, ISAF Comprehensive Strategic Pol-Mil Plan (CSPMP). In: WikiLeaks. Secret US Embassy Cables, 18.6.2008, <http://wikileaks.org/cable/2008/06/08USNATO212.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Mission US NATO, North Atlantic Council Readout January 24, 2007. In: WikiLeaks. Secret US Embassy Cables, 25.1.2007, <http://wikileaks.org/cable/2007/01/07USNATO46.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)
My Cousin's Enemy is My Friend. A Study of Pashtun »Tribes« in Afghanistan, Fort Leavenworth, KS 2009 (= Afghanistan Research Reachback Center White Paper TRADOC G2 Human Terrain System United States Army), <www.box.com/index.php?rm=box_download_shared_file&shared_name=hb9qz0ww0c&file_id=f_745176718&rss=1> (letzter Aufruf 12.6.2015)
Paganini, John M., FM 3-24, Counterinsurgency, Revision Issue Paper #3 – Clear-Hold-Build, Fort Leavenworth, KS 20.1.2012, <http://usacac.army.mil/cac2/AIWFC/repository/FM3-24%20Revision%20IP%203%20Clear%20Hold%20Build.pdf> (letzter Aufruf 4.7.2012)
President of the United States, The National Security Strategy of the United States of America, September 2002
Rumsfeld, Donald, Draft for Discussion. U.S. Strategy in Afghanistan. In: The Rumsfeld Papers, 16.10.2001, <http://library.rumsfeld.com/doclib/sp/279/2001-10-30%20to%20Doug%20Feith%20re%20Strategy.pdf#search=%22us%20strategy%20in%20afghanistan%22> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Rumsfeld, Donald, Staffing PRTs in Afghanistan. In: The Rumsfeld Papers, 18.8.2006, <http://library.rumsfeld.com/doclib/sp/451/2006-08-18%20to%20Hadley%20re%20Staffing%20PRTs%20in%20Afghanistan.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
U.S. Army National Ground Intelligence Center, Complex Environments. A Socio-political Assessment of Corruption in Afghanistan, 2009, <http://cryptome.org/dodi/af-corruption.pdf> (letzter Aufruf 17.2.2014)

g) Sonstige Dokumente

Agreement on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-establishment of Permanent Government Institutions, Bonn December 2001
Geulen & Klinger an Bundesminister Dr. Karl-Theodor Freiherrn zu Guttenberg: Bombardement bei Kunduz am 04. September 2009, 20. Mai 2010
Kabul Conference Communiqué. A Renewed Commitment by the Afghan Government to the Afghan People – A Renewed Commitment by the International Community to Afghanistan, 20.7.2010
Netherlands Delegation, Afghanistan – Security Services in Communist Afghanistan (1978–1992). AGSA, KAM, KhAD and WAD, Brussels 26.4.2001
UNHCR Sub-Office MAZAR-i-SHARIF, District Profile Ali Abad, 12.9.2002
UNHCR Sub-Office MAZAR-i-SHARIF, District Profile Archi, 12.9.2002
UNHCR Sub-Office MAZAR-i-SHARIF, District Profile Chahar Dara, 12.9.2002

UNHCR Sub-Office MAZAR-i-SHARIF, District Profile Khan Abad, 4.8.2002
VN-Sicherheitsrats-Resolution 1386 (2001)
VN-Sicherheitsrats-Resolution 2120 (2013)

h) Erfahrungsberichte von Beteiligten

5 Jahre Einsatzführungskommando der Bundeswehr. Red.: Lothar Schulz, Bonn 2006 (= Wehrtechnischer Report, 8)

Angermayer, Meinrad, »Law and Order« in Nordafghanistan. Sicherheitsoffensive in der Provinz Kunduz. Deutsches Einsatzkontingent verfügt jetzt über CH 53 Hubschrauber. In: Der Infanterist, 1/2004, S. 55–57

Auer, Georg, Deutsch-Französische Brigade zurück aus Afghanistan. In: Der Infanterist, 1/2005, S. 71–74

Auer, Georg, Unterstützung auf dem Weg zu Frieden, Freiheit und Wohlergehen. KMNB: Unterstützung der afghanischen Sicherheitspartner. In: Europäische Sicherheit, 54 (2005), 9, S. 48–52

B., Tapfer und treu. Im Einsatz als Infanteriekompanie in Kunduz. In: Der Deutsche Fallschirmjäger, 5/2010, S. 5–8

Barno, David W., Fighting »The Other War«. Counterinsurgency Strategy in Afghanistan, 2003–2005. In: Military Review, 87 (2007), 5, S. 44–37

Battleground Western Europe. Intelligence Operations in Germany and the Netherlands in the Twentieth Century. Ed. by Ben De Jong, Wies Platje and Beatrice De Graaf, Apeldoorn 2008

Baumer, Jürgen, EAKK etwas Neues oder doch nur »Altes« in neuen Begriffen. Eine Anregung zum Nachdenken. In: Der Infanterist, 1/2007, S. 27–30

Beckman, Steve, From Assumption to Expansion. Planning and Executing NATO's First Year in Afghanistan at the Strategic Level, Carlisle, PA 2005 (= USAWC Strategy Research Project)

Beckmann, Dirk, Ein tierischer Einsatz. In: Generation Einsatz, S. 47–59

Bewährungsproben einer Nation. Die Entsendung der Bundeswehr ins Ausland. Hrsg. von Christoph Schwegmann. Mit einem Vorw. von Volker Rühe, Berlin 2011

Blotz, Josef, Erfahrungen eines Truppenführers im Afghanistan-Einsatz. In: Der Infanterist, 1/2008, S. 11–16

Blumröder, Christian von, Partnering: Auflage, Auftrag und Chance. Erfahrungen des 1. Kontingents Ausbildungs- und Schutzbataillon Kunduz von Juli 2010–Januar 2011. In: Der Deutsche Fallschirmjäger, 3/2011, S. 5–13

Bockholt, Dennis, Die Logistiktruppe – ein wichtiger Bestandteil für die Unterstützung der Bundeswehr in Auslandseinsätzen. In: Der Blaue Bund, 21 (2011), 41, S. 21–27

Bohnert, Marcel, 200 Tage Kunduz. Als Kampfkompanie in Afghanistan, 5.12.2012, <www.youtube.com/watch?v=cwGTWcTvPv0&list=PLeKRBmqOZONUU3ex8Qh7WruVXiZX8gDB2&index=1> (letzter Aufruf am 31.3.2015)

Bohnert, Marcel, und Friedrich Schröder, Ein Einsatz, zwei Welten – »Drinnies« und »Draußies« in Afghanistan. In: Zu Gleich, 2/2011, S. 6–9

Bombelka, Christian-David [u.a.], Panzerartillerielehrbataillon 345 im Afghanistan-Einsatz. In: Zu Gleich, 1/2008, S. 14–17

Brandstetter, Gerd, Nation Building in Afghanistan. The German Provincial Reconstruction Team Concept – Means to Improve Efficiency of Effort?, Carlisle, PA 2005 (= USAWC Strategy Research Project)

Brinkmann, Sascha, Corporate Mission – Operation Naiad Kuistani III. Gelebte Multinationalität im Einsatz: Das FschJgBtl 313 in Afghanistan. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 2/2008, S. 20–23

Brooking, Steve, Early ISAF. »The Good Old Days«. In: Snapshots of an Intervention, S. 57–62

Brügner, Gunnar, und Matthias Ehbrecht, Erfahrungen aus der ersten deutschen Quick Reaction Force im Regionalkommando Nord. In: Europäische Sicherheit, 58 (2009), 6, S. 55–59

Buchholz, Christine, und Jan van Aken, Reisebericht Afghanistan, 29. Januar bis 3. Februar 2010, <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7777295034.pdf&usg=AFQjCNGFkYDrVKGEZHDnHiWyHw42pu3rAA&bvm=bv.47008514,d.bGE> (letzter Aufruf 28.5.2013)

Bush, George W., Decision Points, New York 2010

Butler, Carl-Hubertus von, Der Beginn des deutschen Engagements in Afghanistan. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 6/2010, S. 12 f.

Carstens, Nikolaus, Das Ausbildungs- und Schutzbataillon Mazar-e-Sharif 1 im DEU 24. EinsKtgt. ISAF. In: Der Infanterist, 2/2011, S. 32–35

Cihar, Jan, Die 2./Panzergrenadierbataillon 122 im Einsatz als 2. Infanteriekompanie PRT KUNDUZ. In: Der Panzergrenadier, 28 (2010), S. 77–79

Clair, Johannes, Vier Tage im November. Mein Kampfeinsatz in Afghanistan, Berlin 2012

Clarke, Richard A., Against all Enemies. Inside America's War on Terror, New York [u.a.] 2004

Dänner, Axel Helmut, Jan Timmering und Bernhard Schmidt-Eversheim, Das Militärische Nachrichtenwesen. In: Wehrtechnik, 40 (2008), 5, S. 68–72

Damm, Jürgen, und Dietrich Dauelsberg, 30 Jahre Offizierausbildung im Heer. In: Truppenpraxis, 29 (1985), 6, S. 557–565

Daniels, Guenther, Does the Bundeswehr Learn from its Operational Experiences?, Fort Leavenworth, KS 2009 (= School of Advanced Military Studies, United States Army Command and General Staff College)

Dau, Klaus, Der Rechtsberater der Bundeswehr – ein Berufsbild im Wandel. In: NZWehrr, 6/2005, S. 221–234

Davis, Daniel L., Dereliction of Duty II. Senior Military Leaders' Loss of Integrity Wounds Afghan War Effort, 6.2.2012, <http://publicintelligence.net/u-s-army-whistleblower-report-senior-military-leaders-loss-of-integrity-wounds-afghan-war-effort/> (letzter Aufruf 23.2.2014)

Denney III, Marshall, U.S.-NATO Command and Control. An Ad Hoc Relationship, Newport, RI 2002 (= Naval War College), <www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA401191> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Döbel, Tino, Panzergrenadierbataillon 391. Ein paar wichtige Tips aus dem 20. DtEinsKtgt ISAF KUNDUZ. In: Der Panzergrenadier, 27 (2010), S. 82–84

Eberbach, Heinz-Eugen, Neuorientierung des Militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr. In: Europäische Sicherheit, 51 (2002), S. 13–21
Eckhold, Robert, Fallschirmjäger in Kunduz. Wir kamen, um zu helfen, und erlebten den perfiden Terror!, Limbach-Oberfrohna 2010
Eide, Kai, Power Struggle over Afghanistan. An Inside Look at What Went Wrong – and What We Can Do to Repair the Damage, New York 2012
Eikenberry, Karl, The Limits of Counterinsurgency Doctrine in Afghanistan. The Other Side of the COIN. In: International Affairs, 92 (2013), 5, <www.foreignaffairs.com/articles/139645/karl-w-eikenberry/the-limits-of-counterinsurgency-doctrine-in-afghanistan> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Einsatz der Bundeswehr im Ausland. Rechtsgrundlagen und Rechtspraxis. Hrsg. von Dieter Weingärtner, Baden-Baden 2007 (= Forum Innere Führung, 27)
Einsatzplanung im Einsatzführungskommando der Bundeswehr. In: 5 Jahre Einsatzführungskommando, S. 12 f.
Fehr, Michell, Die Heeresaufklärer. Eine neue Truppengattung und ein neues Ausbildungszentrum. In: Europäische Sicherheit, 58 (2009), 7, S. 44–48
Feith, Douglas J., War and Decision. Inside the Pentagon at the Dawn of the War on Terrorism, New York 2009
Feldnachrichtenzug 14 im Einsatz. In: Aufklärer. Mitteilungsblatt Kameradschaft PzAufklBtl 6 und seiner Traditionsverbände, 43 (2006), 2, S. 9–11
Fischer, Joschka, I'm not convinced. Der Irakkrieg und die rot-grünen Jahre, Köln 2011
Flynn, Michael T., Matt Pottinger and Paul D. Batchelor, Fixing Intel. A Blueprint for Making Intelligence Relevant in Afghanistan, Washington, DC 2010 (= Voices from the Field)
Freuding, Christian, Im Felde – die Sicht des Soldaten. In: Bewährungsproben einer Nation, S. 197–208
Freytag, Konrad, Operation Afghanistan – ein Situationsbericht. In: Europäische Sicherheit, 53 (2004), 8, S. 8–11
Fritz, Hans-Werner, Umgliederung erfolgt – das Regionalkommando Nord im Herbst 2010. In: Der Deutsche Fallschirmjäger, 6/2010, S. 9–11
Funke, Gerald, Materialerhaltung im Einsatz – aktuelle Aspekte aus operativer Sicht. In: Der Blaue Bund, 20 (2010), 40, S. 15–20
Ganser, Helmut W., Technokraten in Uniform. Zur inneren Krise der Bundeswehr. In: Technokraten in Uniform, S. 13–80
Gates, Robert Michael, Duty. Memoirs of a Secretary at War, New York 2014
Generation Einsatz. Fallschirmjäger berichten ihre Erfahrungen aus Afghanistan. Hrsg. von Sascha Brinkmann und Joachim Hoppe, Berlin 2010
Glatz, Rainer Lutz, Bundeswehr in Afghanistan. Eine Lageeinschätzung. In: Europäische Sicherheit, 58 (2009), 5, S. 26–30
Glawatz, Henning, Flug ins Ungewisse. Die Operation Libelle. In: Von Kambodscha bis Kosovo, S. 295–307
Groeters, Thomas, German General Staff Officer Education and Current Challenges, Fort Leavenworth, KS 2006 (= School of Advanced Military Studies, United States Army Command and General Staff College)

Grohmann, Hans-Christoph, Thorsten Kasper und Jan Hecht, Der Einsatz der QRF 3 in Afghanistan vom 14.04. bis 18.10.2009. In: Der Panzergrenadier, 26 (2009), S. 21–27

Groos, Heike, Ein schöner Tag zum Sterben. Als Bundeswehrärztin in Afghanistan, Frankfurt a.M. 2009

Grossman, Luke G., Command and General Staff Officer Education for the 21st Century. Examining the German Model, Fort Leavenworth, KS 2002 (= School of Advanced Military Studies, United States Army Command and General Staff College)

Grumer, Sebastian, Stabilität und Erfolg durch Initiative. Betrachtungen des Einsatzes der Verstärkungskräfte 15. und 16. Einsatzkontingent in Kunduz von Februar bis Juni 2008. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 5/2008, S. 31–35

Grunewald, Axel [u.a.], IED-Bedrohung und Counterinsurgency in Kunduz. Erfahrungen des Fallschirmjägerbataillons 373. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 2/2008, S. 23–26

Guttenberg, Karl-Theodor zu, Rede auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz, 7.2.2010, <www.securityconference.de> (letzter Aufruf 30.7.2010)

H., 270 Tage Afghanistan – mein Fazit. In: Mit der Panzergrenadierbrigade 37, S. 33–38

H., Gefechtserfahrungen in Kunduz. In: Der Panzergrenadier, 37 (2010), S. 117–123

H., Enrico, Kämpfen bis zur Erschöpfung. In: Mit der Panzergrenadierbrigade 37, S. 110–117

Hahn, Steffen, Arbeit im multinationalen Umfeld. In: Generation Einsatz, S. 226–237

Hannemann, Andreas, Volker Bergander und Axel Dohmen, Das Projekt »Counterinsurgency« – Erfahrungen, Strategien und Aussichten unter besonderer Berücksichtigung des ressortübergreifenden Ansatzes. In: Der Panzerspähtrupp, 50 (2013), S. 10–12

Hartmann, Gerhard, Zurück aus Kunduz – angekommen in der Heimat. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 2/2009, S. 24

Hasenpusch, Armin, Das Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr. In: Europäische Sicherheit, 51 (2002), 6, S. 7–11

Haske, Wolfgang, »Mama 1«. Drei Mal als Kompaniefeldwebel am Hindukusch. In: Generation Einsatz, S. 146–174

Hauer, F. [u.a.], Deutsche Militärchirurgen im Auslandseinsatz. Lebens- und Arbeitsbedingungen. In: Der Unfallchirurg, 113 (2010), 2, S. 91–98

Heldt, Christian, Die Regierung beschließt einen Einsatz – ein Blick in die Zusammenarbeit der Ministerien. In: Bewährungsproben einer Nation, S. 115–125

Henkel, Oliver, und Michael Louzri, Towse a Gharb Zwo. Fallschirmjäger führen Luftlandeoperation (LLOp) in Afghanistan durch. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 1/2012, S. 5–10

Heyst, Norbert van, Der deutsche Beitrag zur ISAF in Afghanistan. In: Entschieden für Frieden, S. 615–631

Hillier, Rick, A Soldier First. Bullets, Bureaucrats and the Politics of War, Toronto 2010

Hintermeyer, Thomas, Als Reservist im Einsatz in Afghanistan. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 3/2010, S. 24
Hoffmann, Jan, Krieg mit Worten. In: Der Panzergrenadier, 23 (2008), S. 11–14
Holz, Nicolas, Die verstärkte 2./Quick Reaction Force 4 in KUNDUZ. In: Der Infanterist, 28 (2010), 2, S. 28–32
Holzapfel, Tim, Es war nicht »Bad Kunduz« – Erfahrungen im ersten Einsatzkontingent Kunduz 2003. In: Generation Einsatz, S. 60–74
Hope, Ian, Unity of Command in Afghanistan. A Forsaken Principle of War, Carlisle, PA 2008 (= Carlisle Paper)
Jertz, Walter, Einsatz der Luftwaffe über Bosnien. In: Von Kambodscha bis Kosovo, S. 136–153
Keul, Katja, Reisebericht Afghanistan 13. bis 17. Mai 2012, <http://katja-keul.de/userspace/NS/katja_keul/Dokumente_2012_2/120519_Reisebericht_Katja_Keul_Afgfhanistan_13._-17.05.12.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Klix, Daniela, Panzergrenadierbataillon 122. Gemeinsame Zeit war prägend. In: Der Panzergrenadier, 28 (2010), S. 74–76
Klumb, David-Lior, Mit der 3./QRF 3 in Afghanistan, Norderstedt 2011
Knop, Korvin, Anforderungsprofil und Herausforderungen. Der militärische Vorgesetzte im Kontext sicherheitspolitischer Veränderungen. In: Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur, S. 147–154
Koch, Michael, Die Forward Support Base in Masar-e-Sharif. Logistische Basis eines multinationalen Einsatzes. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 2/2008, S. 7–8
König, Josef, Recht und Einsatz. »Von Rechtsunsicherheit kann keine Rede sein«. In: Kompass. Soldat in Welt und Kirche, 3/2010, S. 9 f.
Koenigs, Tom, Das eigene Bild von der Lage vor Ort. Oder ein Abgeordneter ist kein Impala-Bock – Eine Polemik. In: Deutschland in Afghanistan, S. 95–99
Koenigs, Tom, Machen wir Frieden oder haben wir Krieg? Auf UN-Mission in Afghanistan. Hrsg. von Joscha Schmierer, Berlin 2011
Kohl, Helmut, Erinnerungen 1990–1994, München 2007
Komer, R.W., Bureaucracy does its Thing. Institutional Constraints on U.S.-GVN Performance in Vietnam, Santa Monica, CA 1972 (= R-967-ARPA)
Konertz, Martin, Das Kommando Strategische Aufklärung. Unterstützung der Kräfte im Einsatz. In: Wehrtechnik, 40 (2008), 1, S. 62–68
Krulak, Charles C., The Strategic Corporal. Leadership in the Three Block War. In: Marines Magazine, 1/1999, S. 18–22
Küster, Ulrich, Militärisches Nachrichtenwesen im Einsatz. In: Von Kambodscha bis Kosovo, S. 225–232
Larsen, Uwe, Einsatz in einem komplexen und dynamischen Umfeld – Counter Insurgency [sic!]. In: Europäische Sicherheit, 58 (2009), 5, S. 36–39
Lechtape, Philip, Die zukünftige Rolle der Nachrichtendienste. Herausforderungen am Beispiel des Bundesnachrichtendienstes. In: Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur, S. 321–335
Lindemann, Marc, Unter Beschuss. Warum Deutschland in Afghanistan scheitert, Berlin 2010

Linnenkamp, Hilmar, Neue Aufgaben der Bundeswehr – alte Ausbildung? In: Sicherheit und Frieden, 16 (1997), 3, S. 166–171

Lob für deutsche Truppe in Afghanistan von General Petraeus unter Verweis auf die deutsche Militärtradition. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 5/2010, S. 16

Löser, Wolf-Dieter, Mit dem Eurokorps in Afghanistan. In: Der Infanterist, 1/2005, S. 70 f.

Luftlandebrigade 26: Auftrag für eine gesicherte Zukunft. In: Der Infanterist, 1/2008, S. 24–26

M., »Smalltalk« mit Händen und Füßen. In: Der Panzergrenadier, 37 (2010), S. 126–131

McChrystal, Stanley A., My Share of the Task. A Memoir, New York 2013

Maninger, Stephan, und Thomas Hastreiter, Deutsche Spezialkräfte. Der Faktor »Mensch« – Herausforderungen und Anforderungen an das Humankapital in der veränderten Sicherheitsrealität. In: Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur, S. 175–186

Mann, Robert Clifford, German Warriors. In: Deutschland in Afghanistan, S. 139–153

Martin, Grant, A Tale of Two Design Efforts (and Why They Both Failed in Afghanistan). In: Small Wars Journal, 7.7.2011, <http://smallwarsjournal.com/blog/journal/docs-temp/809-martin.pdf> (letzter Aufruf 12.6.2015)

Mit der Panzergrenadierbrigade 37 »Freistaat Sachsen« im Einsatz: April 2009 bis März 2010. Erlebnisse von Soldaten im Einsatzjahr der Brigade. Hrsg. von Panzergrenadierbrigade 37 »Freistaat Sachsen«, Frankenberg 2010

Model, Hansgeorg, Der deutsche Generalstabsoffizier. Seine Auswahl und Ausbildung in Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr, Frankfurt a.M. 1968

Model, Hansgeorg, und Jens Prause, Generalstab im Wandel. Neue Wege bei der Generalstabsausbildung in der Bundeswehr, München 1982

Moritz, Günther, Rechtsberater in den Streitkräften. In: NZWehrr, 1976, S. 239–250

Nachtwei, Winfried, Afghanistan-Besuch im Oktober 2006: Zwischen Anschlagsgefahren und Aufbaufortschritten (mit Exkurs zum Streit über den ISAF-Einsatz in Süd-AFG), 24.11.2006, <http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&catid=81&aid=440> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Nachtwei, Winfried, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Von der Stabilisierung zur Aufstandsbekämpfung, Februar 2011, <www.nachtwei.de/downloads/beitraege/Nachtwei-Buchbeitrag-NL-11-10.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Nachtwei, Winfried, Aufbau im Schatten von Guerillakrieg und Aufstandsbekämpfung. Dt. Afghanistan-Engagement vor dem 10. Einsatzjahr, Dezember 2010, <www.nachtwei.de/downloads/bericht/AFG-RBericht-8-10.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Nachtwei, Winfried, Besuch in Nord-Afghanistan. Hoch kritische Monate, 24.7.2006, <http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&catid=368s&aid=1239> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Nachtwei, Winfried, Besuch in West-, Süd-, Zentral-, Nord-Afghanistan. Viele Lichtblicke bei immer mehr Düsternis, 15.9.2008, <www.nachtwei.de/downloads/bericht/sommer2008_reisebericht-afgh_nachtwei> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Nachtwei, Winfried, Delegationsbesuch der »ISAF-Insel« PRT Kunduz am 31. Januar 2004, <www.nachtwei.de/downloads/kunduz_besuch_01_2004.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Nachtwei, Winfried, Erste, aber flackernde Lichtblicke seit Jahren – Kurzbesuch in Mazar-e Sharif und Kunduz, Juli 2011
Nachtwei, Winfried, Evaluation deutscher Auslandseinsätze, 1994–2009, [2012], <http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1158> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Nachtwei, Winfried, Jenseits der Wagenburgen – Endlich voll die Chancen nutzen! Bericht von meiner letzten Abgeordnetenreise nach Kabul, Mazar-e Sharif und Feyzabad, Oktober 2009, <www.nachtwei.de/downloads/bericht/reise_afghanistan_sept-2009.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Nachtwei, Winfried, (Klein-)Krieg bei Kunduz – Weizenrekordernte nebenan. Besuch in Kabul und Kunduz Mitte Juni 2009, 22.7.2009, <http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&catid=11&aid=886> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Nachtwei, Winni, Beobachtungen beim Besuch der PRTs in Feyzabad und Kunduz am 26.9.2004, 27./30.9.2004, <www.nachtwei.de/downloads/bericht/feyza_bericht_30092004.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Nachtwei, Winni, Zur ISAF-Verlängerung. Auf verlorenem Posten in Kunduz und Faizabad?, 23.9.2004, <www.konfliktbearbeitung.de/downloads/file402.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Oestmann, Rainer, Dazu befehle ich ...! Handbuch für militärische Führer, Regensburg 1992; 6. Aufl., Regensburg 2008
Oldenburgische Luftlandebrigade 31 in Afghanistan. Ein Land, ein Einsatz – unterschiedliche Erfahrungen. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 6/2007, S. 23–25
Otto, Jan, Bericht vom Auslandseinsatz LLPiKp 270 im Jahre 2007. Teile PiZug MES. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 6/2008, S. 24–27
Paare, Marc, Aufklärung als Schlüssel zum Erfolg. Die Erfahrung der gemischten Aufklärungskompanie in der Operation »Harekate Yolo II« vom 8.10. bis 9.11.2007. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 2/2008, S. 17–20
Palmroth, Steffen, Sniper at Work. In: Generation Einsatz, S. 120–133
Quandt, Winfried, Operative Führung. Mythos zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Europäische Sicherheit, 52 (2003), 5, S. 11–13
Reijn, Joop van, Germany and the Netherlands in the Headquarters of the International Security Assistance Force in Afghanistan (ISAF). An Intelligence Perspective. In: Battleground Western Europe, S. 217–235
Reinhardt, Klaus, KFOR Streitkräfte für den Frieden, Düsseldorf 2002
Rice, Condoleezza, No Higher Honor. A Memoir of my Years in Washington, New York 2011
Riechmann, Friedrich, Ein Jahr Einsatzführungskommando der Bundeswehr. In: Soldat und Technik, 45 (2002), 10, S. 6–14
Rohrschneider, Kai, Einsatz als PRT-Kommandeur in Kunduz. In: Das schwarze Barett, 43 (2010)
Ropers, Frank, Embargo-Überwachung in der Adria. In: Von Kambodscha bis Kosovo, S. 101–119

Rosch, Oswald, Schauplatz Afghanistan. Das Provincial Reconstruction Team Kunduz. In: Der Infanterist, 2/2011, S. 29
Roth, Afghanistan und Deutschland im zehnten Kriegsjahr. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 1/2012, S. 11 f.
Rumsfeld, Donald, Known and Unknown. A Memoir, New York [u.a.] 2011
Schelleis, Gabriela, Bürokratieabbau. Anwendung und Erfahrungen im Verteidigungsressort. In: Neuausrichtung der Bundeswehr, S. 153–164
Schiebold, Kurt Helmut, KUNDUZ – eine Herausforderung. In: Der Deutsche Fallschirmjäger, 2/2004, S. 17 f.
Schlenker, Manfred, Erfahrungen aus dem 2. ISAF-Kontingent in Afghanistan. In: Europäische Sicherheit, 52 (2003), 5, S. 14–20
Schlenker, Manfred, Soldaten der Luftlandebrigade 26 – Saarland – in Afghanistan, Teil 1: Bericht von Brigadegeneral Manfred Schlenker. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 2/2003, S. 14–16
Schulte, Bernd, Die »Oldenburgische« Luftlandebrigade 31 im Einsatz im Norden von Afghanistan. In: Der Deutsche Fallschirmjäger, 2/2008, S. 5 f.
Schulze, Carl, Deutsche Truppen im Afghanistan-Einsatz. ISAF – 19 Nationen sichern den Frieden in und um Kabul. In: Deutsches Waffen-Journal, 38 (2002), 6, S. 90–99
Schwitalla, Artur, Afghanistan, jetzt weiß ich erst... Gedanken aus meiner Zeit als Kommandeur des Provincial Reconstruction Team FEYZABAD, Berlin 2010
Sellin, Lawrence, Outside View: PowerPoints ›R‹ Us. In: Breitbart, 24.8.2010, <www.breitbart.com/article.php?id=upiUPI-20100823-112700-2345&show_article=1> (letzter Aufruf 25.7.2011)
Stahlschmidt, Henning, Das Aufklärungsbataillon der Stabilisierungskräfte nach der Struktur und Fähigkeitsanalyse Neues Heer. In: Wehrtechnik, 41 (2009), 3, S. 122–127
Stauch, Georg, Kommando Führung Operationen von Spezialkräften (KdoFOSK). In: Wehrtechnik, 40 (2008), 5, S. 40–45
Stockfisch, Dieter, Das Führungszentrum der Bundeswehr. In: Von Kambodscha bis Kosovo, S. 183–186
Stöhr, Gerhard, Soldaten der Bundeswehr – Verteidiger des Rechts. In: Der Panzergrenadier, 27 (2010), S. 9–14
Struck, Peter, So läuft das. Politik mit Ecken und Kanten, Berlin 2010
Technokraten in Uniform. Die innere Krise der Bundeswehr. Hrsg. von Helmut W. Ganser, Reinbek bei Hamburg 1980
Theiler, Olaf, Deutschland und die NATO. In: Deutsche Sicherheitspolitik, S. 288–327
Trabucchi, Rob, Evaluation of the Enemy Situation. The Role of the G2 in the German Military Decision-Making Process (MDMP). In: Military Intelligence Professional Bulletin, 29 (2003), 1, S. 52–54, <www.fas.org/irp/agency/army/mipb/2003_01.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Trenzinger, A., Handeln ins Ungewisse. Führung einer Kompanie im Einsatz in Afghanistan unter Berücksichtigung des Kampfes gegen irreguläre Kräfte. In: Der Deutsche Fallschirmjäger, 6/2010, S. 25–30

Treuner, Stephan, Die Heeresaufklärungstruppe. Eine neue Truppengattung stellt sich vor. In: Europäische Sicherheit, 55 (2006), 11, S. 33–36

Tunnel, Harry D., Memorandum for the Honorable John McHugh. Subject: Open Door Policy – Report from a Tactical Commander, Washington, 20.8.2010, <www.wnd.com/files/2012/10/Army.pdf.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Uchtmann, Jürgen, und Andreas Prüfert, Aufbau, Ausbildung und Entwicklung der Afghan National Army. Voraussetzung für Stabilität in Afghanistan. In: Europäische Sicherheit, 58 (2009), 3, S. 90–94

Uhrlau, Ernst, Modernisierung und Zukunftsfähigkeit. Die Strukturreform des Bundesnachrichtendienstes. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 2 (2009), 4, S. 449–453

Uyar, Mesut, With the Germans in Afghanistan. A Turkish Staff Officer's Experiences during the Foundation of Kabul Multi-National Brigade. In: Auftrag Auslandseinsatz, S. 251–262

Vad, Erich, Neue operative Aufgabenfelder für Streitkräfte? In: Gaminger Gespräche 1998. Informationen zur Sicherheitspolitik, (1998), 14, <www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/01_ggs_11_noa.pdf> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Viereck, Karlheinz, Einsatzführung aus einer Hand – Einsatzverantwortung in einer Hand? In: 5 Jahre Einsatzführungskommando, S. 5–11

Vollmer, Jörg, Im Einsatz mit Partnern. In: Bewährungsproben einer Nation, S. 185–195

Vollmer, Jörg, Panzergrenadierbrigade 37 im Einsatz in Afghanistan. Einsatzerfahrung als Kommandeur des Regionalkommando NORD vom 10. Januar bis 03. Oktober 2009. In: Der Panzergrenadier, 26 (2009), S. 11–15

Von Kambodscha bis Kosovo. Auslandseinsätze der Bundeswehr seit Ende des Kalten Krieges. Hrsg. von Peter Goebel, Frankfurt a.M., Bonn 2000

Warnecke, Dieter, Harekate Yolo II – Sicherheit für Nordafghanistan. Mit militärischen Mitteln den Wiederaufbau möglich machen. In: Europäische Sicherheit, 57 (2008), 5, S. 16–20

Warnecke, Dieter, Kommandeur in Afghanistan. Erfahrungen eines Truppenführers 2007/2008. In: Innere Führung, 1/2008, S. 5–13

Warnecke, Dieter, Operationsführung im Einsatz. Ein Beispiel aus Afghanistan. In: Info-Brief Heer, 13 (2008), 3, S. 5 f.

Warnecke, Dieter, Operationsführung mit ANSF. Harekate Yolo II ein Muster für Afghanistan? In: Der deutsche Fallschirmjäger, 2/2008, S. 11–14

Weigt, Jürgen, Wie hält man das aus? Beobachtungen aus dem Afghanistan-Einsatz. In: Österreichische Militärzeitschrift, 5/2009, S. 596–602

Weingärtner, Dieter, Einführung. Auslandseinsätze als Rechtsmaterie. In: Einsatz der Bundeswehr im Ausland, S. 7–15

Weisser, Ulrich, Strategie als Berufung. Erinnerungen und Gedanken eines Offiziers an der Nahtstelle zur Politik, Bonn 2011

Widder, Werner, Deutsche Soldaten im Hauptquartier SFOR. In: Von Kambodscha bis Kosovo, S. 216–224

Wieben, Arne, Als Reserveoffizier im Einsatz im Operations Coordination Center-Provincial (OCC-P). Erfahrungsbericht über die Ausbildung afghanischer

Offiziere im 21. Deutschen Einsatzkontingent ISAF in Feyzabad/Afghanistan. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 3/2010, S. 30–33
Wieker, Volker, Soldatsein heute. In: FAZ, 8.6.2012, S. 8
Wieting, Jürgen, Erfahrungen als Patrouillenführer im ersten Einsatzkontingent 2002. In: Generation Einsatz, S. 32–46
Willy, Christian [u.a.], »Einsatzchirurgie«. Experiences of German Military Surgeons in Afghanistan. In: Langenbeck's Archives of Surgery, 396 (2011), 4, S. 507–522
Wohlgethan, Achim, Operation Kundus. Mein zweiter Einsatz in Afghanistan, Berlin 2009
Wohlgethan, Achim, und Dirk Schulze, Endstation Kabul: als deutscher Soldat in Afghanistan. Ein Insiderbericht, Berlin 2008
Ziegler, Christian Markus, Panzergrenadierbataillon 391. Erfahrungsbericht Schutzkompanie KUNDUZ 19. DEU Ktgt ISAF. In: Der Panzergrenadier, 27 (2010), S. 80 f.
Zudrop, Reinhard, Der »Vernetzte Ansatz« – im PRT Kunduz. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 1/2011, S. 5–9
Zuschlag, Thomas, Das Embedded Training Team Afghan National Army in Pol-e-Charki. In: Antenne. Zeitschrift der Fernmeldetruppe des Heeres, 9 (2004) 2, S. 9–11

i) Presseberichte, Pressemitteilungen und Öffentlichkeitsarbeit

Afghan President Replaces Powerful Warlord. In: AFP, 31.8.2004
Afghanische Wirren. In: Der Spiegel, 37/2003, S. 19
Afghanistan Attacks: Germany Upping Pressure in Hunt for Taliban Leaders. In: Spiegel Online International, 27.5.2009, <www.spiegel.de/international/world/afghanistan-attacks-germany-upping-pressure-in-hunt-for-taliban-leaders-a-627190.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Afghanistan: Demonstrationen nach Koran-Verbrennung (2. Aktualisierung). In: bundeswehr.de, 23.2.2012, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYuxDoJAEET_aJcrjGgnobGxwAKwW2Alm8AduVslMX68e4UzyRQzb_CBZk9vmUkleFqww36U87DDsE8MLD4R64dhlZSMYA-S6IltPhowWqU5lb2K5RxJQ4QtRF3y8orRFpAJ-8LVlTsWf7lv2dxvbVceTvW1anBb18sP4iROjQ!!/#par4> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Afghanistan I. Weniger Demokratie wagen. In: Der Spiegel, 17/2012, S. 16
Afghanistan: Feuergefecht im Raum Pol-e Khumri, 21.9.2010. In: bundeswehr.de, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYvBCsIwEET_aDcBwehNEVEEPXjQekvbtSw0SUlWC-LHuzk4A3OYeYMPVEf_5sELp-hHvGPT8bqdoZ17AuJYPMmHIHApSlAELv6Jt3pUoNNKagpFYc0he0kZppRlrMsrZ12Ae2yM3W3t0vxlv251cNeTM4vjeX_BKYTND27FPvc!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Afghanistan: Geschmacklose T-Shirts in Camp Marmal verkauft. In: bundeswehr.de, 28.11.2009, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443DgwFSUGYAfqR6GIBIQixoJRUfW99X4_83FT9AP2C3NCIckdH/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ180

QzU%21?yw_contentURL=%2FC1256EF4002AED30%2FW27Y8GM4423IN> (letzter Aufruf 29.11.2009)
Afghanistan: Gewalttätige Demonstration in Talokan (6. Aktualisierung). In: bundeswehr.de, 18.5.2011, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYvNCsJADITfKOmC_zdLEb16sNZb2sYS6G7LbrQgPrzZgzMwh5lv8IHmQG8ZSGUKNOIdm04O7QLt0jOwhESsHwYvKRnBASTRE-t8NKCzSnMqBxXLIZJOEeYp6piXV4y2gPTYFK4q3bb4y3135_Wpvq32m-pSXnH2_vgDWcKXCQ!!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Afghanistan. KSK schließt letzten Außenposten. In: Der Spiegel, 30/2014, S. 12
Afghanistan: Sprengstoffanschlag in Talokan (5. Aktualisierung). In: bundeswehr.de, 28.5.2011, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYu9DoJAEITfaJeLhT-diAnEzkaxW2Alm3B35G6VxPjwLoUzyRQz3-ADzYHeMpJKDDThHdteDt0C3TIwsIRMrB8GLzkbwQEk0xNv69GA3ipdUzmoWI6JNCaYY9JpXV4p2QIyYFu4qnTb4i_33dWn-nzZ7F3VlFecvT_-AELMoIo!/> (letzter Aufruf 27.12.2013)
Afghanistan Tagebuch: Die Taliban sitzen uns direkt im Nacken. In: Der Westen, 29.10.2010, <www.derwesten.de/nachrichten/die-taliban-sitzen-uns-direkt-im-nacken-id3884003.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)
Afghanistan Tagebuch: Lieber drei tote Soldaten als ein toter Zivilist. In: Der Westen, 27.10.2010, <www.derwesten.de/nachrichten/lieber-drei-tote-soldaten-als-ein-toter-zivilist-id3876426.html> (letzter Aufruf 27.12.2013)
Afghanistan Tagebuch: Plötzlich stand die Patrouille mitten im Minenfeld. In: Der Westen, 1.11.2010, <www.derwesten.de/politik/ploetzlich-stand-die-patrouille-mitten-im-minenfeld-id3891146.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Afghans stone German Base over Proselytising Allegations. In: Afghanistan Sun, 10.6.2010, <www.afghanistansun.com/index.php/sid/646075/scat/6e1d5c8e1f98f17c> (letzter Aufruf 2.1.2014)
Alter Gestus im neuen System. Polizeichef Daud war immer ein stolzer Kämpfer. In: FAZ, 30.5.2011, S. 3
Amberger, Julia Maria, Ex-Warlord im Bundeswehrkrankenhaus. Gekaufte Freundschaft. In: taz, 13.6.2013, <www.taz.de/!118086/> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Bahners, Patrick, Die Menschheit nennt es Krieg. In: FAZ, 15.4.2010
Becker, Jo, and Scott Shane, Secret »Kill List« Proves a Test of Obama's Principles and Will. In: New York Times, 29.5.2012
Beste, Ralf [u.a.], Ein deutscher Krieg. In: Der Spiegel, 36/2011, S. 74–87
Beste, Ralf [u.a.], Tot oder lebendig. In: Der Spiegel, 22/2009, S. 32–35
Beste, Ralf [u.a.], Warum sterben Kameraden? In: Der Spiegel, 16/2010, S. 18–33
Beste, Ralf [u.a.], Welle der Wahrheiten. In: Der Spiegel, 1/2012, S. 32–36
Beste, Ralf, und Dirk Kurbjuweit, Wir beteiligen uns nicht. In: Der Spiegel, 25/2011, S. 23–25
Beste, Ralf [u.a.], Zähne für die Schildkröte. In: Der Spiegel, 28/2009, S. 24–27
Birnbaum, Robert, und Hans Monath, Interview mit dem Verteidigungsminister: »Es muss wieder Freude an der Übernahme von Verantwortung geben«. In: TS, 29.1.2012, <www.tagesspiegel.de/politik/interview-mit-dem-verteidigungsminister-es-muss-wieder-freude-an-der-uebernahme-von-verantwortung-geben/6123900.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Birnbaum, Robert, Die Trümmermänner – Bericht aus Kabul. In: TS, 14.2.2002
Bittner, Jochen, Die Bundeswehr. Eine Generalsabrechnung. In: planet in progress (Zeit Online), 16.1.2008, <http://blog.zeit.de/bittner-blog/2008/01/16/die-bundeswehr-eine-generalsabrechnung_11> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Blasberg, Anita, und Stefan Willeke, Afghanistan. Das Kundus-Syndrom. In: Zeit Online, 8.3.2010, <www.zeit.de/2010/10/DOS-Kundus/komplettansicht> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Blasius, Rainer, Geste gegen Guttenberg. In: FAZ, 13.2.2012, S. 8
Blechschmidt, Peter, Mehr Befugnisse für Soldaten. Jung prüft leichteren Einsatz von Waffen in Afghanistan. In: SZ, 30.6.2009
Blechschmidt, Peter, »Tornados« verlassen Afghanistan. In: SZ, 24.9.2010
Blettner, Annette, In heikler Mission. In: Focus, 39/2004, S. 244 f.
BMVg, Gestiegener Munitionsbedarf in der Bundeswehr. In: bmvg.de, 16.2.2010, <www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYrLCsIwEEX_aCYpiIdokI3FnGhdZe2IQx0kjKd1o0fb7LwHjibc_GNmehWCk4pRTfiC9ueDt0HOl4DMEWa1QstjM_yHTz0KXotVh-VsoM4TQJTEh1LWURyARqwNfZ8Mtb8Z7-76n55bKr9tr5dG5yYjz8GfCd3/> (letzter Aufruf 1.4.2015)
BMVg, Volkstrauertag 2011: Die Würde des Menschen achten. In: bmvg.de, 14.11.2011, <www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYvBCsIwEET_aDeLF_Fm6EUQQS-13tI2hJUmKdtNvfjxJgdn4B3mMfjC2uR2Dk45J7fgE4eJT-MHxrgHeOcidYXIiTf1wiVi3z6zhyknr43qk3JlEKdZYM2iSzNFpBrgGQdDnTVk_qHv8Xa1_f1A1F3sA9cYzz-snpNT/> (letzter Aufruf 1.4.2015)
BMVg, Vorgestellt: Die Counterinsurgency-Strategie für Afghanistan. In: bmvg.de, 7.6.2010, <www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYu7CgIxEEX_aCYBXcVOEcFCLXXtstmQHcyL2XFt_HiTwnvgNIeLT6wks5A3QjmZgA_sLe2GDwxx8TCTnRxPjmQuOZDQC-_tMjqwOTlpFpeEqj0byQwls4RW3sy1AI3YK308KK3-099tt7l0q7XS5-vphiXG_Q-02FW7/> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Böge, Friederike, Abzug aus Afghanistan: Casinokapitalismus. In: FAZ, 5.12.2011,<www.faz.net/aktuell/politik/ausland/abzug-aus-afghanistan-casinokapitalismus-11549100.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Böge, Friederike, Machtdemonstration. Fleisch und Spiele. In: FAZ.NET, 26.8.2008, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/machtdemonstration-fleisch-und-spiele-in-afghanistan-1684896.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Bundesnachrichtendienst. Abhöraktion Welthungerhilfe Büro. In: www.welthungerhilfe.de, 8.12.2008, <www.welthungerhilfe.de/afghanistan-bnd.html> (letzter Aufruf 30.1.2012)
Bundeswehr darf Terror-Täter nicht jagen. In: Focus Online, 15.7.2007, <www.focus.de/politik/ausland/kundus_aid_66613.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Bundeswehr in Afghanistan: Erkundungsteam empfiehlt Einsatz in Kunduz. In: SPON, 25.8.2003, <www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-in-afghanistan-erkundungsteam-empfiehlt-einsatz-in-kunduz-a-262852.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Bundeswehr übergibt Stützpunkt in Kundus. In: Deutsche Welle, 6.10.2013, <www.dw.de/bundeswehr-%C3%BCbergibt-st%C3%BCtzpunkt-in-kundus/a-17137806> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Bundeswehr veranlasste drei Luftangriffe. In: Mittelbayerische, 18.9.2013, <www.mittelbayerische.de/nachrichten/politik/artikel/bundeswehr-veranlasste-drei-luftangriffe-20008-art962698.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Bundeswehr verlässt »OP North«. In: FAZ, 15.6.2013

Bundeswehrkommandeur verstößt gegen NATO-Vorschriften. In: DasErste.de, 4.10.2011, <www.mdr.de/fakt/afghanistan120.html> (letzter Aufruf 15.5.2011)

Bundeswehroffiziere: Ganze Führungsebenen streichen. In: Ad Hoc News, 6.9.2010, <www.ad-hoc-news.de/bundeswehroffiziere-ganze-fuehrungsebenen-streichen--/de/News/21586546> (letzter Aufruf 29.4.2012)

Bushido und der Taliban. In: Axel Springer Mediahouse Berlin, 3.3.2010, <www.presseportal.de/pm/63627/1571218> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Carstens, Peter, und Stephan Löwenstein, Der BND und das Militär. Willkommene Amtshilfe, geneidete Kompetenz. In: FAZ.NET, 28.6.2007, <www.faz.net/artikel/C30923/der-bnd-und-das-militaer-willkommene-amtshilfe-geneidete-kompetenz-30049988.html> (letzter Aufruf 25.7.2011)

Chandrasekaran, Rajiv, US Paying Price for Focus on Size of Afghan Forces. In: WP, 20.10.2012

Charter, David, Anthony Loyd and Richard Beeston, The British Have Made Matters Worse, Says Afghan President. In: The Times, 25.1.2008

Chauvistré, Eric, Bundeswehrrückzug. Beraten statt kämpfen in Afghanistan. In: Deutschlandfunk, 27.9.2014, <www.deutschlandfunk.de/bundeswehr-rueckzug-beraten-statt-kaempfen-in-afghanistan.724.de.html?dram:article_id=298702> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Chauvistré, Eric, Nur kein Aufstand. In: Der Freitag, 22.7.2010, <www.freitag.de/autoren/der-freitag/nur-kein-aufstand> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Cohen, Roger, Time for the Bundesmacht. In: The New York Times, 25.10.2007, <www.nytimes.com/2007/10/25/opinion/25cohen.html?_r=0> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Cullison, Alan, and Matthew Karnitschnig, Afghan Insurgency Tests German Troops. In: Wall Street Journal, 16.11.2009, <http://online.wsj.com/article/SB125816541044048085.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Curran, Bronwyn, Afghan Commander Wants Germans to Fight Opium Poppy Explosion. In: Agence France-Presse, 25.10.2003

Czech Soldiers Face Probe after Wearing Nazi Symbols in Afghanistan. In: Afghanistan Sun, 9.11.2009, <http://story.afghanistansun.com/index.php/ct/9/cid/6e1d5c8e1f98f17c/id/563851/cs/1/> (letzter Aufruf 4.3.2014)

Dahlkamp, Jürgen, und Matthias Gebauer, Bundeswehr-Oberst Klein: Schockstopp einer Musterlaufbahn. In: SPON, 14.9.2009, <www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-oberst-klein-schockstopp-einer-musterlaufbahn-a-648729.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Dam, Bette, Afghanistan: Obama's Men Scorn Dutch Tactics. In: Radio Netherlands Worldwide, 8.1.2010, <www.rnw.org/article/afghanistan-obama's-men-scorn-dutch-tactics> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Dausend, Peter, Beruf: Töten. In: Zeit Online, 20.5.2011, <www.zeit.de/2011/21/Berufsbild-Soldat/komplettansicht> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Dausend, Peter, Bundeswehr-Reform: Guttenbergs Generalstäbchen. In: Zeit Online, 10.2.2011, <www.zeit.de/2011/07/Generalstab> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Demmer, Ulrike, Bundeswehr feiert Oberst Kleins Entlastung. In: SPON, 20.4.2010, <www.spiegel.de/politik/ausland/kunduz-affaere-bundeswehr-feiert-oberst-kleins-entlastung-a-689957.html > (letzter Aufruf 1.4.2015)
Demmer, Ulrike, Bundeswehr in Kunduz: »Das war ein sauberer Treffer«. In: SPON, 8.9.2009, <www.spiegel.de/politik/ausland/bundeswehr-in-kunduz-das-war-ein-sauberer-treffer-a-647593.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Demmer, Ulrike, Feldzug gegen die Soldaten. In: Der Spiegel, 19/2012, S. 31
Demmer, Ulrike, Krieg im Keller. In: Der Spiegel, 24/2006, S. 42–47
Demmer, Ulrike, Schlacht um Shahabuddin. In: Der Spiegel, 41/2010, S. 34–36
Demmer, Ulrike, Speck in der Falle. In: Der Spiegel, 27/2009, S. 26 f.
Demmer, Ulrike, und Konstantin von Hammerstain, Es war ein Rückschlag. In: Der Spiegel, 10/2012, S. 36 f.
Dersch, Thorsten J.H., Von Radio Andernach gibt es immer etwas auf die Ohren. In: bundeswehr.de, 8.8.2006, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/HcjBDYAgDAXQWVygvXtzC_XWwo82YjFIJGF6jXm3xyt_XB7bpFp2STzzEmzURtoiCOa3oHZQgsLt_KN2KhIti0cUl7DzdUzDC9C8Scs!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Deutsche Soldaten in Afghanistan: Patrouille auf Höhe 431. In: tagesschau.de, 25.1.2010, <www.tagesschau.de/kundus178.html> (letzter Aufruf 6.2.2010)
Deutsche Soldaten schossen in Afghanistan auf Zivilisten. In: dapd, 25.10.2010
Dirk, Landeskundliche Unkenntnis der deutschen Soldaten führte mit zum verheerenden Kunduz-Luftschlag. In: Soldatenglück, 2.4.2010, <http://soldatenglueck.de/2010/04/02/30213/landeskundliche-unkenntnis-der-deutschen-soldaten-fuehrte-mit-zum-verheerenden-kunduz-luftschlag/> (letzter Aufruf 22.10.2012)
Dozier, Kimberly, Intelligence Shift Shows Change in Afghan War Aims. In: Associated Press, 26.6.2011
»Dutch Army says Afghan Warlord is Being Paid to Let them Pass«. In: Afghanistan Sun, 8.1.2010, <http://story.afghanistansun.com/index.php/ct/9/cid/6e1d5c8e1f98f17c/id/586070/cs/1/> (letzter Aufruf 2.8.2013)
Ehrhardt, Christoph, Nicht ohne meine Mudschahedin. In: FAZ, 1.12.2011, S. 3
Epstein, Rafael, and Jeremy Kelly, All Afghan Roads Lead to Khan. In: Sydney Morning Herald, 18.6.2011, <www.smh.com.au/world/all-afghan-roads-lead-to-khan-20110617-1g7xt.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Die erste Schlacht der Bundeswehr in Afghanistan. In: Der Westen, 3.11.2012, <www.derwesten.de/politik/die-erste-schlacht-der-bundeswehr-in-afghanistan-id7251189.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Escher, Georg, Interview mit Staatssekretär Schmidt zum Thema Abzug aus Afghanistan. In: BMVg.de, 31.7.2012, <www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYuxDoMwDET_yE6WFnUjYulWdSilW4AockUSZBxY-PgmQ--kN9zT4QdLo93JW6EU7YJvHCa6jQeMYffwTZnLCoEibeKYcsC-fmYHU4pOKsVFoULPVhLDmliWajJzMUAzDkp3Rmn1jz6b_mFe7bW5dHfzxDWE9gd1N-7X/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Farrell, Stephen, The Reporter's Account. 4 Days With the Taliban. In: At War Blog – NYTimes.com, 9.9.2009, <http://atwar.blogs.nytimes.com/2009/09/09/the-reporters-account-4-days-with-the-taliban/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Feldmeyer, Karl, Einsatz in einem Rauschgiftstaat, Unterstützung von Kriegsherren? In: FAZ, 29.8.2003, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-einsatz-in-einem-rauschgiftstaat-unterstuetzung-von-kriegsherren-1112270.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Focus on Warlordism in Northeast. In: IRIN Asia, 1.6.2005, <www.irinnews.org/report/28644/afghanistan-focus-on-warlordism-in-northeast> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Fröhlingsdorf, Michael, Sven Röbel und Christoph Scheuermann, Die große Leere. In: Der Spiegel, 25/2010, S. 32–35

Gaede, Lars, Das ist Krieg, Sergej, Krieg! In: taz.de, 10.2.2010, <www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=hi&dig=2010/10/02/a0018&cHash=57374f9702/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Gebauer, Matthias, Afghanistan: Berlin will bis 800 Soldaten für Trainingsmission stellen. In: SPON, 18.4.2013, <www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-berlin-will-bis-800-soldaten-fuer-trainingsmission-stellen-a-895188.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Gebauer, Matthias, Afghanistan. USA starten Truppenaufmarsch im Bundeswehrgebiet. In: SPON, 29.1.2010, <www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-usa-starten-truppenaufmarsch-im-bundeswehrgebiet-a-674705.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Gebauer, Matthias, Bundeswehr in Nordafghanistan: Auf Tuchfühlung mit dem Feind. In: SPON, 27.5.2009, <www.spiegel.de/politik/ausland/bundeswehr-in-nordafghanistan-auf-tuchfuehlung-mit-dem-feind-a-627036.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Gebauer, Matthias, Bundeswehr und Drohnen: »Der Finger Gottes«. In: SPON, 9.3.2010, <www.spiegel.de/politik/ausland/bundeswehr-und-drohnen-der-finger-gottes-a-680580.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Gebauer, Matthias, und Shoib Najafizada, Gefechte in Afghanistan. Bundeswehr kehrt nach Badakhshan zurück. In: SPON, 29.3.2013, <www.spiegel.de/politik/ausland/gefechte-in-afghanistan-bundeswehr-kehrt-nach-badakhshan-zurueck-a-891662.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Gebauer, Matthias, Kurzbesuch in Afghanistan: De Maizière pocht auf koordinierten Abzug. In: SPON, 14.3.2012, <www.spiegel.de/politik/ausland/truppenabzug-verteidigungsminister-de-maiziere-in-afghanistan-a-821362.html> (letzter Auf-ruf 1.4.2015)

Gebauer, Matthias, und Shoib Najafizada, Situation Worsens in Northern Afghanistan. Taliban Makes Blitz Comeback near Kunduz. In: Spiegel Online International, 3.8.2009, <www.spiegel.de/international/world/situation-worsens-in-northern-afghanistan-taliban-makes-blitz-comeback-near-kunduz-a-640142.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Gebauer, Matthias [u.a.], Wunsch und Wirklichkeit. In: Der Spiegel, 40/2012, S. 26 f.

Gedenkstunde: Angehörige und Bundeswehr trauern um gefallene Soldaten. In: SPON, 9.4.2010, <www.spiegel.de/politik/ausland/gedenkstunde-angehoerige-und-bundeswehr-trauern-um-gefallene-soldaten-a-688100.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Germund, Willi, Abmarsch zur Pistazien- und Obsternte. In: General Anzeiger, 3.9.2003

Germund, Willi, In Faisabad ist die Vergangenheit noch nicht vorbei. In: Berliner Zeitung, 25.9.2004, S. 7

Germund, Willi, Mullahs und Gotteskrieger in Afghanistan. Die Taliban planen die Rückkehr nach Kundus. In: Stuttgarter Zeitung, 13.9.2007

Geschichte und Statistik. In: bundeswehr.de, 24.3.2011, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/FcbBDYAgDAXQWVygvXtzC_VW8AMNBAk0sr6ad3l88qfKo1FM7yqFdz68rm6SmxdoWIda7oJgoInUWyjqk1HE8OkfuOVteQFmm3g_/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

»Gestern Abend mit einem komischen Gefühl meine Ausrüstung fertig gemacht.« In: SZ Magazin, 52/2009, <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/31953/2/1> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Gezielter Angriff auf deutschen Stützpunkt. In: SZ, 7.6.2011

Goetz, John [u.a.], Die Führung hat versagt. In: Der Spiegel, 40/2007, S. 22–27

Die »goldene« Patrouille. In: einsatz.bundeswehr.de, 19.6.2008, <www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LYxRC4JAEIT_0a0XgtVbEUYvBb2UvcSqmy2de3KuCdKP7wRnYGDmg4EHRAt-uUFlL-jgDkXF23I05VjTk1h61ClW_OhAzi0T6UQGX80bhXtFgdt8VJOpvJDOqSTKMZuA6oPpfFA3k> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Graw, Ansgar, Afghanistan. Jung verhindert Blutrache an Deutschen in Kundus. In: Welt Online, 2.9.2008, <www.welt.de/politik/article2385298/Jung-verhindert-Blutrache-an-Deutschen-in-Kundus.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Green, Matthew, Afghanistan Acts to Curb Flight of Capital. In: FT, 18.3.2012, <www.ft.com/cms/s/0/a888d1fc-6f12-11e1-afb8-00144feab49a.html#axzz2npzvMTSi> (kostenpflichtig, letzter Aufruf 1.4.2015)

Grünberg, Arnon, Die Hunde, die ich rief. In: der Freitag, 29.1.2012, <www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-hunde-die-ich-rief> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Gude, Hubert, Frank Hornig und Bernhard Zand, »Wir müssen als Erste rein«. Der neue BND-Chef Gerhard Schindler fordert mehr Risikofreude von seinen Agenten. In: Der Spiegel, 16/2012, S. 43

Guttenberg kündigt neue Gefechts-Medaille für verwundete Soldaten an. In: Rheinische Post, 8.10.2010, <www.presseportal.de/pm/30621/1696063/rheinische_post> (letzter Aufruf 12.10.2010)

Guttenberg verleiht neuen Kämpfer-Orden. In: Focus Online, 25.11.2010, <www.focus.de/politik/ausland/afghanistan/afghanistan-einsatz-guttenberg-verleiht-neuen-kaempfer-orden_aid_575853.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Heinzle, Christoph, Unbekannter Freund. In: zenith, 8.12.2010, <www.zenithonline.de/deutsch/gesellschaft//artikel/unbekannter-freund-001080/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Hufelschulte, Josef, Krise. Dicke Luft in Pullach. In: Focus Online, 15.9.2008, <www.focus.de/politik/deutschland/krise-dicke-luft-in-pullach_aid_333112.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Im Gespräch: Brigadegeneral Frank Leidenberger, Kommandeur des Regionalkommandos Nord in Mazar-i-Sharif. In: FAZ, 11.2.2010

Interkultureller Einsatzberater im Raum KUNDUZ. In: Streitkräftebasis.de, 3.11.2011, <www.streitkraeftebasis.de/portal/a/streitkraeftebasis/!ut/p/c4/NYvLCsIwEEX_aCYVRerOUvCxdKHWjSTtUAbTJCRTheLHmyy8B87mcPGBGaffPGph77TFO3Y978wH0ss8Ay8wW-IkwGSA2CUtC97KayDovSMpFnLC2WPU4iMEH8WWMseYC_CAnaraRq3Vf9W3PhzP9XWzXbWn5oJhmvY_pdFxbQ!!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

International Security Assistance Force, Insurgents Targeted While Emplacing IEDs, 12.11.2010, <www.rs.nato.int/article/isaf-releases/insurgents-targeted-while-emplacing-ieds.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

ISAF: Luftunterstützung gegen Aufständische. In: bundeswehr.de, 11.11.2010, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYvBCsJADET_KOlK0eLNUgQvevCg9Za2sQS627IbLYgfb_bgDMxh5g0-0BzoLSOpzIEmvGPby75boVsHBpaQiPXD4CUlIziAJHriLR8N6K3SnMpBxXKMpHOEZY465eUVoy0gA7aFa2q3K_5y36our5um2pan8_GCi_eHH-LtmRw!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Jaffe, Greg, Scott Wilson and Karen DeYoung, U.S. Envoy Resists Troop Increase, Cites Karzai as Problem. In: WP, 12.11.2009

Journalisten-Spitzelaffäre. BND beobachtete afghanischen Minister Farhang. In: SPON, 24.4.2008, <www.spiegel.de/politik/deutschland/journalisten-spitzelaffaere-bnd-beobachtete-afghanischen-minister-farhang-a-549434.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Jungholt, Thorsten, Bundeswehr in Afghanistan: In der »Killzone« endet das Gefühl vom Abenteuercamp. In: Welt Online, 3.7.2011, <www.welt.de/politik/ausland/article13464233/In-der-Killzone-endet-das-Gefuehlvom-Abenteuercamp.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Kampf ums Vertrauen. In: SZ, 14.5.2012, S. 8

Klein, Stefan, Augen auf und durchhalten. In: Süddeutsche Zeitung, 8.10.2008, S. 3

Koelbl, Herlinde, »Der Bart darf eigentlich nicht länger als zwei Zentimeter sein. Aber ein bisschen Rebell muss sein«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 32 f.

Koelbl, Herlinde, »Bist du in der Lage, auf einen Menschen zu schießen? Das konnte ich klar mit Ja beantworten«. In: Zeit Magazin, 46/2011, S. 18–21

Koelbl, Herlinde, »Ich bin enttäuscht. Ich hatte noch nie so sehr das Gefühl, Steuergelder zu verschwenden«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 14–17

Koelbl, Herlinde, »Ich habe mich nur auf meine Atmung konzentriert. Solange ich atme, lebe ich noch«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 30 f.

Koelbl, Herlinde, »Nach dem Anschlag war ich einfach wütend und hatte Hass auf alle«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 34

Koelbl, Herlinde, »Wir sind bewegliche Zielscheiben, die darauf warten, dass sie irgendwann in die Luft fliegen«. In: Zeit Magazin, 49/2011, S. 24–28

Koelbl, Susanne, Afghanistan: Das Gesicht des Feindes. In: SPON, 12.4.2010, <www.spiegel.de/spiegel/a-688292.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Koelbl, Susanne, Der Kampf, das ist das Äußerste. In: Der Spiegel, 6/2000, S. 48 f.
Koelbl, Susanne, und Alexander Szandar, Der wichtigste Feind. In: Der Spiegel, 21/2008, S. 46 f.
Koelbl, Susanne, Zahnlos in Faizabad. In: Der Spiegel, 43/2004, S. 154–156
Koelbl, Susanne, und Ullrich Fichtner, »Das ist jenseits meiner Macht«. In: Der Spiegel, 23/2008, S. 126–128
Kohler, Berthold, Mit Guttenberg in Afghanistan: An zwei Fronten. In: FAZ.NET, 19.2.2011, <www.faz.net/aktuell/politik/die-guttenberg-affaere/mit-guttenberg-in-afghanistan-an-zwei-fronten-1594642.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Kritikloses Rommel-Gedenken. Bundeswehr-Blatt würdigt den »Wüstenfuchs«. In: SPON, 20.1.2012, <www.spiegel.de/politik/deutschland/kritikloses-rommel-gedenken-bundeswehr-blatt-wuerdigt-den-wuestenfuchs-a-810386.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
KSK-Wagen mit Wehrmachtssymbol. In: stern.de, 1.11.2006, <www.stern.de/politik/deutschland/afghanistan-ksk-wagen-mit-wehrmachtssymbol-575319.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Kuhn, Friedrich, Aktion Eichhörnchen: Winter steht in Faisabad vor der Tür. In: ddp Basisdienst, 13.10.2004
Kuhn, Friedrich, Reizthema Kundus. Deutsche Generale stehen dem möglichen Engagement der Bundeswehr in Nordafghanistan reserviert gegenüber. In: ddp Basisdienst, 14.8.2003
Kuhn, Friedrich, »Vabanque-Spiel« Kundus. Geheimdienste sehen erweiterten Afghanistan-Einsatz eher skeptisch, mindestens 300 Mann gefordert. In: ddp Basisdienst, 27.8.2003
Leithäuser, Johannes, Afghanistan-Einsatz: Ein überstürzter Abzug. In: FAZ, 29.5.2014, <www.faz.net/aktuell/politik/afghanistan-einsatz-ein-ueberstuerzter-abzug-12963282.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Leithäuser, Johannes, Trauerkultur ohne Heroisierung. In einem Waldstück gedenkt die Bundeswehr ihrer Toten – auf Wunsch der Angehörigen. In: FAZ, 15.11.2014, S. 4
Leithäuser, Johannes, »Wir helfen gerne«. In: FAZ.NET, 20.4.2004, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-wir-helfen-gerne-1160759.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Light Weapons Still Threat to Afghan Security, Paper Says. In: BBC Monitoring South Asia, 8.4.2005
Löwenstein, Stephan, Abzug ohne großen Bahnhof. In: F.A.Z.-Blogs. Zur Sicherheit, 19.1.2012, <http://blogs.faz.net/sicherheit/2012/01/19/abzug-ohne-grossen-bahnhof-225/> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Löwenstein, Stephan, Attacke mit Fußnoten. In: FAZ.NET, 7.12.2009, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-attacke-mit-fussnoten-1893515.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Löwenstein, Stephan, Empfehlung langfristig weiterverfolgt. In: FAZ, 3.4.2012, S. 8

Löwenstein, Stephan, Guttenbergs Frontbegradigungen. In: FAZ.NET, 15.3.2010, <www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~EAE39AA33EA9949F489183F9A3073E615~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (letzter Aufruf 23.7.2012)
Löwenstein, Stephan, Klangloses Ende eines Skandals. Der Bericht zur »Totenschädelaffäre«. In: FAZ, 18.12.2006, S. 6
Löwenstein, Stephan, Mit großem Kaliber gegen die Taliban. In: FAZ.NET, 12.7.2010, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-mit-grossem-kaliber-gegen-die-taliban-1590764.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Löwenstein, Stephan, Eine Scheindebatte. In: FAZ, 27.3.2006, S. 6
Löwenstein, Stephan, Stellung beziehen. In: FAZ.NET, 30.10.2011, <www.faz.net/aktuell/politik/afghanistan-stellung-beziehen-11511768.html> (letzter Aufruf am 1.4.2015)
Löwenstein, Stephan, Strippenzieher auf dem Schleudersitz. Warum die innere Kritik an Verteidigungsminister Jung wächst. In: FAZ, 17.3.2006, S. 3
Löwenstein, Stephan, Zur Durchsetzung des Auftrages. In: F.A.Z.-Blogs. Zur Sicherheit, 27.7.2009, <http://faz-community.faz.net/blogs/sicherheit/archive/2009/07/27/auftrag.aspx> (letzter Aufruf 25.7.2011)
Lohse, Eckart, Erst lesen, dann warnen, dann schießen. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.6.2008
Lohse, Eckart, Das politische Ende Franz Josef Jungs. Die Herrschaft des Inspekteurs. In: FAZ.NET, 29.11.2009, <www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~EA6CAEF710FEF45FC91F7E20B6E1BA825~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (letzter Aufruf 17.7.2012)
Lutz, Martin, und Uwe Müller, Gerhard Schindler: »Alle sollten stolz sein, für den BND zu arbeiten«. In: Welt Online, 11.8.2012, <www.welt.de/politik/deutschland/article108568246/Alle-sollten-stolz-sein-fuer-den-BND-zu-arbeiten.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Mehr Klarheit für Soldaten: Guttenberg will Afghanistan-Einsatz neu einstufen. In: SPON, 7.1.2010, <www.spiegel.de/politik/deutschland/mehr-klarheit-fuer-soldaten-guttenberg-will-afghanistan-einsatz-neu-einstufen-a-670729.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Menon, Praveen, and Matthew Green, Afghans Seek Shelter in Dubai ahead of Pullout. In: Reuters, 13.9.2012, <http://in.reuters.com/article/2012/09/12/afghanistan-dubai-idINDEE88B0G620120912> (letzter Aufruf 18.12.2013)
Merey, Can, Bundeswehr gegen Taliban: »Auge um Auge, Zahn um Zahn«. In: greenpeace magazin, 16.11.2010, <www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=55&tx_ttnews[tt_news]=92484&tx_ttnews[backPid]=23&cHash=005395dbf5> (letzter Aufruf 2.1.2011)
Merey, Can, Die Deutschen wollen Aufbauarbeit leisten, nicht Militärpräsenz zeigen. In: General-Anzeiger, 12.8.2003
Michelis, Helmut, Die Truppe hält zu Oberst Klein. In: RP Online, 4.9.2010
Mohr, Marcus, Männer ohne Eigenschaften. In: zenith, 12 (2011), 2, S. 53 f.
Muscat, Sabine, Jung sieht Truppe gegen Attacken gerüstet. In: Financial Times Deutschland, 19.7.2006

Nach Guttenberg spricht auch Merkel umgangssprachlich von Krieg. In: Focus Online, 7.4.2010, <www.focus.de/politik/weitere-meldungen/afghanistan-nach-guttenberg-spricht-auch-merkel-umgangssprachlich-von-krieg_aid_496495.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Nakszynski, Stephan, Deutsche Köpfe bei der ISAF. In: bundeswehr.de, 11.4.2011, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYvBCsIwEET_KJv0UvFmrYLXImi9bdu1LDRJSVYL4se7OTgDc5h5Aw9QB3zzjMIx4AJ36EfeD5sZtokMcchI8iHjOWclKBjO-IRbOSowaiUlhYKw5pxQYjJrTLKU5ZWSLoYn6K1rG1fbv9x3d74eq1NV2_bSdLB6f_gBo037XQ!!/> (letzter Aufruf 8.6.2015)

Nassauer, Otfried, Informationen von den Schlapphüten. Die Zusammenarbeit zwischen BND und Bundeswehr. In: NDRinfo, 25.3.2006, <www.bits.de/public/ndrinfo/250306.htm> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Nato-Ausbildungsmission: Merkel will längeren Afghanistan-Einsatz. In: SPON, 12.10.2014, <www.spiegel.de/politik/deutschland/merkel-will-laengeren-afghanistan-einsatz-a-996678.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Nelson, Soraya Sarhaddi, Violence Encroaches on Northern Afghanistan. In: National Public Radio: Morning Edition, 26 (October 2009)

Eine neue Herausforderung. Brigadegeneral Josef Blotz wird Sprecher von ISAF-Kommandeur General Stanley McChrystal. In: aktuell, 19.4.2010, S. 3

Nordafghanistan: Neue Struktur der deutschen Einsatzkräfte. In: bundeswehr.de, 13.8.2012, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYtNC8IwEET_UTYBRfFmKYo9erH1UrbNUoL5KMnGgvjjTQ7OwLu8GXhCqce3WZBN8Gihh2E2p2kT06ZJ4IszWUtJYE6jJjeS8Qn5A4_6LIs5eOJKJs-mcInIIYo1RLbV5BiLEUbDIFXbqIP8R32P_f5y7aTctbfmDqtz5x_WYYZT/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Operation Enduring Freedom. Coalition Deaths by Nationality: Germany. In: iCasualties.org, <http://icasualties.org/OEF/Nationality.aspx?hndQry=Germany> (letzter Aufruf 23.7.2012)

Orpheus–Occupy Chahar Darah. In: randbild photography, 2011, <http://randbild.de/?ID=AKPYKH8E45> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Osang, Alexander, Mayers Krieg. In: Der Spiegel, 37/2012, S. 52–61

PAO MeS und PIZ Einsatzführungskommando, Afghanistan: Übergabe im Regionalkommando Nord Mazar-e Sharif. In: einsatz.bundeswehr.de, 14.2.2014, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYtNC8IwEET_UTZBQfTWUlGvXmq9lG2zlGA-SrKxIP54k4Mz8C5vBp5Q6vFtFmQTPFp4wDCb07SJadMk8MWZrKUkMKdRkxvJ-IT8gb4-y2IOnriSybMpXCJyiGINkW01OcZihNEwSNW16iD_Ud_jpbn2591edrf2DqtzzQ8lck0E/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Petersen, Britta, Willi Germund und Sabine Muscat, Bundeswehr will präventiv zuschlagen. In: Financial Times Deutschland, 12.7.2006

PIZ Feyzabad, Mittenwalder Gebirgsjäger ziehen in Feyzabad ein. Anschlag auf Patrouille; ein Beweis für die permanente Bedrohung. In: Die Gebirgstruppe, 57 (2008), 6, S. 22–24

Porter, Gareth, How Afghanistan Became a War for NATO. In: Inter Press Service, 3.1.2011, <www.ipsnews.net/2011/01/how-afghanistan-became-a-war-for-nato/ (letzter Aufruf 1.4.2015)

Presse- und Informationsstab BMVg, Grundsatzrede des Verteidigungsministers an der Führungsakademie der Bundeswehr. In: bmvg.de, 26.5.2010,

<www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NY3BCsIwEET_KGmVFvWmSEEQPYnWS0jTJV1skrLdVBA_3lToDLzLGxj5lKleT2g1Y_C6lw9ZG9w1b9G4yQqHHkcGwuiEhdF0aDoG9XcTEAO2aKO34zJUIyCrfFsU4qWpV9xBaAOpT1Q2MoNvgKy8z7ctCBM88MwkGBMtaQ4khkDczyYSJSOwlXWWHw9Z-ni3Jv5viVp3LVbk-XaqrHJzb_wDUuiUC/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Pressestelle Mazar-e Sharif und PIZ EinsFüKdoBw, Übergabe des ISAF Feldlagers Faisabad in afghanische Hände, 9.10.2012, <www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LYzBCoNADET_aOOCVOmt4qWXHnpReylRUxu6ZmWNFaQf3xWcgYGZBwMPiBb88oDKXtBBDU3H53Y17drTk1hm1C1W_OhCzh0T6UYGX8MbhWdFgWo_6sl0Xkj3VBLlmENA9cFMPqjbyRJCJIZ7aBJbFjZLk0P2lzfVLa-zU1peiztM43j5A0tZFTY!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Das Problem ist erledigt. In: Der Spiegel, 37/2008, S. 116 f.

Rashid, Ahmed, Chief Ousted as British Troops Head for Afghan Drug Region. In: Daily Telegraph, 23.12.2005, <www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/1506188/Chief-ousted-as-British-troops-head-for-Afghan-drug-region.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Rauss, Uli, Kommando Spezialkräfte. Die Profis. In: stern, 4.11.2004, <www.stern.de/investigativ/projekte/ruestungundmilitaer/4-kommando-spezialkraefte-die-profis-1769899.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Redaktion EinsFüKdoBw, Außenposten Hazrat-e-Sultan geschlossen. In: einsatz.bundeswehr.de, 5.11.2012, <www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LYxLC4NADIT_0UZB-rpVBOnVi49LiZra0DUra6wg_fFdwRkYmPlgoIFgwS8PqOwELVRQd3xrV9OuPT2JZUbdQsWPLmTtMZFuZPA1vFF4VhQo96OeTOeEdE8lUQ45eFTnzeS82p0s3gdiuIc6irM0PifRofh3aYo8r5LrKXukBUzjeP8DDjnMNQ!!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Rede des BND-Präsidenten Gerhard Schindler anlässlich der 2. Nachrichtendienst-Konferenz am 31. Oktober 2014. Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel; Herausforderungen für den Bundesnachrichtendienst, <www.bnd.bund.de/DE/Themen/Reden_der_Leitung/Redetexte/RedeNachrichtendienstKonferenz2014.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Rede des Generalinspekteurs der Bundeswehr zum Thema »Die Bundeswehr von Morgen – Grundüberlegungen zur strukturellen Ausplanung des zukünftigen Fähigkeitsprofils« anlässlich der Bundeswehrtagung 2010 am 23. November 2010, <http://cdu-fassberg-müden.de/downloads/101123-rede-genin-bwtagung.pdf> (letzter Aufruf 9.6.2011)

Reichelt, Julian, Afghanistan-Report Teil 4: Geheimbericht enthüllt die Wahrheit über diesen Anschlag. In: Bild.de, 5.12.2011, <www.bild.de/politik/ausland/afghanistan/geheimbericht-enthuellt-wahrheit-ueber-anschlag-21396512.bild.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Reichelt, Julian, Bundeswehrbericht enthüllt: Auftragserfüllung in Afghanistan gefährdet. In: Bild.de, 22.6.2011, <www.bild.de/politik/ausland/afghanistan/bundeswehrbericht-18483566.bild.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Reichelt, Julian, Geheimes Papier enthüllt Details: So kommen die Taliban-Terroristen auf die Todesliste! In: Bild.de, 17.8.2010, <www.bild.de/politik/2010/so-kommen-taliban-auf-todeslisten-13657538.bild.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Reichelt, Julian, BILD enthüllt Geheimdienst-Akten: Die Wahrheit über den Krieg in Afghanistan. In: Bild.de, 1.12.2011, <www.bild.de/politik/ausland/afghanistankrieg/geheime-akten-die-wahrheit-ueber-den-afghanistan-krieg-21334982.bild.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Reichelt, Julian, Untersuchungsbericht: Taliban sprengen deutschen Panzer. Die Wahrheit über den Kampf in Afghanistan. In: Bild.de, 16.6.2011, <www.bild.de/politik/ausland/bundeswehr-einsatz/wahrheit-ueber-kampf-in-afghanistan-18382098.bild.html> (letzter Aufruf 2.1.2014)

Reisinger, Christoph, Anaconda wird zur Blindschleiche. In: Stuttgarter Nachrichten, 5.3.2012

Reuter, Christoph, Gregor Peter Schmitz und Holger Stark, Afghanistan. Das Wort des Paschtunen. In: Der Spiegel, 2/2012, S. 78–80

Reuter, Christoph, Foxtrott auf Höhe 432. In: stern, 26/2010, S. 45–49

Reuter, Christoph, Rezept für den Bürgerkrieg. In: Der Spiegel, 49/2011, S. 94–98

Reuter, Christoph, Stell Dir vor, es ist Krieg ... und keiner gibt es zu. In: stern, 42/2008, <www.stern.de/politik/ausland/afghanistan-stell-dir-vor-es-ist-krieg-642619.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Rieger, Frank, Krieg nach Zahlen. In: FAZ, 7.8.2010, S. 29

Rippl, Jan, General Pfeffer: Die Rolle von ISAF hat sich gewandelt. In: BMVg.de, 24.9.2012, <www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYu7DsIwEAT_yGeLBugS0lBCE0znOJZz4Jcu19Dw8dgFu9IUO1p4Qm0yO3rDmJMJ8ABt8Tx9xBR3L155o7qKFe3iaHHIa8kBGd8wtuvshM3JcSO7xFjpyXAmUTJxaGYjqkbgDFqqoZdK_qO-R33pxps8nIZrf4cSY_cDzyzJHQ!!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Ronzheimer, Paul, Politiker fordern Facebook-Kodex für Soldaten. In: Bild.de, 4.4.2012, <www.bild.de/politik/inland/wilson-gonzalez-ochsenknecht/hat-die-bundeswehr-ein-facebook-problem-23628756.bild.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

S. und R., Letzter Infanteriezug verlässt das Distrikt Hauptquartier in Chahar Darah. In: einsatz.bundeswehr.de, 16.10.2013, <www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LYxRC4JAEIT_0a0HgdRbZlD01kvZS6zeZkvnnpxrgvTjO8EZGJj5YOAByYJfblE5CHq4Q9Xwrp5MPTl6EsuAOqeKHx3J-3Uincngq32j8KAocFuOHJkmCOmSSqKcso2oIZo-RPULGWNMxLCDKrNlYfNNtsr-tofT8ZKnpTwXV-i7bv8HmtYJpA!!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Scheidges, Rüdiger, und Alexander Szandar, Krieg der Dienste. In: Der Spiegel, 29/2001, S. 38 f.

Schmidt, Michael, Afghanistan: Wie deutsche Soldaten am Hindukusch an ihre Grenzen stoßen. In: Zeit Online, 19.12.2010, <www.zeit.de/politik/2010-12/hindukusch-bundeswehr> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Schmidt, Michael, Bundeswehr wird Tornados wohl abziehen. In: TS, 22.9.2010

Schultz, Stefan, und Nadine Michel, Orden-Debatte. Ex-Generäle befürworten Eisernes Kreuz. In: Spiegel Online, 6.3.2008, <www.spiegel.de/politik/debatte/orden-debatte-ex-generaele-befuerworten-eisernes-kreuz-a-539842.html> (letzter Aufruf 31.3.2015)

Schutz rundum. In: Y. Magazin der Bundeswehr, 11/2011, <www.y-punkt.de/portal/a/ypunkt/!ut/p/c4/LYvBCsIwEAX_aLdREevN2ksvHgTRepG0CWVpmoR

0YxD8eBPwDcxlePjEjJVvmiSTs9LgA_uRjkOCISn9-vhoZwY5c9TGQKJ11Rbv5aU0jM5qLmZtmbKnINkF8C6wKSWGkAuQwr4SbSO2ovpPfA-X27nebep92zVX9Mty-gEHcPhx/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Schwarz, Moritz, »Bis zum demokratischen Endsieg«. In: Junge Freiheit, 8.7.2007, S. 3

Schwennicke, Christoph, Die Qual der alten Krieger. In: Der Spiegel, 24/2010, S. 90–92

Seliger, Marco, Bundeswehr in Afghanistan. »Manchmal ist das schon ein Scheißjob«. In: FAZ.NET, 14.2.2011, <www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~EDE6143798F7A40C4B3B955E0E99D60D1~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (letzter Aufruf 25.7.2011)

Seliger, Marco, Gefallene Bundeswehr-Soldaten: Die Standardisierung des Todesfalls. In: FAZ.NET, 9.4.2010, <www.faz.net/aktuell/politik/inland/gefallene-bundeswehr-soldaten-die-standardisierung-des-todesfalls-1967332.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

7 killed in Kunduz, Ghazni blasts. In: PAN, 16.7.2012, <www.pajhwok.com/en/2012/07/16/7-killed-kunduz-ghazni-blasts> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Shachtman, Noah, Exclusive: Inside Darpa's Secret Afghan Spy Machine. In: Wired.com, 21.7.2011, <www.wired.com/dangerroom/2011/07/darpas-secret-spy-machine/all/1> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Siebold, Sabine, Soldaten in Kundus vermissen Rückhalt in Deutschland. In: F.A.Z.-Blogs. Zur Sicherheit, 21.10.2009, <http://blogs.faz.net/sicherheit/2009/10/21/afghanische-facetten-51/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Staatssekretär Dr. Peter Wichert, <www.wichert.de/personen/peter1945.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Stahnke, Jochen, Auf Außenposten. In: FAZ.NET, 6.11.2010, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-einsatz-auf-aussenposten-1589966.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Stahnke, Jochen, Bundeswehr in Afghanistan: Tage im Eisenschwein. In: FAZ.NET, 15.2.2012, <www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-in-afghanistan-tage-im-eisenschwein-11649570.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Stahnke, Jochen, Gut und Böse in vielen Schattierungen. In: FAZ.NET, 21.5.2010, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-gut-und-boese-in-vielen-schattierungen-1978093.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Stark, Holger, Der Abendsonne entgegen. In: Der Spiegel, 30/2011, S. 24 f.

Stark, Holger, Gefahr in den Bergen. In: Der Spiegel, 36/2011, S. 84 <www.spiegel.de/spiegel/print/d-80266966.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Statement des Bundesministers der Verteidigung – »Krieg« in Afghanistan. In: bundeswehr.de, 7.4.2010, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYxNC8IwEET_UbaxguKtIgUvehKtt22y1IV8lLhNQfzxJgdn4F3eMPCE0oCZJxSOAR08YDB8GFc1rpaUX5ywJ8uoMluKmMyLsyIObyT5ENzrQRmaGEgqhYJw4ZRQYlJzTOKqWVIqRrGFodGno941_-jvftv17U1v2vOlv8LsffcD4EkQMw!!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Statement des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Volker Wieker. In: bundeswehr.de, 4.4.2010, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYvBCsIwEET_aDcBserNIoIe9Kjxtm3XstAkJVktiB9vcnAG5jDzBh9YHOgt

I6nEQBPe0fWy6xboloGBJWRi_TB4ybkQHEAyPfFWjwXoS6U1lYNKyTGRxgRzTDrV5ZVSWUAGdMYeWtuYv-x3s2rOrjXr7elyvOLs_f4HHD4zVA!!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Struck spricht mit afghanischem Verteidigungsminister über Kundus. In: Agence France Presse, 11.8.2003

Szandar, Alexander, Kampf ums Ohr des Ministers. In: SPON, 20.10.2000, <www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-kampf-ums-ohr-des-ministers-a-99287.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Szandar, Alexander, Snafu in Afghanistan. German Troops Bemoan ›Critical‹ Deficits in Training and Equipment. In: Spiegel Online International, 31.8.2009, <www.spiegel.de/international/world/snafu-in-afghanistan-german-troops-bemoan-critical-deficits-in-training-and-equipment-a-646085.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

»Task Force an 21 Operationen beteiligt«. In: SZ, 13.8.2010

Thörner, Marc, Den Bock zum Gärtner machen? Das internationale Sicherheitskonzept für Afghanistan setzt auf lokale Milizen. In: Deutschlandfunk, 20.7.2010, <www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1229184/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Der Tod des Hauptmann Matthes. In: SZ, 5.9.2011, S. 3

Train Advise Assist Command North – Baustein für die Zukunft Afghanistans. In: einsatz.bundeswehr.de, 17.7.2014, <www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LYzNCoMwEITfKKtg6c_N4KWHXnpp7aWsurVL40biWkH68E3AGRiY-WDgAdGCX-5R2Qs6uEPd8qlZTLN09CSWCXWNFT86k3PbRLqSwVf_RuFJUeCWjjoyrRfSlEqiHLMPqD6Y0Qd1icwhRGK4gzrLK5vvi2xT_jteClvaXXaozvYK4zCUfyL5sTw!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Trauer um den im Feuergefecht gefallenen Soldaten. In: bundeswehr.de, 30.4.2009, <www.bundeswehr.de> (letzter Aufruf 16.5.2009)

Trofimov, Yaroslav, Afghan Militia Wins Uneasy Peace. In: The Wall Street Journal, 30.5.2012, S. A8

Überblick: Befugnisse der Soldaten in Afghanistan. In: bundeswehr.de, 24.8.2010, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/DcpBEkAwDAXQs7hAsrdzC-zS9qsMwjTFjNPrvO3jmRuTR7NUPU12HnmK2oeXwptAUHNB_UCHurcBI3VZKOGuHleUAK1FMgUsd7aWwNc2dD_spxOg/;> (letzter Aufruf 27.12.2013)

US-Marines posieren vor SS-Flagge. In: SPON, 9.2.2012, <www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-us-marines-posieren-vor-ss-flagge-a-814398.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Viele afghanische Männer verschulden sich für die Heirat. Extravagante Hochzeitspartys sind nach dem Sturz der Taliban am Hindukusch zu einem Statussymbol geworden. In: NZZ, 18.5.2011

Von der ehemaligen Taliban- zur Friedenshochburg. In: AFP, 28.8.2003

Walsh, Declan, US had »Frighteningly Simplistic« View of Afghanistan, Says McChrystal. In: The Guardian, 7.10.2011, <www.theguardian.com/world/2011/oct/07/us-frighteningly-simplistic-afghanistan-mcchrystal> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Werres, André, 20 Jahre Brücke in den Einsatz. In: streitkräftebasis.de, 30.5.2012, <www.streitkraeftebasis.de/portal/a/streitkraeftebasis/!ut/p/c4/PYzBDoIwEES_xR9oAY2gNwke9KgxihdT2hU3UkqWLSTGj5cecCaZw5vMyLuc3KoBa8XoWtXImyw1bqtR9O_q0eFH9EADaqFIv3AQSRQnwiqU17A0ILRrgUMytIxT1qTYkegccRMaTzQ1Ao0so7jIo1U0K_5ml_P-uEnXaXHIT-HQs31YMOitLHlEZqAZ986Thj9-AhjZWZst7W7xA0H740U!/> (letzter Aufruf 19.7.2012)

Westerwelle: »Bewaffneter Konflikt« in Afghanistan. In: FAZ.NET, 10.2.2010, <www.faz.net/aktuell/politik/bundeswehr-einsatz-westerwelle-bewaffneter-konflikt-in-afghanistan-1939970.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Who is Who in the Mujahideen. Commander Mir Alam. In: AFGHANews, 8 (15 April 1992), 8, S. 5, 8

Wiegold, Thomas, Afghanistan: Kriegsrecht für deutsche Soldaten. In: Focus Online, 18.12.2009, <www.focus.de/politik/deutschland/afghanistan-kriegsrecht-fuer-deutsche-soldaten_aid_464255.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Wiegold, Thomas, und Josef Hufelschulte, Für die Truppe ist es Krieg. In: Focus Online, 27.6.2009, <www.focus.de/politik/ausland/afghanistan-fuer-die-truppe-ist-es-krieg_aid_411929.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Wiegold, Thomas, Im Zweifel töten. In: Focus, 51/2007, S. 20–24

Wiegold, Thomas, Nielson zur SKB, Müllner zur Luftwaffe. In: Augen geradeaus!, 6.3.2012, <http://augengeradeaus.net/2012/03/nielson-zur-skb-mullner-zur-luftwaffe/#comments> (letzter Aufruf 23.7.2012)

Wiegold, Thomas, RC N Watch: Raketenangriff auf Khilliguy. In: Augen geradeaus!, 30.11.2010, <http://augengeradeaus.net/2014/04/rc-n-watch-isaf-stuetzpunkt-in-nordafghanistan-angegriffen/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Wiegold, Thomas, und Annette Blettner, Trügerisches Idyll. In: Focus, 37/2003, S. 218–220

Wingert, Nico, Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan. Großes Abkassieren vor dem Abzug. In: Stern.de, 28.1.2011, <www.stern.de/politik/ausland/bundeswehr-einsatz-in-afghanistan-grosses-abkassieren-vor-dem-abzug-1647937.html> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Würger, Takis, Das verlorene Bataillon. In: Der Spiegel, 44/2011, S. 52–58

Zentrale Onlineredaktion, Früherer Verteidigungsminister Dr. Peter Struck gestorben. In: Bundesministerium der Verteidigung, 19.12.2012, <www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYuxDsIwDET_yE5AIGCjdEHdWKBsaRtFRo1TGacsfDzJwJ30hns6fGIpu5WCU0rsZnxgP9Jp-MAQ1wCvlKWsEInprV4oR7zXz-RhTOy1Uj0rFQZxmgSWJDpXk0WKAZqwN7ZtjDX_2O9xu-su3X5zaK_NDZcYzz_Upray/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Zepelin, Joachim, Die Bundeswehr muss töten. In: Financial Times Deutschland, 17.6.2009

Zepelin, Joachim, Das rosarote System Jung. In: Financial Times Deutschland, 22.12.2009,<www.ftd.de/politik/deutschland/:verteidigungsministerium-das-rosarote-system-jung/50053442.html?mode=print> (letzter Aufruf 17.7.2012)

Zusammenfassung: Gefechte bei Baghlan. In: bundeswehr.de, 15.4.2010, <www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYvBCsJADET_KOmioniziGAFxZPWW9rGEujult1oQfx404MzMIeZN_hAc6C39KQSAw14x7qVbTNBM3

UMLCET64fBS85GcADJ9MTbfDSgtUrnVA4qln0ijQnGmHSYl1dKtoB0W BduX7p18Zf7bpbV9VQuVu54Plxw9H73Ayn6_mI!/> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Zweites Deutsches Fernsehen, Sterben für Afghanistan [Fernsehbeitrag], 16.3.2010

j) Interviews

Angehöriger des AA, 11.12.2013 (Berlin)
Assadullah Wal Waliji, Sozialwissenschaftler und ehemals politischer Aktivist, 28.3.2011 (Kabul)
General Bashir Basharat, Kommandeur des Operational Coordination Center-Province (OCCP) Kunduz und ehemaliger Kommandeur Mir Alams, 3.12.2012 (Kunduz-Stadt)
Deutscher GIZ-Angehöriger in Faizabad, 27.9.2011 (Berlin)
Dozent der Führungsakademie der Bundeswehr, 20.3.2008 (Hamburg)
Dozent der Führungsakademie der Bundeswehr, 26.5.2008 (Hamburg)
Ehemaliger in Afghanistan eingesetzter Angehöriger des AA, 28.6.2012 (Berlin)
Ehemaliger Angehöriger der Leitung des BMVg, 30.8.2011 (Berlin)
Ehemaliger Angehöriger der Provinzverwaltung und Parlamentsabgeordneter von Badakhshan, 1.4.2011 (Kabul)
Ehemaliger Angehöriger des Provinzrats von Kunduz, 5.12.2012 (Kunduz-Stadt)
Ehemaliger Diplomat, der an afghanischer Polizeireform beteiligt war, 13.10.2013 (telefonisch)
Ehemaliger Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2008 in Badakhshan diente, 6.8.2012 (telefonisch)
Ehemaliger Feldnachrichtenoffizier, der von 2005 bis 2006 in Badakhshan diente, 7.11.2011 (telefonisch)
Ehemaliger ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 31.5.2010 (telefonisch)
Ehemaliger ISAF-Rechtsberater-Stabsoffizier, 7.6.2010 (telefonisch)
Ehemaliger Polizeichef des Chahar-Dara-Distrikts, 28.11.2012 (Kunduz-Stadt)
Ehemals hochrangiger NDS-Offizieller von Kunduz, 20.11.2012 (Kabul)
Ehemals in Kunduz eingesetzter Nachrichtenoffizier, 26.1.2010 und 12.6.2011 (Berlin)
Ehemals in Kunduz eingesetzter Nachrichtenoffizier, 10.1.2012 (Berlin)
Ehemals in Kunduz eingesetzter Nachrichtenoffizier, 14.8.2012 (Berlin)
Ehemaliger Landeskundlicher Berater, 30.3.2011 (Kabul)
Ehemaliger Offizier, 2011 in der Führung des ASB Kunduz tätig, 6.1.2012 (E-Mail)
Ehemaliger Rechtsberater des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, 25.5.2010 (Berlin)
Ehemaliger Sprachmittler der Bundeswehr, der in Badakhshan diente, 12.12.2012 (Kabul)
Ehemaliger Stabsoffizier der Luftwaffe, 24.6.2009 (Potsdam)
Ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Mitglieds des Deutschen Bundestags, März 2010 (Berlin)
Jurist aus der Abteilung Recht des BMVg, 17.6.2010 (Berlin)

Haji Omar Khan, Geschäftsmann und ehemaliger Provinzgouverneur von Kunduz, 26.11.2012 (Kunduz-Stadt)
Leitender Angehöriger der Provinzverwaltung von Kunduz, 23.11.2012 (Kunduz-Stadt)
Leiter des lokalen Büros einer NGO und ehemaliger Distriktgouverneur in Kunduz, 4.12.2012 (Kunduz-Stadt)
Mitglied der Nashir-Familie, 18.11.2012 und 19.11.2012 (Kabul)
Norwegischer Offizier, im HQ RC-North tätig, 31.5.2011 (telefonisch)
Offizier der Feldnachrichtenkräfte, 18.11.2010 und 14.7.2011 (Berlin und telefonisch)
Offizier, 2005 in der Führung des PRT Faizabad tätig, 7.11.2011 (telefonisch)
Offizier, 2010/2011 in der Führung des ASB Kunduz tätig, 14.7.2011 (Berlin)
Offizier, 2010/2011 in der Führung des ASB Mazar-e Sharif tätig, 5.7.2011 (telefonisch)
Offizier, ehemals in der Führung der QRF 1 tätig, 31.3.2009 (Berlin)
Offizier, ehemals in der Führung der QRF 2 tätig, 17.6.2010 (Berlin)
Offizier, ehemals in der Führung der QRF 3 tätig, 8.2.2011 (Potsdam)
Offizier, im OCC-P Kunduz tätig, 2.12.2012 (Kunduz-Stadt)
Offizier, im NATO-Hauptquartier tätig, 26.5.2011 (telefonisch)
Offizier, ehemals bei SHAPE tätig, 26.5.2011 (Berlin)
Offizier, im JFC-B tätig, 18.5.2011 (telefonisch)
Offizier, 2008/2009 im HQ RC-North tätig, 8.2.2010 (Berlin)
Polizeioffizier und ehemaliger Kämpfer des Jamiat-Kommandeurs Qari Rahmatullah, 4.12.2012 (Kunduz-Stadt)
Referent im BMVg in Berlin, 15.3.2012 (Berlin)
Stabsoffizier, im BMVg tätig, 26.4.2011 (Berlin)
Stabsoffizier des TAAC-N, 21.10.2014 (Mazar-e Sharif)
Stabsoffizier, 2008 in der Führung des PRT Faizabad tätig, 28.9.2010 (Berlin)
Stabsoffizier, ehemals in der Führung des PRT Kunduz eingesetzt, 21.9.2010 (Berlin)
Haji Amanullah Utmanzai, Geschäftsmann und Angehöriger des High Peace Council von Kunduz, 2.12.2012 (Kunduz-Stadt)
Vertreter der Wehrverwaltung im Einsatzführungsstab in Potsdam, 23.6.2009 (Potsdam)
Vertreter des Ministry of Agriculture aus Kunduz, 19.11.2012 (Kabul)
Vertreter des NATO-HQ, 17.10.2014 (Brüssel)
Mohammad Gul Zubair, ehemaliger Berater von Aref Khan und Mitarbeiter des National Solidarity Project, 29.11.2012 (Kunduz-Stadt)

2. Sekundärliteratur

Abbaszadeh, Nima [u.a.], Provincial Reconstruction Teams. Lessons and Recommendations, January 2008, <wws.princeton.edu/research/pwreports_f07/wws591b.pdf> (letzter Aufruf am 23.8.2012)

Abenheim, Donald, Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten, München 1989 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 27)

Adler, Emanuel, Constructivism and International Relations. In: Handbook of International Relations, S. 95–118

Adler, Emanuel, Europe as a Civilizational Community of Practice. In: Civilizations in World Politics, S. 67–90

Afghanistan. Getting Disarmament Back on Track. Ed. by the International Crisis Group, Kabul, Brussels 2005 (= Update Briefing Asia Briefing, 35)

Afghanistan. What Gains for Press Freedom from Hamid Karzai's Seven Years as President. Ed. by Reporters Without Borders, Paris 2009

Aid and Conflict in Afghanistan. Ed. by the International Crisis Group, Kabul, Brussels 2011 (= ICG Asia Report, 210)

Albert, Bernd, Die Ausbildung an der Offizierschule des Heeres. Ziele und Mittel. In: Wehrtechnik, 32 (2001), 1, S. 32–36

Albrecht, Mara, Einsatz im Nahen Osten. Die UNIFIL und die Maritime Task Force im Libanon. In: Armee im Einsatz, S. 361–371

Alff, Christina, Regionale Wiederaufbauteams als wirksame Instrumente für Nation-building in Afghanistan? In: Geographische Rundschau, 60 (2008) 2, S. 58–65

Ambushed in Afghanistan. In: Jane's Terrorism & Security Monitor, June 2010, S. 12–15

The American Military Tradition. From Colonial Times to the Present. Ed. by John Caroll and Colin F. Baxter, Wilmington, DE 1993

Angermüller, Johannes, How to Become a Philosopher. Academic Discourse as a Multi-levelled Positioning Practice. In: Sociología histórica, 3 (2013), S. 263–289

Archer, Toby, and Tihomir Popovic, The Trans-Saharan Counter-Terrorism Initiative. The US War on Terrorism in North Africa, Helsinki 2007 (= FIIA (UPI) Reports)

Arjomand, Noah, Eagle's Summit Revisited. Decision-Making in the Kajaki Dam Refurbishment Project, Kabul 2013 (= AAN Thematic Report 1/2013)

Armee im Einsatz. Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr. Hrsg. von Hans J. Gießmann und Armin Wagner, Baden-Baden 2009 (= Demokratie, Sicherheit, Frieden, 191)

Armee in der Demokratie. Zum Verhältnis von zivilen und militärischen Prinzipien. Hrsg. von Ulrich vom Hagen, Wiesbaden 2006 (= Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, 3)

Aseer, A. Manan, Afghanistan im politischen Spannungsfeld zwischen den Großmächten in den 1950er Jahren, Diss. Hamburg 1983

Aspekte der nachrichtendienstlichen Sicherheitsarchitektur. Hrsg. von Guido Korte, Brühl 2005 (= Beiträge zur inneren Sicherheit. Schriftenreihe des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit, 26)

Auftrag Auslandseinsatz. Neueste Militärgeschichte an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Streitkräften. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Bernhard Chiari, Freiburg i.Br. 2012 (= Neueste Militärgeschichte. Analysen und Studien, 1)

Ausgewählte Kurzbiographien, Übersichten und Karten. Zusammengest. von Michael Poppe. In: Das Heer 1950 bis 1970, S. 699–745

Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sozialwissenschaftliche Analysen, Diagnosen und Perspektiven. Hrsg. von Sabine Jaberg [u.a.], Berlin 2009

Autesserre, Séverine, The Trouble with the Congo. Local Violence and the Failure of International Peacebuilding, Cambridge 2010 (= Cambridge Studies in International Relations)

Azimi, Amin, Die virtuelle Propaganda der Taliban. In: Der Taliban-Komplex, S. 109–132

Baberowski, Jörg, Gewalt verstehen. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 1/2008, <www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Baberowski-1-2008> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Bake, Julika, and Berthold Meyer, The Image of the Democratic Soldier – Empirical Findings in the German Case. The German Case, Frankfurt a.M. 2009 (= PRIF-Research Paper, No. III/9-2009)

Bakonyi, Jutta, Terrorismus, Krieg und andere Gewaltphänomene. In: Terrorismus und Krieg, S. 5–20

Bald, Detlef, Hans-Günter Fröhling, und Jürgen Groß, Bedingt einsatzbereit. »Realistische Ausbildung« der Bundeswehr oder mit der Wehrmacht in den Hindukusch. In: Bundeswehr im Krieg, S. 7–16

Bald, Detlef, Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955–2005, München 2005

Bald, Detlef, Generalstabsausbildung in der Demokratie. Die Führungsakademie der Bundeswehr zwischen Traditionalismus und Reform, München 1984 (= Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Berichte, 34)

Bald, Detlef, Ein Gespenst geht um in Deutschland. Der Traditionalismus in der Bundeswehr. In: Wissenschaft und Frieden, 1/1998, S. 48–51

Bald, Detlef, Restaurativer Traditionalismus. Eine Gefahr für die Innere Führung. In: Was ist aus der Inneren Führung geworden?, S. 11–21

Baldauf, Ingeborg, Erzählungen über die Fremden und das Fremde. Die Taliban in Nordafghanistan. In: Selbstbilder und Fremdbilder, S. 139–152

Baldauf, Ingeborg, Von Menschen und Maschinen in der Feldforschung. Erfahrungen aus Afghanistan und Uzbekistan. In: Um-Feld-Forschung, S. 51–62

Baldwin, David, The Concept of Security. In: Review of International Studies, 23 (1997), S. 5–26

Barakat, Sultan, DFID Understanding Afghanistan. Synthesis Report, November 2008

Barfield, Thomas, Afghanistan. A Cultural and Political History, Princeton, NJ 2010 (= Princeton Studies in Muslim Politics)

Barfield, Thomas, Continuities and Changes in Local Politics in Northern Afghanistan. In: Local Politics in Afghanistan, S. 131–144

Barfield, Thomas J., The Central Asian Arabs of Afghanistan. Pastoral Nomadism in Transition, Austin, TX 1981

Barnett, Michael N., and Martha Finnemore, Rules for the World. International Organizations in Global Politics, Ithaca, NY 2004
Barnett, Michael, and Christoph Zürcher, The Peacebuilder's Contract. How External State-building Reinforces Weak Statehood. In: The Dilemmas of Statebuilding, S. 23–52
Baumann, Marcel M., und Reinhart Kößler, Von Kundus nach Camelot und zurück. Militärische Indienstnahme der »Entwicklung«. In: Peripherie, 31 (2011), S. 149–177
Baumgart, Ralf, und Volker Eichener, Norbert Elias zur Einführung, Hamburg 1997
Bayer, Stefan, Die Mittelausstattung der Bundeswehr. Der Einzelplan 14 im Spannungsfeld zwischen Auftragslage und (finanzieller) Realität. In: Armee im Einsatz, S. 224–234
Bea, Franz Xaver, und Elisabeth Göbel, Organisation. Theorie und Gestaltung, Stuttgart 2002
Beath, Andrew, Christia Fotini and Ruben Enikolopov, Winning Hearts and Minds through Development? Evidence from a Field Experiment in Afghanistan, Boston, MA 2012 (= Policy Research Working Paper, 6129)
Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik. Hrsg. von Manfred Hettling und Jörg Echternkamp, Göttingen 2008
Bell, Anthony, David Witter and Michael Whittaker, Reversing the Northeastern Insurgency, Washington, DC 2011 (= Afghanistan Report, 9)
Bellamy, Alex J., Paul Williams and Stuart Griffin, Understanding Peacekeeping, Cambridge 2004
Bennett, Valerie Plave, and Amos Perlmutter, The Political Influence of the Military. A Comparative Reader, New Haven 1980
Berger, Peter L., und Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a.M. 1980 [1966]
Bergmann, Anna, Gewalt und Männlichkeit. Wahrnehmungsmuster des »Fremden« und des »Eigenen« in der deutschen Berichterstattung über den Afghanistankrieg. In: Medien, Krieg, Geschlecht, S. 153–172
Bericht. Ein Review der Evaluierungsarbeit zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan. Hrsg. vom Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn 2014
Bernheim, Ernst, Einleitung in die Geschichtswissenschaft, Berlin, Leipzig 1912
Biehl, Heiko, Paul Klein, and Gerhard Kümmel, Diversity in the German Armed Forces. In: Cultural Diversity, S. 171–184
Biehl, Heiko, und Nina Leonhard, Militär und Tradition. In: Militärsoziologie, 2. Aufl., S. 314–341
Biehl, Heiko, und Maren Tomforde, Quantitative und qualitative Methoden in der Militärsoziologie am Beispiel von Einsatzbefragungen. In: Militärsoziologie, 2. Aufl., S. 310–329
Biermann, Rafael, Der Deutsche Bundestag und die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Zur Gratwanderung zwischen exekutiver Prärogative und legislativer Mitwirkung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 35 (2004), 4, S. 607–626

Blancke, Stephan, Auslandsaufklärung als Risikoperzeption. Konkurrenzverhältnis Bundeswehr – BND? In: Aspekte der nachrichtendienstlichen Sicherheitsarchitektur, S. 25–67

Bleckmann, Albert, Begründung und Anwendungsbereich des Verhältnismäßigkeitsprinzips. In: Juristische Schulung, 1994, S. 177–183

Bleuer, Christian, State-Building, Migration and Economic Development on the Frontiers of Northern Afghanistan and Southern Tajikistan. In: Journal of Eurasian Studies, 3/2012, S. 69–79

Bleuer, Christian, The Study and Understudy of Afghanistan's Ethnic Groups. What We know – and don't Know. In: Afghanistan Analysts Network, 10.9.2014, <www.afghanistan-analysts.org/the-study-and-understudy-of-afghanistans-ethnic-groups/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Bliesemann de Guevara, Berit, and Florian P. Kühn, The »International Community« – Rhetoric or Reality? Tracing a seemingly well-known apparition. In: Sicherheit und Frieden, 27 (2009) 2, S. 73–79

Bliesemann de Guevara, Berit, Introduction. The Limits of Statebuilding and the Analysis of State-Formation. In: Journal of Intervention and Statebuilding, 4 (2010), 2, S. 111–128

Bliesemann de Guevara, Berit, »Sich ein eigenes Bild machen.« Die Afghanistanreisen deutscher Politiker und »die Lage vor Ort« als Narrativ der Intervention. In: Deutschland in Afghanistan, S. 67–93

Blumenwitz, Dieter, Die völkerrechtlichen Aspekte des Irak-Konflikts. In: Zeitschrift für Politik, 50 (2003), 3, S. 301–334

Bonacker, Thorsten, und Werner Distler, Das Militär im Statebuilding aus interventionssoziologischer Perspektive. In: Militärsoziologie, 2. Aufl., S. 158–175

Booth, Ken, Beyond Critical Security Studies. In: Critical Security Studies, S. 259–278

Borchert, Heiko, Vernetzte Sicherheitspolitik. Bausteine eines neuen Leitbildes. In: Sicherheit und Frieden, 22 (2004) 1, S. 25–30

Bourdieu, Pierre, Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabylischen Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1979 [1972]

Bourdieu, Pierre, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M. 1989 [1982]

Bourdieu, Pierre, Für einen anderen Begriff von Ökonomie. In: Bourdieu, Der Tote packt den Lebenden, S. 79–100

Bourdieu, Pierre, Homo academicus, Frankfurt a.M. 1988

Bourdieu, Pierre, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Soziale Ungleichheiten, S. 183–198

Bourdieu, Pierre, Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt a.M. 1998 [1994]

Bourdieu, Pierre, The Social Structures of the Economy, Cambridge, Malden, MA 2005 [1988]

Bourdieu, Pierre, Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a.M. 1997 [1980]

Bourdieu, Pierre, Staatsgeist. Genese und Struktur des bürokratischen Felds. In: Praktische Vernunft, S. 93–125

Bourdieu, Pierre, Der Tote packt den Lebenden. Hrsg. von Margarete Steinrücke, Hamburg 1997 (= Schriften zu Politik und Kultur, 2)
Bourke, Joanna, The Experience of Killing. In: The Great World War 1914–1945, vol. 1, S. 293–309
Bowman, Steve, and Catherine Dale, War in Afghanistan. Strategy, Military Operations, and Issues for Congress, December 2009
Branch, Daniel, and Elisabeth Jean Wood, Revisiting Counterinsurgency. In: Politics & Society, 38 (2010), 3, S. 3–14
Breitwieser, Thomas, Die Vereinten Nationen und der Nahost-Konflikt. In: Wegweiser zur Geschichte. Auslandseinsätze der Bundeswehr, S. 81–95
Breitwieser, Thomas, Verfassungshistorische und verfassungsrechtliche Aspekte der Auslandseinsätze. In: Wegweiser zur Geschichte. Auslandseinsätze der Bundeswehr, S. 153–165
Brockhaus. Enzyklopädie in 30 Bänden, 21., völlig neu bearb. Aufl., Leipzig [u.a.] 2006
Brockhaus-Enzyklopädie, 19., völlig neu bearb. Aufl., Leipzig [u.a.] 1993
Broschk, Florian, Ideologische Facetten der Taliban. In: Der Taliban-Komplex, S. 81–107
Brummer, Klaus, Überzeugungen und Handeln in der Außenpolitik. Der Operational Code von Angela Merkel und Deutschlands Afghanistanpolitik. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 4 (2011), 3, S. 143–169
Buchholz, Frank, Strategische und militärpolitische Diskussionen in der Gründungsphase der Bundeswehr 1949–1960, Frankfurt a.M. [u.a.] 1991 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 458)
Buddenbohm, Stefan, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Eine Bewertung des Ansatzes als zivil-militärisches Instrument im Rahmen des internationalen Engagements, Diplomarbeit FU Berlin 2007
Bürokratische Organisation. Hrsg. von Renate Mayntz, Köln, Berlin 1968 (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek. Soziologie, 27)
Bulmahn, Thomas, Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima, S. 137–141
Bundeswehr. In: Schubert/Klein, Das Politiklexikon, S. 58 <www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17261/bundeswehr> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Bundeswehr – die nächsten 50 Jahre. Anforderungen an deutsche Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Hrsg. von Joachim Krause und Jan C. Irlenkaeuser, Opladen 2006
Bundeswehr im Krieg. Wie kann die Innere Führung überleben? Hrsg. von Detlef Bald, Hamburg 2009 (= Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik)
Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Frank Nägler, München 2007 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 7)
Bunzen, Niels, Der Rechtsberater in der Bundeswehr im Auslandseinsatz, Taunusstein 2009

Bureaucratic Politics. A Paradigm and some Policy Implications. Ed. by Graham T. Allison and Morton H. Halperin, Washington, DC 1971

Bures, Oldrich, Wanted. A Mid-Range Theory of International Peacekeeping. In: International Studies Review, 9 (2007), S. 407–436

Burkhardt, Lars, Effektive Umsetzung völkerrechtlicher Mandate internationaler Militäreinsätze durch Deutschland und Frankreich? Das Beispiel der Operation EUFOR RD Congo im Jahre 2006, Masterarbeit im deutsch-französischen Aufbaustudiengang Master of European Governance and Administration 2008 (= WHI-Paper, 1/08)

Buzan, Barry, Ole Wæver and Jaap de Wilde, Security. A New Framework for Analysis, Boulder, CO 1998

Caforio, Giuseppe, Military Officer Education. In: Handbook of the Sociology, S. 99–278

Caforio, Giuseppe, Some Historical Notes. In: Handbook of the Sociology, S. 7–26

Campbell, Jason, What's the Plan? The NATO Coalition in Afghanistan. In: War on the Rocks, 19.11.2014, <http://warontherocks.com/2014/11/whats-the-plan-the-nato-coalition/> (letzter Aufruf 1.4.2015)

Caroll, John M., America in Vietnam. In: The American Military Tradition, S. 203–218

Cernicky, Jan, Erhard Eppler 1968–1974. In: Deutsche Entwicklungsminister, S. 40–56

Chandler, David, Empire in Denial. The Politics of State-building, London 2006

Chandler, David, Statebuilding. The Rise of Post-Liberal Governance, London, New York 2010 (= Critical Issues in Global Politics)

Chaudhuri, Rudra, and Theo Farrell, Campaign Disconnect. Operational Progress and Strategic Obstacles in Afghanistan, 2009–2011. In: International Affairs, 87 (2011), 2, S. 271–296

Chesser, Susan G., Afghanistan Casualties: Military Forces and Civilians, Washington, DC 2012 (= CRS Report for Congress, R41084), <www.fas.org/sgp/crs/natsec/R41084.pdf> (letzter Aufruf 12.6.2015)

Chiari, Bernhard, Kabul, 1979: Militärische Intervention und das Scheitern der sowjetischen Dritte-Welt-Politik in Afghanistan. In: Die Sowjetunion und die Dritte Welt, S. 259–280

Chiari, Bernhard, Krieg als Reise? Neueste Militärgeschichte seit 1990 am Beispiel des militärischen und sicherheitspolitischen Wandels in Deutschland. In: Auftrag Auslandseinsatz, S. 13–40

Chiari, Bernhard, A New Model Army. The Bundeswehr in Kunduz, 2003–2012. In: From Venus to Mars?, S. 135–156

Chiari, Bernhard, Von der Escort Navy zur Expeditionary Navy. Die Deutsche Marine, UNOSOM und Enduring Freedom. In: Wegweiser zur Geschichte. Auslandseinsätze der Bundeswehr, S. 97–107

Civilizations in World Politics. Plural and Pluralist Perspectives. Ed. by Peter J. Katzenstein, New York 2010

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege. Als Handbuch bearbeitet und mit einem Essay »Zum Verständnis des Werkes«. Hrsg. von Wolfang Pickert und Wilhelm Rit-

ter von Schramm, Reinbek bei Hamburg 2011 [1832] (= Rowohlts Klassiker der Literatur und Wissenschaft; Deutsche Literatur, 12)
Collier, Paul, and Anke Hoeffler, Greed and Grievance in Civil War, Oxford 2002 (= The Centre for the Study of African Economies Working Paper Series, 160), <www.bepress.com/cgi/viewcontent.cgi?article=1161&context=csae> (letzter Aufruf 12.11.2012)
Confronting Afghanistan's Security Dilemma. Reforming the Security Sector. Ed. by Mark Sedra, Bonn 2003 (= BICC brief, 28)
Conze, Eckart [u.a.], Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Unter Mitarb. von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff, München 2010
Conze, Werner, Sicherheit, Schutz. In: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd 5, S. 831–862
Cordesman, Anthony H., Adam Mausner and Jason Lemieux, Afghan National Security Forces. What it Will Take to Implement the ISAF Strategy, Washington, DC 2010, <http://csis.org/files/publication/101115_Cordesman_AfghanNationalSecurityForces_Web.pdf> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Cordesman, Anthony H., The Afghan War. Creating the Economic Conditions and Civil-Military Aid Efforts Needed for Transition, Washington, DC 2012, <http://csis.org/files/publication/120918_Afghan_Failing_Econ.pdf> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Cordesman, Anthony H., Afghanistan. The Failed Metrics of Ten Years of War, Washington, DC 2012, <https://csis.org/files/publication/120209_Afghanistan_Failed_Metrics.pdf> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Cordesman, Anthony H., Back to the »Body Count«. The Lack of Reliable Data on the Wars in Iraq, Afghanistan, and Pakistan, Washington, DC 2012, <https://csis.org/files/publication/120910_Iraq_Afghan_Terrorism.pdf> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Cordesman, Anthony H., Measures of »Progress« in Afghanistan in the Spring of 2012. The Need for Strategic Focus, Transparency and Credibility, Washington, DC 2012, <http://csis.org/files/publication/120510_Afghan_Military_Progress.pdf> (letzter Aufruf 1.4.2015)
Counterinsurgency. The Challenge for NATO Operations and Strategy. Ed. by Christopher M. Schnaubelt, Rom 2009 (= NDC Forum Paper)
Craig, Gordon Alexander, The Germans, New York 1982
Crane, Conrad, United States. In: Understanding Counterinsurgency, S. 59–72
Creveld, Martin van, Fighting Power. German and U.S. Army Performance 1939–1945, London, Melbourne 1983
Critical Security Studies and World Politics. Ed. by Ken Booth, Boulder, CO 2005
Cronin, Audrey Kurth, The »War on Terrorism«. What Does it Mean to Win? In: JSS, 37 (2014), 2, S. 174–197
Cronin, Stephanie, Building and Rebuilding Afghanistan's Army: An Historical Perspective. In: The Journal of Military History, 75 (2011), 1, S. 45–91
Cultural Diversity in the Armed Forces. An International Comparison. Ed. by Joseph Soeters und Jan van der Meulen, London, New York 2007

Dale, Catherine, War in Afghanistan. Strategy, Operations, and Issues for Congress, Washington, DC 9.3.2011 (= CRS Report for Congress, R40156), <www.fas.org/sgp/crs/natsec/R40156.pdf> (letzter Aufruf 12.6.2015)
Daniel, Ute, »Kultur« und »Gesellschaft«. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Sozialgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993), S. 69–99
Daun, Anna, Auge um Auge? Intelligence-Kooperation in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, Wiesbaden 2011 (= Globale Gesellschaft und internationale Beziehungen)
Daun, Anna, Die deutschen Nachrichtendienste. In: Geheimdienste in Europa, S. 56–77
Daxner, Michael [u.a.], Einleitung. In: Interventionskultur, S. 7–17
Deflem, Mathieu, Policing World Society. Historical Foundations of International Police Cooperation, Oxford 2002 (= Clarendon Studies in Criminology)
Dennys, Christian, and Idrees Zaman, Trends in Local Afghan Conflicts. Synthesis paper, Kabul 2009
Dennys, Christian, Watching while the Frog Boils. Strategic Folly in the Afghan Security Sector, Waterloo, ON 2011 (= The Afghanistan Papers, 9)
Deutsche Entwicklungsminister von 1961–2008. Biographien, Konzeptionen und Einfluss auf nationale und internationale Entwicklungspolitik. Hrsg. von Wolfgang Gieler, Bonn [u.a.] 2008
Deutsche Sicherheitspolitik. Hrsg. von Stephan Böckenförde und Sven Bernhard Gareis, Opladen, Farmington Hills, MI 2009
Deutschland in Afghanistan. Hrsg. von Michael Daxner, Oldenburg 2014
The Dilemmas of Statebuilding. Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations. Ed. by Roland Paris and Timothy Sisk, New York 2009
Dingwerth, Klaus, Dieter Kerwer und Andreas Nölke, Die Organisierte Welt. Internationale Beziehungen und Organisationsforschung, Baden-Baden 2009
Disarmament and Reintegration in Afghanistan. Ed. by the International Crisis Group, Kabul, Brussels 2003 (= ICG Asia Report, 65)
Donini, Antonio, Local Perceptions of Assistance to Afghanistan. In: International Peacekeeping, 14 (2007), 1, S. 158–172
Dorronsoro, Gilles, Iraq and Afghanistan. Perspectives on U.S. Strategy, p. 3: Written Testimony House Committee on Armed Services Subcommittee on Oversight & Investigations, Washington, DC 2009
Dorronsoro, Gilles, Revolution Unending. Afghanistan: 1979 to the Present, London 2005
Downes-Martin, Stephen, Operations Assessment in Afghanistan is Broken. What Is to Be Done? In: Naval War College Review, 64 (2011), 4, S. 103–125
Dreist, Peter, Aufgabenwandel für den Rechtsberater in den Streitkräften. Rechtsberatung bei den Auslandseinsätzen und beim Zielwesen. In: UBWV, 45 (2006), 9, S. 329–343
Dreist, Peter, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan als Teil von OEF und ISAF. Ansätze und Genese. In: Auftrag Auslandseinsatz, S. 237–250
Dreist, Peter, Rules of Engagement in NATO-Operationen, T. 1. In: UBWV, 3/2008, S. 93–108

Dreist, Peter, Rules of Engagement in NATO-Operationen, T. 2. In: UBWV, 4/2008, S. 129–139
Dubik, James M., and Jeffrey Dressler, Combat Power & Confidence within the Afghan National Army, Washington, DC 2012 (= ISW Command Perspectives)
Duchscherer, Matthias, Feilen am neuen Soldaten. In: Loyal, 7–8/2004, S. 12–17
Duffield, Mark R., Development, Security and Unending War. Governing the World of Peoples, Cambridge, Malden 2007
Duffield, Mark R., Social Reconstruction and the Radicalization of Developement. Aid as a Relation of Global Liberal Governance. In: State Failure, State Collapse and Reconstruction, S. 291–312
Dupree, Louis, Afghanistan, Karachi 2005 [1973]
The Dutch Engagement in Uruzgan: 2006 to 2010. A TLO Socio-political Assessment. Ed. by the Liaison Office, Kabul 2010
The Dynamics of States. The Formation and Crises of State Domination. Ed. by Klaus Schlichte, Aldershot 2005
Dyson, Tom, The Politics of German Defence and Security. Policy Leadership and Military Reform in the Post-Cold War Era, New York 2007
Egnell, Robert, and Peter Haldén, Laudable, Ahistorical and Overambitious. Security Sector Reform Meets State Formation Theory. In: Conflict, Security & Development, 9 (2009), 1, S. 27–54
Ehrhart, Hans-Georg, und Roland Kästner, Aufstandsbekämpfung: Konzept für deutsche Sicherheitspolitik? Lehren aus Afghanistan, Hamburg 2010 (= Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 48)
Eichhorst, Kristina, Holger Ahlers und Florian Grubitzsch, Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Die deutsche Debatte. In: Jahrbuch Terrorismus 2007–2008, S. 169–184
Einsatz der Bundeswehr im Ausland. Rechtsgrundlagen und Rechtspraxis. Hrsg. von Dieter Weingärtner, Baden-Baden 2007 (= Forum Innere Führung, 27)
Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven. Hrsg. von Anja Seiffert, Wiesbaden 2012
Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Hrsg. von Josef Braml, Thomas Risse und Eberhard Sandschneider, München 2010 (= Jahrbuch internationale Politik, 28)
Elbe, Martin, und Florian H. Müller, Berufsentscheidungen und Karriereverläufe von Offizieren der Bundeswehr. In: Ein Job wie jeder andere?, S. 123–144
Elbe, Martin, und Gregor Richter, Militär. Institution und Organisation. In: Militärsoziologie, 2. Aufl., S. 244–263
Elias, Barbara, The Taliban Biography. Documents on the Structure and Leadership of the Taliban 1996–2002, Washington, DC 2009 (= National Security Archive Electronic Briefing Book, 295), <www.nsarchive.org/NSAEBB/NSAEBB295> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Elias, Norbert, Die Gesellschaft der Individuen. Hrsg. von Michael Schröter, Frankfurt a.M. 1988 [1987]
Elias, Norbert, Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziogenese des Königtums und der höfischen Aristokratie. Mit einer Einleitung: Soziologie und Geschichtswissenschaft, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 1990

Elias, Norbert, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Michael Schröter, Frankfurt a.M. 1990 [1989]
Elias, Norbert, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bde, 2. Aufl., Bern, München 1969
Elias, Norbert, Wandlungen der Wir-Ich-Balance. In: Elias, Die Gesellschaft der Individuen, S. 207–315
Elias, Norbert, Was ist Soziologie?, Weinheim, München 1993 [1970]
Elias, Norbert, Zivilisation und Gewalt. Über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechungen. In: Elias, Studien über die Deutschen, S. 225–389
Emirbayer, Mustafa, and Victoria Johnson, Bourdieu and Organizational Analysis. In: Theory and Society, 37 (2008), S. 1–44
Entschieden für Frieden. 50 Jahre Bundeswehr 1955 bis 2005. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Klaus-Jürgen Bremm, Hans-Hubertus Mack und Martin Rink, Freiburg i.Br., Berlin 2005
Ergebnisse der Studentenbefragung an den Universitäten der Bundeswehr Hamburg und München 2007. Hrsg. vom SOWI, Strausberg 2010 (= Forschungsbericht, 89)
Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann, Paderborn [u.a.] 2002
Evans, Anne [u.a.], Subnational Administration in Afghanistan. Assessment and Recommendations for Action, Washington, DC, Kabul 2004
Faath, Sigrid, US-Engagement im Sahel-Saharararaum. Terrorismusbekämpfung als Vorwand oder Notwendigkeit?, Hamburg 2005 (= DOI-Focus)
Farrell, Theo, Testing Times. NATO War-Making in Afghanistan and Beyond. In: NATO's New Strategic Concept, S. 115–125
Fassin, Didier, Humanitarian Reason. A Moral History of the Present, Berkeley, CA, Los Angeles, CA, London 2012
Fiebig, Rüdiger, Auslandseinsätze der Bundeswehr. In: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima, S. 121–128
Fishstein, Paul, Briefing Note. Winning Hearts and Minds in Uruzgan Province, Somerville, MA 2012
Fishstein, Paul, and Andrew Wilder, Winning Hearts and Minds? Examining the Relationship between Aid and Security in Afghanistan, Boston, MA 2012
Fitzsimmons, Michael, Hard Hearts and Open Minds? Governance, Identity and the Intellectual Foundations of Counterinsurgency Strategy. In: JSS, 31 (2008) 3, S. 337–365
Fontenot, Gregory, E.J. Degen and David Tohn, On Point. The United States Army in Operation Iraqi Freedom, Fort Leavenworth, KS 2004
A Force in Fragments. Reconstituting the Afghan National Army. Ed. by the International Crisis Group, Kabul, Brussels 2010 (= ICG Asia Report, 19)
Forschungsthema: Militär. Militärische Organisationen im Spannungsfeld von Krieg, Gesellschaft und soldatischen Subjekten. Hrsg. von Maja Apelt, Wiesbaden 2010

Foschini, Fabrizio, Campaign Trail 2010 (1): Badakhshan – Drugs, Border Crossings and Parliamentary Seats. In: Afghanistan Analysts Network, 19 June 2010, <www.afghanistan-analysts.org/campaign-trail-2010-1-badakhshan-drugs-border-crossings-and-parliamentary-seats> (letzter Aufruf 1.8.2013)

Foschini, Fabrizio, Heretics or Addicts. The Ismailis of Afghan Badakhshan Caught in the Middle of Opium Trade. In: Islam. Collected Essays, S. 100–120

Foucault, Michel, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt a.M. 2004 (= Geschichte der Gouvernementalität I; Vorlesung am Collège de France 1977–1978)

Free, Jan, Wege zu einer Soziologie moderner Friedenseinsätze. In: Interventionskultur, S. 49–73

Freedman, Lawrence, Logic, Politics and Foreign Policy Processes. A Critique of the Bureaucratic Politics Model. In: International Affairs, 52 (1976), S. 434–449

Frei, Daniel, und Peter Gaupp, Das Konzept »Sicherheit«. Theoretische Aspekte. In: Sicherheitspolitik, S. 3–16

Freuding, Christian, Die Operationen Enduring Freedom und Active Endeavour. Deutschlands militärischer Beitrag zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus. In: Armee im Einsatz, S. 340–352

Friedensengel im Kampfanzug? Zur Theorie und Praxis militärischer UN-Einsätze. Hrsg. von Georg-Maria Meyer, Opladen 1996

Friedrichs, Jörg, and Friedrich Kratochwil, On Acting and Knowing. How Pragmatism Can Advance International Relations Research and Methodology. In: International Organization, 63 (2009), Fall, S. 701–731

Friesendorf, Cornelius, Christopher Daase und Thomas Müller, Flexible Sicherheitskräfte für Auslandseinsätze. Afghanistan und die Grenzen deutscher Sicherheitspolitik, Frankfurt a.M. 2013 (= HSFK-Report)

Friesendorf, Cornelius, Insurgency and Civilian Policing. Organizational Culture and German Police Assistance in Afghanistan. In: Contemporary Security Policy, 34 (2013), 2, S. 324–349

From Fragile State to Functioning State. Pathways to Democratic Transformation in Georgia, Kosovo, Moldova, and Afghanistan. Ed. by Sabine Collmer, Berlin 2009

From Presidential to Parliamentary Elections. Ed. by the International Crisis Group, Kabul, Brussels 2004 (= ICG Asia Report, 88)

From Venus to Mars? Provincial Reconstruction Teams and the European Military Experience in Afghanistan, 2001–2014. On behalf of Bundeswehr Centre of Military History and Social Sciences ed. by Bernhard Chiari in collaboration with Thijs Brocades Zaalberg, Nicola Labanca and Ben Schoenmaker, Freiburg i.Br. 2014 (= Neueste Militärgeschichte. Analysen und Studien, 3)

Fuchs-Heinritz, Werner, und Alexandra König, Pierre Bourdieu. Eine Einführung, Konstanz 2005

50 Jahre Bundeswehr – 50 Jahre Offizierausbildung in Hamburg-Wandsbek. Eine Ausstellung der Helmut-Schmidt-Universität. Hrsg. von Eckardt Opitz, Hamburg 2005 (= Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V./WIFIS)

Gablik, Axel F., »Eine Strategie kann nicht zeitlos sein«. Flexible Response und WINTEX. In: Die Bundeswehr 1955 bis 2005, S. 313–328
Gareis, Sven Bernhard, Die Außen- und Sicherheitspolitik der Großen Koalition. In: Die Große Koalition, S. 228–243
Gareis, Sven Bernhard, Bedingt bündnisfähig? Die parlamentarische Kontrolle internationaler Bundeswehreinsätze und die deutschen Verpflichtungen in NATO und EU. In: Gesellschaft Wirtschaft Politik, 56 (2007), 2, S. 217–230
Gareis, Sven Bernhard, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung, Opladen, Farmington Hills, MI 2006
Gareis, Sven Bernhard, Militärische Beiträge zur Sicherheit. In: Deutsche Sicherheitspolitik, S. 99–129
Gareis, Sven Bernhard, Schlüssiges Konzept oder Schlagwort? Zu Anspruch und Praxis »Vernetzter Sicherheit« in Afghanistan. In: Sicherheit und Frieden, 28 (2010), 4, S. 239–246
Gareis, Sven Bernhard, Karl Haltiner und Paul Klein, Strukturprinzipien und Organisationsmerkmale von Streitkräften. In: Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, S. 14–25
Gareis, Sven Bernhard, und Johannes Varwick, Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen, 3., aktual. und erw. Aufl., Bonn 2003 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 403)
Gauster, Markus, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan, Garmisch-Partenkirchen 2008 (= Occasional Paper Series, 16)
Gauster, Markus, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand, Wien 2006 (= Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 11)
Geheimdienste in Europa. Transformation, Kooperation und Kontrolle. Hrsg. von Thomas Jäger und Anna Daun, Wiesbaden 2009
Genauer hinsehen: (1) Sicherheitsvorfälle AFG-Nord Aug. 2010–Anfang Mai 2011. Zsgest. von Winfried Nachtwei, MdB a.D., 2011 <www.nachtwei.de/downloads/bericht/SicherhVorf-NORD-4-11.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Gentile, Gian P., A Strategy of Tactics. Population-centric COIN and the Army. In: Parameters, 39 (2009), 3, S. 5–17
Germany at Fifty-five. Berlin ist nicht Bonn. Ed. by James Sperlin, Manchester, New York 2004 (= Issues in German Politics)
Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd 5: Pro-Soz. Hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Kosellek, Stuttgart 1984
Geser, Hans, Organisationsprobleme des Militärs. In: Militär, Krieg, Gesellschaft, S. 139–164
Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart. Hrsg. von Jutta Bakonyi, Stephan Hensell und Jens Siegelberg, Baden-Baden 2006
Gibson, James William, The Perfect War. Technowar in Vietnam, New York 2000
Giddens, Anthony, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt a.M., New York 1992 [1988] (= Theorie und Gesellschaft, 1)

Gieler, Wolfgang, und Rebecca Miltsch, Heidemarie Wieczorek-Zeul. Seit 1998. In: Deutsche Entwicklungsminister, S. 126–133
Gieler, Wolfgang, und Rebecca Miltsch, Walter Scheel 1961–1966. In: Deutsche Entwicklungsminister, S. 12–25
Gießmann, Hans J., und Armin Wagner, Die Bundeswehr im Auslandseinsatz. Eine Standortbestimmung. In: Armee im Einsatz, S. 9–29
Giordano, Eric Robert, The U.S. Army and Nontraditional Missions. Explaining Divergence in Doctrine and Practice in the Post-Cold War Era, Diss. Medford, MA 2004
Giustozzi, Antonio, The Afghan National Army. Unwarranted Hope?. In: RUSI Journal, 154 (2009), 6, S. 36–42
Giustozzi, Antonio, Afghanistan: Transition without an End. An Analytical Narrative of State-making, London 2008
Giustozzi, Antonio, Auxiliary Force or National Army? Afghanistan's »ANA« and the Counter-Insurgency Effort, 2002–2006. In: Small Wars & Insurgencies, 18 (2007), 1, S. 45–67
Giustozzi, Antonio, and Dominique Orsini, Centre-Periphery Relations in Afghanistan. Badakhshan between Patrimonialism and Institution-Building. In: Central Asian Survey, 28 (2009), 1, S. 1–16
Giustozzi, Antonio, Empires of Mud. Wars and Warlords in Afghanistan, London 2009
Giustozzi, Antonio, and Christoph Reuter, The Insurgents of the Afghan North. The Rise of the Taleban, the Self-Abandonment of the Afghan Government and the Effects of ISAF's »Capture-and-Kill Campaign«, Kabul 2011 (= AAN Thematic Report, 4/2011)
Giustozzi, Antonio, Koran, Kalashnikov, and Laptop. The Neo-Taliban Insurgency in Afghanistan 2002–2007, New York [u.a.] 2008
Giustozzi, Antonio, Military Reform in Afghanistan. In: Confronting Afghanistan's Security Dilemma, S. 23–31
Giustozzi, Antonio, and Mohammad Isaqzadeh, Policing Afghanistan. The Politics of the Lame Leviathan, London 2013
Giustozzi, Antonio, The Resilient Oligopoly. A Political-Economy of Northern Afghanistan 2001 and onwards, Kabul 2012
Giustozzi, Antonio, and Theo Farrell, The Taliban at War. Inside the Helmand Insurgency, 2004–2012. In: International Affairs, 89 (2013), 4, S. 1–27
Glassner, Rainer, Katja Mielke und Conrad Schetter, EZ-Kontextanalysen mit Fokus auf Akteure, Netzwerke und Institutionen in Nordostafghanistan (Kunduz, Takhar) und Südostafghanistan (Paktia, Khost), Bonn, Shiberghan 14.1.2008
Glenn, Russell, and Jamie Gayton, Intelligence Operations and Metrics in Iraq and Afghanistan. Fourth in a Series of Joint Urban Operations and Counterinsurgency Studies, Santa Monica, CA [u.a.] 2008 (= RAND Project Air Force), <www.expose-the-war-profiteers.org/archive/other/2008/20081100.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Götz, Irene, Deutsche Identitäten. Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989, Köln 2011 (= Alltag & Kultur)

Goodhand, Jonathan, Contested Boundaries: NGOs and Civil–military Relations in Afghanistan. In: Central Asian Survey, 32 (2013), 3, S. 287−305
Goodhand, Jonathan, From Holy War to Opium War? A Case Study of the Opium Economy in North Eastern Afghanistan. In: Central Asian Survey, 19 (2000), 2, S. 265−280
Goodhand, Jonathan, Frontiers and Wars. The Opium Economy in Afghanistan. In: Journal of Agrarian Change, 5 (2005), 2, S. 191−216
Goodhand, Jonathan, and Mark Sedra, Rethinking Liberal Peacebuilding, Statebuilding and Transition in Afghanistan. An Introduction. In: Central Asian Survey, 32 (2013), 3, S. 239−254
Gordon, Stuart, Winning Hearts and Minds? Examining the Relationship between Aid and Security in Afghanistan's Helmand Province, Boston, MA 2011
Grau, Lester W., The Bear Went over the Mountain. Soviet Combat Tactics in Afghanistan, New York [u.a.] 2009 (= Cass Series on Soviet (Russian) Military Experience)
The Great World War 1914−1945, 2 vols., vol. 1: Lightning Strikes Twice. Ed. by John Bourne, Peter Liddle and Ian Whitehead, London 2000
Greentree, Todd, Bureaucracy Does its Thing. US Performance and the Institutional Dimension of Strategy in Afghanistan. In: JSS, 36 (2013), 3, S. 325−356
Greiner, Bernd, Afghanistan. Der endlose Krieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 56 (2011), 10, S. 37−46
Greiner, Bernd, 9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen, München 2011
Grevemeyer, Jan-Heeren, Afghanistan: das »Neue Modell einer Revolution« und der dörfliche Widerstand. In: Revolution in Iran und Afghanistan, S. 140−176
Grevemeyer, Jan-Heeren, Afghanistan. Sozialer Wandel und Staat im 20. Jahrhundert, Berlin 1987
Grevemeyer, Jan-Heeren, Herrschaft, Raub und Gegenseitigkeit. Die politische Geschichte Badakhshans 1500−1883, Wiesbaden 1982
Grevemeyer, Jan-Heeren, Traditionale Gesellschaft und Wandel der politischen Kultur in Afghanistan 1919−1979. In: Peripherie, 3 (1982), 9, S. 3−26
Grissom, Adam R., In our Image. Statebuilding Orthodoxy and the Afghan National Army. In: New Agendas in Statebuilding, S. 186−209
Grötzbach, Erwin, Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan seit dem 19. Jahrhundert, Meisenheim 1972
Groß, Gerhard P., Das Dogma der Beweglichkeit. Überlegungen zur Genese der deutschen Heerestaktik im Zeitalter der Weltkriege. In: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg, S. 143−166
Groß, Gerhard P., Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d.Ä. bis Heusinger, Paderborn [u.a.] 2012 (= Zeitalter der Weltkriege, 9)
Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005−2009. Hrsg. von Sebastian Bukow und Wenke Seemann, Wiesbaden 2010
Grundzüge der deutschen Militärgeschichte, Bd 1: Historischer Überblick; Bd 2: Arbeits- und Quellenbuch. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Karl-Volker Neugebauer, Freiburg i.Br. 1993

Gujer, Eric, Kampf an neuen Fronten. Wie sich der BND dem Terrorismus stellt, Frankfurt a.M., New York 2006
Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, aktual. Neuausg., Frankfurt a.M., Berlin 2003
Haensch, Günther, Wörterbuch der internationalen Beziehungen und der Politik. Systematisch und alphabetisch; Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, München 1975
Haftendorn, Helga, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000, Stuttgart, München 2001
Hagen, Ulrich vom, Homo Militaris. Perspektiven einer kritischen Militärsoziologie, Bielefeld 2012 (= Sozialtheorie)
Hagen, Ulrich vom, und Maren Tomforde, Militärische Organisationskultur. In: Militärsoziologie, S. 176–197
Hammerich, Helmut R. [u.a.], Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung. Unter Mitarb. von Michael Poppe, München 2006 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 3)
Hammerich, Helmut R., Kommiss kommt von Kompromiss. Das Heer der Bundeswehr zwischen Wehrmacht und U.S. Army (1950 bis 1970). In: Hammerich [u.a.], Das Heer, S. 17–351
Handbook of International Relations. Ed. by Walter Carlsnaes, Thomas Risse-Kappen and Beth A. Simmons, London [u.a.] 2002
Handbook of the Sociology of the Military. Ed. by Giuseppe Caforio, New York [u.a.] 2003 (= Handbooks of Sociology and Social Research)
Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie. Hrsg. von Manfred Sadlowski, München 1981
Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 1985/86. Hrsg. von Manfred Sadlowski, Koblenz 1985
Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 1990/91. Hrsg. von Manfred Sadlowski, Koblenz 1990
Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 1995. Hrsg. von Manfred Sadlowski, Bonn 1995
Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2001. Hrsg. von Manfred Sadlowski, Bonn 2001
Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2005/2006. Hrsg. von Manfred Sadlowski, Bonn 2005
Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2009/2010. Hrsg. von Manfred Sadlowski und Hans Werner Steinhoff, Bonn 2009
Handbuch der Geschichtsdidaktik. Hrsg. von Klaus Bergmann und Aleida Assmann, 5. Aufl., Seelze-Velber 1997
Handbuch Kriegstheorien. Hrsg. von Thomas Jäger und Rasmus Beckmann, Wiesbaden 2011
Handbuch Militär und Sozialwissenschaft. Hrsg. von Sven Bernhard Gareis und Paul Klein, 2., aktual. und erw. Aufl., Wiesbaden 2006

Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648 bis 1939, Bd 2. Begr. von Hans Meier-Welcker. Projektleitung und Gesamtred.: Gerhard Papke und Wolfgang Petter. Hrsg. vom MGFA durch Friedrich Forstmeier [u.a.], München 1979

Hanifi, Shah Mahmoud, Impoverishing a Colonial Frontier. Cash, Credit, and Debt in Nineteenth-Century Afghanistan. In: Iranian Studies, 37 (2004), 2, S. 199−218

Hankel, Gerd, Neues zur Politik der Taschenkarte. In: Mittelweg 36, 17 (2008), 6, S. 80−83

Hankel, Gerd, Die Politik der Taschenkarte. Wie das Verteidigungsministerium das humanitäre Völkerrecht relativiert. In: Mittelweg 36, 17 (2008), 2, S. 89−92

Harder, Hans-Joachim, Traditionspflege in der Bundeswehr 1956−1972. In: Tradition und Reform, S. 97−151

Harpviken, Kristian Berg, Power Prevails. The Failure of Whole-of-Government Approaches in Afghanistan, Oslo 2011 (= PRIO Policy Brief, 4)

Harrison, Guy, The Time before Helmand. British Engagement in Northern Afghanistan until 2006. In: From Venus to Mars?, S. 123−133

Hartmann, Volker, Medical Service in Afghanistan: The Fayzabad Example. Strategies from Mass Casualties to Individual Medical Care. In: From Venus to Mars?, S. 378−391

Heidenkamp, Henrik, Transformation Under Fire. Counterinsurgency as a Litmus Test for the German Federal Armed Forces, Berlin 2010 (= ISPSW Publications, S 22)

Hein, Peter, Stadtguerilla/bewaffneter Kampf in der BRD und Westberlin. Eine Bibliographie, Amsterdam 1990

Heins, Volker, Max Weber zur Einführung, Hamburg 1990

Hensell, Stephan, Terrorismus und Kriegsgeschehen. Thesen zum Formenwandel der Gewalt in der Weltgesellschaft. In: Das Kriegsgeschehen 2002, S. 11−23

Hermsdörfer, Willibald, Die NATO-geführte Operation Harvest in der Republik Mazedonien. In: NZWehrr, 1 (2004), S. 23−30

Hett, Julia, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Das amerikanische, britische und deutsche Modell, Berlin 2005 (= ZIF-Analyse)

Hettling, Manfred, Militärisches Totengedenken in der Berliner Republik. In: Bedingt erinnerungsbereit, S. 11−21

Hewad, Gran, Legal, Illegal. Militia Recruitment and (Failed) Disarmament in Kunduz. In: Afghanistan Analysts Network, 10.11.2012, <www.afghanistan-analysts.org/legal-illegal-militia-recruitment-and-failed-disarmament-in-kunduz/> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Hilde, Paal Sigurd, The Strategic Concept and NATO's Command Structure. Shifting Gears? In: NATO's New Strategic Concept, S. 126−136

Hippler, Jochen, Afghanistan: Kurskorrektur oder Rückzug? Die politischen Folgen aus der Gewalteskalation, Bonn 2009 (= Policy Paper, 29)

Hippler, Jochen, Counterinsurgency and Political Control. US Military Strategies Regarding Regional Conflict, Duisburg 2006 (= INEF Report, 81)

Historical Record of ISO Membership since its Creation. 1947−2010. Ed. by the International Organization for Standardization, Genf 2010

Hobe, Stephan, und Otto Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, Stuttgart 2004
Hobson, Rolf, Blitzkrieg, the Revolution in Military Affairs and Defense Intellectuals. In: JSS, 33 (2010), 4, S. 625–643
Hoehn, Andrew R., and Sarah Harting, Risking NATO. Testing the Limits of the Alliance in Afghanistan, Santa Monica, CA [u.a.] 2010 (= RAND Project Air Force)
Holländer, Lutz, Auslandseinsätze der Bundeswehr. Bilanz und Perspektive. In: Bundeswehr – die nächsten 50 Jahre, S. 225–236
Holländer, Lutz, Die politischen Entscheidungsprozesse bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr 1999–2003, Frankfurt a.M. 2007 (= Kieler Schriften zur politischen Wissenschaft)
Holtermann, Linnart, Endogene nicht-staatliche Gewaltakteure als alternative »Sicherheitsproduzenten« in Räumen begrenzter Staatlichkeit? Die »Jihadi«-Milizen als staatlich geförderte Elemente der lokalen Sicherheitsarchitektur in der nordafghanischen Provinz Kunduz, Masterarbeit Münster 2011
Holzwarth, Wolfgang, Segmentation und Staatsbildung in Afghanistan. Traditionale sozio-politische Organisation in Badakhshan, Wakhan und Sheghnan. In: Revolution in Iran und Afghanistan, S. 177–235
Humayoon, Haseeb, The Re-election of Hamid Karzai, Washington, DC 2010 (= Afghanistan Report, 4)
Hunt, David, Dirty Wars. Counterinsurgency in Vietnam and Today. In: Politics & Society, 38 (2010) 3, S. 35–66
Huntington, Samuel, The Soldier and the State. The Theory and Politics of Civil-Military Relations, Cambridge, MA 1957
Hurd, Ian, Constructivism. In: The Oxford Handbook of International Relations, S. 298–316
Identität, Selbstverständnis, Berufsbild, Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr. Hrsg. von Angelika Dörfler-Dierken und Gerhard Kümmel, Wiesbaden 2010 (= Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, 10)
The Insurgency in Afghanistan's Heartland. Ed. by the International Crisis Group, Kabul, Brussels 2011 (= ICG Asia Report, 207)
Intelligence Analysis. Behavioral and Social Scientific Foundations. Ed. by Baruch Fischhoff and Cherie Chauvin, Washington, DC 2011
Das internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven, Konsequenzen. Hrsg. von Peter Schmidt, Berlin 2008 (= SWP-Studie, S 23/2008)
Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften. Hrsg. von Thorsten Bonacker [u.a.], Wiesbaden 2010
Ipsen, Knut, Die Rechtspflege der Bundeswehr vor neuen Herausforderungen. Rechtsberatung und neues Einsatzspektrum der Bundeswehr. In: Recht und Militär, S. 82–86
Irwin, Lewis G., Disjointed Ways, Disunified Means. Learning from America's Struggle to Build an Afghan Nation, Carlisle, PA 2012 (= Strategic Studies Institute Book)

Islam. Collected Essays. Ed. by Daniele Cevenini and Svevo D'Onofrio, Bologna 2010 (= ‚Uyun al-Akhbar. Studi sul mondo islamico, 4)
Issa, Christine, Baukultur als Symbol nationaler Identität. Das Beispiel Kabul, Afghanistan, Diss. Gießen 2009, <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2010/7483/pdf/IssaChristine_2009_12_08.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Jacobi, Daniel, Gunther Hellmann und Sebastian Nieke, Deutschlands Verteidigung am Hindukusch. Ein Fall misslingender Sicherheitskommunikation. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 4 (2011), 3, S. 171–196
Jäger, Thomas, und Kai Oppermann, Bürokratie- und organisationstheoretische Analysen zur Sicherheitspolitik. Vom 11. September zum Irakkrieg. In: Methoden der sicherheitspolitischen Analyse, S. 105–134
Jäger, Thomas [u.a.], Die Salienz außenpolitischer Themen im Bundestag. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 16. Deutschen Bundestages, Köln 2006 (= Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik, 4)
Jahrbuch Terrorismus 2007–2008. Hrsg. Vom Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, Leverkusen 2008
Jahrbuch Terrorismus 2009. Hrsg. von Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK), Opladen 2009
Jakobsen, Peter Viggo, NATO's Comprehensive Approach to Crisis Response Operations. A Work in Slow Progress, Kopenhagen 2008 (= DIIS Report, 15)
Jalali, Ali Ahmad, and Lester W. Grau, The other Side of the Mountain. Mujahedeen Tactics in the Soviet-Afghan War, 3 vols., Quantico, VA 2007
Janowitz, Morris, The Professional Soldier. A Social and Political Portrait, Glencoe, IL 1960
Ein Job wie jeder andere? Zum Selbst- und Berufsverständnis von Soldaten. Hrsg. von Sabine Collmer und Gerhard Kümmel, Baden-Baden 2005 (= Militär und Sozialwissenschaften, 39)
Johnson, Gregory, Vijaya Ramachandran and Julie Walz, CERP in Afghanistan. Refining Military Capabilities in Development Activities. In: PRISM, 3 (2012), 2, S. 81–98
Johnson, Ronald M., Command and Control of Special Operations Forces in Afghanistan. Is Unity of Effort Good Enough?, Newport, RI 2009
Jones, Seth G., Counterinsurgency in Afghanistan, Santa Monica, CA [u.a.] 2008 (= Rand Counterinsurgency Study, 4)
Jung, Dietrich, Klaus Schlichte und Jens Siegelberg, Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945–2002), Wiesbaden 2003
Jung, Dietrich, The Political Sociology of World Society. In: European Journal of International Relations, 7 (2001), 4, S. 443–474
Jungbauer, Stefan, Die Bundeswehr in Afghanistan. Die innerstaatlichen Restriktionen des deutschen ISAF-Einsatzes, Hamburg 2010 (= Regensburger Studien zur Internationalen Politik)
»Just Don't Call It a Militia«. Impunity, Militias, and the »Afghan Local Police«. Ed. by Human Rights Watch, New York 2011
Kaiser, Alexandra, Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertags, Frankfurt a.M. [u.a.] 2010 (= Campus Historische Studien, 56)

Kalshoven, Frits, and Liesbeth Zegveld, Constraints on the Waging of War. An Introduction to International Humanitarian Law, Genf 2001
Kaplan, Fred, The End of the Age of Petraeus. The Rise and Fall of Counterinsurgency. In: Foreign Affairs, 92 (2013), 1, <www.foreignaffairs.com/articles/138459/fred-kaplan/the-end-of-the-age-of-petraeus> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Kapstein, Ethan, and Kamna Kathuria, Economic Assistance in Conflict Zones. Lessons from Afghanistan, Washington, DC 2012 (= CGD Policy Paper, 013)
Katzenstein, Peter, and Rudra Sil, Eclectic Theorizing in the Study and Practice of International Relations. In: The Oxford Handbook of International Relations, S. 109–130
Katzman, Kenneth, Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy. Congressional Research Service, 17.1.2014, Washington, DC 2014 (= RL30588)
Kaufmann, Stefan, Technisiertes Militär. Methodische Überlegungen zu einem symbiotischen Verhältnis. In: Was ist Militärgeschichte?, S. 195–209
Kehrt, Christian, Heldenbilder und Kriegserfahrung. Zum Habitus deutscher Militärpiloten im Zeitalter der Weltkriege. In: Perspektiven der Militärgeschichte, S. 223–237
Keller, Jörg, Führung und Führer im Militär. In: Militärsoziologie, 2. Aufl., S. 475–483
Kennedy, Paul M., The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York 1987
Kernic, Franz, Sozialwissenschaften und Militär. Eine kritische Analyse, Wiesbaden 2001
Keßelring, Agilolf, Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien und der Einsatz im Kosovo 1998/99. In: Wegweiser zur Geschichte. Auslandseinsätze der Bundeswehr, S. 65–79
Kilcullen, David, Counterinsurgency, Oxford 2010
Kilian, Dieter E., Elite im Halbschatten. Generale und Admirale der Bundeswehr, Bonn 2005
King, Anthony, The Transformation of Europe's Armed Forces. From the Rhine to Afghanistan, Cambridge 2011
Kipping, Martin, Two Interventions. Comparing Soviet and US-led State-building in Afghanistan, Kabul 2010 (= AAN Thematic Report 1/2010)
Kitzen, Martijn, Western Military Culture and Counterinsurgency. An Ambiguous Reality. In: Scientia Militaria. South African Journal of Military Studies, 40 (2012), 1, S. 1–24
Klein, Paul, Nationale, ethnisch-kulturelle und religiöse Minderheiten in der Bundeswehr. In: Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, S. 72–80
Klingebiel, Stephan, und Katja Roehder, Entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen. Neue Herausforderungen in Krisen und Post-Konflikt-Situationen, Berichte und Gutachten, Bonn 2004
Klos, Dietmar, Vernetzte Sicherheit in Deutschland. In: Europäische Sicherheit, 58 (2009), 10, S. 46–51
Kluge, Günter, Politisches Wortgut der Gegenwart, Leipzig 1967

Koehler, Jan, Auf der Suche nach Sicherheit. Die internationale Intervention in Nordost-Afghanistan, Berlin 2008 (= SFB Governance Working Paper Series)
Koehler, Jan, Herausforderungen im Einsatzland. Das PRT Kunduz als Beispiel zivil-militärischer Intervention. In: Identität, Selbstverständnis, Berufsbild, S. 77–100
Koehler, Jan, and Christoph Zürcher, Assessing the Impact of Development Cooperation in North East Afghanistan 2005–2009. Final Report, Berlin, Bonn 2010 (= Evaluation Reports, 49)
Koehler, Jan, und Christoph Zürcher, Quick Impact Projects in Nordost-Afghanistan. Eine Studie im Auftrag des BMVg, Berlin 2007 [Freigegeben durch BMVg Fü S V 3]
Koenig, Nicole, und Gerald Schneider, Diplomaten zwischen Sozialisation und Kalkulation. Bestimmungsfaktoren des Berufserfolgs im Auswärtigen Dienst. In: Politische Vierteljahresschrift, 51 (2010), S. 297–322
Koenigs, Tom, Deutsche Afghanistanpolitik nach der Londoner Konferenz. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 3 (2010), 3, S. 265–276
Koenigs, Tom, Das eigene Bild von der Lage vor Ort: oder ein Abgeordneter ist kein Impala-Bock. Eine Polemik. In: Deutschland in Afghanistan, S. 95–100
Koloma Beck, Teresa, und Klaus Schlichte, Theorien der Gewalt zur Einführung, Hamburg 2014
Koob, Dirk, Deutsche Militärpolitik in den neunziger Jahren. Wie (selbst-)organisiert ist die Bundeswehr?, Marburg 1999 (= Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Reihe Politikwissenschaften, 8)
Korff, Fritz von, Das deutsche Kontingent in einer Führungsrolle. In: Von Kambodscha bis Kosovo, S. 174–182
Korte, Guido, »Out of area« Einsätze der Bundeswehr und des MAD. In: Aspekte der nachrichtendienstlichen Sicherheitsarchitektur, S. 11–24
Krause, Joachim, und Lothar Wilker, Bürokratie und Außenpolitik. In: Verwaltete Außenpolitik, S. 39–53
Krause, Ulf von, Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr. Politischer Entscheidungsprozess mit Eskalationsdynamik, Wiesbaden 2011
Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Hrsg. von Thomas Rabehl und Wolfgang Schreiber, Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF), Opladen 2001
Das Kriegsgeschehen 2002. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Hrsg. von Wolfgang Schreiber, Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Opladen 2003
Krippendorff, Ekkehart, Die Erfindung der Außenpolitik. In: Strukturwandel internationaler Beziehungen, S. 61–73
Kühn, Florian P., Aid, Opium, and the State of Rents in Afghanistan. Competition, Cooperation, or Cohabitation? In: Journal of Intervention and Statebuilding, 2 (2008), 3, S. 309–327
Kühn, Florian P., Deutschlands (Nicht–)Drogenpolitik in Afghanistan. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 4 (2011), 3, S. 115–129
Kühn, Florian P., Sicherheit und Entwicklung in der Weltgesellschaft. Liberales Paradigma und Statebuilding in Afghanistan, Wiesbaden 2010

Kuehne, Andreas, Scrutinizing and Assessing the Performance of the German and U.S.-led Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan, Master Thesis, Monterey, CA 2008

Kühne, Thomas, »Friedenskultur«, Zeitgeschichte, Historische Friedensforschung. In: Von der Kriegskultur zur Friedenskultur?, S. 13–33

Kümmel, Gerhard, and Nina Leonhard, Casualties and Civil-Military Relations. The German Polity between Learning and Indifference. In: Armed Forces & Society, 31 (2005), 4, S. 513–536

Kutz, Martin, Deutsche Soldaten. Eine Kultur- und Mentalitätsgeschichte, Darmstadt 2006

Kutz, Martin, Militärische Elite zwischen Wert- und Leistungsorientierung. Empirische Befunde zum Sozialprofil und Leistungsstandard jüngerer Generalstabs-/Admiralstabsoffiziere der Bundeswehr. In: Kutz, Realitätsflucht und Aggression, S. 87–140

Kutz, Martin, Operative Führung als Denkfigur und Handlungskonzept der Heeresführung der Bundeswehr. Implikationen und Gefahren einer Wiederbelebung Schlieffenscher Denkmuster. In: Kutz, Realitätsflucht und Aggression, S. 49–86

Kutz, Martin, Realitätsflucht und Aggression im deutschen Militär, Baden-Baden 1990 (= Militär, Rüstung, Sicherheit, 62)

Ladbury, Sarah, Cooperation for Peace and Unity, Testing Hypotheses on Radicalisation in Afghanistan. Why Do Men Join the Taliban and Hizb-i Islami? How Much Do Local Communities Support Them?, Kabul 2009

Lake, David A., The State and International Relations. In: The Oxford Handbook of International Relations, S. 41–61

Lange, Sascha, Die Bundeswehr in Afghanistan. Personal und technische Ausstattung in der Einsatzrealität, Berlin 2008 (= SWP-Studie, S 09/2008)

Lanik, Monika, Lokale Herrscher. Das Beispiel paschtunischer Khane. In: Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, S. 139–145

Larsdotter, Kersti, Exploring the Utility of Armed Force in Peace Operations. German and British Approaches in Northern Afghanistan. In: Small Wars & Insurgencies, 19 (2008), 3, S. 352–373

Lefèvre, Mathieu, Local Defence in Afghanistan. A Review of Government-backed Initiatives, Kabul 2010 (= AAN Thematic Report 03/2010)

Lellouche, Pierre, Operations in Afghanistan and the Expanding NATO Role. General Report, Brussels 2004 (= Defence and Security, 158 DSC 04 E rev. 2)

Leonhard, Nina, »Armee der Einheit«. Zur Integration von NVA-Soldaten in die Bundeswehr. In: Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, S. 61–71

Leonhard, Nina, und Heiko Biehl, Beruf: Soldat. In: Militärsoziologie, 2. Aufl., S. 393–427

Leonhard, Nina, und Ines-Jacqueline Werkner, Einleitung. Militär als Gegenstand der Forschung. In: Militärsoziologie, 2. Aufl., S. 19–35

Libero, Loretana de, Deutsche Soldaten und der Tod in Afghanistan. In: Auftrag Auslandseinsatz, S. 275–283

Libero, Loretana de, Soldatische Identität, Tradition und Einsatz. Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr. In: Identität, Selbstverständnis, Berufsbild, S. 47–56
Libero, Loretana de, Tradition in Zeiten der Transformation. Zum Traditionsverständnis der Bundeswehr im frühen 21. Jahrhundert, Paderborn [u.a.] 2006
Lijn, Jaïr van der, Imagi-Nation Building in Illusionstan. Afghanistan, where Dilemmas Become Dogmas, and Models are Perceived to be Reality. In: International Peacekeeping, 20 (2013), 2, S. 173–188
Lindemann, Thomas, and Michel Louis Martin, The Military and the Use of Force. In: Handbook of the Sociology of the Military, vol. 2, S. 99–109
Linschoten, Alex Strick van, and Felix Kuehn, A Knock on the Door. 22 Months of ISAF Press Releases, Kabul 2011 (= AAN Thematic Report 10/2011
Lipson, Michael, Peacekeeping. Organized Hypocrisy? In: European Journal of International Relations, 13 (2007), 1, S. 5–34
Lister, Sarah, and Adam Pain, Trading in Power. The Politics of »Free« Markets in Afghanistan, Kabul 2004 (= AREU Briefing Paper Series)
Local Politics in Afghanistan. A Century of Intervention in the Social Order. Ed. by Conrad Schetter, London 2013
Loch, Thorsten, Das Gesicht der Bundeswehr. Kommunikationsstrategien in der Freiwilligenwerbung der Bundeswehr, München 2008 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 8)
Löffelholz, Martin, Claudia Auer und Kathrin Schleicher, Vorsichtige Annäherung. Die Beziehungen der Bundeswehr zu den Medien vom Ende des Kalten Krieges bis heute. In: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 70 (2011), 1, S. 69–84
Lombardi, Ben, All Politics is Local. Germany, the Bundeswehr and Afghanistan. In: International Journal, 63 (Summer 2008), S. 587–605
Longhurst, Kerry, Germany and the Use of Force. The Evolution of German Security Policy 1990–2003, Manchester 2004
Luh, Jürgen, Kriegskunst in Europa 1650–1800, Köln [u.a.] 2004
Luhmann, Niklas, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1989
Maaß, Citha D., Eskalation in Afghanistan und der Tornado-Einsatz. Deutsche Initiativen für eine umfassende Stabilisierungsstrategie gefordert, Berlin 2007 (= SWP-Aktuell, 14)
MacKinnon, Michael G., Rivals or Partners? Bureaucratic Politics and the Evolution of US Peacekeeping Policy. In: International Peacekeeping, 6 (1999), 1, S. 32–54
Maier, Charles S., Das Politische in der Ökonomie. Zur Machtvergessenheit der Wirtschaftswissenschaft. In: Mittelweg 36, 22 (2013), 2, S. 7–20
Major, Claudia [u.a.], Toolbox Krisenmanagement. Von der zivilen Krisenprävention bis zum Peacebuilding. Prinzipien, Akteure, Instrumente, Berlin 2011
Maleševic, Siniša, Forms of Brutality. Towards a Historical Sociology of Violence. In: European Journal of International Relations, 16 (2013), 3, S. 273–291
Maley, William, The Afghanistan Wars, 2. ed., New York 2009
Malici, Akan, Germans as Venutians. The Culture of German Foreign Policy Behavior. In: Foreign Policy Analysis, 2 (2006), 1, S. 37–62

Malkasian, Carter, Jerry Meyerle and Megan Katt, The War in Southern Afghanistan 2001–2008, Alexandria, VA 2009, <http://info.publicintelligence.net/CNA-WarSouthernAfghanistan.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Maloney, Sean M., Conceptualizing the War in Afghanistan. Perceptions from the Front, 2001–2006. In: Small Wars & Insurgencies, 18 (2007), 1, S. 27–44

Martin, Philip, Intervening for Peace? Dilemmas of Liberal Internationalism and Democratic Reconstruction in Afghanistan. In: Journal of Military and Strategic Studies, 13 (2011), 3, S. 1–24

Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx, Karl, und Friedrich Engels, Werke, Bd 23. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1962 [1894], S. 11–802

Marx, Karl, und Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. In: Marx, Karl, und Friedrich Engels, Werke, Bd 3. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1969 [1845–1846], S. 5–530

Mattelaer, Alexander, The Crisis in Operational Art, London 2009 (= European Security and Defence Forum Workshop 2: New Transnational Security Challenges and Responses), <http://www.chathamhouse.org.uk/files/16620_1109esdf_mattelaer.pdf> (letzter Aufruf 16.6.2011)

Mayntz, Renate, Max Webers Idealtypus der Bürokratie und die Organisationssoziologie. In: Bürokratische Organisation, S. 27–35

Mayntz, Renate, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, Heidelberg 1997 (= Uni-Taschenbücher. Soziologie, 765)

Medien, Krieg, Geschlecht. Anstöße zur Diskussion spannungsgeladener Relationen. Hrsg. von Martina Thiele, Tanja Thomas und Fabian Virchow, Wiesbaden 2010

Meiers, Franz-Josef, Von der Scheckbuchdiplomatie zur Verteidigung am Hindukusch. Die Rolle der Bundeswehr bei multinationalen Auslandseinsätzen 1990 bis 2009. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 3 (2010) 2, S. 201–222

Meiers, Franz-Josef, Zu neuen Ufern? Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer Welt des Wandels 1990–2000, Paderborn [u.a.] 2006 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart)

Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung. Hrsg. von Alexander Siedschlag, Wiesbaden 2006

Meyer, Georg-Maria, Armee im Umbruch. Soziale Deutungsmuster von Bataillonskommandeuren der Bundeswehr, München 1991 (= Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Berichte, 56)

Meyer, Georg-Maria, Bundeswehr und UN-Einsätze – Germans to the Front? In: Friedensengel im Kampfanzug?, S. 193–206

Meyer, John W., and Brian Rowan, Institutionalized Organizations. Formal Structure as Myth and Ceremony. In: The New Institutionalism in Organizational Analysis, S. 41–62

Meyerle, Jerry, and Carter Malkasian, Insurgent Tactics in Southern Afghanistan 2005–2008, Alexandria, VA 2009, <http://info.publicintelligence.net/AfghanInsurgentTactics.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Meyers enzyklopädisches Lexikon in 25 Bänden, mit 100 signierten Sonderbeiträgen, 9., völlig neu bearb. Aufl., Mannheim [u.a.] 1977

Mielke, Katja, Constructing the Image of a State. Local Realities and International Intervention in North-East Afghanistan. In: Local Politics in Afghanistan, S. 245–263

Migdal, Joel S., and Klaus Schlichte, Rethinking the State. In: The Dynamics of States, S. 1–40

Militär, Krieg, Gesellschaft. Texte zur Militärsoziologie. Hrsg. von Günther Wachtler, Frankfurt a.M., New York 1983

Militärsoziologie – Eine Einführung. Hrsg. von Nina Leonhard und Ines-Jaqueline Werkner, Wiesbaden 2005; 2., aktual. und erg. Aufl., Wiesbaden 2012

Miller, Charles A., Endgame for the West in Afghanistan? Explaining the Decline in Support for the War in Afghanistan in the United States, Great Britain, Canada, Australia, France and Germany, Carlisle, PA 2010 (= The Letort Papers)

Millotat, Christian E., Eliten der Bundeswehr im Einsatz. Offiziere im Generalstabs- und Admiralstabsdienst – Wurzeln, Herausforderungen, persönliche Erfahrungen, Stegen 2009

Mirow, Wilhelm, Strategic Culture Matters. A Comparison of German and British Military Interventions since 1990, Berlin 2009 (= Forschungsberichte internationale Politik)

Moelker, René, and Joseph Soeters, Sympathy, Stereotypes and the Contact Hypothesis. In: True Love, S. 15–42

Molt, Matthias, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr. Personelle Kontinuität und Diskontinuität beim Aufbau der Deutschen Streitkräfte 1955 bis 1966, Diss. Heidelberg 2007, <www.ub.uni-heidelberg.de/archiv/8935> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Moos, Iren von, Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Munjan-Tal und der Opiumgebrauch der Bevölkerung. Mit einem Nachwort von Peter Suoy, Liestal 1980

Morelli, Vincent, and Paul Gallis, NATO in Afghanistan. A Test of the Transatlantic Alliance, Washington, DC 2008 (= CRS Report for Congress, RL 33627), <http://fpc.state.gov/documents/organization/112055.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Moskos, C.C., From Institution to Occupation. Trends in Military Organization. In: Armed Forces & Society, 4 (1977), 1, S. 41–50

Müller, Harald, und Jonas Wolff, Demokratischer Krieg am Hindukusch? Eine kritische Analyse der Bundestagsdebatten zur deutschen Afghanistanpolitik 2001–2011. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 4 (2011), 3, S. 197–221

Münch, Philipp, »Counterinsurgency« in der Bundeswehr. Konzeption, Interpretation und Praxis. In: Sicherheit und Frieden, 28 (2010), 4, S. 211–216

Münch, Philipp, Engaging Leaders of Non-state Armed Groups. Evidence from Northeastern Afghanistan. In: The Polish Quarterly of International Affairs, 22 (2013), 1, S. 81–90

Münch, Philipp, Freund oder Feind? Zur Einschätzung von Sicherheitsbedrohungen in Friedensmissionen am Beispiel der Bundeswehr in Afghanistan, Hamburg 2009 (= Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Arbeitspapier, 4/2009)

Münch, Philipp, Local Afghan Power Structures and the International Military Intervention. A Review of Developments in Badakhshan and Kunduz Provinces, Kabul 2013 (= AAN Thematic Report 03/2013)
Münch, Philipp, Max Webers Albtraum. Zur Reformierbarkeit der Spitzengliederung der Bundeswehr. In: Die Reform der Bundeswehr, S. 111–143
Münch, Philipp, Resolute Support Light. NATO's New Mission versus the Political Economy of the Afghan National Security Forces, Kabul 2015 (= AAN Discussion Paper, 1/2015)
Münch, Philipp, Strategielos in Afghanistan. Die Operationsführung der Bundeswehr im Rahmen der International Security Assistance Force, Berlin 2011 (= SWP-Studie, S 30/2011)
Münch, Philipp, Wahrnehmung und Analyse der Taliban durch die Bundeswehr. In: Der Taliban-Komplex, S. 229–244
Murray, Donette, The Love That Dare not Speak its Name? George W. Bush: State and Nation Building in Afghanistan, 2001–2. In: Journal of Intervention and Statebuilding, 7 (2013), 3, S. 241–258
Nachtwei, Winfried, Bundestag, Parlamentsarmee und Parteienstreit. In: Wegweiser zur Geschichte. Auslandseinsätze der Bundeswehr, S. 167–179
Nägler, Frank, Der gewollte Soldat und sein Wandel. Personelle Rüstung und Innere Führung in den Aufbaujahren der Bundeswehr 1956 bis 1964/65, München 2010 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 9)
Nägler, Frank, Zur »Kriegstüchtigkeit« des Staatsbürgers in Uniform in der Aufbauphase der Bundeswehr. In: 50 Jahre Bundeswehr – 50 Jahre Offizierausbildung, S. 44–60
Nagl, John A., Learning to Eat Soup with a Knife. Counterinsurgency Lessons from Malaya and Vietnam. Foreword by Peter J. Schoomaker, Chicago, IL 2005
NATO's New Strategic Concept. A Comprehensive Assessment. Ed. by Jens Ringsmose and Sten Rynning, Kopenhagen 2011 (= DIIS Report, 2)
Naumann, Klaus, Auftrag der Bundeswehr am Ende des 20. Jahrhunderts. Deutschland und Europa in einer veränderten sicherheitspolitischen Lage. In: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit, S. 691–695
Naumann, Klaus, Der blinde Spiegel. Deutschland im afghanischen Transformationskrieg, Hamburg 2013
Naumann, Klaus, Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008
Naumann, Klaus, Generale in der Demokratie. Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite, Hamburg 2007
Neorealism Versus Strategic Culture. Ed. by John Glenn, Darryl Howlett, and Stuart Poore, Aldershot 2004
Neuausrichtung der Bundeswehr. Auf dem Weg zur professionellen Führung und Steuerung. Hrsg. von Gregor Richter, Wiesbaden 2012 (= Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, 12)
Neubeck, Arne Freiherr von, Die Transformation der Bundeswehr von der Verteidigungs- zur Einsatzarmee. Eine sicherheitspolitische Analyse unter Berück-

sichtigung politischer, verfassungspolitischer und militärpolitischer Aspekte, Diss. Würzburg 2007, <http://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/volltexte/2009/3642/pdf/Diss_von_Neubeck_Transformation_der_Bundeswehr.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur. Impulse für die nationale Strategiedebatte. Hrsg. von Robert Glawe, Berlin 2009 (= Wissenschaft & Sicherheit, 6)

Neue Kriegstheorien. Hrsg. von Anna Geiss, Baden-Baden 2006

Neue Techniken der Repression. Counterinsurgency in der Bundesrepublik. Hrsg. vom Marxistisch Scholings Kollektief, Breda [1976]

Neue »Wohlfühl«-Uniform. In: Loyal, 2/2012, S. 36 f.

Neumann, Iver B., »A Speech That the Entire Ministry May Stand for,« or: Why Diplomats Never Produce Anything New. In: International Political Sociology, 2 (2007), 1, S. 183–200

New Agendas in Statebuilding, Hybridity, Contingency and History. Ed. by Robert Egnell and Peter Haldén, Milton Park, New York 2013 (= Routledge Studies in Intervention and Statebuilding)

The New Institutionalism in Organizational Analysis. Ed. by Walter W. Powell and Paul J. DiMaggio, Chicago, IL [u.a.] 1991 [1983]

Niemetz, Daniel, Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachteinflüsse im Militär der SBZ/DDR. Hrsg. vom MGFA, Berlin 2006 (= Militärgeschichte der DDR, 13)

Nigge, Jörg Daniel, Nachhaltige Entwicklung in der Bundeswehr als Grundvoraussetzung für Transformation. In: Armee im Einsatz, S. 235–245

Noetzel, Timo, und Martin Zapfe, Aufstandsbekämpfung als Auftrag. Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, Berlin 2008 (= SWP-Studie, 13/2008)

Noetzel, Timo, and Benjamin Schreer, Counter-what? Germany and Counter-Insurgency in Afghanistan. In: The RUSI Journal, 153 (2008), 1, S. 42–46

Noetzel, Timo, Germany. In: Understanding Counterinsurgency, S. 46–58

Noetzel, Timo, Germany's Small War in Afghanistan. Military Learning amid Politico-Strategic Inertia. In: Contemporary Security Policy, 31 (2010), 3, S. 486–508

Noetzel, Timo, and Benjamin Schreer, Missing Links. The Evolution of German Counter-Insurgency Thinking. In: RUSI Journal, 154 (2009), 1, S. 16–22

Noetzel, Timo, and Martin Zapfe, NATO and Counterinsurgency. The Case of Germany. In: Counterinsurgency, S. 129–151

Noetzel, Timo, und Benjamin Schreer, Spezialkräfte der Bundeswehr. Strukturerfordernisse für den Auslandseinsatz, Berlin 2007 (= SWP-Studie, S 21/2007)

Noetzel, Timo, Weniger Taschenkarten, mehr Wirkmittel. Afghanistan als Testfall für Deutschland und die NATO. In: Internationale Politik, (2008) März, S. 25–32

Nojumi, Neamatollah, Dyan E. Mazurana and Elizabeth Stites, After the Taliban. Life and Security in Rural Afghanistan, Lanham, MD 2008

Nojumi, Neamatollah, The Rise and Fall of the Taliban. In: The Taliban and the Crisis of Afghanistan, S. 90–117

Nolte, Wilhelm, Frieden auf den Fahnen – Krieg in den Köpfen? Zum geistigen Horizont von Generalstabsoffizieren. In: Die zukünftige Wehrstruktur der Bundeswehr, S. 117–127

Nuciari, Marina, Models and Explanations for Military Organization. An Updated Reconsideration. In: Handbook of the Sociology, S. 61–85
Oloff, Aline, Doing Diplomacy und Gender Mainstreaming. Bourdieus Habitus-Feld-Konzept als Analyseinstrument für den Implementierungsprozess von Gender Mainstreaming in die Verwaltungspraxis am Beispiel des Auswärtigen Amts. In: Bulletin – Texte des Zentrums für Transdisziplinäre Geschlechterstudien, 32 (2006), S. 73–95
Opitz, Eckart, »Kämpfer« oder »Denker«? Der lange und kontroverse Weg zum Studium für angehende Offiziere in Deutschland. In: 50 Jahre Bundeswehr – 50 Jahre Offizierausbildung, S. 61–70
Organisation Militär. Hrsg. von René König, 2., völlig neubearb. Aufl., Stuttgart 1977
Owen, Gary, Paint it Pink. The US Redefining ANA Success. In: Afghanistan Analysts Network, 1.8.2012, <www.aan-afghanistan.org/index.asp?id=2900> (letzter Aufruf 2.4.2015)
The Oxford Handbook of International Relations. Ed. by Christian Reus-Smith and Duncan Snidal, Oxford, New York 2008 (= The Oxford Handbooks of Political Science)
Pahl, Magnus, Fremde Heere Ost. Hitlers militärische Feindaufklärung, Berlin 2012
Paris, Roland, At War's End. Building Peace after Civil Conflict, Cambridge 2004
Pauli, Frank, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr. Das kriegsgediente Offizierkorps der Bundeswehr und die Innere Führung 1955–1970, Paderborn [u.a.] 2010
Payan, Tony, Cops, Soldiers, and Diplomats. Explaining Agency Behaviour in the War on Drugs, Lanham [u.a.] 2006
Pedlow, Gregory W., The Evolution of NATO's Command Structure, 1951–2009, Mons 2010, <www.aco.nato.int/resources/21/Evolution%20of%20NATO%20Cmd%20Structure%201951-2009.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Pedlow, Gregory W., Evolution of the SHAPE Staff Structure, 1951–Present, Mons 2010, <www.aco.nato.int/resources/21/SHAPE%20Staff%20Structure%20Evolution%202010.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Perspektiven der Militärgeschichte. Raum, Gewalt und Repräsentation in historischer Forschung und Bildung. Hrsg. von Jörg Echternkamp [u.a.], München 2010 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 67)
Philippi, Nina, Bundeswehrauslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland, Frankfurt a.M. 1997 (= Europäische Hochschulschriften, 318)
Piecha, Thorsten, Normensetzung und soziale Kontrolle im Ausbildungsalltag der Bundeswehr. Eine Replikationsstudie zu Hubert Treibers »Wie man Soldaten macht«, Frankfurt a.M. 2006
Pike, Kenneth, Language in Relation to a Unified Theory of Structure of Human Behavior, The Hague 1967 (= Janua Linguarum. Series Maior, 24)
Pöhlmann, Markus, German Intelligence at War, 1914–1918. In: The Journal of Intelligence History, 5 (2005), 2, S. 25–54
Poole, Lydia, Afghanistan. Tracking Major Resource Flows 2002–2010, Wells, Somerset 2011 (= Briefing Paper, Conflict & the Military)

Poore, Stuart, »Strategic Culture«. In: Neorealism Versus Strategic Culture, S. 45–71

Pouligny, Béatrice, Peace Operations Seen from below. UN Missions and Local People, Bloomfield, CT 2006 (= The CERI Series in Comparative Politics and International Studies)

Pouliot, Vincent, The Logic of Practicality. A Theory of Practice of Security Communities. In: International Organization, 62 (2008), Spring, S. 257–288

Pouliot, Vincent, »Sobjectivism«. Toward a Constructivist Methodology. In: International Studies Quarterly, 51 (2007), S. 359–384

Preisendörfer, Peter, Organisationssoziologie. Grundlagen, Theorien und Problemstellungen, Wiesbaden 2008

Prine, Carl, Ucko is Wrong (Mostly). In: lineofdeparture.com, 30.11.2011, <www.lineofdeparture.com/2011/11/30/ucko-is-wrong-mostly/> (letzter Aufruf 19.12.2011)

Przewdzick, Alexander, und Björn Jüttner, Bereit zum Schuss. In: Y. Magazin der Bundeswehr, 11/2010, S. 26–34

Publikationsverzeichnis des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Hrsg. vom SOWI, Strausberg 2012, <www.kommando.streitkraeftebasis.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY4NjI3MjZlNzMzNjM5NmMyMDIwMjAyMDIw/121205%20Publikationsverzeichnis%20SOWI.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Raidel, Hans, Bundeswehr und Wehrverwaltung. Sinnvolle Ergänzung oder anachronistische Verschwendung knapper Ressourcen? In: Politische Studien, 60 (2009), 426, S. 73–80

Raths, Ralf, Vom Massensturm zur Stoßtrupptaktik. Die deutsche Landkriegtaktik im Spiegel von Dienstvorschriften und Publizistik 1906 bis 1918, Freiburg i.Br., Berlin, Wien 2009 (= Einzelschriften zur Militärgeschichte, 44)

Rauch, Andreas M., Auslandseinsätze der Bundeswehr, Baden-Baden 2006

Rautenberg, Hans-Jürgen, Streitkräfte und Spitzengliederung – zum Verhältnis von ziviler und bewaffneter Macht bis 1990. In: Entschieden für Frieden, S. 107–122

Recht und Militär. 50 Jahre Rechtspflege der Bundeswehr. Hrsg. von Holger Zetzsche und Stephan Weber, Baden-Baden 2006

Reflexive Anthropologie. Hrsg. von Pierre Bourdieu und Loïc J.D. Wacquant, Hamburg 2006 [1992]

Die Reform der Bundeswehr. Von Menschen für Menschen. Hrsg. von Detlef Buch, Frankfurt a.M. 2012

Reform – Reorganisation – Transformation. Zum Wandel in deutschen Streitkräften von den preußischen Heeresreformen bis zur Transformation der Bundeswehr. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Karl-Heinz Lutz, Martin Rink und Marcus von Salisch, München 2010

Reichelt, Julian, und Jan Meyer, Ruhet in Frieden, Soldaten! Wie Politik und Bundeswehr die Wahrheit über Afghanistan vertuschten, Köln 2010

Reporting in Times of War. Press Freedom in Afghanistan 2008–2011. Ed. by the International Federation of Journalists (IFJ) for the Afghan Independent

Journalists' Association and other Partners and Affiliates in Afghanistan, Brussels 2011
Revitalizing our Efforts, Rethinking our Strategies. Ed. by Center for the Study of the Presidency, Washington, DC 2008 (= Afghanistan Study Group Report)
Revolution in Iran und Afghanistan. Hrsg. von Kurt Greussing und Jan-Heeren Grevemeyer, Frankfurt a.M. 1980 (= Mardom nameh, Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Mittleren Orients)
Revolution in Iran und Afghanistan. Hrsg. von Kurt Greussing und Jan-Heeren Grevemeyer, Frankfurt a.M. 1980
Revolutions & Rebellions in Afghanistan. Anthropological Perspectives. Ed. by M. Nazif Shahrani and Robert L. Canfield, [Berkeley] 1984 (= Research Series, 57)
Richter, Gregor, Ökonomisierung in der Bundeswehr. In: Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, S. 40−50
Rietjens, Sebastiaan, Joseph Soeters and Willem Klumper, Measuring the Immeasurable? The Effects-Based Approach in Comprehensive Peace Operations. In: International Journal of Public Administration, 34 (2011), 5, S. 329−338
Rink, Martin, Das Heer der Bundeswehr im Wandel 1950−2005. Von Himmerod zum »Heer der Zukunft«. In: Entschieden für Frieden, S. 137−154
Rink, Martin, »Strukturen brausen um die Wette«. Zur Organisation des deutschen Heeres. In: Hammerich [u.a.], Das Heer, S. 353−483
Rink, Martin, Die Strukturreform der Bundeswehr. Von der Transformation zur Neuausrichtung. In: Reader Sicherheitspolitik, (2011) 11, S. 1−14, <http://www.readersipo.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmzMTM1MzMyZTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY3NzY2MjMwNmU3OTM2NjkyMDIwMjAyMDIw/Strukturreform%20BW.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Rinke, Bernhard, Die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Parteienstreit. In: Armee im Einsatz, S. 163−175
Röder, Tilmann, and Shabir Saleem, Provincial Needs Assessment. Criminal Justice in Kunduz Province, Kabul 2011
Roghmann, Klaus, und Rolf Ziegler, Militärsoziologie. In: Organisation Militär, S. 142−228
Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten. Dokumentation einer Fachtagung in der TU Berlin vom 3.−5.12.1999. Hrsg. von Brigitte Fahrenhorst, Berlin 2000 (= SID-Berlin-Berichte, 11)
Rosenau, William, and Austin Long, The Phoenix Program and Contemporary Counterinsurgency, Santa Monica, CA [u.a.] 2009 (= RAND Project Air Force)
Rosenthal, Jürgen K.G., Die Bekämpfung von militärischen Zielen. In: Hardthöhen-Kurier, (2010), <www.hardthoehenkurier.de/index.php?option=com_content&view=article&id=337:die-bekaempfung-von-militaerischen-zielen&catid=92:beitraege&Itemid=63> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Rothstein, Hy S., Afghanistan and the Troubled Future of Unconventional Warfare, Annapolis, MD 2006
Rothstein, Hy S., Less is More. The Problematic Future of Irregular Warfare in an Era of Collapsing States. In: Third World Quarterly, 28 (2007), 2, S. 275−294

Rotmann, Philipp, and Lauren Harrison, Critical Voices. Did the PRTs Perform Well in Afghanistan? In: From Venus to Mars?, S. 51–63
Rowley, Elisabeth, Fabian Weitz und Ines-Jacqueline Werkner, Militärsoziologische Forschung in den USA und in Deutschland. Eine Literaturanalyse über fünf Jahrzehnte. In: Militärsoziologie, 2. Aufl., S. 495–519
Roy, Olivier, Islam and Resistance in Afghanistan, Cambridge 1990
Rubin, Barnett R., The Fragmentation of Afghanistan. State Formation and Collapse in the International System, New Haven, CT [u.a.] 1995
Rubin, Barnett R., The Political Economy of War and Peace in Afghanistan. In: World Development, 28 (2000), 10, S. 1789–1803
Rubin, Barnett R., Humayun Hamidzada and Abby Stoddard, Afghanistan 2005 and beyond. Prospects for Improved Stability Reference Document, The Hague 2005 (= Netherlands Institute of International Relations »Clingendael« Conflict Research Unit)
Rudolf, Peter, The Myth of the »German Way«. German Foreign Policy and Transatlantic Relations. In: Survival, 47 (2005), 1, S. 133–152
Rüsen, Jörn, Historische Methode. In: Handbuch der Geschichtsdidaktik, S. 140–144
Runge, Peter, The Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Role Model for Civil-military Relations?, Bonn 2009 (= BICC Occasional Paper, 4)
Ruttig, Thomas, Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie. Strukturelle Schwächen des Staatsaufbaus und Ansätze für eine politische Stabilisierung, Berlin 2008 (= SWP-Studie, S 17/2008)
Ruttig, Thomas, Elastisch und stabil. Organisationsstrukturen und Ideologie der afghanischen Taliban. In: Der Taliban-Komplex, S. 31–56
Ruttig, Thomas, How it All Began. A Short Look at the Pre-1979 Origins of Afghanistan's Conflicts, Kabul 2013 (= AAN Occasional Paper, 01/2013)
Ruttig, Thomas, How Tribal Are the Taleban? Afghanistan's Largest Insurgent Movement between its Tribal Roots and Islamist Ideologies, Kabul 2010 (= AAN Thematic Report, 04/2010)
Ruttig, Thomas, Islamists, Leftists – and a Void in the Center. Afghanistan's Political Parties and where they Come from (1902–2006), Kabul, Berlin 2006
Ryan, Maria, »War with Countries We Are not at War with.« The »War on Terror« on the Periphery from Bush to Obama. In: International Politics, 48 (2011), S. 364–389
Rzehak, Lutz, Doing Pashto. Pashtunwali as the Ideal of Honourable Behaviour and Tribal Life among the Pashtuns, Kabul 2011 (= AAN Thematic Report, 01/2011)
Sajjad, Tazreena, Peace at all Costs? Reintegration and Reconciliation in Afghanistan, Kabul 2010 (= Afghanistan Research and Evaluation Unit Issues Paper Series)
Sangar, Eric, Historical Experience – Burden or Bonus in Today's Wars? The British Army and the Bundeswehr in Afghanistan, Freiburg i.Br. 2014 (= Neueste Militärgeschichte. Einsatz konkret, 2)
Schafranek, Niels, Deutsches Recht im Auslandseinsatz. Eine Friedensarmee auf dem Weg in die Einsatzrealität. In: Armee im Einsatz, S. 134–147

Scharditsky, Jörg, Rules of Engagement. Verhaltensweisen bei der Anwendung militärischer Gewalt [Fachinformationszentrum der Bundeswehr, Dokumenten-Nr. BC6677]
Scherg, Nina, Wie erfolgreich ist das deutsche Engagement in Krisenregionen? In: Europäische Sicherheit, 56 (2007), 12, S. 70–73
Scherhaufer, Gerhard, Militärpolitische und rechtliche Aspekte von Auslandseinsätzen am Beispiel des österreichischen KFOR-Einsatzes, <www.deutsches-wehrrecht.de/Aufsaetze/Scherhaufer_Rechtliche_Aspekte_Auslandseinsatz.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Schetter, Conrad, Der Antistaat: Talibanistan. In: Einsatz für den Frieden, S. 114–122
Schetter, Conrad, Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan, Berlin 2003
Schetter, Conrad, Introduction. In: Local Politics in Afghanistan, S. 1–20
Schetter, Conrad, Kleine Geschichte Afghanistans, München 2004
Schetter, Conrad, and Rainer Glassner, Neither Functioning, nor Failing of the State! Seeing Violence in Afghanistan from Local Perspectives. In: From Fragile State to Functioning State, S. 137–156
Schetter, Conrad, und Katja Mielke, Staatlichkeit und Intervention. In: Friedenswarte, 83 (2008), 1, S. 71–96
Schetter, Conrad, The Unknown Unknowns. The Use of Knowledge in Western Intervention Politics. In: From Venus to Mars?, S. 87–101
Schetter, Conrad, Von der Entwicklungszusammenarbeit zur humanitären Intervention. Die Kontinuität einer Kultur der Treuhandschaft. In: Interventionskultur, S. 31–47
Schetter, Conrad, Wer sind die Taliban? Lifestyle zwischen Stammeskultur, Islamismus und Globalisierung. In: Auftrag Auslandseinsatz, S. 307–320
Schlaffer, Rudolf J., Der Aufbau der Bundeswehr. Reform oder Reformierung? In: Reform – Reorganisation – Transformation, S. 331–344
Schlaffer, Rudolf J., »Schleifer« a.D.? Zur Menschenführung im Heer in der Aufbauphase. In: Hammerich [u.a.], Das Heer, S. 615–698
Schlaffer, Rudolf J., The Significance of the Balkans as a Strategic-Operational Area for the Bundeswehr. In: Journal of Military and Strategic Studies, 13 (2010), 1, S. 105–125
Schlaffer, Rudolf, und John Zimmermann, Wo bitte geht's zur Schlacht? Kurioses aus dem deutschen Militär. Von A–Z, Berlin 2009
Schlichte, Klaus, and Alex Veit, Coupled Arenas. Why State-building is so Difficult, Berlin 2007 (= Working Papers Micropolitics, 3/2007), <www.ipw.ovgu.de/inipw_media/schlichte/mikropolitik/03_07_Coupled_Arenas.pdf>, (letzter Aufruf 25.1.2012)
Schlichte, Klaus, Cubicle Land. On the Sociology of Internationalized Rule, Bremen 2012 (= InIIS-Arbeitspapier Institut für Interkulturelle und Internationale Studien)
Schlichte, Klaus, Cubicle Land II: Max Weber in Mozambique. Paper presented for the Panel »Walking the Walk of Peacebuilding: Analyzing Practices of Peacebuilding on the Ground«, San Francisco, CA 2013

Schlichte, Klaus, Den Monismus reanimieren! Zur Methodik der Konfliktforschung, Magdeburg 2007, <http://netzwerk-konfliktforschung.de/download-document/11-paper-schlichte> (letzter Aufruf 5.5.2012)
Schlichte, Klaus, Die Entwicklungszusammenarbeit und die Dynamik von gewaltsamen Konflikten. In: Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit, S. 45–54
Schlichte, Klaus, La Françafrique. Postkolonialer Habitus und Klientelismus in der französischen Außenpolitik. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 5 (1998) 2, S. 309–343
Schlichte, Klaus, In the Shadow of Violence. The Politics of Armed Groups, Frankfurt a.M., New York 2009 (= Mikropolitik der Gewalt, 1)
Schlichte, Klaus, Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges, Münster 1996
Schlichte, Klaus, Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft. In: Neue Kriegstheorien, S. 111–131
Schlichte, Klaus, Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika, Frankfurt a.M., New York 2005
Schlichte, Klaus, Der Streit der Legitimitäten. Der Konflikt als Grund einer historischen Soziologie des Politischen. In: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, 1 (2012), 1, S. 9–43
Schmeidl, Susanne, The Man who would be King. The Challenges to Strengthening Governance in Uruzgan, The Hague November 2010
Schmidt-Eenboom, Erich, Der BND in Afghanistan, <www.geheimdienste.info/texte/DenHaagAfgh.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Schmidt-Eenboom, Erich, The Bundesnachrichtendienst, the Bundeswehr and Sigint in the Cold War and After. In: Secrets of Signals Intelligence, S. 129–176
Schmunk, Michael, Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building, Berlin 2005 (= SWP-Studie, S 33/2005)
Schöllgen, Gregor, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 3., erw. und aktual. Aufl., München 2004
Schoen, Harald, Ein Bericht von der Heimatfront. Bürger, Politiker und der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. In: Politische Vierteljahresschrift, 51 (2010), S. 395–408
Schrecker, Mark, U.S. Strategy in Afghanistan. Flawed Assumptions Will Lead to Ultimate Failure. In: Joint Force Quarterly, 59 (2010), S. 75–82
Schreer, Benjamin, Political Constraints. Germany and Counterinsurgency. In: Security Challenges, 6 (2010), 1, S. 97–108
Schreiber, Wolfgang, Die Kriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und danach. In: Das Kriegsgeschehen 2000, S. 11–46
Schröder, Florian, Das parlamentarische Zustimmungsverfahren zum Auslandseinsatz der Bundeswehr in der Praxis, Köln, Berlin, München 2005
Schröder, Wolfgang, Nacht über dem Hindukusch. In: Generation Einsatz, S. 99–108
Schubert, Klaus, und Martina Klein, Das Politiklexikon, 3., aktual. Aufl., Bonn 2003

Schulten, Hendrik, Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr, Düsseldorf 2005 (= DIAS-Kommentar)
Schulze, Carl, Operation Pompeji II. Bundeswehr: Friedenssicherung in Afghanistan. In: Deutsches Waffen-Journal, 41 (2005) 11, S. 41–45
Schwab-Trapp, Michael, Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991–1999, Opladen 2002
Schwarzmeier, Manfred, Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Kein Thema im Wahlkampf 2009. In: Einsatz für den Frieden, S. 391–397
Schwingel, Markus, Pierre Bourdieu zur Einführung, Hamburg 2005
Scott, James, The Moral Economy of the Peasant, New Haven, CT 1976
Secrets of Signals Intelligence during the Cold War and Beyond. Ed. by Matthew M. Aid und Cees Wiebes, London 2001 (= Cass Series – Studies in Intelligence)
Sedlmayr, Sebastian, Die aktive Außen- und Sicherheitspolitik der rot-grünen Bundesregierung 1998–2005, Wiesbaden 2008
Seiffert, Anja, »Generation Einsatz«. Einsatzrealitäten, Selbstverständnis und Organisation. In: Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, S. 79–99
Seiffert, Anja, Holidays at »Kunduz Spa«? Experiences of German Soldiers in Afghanistan. In: From Venus to Mars?, S. 317–332
Seiffert, Anja, Soldat der Zukunft. Wirkungen und Folgen von Auslandseinsätzen auf das soldatische Selbstverständnis, Berlin 2005 (= Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 17)
Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel. Hrsg. von Jörg Baberowski, Hartmut Kaelble und Jürgen Schriewer, Frankfurt a.M. 2008 (= Eigene und fremde Welten. Repräsentationen sozialer Ordnung im Vergleich, 1)
Seliger, Marco, Dem Tod entronnen. In: Loyal, 2/2009, S. 18–21
Seliger, Marco, und Knut Müller, Jede Patrouille kann die letzte sein. In: Loyal, 6/2008, S. 8–14
Seliger, Marco, Die Krux mit der Tradition. In: Loyal, 7–8/2014, S. 30–33
Seliger, Marco, Kunduz. Was läuft falsch? In: Loyal, 1/2010, S. 20–25
Seliger, Marco, Neun Sekunden. In: Loyal, 7–8/2011, S. 12–15
Seliger, Marco, Operation »Jadid«. In: Loyal, 3/2011, S. 26–35
Seliger, Marco, Talenteschwund. In: Loyal, 4/2012, S. 14–19
Seliger, Marco, Vom Kriege. In: Loyal, 10/2010, S. 6–17
Serafino, Nina M., Peacekeeping and Related Stability Operations. Issues of U.S. Military Involvement, Washington, DC 2007 (= CRS Report for Congress, RL33557), <www.fas.org/sgp/crs/natsec/RL33557.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Sergiou, Sylvia, Conflict Causes Revisited. Die Rebellion der CNDP (DR Kongo), Diss. Bremen 2012
Shafer, D. Michael, Deadly Paradigms. The Failure of U.S. Counterinsurgency Policy, Princeton, NJ 1988
Shah, Usman, Livelihoods in the Asqalan and Sufi-Qarayateem Canal Irrigation Systems in the Kunduz River Basin. Field Report, March–June 2006, Bonn 2006 (= Amu Darya Series Paper, 4)

Shahrani, M. Nazif, Causes and Contexts of Responses to the Saur Revolution in Badakhshan. In: Revolutions & Rebellions in Afghanistan, S. 139–169
Shahrani, Nazif, Ethnic Relations under Closed Frontier Conditions. Northeast Badakhshan. In: Soviet-Asian Ethnic Frontiers, S. 174–192
Sharan, Timor, The Dynamics of Elite Networks and Patron-Client Relations in Afghanistan. In: Europe-Asia Studies, 63 (2011), 6, S. 1109–1127
Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Hrsg. von Thomas Bulmahn, Rüdiger Fiebig und Carolin Hilpert, Strausberg Mai 2011 (= Forschungsbericht, 94)
Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit. Hrsg. von Klaus-Dieter Schwarz, Bad Honnef, Erpel 1978 [Neudruck 1981]
Siedschlag, Alexander, Einführung. Sicherheitspolitik als Methode. In: Methoden der sicherheitspolitischen Analyse, S. 9–19
Siegelberg, Jens, Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft, Münster 1994
Siegelberg, Jens, Kriegerische Gewalt im Kontext globaler Vergesellschaftung. Ein theoretischer Erklärungsrahmen. In: Jung/ Schlichte/Siegelberg, Kriege in der Weltgesellschaft, S. 15–76
Siegelberg, Jens, Staat und internationales System. Ein strukturgeschichtlicher Überblick. In: Strukturwandel internationaler Beziehungen, S. 11–56
Snapshots of an Intervention. The Unlearned Lessons of Afghanistan's Decade of Assistance (2001–11). Ed. by Martine van Bijlert and Sari Kouvo, Kabul 2012
Sohm, Stefan, Rechtsfragen der Nothilfe bei friedensunterstützenden Einsätzen der Bundeswehr. In: NZWehrr, 1/1996, S. 89–110
Soviet-Asian Ethnic Frontiers. Ed. by William McCagg and Brian D. Silver, New York 1979
Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin hrsg. von Andreas Hilger, München 2009 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 99)
Soziale Ungleichheiten. Hrsg. von Reinhard Kreckel, Göttingen 1983
Soziologie der Gewalt. Hrsg. von Trutz von Trotha, Opladen 1997
Spies, Sylvia Charlotte, Die Bedeutung von »Rules of Engagement« in multinationalen Operationen. Vom Rechtskonsens der truppenstellenden Staaten zu den nationalen Dienstanweisungen für den Einsatz militärischer Gewalt. In: Einsatz der Bundeswehr im Ausland, S. 115–126
Stachelbeck, Christian, »Serving at a Remote Outpost.« The Bundeswehr at Feyzabad, 2004–2012. In: From Venus to Mars?, S. 157–176
Stahnke, Ulrich, Der »islamische Faktor« beim Einsatz in Afghanistan. In: Europäische Sicherheit, 58 (2009), 7, S. 10–13
Stanski, Keith, »So these Folks are Aggressive.« An Orientalist Reading of »Afghan Warlords«. In: Security Dialogue, 40 (2009), 1, S. 73–94
Stapleton, Barbara J., A Means to what End? Why PRTs Are Peripheral to the bigger Political Challenges in Afghanistan. In: Journal of Military and Strategic Studies, 10 (2007), 1, S. 1–49

State Failure, State Collapse and Reconstruction. Ed. by Jennifer Milliken, Oxford 2003

Steele, Jonathan, A Tale of two Retreats. Afghan Transition in Historical Perspective. In: Central Asian Survey, 32 (2013), 3, S. 306–317

Stein, Arthur, Neoliberal Institutionalism. In: The Oxford Handbook of International Relations, S. 201–221

Stein, Hans-Peter, Symbole und Zeremoniell in deutschen Streitkräften vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Bonn, Herford 1984 (= Entwicklung deutscher militärischer Tradition, 3)

Steinke, Ronen, The Politics of International Criminal Justice. German Perspectives from Nuremberg to The Hague, Oxford, Portland, OR 2012 (= Studies in International Law)

Stellungnahme zum Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA), Potsdam. Hrsg. vom Wissenschaftsrat, Nürnberg 19.5.2006, <www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/7261-06.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Stern, Maria, and Joakim Öjendal, Mapping the Security-Development Nexus. Conflict, Complexity, Cacophony, Convergence? In: Security Dialogue, 41 (2010), 5, S. 5–29

Strachan, Hew, Strategy or Alibi? Obama, McChrystal and the Operational Level of War. In: Survival, 52 (2010), 5, S. 157–182

Strachwitz, Karl Ernst Graf, Charismatischer Führer oder Kriegsverbrecher? Achmad Schah Massud. In: Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, S. 203–2011

Streitkräfte im Einsatz. Zur Soziologie militärischer Interventionen. Hrsg. von Gerhard Kümmel, Baden-Baden 2008

Streitkräfte im Nachkriegsdeutschland. Hrsg. von Hans-Jörg Bücking und Günther Heydemann, Berlin 2011 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 101)

Strohmeier, Gerd, Berufs(un)zufriedenheit in den Streitkräften. Zusammenfassung und Bewertung der wesentlichen Ergebnisse Mitgliederbefragung des Deutschen Bundeswehrverbands. In: Streitkräfte im Nachkriegsdeutschland, S. 179–191

Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden. Hrsg. von Jens Siegelberg und Klaus Schlichte, Wiesbaden 2000

Stumpf, Reinhard, Die Wiederverwendung von Generalen und die Neubildung militärischer Eliten in Deutschland und Österreich nach 1945. In: Entschieden für Frieden, S. 73–96

Sturm, Alexander, Streitkräfte – Bundeswehrverwaltung – Rechtspflege. Abgrenzung der Organisation und des Status der Angehörigen, Aachen 1996

Sub-National Governance Capacity Needs Assessment in Northeastern Afghanistan. Badakhshan, Baghlan, Balkh, Kunduz, Samangan and Takhar. Ed. by the Liaison Office, Kabul 2010

Sünkler, Sören, Die Spezialverbände der Bundeswehr, Stuttgart 2006

Suhrke, Astri, Reconstruction as Modernisation. The »Post-conflict« Project in Afghanistan. In: Third World Quarterly, 28 (2007), 7, S. 1291–1308

Suhrke, Astri, Statebuilding in Afghanistan. A Contradictory Engagement. In: Central Asian Survey, 32 (2013), 3, S. 271–286
Suhrke, Astri, When More is Less. The International Project in Afghanistan, New York 2011
The Taliban and the Crisis of Afghanistan. Ed. by Robert D. Crews and Amin Tarzi, Harvard 2009
Der Taliban-Komplex. Zwischen Aufstandsbewegung und Militäreinsatz. Hrsg. von Conrad Schetter und Jörgen Klußmann, Frankfurt a.M. 2011
Terrorismus und Krieg. Bedeutung und Konsequenzen des 11. September 2001. Hrsg. von Jutta Bakonyi, Hamburg 2001 (= Universität Hamburg – IPW Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Arbeitspapier, 4)
Tettweiler, Falk, Lernen in Interventionen? Evaluation am Beispiel der deutschen Afghanistan-Mission, Berlin 2011 (= SWP-Studie, S 22/2011)
Theopold, Regina, Die Organisation des Auswärtigen Amtes von 1980 bis 2004, Magisterarbeit Köln 2005
Thießen, Jörn, und Ulrich Plate, Bundeswehr und Parlament. In: Armee im Einsatz, S. 148–159
Thoß, Bruno, Bündnisintegration und nationale Verteidigungsinteressen. Der Aufbau der Bundeswehr im Spannungsfeld zwischen nuklearer Abschreckung und konventioneller Verteidigung (1955 bis 1968). In: Die Bundeswehr 1955 bis 2005, S. 13–38
Tomforde, Maren, »Einmal muss man schon dabei gewesen sein ...« Auslandseinsätze als Initiation in die »neue« Bundeswehr. In: Armee in der Demokratie, S. 101–122
Tomforde, Maren, Motivation and Self-image among German Peacekeepers. In: International Peacekeeping, 12 (2005), 4, S. 576–585
Tradition und Reform in den Aufbaujahren der Bundeswehr. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Hans-Joachim Harder und Norbert Wiggershaus, Herford, Bonn 1985 (= Entwicklung deutscher militärischer Tradition, 2)
Trauer um Hauptfeldwebel Mischa Meier. Gefallen in Afghanistan. In: Der deutsche Fallschirmjäger, 5/2008, S. 21
Treatment of Conflict Related Detainees in Afghan Custody. Ed. by United Nations Assistance Mission in Afghanistan, UN Office of the High Commissioner for Human Rights, Kabul 2011, <http://unama.unmissions.org/Portals/UNAMA/Documents/October10_%202011_UNAMA_Detention_Full-Report_ENG.pdf> (letzter Aufruf 2.4.2015)
Treibel, Annette, Die Soziologie von Norbert Elias. Eine Einführung in ihre Geschichte, Systematik und Perspektive, Wiesbaden 2008 (= Hagener Studientexte zur Soziologie)
Treiber, Hubert, Wie man Soldaten macht. Sozialisation in »kasernierter Gesellschaft«, Düsseldorf 1973 (= Konzepte Sozialwissenschaft, 8)
»Troops in Contact«. Airstrikes and Civilian Deaths in Afghanistan. Ed. by Human Rights Watch, New York 2008
Trotha, Trutz von, Zur Soziologie der Gewalt. In: Soziologie der Gewalt, S. 9–56

True Love. A Study in Integrated Multinationality within 1 (German/Netherlands) Corps. Ed. by Ulrich vom Hagen [u.a.], Breda/Strausberg 2003 (= Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Forum International, 25)

Um-Feld-Forschung. Erfahrungen – Erlebnisse – Ergebnisse. Hrsg. von Julia Ahamer und Gerda Lechleitner, Wien 2007 (= Österreichische Akademie der Wissenschaften; Philosophisch-Historische Klasse Sitzungsberichte, 755)

Understanding Counterinsurgency. Doctrine, Operations, and Challenges. Ed. by Thomas Rid und Thomas Keaney, London, New York 2010

Vagts, Alfred, Defense and Diplomacy. The Soldier and the Conduct of Foreign Relations, New York 1956 (= Topical Studies in International Relations, 1)

Vaughan, Diane, Bourdieu and Organizations. The Empirical Challenge. In: Theory and Society, 37 (2008), S. 65–81

Vego, Milan, Is the Conduct of War a Business? In: Joint Forces Quarterly, 59 (2010), S. 57–65

Veit, Alex, Intervention as Indirect Rule. Civil War and Statebuilding in the Democratic Republic of Congo, Frankfurt a.M., New York 2010 (= Mikropolitik der Gewalt, 3)

Veit, Alex, Warlord: Nutzen und Mangel einer negativen Kategorie. In: Handbuch Kriegstheorien, S. 487–497

Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn. Hrsg. von Helga Haftendorn [u.a.], Köln 1978 (= Bibliothek Wissenschaft und Politik, 20)

Vogt, Rainer, Die Geltung deutschen Umweltschutz- und Arbeitsschutzrechts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In: Einsatz der Bundeswehr im Ausland, S. 127–133

Volk, Daniel, Die Begrenzung kriegerischer Konflikte durch das moderne Völkerrecht, Frankfurt a.M. [u.a.] 2005

Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Bruno Thoß unter Mitarb. von Wolfgang Schmidt, München 1995

Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätenwandel in Deutschland seit 1945. Hrsg. von Thomas Kühne, Münster [u.a.] 2000 (= Jahrbuch für Historische Friedensforschung, 9)

Wacquant, Loïc J.D., und Pierre Bourdieu, Auf dem Wege zu einer Sozialpraxeologie. Struktur und Logik der Soziologie Pierre Bourdieus. In: Reflexive Anthropologie, S. 93

Wacquant, Loïc J.D., und Pierre Bourdieu, Die Ziele der reflexiven Soziologie. In: Reflexive Anthropologie, S. 95–249

Wätzel, Florian, und Joachim Krause, Das deutsche Engagement in Nordafghanistan. Eine Bilanz. In: Jahrbuch Terrorismus 2009, S. 311–339

Waldman, Thomas, The Use of Statebuilding Research in Fragile Contexts. Evidence from British Policymaking in Afghanistan, Nepal and Sierra Leone. In: Journal of Intervention and Statebuilding, 8 (2014), 2–3, S. 149–172

Wallerstein, Immanuel, Unthinking Social Science. The Limits of Nineteenth-Century Paradigms, Cambridge 1991

Warburg, Jens, Das Militär und seine Subjekte. Zur Soziologie des Krieges, Bielefeld 2008 (= Sozialtheorie)
Warburg, Jens, Paradoxe Anforderungen an soldatische Subjekte avancierter Streitkräfte im (Kriegs-)Einsatz. In: Forschungsthema: Militär, S. 245–270
Was ist aus der Inneren Führung geworden? Zum hundertsten Geburtstag Wolf Graf von Baudissins. Hrsg. von Detlef Bald [u.a.], Hamburg 2007 (= Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik)
Was ist Militärgeschichte? In Verbindung mit dem Arbeitskreis Militärgeschichte e.V. hrsg. von Thomas Kühne und Benjamin Ziemann, Paderborn [u.a.] 2000 (= Krieg in der Geschichte, 6)
Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5., rev. Aufl., Tübingen 1980 [1922]
Weber, Max, Wissenschaft als Beruf 1917/ 1919. Politik als Beruf 1919. Studienausgabe. Hrsg. von Wolfgang Mommsen und Wolfgang Schluchter, Tübingen 1994
Weber, Stephan, Rules of Engagement: Ein Paradigmenwechsel für Einsatz und Ausbildung? In: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften, 1/2001, S. 76–83
Weber, Stephan, Die »Strafrechtspflege in den Streitkräften« – eine Kernaufgabe des Rechtsberaters wächst. In: Recht und Militär, S. 152–155
Wefing, Heinrich, Pavillon der Erinnerung. Einige Anmerkungen zur Architektur des Berliner Bundeswehr-Ehrenmals von Andreas Meck. In: Bedingt erinnerungsbereit, S. 97–107
Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Bernhard Chiari, 3., durchges. und erw. Aufl., Paderborn [u.a.] 2009 (= Wegweiser zur Geschichte, 2)
Wegweiser zur Geschichte. Auslandseinsätze der Bundeswehr. Hrsg. von Bernhard Chiari und Magnus Pahl, Paderborn [u.a.] 2010
Weinrod, W. Bruce, and Charles L. Barry, NATO Command Structure. Considerations for the Future, Washington, DC 2010 (= Defence & Technology Papers)
West, Bing, The Wrong War. Grit, Strategy, and the Way Out of Afghanistan, New York 2011
Wette, Wolfram, Bilder der Wehrmacht in der Bundeswehr. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2 (1998), S. 187–190
Wiesendahl, Elmar, Athen oder Sparta – Bundeswehr quo vadis?, Bremen 2010 (= Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit: WIFIS aktuell, 44)
Wiesendahl, Elmar, Jugend und Bundeswehr. Eine jugendsoziologische Epochenanalyse. In: Die Bundeswehr 1955 bis 2005, S. 131–146
Wilde, Andreas, The Consistency of Patronage. Networks and Powerbrokers of the »Arzbegi Clan« in Kunduz. In: Local Politics in Afghanistan, S. 59–75
Wilder, Andrew, Cops or Robbers? The Struggle to Reform the Afghan National Police, Kabul 2007 (= Afghanistan Research and Evaluation Unit Issues Paper Series)
Wilkens, Ann, National Prestige is Big – Even for Small Countries. In: Snapshots of an Intervention, S. 107–110

Williams, Brian Glyn, General Dostum and the Mazar i Sharif Campaign. New Light on the Role of Northern Alliance Warlords in Operation Enduring Freedom. In: Small Wars & Insurgencies, 21 (2010), 4, S. 610–632

Williams, Brian Glyn, On the Trail of the »Lions of Islam«. Foreign Fighters in Afghanistan and Pakistan, 1980–2010. In: Orbis. A Journal of World Affairs, 55 (2011), 2, S. 216–239

Williams, Michael, Empire Lite Revisited. NATO, the Comprehensive Approach and State-building in Afghanistan. In: International Peacekeeping, 18 (2011), 1, S. 64–78

Wily, Liz Alden, Land Rights in Crisis. Restoring Tenure Security in Afghanistan, Kabul 2003 (= Afghanistan Research and Evaluation Unit Issues Paper Series)

Wimpelmann, Torunn, Nexuses of Knowledge and Power in Afghanistan. The Rise and Fall of the Informal Justice Assemblage. In: Central Asian Survey, 32 (2013), 3, S. 406–422

Winkle, Ralph, Der Dank des Vaterlandes. Eine Symbolgeschichte des Eisernen Kreuzes 1914 bis 1936, Essen 2007

Wittkowsky, Andreas [u.a.], Vernetztes Handeln auf dem Prüfstand. Einschätzungen aus deutschen Ressorts, Berlin 2011

Witt-Stahl, Susann, »Ja, wir sind die Herren der Welt«. NS-Spuren im Liederbuch der Bundeswehr, Teil 1. In: neue musikzeitung, 50 (2001), 10, <www.nmz.de/artikel/ja-wir-sind-die-herren-der-welt> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Wölfle, Markus, Die Auslandseinsätze der Bundeswehr und ihre Auswirkung auf die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im internationalen System. Ein Vergleich von Rollenkonzept und Rollenverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Zivilmachtkonzepts, Bonn 2005 (= Militärgeschichte und Wehrwissenschaften)

Wörmer, Nils, The Networks of Kunduz. A History of Conflict and Their Actors, from 1992 to 2001, Kabul 2012 (= AAN Thematic Report, 02/2012)

Wörmer, Nils, Sondierungsgespräche und Friedensinitiativen in Afghanistan. Akteure, ihre Forderungen und Deutschlands Rolle als Vermittler, Berlin 2012 (= SWP-Aktuell, 70/2012)

Woodward, Bob, Bush at War, New York [u.a.] 2002

Wright, Donald P., and Timothy R. Reese, On Point II. Transition to the New Campaign: The United States Army in Operation Iraqi Freedom May 2003–January 2005, Fort Leavenworth, KS 2008

Wright, Donald P., [u.a.], The United States Army in Operation ENDURING FREEDOM (OEF) October 2001–September 2005. A Different Kind of War, Fort Leavenworth, KS 2010

Yarash, Nasratullah, and Katja Mielke, The Social Order of the Bazaar. Socio-Economic Embedding of Retail and Trade in Kunduz and Imam Sahib, Bonn 2011 (= ZEF Working Paper Series, 79)

Young, Thomas-Durell, Post-unification German Military Organisation. The Struggle to Create National Command Structures. In: Germany at Fifty-five, S. 367

Zaeef, Abdul Salam, Alex Strick van Linschoten and Felix Kuehn, My Life with the Taliban, New York 2010

Zapfe, Martin, Sicherheitskultur und Strategiefähigkeit. Die ressortgemeinsame Kooperation der Bundesrepublik Deutschland für Afghanistan, Diss. Konstanz 2011, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-168316> (letzter Aufruf 2.4.2015)

Zegart, Amy, Implementing Change. Organizational Challenges. In: Intelligence Analysis, S. 309–329

Zielonka, Ralf, Geheim! Besuch beim ZNBw. In: Loyal, 4/2005

Ziemann, Benjamin, Eine »neue Geschichte der Menschheit«? Anmerkungen zu Steven Pinkers evolutiver Deutung der Gewalt. In: Mittelweg 36, 21 (2012), 3, S. 45–56

Ziemann, Benjamin, »Vergesellschaftung der Gewalt« als Thema der Kriegsgeschichte seit 1914. Perspektiven und Desiderate eines Konzepts. In: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg, S. 735–758

Zimmermann, John, Ulrich de Maizière. General der Bonner Republik, 1912–2006, München 2012 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 12)

Zimmermann, John, Vom Umgang mit der Vergangenheit – Zur historischen Bildung und Traditionspflege in der Bundeswehr. In: Die Bundeswehr 1955 bis 2005, S. 115–129

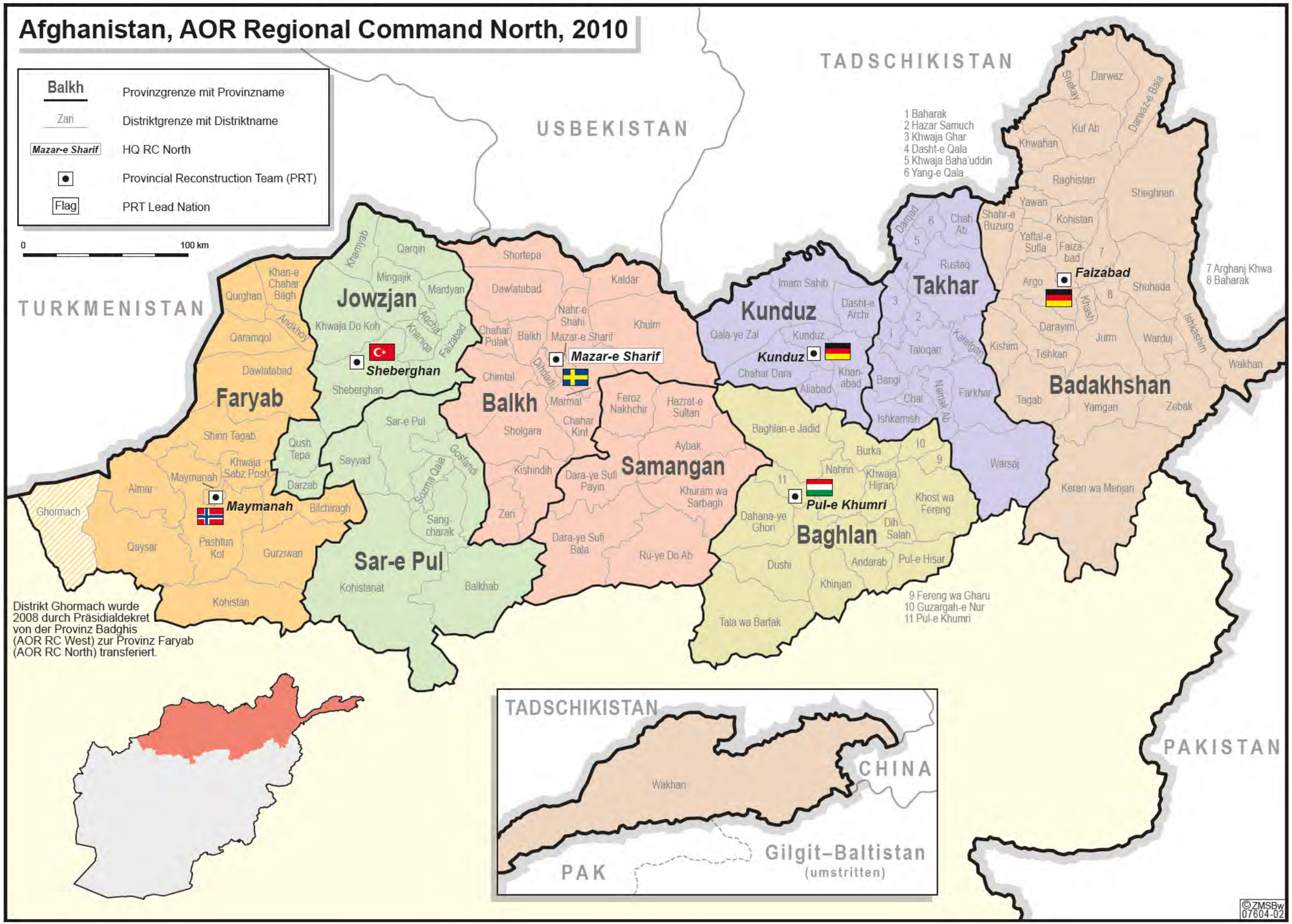
Zitelmann, Thomas, Ethnologie im Krieg. Das Human Terrain System und die Darstellung der paschtunischen »Stammesgesellschaft«. In: Der Taliban-Komplex, S. 245–266

Die zukünftige Wehrstruktur der Bundeswehr: Notwendige Anpassung oder Weg zur Zwei-Klassen-Armee? Hrsg. von Paul Klein und Rolf P. Zimmermann, Baden-Baden 1997 (= Militär und Sozialwissenschaften, 18)

Personenregister

Abdullah Abdullah 334
Abdurrahman Khan, Amir 123 f.
Adenauer, Konrad 102
Ahmad, Wali 343
Amanullah Khan 124, 126
Apel, Hans 77
Aref Khan 130, 135 f., 139
Arendt, Hannah 330
Atmar, Hanif 259
Back, Gerhard W. 249
Beck, Reinhard 291
Beg, Motaleb 262
bin-Laden, Osama 141
Bismarck, Otto von 8, 12, 103
Bourdieu, Pierre 3, 8, 13, 20, 28 f., 31–36, 38 f., 44–46, 48, 52 f., 68, 70, 97, 106, 118, 237, 329
Brahimi, Lakhdar 166
Brandt, Willy 16
Budde, Hans Otto 82
Bush, George W. 156
Chugha, Amir Mohammad 136
Clausewitz, Carl von 67, 69 f., 86
Daud Daud, Mohammad 141, 143 f., 249–251, 254, 263
Daud, Mir Mohammad 130
Daud, Mohammad 128, 140
Dieter, Hans-Heinrich 99
Dostum, Abdurrashid 134, 251
Ehmke, Horst 221
Eikenberry, Karl 189
Elias, Norbert 3, 20, 27–32, 35, 42 f., 46–48, 53, 72, 118, 120, 123, 137, 235, 239, 329
Ellsberg, Daniel 325
Fahim, Mohammad Qasim 143, 243, 251 f.
Farhad, Mohammad Ghulam 143
Farhang, Amin 229, 242
Fischer, Joschka 103, 105 f., 165, 169, 250
Freud, Sigmund 30
Fritz, Hans-Werner 291
Gates, Robert 182, 189
Gehlen, Reinhard 220 f.
Ghani, Ashraf 329
Gibson, James William 326
Gichi, Nabi 253
Gudera, Gert 97
Günzel, Reinhard 82, 99
Guttenberg, Karl-Theodor zu 93–95, 151, 175, 306 f., 311
Hagen, Ulrich vom 34
Haikal 265
Hanning, August 295
Hars, Henning 99
Hashem, Arbab Mohammad 139, 141, 149
Hekmatyar, Gulbuddin 128 f., 134, 148–150, 243, 334
Heusinger, Adolf 71
Heyst, Norbert van 100
Hillier, Rick 153, 179, 183
Hitler, Adolf 63, 71
Hoff, Elke 175
Ibrahimi, Abdul Latif 143, 250 f., 259
Ismail Khan 134, 139
Jünger, Ernst 82
Jung, Franz Josef 94 f., 99, 265, 294, 306, 342 f.
Karzai, Hamed 1, 142–145, 148 f., 158, 160, 199, 227, 256, 259, 263
Kennan, George F. 12
Kentuz, Agha Nur 262
Khaled, Basir 136
Kießling, Günter 72, 77
Kinkel, Klaus 110
Kirchbach, Hans-Peter von 97, 99
Kissinger, Henry 12
Klein, Georg 282, 301 f., 304–308
Komer, Robert W. 325 f., 328
Koselleck, Reinhart 161
Kühn, Wolfgang 97, 142
Kujat, Harald 96 f., 165 f., 172, 291

Kurnaz, Murat 94
Leber, Georg 72
Löchel, Dieter 99
McChrystal, Stanley 186–188, 190, 199 f.
Maizière, Thomas de 204, 211, 294
Maizière, Ulrich de 65, 76 f., 94
Majid, Munshi Abdul 143, 255, 258, 260
Manstein, Erich von 70
Marx, Karl 28, 30, 45, 120, 127, 326
Massoud, Ahmad Shah 131, 134–137, 139, 141, 243, 264, 334
Masumi, Sayed Ekramuddin 255
Mattis, James N. 86
Mazari, Abdul Ali 134
Merkel, Angela 82, 107, 167, 311, 235, 310
Mir Alam 130, 135, 139, 141, 143 f., 251–253, 257
Mohammadi, Bismillah Khan 263 f.
Mojaddedi, Fazel Azim 143
Mojaddedi, Sibghatullah 334
Mosadeq, Abdul Jabbar 265 f.
Motz, Sergej 80, 309
Naseri, Mirza Mohammad 139, 141, 149
Nashir, Nizamuddin 261 f.
Naumann, Klaus 63, 86, 92, 98
Nazir Mohammad 136, 143 f., 254–258, 260 f., 265 f., 343
Niebel, Dirk 108
Obama, Barack 175, 188–190, 317–319
Omar, Engineer Mohammad 139, 141, 143, 244, 259 f.
Omar Khan, Haji 130, 139, 141, 264
Omar, Mullah Mohammad 130, 137, 141, 143
Petraeus, David 83, 190, 200
Rabbani, Burhanuddin 128 f., 133 f., 136, 143, 255, 261, 334
Rahman, Shamsul 261
Razeq, Mullah Abdul 289
Reinhardt, Klaus 225
Richthofen, Manfred Freiherr von 305
Robrecht, Martin 343
Rommel, Erwin 209
Rühe, Volker 81, 92, 110 f.
Rumsfeld, Donald 159
Ruttig, Thomas 239, 242
Ruwe, Jürgen 99
Said, Edward 238
Saleh, Amrullah 229
Sameh, Sayed Ahmad 262
Sardar Khan siehe Daud, Mir Mohammad
Sayedkheli, Abdul Rahman 263
Scharnhorst, Gerhard von 70
Scharping, Rudolf 94 f., 97, 106
Schindler, Gerhard 222, 228, 230, 233
Schlichte, Klaus 27 f., 30
Schmidt-Eenboom, Erich 219
Schmidt, Helmut 69, 72, 74
Schneiderhan, Wolfgang 95 f., 98 f., 232, 294, 296, 306, 267
Scholl-Latour, Peter 238, 242
Scholz, Rupert 72
Schröder, Gerhard 105–107, 164 f., 171, 173
Siegelberg, Jens 116
Spanta, Rangin Dadfar 229, 242
Steinmeier, Frank Walter 259
Stoltenberg, Gerhard 72
Strauß, Franz Josef 72
Struck, Peter 72, 82, 94, 106, 169, 172, 210, 251, 341
Stützle, Walther 96 f.
Tolkien, J.R.R. 209
Trabucchi, Rob 221
Trettner, Heinz 64
Utmanzai, Haji Amanullah 139, 141, 265, 342
Warburg, Jens 290
Waseq, Najmuddin 130, 136
Weber, Max 3, 8–10, 13, 20, 28–31, 34 f., 37 f., 43, 45, 117 f., 330
Westerwelle, Guido 175, 307

Wichert, Peter 94 f., 98, 294 f., 306
Wieczorek-Zeul, Heidemarie 108
Willmann, Helmut 291
Wörner, Manfred 72
Yaqubi, Abdul Razeq Ayub 262 f.
Zabihullah, Abdul Qader 136
Zaeef, Abdul Salam 135
Zaher Shah 128
Zalmay Khan siehe Mojadeddi, Fazel Azim
Zorn, Eberhard 312
Zubair, Gul 130

Afghanistan, AOR Regional Command North, 2010